

Statistisch - prognostischer Bericht 1991/92

Daten-Analysen-Perspektiven



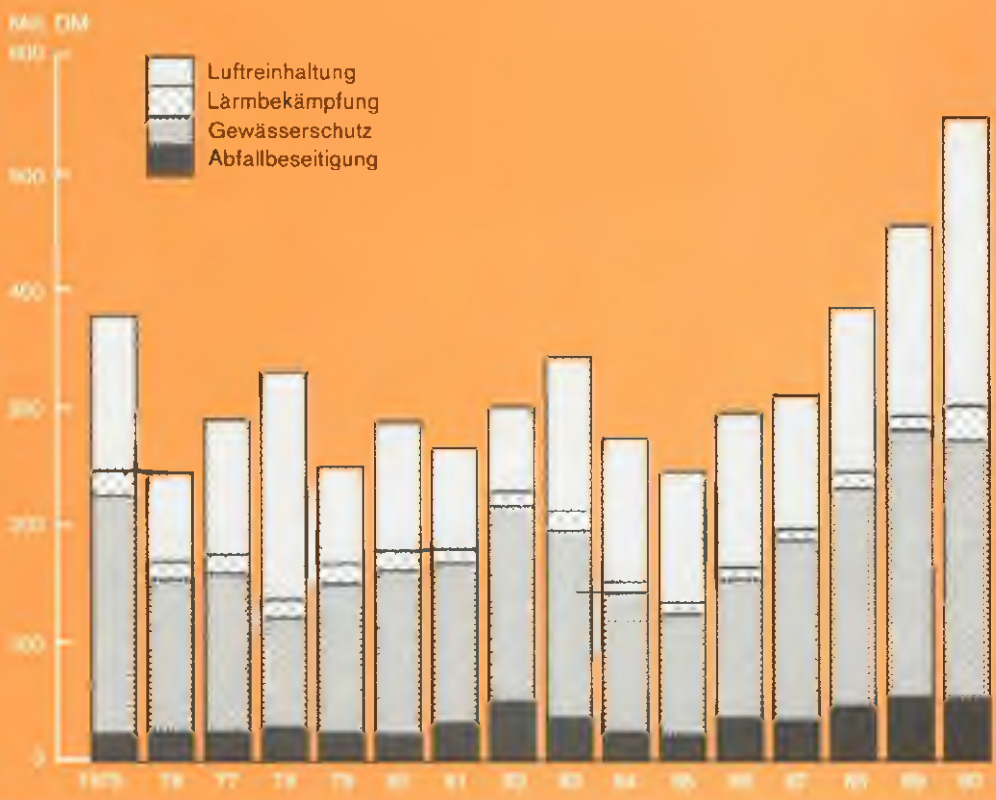
Heft 19

Sozialleistungsquoten *) des institutionellen Sozialbudgets in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1960 bis 1990



*) Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in %

Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1975 bis 1990 nach Umweltschutzbereichen -in Preisen von 1980-



Statistisch-prognostischer Bericht 1991/92

Daten – Analysen – Perspektiven

**Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg
vorgelegt vom Statistischen Landesamt**

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 7000 Stuttgart 10

Tel.: (0711) 641 - 0 · Telex 722815 stala d · Btx *64651 # · Telefax 6412440

Preis DM 16,60

zuzügl. Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1991/92 legt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg den 19. Band dieser Reihe vor. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Sozialentwicklung weist er in detaillierten Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen Entwicklungen und Tendenzen auf, welche die gegenwärtigen und künftigen Lebensverhältnisse in unserem Lande prägen.

Die Bedeutung des Berichts liegt darin, daß der aktuelle Zustand in den untersuchten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft vertieft analysiert und absehbare Tendenzen aufgezeigt werden. Damit werden Grundlagen geschaffen, die für Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig sind. Die Untersuchungen dieses Berichts dienen der Regierung und den Ministerien als datenorientierte Stütze bei der Erarbeitung von Programmen. Sie dienen ebenso der Information der Kommunen, Verbände und Kammern, aber auch des Bürgers unseres Landes. Mit Blick auf das mitgelieferte Material statistischer Daten ist es möglich, sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen zu bilden.

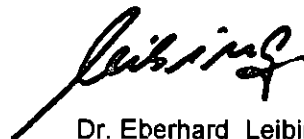
Es ist erforderlich, sich mit den Fakten und Trends vertraut zu machen, um zu erkennen, welche Veränderungen sich vollzogen haben und welche Herausforderungen auf uns zukommen. Dies gilt für die internationale Verflechtung unserer Wirtschaft ebenso wie für den Energiesektor, für die Erwerbstätigkeit der Frau genauso wie für die Leistungsfähigkeit unserer Sozialleistungssysteme und nicht zuletzt auch für die Verankerung ökologischer Notwendigkeiten in das Wirtschafts- und Sozialgefüge unseres Landes.

Mit bewährter Sorgfalt und großem Einsatz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes die verfügbaren Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert. Hierfür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Über Expertengespräche mit Vertretern der jeweils betroffenen Ressorts wurden die statistischen Analysen um wertvolle Hintergrund- und Zusatzinformationen ergänzt. Der Statistisch-prognostische Bericht ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Politikberatung und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

Stuttgart im September 1992

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg



Dr. Eberhard Leibing
Präsident

Inhalt

	Seite
Vorwort	III
Teil I Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1991/92	VII
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	
1. Wirtschaft	
1.1 Direktinvestitionsverflechtung Baden-Württembergs mit dem Ausland	1
1.2 Energieangebot und -verbrauch in Baden-Württemberg	41
2. Sozialstruktur	
2.1 Tendenzen und Strukturen des Sozialleistungssystems	63
2.2 Ausgewählte Strukturmerkmale der Frauenerwerbstätigkeit im Übergang zu den neunziger Jahren	99
3. Umwelt	
Umweltschutzz Investitionen in Baden-Württemberg	125
Anhang	155
Zeichenerklärung	175

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1991/92 *

Das Jahr 1991 stand abermals im Zeichen der deutschen Einheit. Nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990 ging es auch bei vielen landespolitischen Fragen darum, die neuen Bundesländer in das Wirtschafts- und Sozialgefüge der nun deutlich vergrößerten Bundesrepublik zu integrieren. Die wirtschaftlichen Rahmendaten waren hierfür nicht sonderlich günstig. Die Weltwirtschaftskonjunktur und namentlich die der wichtigen Handelspartner in Nordamerika und Westeuropa zeigte wenig Dynamik und der politische und wirtschaftliche Umbruch in Osteuropa führte dort zu einer tiefen Depression. Hatte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr zuvor durch den einigungsbedingten Nachfrageschub von der Weltkonjunktur noch abgekoppelt, so kam es 1991 mehr und mehr zu einer Normalisierung in der Auslastung der stark angespannten Produktionskapazitäten. Nach einem nochmals kräftigen Wachstum von preisbereinigt knapp 5 % im ersten Halbjahr stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Westen Deutschlands im dritten Quartal 1991 binnen Jahresfrist um 2 1/2 und im vierten Quartal nur mehr um 1/2 %.

Die Wirtschaft Baden-Württembergs hat von der Nachfrage aus dem Beitrittsgebiet deutlich weniger profitiert als grenznähere Gebiete und Nachbarländer wie Niedersachsen oder Westberlin. Ohne solche Impulse hat hierzulande die zu erwartende Konjunkturabkühlung früher eingesetzt als in anderen Bundesländern, so daß im Jahresdurchschnitt die Wachstumsrate des BIP mit 2,8 % unter der des Bundes (+ 3,4 %) lag. Maßgeblich daran beteiligt war das Verarbeitende Gewerbe, das mit einem Zuwachs von real 1,9 % im Jahresdurchschnitt deutlich hinter dem Bundesergebnis zurückblieb. Andere Wirtschaftsbereiche wie Handel und Verkehr (+ 5 %) lagen im Bundestrend, der Dienstleistungsbereich mit 5,9 % sogar darüber (Bund 5,6 %).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1992 zeigte sich insbesondere im Februar und März lebhafter als nach den zuletzt zurückhaltenden Prognosen zu erwarten war. Das Bruttoinlandsprodukt lag im ersten Quartal bundesweit und real um gut 3 % höher als im Jahr zuvor. Nachdem es in der zweiten Jahreshälfte 1991 jeweils zum Vorquartal keine Steigerung gegeben hatte, war damit wieder ein Wirtschaftswachstum zu beobachten. Begünstigt wurde dies durch einen außergewöhnlich milden Winter, von dem vor allem die Bautätigkeit und damit verbundene Wirtschaftszweige profitierten. Außerdem war die Zahl der Arbeitstage höher als im ersten Quartal 1991.

Die Konjunkturbelebung führte auch in Baden-Württemberg zu weiteren Zunahmen. Die Indices von Auftragseingang und industrieller Nettoproduktion lagen für das erste Quartal um 1 % bzw. 2 1/2 % höher als im Jahr zuvor und verliefen damit in etwa wie im Bundesdurchschnitt. Die aktuell vorliegenden Werte für April bestätigen indessen den Eindruck einer noch nicht stabilen Wirtschaftslage. Produktionseinbußen beim Verarbeitenden Gewerbe von 4 % und ein Rückgang im Auftragseingang gegenüber April 1991 um fast 8 % lassen sich auch durch den verzerrenden Einfluß der Osterferien nicht hinreichend erklären.

* Redaktionsschluß: 11. Juni 1992

Tabelle 1
Entwicklung der Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1991*)
 – Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung –

Bezeichnung	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1980				
	Mill. DM	Veränderung 1991/90		Mill. DM	Veränderung 1991/90		Struktur- anteil	Anteil am Bundes- gebiet ¹⁾
		Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet ¹⁾		Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet ¹⁾		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	427 846	+ 7,4	+ 8,2	360 851	+ 2,8	+ 3,4	102,2	16,5
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	412 464	+ 6,9	+ 7,7	353 024	+ 2,8	+ 3,5	100	16,5
davon:								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 915	– 28,7	– 16,1	5 278	– 20,5	– 8,9	1,5	15,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	9 145	+ 4,7	+ 3,3	8 720	+ 0,6	+ 0,5	2,5	12,0
Verarbeitendes Gewerbe	160 698	+ 4,5	+ 5,4	138 471	+ 1,9	+ 2,7	39,2	20,9
Baugewerbe	25 442	+ 10,0	+ 12,2	18 648	+ 0,7	+ 2,8	5,3	17,4
Handel	30 865	+ 8,3	+ 8,3	27 220	+ 5,0	+ 5,1	7,7	14,0
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	17 904	+ 7,5	+ 7,1	17 582	+ 4,9	+ 4,6	5,0	13,0
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen	18 612	+ 10,2	+ 10,0	19 939	+ 7,6	+ 7,2	5,6	14,1
Wohnungsvermietung	28 720	+ 9,3	+ 8,1	23 424	+ 3,5	+ 2,4	6,6	15,3
Sonstige Dienstleistungen	68 693	+ 12,7	+ 12,7	54 829	+ 6,3	+ 6,4	15,5	15,2
Staat	38 322	+ 7,4	+ 7,3	31 392	+ 1,6	+ 1,6	8,9	14,1
Private Haushalte, Private Orga- nisationen ohne Erwerbszweck	9 150	+ 10,0	+ 10,2	7 521	+ 4,2	+ 4,4	2,1	14,2

*) Vorläufiges Ergebnis. – 1) Alter Gebietsstand. – 2) Bruttoinlandsprodukt = Bruttowertschöpfung ./. unterstellte Entgelte für Bankdienstlei-
stungen + Einfuhrabgaben + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer.

Abkühlung auf dem Arbeitsmarkt

Das im Laufe des Jahres 1991 zurückhaltendere Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg war verbunden mit einer Verlangsamung beim Ausbau des Arbeitsplatzangebots. Dennoch wurde der große Zuwanderungsstrom von Erwerbspersonen erstaunlich gut vom Arbeitsmarkt absorbiert. Bei weiter steigendem Erwerbspersonenpotential wird sich zwar die Beschäftigung nochmals erhöhen, aber der Beschäftigungsboom 1990/91 kann nicht wiederholt werden. Nachdem in zwei aufeinander folgenden Jahren die Zahl der Beschäftigten um mehr als 3 % zunahm und Ende Juni 1991 ein Niveau von 3 905 900 Personen erreicht

wurde, ist im Jahresverlauf 1992 allenfalls nur mit einer geringfügigen Ausweitung der Erwerbstätigkeit zu rechnen.

Die Verlangsamung des Beschäftigungswachstums kündigte sich bereits im dritten Quartal 1991 an. Zu dieser Zeit stieg die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar noch deutlich an (+ 2,8 %), aber die Zuwachsraten waren gegenüber dem Vorjahr geringer. Insbesondere im großen Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, der die Gesamtentwicklung stark beeinflusst, erhöhten sich die Beschäftigtenzahlen im gleichen Zeitraum nur sehr mäßig (+ 1,1 %) und weisen im bisherigen Jahresverlauf sogar einen abnehmenden Trend auf.

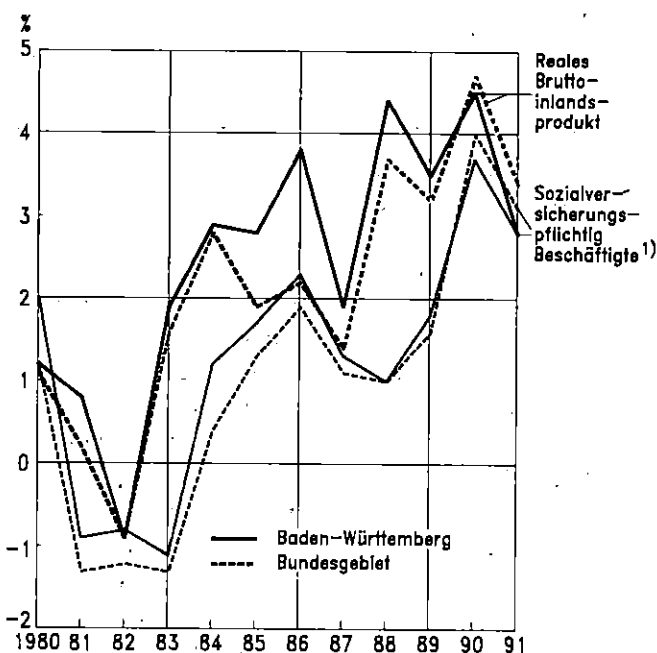
Ganz anders dagegen die Situation im Baugewerbe, wo nach der Aufwärtsentwicklung im Laufe des Jahres 1991 weiterhin mit einer nicht unbedeutenden Entwicklungsdynamik zu rechnen ist. Auch im Bereich "Handel" setzte sich die überdurchschnittlich hohe Beschäftigungszunahme fort, so daß hier zumindest von einer stabilen Entwicklung ausgegangen werden kann.

Die sich seit Mitte des letzten Jahres abzeichnende Dämpfung der konjunkturellen Entwicklung findet nun im Frühjahr diesen Jahres ihren merklichen Niederschlag auf dem Arbeitsmarkt. Erstmals seit der wirtschaftlichen Rezession 1976 hat die Arbeitslosigkeit entgegen dem sonst üblichen saisonalen Verlauf im April nicht abgenommen, sondern ist gegenüber dem Vormonat um 3 000 Personen auf 180 000 Arbeitslose angestiegen. Vergleicht man diese Entwicklung mit der Situation vor einem Jahr, zeigt sich, daß bereits seit Januar 1992 das Arbeitslosigkeitsniveau immer deutlich über dem des Vorjahres lag. Während im Jahresdurchschnitt 1991 die Arbeitslosigkeit noch um 7,4 % zurückging, erhöhte sie sich im Januar 1992 um 8,4 % und im Mai 1992 sogar um 19,0 % gegenüber den entsprechenden

Schaubild 1

Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet^{*)} seit 1980

—Veränderung jeweils gegenüber Vorjahr in %—



*) Alter Gebietsstand. — 1) Jeweils September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

279 92

Tabelle 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet am 30.9.1991

Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
		1000	%		1000	%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	33,5	+ 0,3	+ 1,0	228,8	+ 4,0	+ 1,8
Energie, Bergbau	36,6	+ 0,4	+ 1,2	438,5	- 5,7	- 1,3
Verarbeitendes Gewerbe	1 811,5	+ 19,0	+ 1,1	8 826,6	+ 110,6	+ 1,3
Baugewerbe	255,8	+ 10,6	+ 4,3	1 569,9	+ 55,8	+ 3,7
Handel	479,3	+ 21,7	+ 4,7	3 307,1	+ 161,5	+ 5,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	149,2	+ 7,5	+ 5,3	1 192,4	+ 58,1	+ 5,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	148,2	+ 4,2	+ 2,9	945,8	+ 29,1	+ 3,2
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	758,8	+ 38,6	+ 5,4	5 060,0	+ 257,9	+ 5,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	70,3	+ 3,0	+ 4,4	536,0	+ 24,1	+ 4,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	217,1	+ 2,6	+ 1,2	1 485,0	+ 15,0	+ 1,0
Wirtschaftsabteilungen insgesamt	3 960,4	+ 107,9	+ 2,8	23 591,1	+ 710,2	+ 3,1

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. — 2) Einschließlich "Ohne Angaben".

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Vorjahreswerten. Mit dieser Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wurde der höchste Maiwert seit dem Jahr 1988 erreicht.

Bei der Betrachtung der Kurzarbeiterzahlen, die häufig als eine Art Frühindikator für die Arbeitslosigkeit interpretiert werden, kündigte sich diese Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt schon im September 1991 an. Im letzten Herbst erreichte das Niveau der Kurzarbeit ungefähr das Vierfache des Wertes zu Jahresbeginn; im Frühjahr des laufenden Jahres erhöhte sich dann die Zahl der Kurzarbeiter gegenüber dem Jahreswechsel 1991/92 nochmals um über 80 %. Mit insgesamt 64 940 Kurzarbeitern Mitte Mai 1992 wurde sogar der letztmalige Höchststand vom April 1985 überschritten. Ganz besonders von Kurzarbeit getroffen waren die für das Land überaus wichtigen Bereiche Maschinenbau und Elektrotechnik, aber auch beim Straßenfahrzeugbau mußten vermehrt Arbeitnehmer kurzarbeiten.

Entsprechend der Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen in Baden-Württemberg lag die Arbeitslosenquote im Mai 1992 - nachdem sie einen Monat zuvor

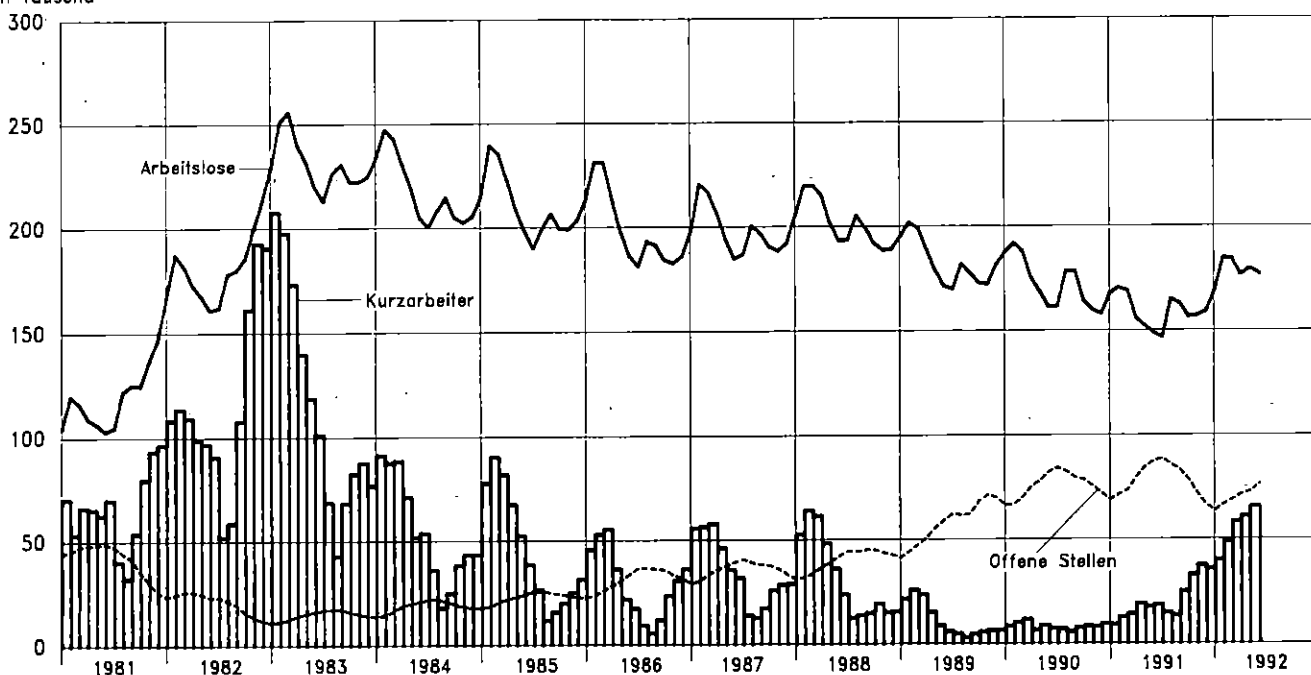
4,1 % betragen hatte - trotz der saisonalen Impulse mit 4,0 % deutlich über der Vorjahresquote (3,5 %). In Westdeutschland hatte gegenüber dem Vorjahr nur Berlin (West) eine ähnlich große Zunahme der Arbeitslosigkeit wie Baden-Württemberg zu verzeichnen. Dennoch blieb mit dieser Größenordnung die Arbeitslosenquote nicht nur deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, sondern war auch weiterhin die geringste aller Bundesländer; der Vorsprung zum Beispiel vor Bayern (4,3 %) reduzierte sich allerdings deutlich.

Fast zeitgleich mit dem nicht allein saisonal bedingten Anstieg der Kurzarbeiterzahlen im vergangenen Jahr und etwas eher als die statistisch nachweisbare Umkehr bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen hielten sich die Arbeitgeber mit der Meldung offener Stellen zurück. Über das gesamte Jahr 1991 betrachtet, verzeichneten die Arbeitsämter einen durchschnittlichen Bestand von 77 900 offenen Stellen; dies war der höchste Stand in den achtziger Jahren. Mit der Zurückhaltung bei Neuanschaffung offener Stellen reduzierte sich dieser Bestand und lag in den ersten fünf Monaten des Jahres 1992 mit

Schaubild 2

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1981

in Tausend



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1991 und 1992

Nachweis	Einheit	1991				1992	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahresdurchschnitt		Januar - April	
				Baden- Württemberg	Bundes- gebiet ¹⁾	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet ¹⁾
Arbeitslose (Voll- und Teilzeit- arbeit)	Anzahl	157 154	161 563	159 318	1 689 365	181 458	1 813 369
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 10,0	- 3,8	- 7,4	- 10,3	+ 12,0	+ 1,8
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeit- arbeit)	%	3,4 ²⁾	3,9 ²⁾	3,7	6,3	4,1 ³⁾	6,4 ³⁾
Kurzarbeiter	Anzahl	15 246	26 411	20 827	145 009	51 924	244 072
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 71,6	+ 239,8	+ 150,1	+ 159,8	+ 275,7	+ 92,3
Offene Stellen (Voll- und Teilzeit- arbeit)	Anzahl	80 700	74 656	77 904	331 390	69 847	341 059
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 6,1	- 1,8	+ 2,6	+ 5,7	- 9,4	+ 4,4

1) Alter Gebietsstand. - 2) Stand: jeweils zum Halbjahresende. - 3) Ende April.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

durchschnittlich 70 700 offenen Stellen um ca. 10 % unter dem Vorjahresniveau. Während im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1991 auf eine offene Stelle ungefähr 1,9 Arbeitslose kamen, waren es Ende Mai 1992 schon 2,4 Arbeitslose. Die Möglichkeiten für arbeitslose Arbeitnehmer, gegenwärtig eine geeignete Beschäftigung zu finden, sind also im Vergleich zum Vorjahr ganz offensichtlich geringer geworden.

Gebremste Arbeitsmarktentwicklung trifft vor allem Ausländer

Die in diesem Frühjahr zu beobachtende generelle Dämpfung der bis jetzt immer noch relativ günstigen Situation auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt berührt die einzelnen Arbeitnehmergruppen in sehr unterschiedlicher Weise. Von den insgesamt nicht zu unterschätzenden Abkühlungseffekten sind in erster Linie die ausländischen Mitbürger betroffen.

Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen stieg entgegen der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung bereits im Jahresdurchschnitt 1991 im Vergleich zum Vorjahr um 7,0 % an. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres erreichten dann die jeweiligen Zuwachsraten sogar eine Größenordnung von über

+ 30 %. Dieser Entwicklung entsprechend waren Ende Mai 1992 rund 37 800 Ausländer arbeitslos, das waren über 10 600 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Mit dieser weit überdurchschnittlichen Zunahme vergrößerte sich der Anteil der ausländischen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von rund 16 % zu Beginn des Jahres 1991 auf über 21 % im Mai 1992. Im gleichen Zeitraum stieg ihre Arbeitslosenquote von 6,4 % auf 8,2 %. Hier wirkt sich vor allen Dingen aus, daß unter den ausländischen Arbeitnehmern sehr viele Ungelehrte sind, die bei notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben als erste freigesetzt werden.

Die abgeschwächte Arbeitsmarktentwicklung machte sich demgegenüber bei den Aussiedlern in Baden-Württemberg noch nicht so unmittelbar negativ bemerkbar, da das Abebben ihres Zuwanderungsstroms in den vergangenen Monaten den Druck auf den Arbeitsmarkt doch erheblich verringerte. So ging nicht nur im Jahresdurchschnitt 1991 die Zahl der arbeitslosen Aussiedler deutlich zurück, sondern sogar über den Jahreswechsel 1991/92 hinweg reduzierte sich ihre Arbeitslosigkeit - wenn auch mit abnehmender Tendenz. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag die Arbeitslosigkeit der Aussiedler immer unter dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Während im Durchschnitt des Jahres 1991 über 13 % aller Arbeitslosen Aussiedler waren, beträgt dieser Anteil im Mai 1992 noch 11,0 %. Bei dieser im großen und ganzen erfreulichen Entwicklung ist relativierend anzumerken, daß gegenwärtig ungefähr 6.900 Aussiedler an Sprachkursen und rund 5.800 an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen; damit hoffen insgesamt rund 32.100 Aussiedler auf einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben.

Die jugendlichen Arbeitnehmer gehören ebenfalls zu den Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, die noch im Jahresdurchschnitt 1991 - wie in den Jahren zuvor - stark von der Beschäftigungsausweitung profitierten und eine sehr geringe Arbeitslosigkeit erreichen konnten. Bis zum Herbst letzten Jahres ging die Zahl arbeitsloser Jugendlicher im Vergleich zum Vorjahr stetig zurück. Die dann folgende Schwächephase auf dem Arbeitsmarkt führte insbesondere im laufenden Jahr 1992 zu einer Zunahme bei der Arbeitslosigkeit, was sich allerdings noch nicht so gravierend auf deren absolute Höhe niederschlug, da die Entwicklung von einem niedrigen Niveau ausging. Während im Jahr 1991 durchschnittlich rund 5.350 Jugendliche arbeitslos waren, erhöhte sich ihre Zahl im Mai 1992 auf 5.960 Personen, was ihren Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen nahezu unverändert ließ.

Für die Arbeitsmarktsituation der Frauen in Baden-Württemberg ist dagegen eine insgesamt nicht so günstige Entwicklung zu konstatieren, auch wenn sich ihre Beschäftigung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre kräftig erhöhte. Im Laufe des allgemeinen Abbaus der Arbeitslosigkeit seit dem Höchststand im Jahre 1983 konnten die Frauen nie ihre gegenüber den Männern relativ schlechtere Position ausgleichen - auch dann nicht, als sie vorübergehend, wie zum Beispiel im letzten Jahr, einen größeren Rückgang ihrer Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen hatten als die Männer. Vom gegenwärtigen Anstieg der Arbeitslosigkeit sind sie nun ebenfalls wieder betroffen, wobei allerdings die Zuwachsraten gegenüber den Vorjahreswerten nicht so groß ausfallen wie bei den männlichen Arbeitslosen. Im Mai 1992 erhöhte sich die Zahl der weiblichen Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,2 %. Im Vergleich zum Vormonat war das ein Rückgang, so daß sich die Arbeitslosenquote der Frauen im Mai 1992 auf 4,5 % verringerte (April: 4,6 %), während die Quote der Männer mit 3,7 % unverändert blieb.

Für diejenigen Arbeitnehmer, die mehr als ein Kriterium für die Zuordnung zu einer sogenannten Problemgruppe des Arbeitsmarktes aufweisen, was wohl besonders häufig für die Langzeitarbeitslosen zu-

Tabelle 4
Arbeitslose in Baden-Württemberg 1991

Merkmal	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr	Arbeitslosenquote	Anteil an den Arbeitslosen
		%		
Arbeitslose insgesamt	159 318	- 7,4	3,7	-
und zwar				
Frauen	80 344	- 10,9	4,3	50,4
Ausländer	28 275	+ 7,0	6,6	17,7
Aussiedler	20 824	- 8,0	.	13,1
Jugendliche unter 20 Jahren	5 353	- 12,8	2,7	3,4
Schwerbehinderte	9 353	- 2,9	.	5,9
Langzeitarbeitslose ¹⁾	33 035	- 10,8	.	21,1

1) Ende September; ein Jahr und länger arbeitslos.

treffen dürfte, wird es zur Zeit wegen der allgemein abgekühlten Arbeitsmarktentwicklung recht schwierig sein, einen Arbeitsplatz zu finden. Speziell bei diesen Arbeitnehmern kann der spezifische Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums eventuell eine zeitlich befristete Überbrückungshilfe geben, bis der gesamtwirtschaftliche Aufschwung einsetzt und wieder zu kräftigeren Nachfrageeffekten auf dem Arbeitsmarkt führt.

Wachsende Bevölkerung durch beträchtliche Zuwanderungen

Das gegen Ende der achtziger Jahre stark zunehmende Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg hat sich im Jahr 1991 etwas abgeschwächt, weist aber gegenüber der Situation zu Beginn der achtziger Jahre immer noch eine große Dynamik auf. Im Vergleich mit den übrigen Bundesländern ist Baden-Württemberg das Land mit der höchsten prozentualen Bevölkerungszunahme, gefolgt von Bayern und Hessen. Die bedeutendste Komponente dieser Zunahme ist ein Wanderungsgewinn in der Größenordnung einer Großstadt. Den rund 200 000 Fortzügen aus Baden-Württemberg standen 1990 fast 400 000 Zuzüge gegenüber. Im Jahr 1991 schwächte sich der Zuwanderungsstrom allerdings

merklich ab. In den ersten drei Quartalen belief sich der Wanderungsgewinn auf etwas mehr als 100 000 Personen und lag damit deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Während 1990 der große Wanderungsgewinn in erster Linie aus Zuwanderungen von Deutschen resultierte, waren im folgenden Jahr wieder in stärkerem Maße Zuwanderungen von ausländischen Staatsbürgern zu beobachten. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1991 gab es insgesamt bei der deutschen Bevölkerung einen Wanderungsgewinn von 49 000 Personen, bei den Ausländern von 56 000 Personen. Diese Verschiebung zeichnet sich auch für 1992 ab; sie beruht nicht zuletzt auf rückläufigen Zuwanderungen von Aussiedlern sowie andererseits auf der stark gestiegenen Zahl von Asylbewerbern.

Im Laufe des Jahres 1990 wurden in Baden-Württemberg nahezu 93 000 Aussiedler aufgenommen; hinzu kamen noch rund 20 000 Übersiedler. Nachdem am 30. Juni 1990 das Notaufnahmeverfahren für Übersiedler endete, schwächte sich in der zweiten Jahreshälfte 1990 auch der große Zustrom von Aussiedlern aufgrund des am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Aussiedler-Aufnahmegesetzes deutlich ab. Diese Entwicklung setzte sich während

Tabelle 5
Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1990 und 1991

Merkmal	1990			1. – 3. Quartal					
				1990			1991		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
	Anzahl								
Lebendgeborene	118 579	102 349	16 230	87 319	75 598	11 721	88 408	76 286	12 122
Sterbefälle	97 570	95 789	1 781	72 153	70 869	1 284	71 247	69 905	1 342
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	+ 21 009	+ 6 560	+ 14 449	+ 15 166	+ 4 729	+ 10 437	+ 17 161	+ 6 381	+ 10 780
Zuzüge über die Landesgrenze	386 395	234 301	152 094	304 219	181 266	122 953	264 357	131 017	133 340
Fortzüge über die Landesgrenze	204 073	107 993	96 080	150 698	73 777	76 921	158 660	82 084	76 576
Wanderungssaldo	+ 182 322	+ 126 308	+ 56 014	+ 153 521	+ 107 489	+ 46 032	+ 105 697	+ 48 933	+ 56 764
Ein- bzw. Ausbürgerung	–	+ 4 411	– 4 411	–	+ 2 768	– 2 768	–	+ 3 676	– 3 676
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	+ 203 331	+ 137 279	+ 66 052	+ 168 687	+ 112 218	+ 56 469	+ 122 858	+ 55 314	+ 67 544
Bevölkerungsstand (am Jahresende bzw. am Ende des 3. Quartals)	9 822 027	8 776 207	1 046 820	9 787 383	8 752 914	1 034 469	9 944 885	8 834 197	1 110 688

des ganzen Jahres 1991 und auch zu Beginn von 1992 fort; Monat für Monat lag die Zahl der in Baden-Württemberg aufgenommenen Aussiedler unter den entsprechenden Vorjahreswerten. Im Jahr 1991 wanderten mit fast 37 000 Aussiedlern rund 60 % weniger zu als im Vorjahr. Von Januar bis März 1992 betrug diese Zuwanderung gut 6 000 Personen; gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum war das nochmals ein Rückgang um fast 40 %. Wie bereits im Jahr zuvor kamen auch 1991 circa 60 % der Aussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Baden-Württemberg.

Im Gegensatz zur Zuwanderung von Aussiedlern steigt in Baden-Württemberg die Zahl der Asylbewerber permanent an. Nach Angaben des Innenministeriums kamen 1991 rund 43 000 Asylbewerber in den Südwesten; das waren über die Hälfte mehr als ein Jahr zuvor. Im laufenden Jahr verstärkte sich diese Zuwanderungsbewegung; bis Ende März nahm Baden-Württemberg über 12 000 Asylbewerber auf. Die wichtigsten Herkunftsländer bleiben wie bereits im vergangenen Jahr die Gebiete des ehemaligen Jugoslawien (57 %) und Rumänien (15 %).

Der starke Zustrom von Asylbewerbern wird zu einem nicht unbedeutenden Kostenfaktor im Landeshaushalt. Laut Haushaltsrechnungen des Finanzmini-

steriums muß das Land Baden-Württemberg im Zeitraum des Doppelhaushalts 1991/92 mehr als eine halbe Milliarde D-Mark für Asylbewerber aufwenden.

Neben dem großen Wanderungsüberschuß war 1991 in Baden-Württemberg auch ein Geburtenüberschuß von rund 20 000 Personen zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Lebendgeborenen - fast parallel zur Entwicklung der Zahl der Sterbefälle - zwar leicht zurück, lag aber immer noch deutlich über dem Niveau der achtziger Jahre. Maßgeblich für die relativ hohe Geburtenzahl ist der Umstand, daß nach wie vor stark besetzte Frauenjahrgänge in dem Alter sind, in dem die Geburtenhäufigkeit hoch ist. Verstärkt wird diese Entwicklung in den letzten Jahren durch die große Zahl von Zuwanderern, die ebenfalls häufig im entsprechenden Alter stehen.

Nachdem Ende Oktober 1991 zu einem Bevölkerungsstand von 10 Millionen Einwohner in Baden-Württemberg nur noch 26 000 Personen fehlten, deutet die Entwicklung der maßgeblichen Bestimmungsfaktoren darauf hin, daß bereits im laufenden Jahr diese Marke überschritten wird. Auch für die nächsten Jahre kann durchaus noch mit einem weiteren Bevölkerungswachstum gerechnet werden.

Tabelle 6

Zugänge an Aussiedlern und Asylbewerbern in Baden-Württemberg 1991 und 1992

Jahr - Zeitraum	Aussiedler		Asylbewerber	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %
1991 1. Quartal	10 302	- 49,7	5 937	+ 22,4
2. Quartal	8 241	- 72,4	8 325	+ 45,7
3. Quartal	10 640	- 62,4	15 957	+ 54,2
4. Quartal	7 434	- 47,4	12 892	+ 82,6
Jahr	36 617	- 60,5	43 111	+ 54,1
1992 1. Quartal	6 423	- 37,7	12 361	+ 108,2

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg.

Mehr Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Für eine sachgerechte Diskussion über die Bereitstellung von Bildungsinfrastruktur, insbesondere was den Lehrkräftebedarf anlangt, ist neben den Bestimmungen zur Arbeitszeit und dem Umfang der Stundentafeln die Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten eine entscheidende Größe.

Der Anstieg der Gesamtzahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen seit Herbst 1989 hat sich im Schuljahr 1991/92 fortgesetzt; auch für die kommenden Jahre ist eine Tendenzwende nicht zu erwarten. Im Gesamtbereich der allgemeinbildenden Schulen liegt die Schülerzahl im Schuljahr 1991/92 mit rund 1 080 000 Schülern und Schülerinnen um 1,9 % über dem Niveau des Vorjahres. Dieser Anstieg erstreckte sich auf alle Bereiche der allgemeinbildenden Schulen, wobei die Entwicklung an den Hauptschulen und an den Gymnasien mit 2,2 bzw. 2,1 % stärker ausgeprägt war. Die größte Zuwachsrate gab es allerdings an den Sonderschulen (+ 2,5 %), wo im Schuljahr 1991/92 rund 45 000 Kinder unterrichtet wurden. Eine nur unterdurchschnittlich große Steigerung (+ 1,7 %) meldeten dagegen die Grundschulen.

An der relativ großen Zunahme der Zahl der Gymnasiasten waren nicht allein deutsche Schüler beteiligt. Die Gymnasien haben zwar im Vergleich zu den übrigen Schularten immer noch einen sehr geringen Ausländeranteil (5,3 %), aber eine steigende Tendenz ist nicht zu verkennen. Die Zahl von 12 450 ausländischen Gymnasiasten im laufenden Schuljahr

liegt um 3,5 % über dem Vorjahreswert, und hat damit stärker als die Gesamtzahl der Schüler zugenommen.

Die unterschiedliche Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Schularten spiegelt nicht nur demographische Strukturen und die Ergebnisse der Wanderungsprozesse wider, sondern ist auch Folge von Verhaltensweisen bei der individuellen Wahl der weiterführenden Schule im Anschluß an die Grundschule. Die längerfristige Entwicklung dieses Übergangsverhaltens unterliegt naturgemäß gewissen Schwankungen, signalisiert jedoch seit Beginn der achtziger Jahre eine schwindende Attraktivität der Hauptschulen. Diese rückläufige Tendenz hat sich nun im Schuljahr 1991/92 nicht weiter fortgesetzt; parallel dazu ist der Trend steigender Übergangsquoten auf Gymnasien auf dem hohen Niveau des Vorjahres zum Stillstand gekommen. Bei den Realschulen, die im längerfristigen Vergleich ebenfalls zunehmende Übergangsquoten aufwiesen, ist gegenwärtig sogar ein geringfügiger Rückgang zu vermerken.

Die Zunahme der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Betreuungsrelation von Schüler pro Lehrer und die durchschnittlichen Klassenstärken in den einzelnen Schularten. Der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu beobachtende Trend zu kleineren Schulklassen hat sich Ende des Jahrzehnts nicht weiter fortgesetzt und scheint sich inzwischen sogar umzukehren. Die 597 000 Grund- und Hauptschüler im Schuljahr 1991/92 werden in Klassen mit durchschnittlich 21,4 Schüler unterrichtet, während es in

Tabelle 7
Klassenstärke (Schüler je Klasse) im Bundesländervergleich 1990

Schulart	Bundes- gebiet ¹⁾	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Schleswig- Holstein
Grundschulen	22,1	21,9	23,8	23,6	22,3	23,1	21,7	20,5	22,4	22,2	19,6	20,0
Hauptschulen	21,5	20,1	22,7	17,5	16,6	21,1	19,5	19,5	22,7	22,5	20,6	17,9
Realschulen	24,4	24,1	24,7	25,7	24,1	24,9	24,8	22,5	26,2	24,9	24,3	20,5
Gymnasien ²⁾	25,3	24,6	25,6	26,2	23,9	25,0	25,9	23,9	26,0	25,3	24,8	23,2
Sonderschulen	9,8	9,0	10,3	8,8	8,1	9,9	10,1	8,9	10,9	9,3	8,1	8,9

1) Alter Gebietsstand. – 2) Klassenstufen 5 bis 10.

Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

den Jahren 1987 bis 1989 nur 20,8 Schüler waren. Bei den Realschulen und Gymnasien wirkte sich die Trendumkehr zu größeren Schulklassen noch deutlicher aus. Ende der achtziger Jahre lag die Klassenstärke an den Realschulen und Gymnasien bei rund 23,8 Schülern, im Schuljahr 1991/92 wird dagegen der Unterricht für die 176 400 Realschüler und 235 800 Gymnasiasten in Klassen mit durchschnittlich 24,5 bzw. 24,3 Schülern und Schülerinnen erteilt. Mit dieser Entwicklung befindet sich Baden-Württemberg im Bundesvergleich aber weiterhin in einer günstigen Position. Allein in den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden die Schüler in durchschnittlich kleineren Klassen unterrichtet als in Baden-Württemberg.

Berufliche Bildung im Schatten der Hochschulbildung

Während die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit wenigen Jahren wieder steigen, ist der Trend zu immer kleineren Absolventenzahlen noch ungebrochen. Insbesondere die Zahl der Abgänger mit Hauptschulabschluß ging seit ihrem Höchststand im Jahr 1979 stark zurück; auch bei der Absolventenzahl mittlerer Bildungsgänge war eine deutliche Abnahme seit dem Gipfelpunkt von 1984 zu verzeichnen. Die Zahl der Abiturienten reduzierte sich dagegen bezogen auf ihren Höchststand im Jahr 1985 nur unterdurchschnittlich und liegt heute immer noch über dem für Ende der siebziger Jahre kennzeichnenden Niveau.

Diese Entwicklung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Situation im Berufsbildungssystem. Zwar hat sich die Gesamtzahl der Auszubildenden nicht im gleichen Ausmaß reduziert wie die Zahl der Schulabgänger mit Hauptschul- bzw. Realschulabschluß, aber mit etwas zeitlicher Verzögerung dürfte auch hier mit einer ähnlichen Verringerung zu rechnen sein; die aktuelle Entwicklung der Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge weist bereits darauf hin. Vor allem im Bereich des Handwerks, und dort besonders ausgeprägt bei den Bauberufen, wollen immer weniger Jugendliche eine Ausbildung beginnen. Bei den kaufmännischen Berufen fiel im Vergleich dazu der Rückgang neu abgeschlossener Ausbildungsverträge gering aus, was wohl in erster Linie auf die weiter bestehende Attraktivität der Bank- und Versicherungsberufe - speziell auch für Abiturienten - zurückzuführen ist. "Freie Berufe" wurden bis jetzt noch kaum vom Lehrlingsmangel

getroffen; zur Ausbildung von Zahnarzthelfern wurden sogar noch mehr Verträge abgeschlossen als Mitte der achtziger Jahre.

Wie aus der Entwicklung der Ausbildungsverträge ersichtlich, wird es für viele Ausbildungsbetriebe in Baden-Württemberg immer schwieriger, geeigneten Berufsnachwuchs zu finden. Im gegenwärtig laufenden Beratungsjahr 1991/92, das sich bis Ende September 1992 erstreckt, waren Ende März insgesamt 69 500 Ausbildungsplätze, das sind knapp 5 % mehr als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt, noch nicht besetzt. Vor allem in den Bereichen Bauwirtschaft, Waren- und Dienstleistungskaufleute sowie bei den Metallberufen hat sich der Lehrlingsmangel weiter verschärft.

Dem generell wachsenden Bedarf an Auszubildenden auf der einen Seite, der unter anderem aufgrund derzeit abnehmender Bewerberzahlen immer weniger gedeckt werden kann, steht auf der anderen Seite eine Erhöhung der Zahl von noch nicht vermittelten Bewerbern um 3,4 % auf 20 400 Personen gegenüber. Diese Zunahme ist zwar gemessen an den Neuabschlüssen relativ gering, trotzdem erscheint es bemerkenswert, daß sie sich speziell auf die Bereiche Elektrotechnik (+ 12,0 %), Waren- und Dienstleistungskaufleute (+8,2 %) sowie die Verkehrsberufe (+ 5,6 %) und die sonstigen Dienstleistungsberufe (+ 9,9 %) erstreckt. Zur Beurteilung dieser strukturellen Diskrepanzen auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist zu bemerken, daß aufgrund der Freiwilligkeit der Inanspruchnahme der Ausbildungsvermittlung sowohl durch die Bewerber als auch durch die ausbildenden Betriebe nur ein Teil des Gesamtangebots und der Gesamtnachfrage von den Arbeitsämtern erfaßt werden kann.

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt findet im Rahmen der Dualität der Ausbildung ihren Niederschlag auch in rückläufigen Schülerzahlen an den beruflichen Schulen. Allerdings hat sich diese seit mehreren Jahren bestehende Tendenz gegenüber den Vorjahren etwas abgeschwächt. Im Schuljahr 1991/92 wurden im Gesamtbereich der beruflichen Schulen mit 377 600 Schüler und Schülerinnen rund 5 300 weniger (- 1,4 %) als im Jahr zuvor unterrichtet. Ein überdurchschnittlicher Rückgang von - 2,7 % zeigte sich im relativ großen Bereich der Berufs- und Sonderberufsschulen, während es bei den Berufsfachschulen und Fachschulen sowie den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs teilweise eine deutliche Zunahme der Schülerzahlen gab. Offensichtlich nutzen immer mehr Jugendliche und junge

Erwachsene die spezifischen Möglichkeiten zu höheren Abschlüssen, die das berufliche Schul- und Ausbildungssystem bietet.

Während immer weniger Auszubildende eine duale Ausbildung aufnehmen, melden die Hochschulen Jahr für Jahr höhere Studentenzahlen. Im Wintersemester 1991/92 waren rund 220 900 Studierende an den Hochschulen in Baden-Württemberg eingeschrieben; das waren 5 700 mehr (+ 2,6 %) als im vorausgegangenen Wintersemester. Die größte Steigerungsrate wurde mit + 16,6 % wie schon die Jahre zuvor bei den Pädagogischen Hochschulen erreicht; leicht überdurchschnittlich stieg auch die Zahl der Fachhochschulstudenten (+ 2,9 %). Die Zahl der Studienanfänger, die als Stromgröße viel rascher auf Trendänderungen reagiert als eine Bestandsgröße, ging zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder zurück (- 2,6 %). Diese Umkehr in der Entwicklung der Erstsemesterzahlen, die sich mit 31 730 Personen absolut gesehen nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau bewegen, ist demographisch bedingt, und wird aufgrund der Entwicklung der Abiturientenzahlen schon länger erwartet. Sie kann aber durchaus auch als Zeichen der Kapazitätsengpässe an den Hochschulen interpretiert werden, die wegen des ungebrochenen Trends zu möglichst hochqualifizierten Ausbildungsgängen auf mittlere Sicht nach wie vor virulent sein werden.

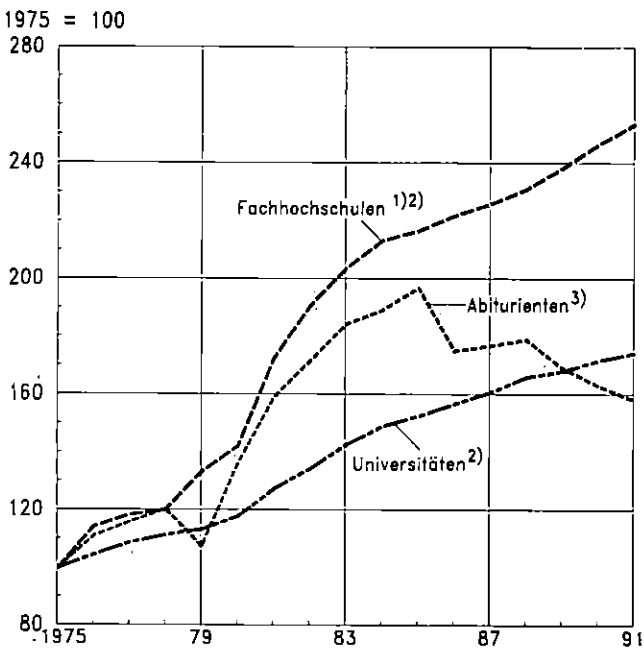
Im Verarbeitenden Gewerbe: Auslandsimpulse gewinnen an Breite

Die Wirtschaft Baden-Württembergs befindet sich im Frühjahr 1992 im Spannungsfeld von Chancen und Risiken. Am Ende einer zehn Jahre währenden Phase positiver Zuwachsraten signalisierten die kurzfristigen Konjunkturdaten für das Produzierende Gewerbe seit dem zweiten Quartal 1991 eine merkliche Abschwächung des Wachstums. Nachdem dank eines kräftigen Schubs der Inlandsnachfrage im ersten Halbjahr 1991 das hohe Vorjahresniveau der Gesamtnachfrage preisbereinigt nochmals um 3,7 % übertroffen worden war, lag im zweiten Halbjahr die Inlandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe um 3,0 % unter Vorjahresniveau, und in den meisten Branchen war auch die Auslandsnachfrage rückläufig.

Einzig die auffallend starke Auslandsnachfrage nach Straßenfahrzeugen und auch von Büromaschinen und ADV-Geräten sorgte dafür, daß die Entwicklung der Gesamtnachfrage leicht positiv blieb. Allerdings

Schaubild 3

Abiturienten und Studierende an ausgewählten Hochschulen in Baden-Württemberg seit 1975



1) Ab 1981 einschließlich Fachhochschulen des Bundes. - 2) Stand jeweils November/Dezember (Wintersemester). - 3) Absolventen des Schuljahres t-1/t.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

281 92

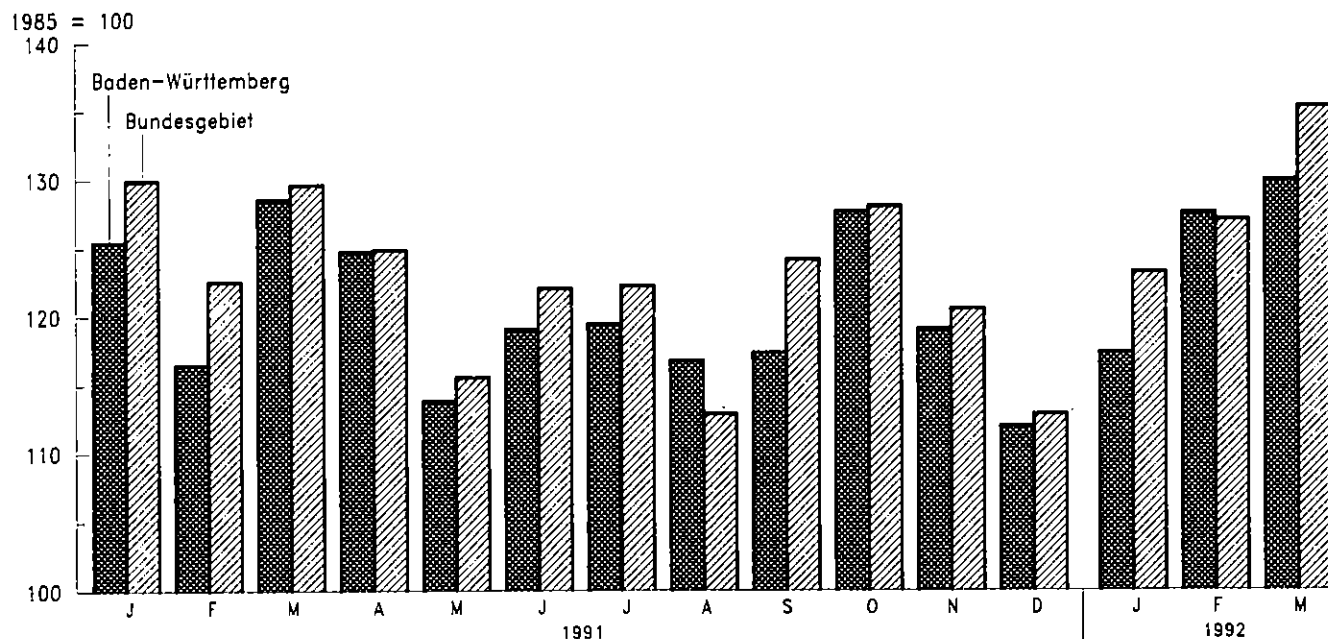
fiel die Konjunkturberuhigung im Südwesten nicht so drastisch aus wie in anderen westlichen Bundesländern. Dort hatte der einheitsbedingte Nachfragesog aus dem Beitrittsgebiet die sich anbahnende Konjunkturschwäche lange verzögert, um dann ab August umso stärker einzusetzen. Im Jahresdurchschnitt lag die Vorjahresrate der Gesamtnachfrage mit 2,0 % für Baden-Württemberg dann günstiger als für das westliche Bundesgebiet (0,5 %).

Die im zweiten Halbjahr 1991 vorherrschenden Einflüsse bestimmten auch im Frühjahr 1992 das Konjunkturbild. Bei anhaltend flauer Binnennachfrage kamen Impulse in erster Linie aus dem Auslandsgeschäft. Nach der leicht negativen Veränderungsrate im 4. Quartal 1991 zeigte die Gesamtnachfrage im 1. Quartal 1992 auch real wieder ein leichtes Wachstum an.

Die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten von den Inlands- auf die Auslandsmärkte verlief jedoch keineswegs gleichförmig. Sie war vielmehr von beträchtlichen Divergenzen geprägt, die auch heute noch nicht völlig überwunden sind. Die Mehrzahl der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes konnte nämlich auch im zweiten Halbjahr 1991 das gute

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet^{*)} 1991 und 1992

-Volumenindex-



*) Alter Gebietsstand.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

282 92

Auslandsgeschäft des Vorjahres nicht erreichen; die Minusraten fielen allerdings nicht mehr ganz so deutlich aus wie im ersten Halbjahr. Dies gilt vornehmlich für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und mit Abstrichen auch für das Verbrauchsgütergewerbe. Zu einer Belebung der Auslandsnachfrage kam es in diesem Teil der Industrie dann im ersten Quartal 1992 - im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit + 7 % gegenüber dem Vorjahr deutlicher, im Verbrauchsgütergewerbe bei + 1 % wegen der anhaltenden Schwäche im Druckereigewerbe verhaltener.

Auch die Branchen des Investitionsgütergewerbes melden nach und nach eine Intensivierung der Auslandsaufträge. War die Schwäche im zweiten Halbjahr 1991 noch durch außerordentlich gute Abschlüsse im Fahrzeugbau und in der Herstellung von Büromaschinen/ADV-Geräten überdeckt, so gab es im ersten Quartal 1992 für die Mehrzahl der Branchen eine positive Entwicklung. Im Wachstumsergebnis insgesamt schnitt das Investitionsgütergewerbe jedoch weniger gut ab als im Vorjahr, weil sich die - gleichwohl noch immer kräftigen - Zuwachsraten im ADV-Bereich vermindert haben und

weil der Fahrzeugbau mit - 8 % im Inlandsgeschäft, die Elektrotechnik mit - 4 % hingegen bei den Auslandsbestellungen Schwächen zeigen. Insofern stimmt optimistisch, daß sich die Auftragslage im Maschinenbau nach einer erheblichen Schrumpfung 1991 allmählich zu stabilisieren scheint. Seine Auslandsorders lagen zuletzt mit + 2 % wieder leicht über dem ersten Quartal 1991.

Auch nach dem Verlauf der industriellen Nettoproduktion erhärtet sich der Gesamteindruck, daß im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs ein konjunktureller Einbruch mit rezessiven Erscheinungen vermieden wurde. Die meisten Branchen stabilisierten ihre Leistungen auf dem erreichten hohen Niveau oder zeigten sich zunehmend erholt. Nach einem ausgezeichneten Ergebnis im 1. Halbjahr 1991 - bei fast durchweg ausgelasteten Kapazitäten wurde das hohe Produktionsniveau des Jahres 1990 im Durchschnitt um 4,8 % übertroffen - normalisierte sich die Warenproduktion zum Jahresende hin. Nach einem Zuwachs von nochmals 5,1 % im 3. Quartal ergab sich im 4. Quartal ein Plus von 1,9 %. Auch im 1. Quartal 1992 blieb der Produktionszuwachs mit + 2,5 % im Bereich des langfristig normalen.

Tabelle 8

In- und ausländische Nachfrageentwicklung in Baden-Württemberg 1991 und im 1. Quartal 1992

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1985 = 100) Volumenindex		Umsatz		
	Veränderung .		1991 insgesamt	Veränderung	
	1991 gegen 1990	1. Quartal 1992 gegen 1. Quartal 1991		1991 gegen 1990	1. Quartal 1992 gegen 1. Quartal 1991
	%		Mrd. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 2,0	+ 1,2	348,7	+ 5,4	+ 6,8
Inland	+ 3,0	- 0,4	247,7	+ 9,1	+ 6,7
Ausland	+ 0,2	+ 4,2	101,0	- 2,7	+ 7,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 1,8	+ 6,1	56,3	+ 2,4	+ 6,3
Inland	+ 5,0	+ 5,8	43,4	+ 4,8	+ 7,5
Ausland	- 4,9	+ 6,9	12,9	- 4,7	+ 2,5
Chemische Industrie	+ 2,7	+ 5,9	22,5	+ 2,4	+ 6,1
Inland	+ 7,4	+ 4,4	14,9	+ 5,1	+ 6,7
Ausland	- 4,6	+ 8,7	7,6	- 2,4	+ 4,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,5	+ 0,5	214,7	+ 6,0	+ 8,4
Inland	+ 3,0	- 1,7	138,7	+ 11,4	+ 8,3
Ausland	+ 1,8	+ 4,2	76,0	- 2,5	+ 8,5
Maschinenbau	- 7,3	- 1,6	60,0	+ 1,8	+ 0,8
Inland	- 4,1	- 4,2	36,2	+ 9,1	+ 2,2
Ausland	- 11,5	+ 2,1	23,8	- 7,6	- 1,3
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	+ 19,3	- 1,3	57,0	+ 10,5	+ 14,4
Inland	+ 24,3	- 8,3	34,8	+ 19,8	+ 12,1
Ausland	+ 14,4	+ 6,6	22,3	- 1,5	+ 18,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	- 1,1	- 1,3	54,0	+ 4,2	+ 6,1
Inland	- 0,7	+ 0,1	38,2	+ 7,1	+ 8,4
Ausland	- 2,1	- 4,4	15,8	- 2,3	+ 1,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren ¹⁾	- 3,7	+ 4,6	9,9	+ 5,1	+ 10,5
Inland	+ 2,4	+ 2,8	6,1	+ 9,1	+ 9,6
Ausland	- 12,1	+ 7,6	3,8	- 0,9	+ 12,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,1	- 0,6	54,9	+ 6,6	+ 2,3
Inland	+ 1,3	- 1,1	44,6	+ 8,8	+ 2,3
Ausland	- 5,1	+ 1,3	10,4	- 1,7	+ 2,4
Textilgewerbe	- 1,6	- 4,4	11,2	- 0,7	- 3,5
Inland	- 1,3	- 6,6	8,5	+ 0,9	- 4,8
Ausland	- 2,3	+ 1,9	2,8	- 5,3	+ 0,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	22,8	+ 4,4	+ 4,5
Inland	-	-	21,0	+ 4,9	+ 4,5
Ausland	-	-	1,8	- 1,7	+ 4,3
Nachrichtlich Bundesgebiet ²⁾					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 0,5	+ 1,9	1 920,8	+ 7,0	+ 3,9
Inland	+ 4,0	+ 1,0	1 399,9	+ 10,6	+ 3,5
Ausland	- 5,7	+ 3,6	520,9	- 1,7	+ 4,9

1) Auftragseingang ohne Herstellung von Uhren. - 2) Alter Gebietsstand.

Die einzelnen Branchen sind im großen und ganzen diesem Konjunkturverlauf gefolgt. Am stärksten trat die konjunkturelle Beruhigung im zweiten Halbjahr beim Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zutage, in

milderer Form auch beim Verbrauchsgütergewerbe. Mit - 9 % und - 2 % im Vorjahresvergleich für das 4. Quartal vollzog sich in diesen Wirtschaftshauptgruppen eine deutliche Schrumpfung, während die

Tabelle 9

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1991 und im 1. Quartal 1992

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte			Arbeiterstunden			Produktion			Exportquote ¹⁾	
	1991 ins- gesamt MD ²⁾	Veränderung		1991 ins- gesamt	Veränderung		1991 Index MD ²⁾	Veränderung		1991	1990
		1991 gegen 1990	1. Quartal 1992 gegen 1. Quartal 1991		1991 gegen 1990	1. Quartal 1992 gegen 1. Quartal 1991		1991 gegen 1990	1. Quartal 1992 gegen 1. Quartal 1991		
	1000	%		Mill.	%		1985=100	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 546,3	+ 1,7	- 0,9	1 569,7	- 0,2	- 2,3	121,9	+ 4,1	+ 2,5	29,0	31,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	172,3	+ 0,9	- 0,6	172,0	- 1,5	- 1,2	121,4	+ 2,3	+ 3,5	22,8	24,6
Chemische Industrie	73,1	+ 1,8	+ 0,6	55,1	- 1,9	- 1,5	121,8	+ 4,6	- 1,3	33,7	35,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 020,0	+ 1,5	- 1,3	1 009,6	- 0,3	- 2,7	125,1	+ 5,3	+ 3,1	35,4	38,5
Maschinenbau	293,7	+ 1,5	- 2,3	284,6	- 2,1	- 6,8	127,0	- 0,8	- 3,6	39,6	43,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	240,1	+ 2,1	- 0,8	276,3	+ 3,6	+ 0,4	111,7	+ 4,2	+ 12,3	39,0	43,8
Elektrotechnik, Reparatur von Haus- haltsgeräten	265,0	+ 0,8	- 0,5	235,7	- 1,7	- 1,6	130,7	+ 5,8	- 2,4	29,2	31,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	52,8	+ 1,0	- 0,4	49,9	- 2,3	- 2,6	119,0	+ 1,6	+ 1,1	38,2	40,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	289,8	+ 2,1	- 0,7	317,6	+ 0,1	- 2,5	114,9	+ 2,5	- 0,1	18,8	20,4
Textilgewerbe	60,2	- 4,4	- 5,8	66,7	- 6,4	- 8,5	90,8	- 2,6	- 7,0	24,6	25,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	64,2	+ 4,7	+ 2,3	70,6	+ 4,0	+ 1,9	102,9	- 1,2	- 1,8	7,9	8,4
Nachrichtlich Bundesgebiet: ³⁾											
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	7 349,8	+ 1,5	- 0,9	7 775,5	- 0,4	- 1,0	121,9	+ 3,0	+ 2,2	27,1	29,5

1) Hauptbeteiligt. - 2) Monatsdurchschnitt. - 3) Alter Gebietsstand.

Konjunkturabschwächung am Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe - begünstigt durch die florierende Baukonjunktur - weitgehend vorbeigang.

Relativ gefestigt und zum Teil sogar lebhaft entwickelte sich 1991 die Produktionstätigkeit im Investitionsgütergewerbe. So konnten in den Sommermonaten von mehreren Branchen zweistellige Zuwachsraten verzeichnet werden, bei EBM-Waren und im ADV-Bereich war dies fast das ganze Jahr hindurch die Regel. Die konjunkturelle Beruhigung des Vorjahres hinterließ zwar auch im Investitionsgütergewerbe gewisse Bremsspuren, die sich aber mit Steigerungsraten von knapp 4 % im 4. Quartal und von 3 % im 1. Quartal 1992 insgesamt durchaus in Grenzen hielten. Speziell in den wichtigen Zweigen Maschinenbau und Elektrotechnik war jedoch im Zuge einer nach wie vor eher schwachen Auftragslage der Produktionsausstoß in den ersten drei Monaten unter dem entsprechenden Vorjahresstand.

Stabile Baukonjunktur

Der Auftragseingang im baden-württembergischen Bauhauptgewerbe verlief 1991 auf hohem Niveau. Zum insgesamt verbuchten Plus von nominal 9,4 % haben die Ordereingänge im Hochbau mit einer Zunahme um 11,2 % und die Tiefbaunachfrage mit einem Zuwachs von 6,3 % beigetragen. Gleichzeitig sind jedoch auch die Preise für Bauleistungen deutlich gestiegen. So erhöhte sich etwa der Preisindex für Bauleistungen an neuen Wohngebäuden jahresdurchschnittlich um 6,9 %. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen wird somit ersichtlich, daß sich das Expansionstempo im Auftragseingang gegenüber 1990 merklich abschwächte. Die realen Ordereingänge haben im Hochbau nur noch um 3,8 % zugenommen (1990: + 8,4 %), während sie im Tiefbau auf dem Vorjahresniveau stagnierten (1990: + 5,8 %).

Tabelle 10

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 1991 und 1992
 (1985 = 100)

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe ins- gesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Wohnungs- bau	gewerb- licher und industrieller Bau	öffent- licher Bau ¹⁾		Straßen- bau	gewerb- licher und industrieller Bau	sonstiger öffentlicher Bau ¹⁾
1991 1. Vierteljahr	– 0,9	– 2,3	+ 3,7	– 11,0	+ 16,1	+ 2,0	– 9,3	+ 10,1	+ 11,6
2. Vierteljahr	+ 10,9	+ 15,4	+ 21,5	+ 13,4	+ 5,6	+ 3,7	+ 10,6	+ 40,2	– 11,2
1. Halbjahr	+ 5,3	+ 6,6	+ 12,7	+ 1,1	+ 10,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 25,3	– 1,8
3. Vierteljahr	+ 12,3	+ 13,9	+ 19,0	+ 11,8	+ 3,1	+ 9,6	– 2,8	+ 18,6	+ 22,3
4. Vierteljahr	+ 15,3	+ 18,5	+ 26,1	+ 8,1	+ 32,2	+ 9,7	+ 24,4	+ 5,2	+ 1,6
2. Halbjahr	+ 13,7	+ 16,0	+ 22,3	+ 10,1	+ 15,6	+ 9,6	+ 7,8	+ 11,9	+ 11,3
Jahr	+ 9,4	+ 11,2	+ 17,4	+ 5,5	+ 13,0	+ 6,3	+ 5,0	+ 18,0	+ 4,6
1992 1. Vierteljahr	+ 8,5	+ 9,2	+ 15,4	+ 10,3	– 15,3	+ 7,2	+ 10,4	– 3,0	+ 8,2
Nachrichtlich Bundesgebiet: ²⁾									
1991 Jahr	+ 10,5	+ 10,8	+ 14,4	+ 10,8	+ 1,6	+ 10,2	+ 5,7	+ 17,3	+ 10,5
1992 1. Vierteljahr	+ 14,7	+ 15,5	+ 22,4	+ 10,6	+ 15,7	+ 13,3	+ 23,1	+ 56,0	– 7,9

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2). Alter Gebietsstand.

Die Steigerung im Hochbaubereich wurde in erster Linie vom Wohnungsbau (nominal: + 17 %) und daneben auch von den öffentlichen Hochbaufträgen (ohne Bundesbahn und Bundespost + 13 %) getragen. Wesentlich geringer – bei allerdings hohem Ausgangsniveau – war die nominale Zunahme bei den gewerblichen und industriellen Hochbauten (+ 6 %). Innerhalb des Tiefbaubereichs expandierten hingegen gerade die Ordereingänge für gewerbliche und industrielle Bauten beträchtlich (+ 18 %), während in den größeren Tiefbausparten, Straßenbau und sonstiger öffentlicher Tiefbau (ohne Bahn und Post), selbst in nominaler Rechnung nur relativ mäßige Wachstumsraten verzeichnet wurden (jeweils + 5 %).

Nach den witterungsbedingten Beeinträchtigungen im 1. Quartal 1991 wurde die reale und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Bauproduktion im weiteren Jahresverlauf kräftig ausgeweitet. Im Jahresergebnis nahm die reale Bauleistung im Hochbau um 6,7 % und im Tiefbau um 6,3 % zu. Der Produktionsanstieg wurde ermöglicht durch die anhaltend günstige Auftragslage, zudem wirkte sich hierbei die Erhöhung der Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe um jahresdurchschnittlich 3,3 % po-

sitiv aus. Die realen Auftragsbestände lagen Ende 1991 im Hochbau um 8 % und im Tiefbau um 2 % über den entsprechenden Reserven zum Vorjahresstichtag. Andererseits ist die Lage am Arbeitsmarkt für Bauberufe nach wie vor durch einen signifikanten Mangel an verfügbaren Arbeitskräften, und zwar besonders ausgeprägt im Nachwuchsberreich, gekennzeichnet. Nach Angaben der amtlichen Arbeitsmarktstatistik waren Ende September bei 6 900 offenen Stellen lediglich 3 700 Arbeitslose gemeldet.

Das Geschehen bei den Neubaugenehmigungen für Wohngebäude blieb, ausgehend von dem bereits hohen Vorjahresniveau, auch im Jahr 1991 lebhaft. Insgesamt wurden 74 500 und damit 3 % mehr Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden genehmigt als 1990. Mit 48 900 Einheiten wurden wiederum mit Abstand die meisten Wohnungen im Mehrfamilienhausbau zum Neubau freigegeben. Das Genehmigungsergebnis im Geschößwohnungsbau stieg damit nochmals deutlich. Die Zuwachsrate betrug hier 10 %. Demgegenüber stagnierte die Anzahl der genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern bei 10 700, während sich die Zahl der freigegebenen Einfamilienhäuser um 15 % auf 13 600 reduzierte. Das an der Kubikmeterzahl des umbauten

Raumes gemessene Wohnungsbauvolumen blieb insgesamt mit knapp 2 % leicht unter dem Stand von 1990. Das hohe Vorjahresergebnis beim genehmigten Neubauvolumen für Nichtwohngebäude, das sind vorwiegend gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude sowie Hochbauten der öffentlichen Hand, wurde mit 1 % ebenfalls geringfügig unterschritten.

Das erste Quartal des laufenden Jahres brachte abermals ein hohes Genehmigungsergebnis. So stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um knapp 8 %. Neben der weiteren Zunahme bei den Wohnungen im Mehrfamilienhausbau (+ 3 %) wurden im 1. Quartal 1992 auch mehr Einfamilienhäuser (+ 4 %) und vor allem mehr Wohnungen in Zweifamilienhäusern (+ 13 %) zum Neubau freigegeben. Der im gesamten Wohnungsbau genehmigte Rauminhalt erhöhte sich um 9 %. Diesem Plus stand allerdings eine Abnahme im Nichtwohnbau gegenüber (- 3 %), die aus einem Nachlassen im Wirtschaftshochbau resultierte.

Auch beim Auftragseingang hielt die insgesamt lebhaft entwickelte Entwicklung im Zeitraum Januar bis März 1992 unvermindert an. Aus den nominalen Steigerungen um 9,2 % im Hochbau und um 7,2 % im Tiefbau ergab sich für das gesamte Bauhauptgewerbe ein Nachfragezuwachs von 8,5 %. Preisbereinigt beliefen sich die Zunahmen auf 2,8 % im Hochbau und 1,2 % im Tiefbau. Besonders dynamisch zeigte sich nach wie vor der Wohnungsbau (nominal: + 15 %). Auch die nominalen Ordereingänge im Straßenbau (+ 10 %), im Wirtschaftshochbau (+ 10 %) sowie im sonstigen öffentlichen Tiefbau (+ 8 %) lagen deutlich über den entsprechenden Vorjahreswerten. Einbußen waren demgegenüber im öffentlichen Hochbau (- 15 %) und im Wirtschaftstiefbau (- 3 %) zu verzeichnen.

Seit Mitte 1991: ansteigender Trend im Exportgeschäft

Im Jahr 1991 wurden Waren im Wert von 110,6 Mrd. DM aus Baden-Württemberg in das Ausland exportiert. Damit wurde der entsprechende Vorjahreswert, der auch schon geringfügig unter dem Rekordniveau von 1989 lag, nominal um 1,1 % unterschritten. Unter Berücksichtigung leicht rückläufiger Durchschnittswerte der Ausfuhr ergibt sich eine reale Einbuße von etwa einem halben Prozent. Im Durchschnitt der westlichen Bundesländer konnte hingegen die Ausfuhr nominal um 0,8 und real um 1,4 % gesteigert werden.

Das schwächere Ausführungsergebnis ist im wesentlichen auf die internationale Konjunkturflaute und die damit verbundene Abschwächung insbesondere der Investitionsgüternachfrage zurückzuführen. Baden-Württemberg zeigte sich davon zunächst in überdurchschnittlicher Weise betroffen. So reduzierten sich die Lieferungen im 1. Halbjahr 1991 landesweit um 7,0 %, im westlichen Bundesgebiet dagegen nur um 2,4 %. Demgegenüber konnte aber in der zweiten Jahreshälfte, als die Ausführungsergebnisse allgemein wieder nach oben tendierten, im Land eine etwas stärkere Zunahme (+ 5,0 %) als im westlichen Bundesdurchschnitt (+ 4,3 %) verzeichnet werden.

Die spürbare Ausfuhrbelebung bereits im 2. Halbjahr 1991 erstaunt insofern, als im internationalen Konjunkturklima noch keine entscheidende Besserung erkennbar wurde. Ursächlich für den Exportanstieg dürfte zum einen gewesen sein, daß sich die heimischen Unternehmen bei teilweise rückläufigen Inlandsgeschäften wieder stärker ausländischen Absatzmärkten zugewandt haben. Zum anderen waren die Wechselkurseinflüsse positiv. So lag der reale Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen der achtzehn wichtigsten Industrieländer im Jahresdurchschnitt um 2,4 % niedriger als 1990¹. Die Ausfuhrentwicklung in den ersten Monaten dürfte hingegen noch unter dem Einfluß des relativ hohen D-Mark-Außenwertes zum Jahresende 1990 gestanden haben.

Die baden-württembergische Exportwirtschaft hatte 1991 die deutlichsten Einbußen in jenen Auslandsmärkten zu verbuchen, die am stärksten von rezessiven Tendenzen betroffen waren. Dies galt in erster Linie für die USA - hier ist der Absatz baden-württembergischer Kraftfahrzeuge gegenüber 1990 um gut 20 % geschrumpft - sowie für Großbritannien und die skandinavischen Länder. Auf die EG-Abnehmerländer entfiel, wie schon 1990, ein Anteil von 47 % der Gesamtausfuhr. Während die Exporte nach Frankreich und in die Niederlande leicht zurückgingen, erhöhten sich die Lieferungen nach Belgien und Italien mäßig, nach Portugal und Spanien sogar abermals beträchtlich. Die EFTA-Staaten haben insgesamt knapp ein Fünftel der baden-württembergischen Ausfuhrwaren abge-

1 Vgl. Angaben im Statistischen Teil der Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Tabelle 11

Ausfuhr Baden-Württembergs 1991 nach Handelspartnern

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	79 683,4	72,1	– 2,0
davon			
EG-Länder	52 337,8	47,3	– 0,5
Frankreich	14 740,8	13,3	– 1,6
Belgien-Luxemburg	5 123,2	4,6	+ 2,2
Niederlande	6 098,3	5,5	– 1,5
Italien	11 339,6	10,3	+ 2,0
Großbritannien	6 846,3	6,2	– 12,6
Republik Irland	350,9	0,3	+ 0,2
Dänemark	1 450,3	1,3	+ 2,5
Griechenland	1 034,5	0,9	+ 3,1
Portugal	1 040,8	0,9	+ 9,1
Spanien	4 313,3	3,9	+ 15,9
EFTA Länder ¹⁾	21 103,2	19,1	– 5,0
Staatshandelsländer ²⁾	3 803,8	3,4	+ 2,6
Übriges Europa	2 438,5	2,2	– 13,8
Afrika	2 515,7	2,3	– 8,7
Amerika	13 379,5	12,1	– 2,6
darunter			
Vereinigte Staaten	10 093,3	9,1	– 8,5
Asien	14 289,0	12,9	+ 9,2
darunter			
Japan	4 636,9	4,2	– 1,5
Australien und Ozeanien	694,4	0,6	– 25,4
Ausfuhr insgesamt	110 564,0	100	– 1,1
davon			
Industrialisierte Länder	93 374,5	84,5	– 2,9
Entwicklungsländer	12 818,6	11,6	+ 12,5
darunter			
OPEC-Länder ³⁾	3 956,1	3,6	+ 23,6
Staatshandelsländer insgesamt	4 368,9	4,0	+ 1,2
Nachrichtlich Bundesgebiet: ⁴⁾			
Ausfuhr insgesamt	666 166	100	– 2,2

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. – 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. – 4) Alter Gebietsstand.

nommen. Neben den skandinavischen Ländern hat auch die Schweiz weniger Waren aus Baden-Württemberg eingeführt als im Vorjahr. Ein Plus konnte hingegen bei der Ausfuhr nach Österreich erzielt werden.

Die Rangfolge der wichtigsten Abnehmerländer wurde wiederum angeführt von Frankreich, gefolgt von Italien, den USA und der Schweiz. Japan rangiert in dieser Reihenfolge an neunter Stelle, hinter

Belgien/Luxemburg und vor Spanien. Nachdem im Japan-Geschäft über viele Jahre zweistellige Zuwachsraten üblich waren - noch 1990 mit 31 % -, war 1991 die Ausfuhr nach Japan leicht rückläufig. Speziell der hier besonders wichtige Absatz von Kraftfahrzeugen stagnierte auf dem Vorjahresniveau. Dies deutet darauf hin, daß gerade auch der Absatz von hochwertigen baden-württembergischen Erzeugnissen in Japan relativ empfindlich auf konjunkturelle Abschwächungen reagiert.

Die Entwicklungsländer, darunter insbesondere die OPEC-Staaten, haben demgegenüber wesentlich mehr Waren aus Baden-Württemberg importiert als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr belief sich insgesamt auf 12 % (OPEC-Staaten: 4 %). Erhebliche Zuwachsraten ergaben sich zum Teil bei den Lieferungen in die arabischen Länder sowie in die Länder Mittel- und Südamerikas. Insgesamt deutlich aufwärtsgerichtet gestaltete sich auch weiterhin der Exportverlauf in die südostasiatische Region.

Die Ausfuhr in die ehemaligen Staatshandelsländer Europas hat insgesamt - mit einem Anteil von lediglich 3 % - nur geringfügig zugenommen. Dafür war ausschlaggebend, daß die wichtigsten Abnehmer innerhalb dieser Ländergruppe, nämlich die Länder der ehemaligen Sowjetunion, im Zuge einer desolaten Wirtschaftslage und knapper Devisenbestände ihre Importe aus Baden-Württemberg um rund ein Viertel reduzierten. Andererseits haben jedoch die fortgeschrittenen Reformländer Polen, Tschechoslowakei und Ungarn ihre Warenbezüge aus dem Land beträchtlich ausgeweitet.

Das leicht rückläufige Gesamtergebnis des Jahres 1991 erklärt sich aus deutlichen Minusraten in den beiden größten Warengruppen der ba-

den-württembergischen Exportwirtschaft, der Maschinen und der Kraftfahrzeuge. Die Maschinenlieferungen nahmen um 5 % ab, und die Kfz-Exporte lagen um 4 % unter dem Vorjahreswert. Die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen ist demgegenüber mit gut 9 % sogar kräftig gestiegen. Geringe Zunahmen wurden ferner bei chemischen Erzeugnissen und Eisenwaren verzeichnet. Der Absatz von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen verlief in etwa auf dem Vorjahresniveau; bei Textilien und Waren aus NE-Metallen ergaben sich hingegen leichte Einbußen.

Die 1991 noch spürbar von den einigungsbedingten Sondereinflüssen angetriebene Binnenkonjunktur führte zu einem beträchtlichen Anstieg der Wareneinfuhr in Baden-Württemberg wie im gesamten westlichen Bundesgebiet. Dies wirkte stabilisierend auf die schwache und zum Teil rezessive Konjunktur bei den wichtigen westlichen Handelspartnern. Der Einfuhrwert ist in Baden-Württemberg um knapp 13 % und im Durchschnitt der alten Bundesländer um gut 15 % gewachsen. Aufgrund leicht erhöhter Durchschnittswerte der Importwaren sind die realen Veränderungsraten bei zirka 11 % bzw. gut 13 % zu veranschlagen. Vor allem die Einfuhr von Investitionsgütern, wie Kraftfahrzeuge, Erzeugnisse von Feinmechanik/Optik und Elektrotechnik sowie Maschinen, hat dabei kräftig zugenommen. Die Einfuhresultate der westlichen Bundesländer sind allerdings in nicht unerheblichem Umfang überhöht, weil ausländische Waren hier zunächst als Importe angemeldet, dann aber zum Absatz in die neuen Bundesländer weitergeliefert wurden.

Nach dem Jahreswechsel verstärkten sich die Anzeichen, die auf einen ansteigenden Exportverlauf im Jahr 1992 hinweisen. Getragen von der konjunkturellen Belebung in den USA tendiert das internationale Konjunkturbarometer zwar gedämpft, aber durchaus merklich nach oben. Die Auslandsbestellungen haben im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und in der Mehrzahl der Branchen, so auch im Fahrzeugbau und im Maschinenbau, deutlich angezogen. Die baden-württembergische Ausfuhr erhöhte sich im 1. Quartal 1992 um 3,7 %, im westlichen Bundesgebiet betrug der Anstieg 4,9 %.

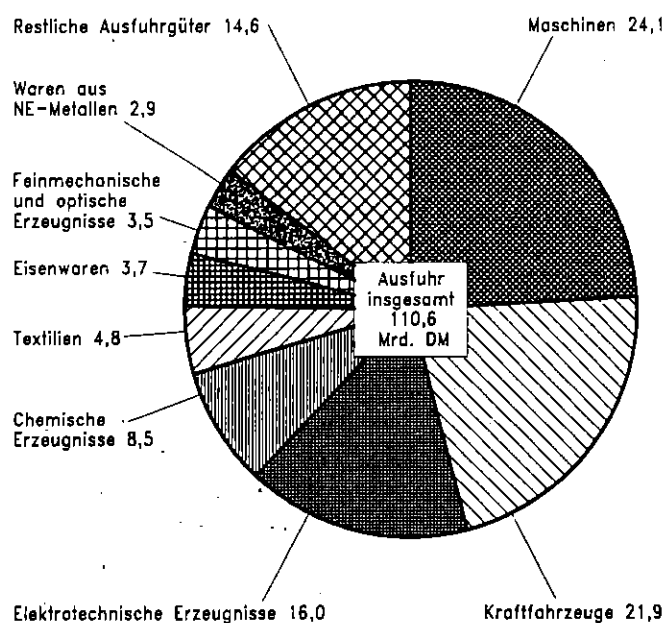
Preise, Löhne, privater Verbrauch

Die Verbraucherpreise haben 1991 spürbar angezogen. So betrug die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 1991 3,6 %, nach 2,9 % im Vor-

Schaubild 5

Struktur der Ausfuhr Baden-Württembergs 1991

Anteile in %

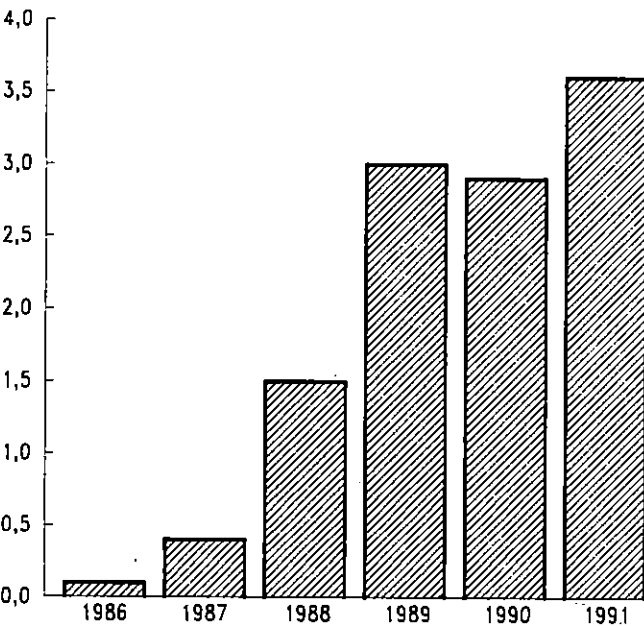


jahr (Schaubild). Zu überdurchschnittlichen Preiserhöhungen kam es im zweiten Halbjahr. Nach einer Erhöhung der Verbrauchsteuern zum 1. Juli stieg die Rate auf über 4 %. Nachdem so der Preisindex im ersten Halbjahr 1991 noch um 3,1 % über dem Vorjahreswert lag, betrug die Preissteigerungsrate im zweiten Halbjahr 1991 4,1 %. Die steigende Tendenz blieb vorerst ungebrochen. Im ersten Quartal 1992 überstiegen die Lebenshaltungspreise den Vorjahreswert um 4,2 %. Im April 1992 lagen die Preise sogar um 4,3 % über dem Vorjahreswert.

Bundesweit hat sich der Preisanstieg im Laufe des Jahres nahezu ausnahmslos auf allen Handelsstufen beschleunigt. Eine Ausnahme machten die Einfuhrpreise. Nach höheren Dollarmotierungen vor allem im zweiten Quartal zogen auch die Einfuhrpreise zunächst an. Mit rückläufiger Dollarmotierung stellte sich ab dem dritten Quartal 1991 eine gedämpfte Rate und im vierten Quartal sogar ein Preisrückgang ein. Im 1. Quartal 1992 lagen die Einfuhrpreise schließlich um 1,8 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte weisen auch infolge steigender Lohnstückkosten durchweg steigende Tendenz auf. Nach 2,1 % im ersten

Schaubild 6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1986
 - Veränderung gegenüber Vorjahresdurchschnitt in Prozent -



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 284 92

Tabelle 12
Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet*) und in Baden-Württemberg 1991 und 1992
 – Veränderung gegen Vorjahr in % –

Jahr Quartal Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungs- bau	Lebens- haltung
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeuger- preise landwirt- schaftlicher Produkte	Einkaufs- preise landwirt- schaftlicher Betriebs- mittel	Erzeuger- preise ge- werblicher Produkte (Inland) ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preisindex für	
								Bau- leistungen an neuen Wohn- gebäuden ²⁾	die Lebens- haltung ³⁾
Bundesgebiet								Baden-Württemberg	
1991									
1. Quartal	+ 0,2	+ 1,1	- 3,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 3,0
2. Quartal	+ 2,6	+ 1,7	- 3,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,5	+ 7,0	+ 3,1
3. Quartal	+ 1,1	+ 1,4	- 0,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,8	+ 3,0	+ 7,0	+ 4,2
4. Quartal	- 2,1	+ 1,2	+ 6,1	+ 4,6	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,6	+ 6,7	+ 4,0
Jahr	+ 0,4	+ 1,3	- 0,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,6	+ 2,6	+ 6,9	+ 3,6
1992									
Januar	- 2,9	+ 1,3	+ 7,0	+ 4,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,4	.	+ 3,8
Februar	- 1,2	+ 1,4	+ 3,8	+ 2,9	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 6,3	+ 4,3
März	- 1,5	+ 1,2	+ 3,5	+ 4,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,4	.	+ 4,6
1. Quartal	- 1,8	+ 1,3	+ 4,7	+ 3,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 6,3	+ 4,2
April	- 2,5	+ 1,0	+ 3,6	+ 5,2	+ 1,9	+ 2,3	+ 3,2	.	+ 4,3

*) Alter Gebietsstand. - 1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) Aller privaten Haushalte.

Halbjahr 1991 nahmen sie im zweiten Halbjahr 1991 um 2,7 % zu. Im ersten Quartal 1992 lagen die Erzeugerpreise um 2,1 % höher als vor einem Jahr. Die Großhandelspreise stiegen im Jahresdurchschnitt 1991 um 1,6 %, im Einzelhandel sogar um 2,6 %.

Diese Tendenz setzte sich im 1. Quartal 1992 mit einer Rate von 1,6 % für den Großhandel und für den Einzelhandel mit 2,8 % fort.

Im Wohnungsbau war 1991 wie schon in den Vorjahren der Preisanstieg überdurchschnittlich hoch. Hier zogen die Preise binnen Jahresfrist um 6,9 % an. Im ersten Quartal 1992 nahmen die Baupreise gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 6,3 % zu.

Im Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute ist für 1992 eine Steigerungsrate der Verbraucherpreise von 3,75 % veranschlagt, wobei angenommen wird, daß der Preisauftrieb im zweiten Halbjahr allerdings auch basisbedingt nachlassen wird. In dieser Prognose sind effektive Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 6 % unterstellt worden. Nach den neuesten Tarifabschlüssen im Mai für den öffentlichen Dienst und die Metallindustrie dürfte die Prognose kaum überschritten werden.

Der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhte sich in Baden-Württemberg von Oktober 1990 bis Oktober 1991 um 6,2 %. Das durchschnittliche Bruttogehalt der männlichen Angestellten belief sich im Oktober 1991 auf 5 689 DM (+ 6,3 %), während ihre Kolleginnen im Durchschnitt 3 604 DM (+ 7 %) verdienten.

Die Bruttostundenverdienste der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben von Oktober 1990 bis Oktober 1991 durchschnittlich um 6,8 % zugenommen. (Vorjahreszeitraum: 6,2 %). Für den gleichen Zeitraum zeigt der Index der Bruttowochenverdienste lediglich einen Anstieg von 5,4 %, da die Zahl der bezahlten Wochenstunden um 1,3 % auf 39,2 Stunden zurückging. In dieser durchschnittlichen Wochenarbeitszeit sind auch jene 1,5 Stunden enthalten, die über die regelmässige, betriebliche Arbeitszeit hinaus geleistet werden. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug die Zahl der durchschnittlichen Überstunden 1,8 Stunden pro Woche. Die Industriearbeiter in Baden-Württemberg erzielten im Oktober 1991 im Durchschnitt einen Bruttowochenverdienst von 933 DM (+ 5,2 %); die Arbeiterinnen bekamen im Schnitt 669 DM (+ 6,5 %) ausbezahlt.

Um feststellen zu können, ob die nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen angesichts der Preisentwicklung ausreichen, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten oder zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet. Der Reallohnindex weist von Oktober 1990 bis Oktober 1991 einen Zuwachs von 1,8 % und somit eine Verbesserung der Realposition aus. Jedoch müssen hier auch noch die durch die nominale Einkommenssteigerung bedingte Belastung durch Steuern und Sozialabgaben berücksichtigt werden.

Höhere Tarifabschlüsse als im Vorjahr sowie eine günstige Beschäftigungslage führten 1991 im Bundesdurchschnitt zu einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um 7,9 %, aber gleichzeitig erhöhten sich die Abzüge um 14,9 %. Nach der Entlastung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit der Steuerreform zu Beginn des Jahres 1990, machten sich nun wieder die Auswirkungen der Steuerprogression bemerkbar. Die Zunahme der Nettolohn- und Gehaltssumme betrug so 4,8 %. Gleichzeitig stiegen die laufenden empfangenen Übertragungen um 6,9 %. Damit führte der bis in die Sommermonate des Jahres 1991 reichende konjunkturelle Schub bei der gleichzeitig günstigen Beschäftigungslage zu einem deutlichen Anstieg des verfügbaren Einkommens (+ 5,9 %). Das bedeutete zwar eine Abschwächung der besonders dynamischen Entwicklung im Jahr 1990, aber im Vergleich zu den Jahren davor eine relativ hohe Einkommenssteigerung. Der private Verbrauch stieg bundesweit um 6,1 %.

Dieser deutliche Anstieg des privaten Verbrauchs schlug sich auch in der Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Baden-Württemberg nieder. Nach zweistelligen Zuwachsraten Anfang des Jahres setzte aber ab August eine merkliche Abschwächung des Wachstumstempos auf dem erreichten hohen Niveau ein, die zum Jahresende besonders deutlich ausfiel. So lagen die Zuwachsraten im November und Dezember nur noch zwischen 2 und 3 %. Insgesamt konnten die Einzelhandelsbetriebe in Baden-Württemberg 1991 ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr dennoch um 8,4 % erhöhen. Unter Berücksichtigung des wieder anziehenden Preisniveaus ergab sich eine reale Zunahme von mehr als 5 %.

Der private Verbrauch wird voraussichtlich auch 1992 die Konjunktur stützen, da einige fiskalische Belastungen entfallen. So wurde zu Jahresbeginn der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,8 % auf 6,3 % gesenkt. Außerdem wird ab der Jah-

resmitte der Solidaritätszuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer entfallen. Damit werden die verfügbaren Einkommen etwa ebenso stark expandieren wie im vergangenen Jahr. Der private Verbrauch dürfte damit - laut Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute - um etwa 1,5 % zunehmen, gegenüber 2,5 % im Jahr 1991. Das Verfügbare Einkommen wird voraussichtlich um 5 % steigen, nach 5,9 % im Jahr 1991.

Öffentliche Finanzen

Der Haushalt des Landes konnte 1991 bei einem Ausgabenvolumen von 51,9 Milliarden DM mit einem kassenmäßigen Überschuß von 334,3 Millionen DM abschließen. Im Vorjahr hatte der Überschuß 559,2 Millionen DM betragen. Der etwas geringere Überschuß kam dadurch zustande, daß sich die Gesamteinnahmen gegenüber 1990 um 8,1 % erhöht haben, während die Gesamtausgaben im gleichen Zeitraum um 8,6 % angestiegen sind.

Die Iststeuereinnahmen als wichtigste Einnahmequelle des Landes lagen 1991 mit 34,65 Milliarden DM um 7,8 % höher als im Vorjahr. Dieses Ergebnis wurde durch deutliche Einnahmensteigerungen bei der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer, der Umsatzsteuer, der Vermögenssteuer und der Kraftfahrzeugsteuer bestimmt.

Die Einnahmenposition Schuldenaufnahme am Kreditmarkt wurde ebenfalls etwas erhöht. So betrug die Bruttoaufnahme 1991 6,88 Milliarden DM gegenüber 6,68 Milliarden DM im Vorjahr. Abzüglich der Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden in Höhe von 4,38 Milliarden DM ergibt sich für den Landeshaushalt eine Nettokreditaufnahme von 2,50 Milliarden DM. Die im Haushaltsplan vorgesehene Nettokreditaufnahme von 2,80 Milliarden DM wurde somit um rund 300 Millionen DM unterschritten.

Die sonstigen Haushaltseinnahmen stiegen 1991 um 12,5 % und erreichten eine Höhe von 10,7 Milliarden DM. Gegenüber dem Haushaltssoll von 10,38 Milliarden DM betragen die Mehreinnahmen 334,6 Millionen DM oder 3,2 %.

Den Gesamteinnahmen von 52,24 Milliarden DM stehen damit Gesamtausgaben von 51,91 Milliarden DM gegenüber. Gut ein Drittel (34,7 %) der Ausgaben entfiel auf Personalausgaben.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personalausgaben mit 6,8 % deutlich geringer an als die Sachausgaben, die im gleichen Zeitraum um 9,6 % zunahmen. Die Steuereinnahmen deckten im Haushaltsjahr 1991 66,8 % der Gesamtausgaben gegenüber 67,2 % im Vorjahr.

Der Doppelhaushalt 1991/1992 wurde einschließlich des Nachtrags im Juli 1991 auf 51,46 Milliarden DM für das Jahr 1991 und 53,57 Milliarden DM für das Jahr 1992 festgestellt. Die Einnahmen des Landes sollen 1992 nach Plan zu 68,2 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 27,2 % aus übrigen Einnahmen und zu 4,6 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalkosten werden 1992 voraussichtlich rund 19,3 Milliarden DM (36 % der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 6,4 Milliarden DM werden rund 12,0 % der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Die Nettokreditaufnahme 1992 wird 2,5 Milliarden DM betragen.

Die 1991 insgesamt noch gute Konjunkturlage führte auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu einem Anwachsen der Einnahmen. Gleichzeitig nahmen aber auch die Ausgaben kräftig zu. So nahmen die bereinigten Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1991 gegenüber dem Vorjahr um 8,6 % auf 35,2 Milliarden DM zu; die entsprechende Ausgabensteigerung lag bei 11,5 % und führte zu Ausgaben in Höhe von insgesamt 35,6 Milliarden DM. Im einzelnen erhöhten sich auf der Einnahmenseite der Gemeinden und Gemeindeverbände die Nettoeinnahmen aus Steuern im angegebenen Zeitraum um 10,2 % auf 13,5 Milliarden DM. Dabei stiegen vor allem die Einnahmen aus der den Gemeinden anteilig zustehenden Einkommenssteuer 1991 um 14 % an. Bei den Grundsteuern betrug die Zunahme 7,7 %, während sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (Netto) um 2,5 % erhöhten. Auf der Ausgabenseite fielen die sozialen Leistungen stärker ins Gewicht. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Ausgaben um 12,1 % auf 4,3 Milliarden DM. Die weiterhin umfangreichsten Ausgaben wurden im Bereich der Sachinvestition getätigt; hier lagen die Ausgaben der Gemeinden 1991 bei 9,9 Milliarden DM und damit um 10,7 % über dem Vorjahreswert. Der größte Teil davon wurde mit 6,7 Milliarden DM für Baumaßnahmen verwendet (67,8 %), die um 13,4 % gegenüber dem Vorjahr stiegen. Wegen der überdurchschnittlichen Zuwachsrates stieg der Anteil der Baumaßnahmen an den bereinigten Ausgaben auf 18,8 % (1990: 18,5 %).

Wirtschaftsausblick 1992

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1992 verläuft bisher in gemäßigten Bahnen. Die Abschlüsse bei den bisherigen Tarifverhandlungen und die Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte könnten zu einer weiteren Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage beitragen. Es bleibt gleichwohl abzuwarten, ob diese Schritte bereits ausreichend sind, um den Preisauftrieb wirksam einzudämmen. Dies wäre jedoch die Voraussetzung für eine geldpolitische Lockerung von Seiten der Bundesbank. Hinzu kommt, daß der internationale Konjunkturaufschwung erst zögerlich in Gang kommt. Bei zunächst noch eher getrübbten Absatzaussichten wird der Kostendruck bei den Unternehmen anhalten, wobei die Überwälzungsspielräume in Anbetracht einer mäßigen Kapazitätsauslastung und eines intensiven internationalen Preiswettbewerbs im allgemeinen begrenzt sein dürften. Dies wirkt dämpfend auf die Inflationsrate, verstärkt aber die Gefahr von partiellen Arbeitsplatzverlusten insbesondere im industriellen Bereich.

Die wirtschafts- und sozialpolitisch vordringliche Aufgabe liegt für die Bundesrepublik gegenwärtig wohl darin, einen mittelfristig angelegten, gesellschaftlichen Konsens über die Verteilung der bei der wirtschaftlichen Modernisierung und der sozialen Abfederung des Umbaus in den neuen Bundesländern entstehenden Lasten zu bilden. Für das Land kommt es vor allem darauf an, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu sichern, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und damit die Basis zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu erhalten.

Im Anschluß an eine seit Überwindung des zweiten Ölpreisschocks in den Jahren 1982/83 ununterbrochene Wachstumsphase ist die Entwicklung am aktuellen Rand von einer durchaus normalen "Beruhigung" geprägt. So ist die Bundesrepublik - durch die Einigungsimpulse allerdings erst verzögert im Jahr 1991 - in den Sog einer internationalen Abschwächung geraten. Nach mehrjährigem Investitionsboom flachte die Investitionstätigkeit deutlich ab, und im Zuge nur noch mäßig zunehmender realer Einkommen sowie einer erheblich abge-

Tabelle 13

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung 1991/92

Land	Anteile an der Ausfuhr Baden-Württembergs 1991	Veränderung gegen Vorjahr				Arbeitslosenquote ¹⁾	Kurzfristiger Zinssatz ²⁾
		Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise	Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise		
		1991		1992 ³⁾			
%							
Bundesrepublik Deutschland	—	+ 0,2	—	+ 1,5	—	—	9,17
darunter Westdeutschland	—	+ 3,1	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,75	5,7	—
Frankreich	13,3	+ 1,2	+ 3,2	+ 1,5	+ 3,0	9,4	9,60
Italien	10,3	+ 1,4	+ 6,3	+ 1,5	+ 5,5	10,9	12,25
Niederlande	5,5	+ 2,0	+ 3,9	+ 1,5	+ 3,5	6,1	9,21
Belgien	4,6 ⁴⁾	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,5	9,4	9,35
Spanien	3,9	+ 2,4	+ 5,9	+ 2,5	+ 6,0	15,9	13,38
Großbritannien	6,2	— 2,1	+ 5,9	+ 1,0	+ 4,0	8,7	11,05
Schweiz	8,7	— 0,5	+ 5,8	+ 1,0	+ 4,0	1,2	7,59
Österreich	6,4	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,5	+ 3,0	3,4	8,98
USA	9,1	— 0,7	+ 4,2	+ 1,75	+ 3,5	6,7	5,65
Japan	4,2	+ 4,5	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,0	2,2	7,35

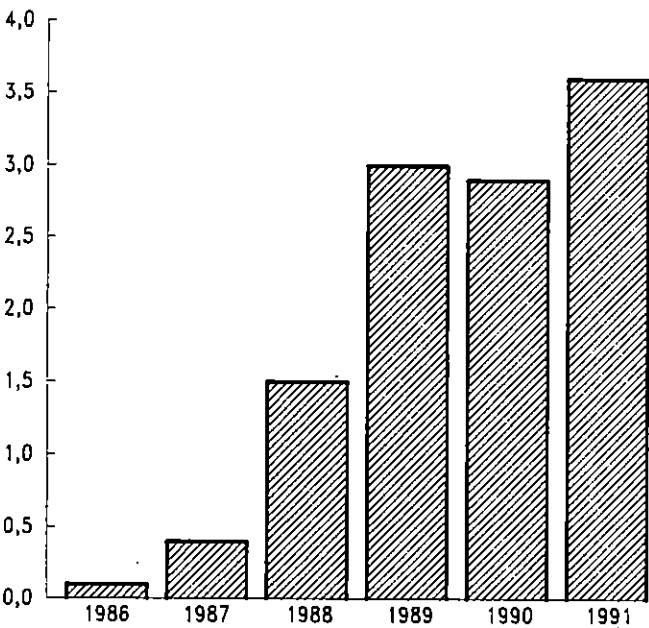
1) In % aller Erwerbspersonen, nationale Definition der Arbeitslosen. — 2) Überwiegend für Dreimonatsschätzwechsel; für 1991 Durchschnitt der Monate Januar bis September. — 3) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahresgutachten 1992). — 4) Einschließlich Luxemburg.

jahr (Schaubild). Zu überdurchschnittlichen Preiserhöhungen kam es im zweiten Halbjahr. Nach einer Erhöhung der Verbrauchsteuern zum 1. Juli stieg die Rate auf über 4 %. Nachdem so der Preisindex im ersten Halbjahr 1991 noch um 3,1 % über dem Vorjahreswert lag, betrug die Preissteigerungsrate im zweiten Halbjahr 1991 4,1 %. Die steigende Tendenz blieb vorerst ungebrochen. Im ersten Quartal 1992 überstiegen die Lebenshaltungspreise den Vorjahreswert um 4,2 %. Im April 1992 lagen die Preise sogar um 4,3 % über dem Vorjahreswert.

Bundesweit hat sich der Preisanstieg im Laufe des Jahres nahezu ausnahmslos auf allen Handelsstufen beschleunigt. Eine Ausnahme machten die Einfuhrpreise: Nach höheren Dollarnotierungen vor allem im zweiten Quartal zogen auch die Einfuhrpreise zunächst an. Mit rückläufiger Dollarnotierung stellte sich ab dem dritten Quartal 1991 eine gedämpfte Rate und im vierten Quartal sogar ein Preisrückgang ein. Im 1. Quartal 1992 lagen die Einfuhrpreise schließlich um 1,8 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte weisen auch infolge steigender Lohnstückkosten durchweg steigende Tendenz auf. Nach 2,1 % im ersten

Schaubild 6
Preisindex für die Lebenshaltung
aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg
seit 1986
- Veränderung gegenüber Vorjahresdurchschnitt in Prozent -



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 284 92

Tabelle 12
Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet*) und in Baden-Württemberg 1991 und 1992
- Veränderung gegen Vorjahr in % -

Jahr, Quartal, Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungs- bau	Lebens- haltung
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeuger- preise landwirt- schaftlicher Produkte	Einkaufs- preise landwirt- schaftlicher Betriebs- mittel	Erzeuger- preise ge- werblicher Produkte (Inland) ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preisindex für	
								Bau- leistungen an neuen Wohn- gebäuden ²⁾	die Lebens- haltung ³⁾
Bundesgebiet								Baden-Württemberg	
1991									
1. Quartal	+ 0,2	+ 1,1	— 3,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 3,0
2. Quartal	+ 2,6	+ 1,7	— 3,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,5	+ 7,0	+ 3,1
3. Quartal	+ 1,1	+ 1,4	— 0,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,8	+ 3,0	+ 7,0	+ 4,2
4. Quartal	— 2,1	+ 1,2	+ 6,1	+ 4,6	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,6	+ 6,7	+ 4,0
Jahr	+ 0,4	+ 1,3	— 0,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,6	+ 2,6	+ 6,9	+ 3,6
1992									
Januar	— 2,9	+ 1,3	+ 7,0	+ 4,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,4	.	+ 3,8
Februar	— 1,2	+ 1,4	+ 3,8	+ 2,9	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 6,3	+ 4,3
März	— 1,5	+ 1,2	+ 3,5	+ 4,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,4	.	+ 4,6
1. Quartal	— 1,8	+ 1,3	+ 4,7	+ 3,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 6,3	+ 4,2
April	— 2,5	+ 1,0	+ 3,6	+ 5,2	+ 1,9	+ 2,3	+ 3,2	.	+ 4,3

*) Alter Gebietsstand. - 1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) Aller privaten Haushalte.

Halbjahr 1991 nahmen sie im zweiten Halbjahr 1991 um 2,7 % zu. Im ersten Quartal 1992 lagen die Erzeugerpreise um 2,1 % höher als vor einem Jahr. Die Großhandelspreise stiegen im Jahresdurchschnitt 1991 um 1,6 %, im Einzelhandel sogar um 2,6 %.

Diese Tendenz setzte sich im 1. Quartal 1992 mit einer Rate von 1,6 % für den Großhandel und für den Einzelhandel mit 2,8 % fort.

Im Wohnungsbau war 1991 wie schon in den Vorjahren der Preisanstieg überdurchschnittlich hoch. Hier zogen die Preise binnen Jahresfrist um 6,9 % an. Im ersten Quartal 1992 nahmen die Baupreise gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 6,3 % zu.

Im Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute ist für 1992 eine Steigerungsrate der Verbraucherpreise von 3,75 % veranschlagt, wobei angenommen wird, daß der Preisauftrieb im zweiten Halbjahr allerdings auch basisbedingt nachlassen wird. In dieser Prognose sind effektive Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 6 % unterstellt worden. Nach den neuesten Tarifabschlüssen im Mai für den öffentlichen Dienst und die Metallindustrie dürfte die Prognose kaum überschritten werden.

Der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhte sich in Baden-Württemberg von Oktober 1990 bis Oktober 1991 um 6,2 %. Das durchschnittliche Bruttogehalt der männlichen Angestellten belief sich im Oktober 1991 auf 5 689 DM (+ 6,3 %), während ihre Kolleginnen im Durchschnitt 3 604 DM (+ 7 %) verdienten.

Die Bruttostundenverdienste der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben von Oktober 1990 bis Oktober 1991 durchschnittlich um 6,8 % zugenommen. (Vorjahreszeitraum: 6,2 %). Für den gleichen Zeitraum zeigt der Index der Bruttowochenverdienste lediglich einen Anstieg von 5,4 %, da die Zahl der bezahlten Wochenstunden um 1,3 % auf 39,2 Stunden zurückging. In dieser durchschnittlichen Wochenarbeitszeit sind auch jene 1,5 Stunden enthalten, die über die regelmässige, betriebliche Arbeitszeit hinaus geleistet werden. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug die Zahl der durchschnittlichen Überstunden 1,8 Stunden pro Woche. Die Industriearbeiter in Baden-Württemberg erzielten im Oktober 1991 im Durchschnitt einen Bruttowochenverdienst von 933 DM (+ 5,2 %); die Arbeiterinnen bekamen im Schnitt 669 DM (+ 6,5 %) ausbezahlt.

Um feststellen zu können, ob die nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen angesichts der Preisentwicklung ausreichen, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten oder zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet. Der Reallohnindex weist von Oktober 1990 bis Oktober 1991 einen Zuwachs von 1,8 % und somit eine Verbesserung der Realposition aus. Jedoch müssen hier auch noch die durch die nominale Einkommenssteigerung bedingte Belastung durch Steuern und Sozialabgaben berücksichtigt werden.

Höhere Tarifabschlüsse als im Vorjahr sowie eine günstige Beschäftigungslage führten 1991 im Bundesdurchschnitt zu einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um 7,9 %, aber gleichzeitig erhöhten sich die Abzüge um 14,9 %. Nach der Entlastung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit der Steuerreform zu Beginn des Jahres 1990, machten sich nun wieder die Auswirkungen der Steuerprogression bemerkbar. Die Zunahme der Nettolohn- und Gehaltssumme betrug so 4,8 %. Gleichzeitig stiegen die laufenden empfangenen Übertragungen um 6,9 %. Damit führte der bis in die Sommermonate des Jahres 1991 reichende konjunkturelle Schub bei der gleichzeitig günstigen Beschäftigungslage zu einem deutlichen Anstieg des verfügbaren Einkommens (+ 5,9 %). Das bedeutete zwar eine Abschwächung der besonders dynamischen Entwicklung im Jahr 1990, aber im Vergleich zu den Jahren davor eine relativ hohe Einkommenssteigerung. Der private Verbrauch stieg bundesweit um 6,1 %.

Dieser deutliche Anstieg des privaten Verbrauchs schlug sich auch in der Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Baden-Württemberg nieder. Nach zweistelligen Zuwachsraten Anfang des Jahres setzte aber ab August eine merkliche Abschwächung des Wachstumstempos auf dem erreichten hohen Niveau ein, die zum Jahresende besonders deutlich ausfiel. So lagen die Zuwachsraten im November und Dezember nur noch zwischen 2 und 3 %. Insgesamt konnten die Einzelhandelsbetriebe in Baden-Württemberg 1991 ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr dennoch um 8,4 % erhöhen. Unter Berücksichtigung des wieder anziehenden Preisniveaus ergab sich eine reale Zunahme von mehr als 5 %.

Der private Verbrauch wird voraussichtlich auch 1992 die Konjunktur stützen, da einige fiskalische Belastungen entfallen. So wurde zu Jahresbeginn der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,8 % auf 6,3 % gesenkt. Außerdem wird ab der Jah-

resmitte der Solidaritätszuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer entfallen. Damit werden die verfügbaren Einkommen etwa ebenso stark expandieren wie im vergangenen Jahr. Der private Verbrauch dürfte damit - laut Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute - um etwa 1,5 % zunehmen, gegenüber 2,5 % im Jahr 1991. Das Verfügbare Einkommen wird voraussichtlich um 5 % steigen, nach 5,9 % im Jahr 1991.

Öffentliche Finanzen

Der Haushalt des Landes konnte 1991 bei einem Ausgabenvolumen von 51,9 Milliarden DM mit einem kassenmäßigen Überschuß von 334,3 Millionen DM abschließen. Im Vorjahr hatte der Überschuß 559,2 Millionen DM betragen. Der etwas geringere Überschuß kam dadurch zustande, daß sich die Gesamteinnahmen gegenüber 1990 um 8,1 % erhöht haben, während die Gesamtausgaben im gleichen Zeitraum um 8,6 % angestiegen sind.

Die Iststeuereinnahmen als wichtigste Einnahmequelle des Landes lagen 1991 mit 34,65 Milliarden DM um 7,8 % höher als im Vorjahr. Dieses Ergebnis wurde durch deutliche Einnahmensteigerungen bei der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer, der Umsatzsteuer, der Vermögenssteuer und der Kraftfahrzeugsteuer bestimmt.

Die Einnahmenposition Schuldenaufnahme am Kreditmarkt wurde ebenfalls etwas erhöht. So betrug die Bruttoaufnahme 1991 6,88 Milliarden DM gegenüber 6,68 Milliarden DM im Vorjahr. Abzüglich der Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden in Höhe von 4,38 Milliarden DM ergibt sich für den Landeshaushalt eine Nettokreditaufnahme von 2,50 Milliarden DM. Die im Haushaltsplan vorgesehene Nettokreditaufnahme von 2,80 Milliarden DM wurde somit um rund 300 Millionen DM unterschritten.

Die sonstigen Haushaltseinnahmen stiegen 1991 um 12,5 % und erreichten eine Höhe von 10,7 Milliarden DM. Gegenüber dem Haushaltssoll von 10,38 Milliarden DM betragen die Mehreinnahmen 334,6 Millionen DM oder 3,2 %.

Den Gesamteinnahmen von 52,24 Milliarden DM stehen damit Gesamtausgaben von 51,91 Milliarden DM gegenüber. Gut ein Drittel (34,7 %) der Ausgaben entfiel auf Personalausgaben.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personalausgaben mit 6,8 % deutlich geringer an als die Sachausgaben, die im gleichen Zeitraum um 9,6 % zunahmen. Die Steuereinnahmen deckten im Haushaltsjahr 1991 66,8 % der Gesamtausgaben gegenüber 67,2 % im Vorjahr.

Der Doppelhaushalt 1991/1992 wurde einschließlich des Nachtrags im Juli 1991 auf 51,46 Milliarden DM für das Jahr 1991 und 53,57 Milliarden DM für das Jahr 1992 festgestellt. Die Einnahmen des Landes sollen 1992 nach Plan zu 68,2 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 27,2 % aus übrigen Einnahmen und zu 4,6 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalkosten werden 1992 voraussichtlich rund 19,3 Milliarden DM (36 % der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 6,4 Milliarden DM werden rund 12,0 % der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Die Nettokreditaufnahme 1992 wird 2,5 Milliarden DM betragen.

Die 1991 insgesamt noch gute Konjunkturlage führte auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu einem Anwachsen der Einnahmen. Gleichzeitig nahmen aber auch die Ausgaben kräftig zu. So nahmen die bereinigten Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1991 gegenüber dem Vorjahr um 8,6 % auf 35,2 Milliarden DM zu; die entsprechende Ausgabensteigerung lag bei 11,5 % und führte zu Ausgaben in Höhe von insgesamt 35,6 Milliarden DM. Im einzelnen erhöhten sich auf der Einnahmenseite der Gemeinden und Gemeindeverbände die Nettoeinnahmen aus Steuern im angegebenen Zeitraum um 10,2 % auf 13,5 Milliarden DM. Dabei stiegen vor allem die Einnahmen aus der den Gemeinden anteilig zustehenden Einkommenssteuer 1991 um 14 % an. Bei den Grundsteuern betrug die Zunahme 7,7 %, während sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (Netto) um 2,5 % erhöhten. Auf der Ausgabenseite fielen die sozialen Leistungen stärker ins Gewicht. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Ausgaben um 12,1 % auf 4,3 Milliarden DM. Die weiterhin umfangreichsten Ausgaben wurden im Bereich der Sachinvestition getätigt; hier lagen die Ausgaben der Gemeinden 1991 bei 9,9 Milliarden DM und damit um 10,7 % über dem Vorjahreswert. Der größte Teil davon wurde mit 6,7 Milliarden DM für Baumaßnahmen verwendet (67,8 %), die um 13,4 % gegenüber dem Vorjahr stiegen. Wegen der überdurchschnittlichen Zuwachsrates stieg der Anteil der Baumaßnahmen an den bereinigten Ausgaben auf 18,8 % (1990: 18,5 %).

Wirtschaftsausblick 1992

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1992 verläuft bisher in gemäßigten Bahnen. Die Abschlüsse bei den bisherigen Tarifverhandlungen und die Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte könnten zu einer weiteren Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage beitragen. Es bleibt gleichwohl abzuwarten, ob diese Schritte bereits ausreichend sind, um den Preisauftrieb wirksam einzudämmen. Dies wäre jedoch die Voraussetzung für eine geldpolitische Lockerung von Seiten der Bundesbank. Hinzu kommt, daß der internationale Konjunkturaufschwung erst zögerlich in Gang kommt. Bei zunächst noch eher getrüben Absatzaussichten wird der Kostendruck bei den Unternehmen anhalten, wobei die Überwälzungsspielräume in Anbetracht einer mäßigen Kapazitätsauslastung und eines intensiven internationalen Preiswettbewerbs im allgemeinen begrenzt sein dürften. Dies wirkt dämpfend auf die Inflationsrate, verstärkt aber die Gefahr von partiellen Arbeitsplatzverlusten insbesondere im industriellen Bereich.

Die wirtschafts- und sozialpolitisch vordringliche Aufgabe liegt für die Bundesrepublik gegenwärtig wohl darin, einen mittelfristig angelegten, gesellschaftlichen Konsens über die Verteilung der bei der wirtschaftlichen Modernisierung und der sozialen Abfederung des Umbaus in den neuen Bundesländern entstehenden Lasten zu bilden. Für das Land kommt es vor allem darauf an, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu sichern, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und damit die Basis zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu erhalten.

Im Anschluß an eine seit Überwindung des zweiten Ölpreisschocks in den Jahren 1982/83 ununterbrochene Wachstumsphase ist die Entwicklung am aktuellen Rand von einer durchaus normalen "Beruhigung" geprägt. So ist die Bundesrepublik - durch die Einigungsimpulse allerdings erst verzögert im Jahr 1991 - in den Sog einer internationalen Abschwächung geraten. Nach mehrjährigem Investitionsboom flachte die Investitionstätigkeit deutlich ab, und im Zuge nur noch mäßig zunehmender realer Einkommen sowie einer erheblich abge-

Tabelle 13.

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung 1991/92

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden- Württembergs 1991	Veränderung gegen Vorjahr				Arbeitslosen- quote ¹⁾	Kurzfristiger Zinssatz ²⁾
		Brutto- sozialprodukt real	Verbraucher- preise	Brutto- sozialprodukt real	Verbraucher- preise		
		1991		1992 ³⁾			
%							
Bundesrepublik Deutschland	-	+ 0,2	-	+ 1,5	-	-	9,17
darunter							
Westdeutschland	-	+ 3,1	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,75	5,7	-
Frankreich	13,3	+ 1,2	+ 3,2	+ 1,5	+ 3,0	9,4	9,60
Italien	10,3	+ 1,4	+ 6,3	+ 1,5	+ 5,5	10,9	12,25
Niederlande	5,5	+ 2,0	+ 3,9	+ 1,5	+ 3,5	6,1	9,21
Belgien	4,6 ⁴⁾	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,5	9,4	9,35
Spanien	3,9	+ 2,4	+ 5,9	+ 2,5	+ 6,0	15,9	13,38
Großbritannien	6,2	- 2,1	+ 5,9	+ 1,0	+ 4,0	8,7	11,05
Schweiz	8,7	- 0,5	+ 5,8	+ 1,0	+ 4,0	1,2	7,59
Österreich	6,4	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,5	+ 3,0	3,4	8,98
USA	9,1	- 0,7	+ 4,2	+ 1,75	+ 3,5	6,7	5,65
Japan	4,2	+ 4,5	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,0	2,2	7,35

1) In % aller Erwerbspersonen, nationale Definition der Arbeitslosen. - 2) Überwiegend für Dreimonatsschätzwechsel; für 1991 Durchschnitt der Monate Januar bis September. - 3) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrsgutachten 1992). - 4) Einschließlich Luxemburg.

schwächten Beschäftigtenentwicklung gibt auch der private Verbrauch nur wenig Wachstumsimpulse. Ein kumulativer Abschwungsprozeß - von manchen Konjunkturforschern für das Frühjahr diskutiert - ist derzeit jedoch nicht erkennbar. Die Entwicklung konjunktureller Einzelreihen in Auftragseingang und Produktion sowie der aggregierten Verlaufsdaten - so auch des konjunkturellen Leadindikators des Statistischen Landesamtes² - spricht eher für eine moderate Belebung in den kommenden Monaten. In Anbetracht einer Ausgangslage mit instabilen Einflußgrößen ist aber andererseits ein in Dynamik und Stetigkeit gefestigter Entwicklungspfad noch nicht mit hinreichender Sicherheit prognostizierbar.

Die Erwartungen richten sich vor allem auf den internationalen Konjunkturverlauf, insbesondere bei den wichtigen Handelspartnern. Vergleichsweise günstig ist derzeit die Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den USA, wo im Jahresverlauf mit einer Erholung gerechnet wird. Angesichts öffentlicher wie privater Verschuldungsprobleme dürfte sich die Dynamik gleichwohl in Grenzen halten. Eine mit dem Aufschwung einhergehende Dollaraufwertung - für die deutschen Exporteure von Vorteil - könnte dämpfend auf die durchaus noch labile Ausgangsbasis zurückwirken. Die expansiven Impulse der Geldpolitik dürften jedoch als Stütze der Aufwärtsentwicklung in den USA überwiegen. Die Situation in Westeuropa wird hingegen über den Wechselkursverbund auch durch die Lage in Deutschland und damit auch von der Bewältigung der Einigungsprobleme beeinflusst. Der konjunkturbedingt nachlassende Importsog aus Deutschland wirkt ebenso dämpfend wie die straffe Geldpolitik der Bundesbank, die an sich notwendige Zinsanpassungen in den Partnerländern derzeit kaum zuläßt. Die Auftriebskräfte dürften damit in Westeuropa nur zu einer allmählichen Belebung im Jahresverlauf führen.

Die Forschungsinstitute prognostizierten im Frühjahrsgutachten eine reale Zunahme des Welthandelsvolumens um 4 % für 1992³. Aufgrund der stark

europäischen Ausrichtung der heimischen Exportwirtschaft dürfte der Ausfuhranstieg Baden-Württembergs wie Westdeutschlands insgesamt jedoch eher unterhalb einer realen Zuwachsrate von 4 % bleiben.

Die Lagebeurteilung der Unternehmen schwankt derzeit wohl zwischen eingetrübten Aussichten im Rahmen der Binnenkonjunktur und verhaltenem Optimismus im Hinblick auf die weiteren Impulse im Auslandsgeschäft. Bei anhaltendem Kostendruck und begrenzten Überwälzungsspielräumen werden die Gewinnspannen schrumpfen, der belastende Einfluß hoher Zinsen auf die Investitionsbereitschaft wird angesichts eines wachsenden Bedarfs an Fremdfinanzierung zunehmen. Hinzu kommt, daß manche Firmen mit durchaus umfangreichen Investitionsprojekten in den neuen Bundesländern tätig sind. Es deutet somit vieles darauf hin, daß bei den Erweiterungsinvestitionen in Westdeutschland eine gewisse Zurückhaltung geübt wird. Auf der anderen Seite ist der Rationalisierungsbedarf insbesondere bei den auf dem Weltmarkt agierenden Industrieunternehmen nach wie vor erheblich. Dies wird die Investitionstätigkeit insgesamt stützen, nennenswerte Impulse für den gesamten Konjunkturverlauf sind davon jedoch kaum zu erwarten. Nach Ansicht der Forschungsinstitute werden die realen Ausrüstungsinvestitionen auf dem Vorjahresniveau stagnieren.

Günstiger sind dagegen die Perspektiven für den privaten Verbrauch. Die verfügbaren Einkommen werden im Jahresverlauf nominal deutlich zunehmen. Der Effekt der Tarifierhöhungen wird noch gesteigert durch die zu Jahresbeginn erfolgte Ermäßigung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs in bezug auf Kindergeld und Kinderfreibeträge. Des weiteren wird der Solidaritätszuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer ab 1. Juli 1992 entfallen. Die Impulse aus der Beschäftigtenentwicklung werden indessen allenfalls gering sein, und zudem wird der nominale Einkommenszuwachs von Steuerprogression und Inflationsrate zu einem erheblichen Teil aufgezehrt. Der entlastende Basiseffekt, resultierend aus den Verbrauchsteueranhebungen zum 1. Juli des Vorjahres, wird zwar in der zweiten Jahreshälfte zu einer Dämpfung der Preissteigerungsrate führen, eine Begrenzung der jahresdurchschnittlichen Preiserhöhung auf eine Rate von unter 4 % erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, ist aber andererseits auch noch keineswegs gesichert. Aufgrund der genannten Einflußfak-

2) Zum Meßkonzept des Konjunkturindikators siehe Walter, Ilse A.: Der Konjunkturindikator - Spiegel der wirtschaftlichen Aktivität, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1992.

3) Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1992, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 16/17 vom 16. April 1992.

Tabelle 14

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet 1992 und Ist-Werte 1991

Merkmal	Einheit	Westdeutschland			Ostdeutschland		
		Ist	Prognosen		Ist	Prognosen	
			Jahreswirtschaftsbericht ¹⁾	Frühjahrs-gutachten ²⁾		Jahreswirtschaftsbericht ¹⁾	Frühjahrs-gutachten ²⁾
		1991	1992		1991	1992	
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,0	- 19,1	- 10,0 bis - 15,0	- 14,5
Arbeitslose	Mill.	1,69	ca. 1,8	1,78	0,91	1,3 bis 1,4	1,35
Entstehung des Sozialprodukts (real) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,4	+ 1,5 bis + 2,0	+ 1,5	- 33,9	+ 6,0 bis + 10,0	+ 7,0
Verwendung des Sozialprodukts (real)							
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	"	+ 3,1	ca. + 1,5	+ 1,0	- 30,3	ca. + 10,0	+ 10,5
Privater Verbrauch	"	+ 2,5	+ 1,5 bis + 2,0	+ 1,5	+ 5,5	+ 2,0 bis + 4,0	+ 3,5
Staatsverbrauch	"	+ 0,8	+ 0,5 bis + 1,0	+ 2,5	+ 1,0	- 3,0 bis - 5,0	- 1,0
Anlageinvestitionen	"	+ 6,7	+ 2,0 bis + 3,0	+ 0,5	+ 17,9	+ 20,0 bis + 25,0	+ 26,5
Ausrüstungen	"	+ 9,4	+ 2,5 bis + 3,5	0,0	+ 88,7	+ 22,0 bis + 26,0	+ 31,0
Bauten	"	+ 4,1	+ 1,5 bis + 2,5	+ 1,5	- 14,0	+ 18,0 bis + 22,0	+ 22,0
Ausfuhr	"	+ 12,1	+ 3,5 bis + 4,5	+ 3,5	- 5,2	+ 25,0 bis + 30,0	+ 21,0
Einfuhr	"	+ 12,6	+ 4,5 bis + 5,5	+ 4,0	+ 91,0	+ 5,0 bis + 10,0	+ 7,5
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	"	+ 3,6	ca. + 3,5	+ 3,75	+ 13,6	+ 12,0 bis + 14,0	+ 12,0
Bruttosozialprodukt	"	+ 4,5	ca. + 4,0	+ 4,5	+ 18,6	+ 18,0 bis + 20,0	+ 18,0
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)							
Volkseinkommen	"	+ 6,7	+ 4,5 bis + 5,5	+ 5,0	- 20,7	.	+ 27,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	"	+ 7,9	+ 4,5 bis + 5,5	+ 5,5	+ 10,3	.	+ 17,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	"	+ 3,8	+ 3,0 bis + 5,0	+ 2,5	.	.	.
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 5,9	+ 4,5 bis + 5,5	+ 5,0	+ 26,7	+ 16,0 bis + 20,0	+ 22,5

1) Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung. - 2) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1992 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.)

toren dürfte der private Verbrauch insbesondere im 2. Halbjahr zwar nicht schwungvoll, aber durchaus spürbar expandieren und damit die Konjunktur stützen. Die reale Zuwachsrates wurde im Frühjahrsgutachten jahresdurchschnittlich auf 1,5 % geschätzt.

Parallel zum - allerdings nur vorübergehenden⁴ - Nachlassen des Preisauftriebs dürften die Zinsen im Jahresverlauf eher zurückgehen. Auf mittlere Sicht

ist ein stabiler Rückgang von Inflation und Zinsniveau jedoch davon abhängig, daß die bei der Eingliederung der neuen Bundesländer entstehenden Kosten von allen gesellschaftlichen Gruppen einvernehmlich getragen werden.

Die robuste Baukonjunktur bleibt ein wichtiger Stabilisierungsfaktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1992. In Erwartung weiterhin steigender Mieten und Immobilienpreise, als Folge des bestehenden Wohnungsmangels, und wesentlich gestützt durch die staatlichen Förderprogramme wird die Wohnungsbaunachfrage - trotz hoher Zinsen und

4) Die Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 1993 wird erneut einen Anstieg der Inflationsrate induzieren.

wachsender Baukosten - anhaltend lebhaft verlaufen und die tragende Säule der Baukonjunktur bilden. Demgegenüber ist im besonders konjunkturabhängigen Wirtschaftsbau mit einer Abschwächung zu rechnen, da die bauintensiven Erweiterungsinvestitionen voraussichtlich eingeschränkt werden. Darüber hinaus ist in Anbetracht der angespannten Haushaltslage der Spielraum für ein höheres Volumen an öffentlichen Bauaufträgen sicherlich sehr begrenzt, mittelfristig ist sogar eher mit einer Reduzierung öffentlicher Bauvorhaben zu rechnen. Insgesamt dürfte damit die Baunachfrage gegenüber der Vorjahresentwicklung etwas abflachen, jedoch speziell im Hochbaubereich einen moderaten Aufwärtstrend beibehalten.

Bei erweiterten Baukapazitäten und erhöhtem Personalbestand sowie einem insgesamt doch gedämpften Nachfrageverlauf dürfte sich der Anstieg der Baupreise im Jahresverlauf leicht abschwächen. Die Voraussetzungen für eine nochmals deutliche, wenngleich gegenüber 1991 etwas verlangsamte Zunahme der Bauproduktion sind durchaus gegeben. So wurde in Baden-Württemberg zur Jahreswende 1991/92 mit rund 132 000 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen der höchste Bauüberhang seit 1974 ermittelt.

Die gesamtwirtschaftliche Abkühlung hat sich durch die Ausweitung der Kurzarbeit und eine geringere Arbeitskräftenachfrage bereits spürbar in Beschäftigung und Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Das hohe Erwerbstätigenniveau von Anfang 1992 dürfte sich kaum noch nennenswert verändern. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen wird jedoch recht unterschiedlich verlaufen. Während in der Industrie eher Stellen abgebaut werden dürften - hier werden die konjunkturellen Effekte verstärkt durch kosteninduzierte Strukturanpassungen in Richtung "schlanker" Produktionsverfahren -, dürfte die Beschäftigtenzahl in Teilen des Dienstleistungssektors und des Baugewerbes weiter zunehmen.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit läßt sich nur unter erheblichen Risiken einschätzen. Dies gilt insbesondere für die Zuwanderung aus den neuen

Bundesländern sowie von Aussiedlern aus Osteuropa. Auch das inzwischen gegenüber 1990 deutlich niedrigere Zuwanderungsniveau dürfte jedoch die Zahl der Arbeitslosen erhöhen. Die Forschungsinstitute prognostizierten für Westdeutschland einen Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,5 auf 5,8 % (bezogen auf alle abhängigen Erwerbspersonen). Kennzeichnend für den Arbeitsmarkt im Land ist der Umstand, daß trotz vermehrter Freisetzung ein partieller Mangel an Fach- und insbesondere an Nachwuchskräften vorhanden ist.

Faßt man die einzelnen Entwicklungslinien zusammen, so dürfte das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt jahresdurchschnittlich in der Größenordnung von real 1,5 % wachsen. Die Forschungsinstitute sahen bislang keinen Anlaß zu einer Revision ihrer Frühjahrsprognose.

Die Chancen Baden-Württembergs, wieder auf einen überdurchschnittlichen Wachstumspfad im Rahmen der westlichen Bundesländer einzuschwenken, sind aufgrund der kräftigen wirtschaftlich-technologischen Basis bei positiven Absatzperspektiven sowohl im integrierten europäischen Wirtschaftsraum als auch in Osteuropa auf mittlere Sicht durchaus gegeben. Offen ist allerdings die Frage, ob dies bereits in diesem Jahr gelingen wird. Die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes ist zwar landesweit nicht schwächer als auf Bundesebene, wegen des hohen Gewichtanteils trifft jedoch derzeit die insgesamt flauere Industriekonjunktur das Land in höherem Maße. Hinzu kommt, daß die an die neuen Bundesländer angrenzenden Regionen auch 1992 eher überdurchschnittliche Wachstumsimpulse erhalten dürften. Entsprechend seiner Branchenstruktur dürfte Baden-Württemberg erst mittelfristig von einer zunehmend investiven Ausrichtung der ostdeutschen Güternachfrage profitieren. Positiv für Baden-Württemberg dürfte hingegen die bereits spürbare Ausfuhrbelebung im Jahresverlauf zu Buche schlagen. Auch von einer zunehmend investiven Ausrichtung der ostdeutschen Güternachfrage dürfte Baden-Württemberg entsprechend seiner Branchenstruktur überproportional profitieren.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Wirtschaft

1.1 Direktinvestitionsverflechtung Baden-Württembergs mit dem Ausland

Die internationalen Aktivitäten der Unternehmen wurden im Laufe der 70er und 80er Jahre stark ausgedehnt. Neben den traditionellen Strategien des Exports und der Lizenzvergabe hat hierbei die grenzübergreifende Unternehmensverflechtung wesentlich an Bedeutung gewonnen. Die strategische Expansion ist nicht selten verknüpft mit einem Wandel in der Unternehmensphilosophie, wobei das bislang eher nationale Selbstverständnis in zunehmendem Maße von dem Konzept der multinationalen Unternehmung abgelöst wird. Diese Entwicklung bewirkt einerseits eine Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und kann damit über eine effizientere Ausnutzung der unterschiedlich ausgeprägten Fähigkeiten und Ressourcen zu einer allgemeinen Wohlstandsanhebung beitragen. Sie führt aber andererseits auch gelegentlich zu der Befürchtung, die internationale Kapitalmobilität könnte aus bundesdeutscher Sicht mit einem einseitigen "Export" von Arbeitsplätzen verbunden sein.

Hohe Auslandsinvestitionen - Kennzeichen führender Wirtschaftsnationen

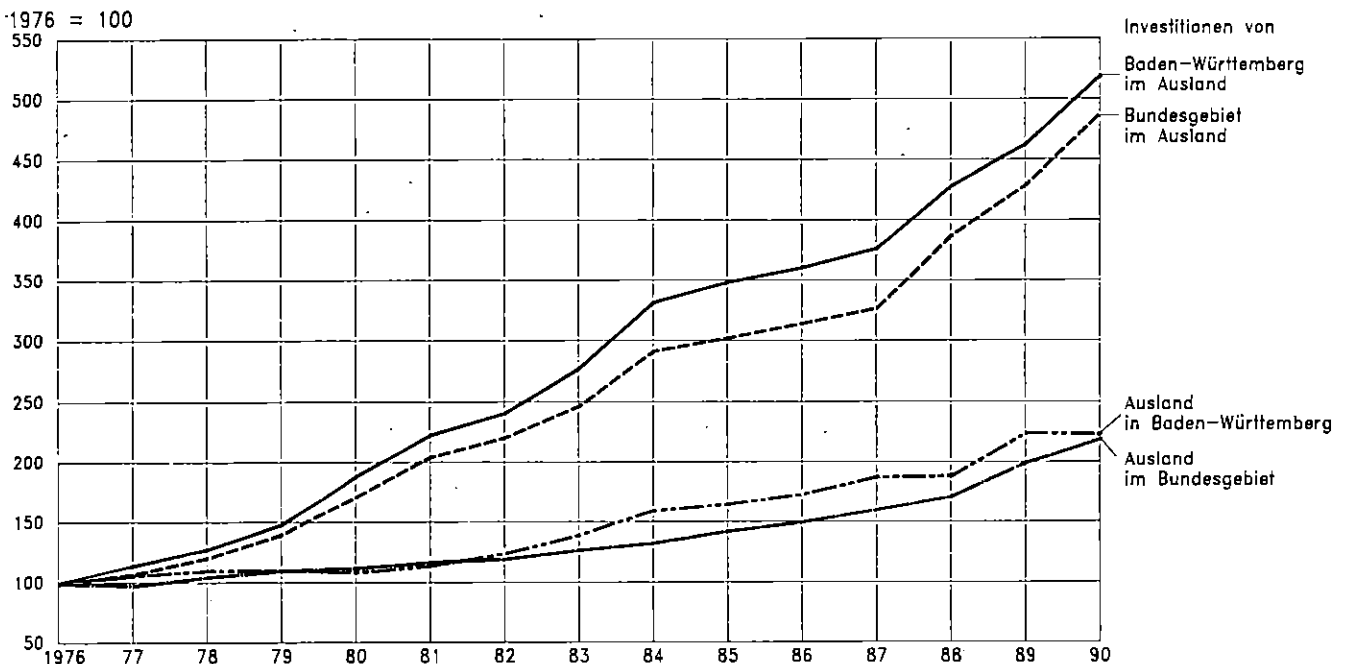
Der Verlauf in den vergangenen Jahrzehnten hat jedoch gezeigt, daß gerade die Herkunftsländer von hohen Kapitaltransfers für Direktinvestitionen in der Regel über eine besonders hohe Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft verfügen. Dies galt für die USA in den 50er und 60er Jahren wie für Japan und die Bundesrepublik (Schaubild 1) in den 70er und 80er Jahren. Auch das außerordentlich umfangreiche Auslandsengagement der Unternehmen aus der Schweiz oder aus den Niederlanden ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die Auslandsinvestitionen sind eine wesentliche Stütze des internationalen

Ranges dieser Wirtschaftsnationen - wohl auch mit jeweils positiven Rückwirkungen auf die Ausstrahlungskraft der heimischen Standorte.

Länder- und vor allem firmenspezifische Wettbewerbsvorteile, etwa in Technologie, Management und Vermarktung, sind eine Grundvoraussetzung dafür, um überhaupt erfolgreich auf Auslandsmärkten operieren zu können¹. Die Unternehmen können in dieser Hinsicht verschiedene Möglichkeiten in Betracht ziehen - so die reine Exporttätigkeit, die direkte Kapitalpräsenz im Ausland und die Lizenzvergabe sowie Kombinationen aus diesen Strategien. Die einzelnen Alternativen sind dabei mit unterschiedlichen Erfolgchancen (z.B. Absatzsteigerung), Transaktionskosten und Risikofaktoren behaftet. Die Auswahl der voraussichtlich optimalen Strategie oder des optimalen Strategienbündels wird letztlich von Rentabilitätsüberlegungen geleitet, wobei im Einzelfall die Verfügbarkeit von finanziellen und immateriellen Ressourcen (Kapital und Managementkapazität) sowie die Risikobereitschaft des Unternehmens als restriktive Nebenbedingungen auftreten können.

1 Vgl. Stehn, Jürgen: Determinanten differierender Internationalisierungsstrategien - Ansätze einer umfassenden Theorie internationaler Direktinvestitionen in Industrieländern, Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Kieler Arbeitspapiere, Nr. 386, August 1989, S. 5.

Entwicklung der Direktinvestitionen^{*)} Inländischer Unternehmen im Ausland und ausländischer Unternehmen im Inland 1976 bis 1990



*) Bestände jeweils zum Jahresende. - Quellen: Deutsche Bundesbank, Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

239 92

Die relative Vorteilhaftigkeit von Strategienkombinationen, die eine unmittelbare Auslandspräsenz als wichtige Komponente beinhalten, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. So betreiben viele Länder eine offensive Ansiedlungspolitik mit vereinfachten Genehmigungsverfahren und teilweise auch mit steuerlichen Vergünstigungen. Zudem erleichtern die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien die zentrale Steuerung und Koordination international gestreuter Unternehmensbereiche. Dadurch wird es leichter möglich, einzelne Fertigungsstufen voneinander zu entkoppeln oder etwa den Fertigungsprozeß von der vorgelagerten Produkt- und Verfahrensentwicklung zu trennen.

Politische Weichenstellungen, wie der (erweiterte) EG-Binnenmarkt 1993 und die Öffnung der ehemaligen Planwirtschaften Mittel- und Osteuropas, haben der grenzübergreifenden Kapitalverflechtung zusätzliche Impulse verliehen und neue Chancen eröffnet. Die Mobilität des Produktionsfaktors Kapital hat damit generell zugenommen. Den Unternehmen bieten sich vielfältige Möglichkeiten, firmenspezifische Vorteile in Technologie, Management und Vermarktung (z.B. etablierte Markennamen) mit jeweils günstigen Standortbedingungen im Ausland zu kombinieren.

Es ist wohl ein Kennzeichen führender Wirtschaftsnationen, daß sie einerseits über wettbewerbs- und kapitalkräftige Unternehmen verfügen, andererseits aber auch negative Einzelfaktoren - wie hohe Arbeitskosten und für den Export ungünstige Wechselkursentwicklungen (steigender Außenwert der heimischen Währung) - aufweisen. So haben Japan und die Bundesrepublik im wesentlichen erst in den 70er Jahren mit dem Aufbau umfassender Produktivanlagen im Ausland begonnen, als die mit dem Bretton-Woods-System verbundene Unterbewertung von Yen und D-Mark vor allem gegenüber dem US-Dollar durch flexible Wechselkurse abgelöst wurde. Gerade in hochentwickelten Industrieländern entstehen partielle Kostenzwänge, die die Verlagerung von standardisierten Produktionsbestandteilen als Teil und auch als Kehrseite einer dynamischen Strukturentwicklung im Rahmen internationaler Arbeitsteilung verstehen lassen.

Direktinvestitionen sind aber vor allem in wettbewerbsintensiven Auslandsmärkten ebenso eine notwendige Voraussetzung zur Erschließung und Sicherung größerer Marktanteile. Dies betrifft die Bereiche Vertrieb und Service und kann sich ferner erstrecken auf umfangreiche Kooperationen und Beteiligungen. Gerade der Absatz von technisch an-

spruchsvollen Industriegütern erfordert in zunehmendem Maße ein kundennahes Angebot an komplementären Dienstleistungen. Auch beim Aufbau oder bei der Übernahme von Fertigungskapazitäten kann das Motiv der Marktnähe ausschlaggebend sein. Darüber hinaus können tarifäre und nichttarifäre Handelsschranken die Neigung (oder den Zwang) zu direkten Auslandsinvestitionen in den betreffenden Ländern zusätzlich verstärken (begründen).

Hinzu kommt, daß von einmal getätigten Auslandsengagements eine beträchtliche Eigendynamik ausgehen kann. Erfolgreiche Direktinvestitionen können Mitkonkurrenten zur Nachahmung veranlassen, und langjährige Lieferanten werden nicht selten auch im Ausland die Nähe zum großen Abnehmer suchen. In dem Maße, in dem sich heimische Markennamen und technische Standards auf Auslandsmärkten durchsetzen und in dem auch begleitende Dienstleistungen heimischer Unternehmen (insbesondere Banken) im Ausland verfügbar sind, wächst zudem die Bereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen, den Schritt über die Grenzen zu wagen.

Vor dem Hintergrund der soeben skizzierten Grundlinien soll im folgenden die baden-württembergische Direktinvestitionsverflechtung mit dem Ausland empirisch untersucht werden. Direktinvestitionen werden unter anderem definiert durch das Motiv der angestrebten Einflußnahme auf die Geschäftspolitik des betreffenden Unternehmens. Als Untergrenze wird deshalb eine Mindestbeteiligung an Unternehmen von mehr als 20 % des Nominalkapitals oder der Stimmrechte angesehen. Der Begriff "Direktinvestition" bezieht sich folglich nicht nur auf Investitionen in Sachanlagen - wie den Aufbau von Produktionsstätten -, sondern umfaßt zudem den Erwerb von Beteiligungsvermögen und darüber hinaus auch die Kreditvergabe zwischen verbundenen Unternehmen. Bei einer solchen, statistisch notwendigen Formalabgrenzung ist also zu berücksichtigen, daß letztlich ein fließender Übergang zwischen Direktinvestitionen und reinen Finanzanlagen besteht.

Im folgenden wird ein detaillierter Vergleich mit der Struktur und Entwicklung von Direktinvestitionen auf Bundesebene vorgenommen². Darüber hinaus wird

vergleichend Bezug genommen auf die Direktinvestitionsbeziehungen wichtiger Konkurrenzländer. Besonders eingehend wird die Frage des Zusammenhangs von baden-württembergischen Warenexporten und Auslandsinvestitionen behandelt. Des weiteren soll aufgezeigt werden, in welchem Umfang Baden-Württemberg als Empfängerland von internationalen Direktinvestitionen profitieren konnte. Die genannten Untersuchungsgegenstände sollen letztlich daraufhin überprüft werden, ob und gegebenenfalls welche Rückschlüsse auf die Position des heimischen Wirtschaftsstandortes abgeleitet werden können, wobei auch die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Kenngrößen im internationalen Vergleich herangezogen wird.

Dieser Beitrag wurde ermöglicht durch umfangreiches Datenmaterial der Landeszentralbank in Baden-Württemberg sowie des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung (internationale Vergleichsdaten). Methodische Erläuterungen befinden sich im Anhang des Berichts.

Baden-Württemberg mit 3,9 Mrd. DM Nettokapitalgeberland

Die bundesdeutschen Unternehmen konzentrierten sich in den 50er und 60er Jahren noch vorwiegend auf die rasch wachsenden Inlandsmärkte. Die Auslandsgeschäfte expandierten zwar schon in jenen Jahren beträchtlich, gleichwohl war ihr Anteil an der Gesamtproduktion noch wesentlich geringer als in den 70er und 80er Jahren. Die Auslandsaktivitäten beschränkten sich weitgehend auf die reine Exporttätigkeit, die - wie bereits erwähnt - wechsellkursbedingt durchaus begünstigt wurde. Die direkten Kapitalengagements im Ausland waren hingegen relativ bescheiden, was sich in der Nachkriegszeit wohl auch aus einer historisch bedingten Zurückhaltung erklärt. Umgekehrt haben ausländische Konzerne bereits in den 50er und 60er Jahren umfangreiche Direktinvestitionen in der Bundesrepublik und speziell auch in Baden-Württemberg vorgenommen.

Als dann die Bundesrepublik mehr und mehr in den Kreis der international führenden Wirtschaftsländer aufrückte, der für den Export bestimmte Anteil an der Inlandsproduktion weiter zunahm und gleichzeitig aber auch die Arbeitskosten und der DM-Außenwert beschleunigt nach oben tendierten, gingen die Inlandsunternehmen - nunmehr schon in beachtliche Größenordnungen hineingewachsen - verstärkt dazu

2 Die Bestandsangaben zum Jahresende 1990 schließen das Gebiet der ehemaligen DDR mit ein. Gleiches gilt für die Transaktionswerte 1990 (ab Juli) und 1991.

über, ausländische Tochtergesellschaften und Niederlassungen zu gründen und Unternehmen (bzw. Beteiligungen) im Ausland zu erwerben. In dieser Hinsicht befand sich die bundesdeutsche Wirtschaft, gemessen an vergleichbar entwickelten Ländern wie USA und Großbritannien, etwa Mitte der 70er Jahre sicherlich in einer Situation des Nachholbedarfs. So waren Baden-Württemberg und die gesamte Bundesrepublik beim Direktinvestitionsbestand Ende 1976 noch in erheblichem Umfang Nettokapital-empfängerländer (Tabelle 1). Im Zuge der überproportionalen Ausweitung der heimischen Bestände im Ausland wurden die negativen Vermögenssalden in den Folgejahren sukzessive verringert, so daß das Bundesgebiet Ende 1980, Baden-Württemberg hingegen erst Ende 1984, den Status von Nettokapitalgeberländern erlangten. Ende 1990 betrug der Vermögensüberschuß bei den unmittelbaren Direktinvestitionen aus der Sicht Baden-Württembergs 3,9 Mrd. DM und auf Bundesebene 71,3 Mrd. DM. Der Anteil des Landes am bundesweiten Saldo ist damit auffallend gering.

Entsprechend weist Baden-Württemberg am ausländischen Direktinvestitionsvermögen in der Bundesrepublik einen relativ hohen Anteil auf (1990: 17 %), während es am bundesdeutschen Auslandsvermögen nur unterdurchschnittlich beteiligt ist (1990: 13 %; zum Vergleich: Bevölkerungsanteil: gut 15 %, Anteil am BIP: knapp 17 % - westliches Bundesgebiet). Der wirtschaftlich-technologisch aufstrebende Südwesten Deutschlands war in den vergangenen Jahrzehnten besonders attraktiv für Investitionen multinationaler Industrieunternehmen. Der hingegen niedrige Anteil am Bestand im Ausland ist auf den alles in allem eher mittelständischen Charakter der baden-württembergischen Industrie und auch darauf zurückzuführen, daß die großen Chemiekonzerne - die bundesweit führenden Auslandsinvestoren - sowie die großen Banken und Versicherungen ihren Sitz nicht in Baden-Württemberg haben. In Anbetracht dieser Umstände ist die baden-württembergische Partizipation am Auslandsvermögen der bundesdeutschen Unternehmen sogar als relativ hoch einzuschätzen. Denn

Tabelle 1

Bilanz der Direktinvestitionsverflechtung Baden-Württembergs und des Bundesgebiets mit dem Ausland 1976 bis 1990

Jahres- ende	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen							
	im Ausland aus		Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet	vom Ausland		Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet	Saldo ¹⁾	
	Baden- Württemberg ²⁾	dem Bundesgebiet		in Baden- Württemberg ²⁾	im Bundesgebiet		Baden- Württemberg ²⁾	Bundesgebiet
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM	
1976	5 219	43 508	12,0	10 365	63 531	16,3	- 5 146	- 20 023
1977	5 982	46 790	12,8	11 064	62 309	17,8	- 5 082	- 15 519
1978	6 697	52 703	12,7	11 470	66 945	17,1	- 4 773	- 14 242
1979	7 752	61 157	12,7	11 473	70 266	16,3	- 3 721	- 9 109
1980	9 846	74 353	13,2	11 318	71 758	15,8	- 1 472	+ 2 595
1981	11 637	88 429	13,2	11 879	74 739	15,9	- 242	+ 13 690
1982	12 568	95 400	13,2	12 942	76 359	16,9	- 374	+ 19 041
1983	14 476	106 573	13,6	14 506	81 106	17,9	- 30	+ 25 467
1984	17 300	125 875	13,7	16 617	84 791	19,6	+ 683	+ 41 084
1985	18 204	130 512	13,9	17 208	90 885	18,9	+ 996	+ 39 627
1986	18 835	135 791	13,9	18 055	95 637	18,9	+ 780	+ 40 154
1987	19 663	141 031	13,9	19 513	102 345	19,1	+ 150	+ 38 686
1988	22 356	167 205	13,4	19 594	109 534	17,9	+ 2 762	+ 57 671
1989	24 177	185 288	13,0	23 292	127 076	18,3	+ 885	+ 58 212
1990	27 125	210 898	12,9	23 199	139 624	16,6	+ 3 926	+ 71 274

1) Differenz zwischen inländischen Beständen im Ausland und ausländischen Beständen im Inland. - 2) Hier wie im folgenden: Unternehmenssitz in Baden-Württemberg.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

nach wie vor wird der Hauptanteil der internationalen Direktinvestitionen von den multinationalen Großkonzernen bestritten. So entfielen nach Angaben der Vereinten Nationen (UN-Zentrum für Transnationale Unternehmen) Ende der 80er Jahre rund 50 % der weltweiten Direktinvestitionsbestände auf 200 große, multinationale Unternehmen³.

Betrachtet man die Bilanz der Direktinvestitionsverflechtung Baden-Württembergs und des Bundesgebiets nach Ländern/Ländergruppen untergliedert (Anhangtabelle 1), so ergibt sich, daß Baden-Württemberg Ende 1990 im Vergleich zum Bundesgebiet einen relativ geringen Positivsaldo gegenüber den westlichen Industrieländern aufwies (Land: + 2,3 Mrd. DM, Bund: + 60,7 Mrd. DM). Ursächlich dafür waren vor allem die erheblichen Negativwerte im Verhältnis zur Schweiz und den USA, während bundesweit jedenfalls gegenüber den USA bereits ein deutlicher Vermögensüberschuß bestand. Speziell gegenüber der Gruppe der EG-Länder waren sowohl Baden-Württemberg als auch das Bundesgebiet Nettokapitalgeberländer (Land: + 6,1 Mrd. DM, Bund: + 53,4 Mrd. DM). Negative Saldenbeträge, das heißt Positionen als Nettokapitalempfänger, bestanden jedoch jeweils in bezug auf die Niederlande und auf Dänemark. Auch die Bilanz mit der Gruppe der Entwicklungsländer war landes- und bundesweit durch positive Vermögenssalden gekennzeichnet (Land: + 2,1 Mrd. DM, Bund: + 13,3 Mrd. DM). Mit Blick auf die Knappheit des Produktionsfaktors Kapital in diesen Ländern handelt es sich gleichwohl um recht bescheidene Überschußbeträge. Das weitgehende Fehlen von Investitionen im Rohstoff- und Energiebereich spielt hierbei eine wesentliche Rolle⁴.

Im Bundesländervergleich sind vor allem Bayern und Hessen überproportional am bundesdeutschen Direktinvestitionsbestand im Ausland beteiligt, beides Sitzländer von großen Industrieunternehmen, aber auch Banken und Versicherungen. Vergleichsweise hoch sind ferner die Anteile von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz (als Vergleichsmaßstab dienen

in Tabelle 2 die Anteile am BIP). Umgekehrt ist der Anteil Bayerns am Auslandsvermögen im Bundesgebiet auffallend niedrig. Als hauptsächliche Zielländer von Auslandsinvestitionen sind demgegenüber Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg hervorzuheben, wobei im Falle Hessens den Anlagebranchen im Dienstleistungssektor (insbesondere Banken und Handel) ein hohes Gewicht zukommt. Ähnliches dürfte für Hamburg gelten, das als Zielland große Flächenstaaten wie Bayern und Niedersachsen mit Abstand übertrifft.

Die fünf neuen Bundesländer (einschließlich des östlichen Teils von Berlin) hatten zum Jahresende 1990 weder als Herkunfts- noch als Zielländer von Direktinvestitionen eine nennenswerte Bedeutung. Die Aussagekraft der zeitlichen Entwicklungsraten im Bundesgebiet wird folglich durch die Berücksichtigung der neuen Bundesländer zum Stand 1990 nicht beeinträchtigt.

Wichtigstes Zielland sind die USA

Ende 1990 belief sich der Bestand an unmittelbaren und mittelbaren⁵ baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland auf 30,1 Mrd. DM. Rund 83 % davon entfielen auf die westlichen Industrieländer, weitere 11 % auf die Entwicklungsländer und nur knapp 1 % auf die Staatshandelsländer. Über 5 % der Meldeangaben konnten regional nicht zugeordnet werden. Der Gesamtbestand erhöhte sich gegenüber 1986 um 42 %, gegenüber 1979 wurde er mehr als verdreifacht (Tabelle 3).

Das bei weitem wichtigste Zielland sind die USA (Anteil 1990: 22 %), gefolgt von Frankreich (11 %), der Schweiz (9 %) und Großbritannien (8 %) sowie von den Niederlanden (7 %) und Brasilien (7 %). Betrachtet man die drei großen Innovations- und Wachstumsregionen der weltwirtschaftlichen "Triade", dann waren 1990 rund 58 % der baden-württembergischen Auslandsinvestitionen im Bereich EG-/EFTA-Staaten, 26 % in Nordamerika und lediglich etwa 4 % in der japanisch-pazifischen Region⁶ angesiedelt. Wenngleich insbesondere die

3 Bundesverband der Deutschen Industrie (Hrsg.): Deutsche Direktinvestitionen im Ausland, BDI - Dokumentation, Köln 1990, S. 5. Zitierweise: Deutsche Direktinvestitionen...

4 BDI: Deutsche Direktinvestitionen ..., S. 13/14.

5 Zur Abgrenzung einerseits von *unmittelbaren* und andererseits von *unmittelbaren und mittelbaren* Direktinvestitionen siehe methodische Erläuterungen im Anhang des Berichts.

6 Nennenswerte Bestände lagen vor in Japan, Singapur, Südkorea, Malaysia, Thailand und auf den Philippinen. Bestände in Indonesien unterlagen der Geheimhaltung.

Tabelle 2

Bilanz der Direktinvestitionsverflechtung des Bundesgebiets und der Bundesländer Ende 1990

Bundesgebiet/ Bundesland	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen						Nachrichtlich: Anteil am Bruttoinlands- produkt im westlichen Bundes- gebiet 1990	
	im Ausland			aus dem Ausland		Saldo ¹⁾		
	1990		1986	1990				1986
	insgesamt	Anteil am Bundesgebiet		insgesamt	Anteil am Bundesgebiet			
	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%			Mrd. DM
Bundesgebiet	210,9	100	100	139,6	100	100	+ 71,3	100
davon								
Baden-Württemberg	27,1	12,9	14,0	23,2	16,6	19,0	+ 3,9	16,6
Bayern	49,0	23,2	20,5	12,2	8,7	9,2	+ 36,8	18,4
Berlin (West)	2,9	1,4	1,2	2,6	1,9	1,3	+ 0,3	3,8
Bremen	0,5	0,2	0,3	1,5	1,1	0,6	– 1,0	1,3
Hamburg	6,9	3,3	3,8	15,0	10,7	15,6	– 8,1	4,2
Hessen	37,3	17,7	16,3	37,4	26,8	22,4	– 0,1	10,3
Niedersachsen	15,4	7,3	7,0	5,0	3,6	3,4	+ 10,4	9,6
Nordrhein-Westfalen	55,3	26,2	27,0	34,8	24,9	23,7	+ 20,5	25,7
Rheinland-Pfalz	13,9	6,6	8,6	3,6	2,6	2,0	+ 10,3	5,1
Saarland	1,0	0,5	0,7	2,2	1,6	1,3	– 1,2	1,5
Schleswig-Holstein	1,3	0,6	0,4	2,1	1,5	1,6	– 0,8	3,5
Neue Bundesländer ²⁾	0,2	0,1	X	0,0	0,0	X	+ 0,2	X

1) Differenz zwischen inländischen Beständen im Ausland und ausländischen Beständen im Inland. – 2) Einschließlich Berlin (Ost).

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Bestände in Japan, von geringem Niveau ausgehend, in den 80er Jahren immerhin weit überdurchschnittlich gestiegen sind, so belegen die genannten Anteilswerte, daß sich die wachsende Bedeutung der dynamischen Märkte Japans und Südasiens noch keineswegs ausreichend in einer entsprechenden Orientierung der baden-württembergischen (wie auch der bundesdeutschen) Kapitalengagements im Ausland niederschlägt. Gerade die Erschließung dieser innovativen und in Anbetracht von Struktur- und Mentalitätsunterschieden auch komplexen Märkte dürfte jedoch erhebliche Investitionen "vor Ort" erfordern. Die Bundesrepublik und darüber hinaus allgemein die europäischen Industrieländer sind hier gegenüber den USA und - bezogen auf Südostasien - vor allem gegenüber Japan eindeutig in einem Rückstand, der bereits zu einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit und rückläufigen Anteilen auf diesen Märkten führte⁷.

Zunehmende Bedeutung der EG-Zielländer

Kennzeichnend für den Verlauf der baden-württembergischen Direktinvestitionen in den 80er Jahren waren drei Entwicklungslinien: In der Phase etwa bis 1986 überwog die enorme Zunahme der Kapitalbestände in den USA, die jedoch im Anschluß daran kaum mehr ausgeweitet wurden. Die Veränderungsrate von 1990 gegenüber 1986 (- 1 %) wäre allerdings bei konstanten Wechselkursen bei der Umrechnung von in Dollar bilanzierten Vermögenswerten wohl leicht positiv ausgefallen. Der auf die USA entfallende Anteil am Gesamtbestand kletterte von 19 % (1979) zunächst auf 31 % (1986) und sank im folgenden auf 22 % (1990). Als daran anschließende Grundlinie stieg parallel zum wiederum fallenden USA-Anteil die Bedeutung der EG-Länder von 29 % (1986) auf knapp 42 % (1990). Von der wesentlich stärkeren EG-Ausrichtung der baden-württembergischen Direktinvestitionen gegen Ende der 80er und am Anfang der 90er Jahre profitierten sämtliche EG-Staaten. Bezüglich der Wachstumsraten (1990 gegen 1986) sind Irland (+ 623 %), Belgien (+ 197 %), Großbritannien (+ 186 %),

7 Vgl. Agarwal, Jamuna P.: Europäische Direktinvestitionen in Ostasien - ein internationaler Vergleich, in: Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Die Weltwirtschaft, Heft 1/1988, S. 138 ff.

Tabelle 3

Struktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Direktinvestitionsvermögens im Ausland 1979, 1986 und 1990 nach Zielländern

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Ländergruppe/ Land	Bestand	Länderstruktur			Anteil am Bundesgebiet		Veränderungen	
	1990	1986	1979	1990	1979	1990 gegen 1986	1990 gegen 1979	
	Mill. DM	%						
Industrialisierte westliche Länder	24 916	82,8	79,0	70,8	12,7	11,5	+ 48,3	+ 293,4
davon EG-Länder ¹⁾	12 555	41,7	28,7	30,6	11,9	9,9	+ 105,6	+ 358,5
davon								
Belgien	1 293	4,3	2,0	1,1	9,3	3,5	+ 197,2	+ 1 206,1
Dänemark	117	0,4	0,4	0,5	9,1	6,8	+ 56,0	+ 160,0
Frankreich	3 224	10,7	8,3	13,5	16,1	17,0	+ 82,4	+ 167,3
Griechenland	70	0,2	0,2	0,2	8,5	4,5	+ 37,3	+ 311,8
Großbritannien	2 374	7,9	3,9	3,4	14,0	12,1	+ 185,7	+ 670,8
Irland	282	0,9	0,2	0,3	5,1	7,4	+ 623,1	+ 1 075,0
Italien	1 223	4,1	3,9	2,4	11,0	11,9	+ 46,5	+ 479,6
Luxemburg	145	0,5	0,5	1,7	1,8	3,5	+ 35,5	— 4,6
Niederlande	2 228	7,4	5,7	2,0	16,0	3,9	+ 83,7	+ 1 173,1
Portugal	158	0,5	0,4	0,3	12,9	10,1	+ 102,6	+ 507,7
Spanien	1 441	4,8	3,2	5,3	11,6	16,1	+ 109,8	+ 203,4
Übrige industrialisierte westliche Länder	12 361	41,1	50,3	46,0	13,6	13,3	+ 15,6	+ 243,7
darunter								
Japan	711	2,4	1,6	1,3	16,7	14,3	+ 109,1	+ 502,5
Kanada	529	1,8	1,5	2,0	8,4	10,3	+ 62,8	+ 190,7
Österreich	962	3,2	3,3	4,6	12,2	14,7	+ 36,5	+ 135,2
Schweden	119	0,4	0,3	0,8	9,5	14,2	+ 72,5	+ 58,7
Schweiz	2 680	8,9	9,3	9,4	25,2	20,1	+ 36,1	+ 217,5
USA	6 544	21,7	31,2	18,9	12,3	11,4	— 1,3	+ 286,8
Entwicklungsländer insgesamt	3 280	10,9	14,3	25,8	16,4	19,3	+ 7,6	+ 42,1
davon OPEC-Länder	115	0,4	0,7	3,4	7,6	14,8	— 25,3	— 61,7
übrige Entwicklungs-länder	3 165	10,5	13,6	22,4	17,1	20,3	+ 9,4	+ 57,6
darunter Brasilien	1 943	6,5	10,1	17,5	29,9	31,6	— 9,6	+ 23,8
Staatshandelsländer	123	0,4	—	—	22,0	—	—	—
Regional nicht aufteilbar ²⁾	1 786	5,9	6,6	3,4	11,7	9,1	+ 26,5	+ 479,9
Insgesamt	30 105	100	100	100	13,0	12,7	+ 41,6	+ 236,4

1) Aktueller Gebietsstand. – 2) Kredite der abhängigen Holdinggesellschaften an andere ausländische verbundene Unternehmen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Spanien (+ 110 %) und Portugal (+ 103 %) hervorzuheben. Die in der Wachstumstendenz bemerkenswerte Gleichläufigkeit der einzelnen Zielländerergebnisse signalisiert, daß offensichtlich mit Blick auf den bevorstehenden EG-Binnenmarkt "flächendeckende" Anstrengungen zur Absicherung und zur Erweiterung von Marktpositionen vorgenommen wurden. Andererseits deuten die im einzelnen doch unterschiedlich ausgeprägten Veränderungsraten darauf hin, daß spezielle Standortpräferenzen hierbei durchaus ihren Einfluß hatten. Bei den Wachstumsraten sind gleichwohl die Ausgangswerte immer zu beachten.

Die dritte Grundlinie im Laufe der 80er Jahre bestand in dem kontinuierlichen Bedeutungsverlust der Entwicklungsländer als Zielländer heimischer Auslandsinvestitionen. So reduzierte sich ihr Anteil von 26 (1979) auf 11 % (1990). Als Ursachen lassen sich eine Reihe von Fehlentwicklungen, wie Überschuldung, dirigistischer Staatseinfluß, politische Instabilitäten, und die daraus resultierende Unsicherheit für potentielle Investoren anführen. Hinzu kam, daß mit der Süderweiterung auch innerhalb der EG Standorte mit entsprechenden Kostenvorteilen zugänglich sind, und dies bei wesentlich verlässlicheren Rahmenbedingungen.

Die baden-württembergischen Engagements in Entwicklungsländern konzentrieren sich in hohem Maße auf ein einziges Land, nämlich auf Brasilien, das etwa 60 % am Bestand in sämtlichen Entwicklungsländern umfaßt. Ausschlaggebend war in diesem Zusammenhang wohl das enorme Entwicklungspotential der südamerikanischen Märkte, das durch wirtschaftspolitische Misere in den letzten Jahren freilich kaum entfaltet werden konnte, sowie das Motiv der Überwindung von bestehenden Importrestriktionen. Mitunter dürfte auch eine kostenorientierte Arbeitsteilung zwischen nord- und südamerikanischen Tochterunternehmen praktiziert werden oder zumindest langfristig vorgesehen sein.

3 775 Unternehmen im Ausland mit 384 000 Beschäftigten

Ende 1990 gab es 3 775 Unternehmen im Ausland (Tabelle 4) mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung (über 20 % der Anteile). Dies waren knapp 20 % sämtlicher bundesdeutscher Unternehmen im Ausland, woraus ersichtlich ist, daß die baden-württembergische Wirtschaft bei den Auslandsaktivitäten keineswegs der bundesdeutschen nachsteht (Anhangtabelle 2).

Die geringeren Anteile an den Beschäftigten (17 %) und am Jahresumsatz (15 %) der Auslandsunternehmen auf Bundesebene zeigen jedoch, daß es sich hierbei - im Durchschnitt - um kleinere Auslandstöchter handelt. Insgesamt verfügten die baden-württembergischen Investitionsobjekte im Ausland über 384 000 Beschäftigte und über einen Jahresumsatz von 110,9 Mrd. DM.

Die Bedeutung der Entwicklungsländer ist im Rahmen der Auslandsbeschäftigung um ein Vielfaches höher (insgesamt: 130 000 Beschäftigte, Anteil: 34 %) als in der Betrachtung der Kapitalbestände. Dies ist ein Beleg dafür, daß hier im Vergleich zu den industrialisierten Zielländern eine erheblich stärkere Produktionsorientierung vorliegt. Die im einzelnen doch überschaubaren Beschäftigtenzahlen in den Industrieländern - lediglich die USA (60 000) und Frankreich (47 000) kommen in die Nähe des Personalbestandes in Brasilien (69 000) - lassen andererseits darauf schließen, daß dabei weniger beschäftigungswirksame Vermarktungs- und Serviceaktivitäten eine wesentliche Rolle spielen, wenn nicht sogar im Vordergrund stehen. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der heimischen Investitionsobjekte in den Industrieländern belief sich 1990 auf rund 73 Personen bei einem durchschnittlichen Jahresumsatz von knapp 30 Mill. DM. Demgegenüber konnten die Tochter- und Enkelfirmen in den Entwicklungsländern mit einer Durchschnittsbelegschaft von 382 Personen nur 33 Mill. DM Jahresumsatz im Durchschnitt verbuchen.

Auf die EG-Länder entfielen 1990 115 000 Beschäftigte in Unternehmen mit baden-württembergischer Beteiligung. Insgesamt wurden nahezu zwei Drittel des Beschäftigtenzuwachses gegenüber 1979 (+ 45 000) von den Auslandsfirmen in Frankreich (+ 21 000) und Großbritannien (+ 7 000) getragen. Hingegen war das Beschäftigungsniveau in Spanien lediglich auf dem Stand von 1979 (22 000). In den übrigen westlichen Industrieländern waren 132 000 Arbeitsplätze angesiedelt. Zum Plus von 57 000 Beschäftigten seit 1979 steuerten allein die USA-Niederlassungen und -Beteiligungsfirmen 26 000 bei. Die Beschäftigtenzahl in Japan erhöhte sich von 5 000 auf 9 000.

Hauptzielbranchen sind das Verarbeitende Gewerbe und der Handel

Die Branchenstruktur des baden-württembergischen Direktinvestitionsvermögens im Ausland läßt sich nach ausländischen Investitionsobjekten sowie nach

Tabelle 4

Kenngrößen der Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung nach Anlageländern 1979, 1986 und 1990

Ländergruppe/ Land	Anzahl der Unternehmen ¹⁾			Beschäftigte			Jahresumsatz ²⁾	
	1990	1986	1979	1990	1986	1979	1990	1986
	insgesamt			1000			Mrd. DM	
Industrialisierte westliche Länder	3 398	2.608	1 741	247	173	145	99,3	64,9
davon								
EG-Länder ³⁾	1 693	1 207	846	115	80	70	48,1	27,0
davon								
Belgien	115	77	49	6	4	2	3,9	1,7
Dänemark	40	37	22	1	1	1	0,6	0,4
Frankreich	599	489	352	47	32	26	19,3	11,0
Griechenland	25	20	12	3	2	1	0,3	0,2
Großbritannien	267	182	110	13	8	6	7,0	4,2
Irland	32	17	11	1	1	1	0,1	0,1
Italien	189	127	96	9	7	6	6,8	3,9
Luxemburg	21	13	14	0	0	0	0,0	0,0
Niederlande	179	111	77	8	5	4	3,4	2,3
Portugal	29	13	9	4	2	1	0,5	0,2
Spanien	200	121	94	22	18	22	6,1	3,0
Übrige industrialisierte westliche Länder	1 705	1 401	895	132	93	75	51,2	37,9
darunter								
Japan	65	34	18	9	7	5	6,8	2,6
Kanada	100	92	60	4	3	1	1,7	1,1
Österreich	339	293	233	22	19	16	5,5	4,0
Schweden	64	41	29	2	1	1	1,0	0,5
Schweiz	477	422	286	15	11	7	7,2	4,4
USA	489	373	198	60	35	34	24,2	22,0
Entwicklungsländer insgesamt	340	305	241	130	117	110	11,1	8,1
davon								
OPEC-Länder	21	30	30	10	10	15	0,8	1,1
übrige Entwicklungsländer	319	275	211	120	107	95	10,3	7,0
darunter								
Brasilien	103	95	92	69	66	55	6,7	4,7
Staatshandelsländer	38	–	–	7	–	–	0,5	–
Insgesamt	3 775	2 913	1 982	384	290	255	110,9	73,0

1) Ohne abhängige Holdinggesellschaften. – 2) Ohne Kreditinstitute. – 3) Aktueller Gebietsstand.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

heimischen Investoren darstellen. Aus der Gegenüberstellung beider Strukturen ergeben sich dabei interessante Aufschlüsse. Zunächst werden die Branchen der baden-württembergische Auslandsobjekte betrachtet.

Ende 1990 waren 12,6 Mrd. DM und damit 42 % des Gesamtvermögens im Verarbeitenden Gewerbe des Auslandes angesiedelt (Tabelle 5). Die Hauptzielbranche war der Straßenfahrzeugbau (4,4 Mrd. DM), gefolgt von Elektrotechnik (2,4 Mrd. DM) und Ma-

Tabelle 5

Branchenstruktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Direktinvestitionsvermögens im Ausland 1979, 1986 und 1990

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Wirtschaftszweig des ausländischen Investitions- objekts	Bestand	Branchenstruktur			Anteil am Bundesgebiet		Veränderungen	
	1990		1986	1979	1990	1979	1990 gegen 1986	1990 gegen 1979
	Mill. DM	%						
Verarbeitendes Gewerbe	12 610	41,9	41,9	52,1	13,9	13,8	+ 41,7	+ 169,2
darunter								
– Chemische Industrie	258	0,9	0,6	0,9	0,7	0,6	+ 104,8	+ 222,5
– Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	316	1,0	0,5	.	10,4	.	+ 195,3	.
– Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	500	1,7	2,7	.	17,3	.	– 12,4	.
– Maschinenbau ¹⁾	1 776	5,9	5,9	6,3	22,2	18,5	+ 41,1	+ 212,1
– Straßenfahrzeugbau	4 421	14,7	19,1	.	37,1	.	+ 8,9	.
– Elektrotechnik ²⁾	2 442	8,1	6,3	4,6	15,9	8,3	+ 82,0	+ 491,3
– Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	549	1,8	1,8	2,9	16,6	22,1	+ 44,9	+ 109,5
Baugewerbe	192	0,6	0,7	.	18,8	.	+ 36,2	.
Handel	9 086	30,2	31,1	29,9	21,2	20,5	+ 37,6	+ 238,8
Kreditinstitute	473	1,6	0,8	1,1	2,4	2,2	+ 162,8	+ 373,0
Beteiligungsgesellschaf- ten und sonstige Ver- mögensverwaltung	1 934	6,4	4,3	5,7	10,7	13,3	+ 110,7	+ 277,7
Sonstige Dienst- leistungen ⁴⁾	3 858	12,8	14,0	4,9	10,3	6,3	+ 29,6	+ 772,9
Restliche Wirtschafts- zweige ⁵⁾	1 952	6,5	7,3	.	8,7	.	+ 26,5	.
Insgesamt	30 105	100	100	100	13,0	12,8	+ 41,6	+ 236,4

1) 1979 einschließlich Herstellung von Büromaschinen. – 2) 1979 einschließlich Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. – 3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 4) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. – 5) Einschließlich nicht aufteilbar (Kredite der abhängigen Holdinggesellschaften an andere ausländische verbundene Unternehmen).

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

schienenbau (1,8 Mrd. DM). Gegenüber 1979 haben sich die Bestände in der Elektrotechnik nahezu sechsfacht und im Maschinenbau mehr als verdreifacht. Die entsprechende Entwicklung bei den Anlagen im Straßenfahrzeugbau läßt sich nicht exakt nachvollziehen (Bestände wurden erstmals 1982 ausgewiesen); sie dürfte aber wesentlich schwächer gewesen sein, da sonst - beim hohen Gewicht dieser Zielbranche - das Wachstum im Verarbeitenden

Gewerbe insgesamt (+ 169 %) höher ausgefallen wäre. Statt dessen reduzierte sich jedoch der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber 1979 (52 %) erheblich. Ursächlich dafür war vor allem die außerordentliche Dynamik bei den sonstigen Dienstleistungen (+ 773 %) und in zweiter Linie auch bei den Beteiligungsgesellschaften (+ 278 %, hier allerdings ohne abhängige Holdinggesellschaften). Rund 9,1 Mrd. DM, das heißt 30 % des Auslands-

vermögens, waren in Niederlassungen und Unternehmen investiert, die schwerpunktmäßig dem Handel zugeordnet werden. Dieser Anteil blieb seit Ende der 70er Jahre ungefähr konstant. Die Kreditinstitute fallen demgegenüber eher nachrangig ins Gewicht (0,5 Mrd. DM). Bemerkenswert bei den Anteilen des Landes am jeweiligen Zielbranchenbestand auf Bundesebene sind einerseits die hohen Anteilswerte im Maschinenbau (22 %) und vor allem im Straßenfahrzeugbau (37 %)⁸ und andererseits die marginalen Größenordnungen bei der Chemischen Industrie (1 %) und den Kreditinstituten (2 %). Auffallend ist zudem der beträchtliche Anteil im Handel (21 %).

Von den 3 775 baden-württembergischen Auslandsunternehmen entfiel 1990 mehr als die Hälfte (1 982) auf den Bereich Handel (Anhangtabelle 3). Mit ihren rund 70 000 Beschäftigten waren diese Handelsfirmen auch fast zur Hälfte (52,6 Mrd. DM) am Gesamtumsatz der Auslandstöchter beteiligt. Allein von 1986 bis 1990 wurde die Anzahl der im Handel tätigen Unternehmen im Ausland um 436 vermehrt. Die Zielbranchen des Verarbeitenden Gewerbes zählten 1990 1 226 Auslandsunternehmen (1986: 938) mit 298 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 52,8 Mrd. DM. Hauptbeteiligt waren wiederum die Investitionsobjekte im Straßenfahrzeugbau mit 103 000 Beschäftigten und 20,0 Mrd. DM Jahresumsatz. Schon deutlich dahinter rangierten die Elektrotechnik (67 000 Beschäftigte, Umsatz: 9,8 Mrd. DM) und der Maschinenbau (43 000, 8,1 Mrd. DM). Mit 3,9 Mrd. DM erzielten ferner die 6 000 Beschäftigten in den sonstigen Dienstleistungssparten einen stattlichen Umsatz. Betrachtet man die Anteile Baden-Württembergs am Bundesgebiet (Anhangtabelle 4), so befand sich etwa jedes fünfte bundesdeutsche Auslandsunternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ganz oder teilweise im Besitz eines baden-württembergischen Investors. Im Straßenfahrzeugbau betrug diese Quote sogar 38 % (Maschinenbau: 30 %, Elektrotechnik: 23 %), und von den bundesdeutschen Handelstöchtern entfiel jede vierte auf Baden-Württemberg.

Drei Viertel der Auslandsinvestitionen stammen aus der Industrie

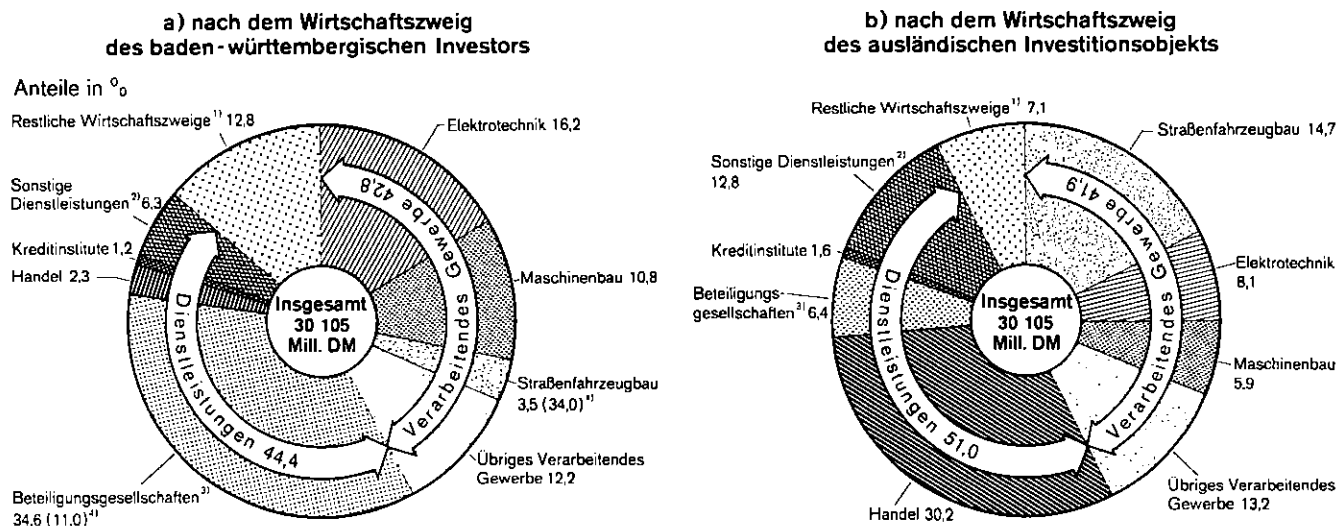
Interessant ist nun die vergleichende Darstellung des baden-württembergischen Direktinvestitionsvermögens nach Ziel- (ausländische Investitionsobjekte) und Herkunftsbranchen (inländische Investoren). Daraus geht hervor, daß Ende 1990 die heimischen Handelsunternehmen als Investoren nur mit 2 % am gesamten Auslandsvermögen beteiligt waren, während der Anteil des Handels bei den ausländischen Anlagebranchen 30 % betrug (Schaubild 2). Eine Diskrepanz ist ferner bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen zu konstatieren; sie erreichten als Investoren einen Anteil von 6 %, als Investitionsobjekte im Ausland dagegen 13 %. Die daraus ersichtlichen Differenzbeträge stammen zum allergrößten Teil aus den Investorenbranchen des Verarbeitenden Gewerbes und der Beteiligungsgesellschaften. Bei den Investitionsobjekten im Handel betrifft dies in erster Linie die zahlreichen Vertriebsfirmen der Industrieunternehmen, die für die Exportentwicklung von wesentlicher Bedeutung sind. Im Falle der sonstigen Dienstleistungen schlugen vor allem die Finanzierungs- und Leasingfirmen zu Buche, die insbesondere den Absatz der Automobilindustrie im Ausland unterstützen.

Die Investorenbranchen Verarbeitendes Gewerbe und Beteiligungsgesellschaften wurden oben bewußt in einem Zug genannt. So wird durch die Gründung von Holdinggesellschaften als Konzernzentralen großer Industrieunternehmen die Abgrenzung der Direktinvestitionen nach Wirtschaftszweigen der Investoren immer fragwürdiger⁹. Obwohl nach der-

9 Bei der Branchenuntergliederung der ausländischen Investitionsobjekte kann das Problem der zunehmenden Einschaltung von Holdinggesellschaften einerseits durch die Nichtberücksichtigung der unmittelbaren Direktinvestitionen in Holdinggesellschaften und andererseits durch die Heranziehung des von diesen Holdinggesellschaften gehaltenen Beteiligungsbesitzes als mittelbare Bestände immerhin für den hier entscheidenden Einflußfaktor der *abhängigen* Holdinggesellschaften gelöst werden (siehe methodische Erläuterungen). Ende 1989 entfielen bundesweit 75 % der unmittelbaren Direktinvestitionen in ausländischen Beteiligungsgesellschaften auf abhängige Holdinggesellschaften. Vgl. Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland von Ende 1987 bis Ende 1989, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1991, S. 33. Zitierweise: Deutsche Bundesbank ..., April 1991.

8 Hier ist zu berücksichtigen, daß namhafte bundesdeutsche Fahrzeughersteller ihrerseits Tochterunternehmen von Auslandskonzernen sind. Die Integration in einen weltweiten Konzernverbund bedingt für diese Unternehmen wohl einen geringeren Investitionsbedarf im Ausland.

Branchenstruktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Direktinvestitionsvermögens im Ausland Ende 1990



1) Einschließlich nicht aufteilbar und bei baden-württembergischen Investoren einschließlich Privatpersonen. - 2) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. - 3) Einschließlich sonstige Vermögensverwaltung. - 4) Anteil 1988.
Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

241 92

artigen Konzernumstrukturierungen das wirtschaftliche Schwergewicht in der Regel nach wie vor bei der Herstellung und Verarbeitung industrieller Güter liegt, werden die betreffenden Unternehmen entsprechend geltender Zuordnungskriterien in die Investorengruppe der Beteiligungsgesellschaften umgruppiert. Die Deutsche Bundesbank betrachtet deshalb die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe und Beteiligungsgesellschaften als weitgehend zusammenhängend und kommt dahin gehend zu der Schlußfolgerung, daß Ende 1989 ungefähr zwei Drittel der deutschen Direktinvestitionen im Ausland von den Industrieunternehmen angelegt waren¹⁰. Eine entsprechende Vorgehensweise ergibt Ende 1990 für die baden-württembergischen Investoren des Verarbeitenden Gewerbes einen Anteil von über drei Viertel am gesamten Auslandsvermögen des Landes. Daß durch Konzernumbildung die Branchenabgrenzung nach Investoren gerade für Baden-Württemberg stark beeinflusst wurde, zeigt ein partieller Vergleich mit den Anteilswerten zum Stand Ende 1988. So belief sich der Anteil des Straßenfahrzeugbaus 1988 auf 34 %, 1990 dagegen nur noch auf 4 %. Parallel dazu erhöhte sich der Anteil der Beteiligungsgesellschaften von 11 auf 35 %.

Abschließend läßt sich das Hauptergebnis der Gegenüberstellung von Investoren- und Zielbranchenabgrenzung wie folgt zusammenfassen: Die baden-württembergischen Industrieunternehmen verfügten 1990 über einen Direktinvestitionsbestand im Ausland von näherungsweise (Verarbeitendes Gewerbe und Beteiligungsgesellschaften zusammen gerechnet) 23,3 Mrd. DM. Umgekehrt wurden aber nur maximal 14,5 Mrd. DM (einschließlich der unmittelbaren Bestände in nicht abhängigen Beteiligungsgesellschaften) in ausländischen Investitionsobjekten des Verarbeitenden Gewerbes investiert. Grob gerechnet entfallen folglich nahezu zwei Fünftel der Investitionssumme der Industrieunternehmen auf Objekte, die schwerpunktmäßig nicht mit Herstellung und Verarbeitung befaßt sind, sondern in erster Linie Vermarktungs-, Vertriebs- und Serviceaufgaben ausüben und insofern exportbegleitende und -unterstützende Funktionen erfüllen. Keineswegs zulässig wäre jedoch die Schlußfolgerung in der anderen Richtung, daß es sich bei den übrigen drei Fünfteln ausschließlich um kosteninduzierte Produktionsverlagerungen handeln würde. Diese erworbenen Firmen, Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) im Ausland haben in Beziehung zur inländischen Fertigung nicht selten komplementären (statt substitutiven) Charakter und sind teilweise ebenfalls absatzmarktorientiert oder durch die Übernahme/den Austausch von technologischen Innovationen motiviert.

10 Vgl. Deutsche Bundesbank ..., April 1991, S. 32.

USA und Schweiz sind die wichtigsten Herkunftsländer

Das nach unmittelbaren Beständen vorliegende Direktinvestitionsvermögen ausländischer Unternehmen in Baden-Württemberg belief sich Ende 1990 auf 23,2 Mrd. DM (Tabelle 6). Insgesamt 67 % davon entfielen auf die beiden dominierenden Herkunftsländer - die Schweiz mit 7,1 Mrd. DM und die USA mit 8,3 Mrd. DM. Die schweizerischen Firmen hatten damit allein in Baden-Württemberg 26 % desjenigen Bestandes angelegt, den baden-württembergische Investoren im gesamten Ausland unterhielten. Zusammen mit den hohen Anteilswerten der USA und der Schweiz haben die übrigen westlichen Industriestaaten als Herkunftsländer eine wesentlich größere Bedeutung (Anteil: 70 %) denn als Zielländer baden-württembergischer Auslandsinvestitionen. Umgekehrt verhält es sich mit den EG-Ländern, deren Herkunftsländeranteil lediglich 25 % betrug. Neben den mit 2,5 Mrd. DM in Baden-Württemberg stark vertretenen Niederlanden verfügten nur noch Frankreich (1,4 Mrd. DM), Italien (1,0 Mrd. DM) und Großbritannien (0,5 Mrd. DM) über einigermaßen beachtliche Bestände. Knapp 3 % des im Inland investierten Auslandsvermögens stammten aus den Entwicklungsländern (0,6 Mrd. DM).

Das gesamte Direktinvestitionsvermögen des Auslandes erhöhte sich von 1986 bis 1990 um 29 %, gegenüber 1979 wurde es mehr als verdoppelt. Die Veränderungsraten der einzelnen Herkunftsländer waren dabei sehr unterschiedlich. Bei teilweise nur marginalen Ausgangswerten kann schließlich schon eine mittlere Einzeltransaktion zu einer Vervielfachung des Bestandes führen; auch beim Bestand von relativ bedeutenden Herkunftsländern können durch eine oder gar mehrere Großtransaktionen ganz erhebliche Veränderungen auftreten. Insgesamt ist seit 1979 das Gewicht der EG-Herkunftsländer (Anteil 1979: 14 %) merklich gestiegen. Den Ausschlag gaben hierbei die Vervielfachungen der Bestände aus den Niederlanden (+ 518 %), aus Frankreich (+ 227 %) und aus Italien (+ 765 %). Die kleineren EG-Investorenländer wiesen zum Teil ebenfalls sehr hohe Veränderungsraten auf, deren quantitative Gewichte jedoch vergleichsweise nachrangig sind. Stark rückläufig waren hingegen die Anlagen aus Großbritannien (gegenüber 1986: - 66 %), das 1986 mit 1,5 Mrd. DM noch der mit Abstand größte Investor aus der Reihe der EG-Länder war.

Parallel zur insgesamt wachsenden Bedeutung der EG-Länder ging der Anteil der übrigen westlichen In-

dustrieländer, ausgehend von einem Niveau von über 80 % (1979), zurück. Ursächlich dafür war die unterdurchschnittliche Ausweitung der US-amerikanischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg. Von 1979 bis 1990 betrug der Zuwachs zwar immerhin 68 %, im Vergleich der Jahre 1990 und 1986 wurde jedoch lediglich ein Plus von 9 % ermittelt. Demgegenüber sind die Bestände aus der Schweiz stärker gewachsen (gegen 1979: + 81 %, gegen 1986: + 23 %). Japan hatte Ende 1990 - trotz einer Erhöhung seiner Bestände um 258 % gegenüber 1979 - noch immer einen Anteil am Gesamtvermögen des Auslandes von unter 1 % (0,14 Mrd. DM).

Die jeweiligen Anteile des Landes am Bundesgebiet verdeutlichen, daß sich insbesondere die schweizerischen (38 %) und die italienischen (25 %) Anlagen in hohem Maße auf Baden-Württemberg konzentrieren. Beträchtliche Landesanteile ergeben sich darüber hinaus für die Herkunftsländer USA (20 %) und Frankreich (15 %). Baden-Württemberg partizipierte dagegen nur geringfügig an den Vermögensbeständen Großbritanniens (5 %) und Japans (1 %).

Starke Dominanz der industriellen Zielbranchen - an erster Stelle: Büromaschinen und DV-Geräte

Mehr als ein Fünftel (Ende 1990: 5,2 Mrd. DM) des gesamten ausländischen Direktinvestitionsvermögens in Baden-Württemberg entfällt auf den Industriezweig Büromaschinen und Datenverarbeitung (Tabelle 7). Dies entsprach Ende 1990 einem Anteil von 87 % an sämtlichen Auslandsinvestitionen in diesem Bereich im Bundesgebiet. Die zweitwichtigste industrielle Zielbranche im Land ist die Chemische Industrie (2,3 Mrd. DM), gefolgt von Elektrotechnik (1,8 Mrd. DM), Maschinenbau (1,2 Mrd. DM) und Feinmechanik, Optik, EBM-Waren u.a. (1,1 Mrd. DM). Die Auslandsanlagen im Straßenfahrzeugbau (0,7 Mrd. DM) sind vergleichsweise bescheiden; sie umfaßten lediglich 3 % der Gesamtbestände ausländischer Investoren.

Den Zielbranchen des Verarbeitenden Gewerbes wurden Ende 1990 63 % der ausländischen Direktinvestitionen zugeordnet. Dies würde auf den ersten Blick gegenüber 1979 (Anteil: 88 %) eine wesentlich geringere Bedeutung der industriellen Anlagebranchen signalisieren. Diese Schlußfolgerung ist jedoch nicht zulässig, da auch hier die Kapitalengagements in zunehmendem Maße unter Einschaltung von Beteiligungsgesellschaften vorgenommen werden, die als Organisationsebene zwischen den

Tabelle 6

Struktur des unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionsvermögens in Baden-Württemberg 1979, 1986 und 1990 nach Herkunftsländern

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Ländergruppe/ Land	Bestand	Länderstruktur			Anteil am Bundesgebiet		Veränderungen	
	1990		1986	1979	1990	1979	1990 gegen 1986	1990 gegen 1979
	Mill. DM	%						
Industrialisierte westliche Länder	22 049	95,0	96,8	95,1	16,6	16,3	+ 26,1	+ 102,1
davon								
EG-Länder ¹⁾	5 740	24,7	19,6	13,8	11,7	6,8	+ 62,1	+ 263,1
davon								
Belgien	64	0,3	0,1	0,3	2,8	2,9	+ 146,2	+ 77,8
Dänemark	83	0,4	0,3	0,3	5,5	6,3	+ 40,7	+ 151,5
Frankreich	1 375	5,9	5,2	3,7	15,0	9,1	+ 47,8	+ 227,4
Griechenland
Großbritannien	517	2,2	8,3	4,8	4,5	9,6	– 65,5	– 5,7
Irland	4	0,0	0,0	.	19,0	.	+ 100,0	.
Italien	1 046	4,5	3,6	1,1	24,8	15,3	+ 62,4	+ 764,5
Luxemburg	74	0,3	0,2	0,2	9,6	1,2	+ 85,0	+ 289,5
Niederlande	2 495	10,8	1,7	3,5	13,2	4,7	+ 692,1	+ 517,6
Portugal	.	.	.	–	.	.	.	–
Spanien	79	0,3	0,2	0,0	12,4	3,3	+ 172,4	+ 2 533,3
Übrige industrialisierte westliche Länder	16 309	70,3	77,2	81,3	19,5	21,4	+ 17,0	+ 74,8
darunter								
Japan	136	0,6	0,8	0,3	1,3	2,0	– 1,4	+ 257,9
Kanada	9	0,0	0,0	0,1	0,7	1,5	+ 80,0	+ 12,5
Österreich	337	1,5	1,0	1,2	14,6	17,9	+ 94,8	+ 153,4
Schweden	194	0,8	0,8	2,0	2,8	15,5	+ 39,6	– 15,3
Schweiz	7 120	30,7	32,1	34,4	37,6	40,3	+ 22,7	+ 80,5
USA	8 333	35,9	42,3	43,1	19,9	17,2	+ 9,0	+ 68,3
Entwicklungsländer insgesamt	577	2,5	2,1	2,7	16,1	15,0	+ 55,1	+ 86,1
davon								
OPEC-Länder	20	0,1	.	0,3	2,8	3,5	–	– 37,5
übrige Entwicklungs- länder	557	2,4	2,1	2,4	19,4	24,2	+ 45,4	+ 100,4
darunter								
Brasilien	.	.	0,1
Staatshandelsländer	20	0,1	0,1	0,1	2,2	4,8	– 23,1	+ 25,0
Regional nicht aufteilbar ²⁾	553	2,4	0,9	2,1	23,7	26,4	+ 223,4	+ 132,4
Insgesamt	23 199	100	100	100	16,6	16,3	+ 28,5	+ 102,2

1) Aktueller Gebietsstand. – 2) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochtergesellschaften an Enkelgesellschaften.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Tabelle 7

Branchenstruktur des unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionsvermögens in Baden-Württemberg 1979, 1986 und 1990

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Wirtschaftszweig des inländischen Investitions- objekts	Bestand	Branchenstruktur			Anteil am Bundesgebiet		Veränderungen	
	1990	1986	1979	1990	1979	1990 gegen 1986	1990 gegen 1979	
	Mill. DM	%						
Verarbeitendes Gewerbe	14 592	62,9	70,8	87,5	28,8	23,7	+ 14,1	+ 45,4
darunter								
– Chemische Industrie	2 324	10,0	14,3	16,9	25,4	28,9	– 9,7	+ 19,5
– Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	371	1,6	2,9	4,5	17,3	27,7	– 29,9	– 27,4
– Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	339	1,5	0,9	1,1	41,6	18,7	+ 114,6	+ 160,8
– Maschinenbau ¹⁾	1 159	5,0	4,9	6,1	27,8	19,5	+ 31,3	X
– Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen ¹⁾	5 156	22,2	24,5	–	87,3	–	+ 16,4	X
– Straßenfahrzeugbau	684	2,9	2,9	3,2	12,0	8,6	+ 30,8	+ 87,4
– Elektrotechnik ¹⁾	1 797	7,7	9,1	38,8	28,1	67,5	+ 9,6	X
– Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ²⁾	1 136	4,9	5,1	5,2	42,1	32,5	+ 24,3	+ 89,0
– Ernährungsgewerbe	371	1,6	2,0	2,6	12,0	12,2	+ 5,1	+ 26,6
Handel	2 137	9,2	7,5	6,8	9,7	7,3	+ 58,3	+ 174,0
Kreditinstitute	248	1,1	0,5	0,3	2,2	0,7	+ 188,4	+ 726,7
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	5 353	23,1	18,4	2,3	11,6	3,4	+ 61,3	+ 1 920,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	610	2,6	1,5	1,3	7,7	4,6	+ 119,4	+ 298,7
Restliche Wirtschaftszweige	259	1,1	1,3	1,8	14,8	13,2	+ 8,8	+ 22,7
Insgesamt	23 199	100	100	100	16,6	16,3	+ 28,5	+ 102,2

1) 1979 wurde die Herstellung von Büromaschinen dem Maschinenbau und die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen der Elektrotechnik zugeordnet. – 2) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 3) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

ausländischen Muttergesellschaften und den diversen inländischen Enkelgesellschaften fungieren. So stieg - parallel zum nachlassenden Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes - der Anteil der Beteiligungsgesellschaften von 2 (1979) auf 23 % (1990). Faßt man das Verarbeitende Gewerbe und die Beteiligungsgesellschaften als industriell orientiertes Anlagevermögen zusammen, was aufgrund der in-

vestiven Ausrichtung der Beteiligungsgesellschaften ihrerseits wohl näherungsweise gerechtfertigt ist, dann ergibt sich für Ende 1990 ein Anteil von 86 %, der nur wenig unter dem Wert von 1979 (90 %) liegt. Auf Bundesebene erreichten das Verarbeitende Gewerbe und die Beteiligungsgesellschaften als Zielbranchen lediglich einen Gesamtanteil von 69 % (1990).

Im Vergleich zum Bundesgebiet weist folglich das ausländische Investivkapital in Baden-Württemberg eine außerordentlich starke Industrieorientierung auf, während die Anlagezweige des eigentlichen Dienstleistungssektors deutlich unterrepräsentiert sind. Die ausländischen Direktinvestitionsbestände in heimischen Handelsunternehmen (einschließlich Vertriebsfirmen ausländischer Industrieunternehmen) beliefen sich zwar auf stattliche 2,1 Mrd. DM, der Anteil an den entsprechenden Anlagen auf Bundesebene betrug aber 1990 nur 10 %. Noch geringer sind die Landesanteile in den Bereichen sonstige Dienstleistungen (8 %) und Kreditinstitute (2 %). Daß der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg hingegen im Rahmen der industriellen Anlagen von Auslandsunternehmen im Bundesgebiet eine hervorgehobene Position besitzt, läßt sich an den hohen Landesanteilen in mehreren Branchen erkennen. Neben der Sparte Büromaschinen/DV-Geräte sind herausragend zu erwähnen: die Feinmechanik, Optik, EBM-Waren u.a. (Anteil am Auslandsvermögen im Bund: 42 %), der Bereich Steine, Erden u.a. (42 %), die Elektrotechnik (28 %), der Maschinenbau (28 %) und die Chemische Industrie (25 %). Aufgrund der fehlenden Aufschlüsselung der Investitionen in Beteiligungsgesellschaften sind die Absolutbeträge und Anteilswerte der einzelnen Industriezweige jedoch mit Unschärfen behaftet.

Durchaus prägende Einflüsse von Auslandsinvestoren bei der Industriestruktur des Landes

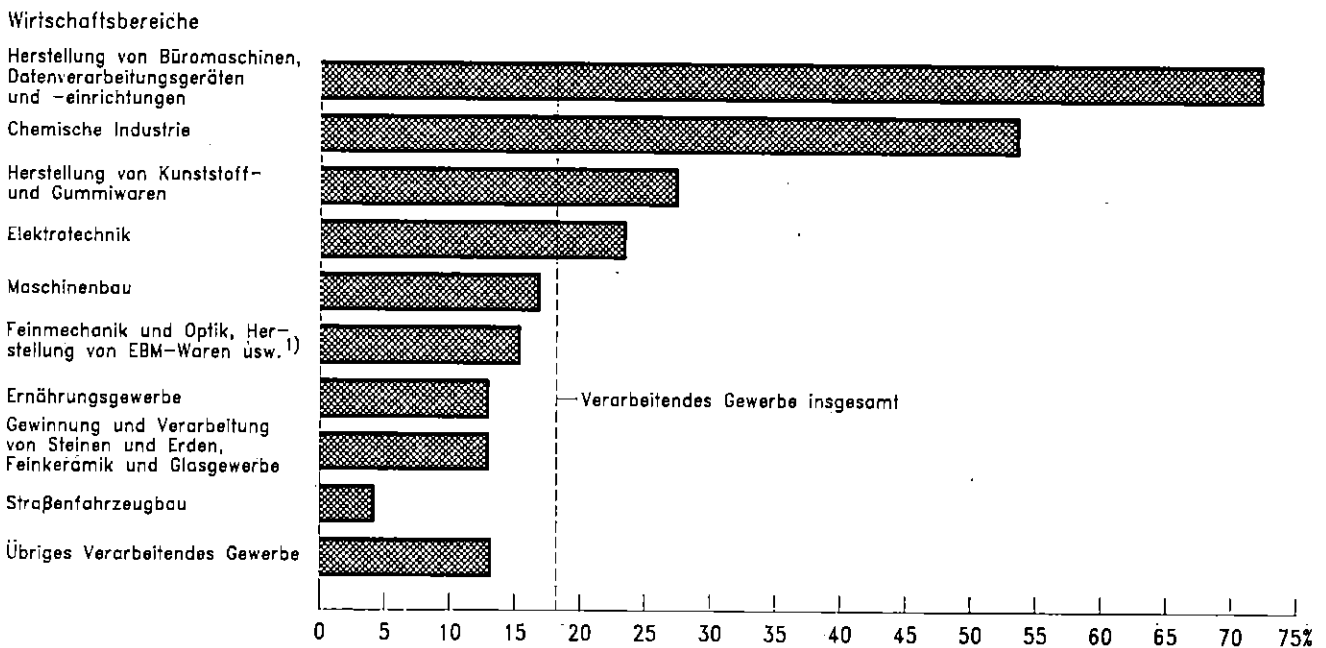
Im Jahr 1990 bestanden in Baden-Württemberg 2 032 Unternehmen mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung (über 20 % der Anteile). Davon waren 785 Firmen im Bereich Handel tätig, 688 Unternehmen entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe (Anhangtabelle 5). Jeweils über 100 Kapitalengagements ergaben sich im Maschinenbau (147) und in der Elektrotechnik (117). Relativ zahlreiche Anlageobjekte waren ferner im Bereich Feinmechanik, Optik, EBM-Waren u.a. (89), in der Chemischen Industrie (76) sowie in der Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren (42) angesiedelt. Seit 1986 sind insgesamt 453 ausländische Tochter- und Enkelfirmen hinzugekommen. Der Anteil an der Anzahl sämtlicher Unternehmen von ausländischen Investoren im Bundesgebiet betrug 1990 17 % (der entsprechende Beschäftigtenanteil sogar 19 %); speziell von den Auslandsfirmen im Verarbeitenden Gewerbe des Bundes war etwa jedes vierte Unternehmen in Baden-Württemberg ansässig (Anhangtabelle 6).

Die ausländischen Investitionsobjekte in Baden-Württemberg zählten 1990 345 000 Beschäftigte - und damit nur 39 000 Beschäftigte weniger als umgekehrt die baden-württembergischen Firmen im Ausland - und erzielten mit 113,8 Mrd. DM einen höheren Jahresumsatz als die baden-württembergischen Tochter- und Enkelgesellschaften im Ausland (110,9 Mrd. DM). Von den Beschäftigten entfielen 298 000 auf das Verarbeitende Gewerbe, 26 000 auf den Handel und weitere 14 000 auf die sonstigen Dienstleistungen. Gemessen an der Beschäftigtenzahl der Inlandsobjekte rangiert die Elektrotechnik (67 000) vor dem Maschinenbau (49 000) und dem Industriezweig Büromaschinen/DV-Geräte (38 000), gefolgt von der Chemischen Industrie (34 000). Bei der Höhe der Jahresumsätze führen dagegen die Auslandsunternehmen im Bereich Büromaschinen/ DV-Geräte (17,4 Mrd. DM) vor den entsprechenden Firmen der Elektrotechnik (13,9 Mrd. DM), der Chemischen Industrie (12,9 Mrd. DM) und des Maschinenbaus (10,8 Mrd. DM).

Der Industriestandort Baden-Württemberg übte mit seinen qualifizierten Arbeitskräften, seinen leistungsfähigen Zulieferfirmen und seiner starken Stellung in Forschung und Innovation in den letzten Jahrzehnten eine beträchtliche Anziehungskraft auf ausländische Direktinvestitionen aus. Die strukturelle Entwicklung der in hohem Maße industriell geprägten Wirtschaft wurde dabei von den Standortentscheidungen internationaler Investoren merklich beeinflusst. Herausragende Beispiele hierfür sind die Herstellung von Büromaschinen/DV-Geräten und die Chemische Industrie. So arbeiteten 1990 über 70 % der Beschäftigten in der High-Tech-Branche Büromaschinen/ DV-Geräte und über 50 % der Chemie-Beschäftigten in Unternehmen mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung (Schaubild 3). Unterschiedlich ist das Bild in den drei großen und traditionsreichen Investitionsgüterbranchen Baden-Württembergs. In der Elektrotechnik beträgt der Beschäftigtenanteil der ausländischen Tochter- und Enkelunternehmen knapp ein Viertel und im Maschinenbau ein Sechstel. Der Straßenfahrzeugbau wird hingegen nahezu vollständig unter inländischer Regie betrieben; auf ausländische Investitionsobjekte entfielen 1990 nur 4 % der Beschäftigten. Nimmt man das gesamte Verarbeitende Gewerbe¹¹, so ist

11 Berücksichtigt wurden hier jeweils Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Anteil der Beschäftigten^{*)} in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Baden-Württemberg 1990



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

277 92

fast jeder fünfte Inlandsbeschäftigte (1990: 18 %) für ein Unternehmen mit maßgeblicher Auslandsbeteiligung tätig.

Transaktionswerte nur beschränkt aussagefähig

In der Transaktionsstatistik werden die unmittelbaren Direktinvestitionen als jährliche Stromgrößen erfaßt. Die Ergebnisse sind aktueller als die auf das Jahresende bezogenen Bilanzauswertungen der Bestandsstatistik und eignen sich deshalb insbesondere zur Untersuchung der Entwicklung am aktuellen Rand. Es sind folglich in erster Linie die Transaktionswerte - und weniger die erst erheblich später vorliegenden Bestandszahlen -, die die jeweilige Diskussion um Direktinvestitionen und daran anknüpfende Aussagen zur Standortfrage prägen. Dies ist jedoch aus zwei Gründen nicht unproblematisch. Zum einen müssen bereits veröffentlichte Transaktionszahlen im nachhinein nicht selten beträchtlich revidiert werden, und zum anderen werden die reinvestierten Gewinne/Verluste über die Transaktionsstatistik nicht erfaßt. Abweichungen gegenüber der Bestandsstatistik treten auch insofern auf, als die Transaktionswerte in der Regel höher sind als die bilanzierten Buchwerte. Es gibt also erfassungs-

spezifische Einflüsse, die die Transaktionsergebnisse gegenüber den entsprechenden Bestandsveränderungen einerseits "unterbewerten" und andererseits "überbewerten". Die Diskrepanzen zwischen Transaktionswerten und Bestandsveränderungen hängen letztlich davon ab, welche dieser Einflüsse jeweils überwiegen.

Die Gegenüberstellung von Transaktionswerten und jeweiligen Bestandsveränderungen für die Jahre 1986 bis 1990 ermöglicht bei den Direktinvestitionen im Ausland keine eindeutige Aussage hinsichtlich der Größendifferenz (Tabelle 8). Mal waren die Transaktionszahlen höher als die Bestandsveränderungen, in anderen Jahren war es umgekehrt. Beide Statistiken stimmen jedoch darin überein, daß sich die Größenordnung der jährlichen Kapitaltransfers gegen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre insgesamt nach oben verschoben hat. So beliefen sich die Nettotransaktionen im Ausland 1990 bundesweit auf 31,7 Mrd. DM (Bestände: + 25,6 Mrd. DM) und aus Sicht Baden-Württembergs auf das hohe Niveau von 4,4 Mrd. DM (Bestände: + 2,9 Mrd. DM). Den vorläufigen Angaben für das Jahr 1991 zufolge betrugen die baden-württembergischen Auslandsinvestitionen 4,6 Mrd. DM und die bundesdeutschen Engagements 29,2 Mrd. DM.

Übersicht

Erfassung von Direktinvestitionen als Bestands- und als Stromgrößen

	Bestandsstatistik	Transaktionsstatistik
Werte	Bilanzwerte	Transaktionswerte
Untergrenzen	über 20% der Anteile/Stimmrechte am Investitionsobjekt Investitionsobjekte mit Bilanzsumme/Bruttobetriebsvermögen über 500 000 DM	über 20% der Anteile am Investitionsobjekt Einzeltransaktionen über 50 000 DM
Kredite ¹⁾	sämtliche Laufzeiten	Laufzeit mehr als 12 Monate
Reinvestierte Gewinne	enthalten	nicht enthalten

1) Zwischen verbundenen Unternehmen im Sinne der Zahlungsbilanz.

Während die Transaktions- und die Bestandsstatistik im Falle der im Ausland vorgenommenen Direktinvestitionen im großen und ganzen durchaus übereinstimmende Entwicklungen beschreiben, liegen die jeweiligen Angaben bei den Kapitalanlagen ausländischer Investoren im Inland relativ weit auseinander und sind teilweise sogar im Vorzeichen verschieden. So wurde für Baden-Württemberg nach der Transaktionsstatistik 1987 ein Nettokapitalrückfluß von - 0,5 Mrd. DM ermittelt, nach der Bestandsstatistik hingegen eine Zunahme des Auslandskapitals in Höhe von

1,5 Mrd. DM. Nur im Jahr 1988 war der für Baden-Württemberg ausgewiesene Transaktionswert höher als die entsprechende Bestandsveränderung. Im Jahr 1989 stand dem Transaktionswert von 1,5 Mrd. DM eine ermittelte Bestandserhöhung von 3,7 Mrd. DM gegenüber. Das Auslandsvermögen im Land ist demnach 1989 mehr als doppelt so stark gestiegen wie die baden-württembergischen Anlagen im Ausland. Auch in den Jahren 1986 und 1987 wurde der Zuwachs der heimischen Direktinvestitionsbestände im Ausland von dem Anstieg des aus-

Tabelle 8

Jährliche Direktinvestitionen inländischer Unternehmen im Ausland und ausländischer Unternehmen im Inland 1986 bis 1991

— Transaktionen —

Jahr	Nettoinvestitionen ¹⁾		Nachrichtlich: Bestandsveränderung gegen Ende des Vorjahres ²⁾		Nettoinvestitionen ¹⁾		Nachrichtlich: Bestandsveränderung gegen Ende des Vorjahres ²⁾	
	im Ausland				im Inland			
	Baden- Württemberg	Bund	Baden- Württemberg	Bund	Baden- Württemberg	Bund	Baden- Württemberg	Bund
	Mill. DM							
1986	980	16 429	631	5 279	191	2 332	847	4 752
1987	760	12 801	828	5 240	- 475	509	1 458	6 708
1988	1 577	17 844	2 693	26 174	656	2 233	81	7 189
1989	1 871	21 290	1 821	18 083	1 471	7 936	3 698	17 542
1990	4 391	31 706	2 948	25 610	- 296	5 508	- 93	12 548
1991	4 619	29 175	-	-	- 1 196	1 880	-	-

1) Differenz zwischen Neuanlagen und Liquidationen (Rückflüsse). - 2) Unmittelbare Bestände der Bestandsstatistik.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; Bundesministerium für Wirtschaft; eigene Berechnungen.

ländischen Investivkapitals im Inland übertroffen. Nach der teilweise sehr positiven Bestandsentwicklung in den Vorjahren ist zwar 1990 das in Baden-Württemberg angelegte Auslandskapital geringfügig - um 93 Mill. DM und damit um 0,4 % - zurückgegangen; eine kurzfristige Dämpfung in dieser Größenordnung bietet jedoch keine Grundlage zur Ableitung einer längerfristig ungünstigen Entwicklungsperspektive, zumal die bundesweite Bestandszunahme um 12,5 Mrd. DM darauf hinweist, daß sich Auslandsfirmen mit wiederum durchaus beträchtlichen Finanzmitteln in der Bundesrepublik engagiert haben.

Legt man diese Zahlen zugrunde, dann läßt sich weder im Hinblick auf Baden-Württemberg noch auf das Bundesgebiet insgesamt eine tendenziell nachlassende Attraktivität für Investivkapital aus dem Ausland belegen, und gar für einen merklichen Rückzug ausländischer Investoren - wie ihn die Transaktionswerte des Auslandes in Baden-Württemberg 1987, 1990 und im Jahr 1991 zu signalisieren scheinen - lassen sich demnach keine Anzeichen erkennen. Im Zeitraum 1986 bis 1990 sind die baden-württembergischen Direktinvestitionsbestände im Ausland um 8,9 Mrd. DM gestiegen, während umgekehrt die Bestände von Auslandsinvestoren im Inland um 6,0 Mrd. DM expandierten. Bundesweit belief sich die Zunahme der Bestände im Ausland auf 80,4 Mrd. DM und der Vermögensanlagen im Inland auf 48,7 Mrd. DM. Die Differenzbeträge zwischen den Veränderungen von Auslands- und Inlandsbeständen sind damit wesentlich geringer als die Differenzen der für diesen Zeitraum kumulierten Transaktionswerte¹².

Es spricht in der Tat auch einiges dafür, die Bestandsentwicklung als realistischeres Abbild der Investitionstätigkeit seitens ausländischer Investoren zu betrachten. Dies betrifft zum einen den Aspekt der im Transaktionsausweis nicht enthaltenen reinvestierten Gewinne, die offensichtlich bei den Bestandsänderungen in den letzten Jahren eine erhebliche Rolle spielten. Zum anderen wurden die

Transaktionswerte durch den Umstand beeinflusst, daß mehrere ausländische Großinvestoren in der Bundesrepublik Beteiligungsgesellschaften gründeten, in die sie Unternehmen einbrachten, die ihnen bisher direkt gehörten¹³. Derartige konzerninterne Umbildungen schlagen sich in Bestands- und Transaktionsstatistik in unterschiedlichem Umfang nieder. Zwar führt die Neuanlage in Form einer gegründeten Beteiligungsgesellschaft im Prinzip zu entsprechenden Verbuchungen bei Beständen und Transaktionen, die "Veräußerungen" (der bisherigen Tochterfirmen von der Mutter- an die neue gebietsansässige Beteiligungsgesellschaft) werden jedoch als Transaktionen zu konkreten Veräußerungswerten erfaßt, während sie als Bestandsverminderungen nur in Höhe der bisherigen Eigenkapitalwerte zu Buche schlagen.

Die Veräußerungswerte sind nicht nur im Regelfall wesentlich höher als die bislang erfaßten Bilanzwerte, sondern dürften häufig auch die direkte Eigenkapitalinvestition des Mutterunternehmens in der neuen Beteiligungsgesellschaft übersteigen. Das heißt: Solche Konzernumstrukturierungen können vor allem in der Transaktionsstatistik im Saldo zu negativen Transferverbuchungen führen, obwohl sich dahinter keine wirklichen Desinvestitionen, sondern konzerninterne Verrechnungen und Finanzierungspräferenzen verbergen. Speziell für ein Bundesland kann zudem der Fall eintreten, daß eine bislang unmittelbare Auslandstochter einer ausländischen Beteiligungsgesellschaft mit Sitz in einem anderen Bundesland unterstellt wird. Dem entsprechenden Liquidationswert würde damit keine Neuanlage gegenüberstehen, wenngleich die ausländische Präsenz durchaus erhalten bliebe.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß selbst echte Liquidationen, sofern es sich nicht um Unternehmensauflösungen, sondern um Veräußerungen von Beteiligungen oder von ganzen Firmen an inländische Investoren handelt, nicht ohne weiteres auf eine unzureichende Standortattraktivität schließen lassen. Umschichtungs- oder Rückzugsmaßnahmen im Rahmen der Beteiligungsstrategien von internationalen Konzernen bieten wohl nicht selten eher Aufschlüsse über die ökonomische Befindlichkeit der Muttergesellschaften als auf die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Tochterunternehmen, die gewissermaßen auf einem Markt für Unternehmensüber-

12 Der kumulierte Transaktionswert beträgt für die baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland 9,6 Mrd. DM und für die ausländischen Anlagen in Baden-Württemberg nur 1,5 Mrd. DM. Für das Bundesgebiet ergibt sich ein kumulierter Wert der Nettokapitalabflüsse von 100,1 Mrd. DM und der Nettokapitalzuflüsse von lediglich 18,5 Mrd. DM.

13 Vgl. Deutsche Bundesbank ..., April 1991, S. 31.

nahmen und -beteiligungen veräußert werden. Auch der fließende Übergang zwischen eigentlichen Direktinvestitionen und vorwiegend finanzwirtschaftlich motivierten Vermögensanlagen ist in diesem Zusammenhang zu beachten.

Mögliche Beziehungen zwischen Direktinvestitionen und Exportentwicklung

Eine Unterteilung der Direktinvestitionen in exportfördernde und exportsubstituierende Projekte läßt sich zwar theoretisch formulieren, eine eindeutige Zuordnung dürfte jedoch anhand konkreter Beispiele häufig sehr schwierig sein. Wird beispielsweise eine ausländische Firma oder gar ein Auslandskonzern von einem inländischen Unternehmen übernommen oder in Form einer Mehrheitsbeteiligung einem Inlandskonzern angegliedert, so können damit sowohl exportstimulierende als auch exporthemmende Wirkungen verbunden sein. Positiv könnte zu Buche schlagen, daß nunmehr die Auslandsfirma mit inländischen Vorprodukten und Investitionsgütern beliefert wird oder daß deren Vertriebssystem für den Absatz inländischer Waren genutzt werden kann. Andererseits könnten aber auch Fertigungskapazitäten zur Auslandstochter verlagert und bislang heimische Exportfunktionen von ihr übernommen werden. Eindeutig ist dagegen der Wirkungszusammenhang im Falle der Vertriebs-, Vermarktungs- und Servicestützpunkte; ihre Funktionen liegen in der Absatz- und somit Exportsteigerung. Daneben gibt es Auslandsinvestitionen etwa im Rahmen der zunehmend grenzübergreifend organisierten Beschaffung, Forschung/Entwicklung und Unternehmenssteuerung, die keine unmittelbare Exportbeziehung aufweisen. Mittelbar können solche Aktivitäten aber durchaus exportbeeinflussend wirken, sofern sie nämlich zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Unternehmen und ihrer Produkte führen.

Exportsteigernde, aber gleichzeitig auch importsteigernde Effekte sind ferner zu erwarten, wenn ein Unternehmen einzelne Fertigungsstufen oder die Herstellung von Komponenten kostenorientiert ins Ausland verlagert. Zum einen wächst dadurch der Warenverkehr von Zwischenprodukten, und zum anderen erhöhen insgesamt verringerte Produktionskosten die Absatzchancen der Endprodukte. Auch bei Direktinvestitionen im Produktionsbereich, die vorwiegend als Reaktion auf Importrestriktionen oder auf extreme Wechselkursschwankungen vorgenommen werden, dürften letztlich die positiven Wirkungen überwiegen. Zwar könnten die Exporte unter anderen Rahmenbedingungen sicherlich höher

sein, diese Produktionsstätten sichern jedoch die Marktpräsenz der Unternehmen - auch für den Fall, daß in Zukunft die Handelshemmnisse beseitigt werden - und werden wohl in der Regel als Abnehmer von heimischen Vor- und Zwischenprodukten auftreten.

Von entscheidender Bedeutung für den Zusammenhang von Direktinvestitionen und Warenexporten scheint jedoch zu sein, daß mit anfänglichen "Pionierinvestitionen" die im Inland verfügbare Informationsbasis über die spezifischen Gegebenheiten des Gastlandes verbessert wird, daß Erfahrungen über Investitions- und Exportchancen gemacht werden, die es wiederum anderen Inlandsunternehmen erleichtern, gleichgerichtete Aktivitäten zur Erschließung des ausländischen Marktes zu entfalten. Auf diesem Wege kann letztlich eine - eingangs schon beschriebene - Eigendynamik in Gang kommen, die zu einer zunehmenden Etablierung heimischer Markenprodukte und technischer Standards auf dem Auslandsmarkt führt. Direktinvestitionen und Exporte sind insofern sich ergänzende Strategien der Internationalisierung, die eine dynamische Entwicklung von Handels- und Kapitalbeziehungen zwischen Ziel- und Herkunftsländern auslösen können¹⁴.

Direktinvestitionen werden als Teilbereich des langfristigen Kapitalverkehrs im Rahmen der Zahlungsbilanz verbucht. Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, die durch eine strukturelle Tendenz insbesondere zum Handelsbilanz-, in geringerem Umfang aber auch zum Leistungsbilanzüberschuß gekennzeichnet sind, müssen nicht zwangsläufig entsprechende Nettokapitalexporte in Form von Direktinvestitionen aufweisen. Es spricht jedoch manches für die Sichtweise, solche Nettokapitalexporte als ein komplementäres Gegenstück zur positiven Handels- und Leistungsbilanz zu interpretieren. Einkommensströme aus dem überschüssigen Warenverkehr werden so wiederum teilweise in die Herkunftsländer zurückgeführt, überdies mit dem positiven Nebeneffekt, daß dies zur Stabilisierung der Wechselkurse beiträgt, und mit dem Haupteffekt, daß damit gleichzeitig die Basis für weitere Export-

14 Vgl. hierzu: Groß, Martin: Ausländische Direktinvestitionen als Exportmotor - das Beispiel der ASEAN-Länder, in: Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Die Weltwirtschaft, Heft 1/1986, S. 163 ff. Zitierweise: Direktinvestitionen als Exportmotor...

chancen geschaffen wird. Letzteres wird indirekt auch dadurch bewirkt, daß die Produktivanlagen zusätzliche Quellen von Wertschöpfung und Einkommen in den Zielländern darstellen. Höhere Einkommen führen dort zu einer stärkeren Güternachfrage und damit auch zu einer Steigerung der Importe.

Direktinvestitionen komplementär zur Ausfuhr?

Die vorangestellten Überlegungen deuten darauf hin, daß per saldo - wenngleich im Einzelfall durch Produktionsverlagerungen bisherige Exporte durchaus substituiert werden können - die exportbelebenden Wirkungen der Auslandsinvestitionen dominieren. Diese Vermutung wird bestätigt von der Gegenüber-

stellung der wichtigsten Zielländer baden-württembergischer Warenexporte und Direktinvestitionen (Tabelle 9). So sind die wichtigen Abnehmerländer, wie Frankreich, USA, Schweiz und Großbritannien, zugleich auch bevorzugte Standorte für heimische Investivanlagen im Ausland. Die Direktinvestitionen sind zwar von Ende 1979 bis Ende 1990 insgesamt mit + 236 % wesentlich stärker gestiegen als die Exporte (1991 gegenüber 1980: + 86 %), was jedoch weniger auf partiell substitutive Beziehungen als vielmehr auf den Umstand hinweist, daß mit wachsender Marktdurchdringung der Bedarf an weiteren Direktinvestitionen überproportional zunimmt. Aus Sicht der bundesdeutschen Unternehmen gilt es dabei zu beachten und in den eigenen Strategien zu berücksichtigen, daß gerade auch die Hauptkonkur-

Tabelle 9

Länderstruktur der Direktinvestitionen und Beschäftigten im Ausland Ende 1990 und der Exporte Baden-Württembergs 1991 nach ausgewählten Zielländern mit hohen Direktinvestitionsbeständen

Ländergruppe/ Land	Exporte		Direktinvestitionen ¹⁾		Beschäftigte ²⁾		Direkt- investi- tionen ³⁾	Be- schäftigte ⁴⁾
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	in Relation zum Ausfuhrwert	
Frankreich	13,3	1	10,7	2	12,2	3	22	3
Italien	10,3	2	4,1	9	2,3	8	11	1
USA	9,1	3	21,7	1	15,6	2	65	6
Schweiz	8,7	4	8,9	3	3,9	6	28	2
Österreich	6,4	5	3,2	10	5,7	4	14	3
Großbritannien	6,2	6	7,9	4	3,4	7	35	2
Niederlande	5,5	7	7,4	5	2,1	10	37	1
Belgien-Luxemburg	4,6	8	4,8	8	1,6	11	28	1
Japan	4,2	9	2,4	11	2,3	8	15	2
Spanien	3,9	10	4,8	7	5,7	4	33	5
Schweden	2,4	11	0,4	13	0,5	13	4	1
Kanada	1,1	12	1,8	12	1,0	12	45	3
Brasilien	0,5	13	6,5	6	18,0	1	334	119
Insgesamt	100	X	100⁵⁾	X	100	X	27	3
davon								
industrialisierte								
westliche Länder	84,5	X	82,8	X	64,3	X	27	3
davon								
EG-Länder	47,3	X	41,7	X	29,9	X	24	2
übrige industriali-								
sierte westliche								
Länder	37,2	X	41,1	X	34,4	X	30	3
Entwicklungsländer	11,6	X	10,9	X	33,9	X	25	9
Staatshandelsländer	4,0	X	0,4	X	1,8	X	3	2

1) Bestände an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen im Ausland. – 2) Beschäftigte in Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung. – 3) (Direktinvestitionsbestand / Exportwert) x 100. – 4) Auslandsbeschäftigte je 1 Mill. DM Exportwert. – 5) Einschließlich nicht aufteilbar.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

renten aus anderen Industrieländern ihre internationalen Kapitalengagements in den letzten Jahren ganz erheblich ausgeweitet haben (Näheres hierzu in folgenden Abschnitten).

Insbesondere ein großer und wettbewerbsintensiver Binnenmarkt wie die USA erfordert umfangreiche exportbegleitende Investitionsmaßnahmen, wie auch daran ersichtlich ist, daß die Relation zwischen baden-württembergischem Direktinvestitionsbestand und Ausfuhrwert (Ende 1990/1991: 65 %) hier wesentlich höher ist als in bezug auf europäische Partnerländer (z.B. Frankreich: 22 %). Hierbei dürfte zudem eine Rolle spielen, daß die europäischen Nachbarmärkte informationsmäßig bereits weitgehend erschlossen sind und ohnehin größere Gemeinsamkeiten mit dem bundesdeutschen Heimmarkt aufweisen (z.B. technische Standards und Nachfragepräferenzen). Völlig aus dem Rahmen fällt die Direktinvestitions-Ausfuhr-Relation im Falle Brasiliens (334 %). Dies hängt jedoch auch damit zusammen, daß die dortigen Stützpunkte und Fabrikationsstätten auf den gesamten südamerikanischen Markt ausgerichtet sind und zum anderen Sonderfaktoren - wie die restriktive Importpolitik - maßgeblichen Einfluß hatten.

Das Verhältnis zwischen Direktinvestitionsbestand und jährlichem Ausfuhrwert lag Ende 1990/1991 bezogen auf die europäischen Industrieländer zwischen 4 (Schweden) und Werten über 30 % (Niederlande, Großbritannien, Spanien). Daran ist ersichtlich, daß die betreffenden Länder - im Gegensatz zu Schweden - als Standorte für baden-württembergische Auslandsinvestitionen eine Attraktivität genießen, die über ihre Bedeutung als Absatzmärkte für heimische Ausfuhrwaren hinausgeht. Die kostenorientierte Errichtung (oder der Erwerb) von Produktionsstätten stand dabei wohl insbesondere im Zielland Spanien im Vordergrund, worauf die relativ hohe Anzahl der Auslandsbeschäftigten hinweist. Gleichwohl können auch in diesem Fall die exportsubstituierenden Effekte nicht sonderlich umfangreich gewesen sein, denn Spanien zählte zu den wenigen Ländern, bei denen der baden-württembergische Ausfuhrwert (+ 401 %) sogar wesentlich stärker gestiegen ist als das entsprechende Investivkapital (+ 203 %). Die vergleichsweise hohe Direktinvestitions-Ausfuhr-Relation bezogen auf die Niederlande ist hingegen nicht vorwiegend auf fertigungsorientierte Niederlassungen zurückzuführen. Dies ist aus der relativ geringen Anzahl der damit verbundenen Arbeitsplätze abzuleiten. In Anbetracht

der Bedeutung der Niederlande als Warenumschiagsplatz dürften hier, neben Vertriebs- und Servicestützpunkten, auch Beschaffungs- und Logistikfunktionen angesiedelt sein.

Ein Vergleich der Wachstumsraten bei den wichtigsten Zielländern baden-württembergischer Exporte (1991/1980) und Direktinvestitionen (Ende 1990/Ende 1979) zeigt ebenfalls eine gewisse Gleichläufigkeit beider Rangfolgen (Tabelle 10). Von den fünf Ländern mit der stärksten Ausweitung der jeweiligen Importe aus Baden-Württemberg waren drei unter den ersten fünf Ländern mit der höchsten Zunahme der baden-württembergischen Kapitalanlagen. Die Wachstumsraten des Direktinvestitionsvermögens übertrafen zwar bei den ausgewählten Zielländern - nur Spanien bildet darin eine Ausnahme - den Anstieg der Exportlieferungen, die Ausfuhrzuwachsrate waren jedoch so beträchtlich, daß die Annahme einer nennenswerten Exportsubstitution nicht plausibel ist. Die zunehmende kapitalmäßige Unterstützung und Begleitung der Ausfuhraktivitäten (siehe auch Schaubild 4) folgt vielmehr einem internationalen Muster, wonach die gegenseitige Durchdringung in verstärktem Maße durch Kapitalverflechtungen abgesichert und vorangetrieben wird.

Die gesamten baden-württembergischen Auslandsinvestitionen sind von 1979 bis 1990 wesentlich schneller gewachsen als die damit verbundene Anzahl der Auslandsbeschäftigten. Wie aus Tabelle 10 hervorgeht (siehe Beschäftigte in Relation zum Direktinvestitionsbestand), galt dies für die meisten Zielländer. Mehrere Aspekte dürften hierzu beigetragen haben. Zum einen ist das Direktinvestitionsvermögen, wie allgemein die Bewertung von Aktiva und Passiva, einem inflationären Einfluß unterworfen, zum anderen sind diese Angaben als Hinweis darauf zu werten, daß die Kapitalintensität ausländischer Produktionstöchter zugenommen hat - oder mit anderen Worten: daß ausländische Standorte vermehrt auch für kapitalintensive Fertigungen ausgewählt wurden. Bei Unternehmenskäufen standen wohl solche Objekte im Vordergrund, die - ebenso wie die baden-württembergischen Investoren - branchenspezifisch mit hohem Kapitalaufwand produzieren. Des weiteren dürfte hierbei zu Buche schlagen, daß gerade auch die forcierten Vermarktungsaktivitäten (einschließlich Finanzierungs- und Leasingfirmen, Werbung, Service usw.), bei eher geringen Beschäftigungswirkungen, einen zunehmenden Kapitaleinsatz erfordern.

Tabelle 10

Entwicklung der Direktinvestitionen und Beschäftigten im Ausland und der Exporte Baden-Württembergs nach ausgewählten Zielländern mit hohen Direktinvestitionsbeständen

Land/Ländergruppe	Wachstum der					Beschäftigte in Relation zum Direktinvestitions- bestand ³⁾	
	Exporte		Direktinvestitionen ¹⁾		Beschäftigten ²⁾		
	1991 gegen 1980		Ende 1990 gegen Ende 1979				
	%	Rang	%	Rang	1000	Ende 1990	Ende 1979
Spanien	401	1	203	8	0	15	46
Japan	397	2	503	3	4	13	42
Kanada	145	3	191	9	3	8	5
Italien	113	4	480	4	3	7	28
Großbritannien	105	5	671	2	7	5	19
Österreich	93	6	135	11	6	23	39
Schweiz	89	7	218	7	8	6	8
Belgien-Luxemburg	84	8	473	5	4	4	8
Frankreich	77	9	167	10	21	15	22
USA	71	10	287	6	26	9	20
Niederlande	53	11	1 173	1	4	4	23
Schweden	53	11	59	12	1	17	13
Brasilien	20	13	24	13	14	36	35
Insgesamt	86	X	236	X	129	13	28
davon							
industrialisierte							
westliche Länder	94	X	293	X	102	10	23
davon							
EG-Länder ⁴⁾	98	X	359	X	45	9	26
übrige industriali-							
sierte westliche							
Länder	88	X	244	X	57	11	21
Entwicklungsländer	43	X	42	X	20	38	48
Staatshandelsländer	106	X	.	X	7	57	.

1) Bestände an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen im Ausland. – 2) Beschäftigte in Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung. – 3) Auslandsbeschäftigte je 1 Mill. DM Direktinvestitionsbestand. – 4) Aktueller Gebietsstand.

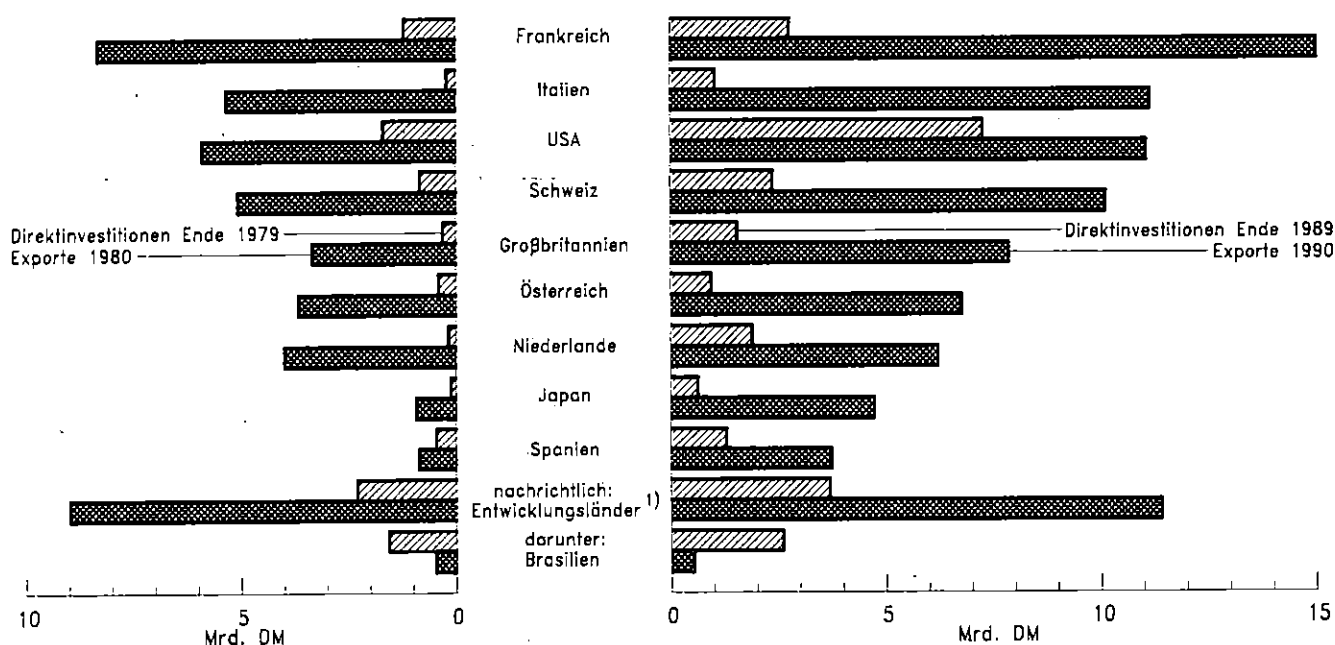
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Die drei großen baden-württembergischen Exportbranchen - der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die Elektrotechnik - sind zugleich die dominierenden Zielbranchen heimischer Auslandsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe (Tabelle 11). Mit Abstand die größte Bedeutung haben dabei die im Ausland errichteten oder erworbenen Produktionsunternehmen des Straßenfahrzeugbaus (ohne Auslandsunternehmen in Bereichen wie Vertrieb und Service). Mit 20,0 Mrd. DM erzielten diese Tochter- und Enkelgesellschaften (mit 103 000 Beschäftigten) 1990 einen Jahresumsatz nicht weit unter der Höhe des Auslandsumsatzes der heimischen Investoren (1991: 22,3 Mrd. DM). Wenngleich es sich vielfach um die Konzernstruktur ergänzende und insofern um komplementäre Erweiterungsinvestitionen handeln

dürfte, so deuten diese Angaben ebenso darauf hin, daß damit zumindest der Grundstock für eine stärkere internationale Verflechtung der Fertigungsprozesse gelegt wurde¹⁵. Mithin dürfte ein Teil des Auslandsumsatzes auf die direkte Belieferung ausländischer Produktionsfirmen entfallen.

15 So berichtete Helmut Werner, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, in einem Handelsblatt-Gespräch von der angestrebten Vernetzung der Produktionsgesellschaften zu einem internationalen Produktionsverbund im Nutzfahrzeugbereich und von der Ablösung des "Weltkonzepts Lkw" durch ein "Weltkonzept Teile". Siehe Handelsblatt, Nr. 111 vom 13.06.1989, S. 23.

Baden-württembergische Exporte 1990 und 1980 sowie Direktinvestitionen*) im Ausland Ende 1989 und Ende 1979 nach ausgewählten Ländern



*) Bestände an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen im Ausland. - 1) Einschließlich OPEC-Länder.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

278 92

Im Vergleich dazu scheint die internationale Ausrichtung der Fertigung bei den inländischen Unternehmen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik zwar nicht unbedeutend (mit 43 000 bzw. 67 000 Auslandsbeschäftigten), aber doch weniger ausgeprägt zu sein. So belaufen sich die Umsätze der ausländischen Produktionstöchter auf Größenordnungen, die - insbesondere im Maschinenbau - weit unter dem Auslandsumsatz der heimischen Muttergesellschaften liegen. Im Maschinenbau dürften mitunter fertigungstechnische Erfordernisse (z.B. bei Großanlagen und bei kleinen Serien) einer länderübergreifenden Streuung und Verflechtung von Fertigungsteilbereichen entgegenstehen, zum anderen dürfte jedoch auch der eher mittelständische Charakter der Maschinenbauunternehmen etwa umfangreiche Akquisitionen im Ausland erschweren. Im Falle der Elektrotechnik ist hingegen zu berücksichtigen, daß einige inländische Firmen ihrerseits Tochterunternehmen von Auslandskonzernen oder von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern sind. Dies gilt noch in höherem Maße für die Chemische Industrie und vor allem für den Industriezweig Büromaschinen/DV-Geräte in Baden-Württemberg; diese Inlandsbranchen weisen überdurchschnittliche Exportquoten auf, fallen aber als Auslandsinvestoren kaum ins Gewicht. Die Ab-

weichung von der sonst üblichen Parallelität von starker Exportorientierung und hohen Direktinvestitionen hängt damit zusammen, daß in der Regel nicht die heimischen Firmen, sondern die jeweiligen Muttergesellschaften als Auslandsinvestoren auftreten.

Unternehmensbefragung stützt die These einer insgesamt komplementären Beziehung

Zusammenfassend lassen die hier vorgenommenen Vergleiche und Betrachtungen auf die Richtigkeit der - auch von mehreren Studien vertretenen¹⁶ - These schließen, wonach eine signifikant positive Beziehung zwischen Direktinvestitionen und der Exportentwicklung besteht. Die bisherige Direktinvestitionstätigkeit der Inlandsunternehmen bestand folglich nicht in erster Linie aus Anlagen, die als Alternativen zu heimischen Investitionen zu werten sind; sondern überwiegend aus flankierenden Maßnahmen zur Absicherung und zur Erweiterung der Position auf den internationalen Märkten. Eine vom Deutschen

16 So etwa Groß, M.: Direktinvestitionen als Exportmotor..., S. 171 oder BDI: Deutsche Direktinvestitionen..., S. 21.

Tabelle 11

Auslandsumsatz und Exportquoten 1991 sowie Direktinvestitionen*) und Kenngrößen der Unternehmen) im Ausland Ende 1990 nach Branchen des Verarbeitenden Gewerbes**
 – Baden-Württemberg –

Wirtschaftszweig	Auslandsumsatz		Export- quote	Direktinvestitionen		Unternehmen im Ausland		
						Beschäftigte		Jahres- umsatz
	1991			Stand Ende 1990		1000	%	
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	1000	%	Mrd. DM
Verarbeitendes Gewerbe	101 038,5	100	29,0	12 610	100	298	100	52,8
davon								
Maschinenbau	23 765,9	23,5	39,6	1 776	14,1	43	14,4	8,1
Straßenfahrzeugbau	22 254,1	22,0	39,0	4 421	35,1	103	34,6	20,0
Elektrotechnik	15 786,7	15,6	29,2	2 442	19,4	67	22,5	9,8
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ¹⁾	8 071,5	8,0	29,6	549	4,4	14	4,7	2,0
Chemische Industrie	7 588,7	7,5	33,7	258	2,0	4	1,3	1,0
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen	5 280,3	5,2	65,4
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	3 379,5	3,3	21,3	316	2,5	9	3,0	1,6
Eisen- und Stahlerzeugung ²⁾	1 303,1 ³⁾	1,3	14,1	100	0,8	4	1,3	0,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	879,4 ⁴⁾	0,9	10,4	500	4,0	5	1,7	1,6
Ernährungsgewerbe	.	.	.	574	4,6	2	0,7	1,5
Übriges Verarbeitendes Gewerbe	12 729,3	12,6	14,8	1 674	13,3	47	15,8	6,8

*) Bestände an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen nach den Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsobjekte.

– **) Mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung nach den Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsobjekte. – 1) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 2) Einschließlich Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. – 3) Ohne Eisenschaffende Industrie. – 4) Ohne Feinkeramik.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Industrie- und Handelstag gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft 1989 im Rahmen eines umfangreichen Forschungsprojekts durchgeführte Unternehmensbefragung; die sich vor allem nach den Motiven der deutschen Auslandsinvestoren erkundigte, konnte den dargelegten Zusammenhang eindeutig belegen¹⁷. An der Umfrage haben über 1 100 Unternehmen sämtlicher Branchen (auch Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen) im Bundesgebiet teilgenommen. Diese Teilnehmer repräsentierten gemessen am Umsatz rund 17 % des gesamten Unternehmenssektors, die unter-

schiedliche Teilnahmebereitschaft der insgesamt 9 700 befragten Unternehmen ergab allerdings eine gewisse Überrepräsentanz von Großunternehmen und besonders exportorientierten Firmen (die wichtigsten Ergebnisse werden in den Anhangtabellen 8 aufgeführt).

Die Befragung machte deutlich, daß die Auslandsengagements ungefähr mit derselben Häufigkeit – jeweils rund 28 % der Angaben – in Form von Neugründungen, Übernahmen (einschließlich 100-Prozent-Beteiligungen) und Beteiligungen (unter 100 %) vorgenommen wurden. Die restlichen 16 % betrafen Objekte mit der Rechtsform der unselbständigen Zweigniederlassung. Gefragt nach den Funktionsschwerpunkten der Auslandsinvestitionen, entfielen 55 % der Nennungen auf die Bereiche Vertrieb, Marketing und Kundendienst, 33 % der Auslands-töchter wurden nach ihrem Schwerpunkt der Produktion zugeordnet. Die Funktionen Logistik, Beschaffung, Forschung und Organisation waren dem-

17 Vgl. Beyfuß, Jörg; Kitterer, Bernd H.-J.: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland – Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 181, Köln 1990. Zitierweise: Unternehmensbefragung...

gegenüber eher untergeordnet mit Anteilswerten zwischen 2 und 5 %. Der Funktionsschwerpunkt Produktion wurde von den Großunternehmen zwar etwas häufiger genannt als von den kleinen und mittleren Unternehmen, das anteilige Übergewicht von Vertrieb, Marketing und Kundendienst war jedoch auch bei den Auslandsaktivitäten der Großunternehmen ausgeprägt.

Was nun die Rangordnung der Investitionsmotive anbelangt, so zeigte sich eine klare Dominanz der markt- oder absatzorientierten Beweggründe. Demnach lagen die fünf wichtigsten Motive in der "Erschließung neuer Märkte", in der "Sicherung bestehender Märkte", in der "Größe und Dynamik des Auslandsmarktes", in der "Marktpflege (Service, Wartung usw.)" sowie in der "Vorbereitung auf den Gemeinsamen Markt". Die ertragsrelevanten Motive, wie "niedrigere Arbeitskosten", "niedrigere Steuerbelastung" und "höhere Renditen", rangierten im vorderen Mittelfeld der insgesamt 20 Motive, die zur Auswahl standen. Das Ende der Skala bildeten die technik- und infrastrukturbestimmten Motive "höhere Produktivität", "Vorsprung bei Technologie und Forschung", "bessere Infrastrukturausstattung" und - ganz zuletzt - "bessere Qualifikation der Arbeitskräfte". Bemerkenswert ist, daß die "staatliche Investitionsförderung" der Zielländer offensichtlich nur bei wenigen Investitionsvorhaben ausschlaggebend war. Der per saldo exportfördernde Aspekt der Direktinvestitionen wurde somit bestätigt von dem ermittelten Motivationsprofil der bundesdeutschen Investoren, auch wenn berücksichtigt wird - worauf die Autoren auch ausdrücklich hinweisen¹⁸ -, daß nicht selten eine Vermengung von Absatz- und Kostenmotiven vorliegen dürfte. Interessant ist darüber hinaus der Umstand, daß die eruierte Rangfolge der bisherigen Investitionsmotive nahezu identisch war mit der Skala der Motive, die nach Ansicht der Unternehmen künftig an Bedeutung gewinnen.

Erfragt wurden ferner diejenigen Länder und Regionen mit steigender Attraktivität für deutsche Auslandsinvestoren. Dabei wurde deutlich, daß einerseits die USA als Zielland zwar weiterhin attraktiv bleiben (Rang 4), andererseits aber der Schwerpunkt in Richtung EG-Staaten - mit Spanien und Frankreich an der Spitze - anhalten, wenn nicht sogar verstärkt fortgesetzt wird. So wurden die ersten

sechs Ränge - mit Ausnahme der USA - von EG-Ländern belegt. Die Nennungsplätze 7 und 9 für die Gruppe der dynamischen "Tigerstaaten"¹⁹ und für Japan, immerhin vor wichtigen Auslandsstandorten wie Belgien und der Schweiz, signalisieren eine allmählich doch wachsende Bedeutung der fernöstlichen Region. Die Mehrzahl der Entwicklungsländer (Afrika, Nah- und Mittelost, Lateinamerika) scheint dagegen weiter aus dem Blickfeld der deutschen Investoren zu geraten. Die Umfrage wurde im Oktober 1989 abgeschlossen, also vor und während den Umwälzungen in den ehemaligen Ostblockstaaten. Eine aktuelle Attraktivitätsskala würde fortgeschrittene Reformländer, wie die CSFR oder Ungarn, sicherlich auf vorderen Rängen enthalten.

Nach einer jüngeren Telefonumfrage des Ifo-Instituts vom Dezember 1991 hat sich im Urteil der Unternehmen zur Qualität des Standortes Westdeutschland gegenüber der vorangegangenen Erhebung zum Jahresende 1988 eine Verschlechterung ergeben²⁰. Folgt man diesen Umfrageergebnissen, so ist davon auszugehen, daß die aktuellen Auslandsinvestitionen heimischer Unternehmen doch in stärkerem Maße wie bisher als Reaktionen auf relativ ungünstige Entwicklungen von Standortfaktoren in Deutschland zu werten sind. Andererseits könnten die überwiegend negativen Qualitätsurteile eine eher kurzfristige Stimmungslage widerspiegeln, die wesentlich unter dem Eindruck der zu diesem Zeitpunkt besonders lebhaft geführten Standortdebatte stand. Auch das Ifo-Institut mißt - neben der Ausnutzung von Kostenvorteilen - dem Motiv der Absatzorientierung bei bundesdeutschen Auslandsinvestitionen eine überragende Rolle bei und gelangt zu der Einschätzung, daß ein Übergang vom komplementären zum substitutiven Effekt zwischen Direktinvestitionen und Ausfuhr bislang nicht feststellbar sei²¹. Des weiteren wird konstatiert, daß in Anbetracht ziemlich stabil wachsender Vermögensbestände von ausländischen Investoren in Westdeutschland umgekehrt der hohe deutsche Kapital-

18 Vgl. Beyfuß, J.; Kitterer B.H.-J.: Unternehmensbefragung..., S. 46.

19 Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong.

20 Vgl. Nerb, G.: Der Standort Westdeutschland im Urteil der Unternehmen, in: Ifo-Schnelldienst, Heft 8/1992, S. 6 ff.

21 Vgl. Oppenländer, K.H.; Gerstenberger, W.: Direktinvestitionen als Ausdruck zunehmender Internationalisierung der Märkte, in: Ifo-Schnelldienst, Heft 10/1992, S. 3 ff.

export nicht als Zeichen für eine Schwäche des deutschen Produktionsstandortes interpretiert werden könne. Er sei vielmehr ein Zeichen für die Stärke der (west)deutschen Industrie, die von ihrer Ertrags- und Finanzkraft her in der Lage sei, ihre Wettbewerbsposition und Marktstellung durch die Übernahme von ausländischen Firmen auszubauen.

Direktinvestitionen im internationalen Vergleich

Im folgenden werden die Länder Bundesrepublik Deutschland (und darunter speziell Baden-Württemberg), Frankreich, Großbritannien, Niederlande, USA und Japan in ihrer Stellung als Herkunfts- und Zielländer von Direktinvestitionen verglichen. Vorab ist darauf hinzuweisen, daß den statistischen Angaben unterschiedliche Erhebungsverfahren und von Land zu Land mitunter nicht ganz übereinstimmende Abgrenzungskriterien zugrunde liegen. Der im Vergleich notwendige Ausweis in einheitlicher Währung (nur die Veränderungsraten beziehen sich auf die jeweilige Währung) ist zudem abhängig vom jeweiligen Stand der Wechselkurse. Der Zweck die-

ser Gegenüberstellung, nämlich die Verdeutlichung der relativen Größenordnungen, wird jedoch von den genannten Unschärfen nicht wesentlich beeinträchtigt.

Die in Tabelle 12 dargestellten Vermögensbestände für das Jahr 1989 belegen, daß die im Ausland unterhaltenen Direktinvestitionen Baden-Württembergs und des Bundesgebiets im Umfang keineswegs spektakulär sind, sondern im Rahmen der hier ausgewählten Vergleichsstaaten, die zugleich Hauptkonkurrenten auf den internationalen Märkten für Industriegüter sind, eher eine mäßige Größenordnung aufweisen. So waren die Bestände der USA um das 3,8fache, Japans um das 2,6fache und Großbritannien um das 1,4fache höher als das entsprechende Investivvermögen der Bundesrepublik. Die Wachstumsraten der Herkunftsländer Baden-Württemberg und Bundesrepublik waren zwar durchaus stattlich - gegenüber 1980 zum Beispiel wesentlich höher als die Zunahme der Direktinvestitionsbestände der USA -, was auch noch als Indiz für einen gewissen Nachholeffekt gelten kann, ge-

Tabelle 12
Direktinvestitionsbestände im internationalen Vergleich 1989

Land	Direktinvestitionsbestände 1989							
	im Ausland					aus dem Ausland		
	insgesamt	Veränderungen ¹⁾		Relation zur Ausfuhr	Relation zum BIP ²⁾	insgesamt	Veränderungen ¹⁾	
		gegen 1985	gegen 1980				gegen 1985	gegen 1980
	Mrd. DM ³⁾	%				Mrd. DM ³⁾	%	
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	185,3	+ 42,0	+ 149,6	29	8	127,1	+ 39,8	+ 77,1
darunter Baden-Württemberg ⁴⁾	24,2	+ 33,1	+ 146,1	22	7	23,3	+ 35,4	+ 105,8
Frankreich ⁵⁾	128,6	—	—	40	7	67,5 ⁶⁾	—	—
Großbritannien ⁷⁾	255,1	+ 13,1	+ 160,3	108	21	160,7	+ 34,7	+ 106,8
Niederlande	148,3	+ 26,6	+ 87,6	73	35	93,4	+ 53,3	+ 158,0
USA	696,3	+ 59,1	+ 71,8	102	7	703,2	+ 102,5	+ 350,1
Japan	477,7	+ 203,5	+ 595,7	92	9	29,4	+ 150,6	+ 425,5

1) In jeweiliger Währung. (Großbritannien 1987). – 2) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. – 3) Die Ursprungsdaten, mit Ausnahme Japans (hier: US-Dollar) in jeweiliger Landeswährung, wurden mit jahresdurchschnittlichen Wechselkursen umgerechnet. – 4) Unmittelbare Bestände. – 5) Vergleichbare Daten für 1985 und 1980 liegen nicht vor. – 6) 1987. – 7) Jeweils Stand 1987.
Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung; Bundesministerium für Wirtschaft; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

genüber der im gleichen Zeitraum erfolgten Explosion der japanischen Direktinvestitionen (gegenüber 1980 Ausdehnung um das 7fache) allerdings relativ bescheiden.

Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab²², dann ist die investive Auslandsorientierung der Bundesrepublik etwas höher einzustufen als die der USA und Frankreichs, leicht geringer als die der japanischen Wirtschaft, jedoch wesentlich geringer als die entsprechende Ausrichtung Großbritanniens und der Niederlande. Die Letztgenannten weisen - ebenso wie die USA - nicht unerhebliche Auslandsinvestitionen zur Gewinnung von Rohstoffen und Energieträgern auf, denen kaum nennenswerte Aktivitäten auf bundesdeutscher Seite gegenüberstehen. Kennzeichnend für die bundesdeutschen Direktinvestitionen ist der dominierende Anteil der Investorenbranchen des Verarbeitenden Gewerbes. Die Kapitalanlagen der anderen großen Industrieländer (G7-Gruppe) stammen dagegen in vergleichsweise höherem Maße von Dienstleistungsunternehmen wie Banken und Versicherungen - dies gilt insbesondere auch für Japan²³. Die jüngsten Transaktionsergebnisse belegen jedoch auch für die Bundesrepublik eine wachsende Bedeutung dieser Investorengruppe.

Geringe Direktinvestitionsbestände gemessen am Ausfuhrwert

Die Bundesrepublik und speziell auch Baden-Württemberg sind weit stärker exportorientiert als etwa Frankreich und Großbritannien. Obwohl in der gesamtwirtschaftlichen Größenordnung wesentlich kleiner als Japan und die USA, konnte die Bundesrepublik in den letzten Jahren zumeist höhere Ausfuhrwerte wie Japan und die USA erzielen. Es ist

kennzeichnend für Baden-Württemberg und die gesamte Bundesrepublik, daß sie in Relation zum Ausfuhrwert über auffallend geringe Direktinvestitionsbestände verfügen (Tabelle 12). Die entsprechenden Verhältniszahlen - Relation zwischen Investivvermögen und Exportniveau - sind für Großbritannien, Japan und die USA um ein Vielfaches höher. Bezogen auf vorherrschende Motive und Struktur der Auslandsinvestitionen dürfte die Ursache dieser Diskrepanzen darin begründet sein, daß die bundesdeutschen und baden-württembergischen Kapitalengagements in größerem Umfang exportkomplementäre Funktionen erfüllen als dies bei den ausgewählten Vergleichsstaaten der Fall ist²⁴. Entsprechend dürften die heimischen Unternehmen jedenfalls nicht in außergewöhnlich hohem Maße eine internationale Diversifizierung von Fertigungsprozessen vorgenommen haben. In diesem Zusammenhang ist gleichwohl zu beachten, daß gerade das Verhältnis zwischen eigenen Direktinvestitionen und denen anderer Industrieländer in einer Branche durchaus relevant ist für die Marktposition der heimischen Industrie²⁵. Unter diesem Aspekt wird es auch in Zukunft erheblicher Aktivitäten seitens bundesdeutscher und baden-württembergischer Industrieunternehmen bedürfen, um die Stellung auf den internationalen Absatzmärkten zu stützen oder noch weiter auszubauen.

So zeigen auch die jährlichen Transaktionswerte für die Jahre 1988, 1989 und 1990, daß die Auslandsaktivitäten der heimischen Unternehmen beträchtlich forciert wurden. Im internationalen Vergleich werden diese an sich hohen Kapitaltransfers allerdings wiederum deutlich relativiert (Tabelle 13). Erstaunlich umfangreiche Transaktionen - wesentlich umfangreicher als die bundesdeutschen Nettokapitalströme - wurden von französischen und britischen Unternehmen vorgenommen. Bestimmend für den kurzfristigen Betrachtungszeitraum ist jedoch das internationale Vordringen der japanischen Wirtschaft. In der Summe dieser drei Jahre ergibt sich für Japan ein Transaktionswert von 302 Mrd. DM, dem ein Betrag von "nur" 71 Mrd. DM von bundesdeutschen Firmen gegenübersteht; die entsprechenden Nettoanlagen der US-amerikanischen Unternehmen beliefen sich auf 148 Mrd. DM. In Anbetracht der gegenwärtigen

22 Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Vergleichsstaaten über unterschiedlich große Inlandsmärkte verfügen. Der Drang zur grenzüberschreitenden Expansion dürfte im allgemeinen um so stärker sein, je begrenzter die jeweiligen Heimmärkte sind. Unter sonst gleichen Voraussetzungen müßte die Bundesrepublik demnach eine erheblich höhere Direktinvestitions-BIP-Relation aufweisen als Japan und die USA.

23 Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie (Hrsg.): Direktinvestitionen der sieben größten Industrienationen (G7), BDI-Dokumentation, Köln 1991, S. 8. Zitierweise: Direktinvestitionen (G7)...

24 BDI: Direktinvestitionen (G7) ..., S. 11.

25 Vgl. Groß, M.: Direktinvestitionen als Exportmotor..., S. 172.

Tabelle 13

Jährliche Direktinvestitionen (Transaktionen) im internationalen Vergleich 1988, 1989 und 1990

Land	Jährliche Direktinvestitionen					
	im Ausland			aus dem Ausland		
	1990	1989	1988	1990	1989	1988
	Mill. DM ¹⁾					
Bundesrepublik Deutschland	31 706	21 290	17 844	5 508	7 936	2 233
darunter						
Baden-Württemberg	4 391	1 871	1 577	- 296	1 471	656
Frankreich	43 822	33 966	22 398	14 662	17 962	12 650
Großbritannien ²⁾	.	66 396	65 064	.	50 451	30 581
Niederlande	18 553	21 162	7 220	11 567	11 914	7 182
USA	54 038	62 813	31 438	60 140	132 728	104 491
Japan ³⁾	91 974	127 063	82 683	4 490	5 381	5 702

1) Die Ursprungsdaten, mit Ausnahme Japans (hier: US-Dollar) in jeweiliger Landeswährung, wurden mit jeweils jahresdurchschnittlichen Wechselkursen umgerechnet. – 2) Zahlen für 1990 liegen nicht vor. – 3) Jeweils Fiskaljahre; bei Direktinvestitionen aus dem Ausland: Aktienwerb.

Quelle: Datensammlung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Konjunkturschwäche, die in Verbindung mit dem rasanten Rückgang von Aktienkursen und Immobilienpreisen bereits zu teilweise massiven Gewinneinbußen in der japanischen Wirtschaft geführt hat, dürfte allerdings in nächster Zukunft das Expansionstempo der japanischen Unternehmen und dabei insbesondere auch der Auslandsaktivitäten merklich nachlassen. Es ist davon auszugehen, daß die japanischen Industriekonzerne ihre Vorwärtsstrategien auch mittelfristig nicht mehr so billig finanzieren können wie in der Vergangenheit²⁶.

Japans Vordringen in den USA und Südostasien - Zielländerstrukturen im Vergleich

In Tabelle 14 wird die jeweilige Zielländerstruktur der Direktinvestitionsbestände der Bundesrepublik, der USA, Japans und Großbritanniens dargestellt. Daraus geht hervor, daß die bisherige japanische Strategie schwerpunktmäßig auf eine investive Durchdringung des großen Binnenmarktes der USA ausgerichtet war. Über 40 % der japanischen Bestände waren 1989 in den USA angesiedelt, dem Betrag nach nicht viel weniger, als bundesdeutsche Unternehmen weltweit an Investitionen unterhielten. Die

zweitwichtigste Zielrichtung japanischen Vorgehens lag im Bereich der asiatischen und vor allem süd-ostasiatischen Entwicklungs- und Schwellenländer, die teilweise bereits in hohem Maße über Produktions- und Kapitalbeziehungen mit der japanischen Wirtschaft verflochten sind und insofern an Japans Dynamik partizipierten (dies gilt auch umgekehrt). Erst an dritter Stelle rangierte bei den japanischen Direktinvestitionen zum Stand 1989 die Zielregion der EG-Staaten. Im Zuge des bevorstehenden EG-Binnenmarktes sowie des integrierten europäischen Wirtschaftsraumes wurden jedoch inzwischen die japanischen Engagements in Europa sicherlich deutlich verstärkt. Unsicherheiten über regional begrenzte und zeitlich befristete Importbeschränkungen oder Local-content-Vorschriften dürften diese Bemühungen zusätzlich motiviert haben. Die Bundesrepublik zählte bislang nicht zu den bevorzugten EG-Standorten für japanische Unternehmen; dies waren in erster Linie Großbritannien und die Niederlande. Jüngsten Presseberichten zufolge ist allerdings das vereinte Deutschland mit seiner Marktgröße und seiner zentralen Lage (auch mit Blick auf Osteuropa) ein von japanischen Investoren sogar außerordentlich attraktiv eingeschätzter Standort für die Produktion technisch hochwertiger Erzeugnisse und für die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen²⁷.

26 Vgl. Gerstenberger, Wolfgang: Zur Wettbewerbsposition der deutschen Industrie im High-Tech-Bereich, in: Ifo-Schnelldienst, Heft 13/1992, S. 14.

27 Vgl. Handelsblatt, Nr. 44 vom 03.03.1992, S. 1/9.

Tabelle 14

Struktur der Direktinvestitionsbestände im Ausland im internationalen Vergleich 1989*)

Zielländer/-regionen	Direktinvestitionen der Herkunftsländer							
	Bundesrepublik Deutschland ¹⁾		USA		Japan		Großbritannien	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM ²⁾	%	Mrd. DM ²⁾	%	Mrd. DM ²⁾	%
EG-Länder	85 434	41,3	281 339	40,4	79 020	16,5	71 046	27,9
darunter								
Belgien/Luxemburg	18 043	8,7	17 060	2,5	12 672	2,6	4 564	1,8
Bundesrepublik Deutschland	X	X	46 186	6,6	6 487	1,4	9 932	3,9
Frankreich	17 337	8,4	26 468	3,8	5 454	1,1	8 764	3,4
Großbritannien	13 784	6,7	112 553	16,2	29 711	6,2	X	X
Irland	1 897	0,9	10 388	1,5	1 063	0,2	3 609	1,4
Italien	9 473	4,6	19 366	2,8	1 287	0,3	3 594	1,4
Niederlande	11 466	5,5	34 114	4,9	18 948	4,0	33 777	13,2
Spanien	10 615	5,1	11 468	1,6	2 908	0,6	3 653	1,4
EFTA-Länder ³⁾	18 016	8,7	46 948	6,7	4 639	1,0	8 120	3,2
darunter								
Schweiz	8 388	4,1	36 138	5,2	3 441	0,7	4 623	1,8
Australien/Neuseeland	2 784	1,3	27 224	3,9	24 622	5,2	20 128	7,9
Japan	4 119	2,0	34 781	5,0	X	X	2 770	1,1
Kanada	5 393	2,6	123 315	17,7	8 641	1,8	15 173	5,9
Südafrika	1 982	1,0	1 586	0,2	—	—	5 447	2,1
USA	56 245	27,2	X	X	196 408	41,1	90 112	35,3
Entwicklungsregionen ⁴⁾	21 866	10,6	173 264	24,9	163 380	34,2	40 918	16,0
Afrika	1 803	0,9	7 512	1,1	9 924	2,1	5 067	2,0
Lateinamerika	14 929	7,2	118 008	16,9	69 335	14,5	19 678	7,7
darunter								
Brasilien	9 552	4,6	27 320	3,9	11 186	2,3	3 544	1,4
"Steuerparadiese" ⁵⁾	1 104	0,5	66 318	9,5	51 318	10,7	10 720	4,2
Asien/Ozeanien	4 943	2,4	47 743	6,9	84 120	17,6	15 890	6,2
darunter								
Hongkong	1 061	0,5	11 190	1,6	15 175	3,2	5 658	2,2
Singapur	1 195	0,6	4 361	0,6	10 752	2,3	3 720	1,5
Südkorea	374	0,2	3 490	0,5	7 251	1,5	59	0,0
Taiwan	218	0,1	3 614	0,5	4 299	0,9	.	.
übrige ASEAN-Länder ⁶⁾	727	0,4	14 772	2,1	33 188	6,9	3 350	1,3
Restliche Länder	11 026	5,3	7 795	1,1	945	0,2	1 350	0,5
Insgesamt	206 865	100	696 252	100	477 655	100	255 064	100

*) Für Großbritannien: 1987. – 1) Unmittelbare und mittelbare Bestände. – 2) Die Ursprungsdaten – bei Japan: in US-Dollar – wurden mit jahresdurchschnittlichen Wechselkursen umgerechnet. – 3) Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz. – 4) Ohne bereits aufgeführte Industrieländer; einschließlich außereuropäische Staatshandelsländer. – 5) Antigua, Antillen, Bahamas, Barbados, Bermuda, Jungferninseln, Kaimaninseln, Panama. Bei USA: ohne Antillen, da hier ein hoher Negativbestand ausgewiesen wird; bei Bundesrepublik Deutschland: ohne Bahamas (Geheimhaltung). – 6) Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Brunei (ASEAN ohne Singapur).

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Es sind mehrere Gründe denkbar, die zunächst zu einer gewissen Bündelung der japanischen Aktivitäten auf die nordamerikanischen Märkte führten, ohne jedoch – wie die Zahlen belegen – Europa aus den

Augen zu verlieren; schließlich waren die japanischen EG-Investitionen 1989 nur um 5 Mrd. DM geringer als die der vorherrschenden Industrienation in Europa, nämlich der Bundesrepublik Deutschland.

Der nordamerikanische Binnenmarkt (USA und Kanada) weist in sprachlicher Hinsicht sowie im Hinblick auf rechtliche Vorschriften, Normen und Nachfragestrukturen eine größere Homogenität auf als die EG-Region, er ist darüber hinaus im Marktvolumen mindestens ebenso ergiebig und eignete sich wohl auch als Standort in besonderem Maße für die strategischen Technologiefelder der japanischen Expansion wie Unterhaltungs- und Mikroelektronik, Fahrzeugbau und Maschinenbau. Auch Wechselkurs- und handelspolitische Überlegungen dürften hierbei eine Rolle gespielt haben. Möglicherweise wurde ferner das Risiko von Großinvestitionen auf europäischem Boden, etwa angesichts der starken Stellung bundesdeutscher Unternehmen im Fahrzeug- und Maschinenbau, vergleichsweise höher eingestuft. Schließlich hängt der Umfang der zu erreichenden Kapitalpräsenz mitunter davon ab, welche Möglichkeiten der Markt für Unternehmensübernahmen und Kapitalbeteiligungen bietet. In dieser Hinsicht war der nordamerikanische Markt im allgemeinen sicherlich leichter zugänglich als der europäische mit seinen häufig noch national geprägten Kapitalverflechtungen unter Beteiligung von Banken, Versicherungen und nicht selten auch des Staates.

Die Länderstrukturen der bundesdeutschen und der US-amerikanischen Auslandsinvestitionen weisen zum Teil gewisse Übereinstimmungen auf. In beiden Fällen überwiegt - mit jeweils gut 40 % - das Engagement in den EG-Staaten. Nach Großbritannien ist die Bundesrepublik das nächstbedeutende Gastland der USA-Stützpunkte in Europa. Ein naturgemäß hoher Anteil entfällt des weiteren auf das Nachbarland Kanada. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch in der stärkeren Ausrichtung der US-Direktinvestitionen auf Japan (Anteil: 5 %) und die asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländer (7 %). Die Anteilswerte mögen im Vergleich zur Bundesrepublik (Japan: 2 %, übrige Länder Asiens: gut 2 %) zwar nicht als übermäßig hoch erscheinen, aussagekräftiger ist aber die Differenz im absoluten Niveau, und demnach war 1989 das US-Anlagevermögen in Asien (einschließlich Japan) um mehr als das 9fache höher als das bundesdeutsche. Gleichwohl haben die Entwicklungsländer insgesamt auch als Zielländer von US-amerikanischen Direktinvestitionen eine eher untergeordnete Bedeutung. Der Entwicklungsländeranteil von immerhin knapp 25 % ist insofern weit überhöht, als allein fast 10 % auf karibische "Steuerparadies"-Länder entfallen. Diese Länder verfügen zwar über hohe Buchwerte von Kapitalbeständen, die jedoch im Regelfall in

anderen Staaten (und wohl nicht zuletzt in den USA und in den anderen Herkunftsländern selbst) zur produktiven Verwendung kommen.

Im Vordergrund der britischen Auslandsengagements stand bislang (hier: Stand 1987) die traditionell enge Verflechtung mit den USA (Anteil: 35 %). Die EG-Orientierung (28 %) ist hingegen vor allem in der Breite - fast die Hälfte davon entfiel 1987 auf die Niederlande - weniger ausgeprägt. Auch der Anteil der EFTA-Zielländer ist hier geringer als im Falle der Herkunftsländer Bundesrepublik und USA. In Vorbereitung auf den gemeinsamen Binnenmarkt dürften jedoch die Europa-Aktivitäten Großbritanniens inzwischen erheblich gestiegen sein. Trotz seiner Stellung als ehemals größte Kolonialmacht, haben die Entwicklungsländer auch für das Kapitalgeberland Großbritannien nur eine nachrangige Bedeutung (Anteil: 16 %, darunter 4 % in "Steuerparadiesen"). Dabei darf gleichwohl nicht übersehen werden, daß es sich im einzelnen durchaus um hohe Absolutbeträge handelt. So waren die in den ASEAN-Ländern angelegten Kapitalbestände (Stand 1987) um das 3,6fache höher als das entsprechende Investivvermögen der bundesdeutschen Unternehmen (Stand 1989).

Wichtige Herkunftsländer sind zugleich wichtige Zielländer

Zusammenfassend läßt sich anhand der ausgewählten Beispiele festhalten, daß die internationalen Kapitalverflechtungen in hohem Maße auf die Gruppe der hochentwickelten Industrieländer, das heißt, auf deren Beziehungen untereinander konzentriert sind. Entsprechend ist die diesbezügliche Bedeutung der Entwicklungsländer als gering einzustufen, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die dynamischen Teile Südasiens im Grunde zum Kreis der industrialisierten Länder gerechnet werden müßten. Gerade auf diesen Wachstumsmärkten ist jedoch die Bundesrepublik in weit geringerem Umfang durch Direktinvestitionen vertreten als Japan. Auch die USA und Großbritannien verfügen in dieser Region über eine wesentlich breitere Ausgangsbasis an Niederlassungen und Tochterunternehmen. Ein Vorteil der bundesdeutschen Zielländerstruktur ist hingegen darin zu sehen, daß sich die Kapitalpräsenz relativ gleichmäßig auf sämtliche Länder des europäischen Wirtschaftsraumes und die USA erstreckt. Dieser Vorsprung dürfte allerdings im Zuge der verstärkten Europa-Aktivitäten japanischer Unternehmen mittlerweile nicht mehr so ausgeprägt sein.

Aus dem dargestellten Zusammenhang - Konzentration der internationalen Kapitalströme auf die Beziehungen innerhalb der Gruppe hochentwickelter Industrieländer - ergibt sich, daß die wichtigsten Herkunftsländer in der Regel auch die bedeutendsten Zielländer von Direktinvestitionen sind. Dabei waren es in den 80er Jahren die USA, die weltweit mit Abstand die größte Anziehungskraft auf Direktinvestitionen ausübten. Die ausländischen Kapitalbestände haben sich dort seit 1980 um das 4,5fache erhöht, so daß Ende 1989 das Fremdvermögen in den USA bereits den Bestand von USA-Firmen im Ausland übertraf (Tabelle 12). Die Darstellung der jährlichen Transaktionswerte zeigt diese Entwicklung speziell für die Jahre 1988, 1989 und 1990 (Tabelle 13). So wurden allein im Jahr 1989 umgerechnet 133 Mrd. DM für Unternehmensbeteiligungen, -übernahmen und -gründungen in den USA investiert. Beträchtliche Investitionssummen sind Ende der 80er Jahre auch nach Großbritannien geflossen. Hier galt jedoch - wie auch für die übrigen Vergleichsstaaten -, daß die Inlandsströme deutlich geringer waren als umgekehrt die Anlagen heimischer Unternehmen im Ausland. Großbritannien war Ende der 80er Jahre ebenso deutlich ein Nettokapitalgeberland wie die Bundesrepublik, die Niederlande und Frankreich. Interessant ist hierbei, daß die Rangfolge unter diesen Staaten nach den Auslandsbeständen identisch ist mit der Rangfolge nach der Höhe der ausländischen Investitionsanlagen im Inland. Jeweils rangiert Großbritannien vor der Bundesrepublik, und diese wiederum vor den Niederlanden und Frankreich - auf beiden Seiten mit relativ großen Abständen von Land zu Land. Der jeweilige Grad der kapitalmäßigen Auslandsverflechtung spiegelt sich folglich in beiden Richtungen wider.

Der Sonderfall Japan

Es hat seinen Grund, weshalb Japan bei diesen Betrachtungen zunächst ausgeklammert wurde. Japan weicht insofern von den ausgewählten Vergleichsstaaten in eklatanter Weise ab, als die Beziehung - wichtiges Herkunftsland und zugleich wichtiges Ziel-land - hier nicht einmal annähernd gilt. Das in den letzten Jahren mit Abstand größte Investorenland ist nämlich als Gastland von Auslandskapital quantitativ kaum bedeutender als etwa das kleine Bundesland Hessen. Die hohen Zuwachsraten (+ 426 % gegenüber 1980) dürften in dieser Hinsicht zwar eine gewisse Öffnung signalisieren, werden aber aufgrund nahezu marginaler Ausgangswerte doch stark relativiert. Die Gründe für diese auffallende - frei-

willige oder zum Teil auch unfreiwillige - Zurückhaltung internationaler Investoren sind sicherlich vielschichtig.

Japan-Engagements sind zum einen sehr kostspielig und bedürfen eines umfangreichen Humankapitaleinsatzes etwa zur Informationsbeschaffung und zur Überwindung von Sprach- und Mentalitätsbarrieren. Hinzu kommt, daß aufgrund der starken vertikalen Bindungen, von den Zulieferfirmen über die Industriekonzerne bis zum Händlernetz, Marktzutritte behindert werden. Ist der ausländische Investor beispielsweise von daher gezwungen, ein eigenes Vertriebssystem aufzubauen, so steigt der Kapitalbedarf und damit auch das Investitionsrisiko, das wegen der technologischen Wettbewerbsstärke der etablierten japanischen Konkurrenten wohl ohnehin im Regelfall hoch ist. Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie²⁸ wird ferner durch gesellschaftsrechtliche oder vertragliche Beziehungen zwischen japanischen Unternehmen dafür gesorgt, daß sich für ausländische Interessenten nur in seltenen Ausnahmefällen die Chance einer Firmenübernahme oder -beteiligung eröffnet.

Die dargelegten Erschwernisse können jedoch den Eindruck nicht ganz beseitigen, daß die europäischen und amerikanischen Unternehmen insgesamt zu spät darangingen, sich mit den japanischen Gegebenheiten und Erfolgsrezepten auseinanderzusetzen und wirksame Gegenstrategien, die auch den japanischen Binnenmarkt einschließen, zu entwickeln. Gerade ein Vordringen auf dem japanischen Heimmarkt wäre insofern wichtig, als es die Spielräume der japanischen Unternehmen eingrenzt, auf relativ gesicherten Inlandsmärkten hohe Gewinnspannen zu erzielen, die zur preislichen Unterbietung im Export eingesetzt werden können.

Zur Standortdiskussion - Sind Direktinvestitionen ein geeigneter Indikator?

Die Frage nach der Qualität des Wirtschafts- und speziell des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland war eines der beherrschenden Themen der wirtschaftspolitischen Diskussion in den letzten Monaten. Dies steht in engem Zusammenhang damit, daß nach der einigungsbedingten Sonderkonjunktur der Jahre 1990 und 1991 nunmehr auch die

28 Vgl. Handelsblatt, Nr. 37 vom 21./22.02.1992, S. 4.

westlichen Bundesländer von der internationalen Konjunkturflaute ergriffen wurden. In Zeiten flauer Auftragseingänge, nachlassender Kapazitätsauslastungen und schrumpfender Gewinne richtet sich die Aufmerksamkeit in verstärktem Maße auf strukturelle Problemstellungen wie Kostensituation, Produktivität und die Stellung im internationalen Technologiewettlauf. Es waren nicht zuletzt Warnsignale aus der Wirtschaft, insbesondere Meldungen über vorgenommene oder beabsichtigte Produktionsverlagerungen, die eine breite Diskussion über die Qualität der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Standortfaktoren) für Produktion und Investition in der Bundesrepublik ausgelöst haben. Hierbei steht außer Frage, daß der internationale Standortwettbewerb im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration bis hin zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie der allgemein zunehmenden Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital und technisches Wissen weiter an Intensität gewinnen wird. Somit bleibt die Sicherung der Standortqualität eine wirtschaftspolitische Daueraufgabe in den kommenden Jahren für Staat, Unternehmen und Tarifparteien.

Angesichts des mitunter kontroversen Diskussionsverlaufs der letzten Monate läßt sich ein allgemein akzeptiertes Zwischenergebnis wohl kaum formulieren. Man kann jedoch festhalten, daß nach einer ganzen Reihe von Stellungnahmen die Bundesrepublik in Sachen Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität insgesamt noch gut im Rennen liege²⁹, wenngleich im einzelnen auch betont wird, daß die Entwicklung wichtiger Standortfaktoren, wie Lohnnebenkosten, Maschinenlaufzeiten, Steuerbelastung, Umweltschutzanforderungen und Dauer von Genehmigungsverfahren, durchaus Anlaß zum Nachdenken bereite - mithin der Standort teilweise an Stärke eingebüßt habe. Standortstützende Faktoren sind jedoch die hohe Qualität von Infrastruktur und Arbeitskräften, die vordere Position in Forschung und Entwicklung (insbesondere auch in der Grundlagenforschung) sowie die relative Stabilität und Kalkulierbarkeit der wirtschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen. Was einige Aspekte der an-

geführten Negativpunkte anbelangt, so ist ferner zu beachten, daß beispielsweise das Spannungsfeld zwischen angemessener Steuerbelastung einerseits und Qualität von Infrastruktur, Bildungswesen und sozialer Ausgewogenheit andererseits oder etwa die Kostensteigerung im Gesundheitswesen auch in den übrigen Industrieländern brisante Problembereiche darstellen; die vergleichsweise umfangreichen Anstrengungen im Umweltschutz werden sich auf lange Sicht eher als Wettbewerbs- und Standortvorteil erweisen. Von zentraler Bedeutung für die Sicherung einer hohen Standortqualität ist - neben und auch komplementär zu den Aktivitäten in Forschung und Entwicklung - die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer. Beide Aspekte ergeben zusammen den wichtigen Standortfaktor der technologischen Kompetenz. Spürbare Engpässe am Arbeitsmarkt für Fachkräfte können nur durch verstärkte Qualifizierungsmaßnahmen gemildert werden.

Die Direktinvestitionen werden häufig als Indikator zur Beurteilung der Standortqualität herangezogen. Dabei sollte jedoch die Aussagefähigkeit dieses Indikators, insbesondere bei isolierter Betrachtung, nicht überschätzt werden. Auslandsinvestitionen sind in erster Linie ein Gradmesser für die Fähigkeit heimischer Unternehmen, kapitalgestützte Internationalisierungsstrategien durchzuführen. Spezifische Wettbewerbsvorteile sind dafür ebenso eine Voraussetzung wie eine entsprechende Kapitalbildung. Selbst Produktionsverlagerungen sind in einer arbeitsteiligen und dynamischen Weltwirtschaft ein durchaus normaler Vorgang, der aus Sicht der Investorenländer in der Regel mit einer inländischen Standortinnovation im Sinne einer Produktpalettenbereinigung, also einer Konzentration auf Produktionsprozesse mit hoher Wertschöpfung verbunden ist³⁰. Auslandsinvestitionen sind insofern

29 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Qualität des Standortes Deutschland und Ansatzpunkte zur Verbesserung, Beilage zum Monatsbericht 1/1992 (Zitierweise: Standortqualität...) sowie eine Vielzahl von diesjährigen Presseberichten etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (u.a. Nr. 43), im Handelsblatt (u.a. Nr. 13), in Die Zeit (u.a. Nr. 6) und in der Stuttgarter Zeitung (insbesondere Bericht über den Stuttgarter Zeitung Club, Nr. 56).

30 Vgl. BMWi: Standortqualität..., S. 6. Eine hohe Auslandsorientierung könnte nur dann als Beleg einer heimischen Standortschwäche angesehen werden, wenn sie überwiegend ausweichenden Charakter hätte und folglich mit dem Stichwort "Kapitalflucht" bezeichnet werden könnte. Produktionsverlagerungen könnten in Verbindung mit einer fehlenden Inlandsdynamik nicht als Standortinnovation interpretiert werden. In diesem Fall würde das betreffende Industrieland im internationalen Strukturwandel zurückfallen. Es würde auf der einen Seite standardisierte Wertschöpfungsteile an das Ausland verlieren und könnte andererseits auch im innovativen Wettbewerb nicht Schritt halten. Wachsende Arbeitslosigkeit, defizitäre Handelsbilanzsalden (oder entsprechende Wechselkursanpassungen) und sinkende Realeinkommen wären die Folge.

auch Ausdruck einer innovativen Dynamik, die sich im Regelfall auch in der Entwicklung des inländischen Kapitalstocks niederschlägt. So erreichten in der Bundesrepublik Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre neben der Direktinvestitionstätigkeit gleichzeitig die Inlandsinvestitionen ein Rekordniveau mit teilweise zweistelligen jährlichen Zuwachsraten (Tabelle 15).

Die baden-württembergischen und bundesdeutschen Auslandsengagements bestehen, gemessen an anderen wichtigen Investorenländern, mit außerordentlich hohem Anteil aus exportunterstützenden Niederlassungen und Tochterunternehmen. Die Internationalisierung wurde zwar in den letzten Jahren erheblich forciert, sie muß aber insgesamt und insbesondere mit Blick auf die Zielmärkte Japans und Südasiens eher als zu gering denn als zu hoch eingeschätzt werden. Wenngleich eine zuverlässige Quantifizierung der auf das Inland bezogenen Beschäftigungseffekte kaum möglich sein dürfte, so

überwiegt doch der Eindruck, daß mit Hilfe der im Ausland vorgenommenen Direktinvestitionen nicht nur Arbeitsplätze im Inland gesichert, sondern per saldo sogar noch zusätzliche Beschäftigungschancen eröffnet wurden. Gerade in den letzten Wachstumsjahren ist eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze entstanden, so daß im westlichen Bundesgebiet und speziell in Baden-Württemberg - trotz hoher Zuwanderungen - die Arbeitslosenquoten auf ein im internationalen Vergleich niedriges Niveau zurückgeführt werden konnten (Tabelle 16).

Unter dem Gesichtspunkt der Standortattraktivität sind umgekehrt auch die Höhe bzw. Struktur der Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen im Inland und der entsprechende jährliche Nettokapitalfluß keineswegs einfach zu interpretieren. Das Beispiel Japan zeigt, daß eine relativ geringe Präsenz ausländischer Firmen nicht ohne weiteres auf eine unzureichende Standortqualität schließen läßt. Spezifische Gegebenheiten, wie Transparenz und

Tabelle 15

Stand und Entwicklung der jeweils inländischen Investitionstätigkeit in ausgewählten Ländern

Land/Bundesland	Bruttoanlageinvestitionen					darunter: Ausrüstungsinvestitionen ¹⁾		
	insgesamt	Anteil am Bruttoinlandsprodukt			Durchschnittliche Veränderungsrate ²⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		
	1990	1990	1985	1980	1980 – 1990	1991 ³⁾	1990	1989
	Mrd. DM	%						
Westdeutschland	510	21,2	19,5	22,6	+ 2,0	+ 10,0	+ 12,9	+ 9,8
Baden-Württemberg	79 ⁴⁾	22,0 ⁴⁾	20,9	24,8	+ 1,7 ⁵⁾	–	–	+ 5,6
Bayern	103 ⁴⁾	25,4 ⁴⁾	23,7	25,9	+ 2,7 ⁵⁾	–	–	+ 2,6
Hessen	45 ⁴⁾	19,6 ⁴⁾	18,2	19,8	+ 0,8 ⁵⁾	–	–	+ 5,3
Nordrhein-Westfalen	106 ⁴⁾	18,2 ⁴⁾	18,7	20,5	+ 2,8 ⁵⁾	–	–	+ 13,3
Belgien	63	20,3	15,6	21,1	+ 2,5	+ 3,5	+ 9,9	+ 19,0
Frankreich	408	21,2	19,3	23,0	+ 2,3	– 2,0	+ 5,4	+ 6,7
Großbritannien	302	19,2	17,0	18,0	+ 4,1	– 11,0	– 3,8	+ 8,7
Italien	356	20,2	20,7	24,3	+ 1,8	– 1,0	+ 3,5	+ 5,2
Japan	1 551	32,6	27,8	31,6	+ 5,7	+ 8,0	+ 13,9	+ 15,6
Niederlande	98	21,7	19,2	21,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 6,0	+ 5,5
Österreich	63	24,5	22,6	25,7	+ 2,2	+ 6,0	+ 8,3	+ 7,2
Schweiz	100	27,2	23,8	23,8	+ 4,4	+ 0,0	+ 4,3	+ 4,8
Spanien	196	24,6	18,9	22,1	+ 3,2	– 1,0	+ 1,2	+ 12,1
USA	1 400	16,1	18,1	19,1	+ 3,2	+ 0,0	+ 2,8	+ 5,2

1) In konstanten Preisen. – 2) Arithmetisches Mittel der realen jährlichen Veränderungsraten. – 3) Schätzung des Sachverständigenrates. – 4) 1989. – 5) 1980 bis 1989.

Quellen: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1991/92; Statistisches Bundesamt; Eurostat, Luxemburg; eigene Berechnungen.

Tabelle 16

Gesamtwirtschaftliche Kenngrößen im internationalen Vergleich 1989 bis 1991

Land/Bundesland	Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾			Erwerbstätige ¹⁾			Arbeitslosenquote ¹⁾
	Veränderung gegenüber Vorjahr			Veränderung gegenüber Vorjahr			
	1991	1990	1989	1991	1990	1989	1991
	%						
Westdeutschland	+ 3,4	+ 4,7	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,4	4,6
Baden-Württemberg	+ 2,8	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	3,7
Bayern	+ 3,7	+ 5,1	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,5	4,4
Hessen	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,6	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,3	5,1
Nordrhein-Westfalen	+ 2,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,6	7,9
Belgien	+ 1,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,3	9,4
Frankreich	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,9	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,2	9,4
Großbritannien	– 1,9	+ 0,8	+ 2,3	– 3,4	+ 1,5	+ 3,1	8,7
Italien	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	10,9
Japan	+ 4,5 ²⁾	+ 5,6 ²⁾	+ 4,7 ²⁾	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,9	2,2
Niederlande	+ 2,2	+ 3,9	+ 4,0	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,7	6,1
Österreich	+ 2,8	+ 4,9	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,0	3,4
Schweiz	– 0,2	+ 2,2	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,1	1,2
Spanien	+ 2,5	+ 3,7	+ 4,8	+ 1,3	+ 2,7	+ 4,1	15,9
USA	– 0,5 ²⁾	+ 1,0 ²⁾	+ 2,5 ²⁾	– 0,5	+ 0,5	+ 2,0	6,7

1) Für Westdeutschland und die ausgewählten Staaten: vergleichbare OECD-Angaben; Bundesländer: Angaben der Länderstatistik.

- 2) Reales Bruttosozialprodukt.

Quelle: OECD; Statistik der Bundesländer.

allgemein die Rahmenbedingungen für Marktzutritte und insbesondere für den Erwerb von Unternehmen und Firmenbeteiligungen - auch über die Börse -, sind hierbei zu berücksichtigen. Die Importpolitik spielt ebenso eine Rolle wie das Wechselkursniveau und die Größe des jeweiligen Marktes. Standortbedingungen, wie hohe Immobilienpreise, ein weitgehend ausgeglichener Arbeitsmarkt bei Fachkräftemangel und nicht zuletzt die Wettbewerbsstärke der ansässigen Unternehmen, können dämpfend auf die Investitionsbereitschaft ausländischer Investoren wirken, sind jedoch für sich betrachtet positive Aspekte im Sinne einer vorhandenen Inlandsdynamik. Betrachtet man die beiden Hauptzielländer von internationalen Direktinvestitionen der letzten Jahre, nämlich die USA und Großbritannien, so war es alles in allem wohl weniger die günstige Standortqualität als vielmehr die partiell angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit heimischer Industrien (z.B. des Fahrzeugbaus), die das Vordringen ausländischer und vor allem japanischer Konzerne nach sich zog.

Diese Überlegungen können freilich nicht zu der umgekehrten These führen, wonach Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität um so höher zu bewerten wären, je weniger Auslandskapital der inländischen Wirtschaft zufließt. Bei offenen Märkten und insgesamt vorteilhaften Standortfaktoren ist davon auszugehen, daß sich im arbeitsteiligen Prozeß auch in einer Wirtschaft mit ausgesprochen wettbewerbsstarken Inlandsunternehmen noch Platz für ausländische Investoren bietet. Unter der Voraussetzung prinzipiell zugänglicher Märkte, einschließlich des Marktes für Unternehmensbeteiligungen, liegt somit die Vermutung nahe, daß weder eine extrem hohe noch eine extrem niedrige Inlandspräsenz von ausländischen Unternehmen als Indizien für eine positive Entwicklung der heimischen Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit herangezogen werden können. Die positive Schlußfolgerung wäre demnach eher im Falle einer mittleren oder "angemessenen" Präsenz von ausländischem Investivkapital zu ziehen, was jedoch

allein aufgrund der quantitativen Unschärfe nicht als hinreichendes Kriterium genügen kann.

In Baden-Württemberg und in der gesamten Bundesrepublik sind ausländische und davon insbesondere amerikanische Firmen durchaus in erheblichem Umfang vertreten, wenngleich diese Engagements im Vergleich mit anderen wichtigen Zielländern nicht außergewöhnlich hoch sind. Die jeweiligen Bestandsveränderungen belegen, daß gerade auch Ende der 80er Jahre beträchtliche Summen investiert wurden. Zu Beginn der 90er Jahre hat diese Bereitschaft wohl nachgelassen - wozu auch die internationale Konjunkturflaute und der generelle Einbruch der Investitionsdynamik beitrug -, die betreffenden Transaktionswerte sind jedoch nur beschränkt aussagefähig, da mit ihnen eine wichtige Komponente der letztjährigen Bestandsentwicklung, nämlich die reinvestierten Gewinne, nicht erfaßt wird. Zwar waren die Neuansiedlungen nach Anzahl und Wert eher bescheiden, und gleichzeitig wurden einige Veräußerungen vorgenommen (zum Teil wohl an baden-württembergische und bundesdeutsche Firmen, die ihrerseits Tochtergesellschaften von Auslandsunternehmen sind) - andererseits wurden aber sicherlich wiederum stattliche Gewinnbeträge reinvestiert³¹. Für ein Land, das bereits über zahlreiche Stützpunkte von Auslandsinvestoren erschlossen wurde, muß dieser Umstand nicht als ungewöhnlich gelten.

Faßt man diese Überlegungen zusammen, dann kann der Indikator der Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen im Inland zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als Beleg einer nachlassenden Standortattraktivität gewertet werden. Umgekehrt ist allerdings auch die positive Schlußfolgerung einer gehaltenen oder gar verbesserten Standortqualität zumindest fragwürdig, da ein eindeutiges Urteil über die "Angemessenheit" der vorliegenden Nettokapitalveränderungen kaum möglich ist.

Gesamtwirtschaftliche Investitionsdynamik als Hauptindikator

Ein entscheidendes Kriterium für die Inlandsdynamik ist letztlich die gesamte Investitionstätigkeit, unabhängig davon, ob sie nun im Einzelfall von einem in-

ländischen oder von einem ausländischen Investor getragen wird. So ist durchaus denkbar, daß Aspekte der Wirtschafts- und Sozialordnung, wie etwa die weitgehenden Mitbestimmungsrechte, zwar von manchen Auslandsinvestoren kritisch wahrgenommen, von inländischen Firmen dagegen nicht (oder nicht mehr) als Investitionshemmnisse betrachtet werden. Andererseits könnten Stabilitätsfaktoren, wie stabiler Geldwert, ruhiges Sozialklima und Verlässlichkeit von Politik und Verwaltung, eher bei ausländischen Firmen eine höhere Wertschätzung genießen. Die Standortqualität ist somit je nach spezifischen Anforderungen nicht nur von Branche zu Branche unterschiedlich zu beurteilen, sondern kann bezogen auf Einzelmerkmale auch allgemein im Urteil zwischen in- und ausländischen Unternehmen differieren.

Kennzeichnend für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik seit 1982 war, daß die Investitionsdynamik zunächst nur schleppend in Gang kam, dann aber, zum Ende der 80er und vor allem zu Beginn der 90er Jahre, in außerordentlich hohen Wachstumsraten gipfelte. Nimmt man den gesamten Zeitraum von 1980 bis 1990, dann ergibt sich für die Bundesrepublik international eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Investitionen (Tabelle 15), was aber gerade durch die jüngste Dynamik bei Investitionen und Beschäftigung relativiert werden muß. Wie sehr sich hierbei allerdings strukturelle und konjunkturelle Effekte überlagern, zeigt insbesondere das Beispiel Großbritannien. Das in den 80er Jahren hohe Investitionswachstum ist hier im Zuge der Rezession 1990 und 1991 in deutliche Minusraten umgeschlagen. Was den Investitionsanteil am Bruttoinlandsprodukt betrifft, so liegen die Bundesrepublik und die übrigen hier ausgewählten EG-Staaten relativ eng beieinander, im Durchschnitt mit erkennbarem Vorsprung vor den USA, aber mit weitem Abstand hinter Japan.

Die gesamtwirtschaftlichen Investitionszahlen lassen somit keinen wesentlichen Positionsverlust gegenüber den Konkurrenzstandorten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erkennen. Mit ihrer zentralen Lage in Europa, mit dem durch die neuen Bundesländer beträchtlich vergrößerten Wirtschaftsraum und mit ihren ausgewiesenen Standortvorteilen, wie Humankapital, Infrastruktur und technologische Kompetenz in Forschung und Produktion, geht die Bundesrepublik sicherlich aus einer relativ starken Position in den Standortwettbewerb der kommenden Jahre. Die wirtschaftspolitische Herausforderung wird jedoch darin bestehen, die

31 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.03.1992. Hier wird speziell Bezug genommen auf die Investitionstätigkeit amerikanischer Unternehmen in Deutschland.

komparativen Vorzüge durch weitere Anstrengungen zu sichern und gleichermaßen dafür Sorge zu tragen, daß die ebenso vorhandenen Standortdefizite soweit möglich tendenziell abgebaut, zumindest aber so gestaltet werden, daß im internationalen Vergleich keine weiteren Nachteile in den investiven Rahmenbedingungen entstehen. Speziell für Baden-Württemberg läßt sich diese Gesamteinschätzung noch insofern unterstreichen, da es als eine wirtschaftlich-industrielle Kernregion der Bundesrepublik wie kaum ein anderes Bundesland in die internationale Arbeitsteilung integriert ist.

Zusammenfassung

- Die Internationalisierung von Wirtschaft und Unternehmen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtern dabei die zentrale Steuerung international gestreuter Unternehmensaktivitäten. Politische Weichenstellungen, wie die europäische Integration und die Öffnung der ehemaligen RGW-Staaten, haben dieser Entwicklung zusätzliche Impulse verliehen.
- Im Rahmen seiner Direktinvestitionsverflechtung zum Stand Ende 1990 war Baden-Württemberg mit einem Saldo von 3,9 Mrd. DM ein Nettokapitalgeberland. Speziell die Bestandsbilanz mit den westlichen Industrieländern erbrachte einen Überhang der heimischen Direktinvestitionen im Ausland in Höhe von 2,3 Mrd. DM. Bundesweit belief sich der Überschuß der Vermögensanlagen im Ausland insgesamt auf 71,3 Mrd. DM und im Verhältnis zu den westlichen Industrieländern auf 60,7 Mrd. DM.
- Der Bestand an unmittelbaren Direktinvestitionen Baden-Württembergs im Ausland belief sich Ende 1990 auf 27,1 Mrd. DM. Umgekehrt hielten ausländische Investoren Bestände in Baden-Württemberg in Höhe von 23,2 Mrd. DM. Bundesweit betrugen die Vermögensanlagen im Ausland 210,9 Mrd. DM; dem standen Direktinvestitionen von ausländischen Investoren im Inland mit 139,6 Mrd. DM gegenüber.
- Die wichtigsten Zielländer baden-württembergischer Auslandsinvestitionen sind die USA (Anteil: 22 %), Frankreich (11 %),

die Schweiz (9 %) und Großbritannien (8 %). Gegen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre wurden vor allem die Direktinvestitionen im EG-Ausland überdurchschnittlich ausgeweitet. Dagegen hat die Bedeutung der Entwicklungsländer schon seit Mitte der 70er Jahre stark nachgelassen. Insgesamt ist das baden-württembergische Auslandskapital von 1979 bis 1990 um mehr als das Dreifache gestiegen.

- Hauptzielbranchen sind das Verarbeitende Gewerbe (Anteil: 42 %), wobei der Straßenfahrzeugbau mit Abstand vor der Elektrotechnik und dem Maschinenbau rangiert, sowie der Handel (30 %). Gut drei Viertel der Auslandsbestände entfallen auf industriell ausgerichtete Investoren (Herkunftsbranchen Verarbeitendes Gewerbe und Beteiligungsgesellschaften). Die heimischen Industrieunternehmen haben etwa zwei Fünftel ihrer Investivanlagen außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes getätigt - und zwar vorwiegend im Handel (Vertriebstöchter) und in geringerem Umfang in sonstigen Dienstleistungen (etwa Finanzierung und Leasing).
- Die wichtigsten Herkunftsländer von ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg sind die USA (Anteil: 36 %), die Schweiz (31 %) und die Niederlande (11 %). Die EG-Staaten sind als Kapitalgeberländer insgesamt unterrepräsentiert, ihr Anteil hat jedoch in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Gegenüber 1979 wurde das gesamte Auslandsvermögen in Baden-Württemberg verdoppelt.
- Baden-Württemberg nimmt als industrielle Zielregion für ausländische Direktinvestitionen innerhalb der Bundesrepublik eine zentrale Stellung ein. So war 1990 etwa jedes vierte Industrieunternehmen mit maßgeblicher Auslandsbeteiligung in Baden-Württemberg ansässig. Die mit Abstand wichtigste Zielbranche ist der Bereich Büromaschinen/DV-Geräte, gefolgt von Chemischer Industrie, Elektrotechnik und Maschinenbau. Die Bedeutung als Standort für ausländische Objekte in Handel und Dienstleistungen ist demgegenüber eher nachgeordnet.
- Im Jahr 1990 arbeitete fast jeder fünfte Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe des Landes (Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) für eine Firma mit maßgeblicher Auslands-

beteiligung. Speziell im Industriezweig Büro-
maschinen/ DV-Geräte waren es mehr als 70 %
der Inlandsbeschäftigten. In der Chemischen
Industrie belief sich diese Quote auf gut die
Hälfte und in der Elektrotechnik auf knapp ein
Viertel.

- Ende 1990 beschäftigten die baden-württembergischen Tochter- und Enkelfirmen im Ausland 384 000 Personen. Umgekehrt waren 345 000 Personen in Baden-Württemberg in Unternehmen mit maßgeblicher Auslandsbeteiligung beschäftigt. Speziell für die Investitionsobjekte im Verarbeitenden Gewerbe war die Bilanz der mit Direktinvestitionen direkt verbundenen Arbeitsplätze mit jeweils 298 000 ausgeglichen. Den 70 000 Beschäftigten in baden-württembergischen Handels- und Vertriebsfirmen im Ausland standen jedoch lediglich 26 000 Arbeitsplätze in entsprechenden Stützpunkten ausländischer Investoren im Inland gegenüber.
- Die Ergebnisse der jährlichen Transaktionsstatistik prägten mit dem Ausweis niedriger Kapitalzuflüsse die Diskussion über die Attraktivität des Standortes für Auslandskapital. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß die Transaktionsstatistik in mehreren Punkten von der Methode und Abgrenzung der Bestandsstatistik abweicht und vor allem eine offensichtlich wichtige Komponente der letztjährigen Bestandsentwicklung, nämlich die reinvestierten Gewinne, nicht erfaßt. Auch der fließende Übergang zwischen eigentlichen Direktinvestitionen und vorwiegend finanzwirtschaftlich motivierten Anlagen ist bei der Betrachtung von Direktinvestitionszahlen generell zu berücksichtigen.
- Nimmt man die umfassenden Daten der Bestandsstatistik, so läßt sich für den Zeitraum 1986 bis 1990 eine generell nachlassende Attraktivität der Zielländer Bundesrepublik und Baden-Württemberg für internationale Investoren nicht belegen. Die Kapitalbestände ausländischer Unternehmen sind - im Gegenteil - teilweise durchaus beträchtlich gestiegen. Für Baden-Württemberg galt in den Jahren 1986, 1987 und 1989, daß die Investivanlagen von Auslandsfirmen im Inland stärker zugenommen haben als umgekehrt die Direktinvestitionsbestände heimischer Unternehmen im Ausland.
- Die Gegenüberstellung der wichtigsten Zielländer baden-württembergischer Warenexporte und Direktinvestitionen sowie der entsprechenden Wachstumsraten für die 80er Jahre zeigt eine auffallende Gleichläufigkeit in Struktur und Rangfolge. Übereinstimmungen ergeben sich auch in der Untergliederung nach Branchen. Die These eines positiven Zusammenhangs zwischen Ausfuhrfähigkeit und direktem Auslandsengagement kann damit als weitgehend gesichert gelten. Zwar sind die Direktinvestitionen wesentlich stärker gestiegen als das Ausfuhrniveau, dies ist jedoch kaum auf eine partielle Exportsubstitution, sondern vielmehr darauf zurückzuführen, daß mit zunehmender Marktdurchdringung der Bedarf an weiteren Direktinvestitionen zunächst überproportional zunimmt. Dies resultiert nicht zuletzt aus den ebenso angelegten Strategien der internationalen Konkurrenten.
- Die das Inland betreffenden Beschäftigungseffekte der Kapitalanlagen im Ausland sind aufgrund vielfältiger (auch indirekter) Wirkungen schwer zu beurteilen. Es überwiegt jedoch der Eindruck, daß mit Hilfe der Auslandsinvestitionen nicht nur das heimische Arbeitsplatzangebot insgesamt im Niveau gesichert, sondern darüber hinaus per saldo eher noch zusätzliche Beschäftigungschancen eröffnet werden konnten.
- Die baden-württembergischen wie insgesamt die bundesdeutschen Direktinvestitionen im Ausland sind im Vergleich mit den entsprechenden Vermögensbeständen wichtiger Konkurrenzländer nicht sonderlich hoch, in Relation zum Ausfuhrwert sogar auffallend gering. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Auslandspräsenz der heimischen Unternehmen in vergleichsweise hohem Maße exportunterstützende Funktionen erfüllt. Es ist andererseits auch ein Indiz dafür, daß der weltweite Absatz der bundesdeutschen Unternehmen durchaus in relativ großem Umfang mit Inlandsproduktionen erzielt wird.
- Die Entwicklung der letzten Jahre stand im Zeichen des internationalen Vordringens der japanischen Wirtschaft. Diese Expansion richtete sich zunächst schwerpunktmäßig auf den US-amerikanischen Binnenmarkt, der damit weltweit zum mit Abstand größten Empfängermarkt für internationale Direktinvestitionen

avancierte. Umgekehrt konnte Japan selbst als Standort allenfalls ansatzweise von ausländischen Investoren erschlossen werden. Für die Jahre 1988 bis einschließlich 1990 beliefen sich die Direktinvestitionen (Transaktionen) japanischer Unternehmen auf umgerechnet 302 Mrd. DM, während in Japan lediglich 16 Mrd. DM von ausländischen Firmen investiert wurden.

- Ein Vorzug der Zielländerstruktur bundesdeutscher Auslandsinvestitionen liegt in der breiten Streuung auf sämtliche Staaten des europäischen Wirtschaftsraumes und die USA. Ein Defizit muß allerdings darin gesehen werden, daß die bundesdeutsche Wirtschaft nur mit relativ geringen Investivanlagen in der japanisch-pazifischen Region vertreten ist. Speziell die baden-württembergischen Unternehmen bildeten darin - zum Stand Ende 1990 - keine Ausnahme. Gerade die Partizipation an diesen innovativen Wachstumsmärkten dürfte jedoch gezielte und auch umfangreiche Direktinvestitionen "vor Ort" erfordern.
- Obwohl häufig als Indikator in der aktuellen Diskussion herangezogen, lassen sich die Direktinvestitionen in beiden Richtungen grundsätzlich nur schwer im Hinblick auf Fragen nach Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität interpretieren. Zwar würden grobe Schief lagen - also eine deutliche Abwendung sowohl der inländischen wie der ausländischen Investoren vom heimischen Standort - wohl eindeutig eine unzureichende Standortqualität signalisieren. Der umfassendste Indikator dafür ist aber die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit im

Inland. Hier zeigt sich, daß im Bund wie im Land außerordentlich hohe Wachstumsraten erzielt wurden; so sind etwa die realen Ausrüstungsinvestitionen bundesweit 1990 um 12,9 % und 1991 um weitere 10,0 % gestiegen (entsprechende Länderangaben liegen hierzu noch nicht vor). Aus dem Wirtschaftswachstum, der Beschäftigtenentwicklung und dem Status im internationalen Warenaustausch ergeben sich weitere Anhaltspunkte.

- Kennzeichnend für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik seit 1982 war zunächst eine eher verhaltene Investitionsdynamik, die sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre tendenziell steigerte und schließlich am Anfang der 90er Jahre - auch unter dem Einfluß der einigungsbedingten Nachfrageimpulse - in zweistelligen Wachstumsraten gipfelte. Gegenüber den europäischen Konkurrenzstandorten ist damit kein wesentlicher Positionsverlust erkennbar.
- Die Sicherung der Standortqualität bleibt jedoch eine wirtschaftspolitische Daueraufgabe der kommenden Jahre. Dabei gilt es einerseits, die komparativen Vorzüge im Wettbewerb zu erhalten und andererseits dafür Sorge zu tragen, daß die ebenso vorhandenen Standortdefizite soweit möglich verringert, zumindest aber so gestaltet werden, daß im internationalen Vergleich keine weiteren Nachteile in den investiven Rahmenbedingungen entstehen. Wichtigste Handlungsfelder dabei sind die Reform der Unternehmensbesteuerung, die Verstärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, eine offensive Technologiepolitik und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

1.2 Energieangebot und -verbrauch in Baden-Württemberg

Der Energiebilanz kommt als statistischer Übersicht über die gesamte energiewirtschaftliche Struktur eines Wirtschaftsraumes eine gewichtige Rolle zu¹. Nachfolgend soll daher mit Hilfe der Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) und Baden-Württembergs die Entwicklung von Energieangebot und -verbrauch seit 1950 bzw. 1965 untersucht werden. Einheitliche Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland wurden erstmals 1962² erarbeitet, und zwar rückwirkend für die Jahre 1950 bis 1961. Für Baden-Württemberg liegen Energiebilanzen erst seit 1965 vor. Die Analyse wird in zwei Zeitabschnitte untergliedert. Zunächst soll ein Überblick über die Energieversorgung in der Bundesrepublik - soweit möglich auch in Baden-Württemberg - von 1950 bis zur ersten Ölpreiskrise 1973 gegeben werden. Die eigentliche Analyse erstreckt sich dann von 1973 bis 1990 mit Schwerpunkt ab der zweiten Ölpreiskrise von 1979.

Mineralöl verdrängt Steinkohle zu Ende der fünfziger Jahre

Anfang der 50er Jahre entsprach der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik etwa einem Drittel des jetzigen Niveaus. Er wurde zu 94 % durch Stein-

kohle und Rohbraunkohle gedeckt, und zwar fast ausschließlich aus heimischen Vorkommen. Mit 5 % fiel der Mineralölanteil kaum ins Gewicht. Die Bundesrepublik war hinsichtlich der Energieversorgung nicht nur autark, sondern exportierte darüber hinaus noch dreimal soviel Energieträger wie sie importierte.

Bis Mitte der fünfziger Jahre blieb die Kohle unangefochten wichtigster Energieträger der Bundesrepublik. Auch 1955 machten Steinkohle und Braunkohle zusammen noch 90 % des gesamten Energieverbrauchs aus.

Seit Ende der fünfziger Jahre erwuchs der deutschen Kohle mit dem Mineralöl ein Konkurrent (Tabelle 1). Damit stiegen auch die Energieeinfuhren. Bei einer 1958 noch etwa gleichen Ausgangslage, verdoppelte sich der Verbraucherpreis für Braunkohlebriketts bis 1972, und die Anthrazit-Steinkohle wurde um zwei Drittel teurer. Dagegen blieb der Preis für leichtes Heizöl in dem ganzen Zeitraum mit kleinen Schwankungen stabil bei etwa 0,18 DM pro Liter. Der Benzinpreis pendelte nur geringfügig um 0,60 DM je Liter. In derselben Zeit verteuerte sich die Lebenshaltung um fast die Hälfte.

Aus dieser Entwicklung heraus erklärt sich der Rückgang des Steinkohleabsatzes zwischen 1958 und 1972 um ein Drittel bei einem Zuwachs des Gesamtenergieverbrauchs um 86 %. Verbrauchsfördernd wirkten hierbei die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts und der Bevölkerung sowie die preisgünstige Verfügbarkeit des Mineralöls. So wurde zum Beispiel 1972 fünfzehnmal soviel leichtes Heizöl abgesetzt wie 1958, und der Verbrauch an Motorenbenzin stieg auf das Viereinhalbfache. Die Verbrauchsanteile am Mineralöl veränderten sich: Wurden 1950 noch drei Viertel der Erdölprodukte im Verkehr verbraucht und dehnten bis 1961 Industrie, Haushalte und sonstige Verbraucher ihre Anteile daran noch in praktisch gleichem Maße aus, so ging nach 1961 die Bedeutung der Industrie für den Mineralölverbrauch wieder zurück. Dagegen verlangsamte sich der Rückgang des Verkehrsanteils deutlich, setzte sich die Ausdehnung der Haushalte und sonstigen Verbraucher unvermindert fort.

1 In der Energiebilanz wird das Aufkommen und die Verwendung von Energieträgern in einer Volkswirtschaft - oder in Teilen darin - für einen bestimmten Zeitraum möglichst lückenlos und detailliert nachgewiesen. Vom Endenergieverbrauch nach Verbrauchssektoren und Energieträgern aus, zeigt sie die komplexen Verflechtungen der Umwandlung von Energieträgern bis hin zum Gesamtenergieverbrauch (Primärenergieverbrauch).

2 Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (Hrsg.): Untersuchung über die Entwicklung der gegenwärtigen und zukünftigen Struktur von Angebot und Nachfrage in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung des Steinkohlenbergbaus, Berlin 1962.

Tabelle 1
Primär- und Endenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland*) und in Baden-Württemberg von 1950 bzw. 1965 bis 1973

Jahr	Primärenergieverbrauch				Endenergieverbrauch			
	insgesamt	darunter			insgesamt	davon		
		Steinkohlen:	Braunkohlen Pechkohlen	Mineralöle		Industrie	Verkehr	Haushalte und sonstige Verbraucher ²⁾
Mill. t SKE	%			Mill. t SKE	%			
Bundesgebiet ¹⁾								
1950	135,5	72,8	15,2	4,7	86,7	45,8	17,2	37,0
1951	149,8	74,3	14,7	4,7	100,3	45,8	16,0	38,2
1953	155,5	73,3	15,3	6,0	105,6	46,0	16,1	37,9
1955	183,4	71,7	14,9	8,5	126,1	47,3	15,3	37,4
1957	196,1	69,9	14,8	11,0	134,7	47,3	15,1	37,6
1959	194,0	62,8	14,5	18,3	133,3	47,5	16,7	35,8
1961	215,7	57,2	13,6	24,9	149,8	47,4	16,2	36,4
1963	248,9	51,0	13,0	32,4	176,4	41,0	15,5	43,5
1965	264,6	43,3	11,3	40,8	184,2	42,7	16,4	40,9
1967	266,8	36,2	10,2	47,7	185,0	40,8	17,3	41,9
1969	315,0	32,3	9,5	50,9	217,4	40,0	16,6	43,4
1971	339,4	26,6	8,6	54,7	230,7	38,2	18,4	43,4
1972	354,3	23,6	8,7	55,4	240,0	37,4	18,5	44,1
1973	378,5	22,2	8,7	55,2	253,9	37,7	18,0	44,3
Baden-Württemberg								
1965	26,0	29,4	3,9	53,3	20,4	33,5	22,0	44,5
1971	36,1	15,2	1,5	69,6	27,2	32,2	24,2	43,5
1972	38,6	11,6	1,1	70,9	28,5	32,0	24,5	43,5
1973	42,4	9,3	1,0	71,2	30,6	28,2	21,7	50,1

*) Hier wie in den folgenden Tabellen alte Bundesländer. – 1) Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. – 2) Einschließlich Militärische Dienststellen.

Die zuvor geschilderte Entwicklung der Energieversorgung im Bundesgebiet traf im wesentlichen auch auf Baden-Württemberg zu. Die Energiewirtschaft des Landes war von Anfang an durch den Mangel an heimischen Primärenergieträgern und Revierferne geprägt. Die Energieversorgung des Landes war deshalb in verstärktem Maße auf das vielseitig verwendbare Mineralöl angewiesen. Es verwundert deshalb nicht, daß die erste Energiebilanz Baden-Württembergs 1965 einen Anteil der Mineralölprodukte am Primärenergieverbrauch von 53 % auswies, der im Bundesgebiet bei 41 % lag. Bis zum Jahr 1972 stieg der Mineralölanteil im Bundesgebiet auf 55 %, in Baden-Württemberg waren es sogar 71 %.

Ölkrise 1973 und erste Strukturveränderungen

Als die OPEC 1973 Erdöl als politische Waffe im Nahostkonflikt einsetzte, änderte sich die Angebotssituation auf den Energiemärkten der westlichen

Welt schlagartig. Der bis dahin durch Preisstabilität und reichliche Mengen gekennzeichnete Markt wurde durch die Preispolitik der OPEC, durch den gewaltigen Preissprung (von 3 US-\$/barrel auf 12 US-\$/barrel) beim "Preisführer Rohöl", vom Käufer- zum Verkäufermarkt. In Zusammenhang damit rückten auch die Grenzen der wirtschaftlich erschließbaren Energiereserven stärker ins Bewußtsein. Die Sicherheit und Preisgünstigkeit der Energieversorgung rückten ins Zentrum der Energiepolitik.

Als vordringlichste Aufgabe galt jetzt, den Ölanteil zugunsten relativ sicherer und preisgünstigerer Energieträger zurückzudrängen, und auf sparsamen und rationellen Umgang mit Energie hinzuwirken.

Im Jahr 1973 betrug der Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg 42,4 Mill. t Steinkohleneinheiten (SKE), hiervon entfielen 71 % auf Mineralöl. Der Anteil im Bundesgebiet insgesamt lag hingegen bei 55 %.

Kernenergie und Erdgas ersetzen nach 1973 in Teilen Erdöl

Die Entwicklung der Energieversorgung in Baden-Württemberg seit 1973 war geprägt durch zwei Substitutionsprozesse mit dem gemeinsamen Ziel, die Abhängigkeit von Mineralölprodukten zu vermindern. Zum einen hat sich die Struktur des Primärenergieverbrauchs deutlich gewandelt (Schaubild 1). Bis 1978 erniedrigte sich der Mineralölanteil auf 64 %. Zum Abbau der Mineralölabhängigkeit trug vor allem der zunehmende Einsatz von Kernenergie zur Stromerzeugung und der Mehrverbrauch von Erdgas im Raumwärmebereich bei. Diese Energieträger konnten bis 1978 ihre Anteile am Primärenergieverbrauch auf 6 % bzw. 8 % erhöhen (Tabelle 1 im Anhang).

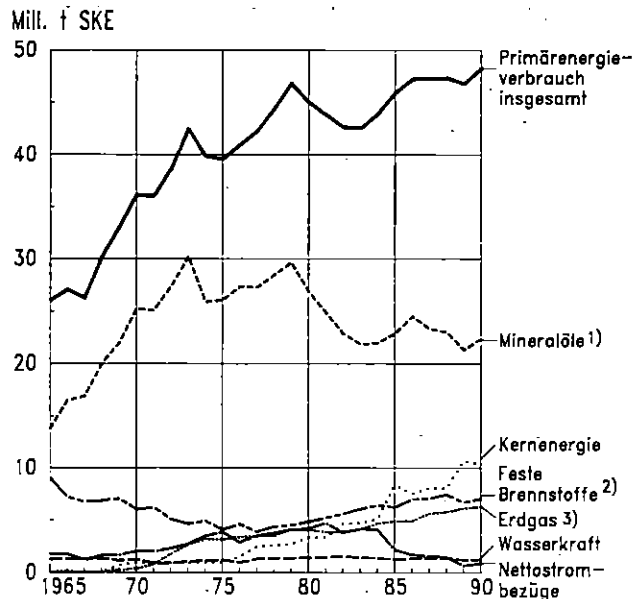
Zum anderen galt es, das Wachstum des gesamten Energieverbrauchs durch vermehrten Einsatz von Kapital für Wärmedämmung, Abwärmenutzung, energiesparende Geräte, Anlagen etc. zu reduzieren. Bei Betrachtung des spezifischen Energieverbrauchs zeigte sich ein sparsamerer und rationellerer Umgang mit Energie. So ging der spezifische Primärenergieverbrauch im Land von 180 kg SKE pro 1 000 DM Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1985) im Jahr 1973 (Bundesgebiet: 254 kg SKE) auf 172 kg SKE im Jahr 1978 (237 kg SKE) zurück.

Absolut erhöhte sich jedoch der gesamte Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg zwischen 1973 und 1978 um 4,5 %, von 42,4 auf 44,4 Mill. t SKE (Tabelle 2). Im gesamten Bundesgebiet war eine Zunahme des Primärenergieverbrauchs (Tabelle 3) um 2,8 % - von 378,5 auf 389,0 Mill. t SKE - zu verzeichnen.

Der Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg vergrößerte sich zwischen 1973 und 1978 um 6,1 % von 30,6 auf 32,4 Mill. t SKE (Zunahme im Bundesgebiet: 2,2 %). Es war bei allen Energieträgern im Land - mit Ausnahme von Stein- und Braunkohle - ein Zuwachs zu verzeichnen. Obwohl auch der Verbrauch an Mineralölprodukten in absoluten Zahlen zugenommen hat, ist ihr Anteil am gesamten Endenergieverbrauch im Betrachtungszeitraum von 74,5 % auf 72,6 % zurückgegangen. Demgegenüber stiegen die Anteile von Erdgas und Strom zwischen 1973 und 1978 - von 5,0 % auf 7,3 % bzw. von 12,8 % auf 14,6 % - deutlich an (Tabelle 4 im Anhang).

Schaubild 1

Wandel in der Energieversorgung in Baden-Württemberg von 1965 bis 1990 nach Energieträgern



1) Einschließlich Flüssiggas und Raffineriegas. - 2) Steinkohlen, Braunkohlen, Brennholz, Müll. - 3) Einschließlich Erdölgas, Stadtgas, Klärgas.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

198 92

Unterschiedliche Entwicklung bei den Verbrauchergruppen

Die Hälfte des Endenergieverbrauchs entfiel sowohl 1978 wie auch 1973 auf die Gruppe der Haushalte und sonstigen Verbraucher. Absolut gesehen hat der Verbrauch dieser Gruppe in diesen Jahren auf 16,5 Mill. t SKE (+ 7,4 %) zugenommen (Tabelle 4). In dieser Zeit stieg die Zahl der Haushalte um 3,6 %. Auch je Einwohner ist der Endenergieverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher um 8,6 % - von 1658 auf 1800 kg SKE - gestiegen. Dabei ist der Verbrauch an Mineralöl um 3,3 %, der von Strom um 37,0 % und der von Gas um 54,7 % je Einwohner angewachsen.

Der Endenergieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ging von 1973 bis 1978 um 5,1 % von 8,4 auf 7,9 Mill. t SKE zurück. Der Index der Nettoproduktion (1985=100) stieg in diesem Zeitraum von 87,0 auf 88,9 (+ 2,2 %). Der Anteil dieser Verbrauchergruppe Anteil am gesamten Endenergieverbrauch verringerte sich weiterhin von 28,2 % auf 25,4 %. Kennzeichnend für den End-

Tabelle 2

Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg 1973 bis 1978 nach Verbrauchsart und Verbrauchergruppen

Verbrauchsart	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Verbrauchergruppe						
Mill. t SKE						
Primärenergieverbrauch	42,44	39,86	39,57	40,94	42,22	44,37
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	9,86	9,38	9,50	9,57	10,00	10,67
Nichtenergetischer Verbrauch	2,02	1,91	1,62	1,24	1,74	1,29
Endenergieverbrauch	30,56	28,57	28,45	30,13	30,48	32,41
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8,62	8,01	7,47	7,98	8,06	8,23
Verkehr	6,62	6,29	6,72	6,97	7,37	7,73
Haushalte und sonstige Verbraucher	15,32	14,28	14,26	15,18	15,05	16,45
Anteil am Primärenergieverbrauch in %						
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	23,2	23,5	24,0	23,4	23,7	24,0
Nichtenergetischer Verbrauch	4,8	4,8	4,1	3,0	4,1	2,9
Endenergieverbrauch	72,0	71,7	71,9	73,6	72,2	73,0
Anteil am Endenergieverbrauch in %						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	28,2	28,0	26,3	26,5	26,4	25,4
Verkehr	21,7	22,0	23,6	23,1	24,2	23,9
Haushalte und sonstige Verbraucher	50,1	50,0	50,1	50,4	49,4	50,8

energieverbrauch des Landes war dabei - und ist auch heute noch - der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringere Verbrauchsanteil der Industrie. Dies ist auf das von jeher geringere Gewicht der energieintensiven Grundstoff- und Produktionsgüterbranchen in Baden-Württemberg zurückzuführen. Beim Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe läßt sich im betrachteten Zeitraum ein Substitutionseffekt erkennen. So stand einem zurückgehenden Verbrauch an leichtem und schwerem Heizöl (- 12,5 %) sowie an Steinkohlen (- 20,8 %) ein Anstieg bei Gas (+ 32,5 %) und Strom (+ 8,4 %) gegenüber (Tabelle 5).

Im Verkehr hat der Endenergieverbrauch von 1973 bis 1978 um 16,7 % - von 6,6 auf 7,7 Mill. t SKE - zugenommen. Damit lag sein Anteil 1978 bei 23,9 %

gegenüber 21,7 % im Jahr 1973. Ausschlaggebend hierfür war der Kraftstoffverbrauch (Motorenbenzin und Dieselkraftstoff) im Straßenverkehr, der im Betrachtungszeitraum insgesamt eine Verbrauchssteigerung - nach einem kurzen Rückgang im Jahr 1974 - von 19,9 % aufwies. Ursächlich hierfür war eine überdurchschnittliche Steigerung des Kraftfahrzeugbestandes (+ 22,7 %) und der Jahresfahrleistung (+ 25,7 %) in diesem Zeitraum.

Zweite Ölpreiskrise 1979 und verstärkte Strukturveränderungen

Nach der iranischen Revolution im Jahre 1979 und dem Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges wurde der Rohölpreis von 12 US-\$/barrel bis auf 34 US-\$/barrel angehoben.

Tabelle 3

Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland 1973 bis 1978 nach Verbrauchsart und Verbrauchergruppen

Verbrauchsart	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Verbrauchergruppe						
Mill. t SKE						
Primärenergieverbrauch	378,46	365,89	347,74	370,31	372,34	389,01
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	94,71	92,68	90,73	96,08	92,84	97,59
Nichtenergetischer Verbrauch	29,84	29,11	23,49	25,38	30,23	31,94
Endenergieverbrauch	253,91	243,60	234,02	248,85	249,27	259,48
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	95,56	95,67	83,98	88,21	88,05	88,62
Verkehr	45,76	43,78	46,24	48,51	51,22	54,17
Haushalte und sonstige Verbraucher	112,59	104,15	103,80	112,04	110,00	116,70
Anteil am Primärenergieverbrauch in %						
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	25,0	25,3	25,9	25,9	24,9	25,1
Nichtenergetischer Verbrauch	7,9	8,1	6,8	6,9	8,1	8,2
Endenergieverbrauch	67,1	66,6	67,3	67,2	66,9	66,7
Anteil am Endenergieverbrauch in %						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	37,6	39,3	35,9	35,5	35,3	34,2
Verkehr	18,0	18,0	19,8	19,5	20,5	20,9
Haushalte und sonstige Verbraucher	44,3	42,8	44,4	45,0	44,1	45,0

Die Energiepolitik in Baden-Württemberg und der Bundesrepublik blieb verstärkt auf die rationelle Energienutzung, die Ölsubstitution und die regionale Diversifizierung der Bezugsquellen gerichtet.

Die Entwicklung der Rohölpreise leitete einen Umbruch in der Ölverbrauchsentwicklung ein, mit einer starken Schrumpfung des Primärenergieverbrauchs von Rohöl und Mineralölprodukten in den Folgejahren. Der gesamte Primärenergieverbrauch des Landes Baden-Württemberg im Jahr 1979 betrug 46,8 Mill. t SKE, ein Wert, der in den nachfolgenden sechs Jahren nicht mehr erreicht wurde. Hiervon entfielen 63,4 % auf den Mineralölbereich im Vergleich zu 50,7 % im Bundesgebiet.

Rationelle Energieverwendung und Substitution nach 1979 weiter verbessert

Wegen des höheren Ausgangsniveaus hatte der zweite Preisschub des Rohöls im Jahre 1979 wesentlich stärkere und nachhaltigere Reaktionen hervorgerufen als der erste 1973. Die Energieeinsparung und die Substitution von Öl durch andere Energieträger wurden durch zahlreiche energiepolitische Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene forciert. Diese betrafen hauptsächlich die finanzielle Förderung des Ausbaus der Erdgas- und Fernwärmeversorgung, der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energieträger. Ausserdem wurden Einsparvorschriften eingeführt.

Nach 1979 kam es im Land zu einem bis 1983 anhaltenden Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 9,2 % auf 42,52 Mill. t SKE. Zwischen 1984 und 1986 stieg der Energieverbrauch um 7,7 %, und von 1986 bis 1988 stagnierte er praktisch. In 1989 wurde wieder das Niveau des Jahres 1979 erreicht. Zwischen 1989 und 1990 stieg der Primärenergieverbrauch um 3,1 % auf 48,28 Mill. t SKE. In dieser Zeit stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1985) um 4,5 % und die Bevölkerung um rund 200 000 Personen.

In dem gesamten Zeitraum von 1979 bis 1990 nahm der Primärenergieverbrauch somit um 3,1 % von 46,83 auf 48,28 Mill. t SKE zu. Im Bundesgebiet ergab sich eine Verringerung um 3,9 % von 408,2 auf 392,2 Mill. t SKE (Tabelle 6 und 7). Diesen Veränderungen stand ein Bevölkerungswachstum seit 1979 um 630 000 Personen und eine insgesamt äußerst positive konjunkturelle Entwicklung gegenüber (Schaubild 2). So nahm das reale Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1985) seit 1979 - von einem

Tabelle 4
Endenergieverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher in Baden-Württemberg 1973 bis 1978 nach Energieträgern

Energieträger	1973	1974	1975	1976	1977	1978
1000 t SKE						
Steinkohlen	545	746	469	320	275	257
Braunkohlenbriketts	427	416	314	274	255	242
Brennholz	142	178	155	156	159	175
Heizöl leicht	9 954	8 708	8 780	9 605	9 356	10 266
Heizöl schwer	266	89	158	34	52	120
Erdgas und Erdölgas ¹⁾	1 062	1 144	1 264	1 439	1 452	1 625
Strom	1 853	1 944	2 071	2 225	2 349	2 511
Fernwärme	384	370	418	426	424	495
Sonstige Energieträger ²⁾	684	683	633	696	723	757
Insgesamt	15 317	14 278	14 262	15 175	15 045	16 448

1) Einschließlich Stadtgas. - 2) Motorenbenzin, Flugbenzin, Flugturbinenkraftstoff, Petroleum, Dieselmotorkraftstoff, Flüssiggas, Klargas

Einbruch im Jahre 1982 abgesehen - im Bund und Land ständig zu. Damit ergab sich zwischen 1979 und 1990 in Baden-Württemberg eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um knapp ein Drittel und im Bundesgebiet um fast ein Viertel.

Gleichzeitig zeigen jetzt ein verbesserter, rationeller Umgang mit Energie einerseits und die Irreversibilität der durch energiesparende Investitionen realisierten Einsparpotentiale andererseits Wirkung; dies insbesondere im Rückgang des spezifischen

Tabelle 5
Endenergieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1973 bis 1978 nach Energieträgern

Energieträger	1973	1974	1975	1976	1977	1978
1000 t SKE						
Steinkohlen	457	402	380	397	363	362
Sonstige feste Brennstoffe ¹⁾	25	27	23	23	23	16
Heizöl leicht	1 820	1 514	1 450	1 515	1 619	1 706
Heizöl schwer	3 570	3 128	2 901	3 181	2 973	3 011
Erdgas und Erdölgas ²⁾	594	766	709	652	776	787
Strom	1 900	1 867	1 750	1 909	1 994	2 059
Fernwärme	135	130	139	157	173	192
Sonstige Energieträger ³⁾	117	112	114	148	141	100
Insgesamt	8 618	8 005	7 466	7 982	8 062	8 233

1) Braunkohlen, Holz. - 2) Einschließlich Stadtgas. - 3) Schwerer Flugturbinenkraftstoff, Petroleum, Petrolkoks, Flüssiggas, Raffineriegas.

Tabelle 6

**Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg 1979 bis 1990
nach Verbrauchsart und Verbrauchergruppen**

Verbrauchsart Verbrauchergruppe	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mill. t SKE										
Primärenergieverbrauch	46,83	44,98	42,63	43,90	45,94	47,26	47,31	47,37	46,82	48,28
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	11,46	11,50	11,61	11,83	12,73	12,45	12,81	13,08	13,46	14,01
Nichtenergetischer Verbrauch	1,31	1,19	1,15	1,03	1,02	1,05	0,99	0,96	0,95	0,95
Endenergieverbrauch	34,06	32,29	29,88	31,03	32,19	33,76	33,52	33,34	32,40	33,31
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8,38	8,27	7,71	7,69	7,73	7,83	7,91	7,83	8,15	8,28
Verkehr	8,01	8,02	7,56	7,85	7,97	8,43	8,73	9,05	9,22	9,49
Haushalte und sonstige Verbraucher	17,67	16,01	14,61	15,49	16,48	17,50	16,88	16,45	15,04	15,54
Anteil am Primärenergieverbrauch in %										
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	24,5	25,6	27,2	26,9	27,7	26,3	27,1	27,6	28,7	29,0
Nichtenergetischer Verbrauch	2,8	2,6	2,7	2,3	2,2	2,2	2,1	2,0	2,0	2,0
Endenergieverbrauch	72,7	71,8	70,1	70,7	70,1	71,4	70,9	70,4	69,2	69,0
Anteil am Endenergieverbrauch in %										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	24,6	25,6	25,8	24,8	24,0	23,2	23,6	23,5	25,2	24,9
Verkehr	23,5	24,8	25,3	25,3	24,8	25,0	26,0	27,1	28,5	28,5
Haushalte und sonstige Verbraucher	51,9	49,6	48,9	49,9	51,2	51,8	50,4	49,3	46,4	46,7

Primärenergieverbrauchs (Tabelle 8) von 173,5 kg SKE pro 1000 DM Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1979 auf 137,5 kg SKE im Jahre 1990 (Bundesgebiet: von 238,8 auf 185,1 kg SKE pro 1000 DM Bruttoinlandsprodukt). Zudem wird im längerfristigen Vergleich eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch in Land und Bund deutlich sichtbar. So ist in Baden-Württemberg der Primärenergieverbrauch von 1979 bis 1990 durchschnittlich um 0,3 % und das Bruttoinlandsprodukt um 2,4 % - seit 1973 um 0,8 % bzw. 2,4 % (Tabelle 9) - pro Jahr angestiegen. Im Bundesgebiet lagen die Veränderungen dieser Größen zwischen 1979 und 1990 im Jahresdurchschnitt bei - 0,4 % bzw. + 2,0 % (1973-1990: + 1,4 % bzw. + 2,1 %).

Mineralölanteil geht nach 1979 weiter zurück

Nach einzelnen Energieträgern unterschieden, nahm der Primärenergieverbrauch an Mineralölen zwischen 1979 und 1990 um ein Viertel ab. Auch der deutliche Preisverfall des Roh- und Heizöls im Jahre

1986 änderte daran nichts. So nahm der Mineralölanteil am gesamten Primärenergieverbrauch zwischen 1979 und 1990 von 63,4 % auf 46,3 % kontinuierlich ab, blieb aber über all die Jahre hinweg immer der wichtigste Energieträger. Im Bundesgebiet ging der Anteil von 50,7 % auf 40,9 % zurück (Tabelle 1 und 2 im Anhang).

Der Primärenergieverbrauch an Steinkohle erhöhte sich im Betrachtungszeitraum - hauptsächlich infolge der Einsatzverpflichtungen von deutscher Steinkohle zur Stromerzeugung im Rahmen des Jahrhundertvertrags - um 63,4 %. Damit vergrößerte sich ihr Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch von 8,3 % auf 13,1 %. Daneben hatten vor allem das Erdgas und die Kernenergie zum weiteren Abbau der Mineralölabhängigkeit beigetragen. Durch eine Verbrauchszunahme um die Hälfte verbesserte das Erdgas seinen Primärenergieanteil von 8,9 % im Jahr 1979 auf 13,0 % elf Jahre später. Einen besonders deutlichen Sprung vorwärts konnte auch die Kernenergie verzeichnen. Durch den hohen

Tabelle 7

Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland 1979 bis 1990 nach Verbrauchsart und Verbrauchergruppen

Verbrauchsart Verbrauchergruppe	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mill. t SKE										
Primärenergieverbrauch	408,2	390,2	361,5	376,1	385,0	386,9	388,0	389,8	382,8	392,2
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	106,3	105,9	103,1	104,6	108,1	106,3	107,8	110,5	109,8	111,7
Nichtenergetischer Verbrauch	32,7	27,4	23,4	26,0	24,7	23,5	23,5	25,6	26,5	27,0
Endenergieverbrauch	269,3	256,9	235,0	245,5	252,1	257,1	256,7	253,8	246,5	253,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	92,1	88,1	76,9	78,0	78,0	75,1	75,0	76,6	77,9	76,8
Verkehr	56,1	56,8	55,2	58,1	58,4	61,6	63,8	66,5	67,9	71,3
Haushalte und sonstige Verbraucher	121,1	112,0	102,9	109,4	115,7	120,4	117,9	110,7	100,7	105,3
Anteil am Primärenergieverbrauch in %										
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	26,0	27,2	28,5	27,8	28,1	27,5	27,8	28,3	28,7	28,5
Nichtenergetischer Verbrauch	8,0	7,0	6,5	6,9	6,4	6,1	6,1	6,6	6,9	6,9
Endenergieverbrauch	66,0	65,8	65,0	65,3	65,5	66,4	66,1	65,1	64,4	64,6
Anteil am Endenergieverbrauch in %										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	34,2	34,3	32,7	31,7	31,0	29,2	29,2	30,2	31,6	30,3
Verkehr	20,8	22,1	23,5	23,7	23,2	24,0	24,9	26,2	27,5	28,1
Haushalte und sonstige Verbraucher	45,0	43,6	43,8	44,6	45,8	46,8	45,9	43,6	40,9	41,5

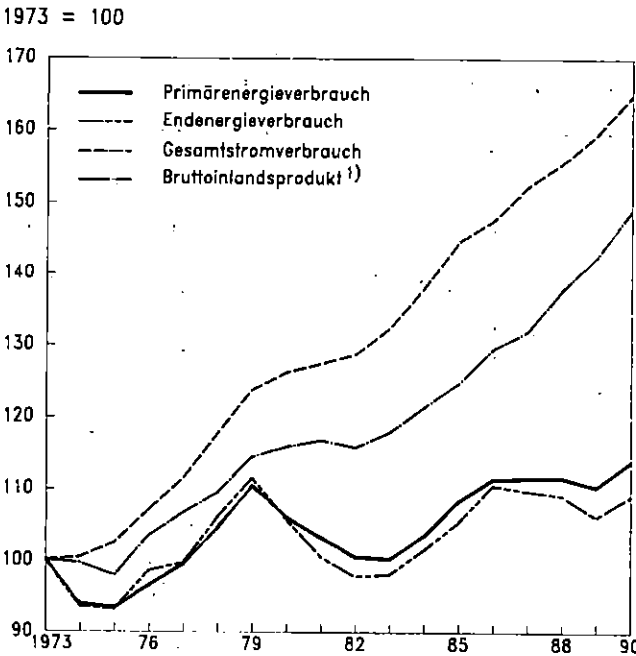
Einsatz bei der Stromerzeugung kletterte ihr Anteil am Primärenergieverbrauch zwischen 1979 und 1990 von 6,0 % auf 21,4 %. Damit wurde die Kernenergie in diesen Jahren zum zweitwichtigsten Primärenergieträger in Baden-Württemberg.

Bis jetzt noch bescheidener Beitrag regenerativer Energien im Land

Der Beitrag der erneuerbaren Energien zum Primärenergieverbrauch des Landes fällt bisher relativ gering aus. Der Verbrauch dieser Energieträger nahm seit 1979 um 3,3 % - und seit 1973 um 36,8 % - zu. Ihr Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch blieb jedoch mit 3,9 % zwischen 1979 und 1990 konstant (1973: 3,3 %). Im Bundesgebiet erhöhte sich der Anteil dieser Energieträger von 1,9 % im Jahr 1979 (1973: 1,7 %) auf 2,5 % im Jahr 1990.

Die größte Bedeutung hat dabei die Wasserkraft. Zwei Drittel des Primärenergieverbrauchs an regenerativen Energien im Land entfällt auf sie. Die Wasserkraft hatte 1990 einen Anteil von 2,6 % am

Schaubild 2
Entwicklung von Energieverbrauch und Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg von 1973 bis 1990



1) In Preisen von 1985.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 243 92

Tabelle 8

Energieverbrauch je 1000 DM Bruttoinlandsprodukt*) in Baden-Württemberg 1973 bis 1990

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Energieverbrauch je 1000 DM Bruttoinlandsprodukt	
		Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
	Mill. DM	kg SKE	
1973	235 770	190,0	129,6
1979	269 901	173,5	126,2
1980	273 253	164,6	118,2
1982	272 994	156,2	109,5
1984	286 197	153,3	108,4
1985	294 198	156,2	109,4
1986	305 374	154,8	110,6
1987	311 143	152,1	107,7
1988	324 681	145,9	102,7
1989	335 950	139,4	96,4
1990	351 129	137,5	94,9

*) In Preisen von 1985.

Primärenergieverbrauch insgesamt und von 8,2 % an der Stromerzeugung. Um das Potential dieses Energieträgers noch weiter auszuschöpfen, unterstützt die Landesregierung Baden-Württemberg Bau und Modernisierung kleiner Wasserkraftanlagen.

Sonne, Wind und Erdwärme haben bislang noch keinen Eingang in die Energiebilanz gefunden. Derzeit existieren in Baden-Württemberg rund 40 000 m²

Kollektorfläche, rund 9 000 elektrische Wärmepumpen, rund 25 Biogasanlagen, rund 15 Deponiegasanlagen und rund 6 Anlagen zur Erdwärmennutzung³. Die hier erzeugten Energiemengen fallen allerdings nicht sonderlich ins Gewicht. Die Landesregierung fördert erneuerbare Energieträger durch Forschung, Entwicklung, Demonstration, Markteinführung und Beratung.

Abhängigkeit des Landes von Energieimporten

Die heimische Förderung und Exploration von Energie leistet nur einen bescheidenen Beitrag zur Energieversorgung Baden-Württembergs. Lediglich etwa 4 % des Primärenergieverbrauchs werden seit 1973 im Lande gewonnen. Die geringen Vorkommen an Erdöl und Erdgas werden dabei - nach gegenwärtigem Kenntnisstand - wohl in absehbarer Zeit ganz erschöpft sein.

Die Abhängigkeit des Landes von Energieeinfuhren ist somit nach wie vor besonders groß. Dabei stand das Mineralöl von Mitte der 60er Jahre bis 1973 mit immer größerem Abstand zu den übrigen Energieträgern an erster Stelle. In den Folgejahren verlor es

3 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg (Hrsg.): Energieprogramm 1991, Stuttgart 1991.

Tabelle 9

Zuwachsraten von Energieverbrauch und Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg und der Bundesrepublik Deutschland 1973 bis 1990

Merkmal	Jahresdurchschnitt 1973-1990 ¹⁾	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	%	Veränderung gegenüber Vorjahr in %																	
Baden-Württemberg																			
PEV ²⁾	+ 0,8	-	- 8,1	- 0,7	+ 3,4	+ 3,1	+ 5,1	+ 5,5	- 4,0	- 2,8	- 2,8	- 0,3	+ 3,2	+ 4,6	+ 2,9	+ 0,1	+ 0,1	- 1,2	+ 3,1
EEV ³⁾	+ 0,5	-	- 8,5	- 0,4	+ 5,9	+ 1,1	+ 8,4	+ 5,1	- 5,2	- 4,9	- 2,7	+ 0,3	+ 3,5	+ 3,8	+ 4,9	- 0,7	- 0,5	- 2,8	+ 2,8
STV ⁴⁾	+ 3,0	+ 8,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 4,5	+ 4,1	+ 5,7	+ 5,1	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,9	+ 4,2	+ 4,8	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,3
BIP ⁵⁾	+ 2,4	-	- 0,4	- 1,8	+ 5,8	+ 3,1	+ 2,8	+ 4,8	+ 1,2	+ 0,8	- 0,9	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 1,9	+ 4,4	+ 3,5	+ 4,5
Bundesrepublik																			
PEV ²⁾	+ 0,2	+ 8,8	- 3,1	- 5,0	+ 8,5	+ 0,5	+ 4,5	+ 4,9	- 4,4	- 4,1	- 3,4	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	- 1,8	+ 2,5
EEV ³⁾	+ 0,0	+ 5,8	- 4,1	- 3,9	+ 8,4	+ 0,2	+ 4,1	+ 3,8	- 4,6	- 4,1	- 4,6	+ 0,4	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,0	- 0,2	- 1,1	- 2,9	+ 2,8
STV ⁴⁾	+ 2,2	+ 8,1	+ 2,8	- 2,2	+ 7,9	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	+ 0,7	+ 0,4	- 0,9	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8
BIP ⁵⁾	+ 2,1	-	+ 0,3	- 1,4	+ 5,3	+ 2,8	+ 3,0	+ 4,1	+ 1,1	+ 0,2	- 0,9	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,4	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,7

1) Finanzmathematischer Durchschnitt. - 2) Primärenergieverbrauch. - 3) Endenergieverbrauch. - 4) Gesamtstromverbrauch. - 5) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985.

zwar allmählich an Gewicht, zurückgedrängt vor allem durch den verstärkten Ausbau der Erdgasversorgung und dem immer größer werdenden Einsatz von Kernenergie zur Stromerzeugung. Trotzdem ist Baden-Württemberg nach wie vor in starkem Maße von Importen des Energieträgers Mineralöl abhängig.

Die Rohöleinfuhren nahmen zwischen 1979 und 1990 um 3,9 % zu. Diese Rohölimporte wurden allerdings im Laufe der Zeit auf eine breitere geografische Bezugsbasis gestellt. Nachdem im Jahre 1973 noch 81,4 % der eingeführten Rohöle aus Libyen (40,6 %), Saudi-Arabien (25,8 %) und Algerien (15,0 %) stammten, bezogen die baden-württembergischen Raffinerien aus diesen Staaten im Jahre 1990 nur noch 40,1 % der importierten Menge von 26,1 Mill. t SKE. Dafür kamen nunmehr 23,6 % der Rohölimporte aus der ehemaligen Sowjetunion (13,4 %) und aus Norwegen (10,2 %).

Auch der zunehmende Erdgasverbrauch in Baden-Württemberg schlug sich in Importen nieder. Da der Anteil der landeseigenen Förderung am Gasaufkommen im Jahre 1990 bei lediglich 1,2 % lag (1973: 5,8 %), mußte nach wie vor das meiste Erdgas importiert werden. Dabei nahmen die Gasimporte zwischen 1979 und 1990 um die Hälfte und seit 1973 sogar fast um das anderthalbfache zu. Die Bezugsstruktur des Erdgases für die gesamte Bundesrepublik zeigt, daß 1973 noch fast alles Gas aus den Niederlanden stammte. Im Jahre 1990 hingegen stand die ehemalige UDSSR (42,0 %) an erster Stelle, gefolgt von den Niederlanden (36,7 %) und Norwegen (18,9 %)⁴.

Ein anderes Bild bietet sich beim Strom. Die Nettostrombezüge des Landes gingen zwischen 1979 und 1990 um fast vier Fünftel zurück. Damit verringerte sich ihr Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch von 8,9 % im Jahre 1979 auf 1,9 % im Jahre 1990.

Unterschiedliche Versorgungswege beim Mineralöl

Jede Energieart muß, entweder direkt oder über die Umwandlungsbereiche, zu den Endverbrauchern gebracht werden. Dabei läßt sich die leitungsgebun-

dene Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme von der nicht leitungsgebundenen Versorgung mit Mineralölprodukten unterscheiden. Um einen Überblick über diesen letzteren Bereich zu erhalten, muß - mangels aktuellerer Zahlen - auf die Arbeitsstättenzählung 1987 zurückgegriffen werden. Sie weist 307 Großhandelsarbeitsstätten⁵ mit Schwerpunkt im Mineralölhandel aus. Dazu kommen noch 30 Arbeitsstätten, die zusätzlich in erheblichem Umfang mit festen Brennstoffen handeln. Gegenüber der Arbeitsstättenzählung 1970 erwies sich dieser Handelsbereich als relativ konstant. Verringert hat sich dagegen die Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel. Bei diesem wird der Mineralölhandel zwar nicht mehr getrennt ausgewiesen; ähnlich wie im Großhandel dürfte jedoch von den 787 Arbeitsstätten des Brennstoffeinzelfhandels der überwiegende Teil in erster Linie im Mineralölgeschäft tätig sein.

Das dichteste Verteilernetz für Mineralölprodukte bilden die Tankstellen. Man unterscheidet sogenannte Agenturtankstellen, die ihren Kraftstoff im Namen einer Mineralölgesellschaft vertreiben und die freien Tankstellen, die unter eigenem Namen auftreten. Die Zahl der Tankstellen insgesamt hat gegenüber dem Höchststand Ende der 60er Jahre um etwa ein Viertel abgenommen. Bei sinkenden Handelsspannen konnten nur absatzstarke Stationen an attraktiven Standorten überleben.

Hohe Investitionen bei den leitungsgebundenen Energien

Im Bereich der leitungsgebundenen Versorgung von Strom, Erdgas und Fernwärme waren 1990 in Baden-Württemberg 210 Unternehmen tätig. Von diesen Unternehmen entfielen 64 auf die reine Elektrizitäts-, 19 auf die Gas- und 7 auf die Fernwärmeversorgung. Die restlichen 120 Unternehmen waren in allen drei Bereichen tätig. Die nutzbare Stromabgabe der 61 Stadtwerke im Land hatte einen Anteil am Gesamtstromverbrauch von rund 30 %. Die kommunalen Gas- und Fernwärmeversorger hatten Versorgungsanteile in Höhe von rund 98 % bzw. knapp 60 %⁶.

5 Als Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind.

6 Vgl. Verband Kommunalen Unternehmen (Hrsg.): Geschäftsbericht 1990/91, Köln 1992.

4 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Energie-Daten '90, Bonn 1991.

Die Gesamtinvestitionen der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung stiegen von knapp 1,6 Mrd. DM im Jahr 1979 um 52,4 % auf rund 2,4 Mrd. DM im Jahr 1990 (Tabelle 3 im Anhang). Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen (einschließlich Wasserversorgung) lag 1979 noch bei 1,6 % und stieg dann bis 1990 auf 5,4 % an. Der Bereich der Luftreinhaltung hatte schon immer den größten Anteil an den Umweltschutzinvestitionen, der 1990 (vorläufige Zahlen) bei 81,1 % lag, gefolgt vom Gewässerschutz (14,4 %), der Abfallbeseitigung (2,9 %) und der Lärmbekämpfung (1,6 %).

Elektrizitätswirtschaft investierte vor allem im Kraftwerksbereich

Die Investitionen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft nahmen zwischen 1979 und 1990 um 28,1 % von rund 1,3 Mrd. DM auf 1,6 Mrd. DM zu (1973-1990: + 29,8 %). Von 1982 bis 1988 war das Investitionsniveau - aufgrund der verstärkten Abstützung der Strombereitstellung auf die Erzeugung im Land - besonders hoch, so daß insgesamt in den Jahren 1979 bis 1990 fast 25 Mrd. DM in diesen Bereich investiert wurden. Darunter entfielen 12,8 Mrd. DM auf Kraftwerke und 9,6 Mrd. DM auf Verteilungsanlagen. Die Aufwendungen für das elektrische Leitungsnetz allein nahmen um über ein Viertel und damit am stärksten zu. Dadurch wurde das Verteilungsnetz seit 1979 um gut ein Viertel und seit 1973 sogar um fast die Hälfte vergrößert. Es handelte sich hierbei fast ausschließlich um die relativ teuren Erdkabel an Stelle der Freileitungen im Nieder- und Mittelspannungsbereich. Die insgesamt 173 000 km Freileitungen und Kabel des Jahres 1990 - gegenüber 137 000 km 1979 und 118 000 km 1973⁷ - ergeben eine durchschnittliche Leitungsdichte von knapp fünf Kilometern je Quadratkilometer der Landesfläche, während es 1979 noch knapp vier und 1973 drei Kilometer waren.

Die Investitionen im öffentlichen Kraftwerksbereich nahmen zwischen 1979 und 1990 um 20,7 % zu; ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen lag zeitweise bei fast 70 % (1985). Im Jahr 1990 ging dieser Anteil auf 30,6 % zurück. Insbesondere in den Kraftwerksinvestitionen sind seit 1982 bedeutende Aufwendungen

für Umweltschutzmaßnahmen - speziell zur Luftreinhaltung - enthalten. Die Kraftwerkskapazität selbst wurde im Betrachtungszeitraum um 45,5 % erweitert. Damit ist die Brutto-Engpaßleistung der öffentlichen Kraftwerke von 9 354 MW im Jahre 1979 (1973: 6 029 MW) auf 13 613 MW 1990 ausgedehnt worden⁸.

Strukturwandel des Energieeinsatzes zur Stromerzeugung

Der elektrische Strom nimmt unter den Energieträgern eine Sonderstellung ein. Er ist vielseitiger verwendbar als jede andere Energieform, verursacht am Verbrauchsort keine Emissionen und ist in modernen Industriegesellschaften jederzeit und fast überall verfügbar. Deshalb soll im folgenden auf die Entwicklung der öffentlichen Stromerzeugung in Baden-Württemberg - als wesentlichstem Teil der Elektrizitätswirtschaft - und auf die hierfür eingesetzten Energieträger näher eingegangen werden.

Das Bild der Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken hat sich seit 1926 - dem ersten Jahr für das Länderergebnisse über Leistung und Erzeugung vorliegen - bis heute stark gewandelt (Tabelle 10). Zwischen 1926 und 1939 hatte sich die Brutto-Stromerzeugung in Baden-Württemberg von 722 Mill. kWh auf 3 173 Mill. kWh fast verfünffacht. Der Anteil der Wasserkraft lag dabei zwischen drei Vierteln und vier Fünfteln. In den Jahren von 1939 bis 1960 verdreifachte sich die Stromerzeugung auf 9 308 Mill. kWh, während die Erzeugung aus Steinkohle sogar auf das Zehnfache anstieg. Der Anteil der Wasserkraft sank auf ein Drittel.

In den folgenden zwanzig Jahren - von 1960 bis 1980 - verdreifachte sich die Stromerzeugung im Land abermals. Indes lag Baden-Württemberg damit unter dem Bundesdurchschnitt. Sein Anteil am Bundesergebnis fiel deshalb von 13,2 % (1960) auf 9,4 % (1980). Die Struktur der Stromerzeugung hatte sich wiederum stark verändert. Obwohl die Stromerzeugung aus Steinkohle noch relativ stetig um ein Drittel angestiegen war, ging ihr Anteil an der Gesamterzeugung von zwei auf ein Drittel und ihr Anteil am entsprechenden Bundeswert von 19,5 % auf 11,3 % zurück. Der Beitrag der Wasserkraft halbierte sich ebenfalls auf ein Sechstel.

7 Vgl. Verband der Elektrizitätswerke Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.): Statistik der öffentlichen Elektrizitätsversorgung in Baden-Württemberg für das Jahr 1990, Stuttgart 1991.

8 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge.

In den Vordergrund drängten sich zunehmend Energieträger, die zuvor in der Kraftwirtschaft noch keine Verwendung gefunden hatten. Den Anfang machte das schwere Heizöl, das im Vergleich zur Steinkohle immer billiger wurde. 1973 erreichte die Verstromung von Heizöl mit 7 860 Mill. kWh den Höhepunkt. Es übertraf damit sogar erst- und einmalig die Steinkohle.

Nach dem Preisschub im Gefolge der ersten Ölkrise wurde es aber fast ebenso schnell wieder zurückgeführt. Erdgas gelangte - nach seiner Einführung in Baden-Württemberg 1968 - ab 1970 in die öffentlichen Kraftwerke und schon 1976 erreichte der daraus erzeugte Strom seinen Höchstwert. Als Nachwirkung der beiden Ölkrisen ging der Gasbeitrag von 13,2 % im Jahre 1979 auf 2,3 % im Jahr 1990 zurück. Der Beitrag deutscher Steinkohle zur Stromerzeugung blieb - aufgrund des Jahrhundertvertrags - zwischen 1980 und 1990 in etwa konstant bei rund 30 %.

Im Jahr 1968 ging mit dem Kernkraftwerk Obrigheim der erste Leistungsreaktor (357 MW brutto) in Betrieb. Ende 1990 waren 4 630 MW Kernenergie am Netz. Der Kernenergieanteil an der öffentlichen Stromerzeugung betrug 57 %. Die Struktur der gesamten öffentlichen Stromerzeugung des Jahres 1990 stellte sich folgendermaßen dar: Kernenergie 57,4 %, Steinkohle 29,4 %, Wasserkraft 8,6 %, Erdgas 2,3 %, Heizöl 1,7 % und Müll 0,5 %.

Gaswirtschaft investierte vor allem ins Netz

Die Investitionen der Gaswirtschaft haben sich zwischen 1979 und 1990 von 174 Mill. DM auf 550 Mill. DM mehr als verdreifacht. Insbesondere der Ausbau des Erdgasnetzes schlug hierbei zu Buche. Über vier Fünftel der Investitionen erfolgten 1990 in das Leitungs- und Rohrnetz (1979: 70,6 %). Von 1979 bis 1990 wurden in Baden-Württemberg über 7 500 km Rohrleitungen verlegt. Dafür hat die Gaswirtschaft in diesen Jahren rund 3,6 Mrd. DM Investitionsmittel aufgewandt. Die Landesregierung hat den Ausbau der überregionalen Gasinfrastruktur von 1975 bis 1987 mit rund 175 Mill. DM finanziell gefördert⁹. Die gesamte Netzlänge betrug 1990 fast 21 000 km ge-

9 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg (Hrsg.): a.a.O.

Tabelle 10
Brutto-Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken in Baden-Württemberg 1926 bis 1990 nach Kraftquellen

Jahr	Bruttoerzeugung					
	ins- gesamt	davon aus				
		Wasser	Stein- kohle 1)	Heizöl	Gas 2)	Kern- energie
Mill. kWh						
1926	722	547	167	7	1	—
1930	1 122	830	283	7	2	—
1935	1 959	1 632	320	6	1	—
1939	3 173	2 554	617	2	1	—
1960	9 308	3 066	6 242	—	—	—
1965	12 573	3 465	7 588	1 520	—	—
1970	20 279	3 883	7 417	5 973	44	2 962
1975	21 528	3 933	6 672	4 948	2 864	3 111
1976	26 269	3 470	9 703	4 925	3 727	4 444
1977	24 871	4 323	7 185	3 169	3 227	6 967
1978	26 825	4 820	8 803	3 628	2 466	7 108
1979	27 971	4 948	8 593	2 849	3 702	7 882
1980	28 013	4 718	9 293	2 171	2 585	9 246
1981	27 510	5 256	9 861	1 744	1 461	9 188
1982	30 972	5 291	9 854	1 259	1 290	13 278
1983	31 136	4 866	10 951	733	1 214	13 372
1984	33 363	4 686	12 146	456	1 542	14 533
1985	42 179	4 551	11 474	788	912	24 454
1986	44 684	4 764	15 100	1 442	753	22 625
1987	46 561	4 999	15 361	825	1 298	24 167
1988	48 665	5 319	17 137	789	1 386	24 034
1989	53 454	4 687	14 515	643	1 234	32 375
1990	54 151	4 653	16 219	935	1 264	31 081

1) Einschließlich Müll, - 2) Einschließlich Raffineriegas.
Quellen: Statistisches Reichsamt: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Wirtschaft und Statistik. - Bundesministerium für Wirtschaft: Statistischer Bericht über die öffentliche Elektrizitätsversorgung - jeweils verschiedene Jahrgänge. - Eigene Zahlen (Statistischer Bericht).

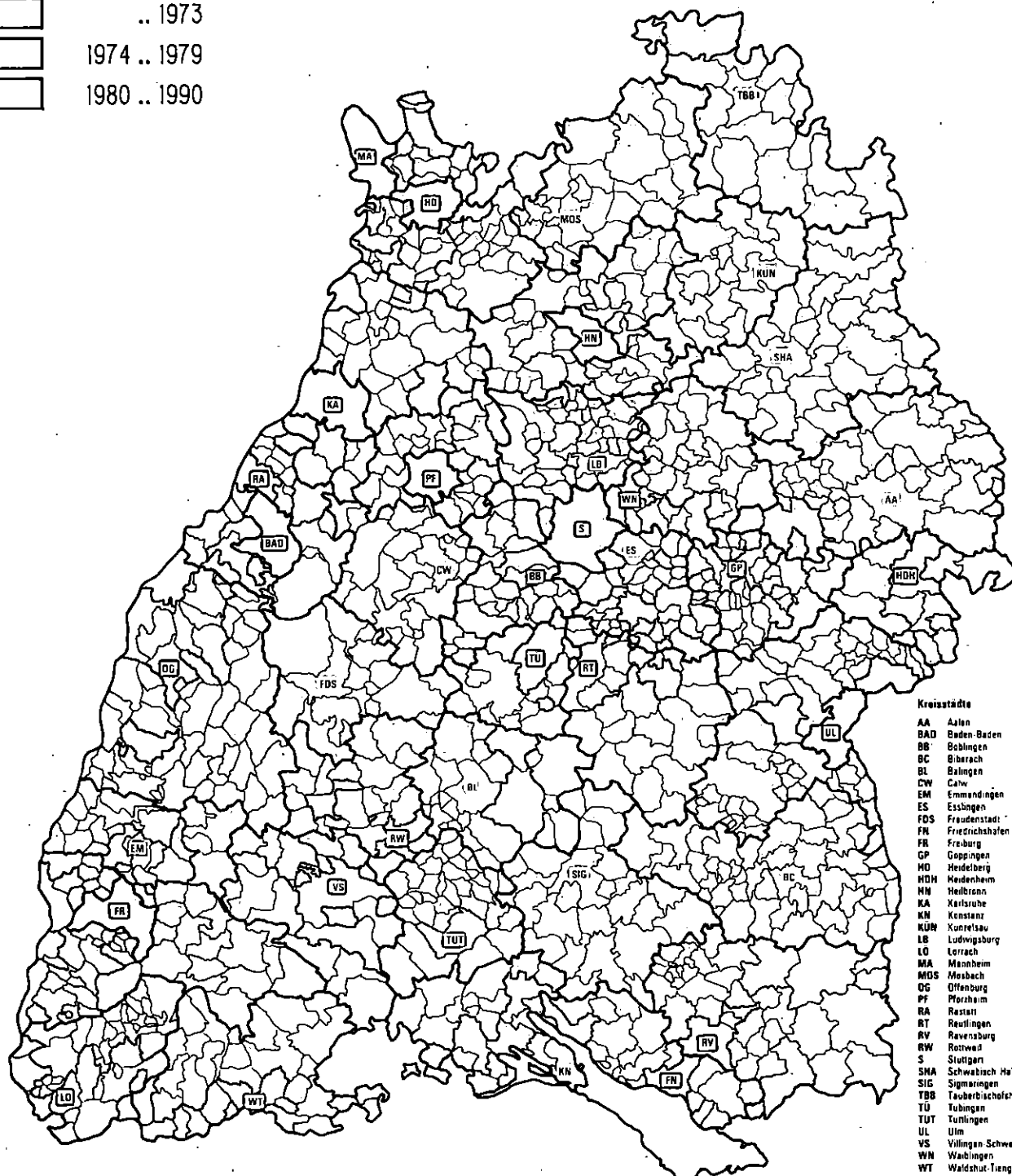
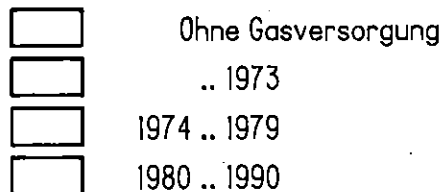
genüber 13 000 km 1979 (1973: 12 000 km)¹⁰. Damit waren 1990 von den 1 111 Gemeinden des Landes 553 an das Erdgasnetz angeschlossen, während es 1979 noch 199 Gemeinden waren¹¹, (Schaubild 3). Die Zahl der gasversorgten Haushalte stieg somit zwischen 1979 und 1990 um 17,8 % von 864 000 auf rund eine Million¹². Damit wurde 1990 ein Viertel der Haushalte des Landes mit Erdgas beliefert.

10 Vgl. Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (Hrsg.): Gasstatistik Baden-Württemberg, Berichtsjahr 1990, Bonn 1991.
11 Vgl. Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Hrsg.): Gasversorgte Gemeinden der GVS-Kunden, Stuttgart 1990.
12 Vgl. Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (Hrsg.): a.a.O.

Entwicklung der Erdgasversorgung in den Gemeinden Baden-Württembergs

Beginn der Erdgasversorgung

von .. bis



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Kapazitätsabbau der Raffinerien nach der zweiten Ölkrise

Den zweiten großen Umwandlungsbereich des Landes bilden nach der Elektrizitätswirtschaft die Raffinerien. In den Raffinerien des Landes wird aus importiertem Rohöl eine ganze Palette von Mineralölzeugnissen - wie Heizöl, Benzin und Diesel - mit unterschiedlichen spezifischen Eigenschaften für vielfältige Verwendungsformen als Energieträger aber auch als Rohstoff für die Chemische Industrie hergestellt.

Insbesondere aufgrund des deutlichen Nachfrage- rückgangs an Mineralölprodukten durch die zwei Öl- krisen, waren die Raffinerien des Landes gezwun- gen, Kapazitäten abzubauen. Dieser Abbau kam erst 1989 bei einer Kapazität von 14,5 Mill. t zum Still- stand und erhöhte sich 1990 wieder auf 16 Mill. t¹³. Der Auslastungsgrad der Raffinerien erreichte 1982 seinen Tiefpunkt bei knapp 52 %, verbesserte sich aber wieder deutlich auf über 95 % bis Ende 1990. Da der Kapazitätsabbau in einigen anderen Bundes- ländern wesentlich ausgeprägter war, hat sich der Anteil Baden-Württembergs an der Gesamtkapazität im Bundesgebiet bis Ende 1990 auf ein Fünftel er- höht.

Der gesamte Einsatz in den baden-württembergi- schen Raffinerien nahm zwischen 1973 und 1979 um 8,4 % ab und stieg bis 1990 wieder um 6,8 % an. Beim Raffinerieausstoß waren fast dieselben Ver- änderungsraten zu verzeichnen.

Durch die Entwicklung bei der Erzeugung von Strom, Mineralölprodukten und Fernwärme erhöhten sich der Verbrauch und die Verluste (einschließlich statistischer Differenzen) im gesamten Umwand- lungsbereich Baden-Württembergs zwischen 1979 und 1990 um 22,3 % und seit 1973 sogar um 42,1 % (Tabelle 2 und 6). Besonders im Kraftwerksbereich ist eine Zunahme insbesondere der Umwand- lungsverluste zu verzeichnen (+ 76,4 % bzw. + 92,4 %). Dies ist in erster Linie auf die stark gestiegene Stromerzeugung im Land zurückzufüh- ren, die - gemessen am Umwandlungseinsatz - einen Wirkungsgrad von etwa 40 % aufweist.

Reduktion der Emissionen vor allem im Um- wandlungsbereich

Durch eine verbesserte technische Aus- und Nachrü- stung konnte zwischen 1979 und 1989 der Ausstoß von Schwefeldioxid in den öffentlichen Kraftwerken Baden-Württembergs um fast drei Viertel (von 87 000 t auf 24 000 t) und der von Stickoxiden um die Hälfte (von 64 000 t auf 32 000 t) verringert werden. Seit 1973 ergab sich sogar eine Reduktion dieser Emissionen um 80,0 % bzw. 53,2 %. Die CO₂-Emissionen, die aus der Verbrennung fossiler Energieträger resultieren und die technisch nicht rückhaltbar sind, stiegen in der Elektrizitätswirtschaft zwischen 1973 und 1990 um 1,5 %¹⁴. Dabei hat der Einsatz von Steinkohle die CO₂-Entlastung durch die CO₂-freie Kerneenergie kompensiert.

Auf der Verbraucherseite gingen die Schwefeldioxid- Emissionen der Industrie zwischen 1979 und 1989 um 52,9 % und die der Haushalte und sonstigen Ver- braucher um 51,2 % zurück, während beim Stra- ßenverkehr eine Zunahme um 2,7 % zu verzeichnen war. Der Ausstoß an Stickoxiden verringerte sich seit 1979 um 20,1 % bei der Industrie und um 13,9 % bei den Haushalten und sonstigen Verbrauchern. Im Straßenverkehr ergab sich sogar eine Zunahme um 9,5 % und seit 1973 um 39,4 %. Die CO₂-Emissionen nahmen zwischen 1973 und 1990 im Bereich der Haushalte und sonstigen Verbraucher um 19,8 % und in der Industrie um 28,6 % ab. Im Straßenverkehr wurde ein Anstieg um 41,9 % ermittelt¹⁵. Trotz verstärkter Reduktionsmaßnahmen bei den Kraftfahrzeugen im Bereich von Schwefeldi- oxid -, Stickoxid - und CO₂-Emissionen, gab es beim Verkehr - infolge des höheren Fahrzeugbestandes und der gestiegenen Fahrleistungen - einen Zu- wachs.

Insgesamt nahmen die CO₂-Emissionen aller Emit- tentengruppen des Landes von 1973 bis 1990 um 3,7 % ab¹⁶. Im Jahr 1990 lag der gesamte Ausstoß an Kohlendioxid in Baden-Württemberg pro Kopf der Bevölkerung um 31,8 % unter dem Bundesdurch-

13 Vgl. Mineralölwirtschaftsverband e.V. (Hrsg.): Mineralöl-Zahlen 1990, Hamburg 1991.

14 Unveröffentlichte Tabellen des Instituts für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Universität Stuttgart, 1992.

15 Vgl. ebenda.

16 Vgl. ebenda.

schnitt (alte Bundesländer). Ursächlich hierfür ist hauptsächlich die größere Nutzung der Kernenergie sowie die geringere Bedeutung der energieintensiven Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie im Land.

Bundes- und auch Landesregierung haben als Orientierung eine CO₂-Minderung um bis zu 30 % für den Zeitraum 1987 bis 2005 gesetzt. Ausgerichtet wurde diese Orientierung an den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre".

Seit 1979 Rückgang des Endenergieverbrauchs um durchschnittlich 0,2 % pro Jahr

Betrachtet man die Veränderungen, die sich in der Struktur des Endenergieverbrauchs 1990 gegenüber 1979 - dem bisherigen Spitzenverbrauchs Jahr - ergeben haben, so zeigt sich in Baden-Württemberg eine Abnahme um 2,2 % von 34,06 Mill. t SKE auf 33,31 Mill. t SKE. Im Bundesgebiet war ein Rückgang um 5,9 % zu verzeichnen. Damit ging der Endenergieverbrauch in diesem Zeitraum pro Jahr durchschnittlich um 0,2 % im Land und um 0,5 % im Bund zurück. Die Verringerung des Endenergieverbrauchs zwischen 1979 und 1990 war fast ausschließlich auf den rückläufigen Verbrauch an Mineralölprodukten zurückzuführen.

Besondere Bedeutung kommt hierbei - als wichtigstem Mineralölprodukt - dem Verbrauch an leichtem Heizöl zu. Für diesen Energieträger liegen allerdings nur Absatzzahlen vor, die - infolge von Lagerbestandsveränderungen der privaten und gewerblichen Verbraucher - von den tatsächlichen Verbrauchswerten in den einzelnen Jahren zum Teil deutlich abweichen können. Nach einer Untersuchung des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung hat der lagerbestandsbereinigte Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg zwischen 1979 und 1990 um 0,1 % pro Jahr abgenommen (1973-1990: + 0,7 % pro Jahr). Im Bundesgebiet lag der Rückgang bei 0,5 % pro Jahr (1973-1990: + 0,2 % pro Jahr)¹⁷.

Innerhalb des Endenergieverbrauchs hat sich - im Gegensatz zum Mineralölverbrauch - der Erdgasverbrauch von 1979 bis 1990 verdoppelt und der Strom-

verbrauch stieg um ein Drittel. Zunahmen wiesen auch Steinkohle (+ 1,3 %), Brennholz (+ 33,3 %) und Fernwärme (+ 40,6 %) auf, während der Verbrauch an Braunkohle zurückging (- 37,9 %). Durch diese unterschiedliche Entwicklung war das Mineralöl 1990 nur noch zu 57,9 % (1979: 71,9 %), der Strom hingegen zu 20,1 % (1979: 14,7 %) und als dritte tragende Säule das Erdgas zu 15,4 % (1979: 7,6 %) am Endenergieverbrauch beteiligt (Schaubild 4). Im Bundesgebiet, das seit 1979 insgesamt eine ähnliche Verbrauchsentwicklung aufweist, lagen die Anteile bei 49,7 % (1979: 57,0 %) beim Mineralöl, 19,2 % (1979: 14,0 %) beim Erdgas und 18,0 % (1979: 14,1 %) beim Strom (Tabelle 4 und 5 im Anhang). Anhand der einzelnen Verbrauchsbereiche soll die Analyse der Endenergieverbrauchsentwicklung (Schaubild 5) weiter vertieft werden.

Energieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes leicht rückläufig

Der Energieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau) in Baden-Württemberg ging von 1979 bis 1990 um 1,2 % von 8,38 Mill. t SKE auf 8,28 Mill. t SKE zurück, wobei der Brennstoffverbrauch zur Stromerzeugung um 8,1 %¹⁸ und der Stromverbrauch um 33,4 % zunahm. Dadurch hat sich der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am gesamten Endenergieverbrauch in diesen Jahren kaum verändert und lag 1990 bei 24,9 %. Diese Verbrauchergruppe verminderte insbesondere ihren Heizölanteil von über der Hälfte des Gesamtverbrauchs im Jahre 1979 auf ein gutes Fünftel im Jahr 1990. Der Rückgang wurde überwiegend durch den Mehrverbrauch von Erdgas und Strom ausgeglichen. Diese beiden Energieträger haben ihren Anteil seit 1979 von damals 10,1 % beim Erdgas und 26,0 % beim Strom auf 24,0 % bzw. 34,7 % im Jahr 1990 gesteigert (Tabelle 11).

Nach der Untersuchung des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, ging der auf den Nettoproduktionswert (in Preisen von 1985) bezogene Endenergieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1979 und 1990 um 24,4 % zurück. Dabei reduzierte sich der spezifische Brennstoffverbrauch um 33,3 %, während der spezifische Stromverbrauch um 1,2 % anstieg¹⁹.

17 Vgl. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (Hrsg.): Kurzanalysen des Energieverbrauchs des Landes Baden-Württemberg, Teil 1, Karlsruhe 1992.

18 Ohne Deutsche Bundesbahn.

19 Vgl. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (Hrsg.): a.a.O.

Auch nach dem Rückgang der Brennstoffpreise seit 1986 ging der spezifische Brennstoffverbrauch weiter zurück (1986 - 1990: - 9,5 %). Ursachen hierfür sind vor allem Kostenminimierung als permanentes unternehmerisches Ziel, die zeitliche Verzögerung zwischen der Investitionsentscheidung für energiesparende Maßnahmen und dem Zeitpunkt der Einsparungswirkung, die stärkere Beachtung von Energiespareffekten bei Investitionen sowie Aspekte einer reduzierten Abhängigkeit und höheren Versorgungssicherheit bei sparsameren Lösungen.

Weiterhin Mehrverbrauch im Verkehr

Seit 1979 hat sich der Endenergieverbrauch im Verkehrsbereich um fast ein Fünftel von 8,0 Mill. t SKE auf 9,5 Mill. t SKE im Jahr 1990 erhöht. Damit lag der Anteil am gesamten Endenergieverbrauch 1990 bei 28,5 % gegenüber 23,5 % im Jahr 1979. Ausschlaggebend hierfür war der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr. Sein Anteil am Gesamtverbrauch aller Verkehrssektoren erreichte 1990 knapp 95 % und wies seit 1979 eine Verbrauchssteigerung um 19,7 % auf. Das bedeutet, daß es trotz der Verteuerung der Kraftstoffe im Verkehrsbereich weder zu einer Verminderung der Ölabhängigkeit noch zu einer - insgesamt betrachtet - absoluten Verminderung des Verbrauchs gekommen ist. Der Verbrauchsrückgang nach den beiden Ölkrisen war jeweils nur von kurzer Dauer.

Noch stärker als der Energieverbrauch hat sich der Kraftfahrzeugbestand (Schaubild 6) und die Kraftfahrzeugdichte bezogen auf die Wohnbevölkerung entwickelt. Der Bestand an Kraftfahrzeugen nahm zwischen 1979 und 1990 um 41,1 % zu. Die Kraftfahrzeugdichte bezogen auf die Bevölkerung des Landes vergrößerte sich um 34,1 % von 44 Kraftfahrzeugen je 100 Personen der Bevölkerung im Jahre 1979 auf 59 im Jahre 1990. Die Jahresfahrleistung stieg von 1979 bis 1989 um 40,7 % (Tabelle 12).

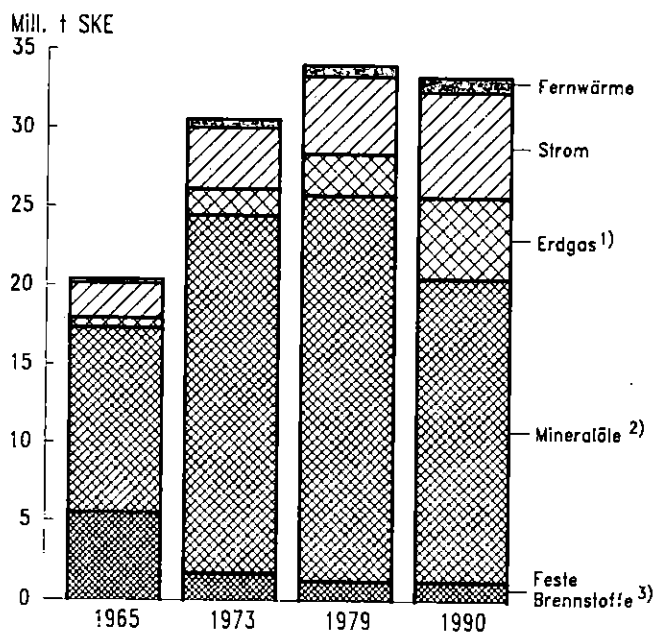
Haushalte verbrauchen weniger Energie

Auf den Bereich der Haushalte und sonstigen Verbraucher²⁰ entfiel 1990 fast die Hälfte des Endenergie-

²⁰ Neben den privaten Haushalten als quantitativ bedeutendstem Teilsektor gehören dazu die öffentlichen Einrichtungen wie Behörden, Schulen, Krankenhäuser und Bäder, außerdem der Handel, das Kleingewerbe, das Baugewerbe, Dienstleistungen, Landwirtschaft, Organisationen ohne Erwerbszweck und militärische Einrichtungen.

Schaubild 4

Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg von 1965 bis 1990 nach Energieträgern



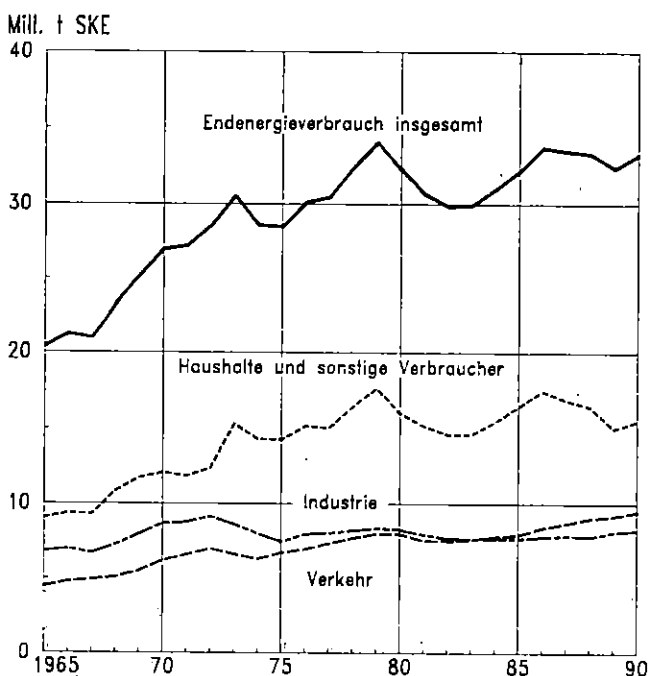
1) Einschließlich Erdölgas, Stadtgas, Klärgas. - 2) Einschließlich Flüssiggas, Raffineriegas. - 3) Steinkohlen, Braunkohlen, Brennholz.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

199/92

Schaubild 5

Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg von 1965 bis 1990 nach Verbrauchergruppen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

200/92

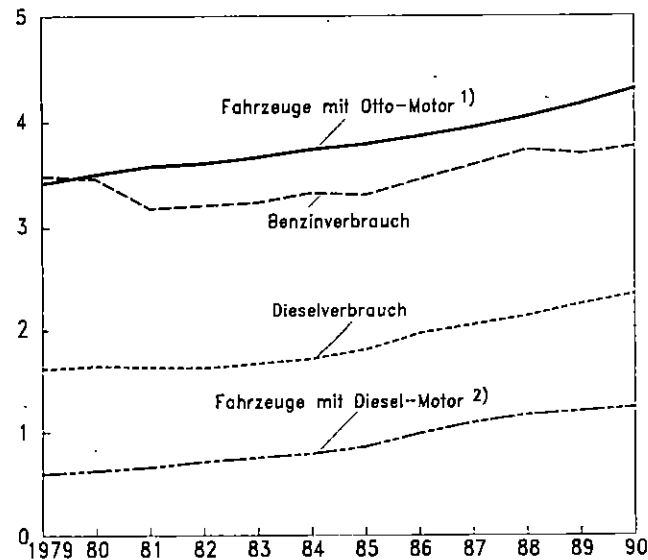
Tabelle 11
**Endenergieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs
 1979 bis 1990 nach Energieträgern**

Energieträger	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
1000 t SKE										
Steinkohlen	353	380	873	851	773	648	680	657	674	683
Sonstige feste Brennstoffe ¹⁾	17	50	106	102	54	88	108	101	97	108
Heizöl, leicht	1 657	1 471	1 123	1 042	1 075	1 118	1 128	1 023	1 010	1 001
Heizöl, schwer	3 060	2 938	1 894	1 476	1 351	1 291	1 058	939	844	783
Erdgas und Erdölgas ²⁾	846	918	1 062	1 321	1 363	1 377	1 547	1 656	1 851	1 988
Strom	2 153	2 211	2 180	2 314	2 398	2 485	2 549	2 647	2 791	2 875
Fernwärme	192	185	234	273	305	293	337	310	322	324
Sonstige Energieträger ³⁾	96	113	241	314	412	528	500	500	556	513
Insgesamt	8 379	8 266	7 713	7 693	7 731	7 828	7 907	7 833	8 145	8 276

1) Braunkohlen, Holz. - 2) Einschließlich Stadtgas. - 3) Schwerer Flugturbinenkraftstoff, Petroleum, Petrolkoks, Flüssiggas, Raffineriegas.

Schaubild 6
**Kraftstoffverbrauch und Fahrzeugbestände^{*)}
 im Straßenverkehr in Baden-Württemberg
 von 1979 bis 1990**

Bestand in Mill.
 Verbrauch in Mill. t



*) Bestand jeweils am 1.7. des Jahres. - 1) Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen und Fahrzeugbrief, ohne Krafträder. - 2) Einschließlich Kombinationskraftwagen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

201 92

gieverbrauchs in Baden-Württemberg. Der Verbrauch dieser Gruppe ging zwischen 1979 und 1990 um 12,0 % von 17,67 Mill. t SKE auf 15,54 Mill. t SKE zurück. Angesichts der größeren Zahl an Ein-

wohnern (+ 5,8 %) und Privathaushalten (+ 20,3 %) sowie des um etwa rund ein Viertel gestiegenen Bestandes an Wohnfläche - als wichtigen direkten Einflußfaktoren auf den Energieverbrauch - konnten demnach hier Einsparerfolge erzielt werden.

Je Einwohner verminderte sich der Endenergieverbrauch dieser Verbraucherguppe von 1979 bis 1990 um 17,7 % von 1923 kg SKE auf 1 583 kg SKE (Tabelle 13). Je Haushalt war sogar eine Abnahme um 26,9 % von 4 935 kg auf 3 608 kg SKE zu verzeichnen. Dabei dürften Einsparungen kurzfristig durch verhältnismäßig wenig aufwendige Maßnahmen erzielt worden sein, zum Beispiel durch Abdichten von Fenster- und Türfugen und die Absenkung der Raumtemperatur. Längerfristig haben bauliche Maßnahmen, wie eine bessere Wärmeisolierung, der Ersatz alter gegen neuer energiesparender Geräte sowie neue Heizanlagen eine Rolle gespielt.

Temperatur- und bestandsbereinigt ergibt sich - nach der Analyse des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung - bei den privaten Haushalten zwischen 1979 und 1990 eine Erhöhung des Endenergieverbrauchs für Raumwärme um 5,2 %. Spezifisch - das heißt bezogen auf die Wohnfläche pro Quadratmeter - ging der Raumwärmeverbrauch der Haushalte um 15,5 % zurück. Der spezifische Stromverbrauch der Haushalte (Stromverbrauch je Haushalt) stieg zwischen 1979 und 1990 um 14,7 %, absolut erhöhte sich der

Tabelle 1.2

Entwicklung von Kraftfahrzeugbestand, Fahrleistung und Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr Baden-Württembergs 1973 bis 1990

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeuge ²⁾	Jahresfahrleistung ³⁾	Motorenbenzinverbrauch im Straßenverkehr		Dieselkraftstoffverbrauch im Straßenverkehr	
	insgesamt	insgesamt	insgesamt	je Kfz mit Otto-Motor	insgesamt	je Kfz mit Dieselmotor
	1000	Mrd. km	1000 t	kg	1000 t	kg
1973	3 130	39,83	2 788	1 074	1 296	2 694
1979	4 085	52,10	3 473	1 021	1 601	2 700
1980	4 222	51,93	3 446	987	1 629	2 606
1982	4 450	53,46	3 188	887	1 611	2 263
1984	4 681	56,52	3 310	889	1 697	2 154
1985	4 807	56,63	3 288	872	1 790	2 091
1986	5 018	63,10	3 440	894	1 352	1 994
1987	5 218	66,59	3 578	910	2 027	1 866
1988	5 404	70,06	3 718	922	2 106	1 812
1989	5 568	73,78	3 681	887	2 229	1 864
1990	5 765	74,4 ⁴⁾	3 748	872	2 334	1 891

1) Bestand am 1. Juli des Jahres. – 2) Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen und Fahrzeugbrief. – 3) Pkw, Lkw, Busse. – 4) Wert lag bis Mai 1992 noch nicht vor.

Tabelle 13

Endenergieverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher je Einwohner Baden-Württembergs 1973 bis 1990

Jahr	Wohnbevölkerung ¹⁾²⁾	Endenergieverbrauch je Einwohner			
		insgesamt	Mineralöle ³⁾	Erdgas, Erdölgas ⁴⁾	Strom
	1000	kg SKE			
1973	9 239	1 657,9	1 180,1	114,9	200,6
1979	9 190	1 923,1	1 289,6	194,3	290,1
1980	9 259	1 728,8	1 076,6	215,7	292,0
1982	9 271	1 575,3	921,6	213,8	307,2
1984	9 241	1 675,7	937,1	260,1	341,8
1985	9 271	1 777,9	996,0	285,5	352,5
1986	9 327	1 876,4	1 094,1	286,2	358,4
1987	9 331	1 809,2	980,3	320,3	373,7
1988	9 433	1 743,8	939,0	313,2	369,0
1989	9 619	1 563,8	757,9	325,5	366,7
1990	9 822	1 582,6	781,8	320,9	370,4

1) Stand jeweils am Jahresende. – 2) Ab 1987 Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung am 25.5.1987. – 3) Einschließlich Flüssiggas. – 4) Einschließlich Stadtgas.

Stromverbrauch der Haushalte um 38,0 %. Im Kleinverbrauch ging der Endenergieverbrauch absolut um 14,0 % und spezifisch - bezogen auf die Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1980) - um 38,6 % zurück²¹.

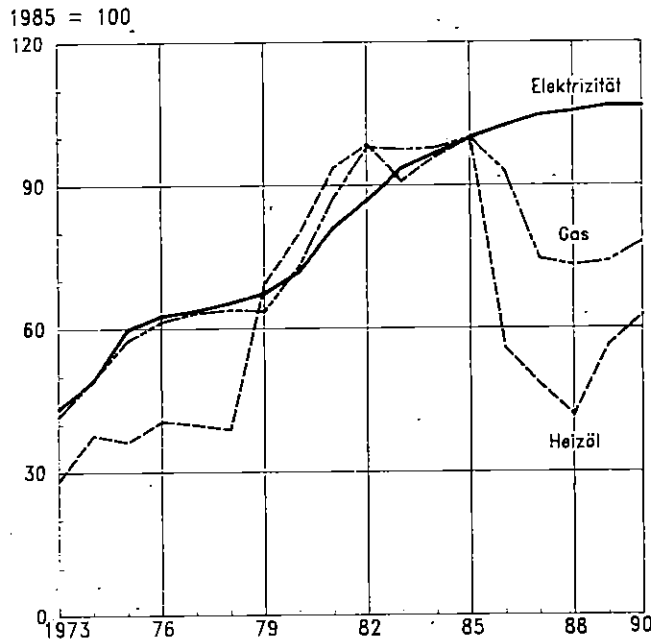
Überwiegend Einsatz von leichtem Heizöl zur Raumheizung

Noch ausgeprägter als die Energieeinsparung verlief der - auch durch die Entwicklung der Energiepreise beeinflusste (Schaubild 7) - Substitutionsprozeß. Der Anteil des leichten Heizöls - dem wichtigsten Energieträger der Haushalte und sonstigen Verbraucher - am gesamten Endenergieverbrauch ermäßigte sich von 61,9 % im Jahre 1979 auf 43,5 % 1990 (Tabelle 14) und lag somit noch unter dem Niveau von 1965.

Die nach wie vor große Bedeutung des leichten Heizöls ist im wesentlichen auf die doch relativ langsame Veränderung der Beheizungsstruktur in

21 Vgl. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (Hrsg.): a.a.O.

Schaubild 7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg von 1973 bis 1990 nach Energieträgern



Wohnungen - deren Wohnfläche je Einwohner sich seit 1950 mehr als verdoppelt hat²² - zurückzuführen. Die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 ermittelte einen Anteil der ausschließlich mit Heizöl beheizten Wohnungen an allen bewohnten Wohneinheiten von 53 %. Bei den Fertigstellungen im Wohnbau wurde Heizöl erstmals 1988 von Gas als häufigstem Energieträger abgelöst.

Angaben zum Energieverbrauch bei der Wohnungsbeheizung enthalten auch diverse Studien, die auf Einzeldaten zurückgreifen, wie sie etwa im Rahmen von Heizkostenabrechnungen in Mehrfamilienhäusern anfallen. Im Ergebnis belegen diese Analysen die deutliche Abnahme der spezifischen Verbräuche. Eine Auswertung der Angaben von über 70 000 Mehrfamilienhäusern ergab im Bundesdurchschnitt einen Rückgang des Energieverbrauchs von 29,4 Liter Heizöl je qm und Jahr in der Heizperiode 1978/79 auf 18,2 Liter pro qm und Jahr in der Heizperiode 1989/90 (-38,1 %)²³. Trotzdem wird Heizöl wohl noch längere Zeit wichtigster Energieträger bei der Wohnraumbeheizung und damit beim gesamten Endenergieverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher bleiben.

An zweiter Stelle unter den im Haushalt verwendeten Energieträgern folgt der elektrische Strom, dessen Anteil am Gesamtverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher im Betrachtungszeitraum von 15,1 % auf 23,4 % anstieg.

Das Erdgas konnte seine Marktstellung gerade im Wärmemarkt kräftig ausbauen. Zwischen 1979 und 1990 hatte sich sein Anteil am Endenergieverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher von einem Zehntel auf ein Fünftel erhöht.

Wachsender Stromverbrauch

Der gesamte Stromverbrauch stieg von 1973 bis 1990 mit durchschnittlich 3,0 % pro Jahr - anders als der Primärenergieverbrauch - in etwa parallel zum realen Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1985), das pro Jahr um 2,4 % zunahm. Von 1979 bis 1990 erhöhte sich der Stromverbrauch mit jahresdurchschnittlich 2,6 %, das Bruttoinlandsprodukt mit 2,4 %.

22 Vgl. Pforzheimer Zeitung vom 29.11.1991.

23 Unveröffentlichte Auswertungstabellen der Techem GmbH, Frankfurt/Main.

Tabelle 14

Endenergieverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher in Baden-Württemberg 1979 bis 1990 nach Energieträgern

Energieträger	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
1000 t SKE										
Steinkohlen	395	304	279	281	266	193	174	162	108	77
Braunkohlenbriketts	281	291	239	196	227	203	166	132	101	85
Brennholz	199	262	277	255	268	281	263	258	245	271
Heizöl, leicht	10 942	9 041	7 392	7 433	8 102	8 999	8 132	7 905	6 280	6 754
Heizöl, schwer	183	188	286	445	326	327	112	93	111	50
Erdgas und Erdölgas ¹⁾	1 785	1 997	1 982	2 404	2 647	2 669	2 989	2 954	3 121	3 152
Strom	2 666	2 704	2 848	3 159	3 268	3 343	3 487	3 481	3 527	3 638
Fernwärme	191	481	436	529	573	607	656	604	640	642
Sonstige Energieträger ²⁾	722	739	866	783	806	879	903	860	899	875
Insgesamt	17 673	16 007	14 605	15 485	16 483	17 501	16 882	16 449	15 042	15 544

1) Einschließlich Stadtgas. - 2) Motorenbenzin, Flugbenzin; Flugturbinenkraftstoff, Petroleum, Dieselmotorkraftstoff, Flüssiggas, Klärgas.

Je Einheit Bruttoinlandsprodukt lag der Stromverbrauch in Baden-Württemberg im Jahr 1990 um 15,4 % unter dem Bundesdurchschnitt. Ein Teil der Differenz läßt sich durch die unterschiedliche Industriestruktur erklären. Diese ist in Baden-Württemberg erheblich weniger stromintensiv als in der Bundesrepublik, da im Land der - gegenüber dem Grundstoffsektor relativ wenig stromintensive - Investitionsgütersektor dominiert. Maßgeblich für die Entwicklung des Gesamtstromverbrauchs ist der Verlauf des jeweiligen Stromverbrauchs bzw. dessen Einflußfaktoren in den einzelnen Verbrauchssektoren. So nahm zwischen 1979 und 1990 der Stromverbrauch der Haushalte mit jahresdurchschnittlich + 3,0 % am stärksten zu. Obwohl z.B. die Elektrogeräte aufgrund der technischen Entwicklung sparsamer wurden, ist dieser Effekt durch die Zunahme der Haushalte um 20,3 %, der verfügbaren Einkommen um 57,2 % sowie infolge der gestiegenen Ausstattungsquote und Benutzungshäufigkeit der Geräte pro Haushalt überkompensiert worden. Im Jahr 1990 hatten die Haushalte einen Anteil am Gesamtstromverbrauch von 25,7 %.

Der Stromverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes (Anteil am Stromverbrauch aller Verbrauchssektoren 1990: 41,2 %) stieg zwischen 1979 und 1990 um jahresdurchschnittlich 2,6 %. In demselben Zeitraum erhöhte sich der Stromverbrauch bei den Kleinverbrauchern (Anteil: 25,3 %), die maßgeblich vom Bereich Handel und Gewerbe bestimmt werden, um durchschnittlich 2,8 % pro Jahr.

Ausschlaggebend waren - trotz rationeller Stromnutzung der Wirtschaft - die steigende Produktionsleistung bzw. Wertschöpfung (Verarbeitendes Gewerbe: + 21,2 %, Handel und Verkehr: + 34,0 %, jeweils Basis 1985) und die tendenziell stromverbrauchssteigernde Wirkung der Automatisierung, der Modernisierung, der Umweltschutzanforderungen sowie die Substitution von Brennstoffen durch Strom.

Auch 1991 wieder Zunahme des Primärenergieverbrauchs

Über die Höhe des Primärenergieverbrauchs im Jahre 1991 liegen vorläufige Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen für die Bundesrepublik Deutschland vor. Danach nahm der Primärenergieverbrauch im Gebiet der alten Bundesländer gegenüber 1990 um 4,2 % zu und erreichte damit wieder den bisherigen Höchststand des Jahres 1979. Dabei stieg - konjunktur- und vor allem witterungsbedingt - neben dem Mineralöl mit einem Plus von 4,9 % auch der Erdgasverbrauch besonders deutlich an (+ 7,8 %). Aber auch bei allen anderen Energieträgern waren Zunahmen zu verzeichnen, lediglich die Wasserkraft ging zurück.

Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Baden-Württemberg dürfte insgesamt ähnlich verlaufen sein. Für das Land lassen sich bisher nur vorläufige Werte für den Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz des Jahres 1991 ermitteln. So lag hier der Verbrauch (einschließlich Übertragungsver-

lusten) um 3,4 % über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres. Das Gasaufkommen des Landes erhöhte sich gegenüber 1990 um 7,3 %.

Weitere Entwicklung

Die künftige Entwicklung des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg läßt sich nur schwer prognostizieren. In dem Energiegutachten "Perspektiven der Energieversorgung" wurde für Baden-Württemberg auf der Basis eines sogenannten mittleren Referenzszenarios (mittlere Wirtschafts- und Energiepreisentwicklung) erwartet, daß unter Berücksichtigung von Energieeinsparungen der Primärenergieverbrauch von 1985 bis zum Jahr 2020 mit durchschnittlich 0,3 % pro Jahr und der Stromverbrauch mit jahresdurchschnittlich 0,9 % wachsen würden²⁴.

Die tatsächliche Entwicklung seit 1985, dem Ausgangsjahr für das Energiegutachten, ergab allerdings eine gegenüber den Annahmen weit stärkere Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung und in der Folge höhere Energieverbräuche. Für den gesamten Betrachtungszeitraum des Energiegutachtens dürften sich daher höhere als seinerzeit im mittleren Referenzszenario erwartete Zuwachsraten ergeben. Im Energieprogramm 1991 des Landes wird deshalb beispielsweise eine jahresdurchschnittliche Steigerungsrate für den Stromverbrauch für den Zeitraum bis nach der Jahrhundertwende in einer Bandbreite von 1,3 % bis 2 % für realistisch erachtet²⁵.

Im Rahmen der Arbeiten der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages wurde von erheblichen Einsparpotentialen besonders im Raumwärmebereich ausgegangen. Es wurde auch festgestellt, daß die Einsparpotentiale unter allen Anwendungssektoren bei der Stromnutzung am geringsten wären²⁶. Es ist

das Ziel der Energiepolitik des Landes, neben der Gewährleistung eines versorgungssicheren und - unter Berücksichtigung des Umweltschutzes - volkswirtschaftlich kostengünstigen Energieangebots, über Energiesparen und Substitution eine umwelt-, klima- und ressourcenschonende Energieversorgung sicherzustellen.

Zusammenfassung

- Grundlage dieser Untersuchung waren die Energiebilanzen für Baden-Württemberg (ab 1965) und für das alte Bundesgebiet (ab 1950). Dabei zeigte sich, daß der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik im Jahre 1950 noch zu 94 % durch Stein- und Rohbraunkohle gedeckt wurde. Mit 5 % fiel der Mineralölanteil kaum ins Gewicht. Bis Mitte der 50er Jahre blieb die Kohle unangefochten der wichtigste Energieträger. Die ständige relative Verbilligung der Mineralölprodukte bis 1972 führte dann allerdings zur Verdrängung der Kohle. Während der Steinkohleabsatz zwischen 1958 und 1972 um ein Drittel zurückging, wurde 1972 fünfzehnmal soviel leichtes Heizöl abgesetzt wie 1958. Der Zuwachs des Gesamtenergieverbrauchs lag in diesem Zeitraum bei 86 %.
- Für Baden-Württemberg wies die erste Energiebilanz des Jahres 1965 einen Anteil der Mineralölprodukte am Primärenergieverbrauch von 53 % aus, der im Bundesgebiet bei 41 % lag. Bis zum Jahr 1972 stieg der Mineralölanteil im Land auf 71 % (Bundesgebiet: 55 %).
- Die mit der ersten Ölkrise des Jahres 1973 eingetretenen enormen Preiserhöhungen für das Mineralöl blieben nicht ohne Folgen für die gesamte Struktur der Energieversorgung. Insgesamt erhöhte sich der Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg zwischen 1973 und 1978 um 4,5 % (Bundesgebiet: + 2,8 %). Gleichzeitig stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1985) in dieser Zeit um 9,5 % (Bundesgebiet: + 10,3 %). Der spezifische Primärenergieverbrauch im Land ging um 4,4 % zurück. Der Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch ermäßigte sich von 71 % im Jahre 1973 auf 64 % im Jahre 1978. Zu diesem Abbau trug vor allem der zunehmende Einsatz von Kernenergie zur Stromerzeugung und der Mehrverbrauch von Erdgas bei. Die Anteile dieser Energieträger erhöhten sich bis 1978 auf 6 % bzw. 8 %.

24 Vgl. A. Voß, Universität Stuttgart (Hrsg. u. Projektleitung): Perspektiven der Energieversorgung - Möglichkeiten der Umstrukturierung der Energieversorgung Baden-Württembergs unter besonderer Berücksichtigung der Stromversorgung, Gesamtbericht, Stuttgart 1987.

25 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg (Hrsg.): a.a.O.

26 Vgl. Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", Dritter Bericht, BT-Drs. 11/8030 sowie das Studienprogramm "Energie und Klima", hrsg. von der Enquete-Kommission, Bonn 1990.

- Der Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg vergrößerte sich zwischen 1973 und 1978 um 6,1 % (Bundesgebiet: + 2,2 %). Die Hälfte des Endenergieverbrauchs entfiel dabei sowohl 1978 wie auch 1973 auf die Haushalte und sonstigen Verbraucher. Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hingegen verringerte sich der Anteil von 28,2 % auf 25,4 %. Beim Verkehr lag der Anteil am gesamten Endenergieverbrauch im Jahre 1978 bei 23,9 % gegenüber 21,7 % im Jahre 1973.
- Die Entwicklung der Rohölpreise nach der zweiten Ölkrise im Jahre 1979 leitete einen noch stärkeren Umbruch in der Ölverbrauchsentwicklung ein, mit einer starken Schrumpfung des Primärenergieverbrauchs von Rohöl und Mineralölprodukten. Insgesamt erhöhte sich allerdings der Primärenergieverbrauch des Landes zwischen 1979 und 1990 um 3,1 % (Bundesgebiet: - 3,9 %). Das reale Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1985) nahm in demselben Zeitraum in Baden-Württemberg um knapp ein Drittel und im Bund um fast ein Viertel zu. Der spezifische Primärenergieverbrauch ging von 1979 bis 1990 um 20,7 % (Land) bzw. 23,3 % (Bund) zurück.
- Der Mineralölanteil am gesamten Primärenergieverbrauch des Landes reduzierte sich von 63,4 % im Jahre 1979 auf 46,3 % im Jahre 1990. Hierzu trugen wiederum vor allem Erdgas und Kernenergie bei. Deren Anteile erhöhten sich im Betrachtungszeitraum von 8,9 % auf 13,0 % beim Erdgas und von 6,0 % auf 21,4 % bei der Kernenergie. Damit wurde die Kernenergie hinter dem Mineralöl zum zweitwichtigsten Energieträger in Baden-Württemberg. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zum Primärenergieverbrauch fällt mit knapp vier Prozent bisher gering aus. Die größte Bedeutung hat dabei die Wasserkraft, die 1990 einen Anteil von 2,6 % am Primärenergieverbrauch und von 8,2 % an der Stromerzeugung hatte.
- Die Gesamtinvestitionen der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung in Baden-Württemberg nahmen zwischen 1979 und 1990 um 52,4 % von knapp 1,6 Mrd. DM auf rund 2,4 Mrd. DM zu. Dabei stieg der Anteil der Umweltschutzinvestitionen in diesem Zeitraum von 1,6 % auf 5,4 %.
- Die Emissionen an Schwefeldioxid gingen insgesamt im Land zwischen 1979 und 1989 um 56,6 % zurück. Dies insbesondere durch Verschärfung des Luftreinhalterechts Anfang der 80er Jahre. Der Ausstoß an Stickoxiden hingegen reduzierte sich - insbesondere wegen des gestiegenen Straßenverkehrs und trotz verstärkter Reduktionsmaßnahmen bei den Kraftfahrzeugen - lediglich um 6,6 %. Die CO₂-Emissionen aller Emittentengruppen des Landes nahmen von 1973 bis 1990 um insgesamt 3,7 % ab.
- Der Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg nahm von 1979 - dem bisherigen Spitzenverbrauchsyear - bis 1990 um 2,2 % ab (Bundesgebiet: - 5,9 %). Diese Verringerung war fast ausschließlich auf den rückläufigen Verbrauch an Mineralölprodukten zurückzuführen, deren Anteil am gesamten Endenergieverbrauch bis 1990 auf 57,9 % zurückging (1979: 71,9 %). Strom und Erdgas hingegen trugen im Jahre 1990 zu 20,1 % (1979: 14,7 %) bzw. 15,4 % (1979: 7,6 %) zum Endenergieverbrauch bei.
- Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau) am gesamten Endenergieverbrauch des Landes veränderte sich im Betrachtungszeitraum kaum, und lag 1990 bei 24,9 %. Neben der Diversifizierung der Energieträgerstruktur wurden hier - trotz deutlicher Produktionssteigerungen - Einsparerfolge erzielt. Diese Einsparungen zeigen sich am Rückgang des spezifischen Endenergieverbrauchs (bezogen auf den Index der preisbereinigten Nettoproduktion) um fast ein Viertel zwischen 1979 und 1990.
- Beim Verkehr nahm der Anteil am Gesamtendenergieverbrauch von 23,5 % im Jahre 1979 auf 28,5 % im Jahre 1990 zu. Ausschlaggebend für den Mehrverbrauch war in erster Linie der gestiegene Kraftfahrzeugbestand (1979-1990: + 41,1 %) sowie die erhöhte Jahresfahrleistung (1979-1989: + 40,7 %).
- Auf den Bereich der Haushalte und sonstigen Verbraucher entfielen 1990 immer noch 46,7 % des Endenergieverbrauchs in Baden-Württemberg (1979: 51,9 %). Angesichts der größeren Zahl an Einwohnern (+ 5,8 %), Privathaushalten (+ 20,3 %) und des um rund ein Viertel gestiegenen Bestandes an Wohnfläche, wurden allerdings auch hier Einsparerfolge erreicht. Je Einwohner ging der Endenergieverbrauch dieser Gruppe zwischen 1979 und 1990 um 17,7 % und je Haushalt sogar um 26,9 % zurück. Die nach wie vor große Bedeutung des leichten

Heizöls bei den Haushalten und sonstigen Verbrauchern - 43,5 % des Endenergieverbrauchs im Jahre 1990 - ist dabei im wesentlichen auf die relativ langsame Veränderung der Beheizungsstruktur in Wohnungen zurückzuführen.

- Der gesamte Stromverbrauch stieg von 1973 bis 1990 mit durchschnittlich 3,0 % pro Jahr in etwa parallel zum realen Bruttoinlandsprodukt (+ 2,4 % pro Jahr). Von 1979 bis 1990 nahm der Stromverbrauch mit jahresdurchschnittlich 2,6 % und das Bruttoinlandsprodukt mit 2,4 % zu.
- Über die Höhe des Primärenergieverbrauchs im Jahre 1991 liegen vorläufige Berechnungen der Arbeitsgemeinschaften Energiebilanzen für die Bundesrepublik Deutschland vor. Danach nahm der Primärenergieverbrauch im Gebiet der alten Bundesländer gegenüber 1990 um 4,2 % zu und erreichten damit wieder den bisherigen Höchststand des Jahres 1979. Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Baden-Württemberg

dürfte insgesamt ähnlich verlaufen sein. Für das Land lassen sich bisher nur vorläufige Werte für den Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz des Jahres 1991 ermitteln, der um 3,4 % über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres lag.

- Die künftige Entwicklung des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg läßt sich nur sehr schwer prognostizieren. Im Energieprogramm 1991 des Landes wird beispielsweise eine jahresdurchschnittliche Steigerungsrate für den Stromverbrauch für den Zeitraum bis nach der Jahrhundertwende in einer Bandbreite von 1,3 % bis 2 % für realistisch erachtet.
- Es ist das Ziel der Energiepolitik des Landes, neben der Gewährleistung eines versorgungssicheren und - unter Berücksichtigung des Umweltschutzes - volkswirtschaftlich kostengünstigen Energieangebots, über Energiesparen und Substitution eine umwelt-, klima- und ressourcenschonende Energieversorgung sicherzustellen.

2. Sozialstruktur

2.1 Tendenzen und Strukturen des Sozialleistungssystems

Das System der sozialen Sicherung in Deutschland hat seit seiner Geburtsstunde in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trotz einer wechselvollen Geschichte eine bemerkenswert kontinuierliche Entwicklung erfahren. Diese Entwicklung spannt den Bogen von der Sozialversicherungspolitik als Reaktion auf die Arbeiterfrage und die Verelendung weiter Bevölkerungsschichten als Folge frühkapitalistischer Produktionsverhältnisse im 19. Jahrhundert, über die sukzessive Einbeziehung starker und bedeutender Bevölkerungsgruppen (Angestellte, Handwerker, Landwirte, Selbständige, Hausfrauen) bis hin zum verfassungsrechtlichen Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes der Bundesrepublik mit seinem Anspruch umfassende soziale Sicherung im Falle ökonomischer Krisen, aber auch bei individuellen Wechselfällen des Lebens zu gewähren. Längst beschränkt sich soziale Sicherheit nicht mehr nur auf die klassischen Sozialversicherungssysteme, sie schließt vielmehr die Versorgungs- und Fürsorgesysteme sowie spezielle sozialpolitische Aktionsfelder, wie Familienlastenausgleich und Vermögensbildung mit ein. Insgesamt ergibt sich so ein Sozialleistungssystem, in welchem verschiedene Gewährleistungsvoraussetzungen, Zielstellungen und Funktionen zusammenwirken.

Die in das Budgetkonzept einbezogenen Institutionen sind nach bestimmten Systemen geordnet. Es entspricht einer langen Tradition, daß die Soziale Sicherung nicht durch ein einheitliches Leistungssystem und einheitliche Verwaltungsorganisation gewährleistet ist, sondern durch eine Vielzahl von Leistungssystemen und Leistungsträgern. Unter dem Begriff des Systems der gegliederten Sozialen Sicherung fallen nicht nur die Grundformen Sozialer Sicherung - Sozialversicherung, Sozialversorgung und Sozialfürsorge -, sondern darüber hinaus insbesondere auch die Beamtenversorgung, die berufsständische Versorgung und die betrieblichen Vorsorgesysteme. Für die Sozialversicherung ist kennzeichnend, daß zwischen den Versicherten aus dem Beitragsaufkommen ein von individueller Bedürftigkeit unabhängiger Risiko- und Sozialausgleich herbeigeführt wird, der gegen die Wechselfälle des

Lebens wie Krankheit, Unfall, Alter oder Arbeitslosigkeit sichert. Demgegenüber dient die Sozialversorgung der Entschädigung für im öffentlichen Interesse gebrachte Opfer und Dienste. Im Gegensatz zur Sozialversicherung erfolgt hier die Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln und nicht aus Beiträgen der Leistungsempfänger. In den nach der Versorgungsmaxime ausgestalteten Systemen findet analog zur Sozialversicherung keine Bedürftigkeitsprüfung statt. Gleichfalls eine Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln sieht auch das Fürsorgesystem vor, das in der Sozialhilfe am stärksten realisiert ist. Die Fürsorge ist eine individuelle, auf konkreten Notlagen abgestellte Hilfe, die Bedürftigkeit voraussetzt.

Das Sozialbudget stellt damit für eine rationale und vorausschauende Sozialpolitik ein wichtiges sozialstatistisches Instrumentarium dar. Seine Bedeutung liegt darin, daß es die Leistungen und deren Finanzierung im Sozialbereich transparent macht. Das Rechenwerk stellt die erforderlichen Orientierungs- und Entscheidungshilfen bereit, wenn es darum geht, auf die soziale Aufgabenerfüllung und die Gestaltung der künftigen Lebensverhältnisse der Bevölkerung Einfluß zu nehmen.

Die folgende Untersuchung stützt sich auf zwei Betrachtungsebenen. Zum einen werden die oben angeschnittenen Fragen anhand "langer Reihen" von Sozialbudgetdaten, also vor dem Hintergrund empirischer Reihenverläufe diskutiert, wobei auf Datenmaterial des Bundes zurückgegriffen wird, für den genügend lange Zeitreihen vorliegen¹. Der landes-

1) DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.): Sozialbericht 1990 - Bericht und Materialband - Bonn, (1990)

spezifische Bezug wird im zweiten Teil der Untersuchung hergestellt, in dem erstmals in tiefer fachlicher Gliederung die Budgetstruktur des Landes im Vergleich zu der des Bundes analysiert wird.

Teil I:

Ökonomische Aspekte sozialer Sicherung

Allgemeine Entwicklungsfaktoren des Sozialleistungssystems

Um die gewachsene Vielgestaltigkeit und Vielgliedrigkeit unseres Sozialleistungssystems überschaubar und analysierbar zu machen, wurde ausgangs der sechziger Jahre auf Anregung der kurz zuvor tätigen Sozial-Enquete-Kommission ein "Sozialbudget" konzipiert, welches in seiner methodischen Weiterentwicklung bis heute grundlegende Informationen über Entwicklung und Struktur der Ausgaben im Sozialbereich bereitstellt². Es bietet die Möglichkeit einerseits detaillierte Kenntnisse über die Zusammensetzung der Leistungen nach Arten, Typen und Funktionen zu gewinnen und so Rückschlüsse auf die personale Inzidenz zu ziehen und andererseits längerfristige Entwicklungslinien verschiedener Ausgabenbereiche und ihr Verhältnis zueinander zu verfolgen, um Anhaltspunkte für die Wirksamkeit sozialer, finanzwirtschaftlicher und ökonomischer Gesetzmäßigkeiten zu gewinnen.

Dies bietet sich umso mehr an, als der soziale Ausgabenbereich im wesentlichen als Redistributionsbereich Gegenstand des volkswirtschaftlichen Kreislaufsystems ist und allein aus dieser Sicht vielfältige und nachhaltige Wirkungen auf zentrale ökonomische Aggregate zeigt. Dieser Aspekt wirft Probleme im Zusammenhang von Sozialsystem und ökonomische Entwicklung auf, wie sie sich im konjunkturellen Zyklus und im längerfristigen Wachstumsverlauf ergeben.

Aus einer anderen Perspektive betrachtet unterliegen Sozialleistungen, da sie in ihrer Mehrzahl öffentliche Ausgaben darstellen, finanzwirtschaftlichen Budgetkriterien und sind somit Gegenstand finanzwirtschaftlicher Forschung, unabhängig davon ob

sie den Haushalten der Gebietskörperschaften oder der Parafisci angehören. Hier erhebt sich die Frage, inwieweit Sozialausgaben das gesamte öffentliche Haushaltsgebaren beeinflussen, insbesondere welche Wirkungen auf Staatsquoten von ihnen ausgehen.

Schließlich ist das Sozialleistungssystem als Gesamtheit aller sozialrechtlicher Normen sowohl Aktions- als auch Reaktionsfeld gesellschaftlicher Tendenzen. Hier stehen Fragen nach dem Standard des sozialen Sicherungsbedürfnisses der Bevölkerung, das heißt dem Sicherungsumfang und der Intensität des Sicherungsschutzes, im Mittelpunkt, aber auch Weiterentwicklungen jenseits traditioneller Sicherungsbereiche. Daneben treten die vielfach diskutierten Probleme demographischer Voraussetzungen für langfristig stabile Sicherungsstrukturen.

Die Finanzierungsseite des Sozialbudgets

Bevor Sozialausgaben getätigt werden, muß ihre Finanzierung geklärt sein. Dies kann grundsätzlich durch eine Ausgabenumschichtung erfolgen. Läßt man die zweite Möglichkeit zunächst außer acht, so ziehen die Höhe des Finanzierungsvolumens und seine Bestimmungsgründe die Aufmerksamkeit auf sich. Ökonomischer Ausgangspunkt dabei ist, daß das Sozialleistungssystem seine erforderlichen Finanzmittel nicht aus sich selbst heraus "produziert", sondern diese aus den erwirtschafteten Einkommen, abschöpft. Dies geschieht dadurch daß Einkommen aus der Primärverteilung über Steuern und Sozialbeiträge in derivative Einkommen überführt werden. Verbunden mit dieser monetären Einkommensverteilung ist zugleich eine realwirtschaftliche Umverteilung, die die Ansprüche der gesellschaftlichen Gruppen an das Sozialprodukt definiert.

Quelle sozialpolitischer Aktivitäten ist die volkswirtschaftliche Wertschöpfung. Hinzu tritt der Umverteilungsmechanismus in der Sozialpolitik, der instrumentellen Charakter trägt. Daraus ergibt sich unmittelbar, daß die instrumentellen Verteilungsgrößen eine mehr oder weniger dringende Abhängigkeit von den ökonomischen Leistungsgrößen, wie dem Brutto-sozialprodukt, aufweisen. Die beiden mit Abstand wichtigsten Umverteilungsgrößen der Finanzierungsseite des Sozialbudgets sind die Beitragsfinanzierung und die Steuerfinanzierung. In der Terminologie des Sozialbudgets sind dies die Einnahmen aus Sozialbeiträgen, die grob untergliedert sind in solche der Versicherten und der Arbeitgeber, sowie die Einnahmen aus Zuweisungen, unterteilt in öffentliche

2) SOZIAL-ENQUETE-KOMMISSION: Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der SOZIAL-ENQUETE-KOMMISSION, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, o.J. (vermutl. 1966)

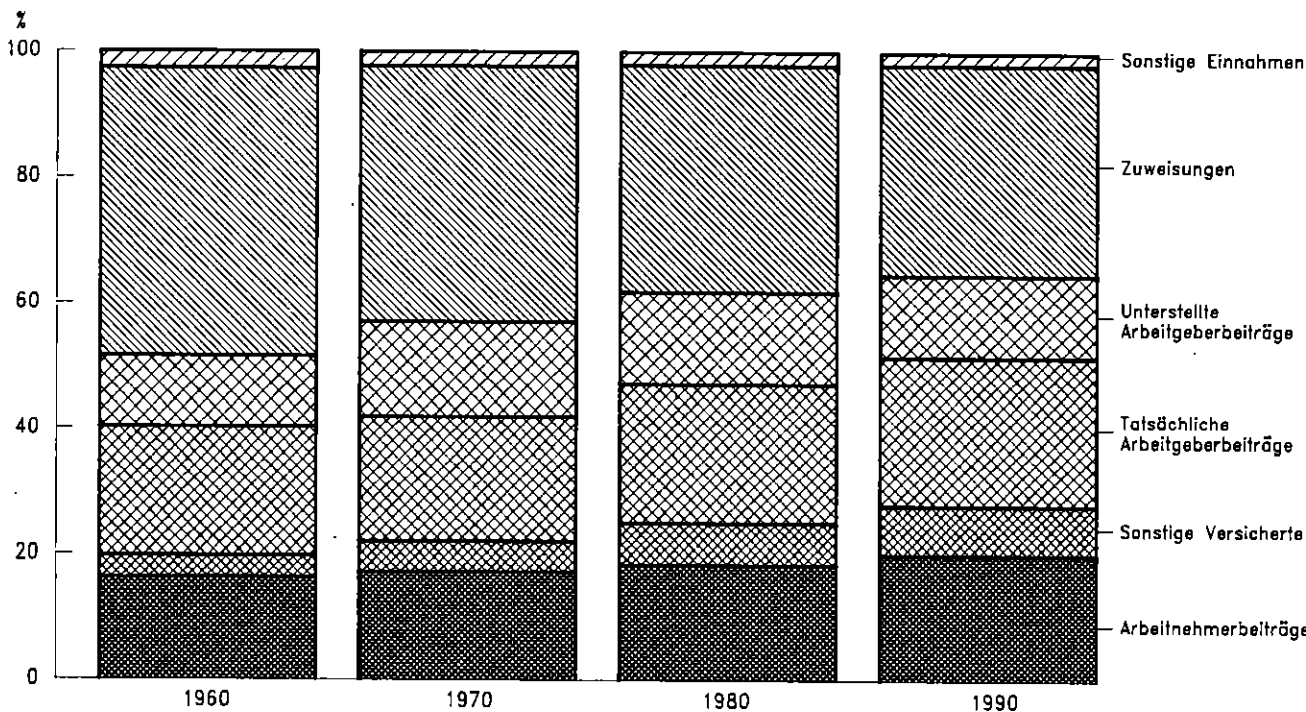
und nicht-öffentliche Mittel. Daneben erscheinen noch sonstige Einnahmen, die überwiegend Kapitalerträge und Gebühren umfassen.

Im Jahre 1990 ergaben sich für die Bundesebene auf der Finanzierungsseite des Sozialbudgets Einnahmen in Höhe von 734,4 Mrd. DM, während sie 1960 noch 73,5 Mrd. DM betragen haben. Das Finanzierungsvolumen ist also während der letzten 30 Jahre auf das zehnfache angestiegen. Betrachtet man im langfristigen Entwicklungsvergleich die Beitragsfinanzierung durch Zuweisungen, so läßt sich eine signifikante Tendenz hin zu den Beiträgen ausmachen. Betrug die Finanzierung des Sozialbudgets über Sozialbeiträge 1965 noch 53,4 %, so stieg dieser Finanzierungsanteil bis zum Jahre 1990 auf 64,8 % an. Komplementär hierzu fiel der steuerfinanzierte Anteil der Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln von 41,7 % auf 31,4 % (Schaubild 1). Obwohl die zeitlichen Entwicklungstrends relativ kontinuierlich verlaufen, lassen sich in ihnen konjunkturelle Entwicklungsphasen erkennen, die den langfristigen

Trend begleiten. Dies läßt sich mit der unmittelbaren Reagibilität des Beitragsaufkommens von der Höhe des Bruttosozialprodukts erklären. Verhältnismäßig leichte und nur vorübergehende Rückbildungen der Beitragsquoten (Beitragsaufkommen in % des gesamten Finanzierungsvolumens des Sozialbudgets) lassen sich in den Jahren 1966/67 und 1974/75 sowie 1980/81 nachweisen. In den gleichen Jahren stieg die Finanzierung über öffentliche Zuweisungen in kompensatorischer Weise an, um danach wieder in den langfristigen Entwicklungsverlauf zurückzukehren. Das empirische Datenmaterial offenbart somit, daß Konjunktur und wirtschaftliches Wachstum in hohem Maße strukturbildend auf die Einnahmenseite des Sozialbudgets einwirken. Dabei geht vom ökonomischen Wachstumsprozeß kontinuierlich eine Stärkung des finanzwirtschaftlichen Äquivalenzprinzips aus, die jedoch in Phasen konjunkturellen Abschwungs vorübergehend ausgesetzt wird. Dies drückt sich insbesondere in der Entwicklung des Verhältnisses der Beitragsfinanzierung zur Steuerfinanzierung des Budgets aus.

Schaubild 1

Finanzierung des Sozialbudgets im Bundesgebiet 1960 bis 1990 nach Finanzierungsarten



Das Kernstück der Finanzierung: Die Beitragsentwicklung

Der Zusammenhang zwischen der Höhe der Sozialbeiträge und der gesamtwirtschaftlichen Leistung läßt sich durch die Beitragsaufkommenselastizität des Bruttosozialprodukts beschreiben³. Dieser Indikator gibt anhand des vorliegenden Datenmaterials jahresdurchschnittlich das Verhältnis der relativen Änderung der Beitragseinnahmen zur verursachenden relativen Änderung des Bruttosozialprodukts an. Die Elastizitätsgröße, die das Verhältnis zweier Wachstumsraten ausdrückt, gibt also Antwort auf die Frage, um wieviel Prozent das Beitragsaufkommen einer Periode zunimmt, wenn das Bruttosozialprodukt um ein Prozent wächst. Die jeweils bestehenden Elastizitätsgrößen geben somit das Ausmaß äquivalenzorientierter Effekte staatlicher Umverteilungspolitik wieder. Es spiegelt sich in ihnen der Entwicklungszusammenhang zwischen wertschöpfendem und redistributivem Ökonomiebereich. Budgetbezogen geben sie in langfristiger Sicht den Finanzierungsspielraum der Sozialausgaben vor und beeinflussen entscheidend das Verhältnis der materiellen Lebenslagen von Primäreinkommensempfänger zu Sozialeinkommensempfängern. Die Beitragsaufkommenselastizitäten machen letztlich deutlich, wie eng

die Empfänger von Sozialleistungen an die allgemeine ökonomische Leistungsentwicklung angekoppelt sind.

Eine Betrachtung der jahresdurchschnittlichen Ausprägungen der Elastizitätsgrößen während der vergangenen 30 Jahre zeigt, daß vom Beginn der sechziger Jahre bis zum Beginn der achtziger Jahre ihr Wert weit überwiegend deutlich über 1 gelegen hat, was auf erhebliche Finanzierungsspielräume hinweist. In den achtziger Jahren dagegen scheint ein Trend zu niedrigeren und fallenden Elastizitätswerten erkennbar zu werden, in dessen Verlauf zunehmend Werte unter 1 auftreten (Schaubild 2). Im Hinblick auf den langfristigen Verlauf der Beitragsaufkommenselastizitäten ist festzustellen, daß hier ein ganzes Konglomerat vielschichtiger und teilweise gegenläufiger Effekte im Spiele sind, die mit dem Ergebnis der Primärverteilung, der Produktivitätsentwicklung in Relation zu Einkommensgrößen sowie mit Wirkung von Preisniveausteigerungen zusammenhängen. Die Hauptfaktoren jedoch, die die Höhe der Beitragsaufkommenselastizitäten vorherrschend determinierten, sind diskretionäre sozialpolitische Maßnahmen und hier insbesondere die Beitragssatzentwicklung der Sozialversicherungssysteme sowie die Öffnung der Sozialversicherung für weitere gesellschaftliche Gruppen. Insbesondere Ende der sechziger Jahre und während der gesamten siebziger Jahren waren die Beitragssätze der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung starken Anhebungen ausgesetzt, mit der Folge, daß zwischen 1970 und 1989 die durchschnittliche Abgabenlast auf die Bruttoarbeitsentgelte der Arbeitnehmer von 13,25 % auf 17,95 % anstieg. Gleichzeitig öffnete sich ab 1973 die Rentenversicherung für Selbständige und Hausfrauen, ab 1983 wurden die Rentner schrittweise individuell beitragspflichtig zur Krankenversicherung, was weitere Beitragsschübe auslöste.

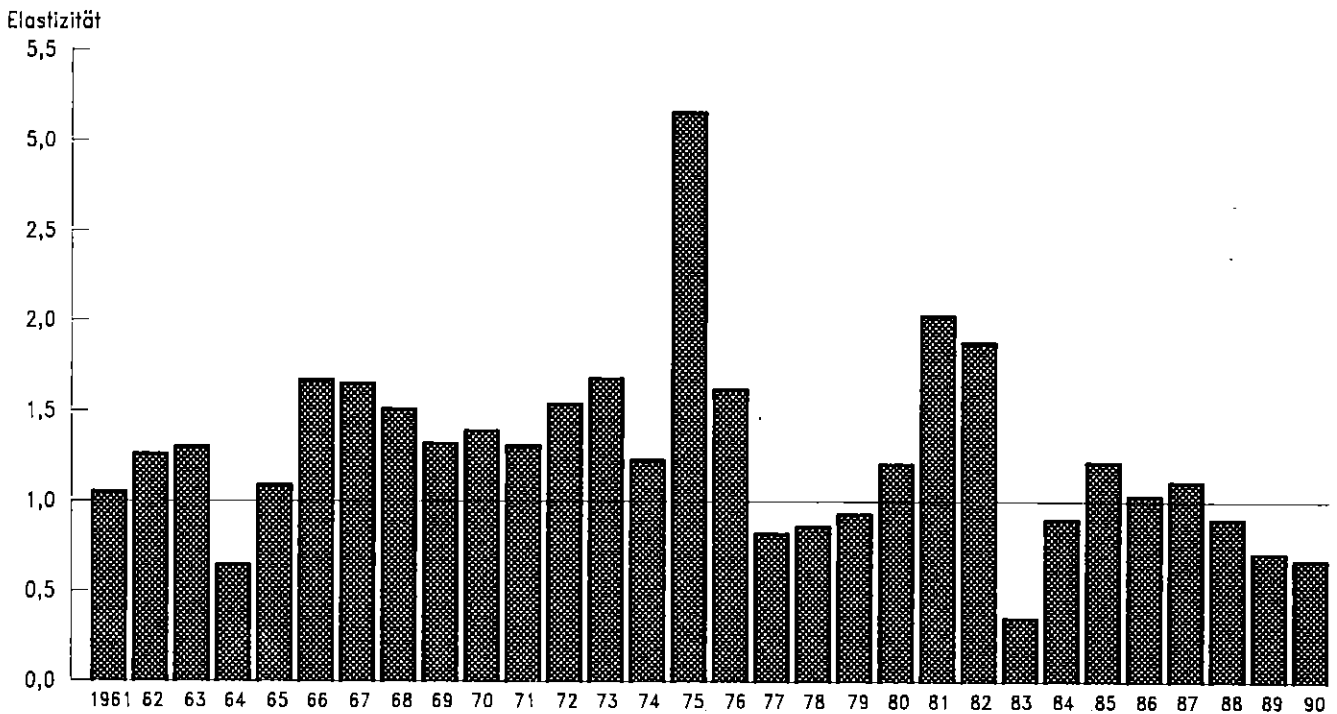
- 3) Der Elastizitätsbegriff wurde von dem englischen Nationalökonom A. Marshall in die ökonomische Theorie eingeführt. Er gibt die Stärke der Reaktion einer abhängigen Größe (hier Sozialbeiträge) auf die Veränderung einer unabhängigen Größe (hier Bruttosozialprodukt) an. Dazu bildet man das Verhältnis einer prozentualen jährlichen Veränderung der Beiträge zur prozentualen jährlichen Veränderung des Bruttosozialprodukts (BSP):

$$E = \frac{\text{Jährliche Wachstumsrate zum Vorjahr der Beiträge}}{\text{Jährliche Wachstumsrate zum Vorjahr des BSP}}$$

Ist die Elastizität absolut größer als 1, so sagt man die abhängige Variable (hier Sozialbeiträge) sei im Bezug auf die unabhängige Variable (hier Bruttosozialprodukt) elastisch, d.h. einer Änderung des Bruttosozialprodukts von 1 % entspricht eine Veränderung der Sozialbeiträge von mehr als 1 %. Ist die Elastizität absolut kleiner als 1, so liegt ein unelastisches Verhältnis vor. Steigt das Bruttosozialprodukt um 1 %, so nehmen jetzt die Sozialbeiträge um weniger als 1 % zu.

Schließlich lassen sich neben den Auswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen auf die Elastizitätswerte auch kurzfristige konjunkturelle Verlaufsmuster ausmachen, die auf Zeitverzögerungseffekte ökonomischen Handelns zurückzuführen sind. So sind insbesondere Konjunkturabschwünge in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren durch einen Höchststand der Elastizitätswerte und einem sich anschließenden Rückgang gekennzeichnet. Im Jahr des aktuellen ökonomischen Leistungstiefs ist die Beschäftigung noch hoch und führt zu "überhöhten" Elastizitätswerten, die sich erst in den unmittelbaren Folgejahren durch eine Reduzierung des Beschäfti-

Beitragsaufkommenselastizität des Bruttosozialprodukts *) im Bundesgebiet 1961 bis 1990



*) Nur tatsächliche Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

252 92

gungsstandes "anpassen". In der Phase von Konjunkturerholungen läuft dieser Mechanismus in entgegengesetzter Richtung ab. Geht man aus he er Sicht von einer gewissen Abschwächung der Wachstumsdynamik aus, so dürfte während der ersten Hälfte der neunziger Jahre wiederum eine An- r erung der Elastizitätswerte gegen 1 stattfinden, so daß die Beitragsaufkommen proportional zum gesamtwirtschaftlichen Indikator anwachsen.

Wurden bisher die Sozialbeiträge in ihrer Entwicklung mehr oder weniger global betrachtet, so ist abschließend zur Analyse der Beitragsfinanzierung eine Unterscheidung zwischen Beiträgen der Versicherten und der Arbeitgeber zu treffen, da sich in diesem Zusammenhang differenzierte Entwicklungen ergeben. Die Sozialbeitragsquote im Jahre 1990 in Höhe von 64,8 % unterteilt sich in die Teilquote der Versicherten in Höhe von 27,9 % und in die der Arbeitgeber in Höhe von 37,0 %. Die Teilquote der Arbeitgeber ihrerseits wird weiter differenziert in die Quote der tatsächlichen Beiträge (22,1 %) und die der unterstellten Beiträge (14,9 %). Die obigen Ausführungen gelten streng genommen nur für die tatsächlichen Arbeitgeberbeiträge, da nur diese der Sozialversicherung zugutekommen. Die unterstellten Beiträge dagegen bilden den fiktiven Gegenwert für

direkte Sozialleistungen der Arbeitgeber an die Empfänger. Dies betrifft Ausgabensegmente des Sozialbudgets, für die administrativ zwar kein Beitragssystem existiert, die gleichwohl von ihrer Art zu den beitragsorientierten Systemen gehören. Als Beispiele seien die Entgeltfortzahlungen, die Betriebsrenten als Arbeitgeberleistungen und die Beihilfen im öffentlichen Dienst genannt. Sie spielen, was die oben beschriebenen Entwicklungstrends betrifft, eine Sonderrolle, da ihre Beitragsquote langfristig gesehen eine abnehmende Tendenz aufweist. Diese spezielle Beitragsquote fiel von ihrem Höchststand bei Einführung der Entgeltfortzahlung im Jahre 1970 von 18,7 % auf 13,2 % im Jahre 1990.

Die Funktionen der Steuerfinanzierung des Budgets

Die Steuerfinanzierung in Form von Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln richtet sich auf zwei Bereiche: Leistungen in Form von Bundeszuschüssen, Erstattungen etc. zur Sozialversicherung und Sozialleistungen, die außerhalb der großen Sozialversicherungssysteme erbracht werden. Im wesentlichen sind dies der Versorgungsbereich der Kriegsoffer, die Fürsorgesysteme, mit den Schwerpunkten Sozialhilfe, Jugendhilfe und Wohngeld sowie spezielle

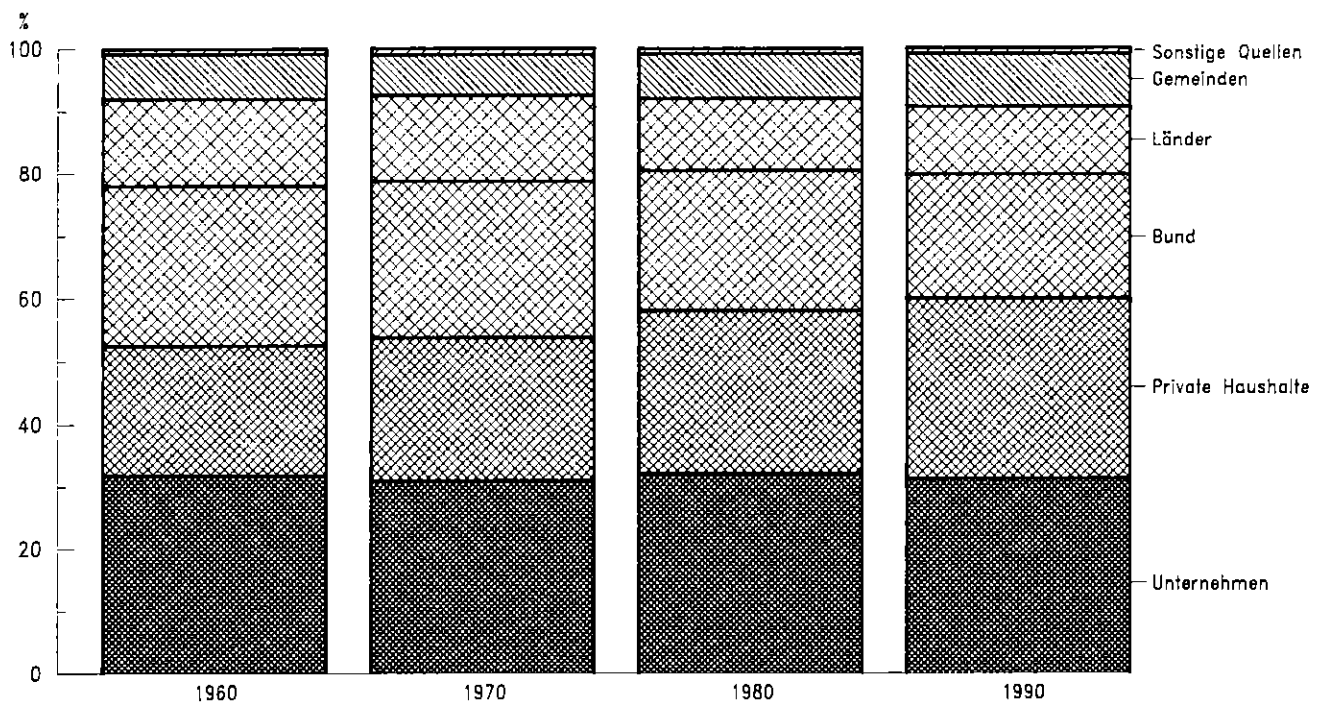
sozialpolitische Aktionsfelder wie der Familienlastenausgleich, die Vermögensbildung und die indirekten Leistungen. Im Rahmen der Sozialversicherung kommt der Steuerfinanzierung eine komplementäre Funktion zu, die langfristig einen relativen Rückgang der Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln zu verzeichnen hat. Insbesondere in der Rentenversicherung wird dies unter dem Stichwort "Rückzug des Bundes aus der Finanzierungsverantwortung" diskutiert (vgl. hierzu auch Schaubild 3). In der Tat haben sich in den vergangenen 30 Jahren die Leistungen des Bundes relativ erheblich vermindert, während gleichzeitig der Rentenversicherung neue Leistungsbereiche zugewachsen sind. Dagegen stehen die Ausgabenbereiche außerhalb der Sozialversicherung, die untereinander unterschiedliche Tendenzen zu verzeichnen haben. So führt der gesamte Bereich der Kriegsfolgelasten seit den siebziger Jahren zu einer systematischen Entlastung des Bundes, die sich in einem deutlichen relativen Rückgang der Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln niederschlägt. Dies wird jedoch wiederum durch das dynamische Anwachsen des Ausgabenbereichs der Fürsorgesysteme, sowie der Handlungsfelder der diskretionären Sozialpolitik mehr als kompensiert. Im

Endergebnis ist festzuhalten, daß sich die nicht-beitragsorientierten Einnahmearten von rund der Hälfte anfangs der sechziger Jahre auf heute ein Drittel zurückgebildet haben. Außer den öffentlichen Zuweisungen sind hier noch die sonstigen Zuweisungen zu nennen, die aus öffentlichen Unternehmen wie der Bundesbahn und Bundespost zufließen und die sonstigen Einnahmen, die sich vorwiegend aus Kapitalerträgen und Gebühren zusammensetzen.

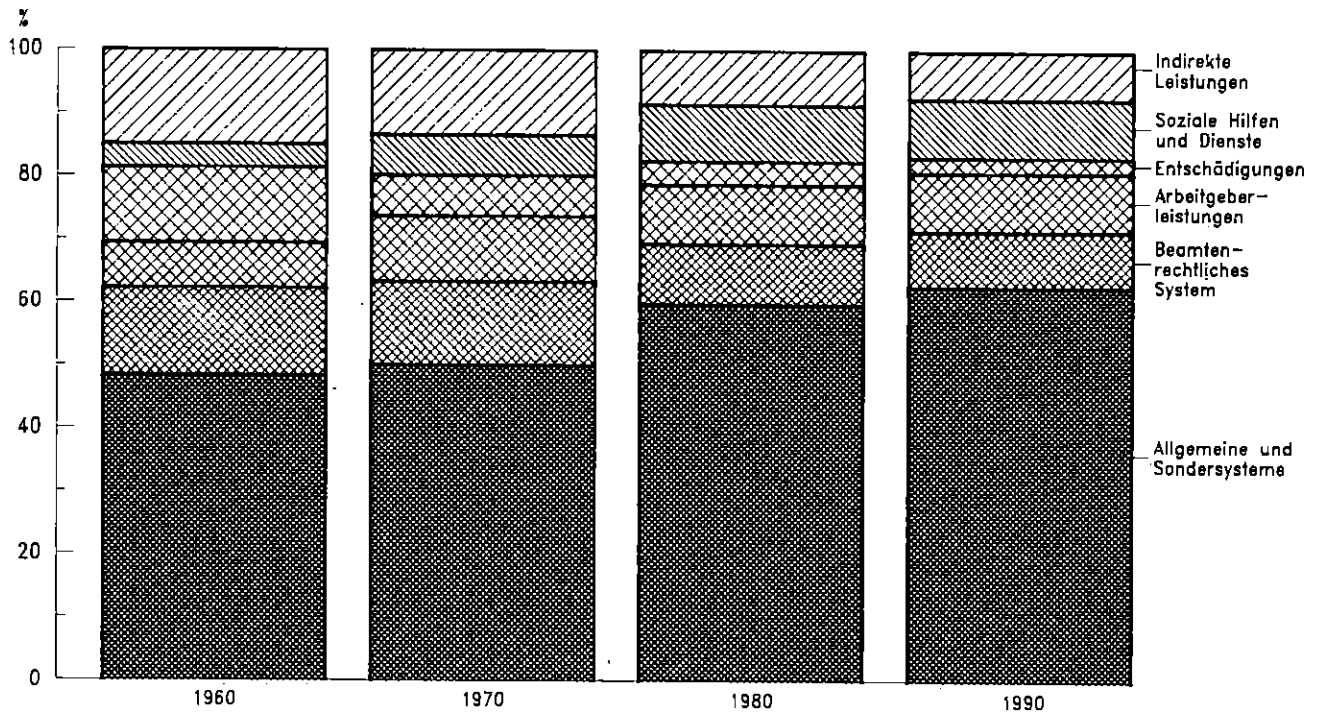
Der Leistungsbereich des Sozialbudgets

Die globalen Entwicklungen auf der Finanzierungsseite finden ihre Entsprechung auf der Ausgaben-seite. In diesem Sinne entspricht die Bedeutung der Beitragsfinanzierung der Dominanz beitragsorientierter Leistungssysteme. Betrachtet man nämlich die Entwicklung der Ausgabenstruktur, so läßt sich mit stetigem Anwachsen des Budgetvolumens zugleich eine Konzentration der Mittel auf die Allgemeinen Systeme und hier insbesondere die großen Sozialversicherungssysteme ausmachen (Schaubild 4). Während noch 1965 auf diese Allgemeinen Systeme 46,4 % der Gesamtausgaben entfielen, wa-

Schaubild 3
Finanzierung des Sozialbudgets im Bundesgebiet 1960 bis 1990 nach Finanzierungsquellen



Ausgabenstruktur des Sozialbudgets im Bundesgebiet 1960 bis 1990 nach Institutionengruppen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

254 92

ren es 1990 bereits 61,7 %, ohne daß eine grundsätzliche Verlangsamung dieses Trends erkennbar wäre. Der Hauptverursacher ist hierbei nicht die Rentenversicherung als volumenmäßig stärkste Institution, sondern die Krankenversicherung und die Arbeitsförderung (Schaubild 5). Der zweite dynamische Ausgabenbereich läßt sich bei den Sozialen Hilfen und Diensten lokalisieren, die sich von 4,7 % Budgetanteil 1965 auf 9,3 % ausgeweitet haben. Hier spielt die Sozialhilfe eine entscheidende Rolle, die ausgehend von etwas über 2 Mrd. DM in 1965 auf nahezu 34 Mrd. DM in 1990 angestiegen ist. Dagegen stehen jedoch die Entschädigungsinstitutionen, die indirekten Leistungen und das beamtenrechtliche Leistungssystem, die beachtliche Budgetanteile "verloren" haben. Die Arbeitgeberleistungen haben, trotz der Einführung der Lohnfortzahlung im Jahre 1970 ihren Budgetanteil über die vergangenen 25 Jahre konstant halten können. Gelegentliche Schwankungen ändern an diesem generellen Trend nichts.

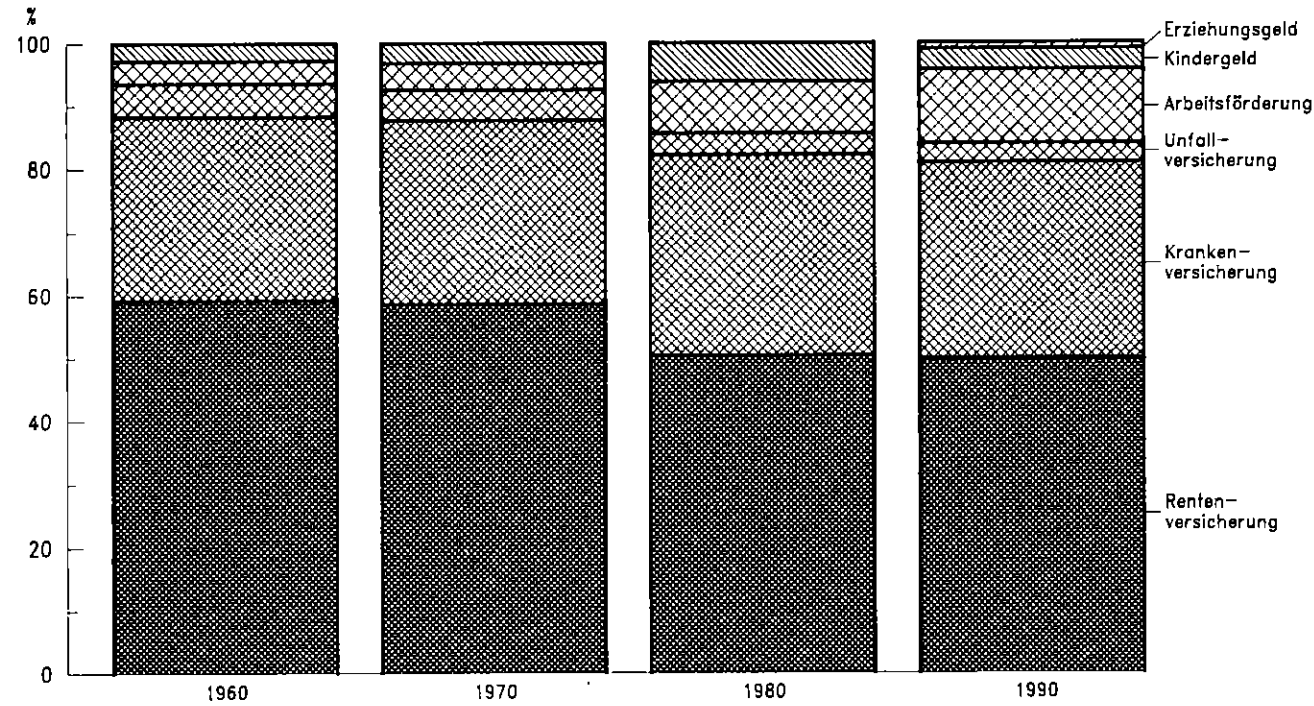
Betrachtet man die Sozialleistungen gegliedert nach dem Zweck ihrer Verausgabung, so schlägt sich die Ausweitung des Budgetvolumens vor allem in den Funktionen: Gesundheit, Beschäftigung und in abgeschwächtem Maße Alter/Hinterbliebene nieder.

Die Reihenfolge steht dabei für den relativen Rang mit dem die Funktionen an der Ausweitung beteiligt sind. Relative "Einbußen" haben dagegen die Funktionen Ehe und Familie, Wohnen und Kriegsfolgen zu verzeichnen (Schaubild 6).

Schließlich lassen sich die Sozialleistungen noch nach Leistungsarten gliedern, die Anhaltspunkte dafür geben, in welcher Form Sozialausgaben erbracht werden. Auch hier lassen sich eindeutige Aussagen über Ausweitungs-, Eindämmungs- und Stagnationstendenzen während der vergangenen 25 Jahre machen. Gleichermäßen beeindruckend und aufschlußreich ist dabei die zeitliche Strukturverschiebung zwischen den Einkommensleistungen einerseits und den Barerstattungen, Waren und Diensten andererseits. Die Einkommensleistungen bilden sich danach von einem Budgetanteil von 80,6 % im Jahre 1965 zurück auf 66,9 % (1990), die Barerstattungen, Waren und Dienste erweitern dagegen ihren Anteil zusammen von 14,3 % auf 27,1 %. Damit kommt den Sozialleistungen, die im Rahmen des Sachleistungsprinzips oder im Wege der Erstattung gewährt werden entscheidende Bedeutung bei der Ausgabenausweitung des Sozialbudgets zu. Dies betrifft funktional betrachtet vor allem Gesundheitsgüter, die vom institutionellen Leistungsrahmen her

Schaubild 5

Ausgabenstruktur des Allgemeinen Systems der Sozialen Sicherung im Bundesgebiet 1960 bis 1990

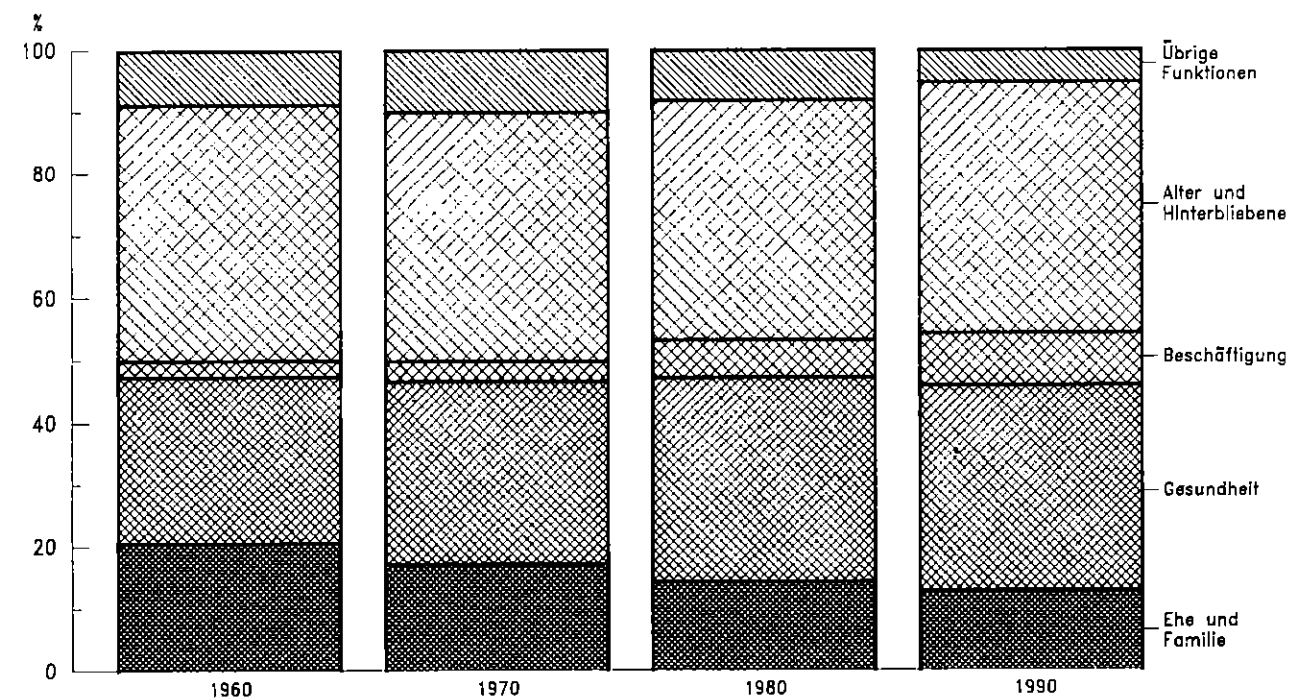


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

255 92

Schaubild 6

Ausgabenstruktur des Sozialbudgets im Bundesgebiet 1960 bis 1990 nach Funktionsgruppen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

256 92

gesehen zwar Schwerpunkte aufweisen, nichtsdestoweniger jedoch auch breit über nahezu alle Systeme gestreut sind. Konkret bestehen diese Gesundheitsgüter aus ambulanter und stationärer Behandlung, Arzneimittel und Zahnersatz.

Die Sozialleistungsquote: Empirischer Befund und Hypothesen über Entwicklungsverläufe

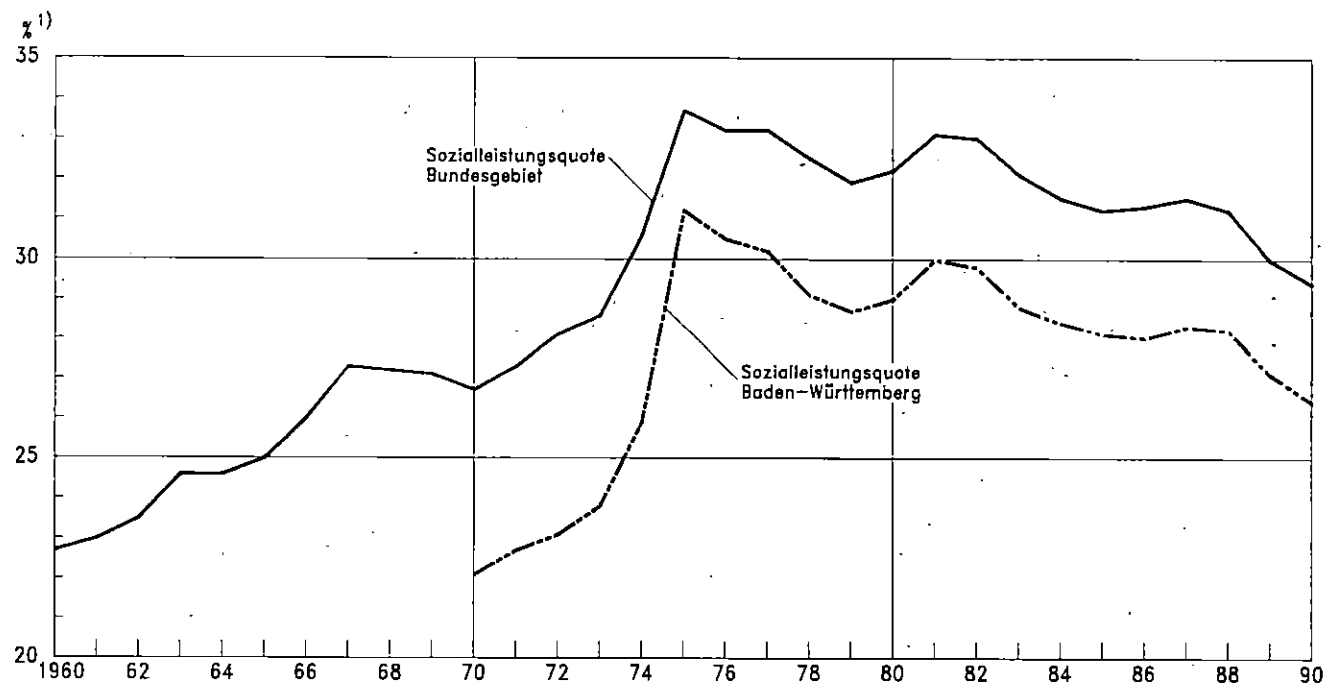
Im Jahre 1990 erreichte das Sozialbudget ein Ausgabenvolumen in Höhe von über 703 Mrd. DM, nachdem es im Jahre 1960 noch einen Betrag von etwas weniger als 69 Mrd. DM auswies. Diese Beträge sagen für sich genommen allerdings wenig aus: Ihre ökonomische und soziale Bedeutung ist erst zu verstehen, wenn dieses Aggregat und seine Entwicklung ins Verhältnis zum wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsniveau der Gesellschaft gesetzt wird: Als wirtschaftliches und finanzielles Leistungsniveau gelten international die gesamtwirtschaftlichen Größen, darunter insbesondere das Bruttosozialprodukt. Bezieht man die Summe der Sozialleistungen nach dem Sozialbudget auf die Summe aller Güter und Dienstleistungen einer Wertschöpfungsperiode, so erhält man die Sozialleistungsquote, die heute in der

sozialpolitischen Diskussion eine zentrale Rolle spielt. Die weite Verbreitung dieser Ausgabenquote darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei diesem Indikator um eine sachlogisch nicht eindeutig interpretierbare Größe handelt.

Die Sozialleistungsquote, wie sie seit Jahren vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung im Rahmen der Sozialberichte berechnet und veröffentlicht wird, betrug im Jahre 1960 bescheidene 22,7 % und stieg bis zu Beginn der siebziger Jahre noch relativ kontinuierlich, danach in stark beschleunigtem Tempo auf ihren Höchststand im Jahre 1975 von 33,7 % an, um danach langsam unter Schwankungsverläufen wieder auf 29,4 % abzufallen (Schaubild 7). Dieses Verlaufsmuster hat die weitverbreitete Ansicht ausgelöst, daß die 30%-Marke der Sozialleistungsquote gleichsam eine "Schallmauer" darstelle, die ordnungspolitisch auf Dauer nicht überschritten werden kann. Diese These konnte jedoch weder ökonomisch noch finanzwirtschaftlich überzeugend belegt werden, gleichwohl ist man sich in Wissenschaft und Politik einig, daß eine Ausweitung der Quote an eine Grenze stoßen muß, ab der die Umverteilung in ihrem Umfang beeinträchtigend auf das wirtschaftli-

Schaubild 7

Sozialleistungsquoten des Institutionellen Sozialbudgets in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1960 bis 1990



Quellen: Bundesgebiet: Materialband 1990, 1989p, 1990s. Baden-Württemberg: SB.I, Mappe II 3, 1988 bis 1990 anhand Bund geschätzt.

1) Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in %.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

257 92

che Geschehen wirken muß. Wo genau diese Grenze liegt, ist jedoch schwer auszumachen⁴. Empirischer Befund ist, daß die Sozialleistungsquote bis in die Mitte der siebziger Jahre eine eindeutig zunehmende Tendenz aufgewiesen hat, von konjunkturellen Schwankungen abgesehen. Dieser Tatbestand läßt sich durch das - wenn auch lückenhafte - Datenmaterial zur Umverteilung erhärten, welches für die Zeit vor der Erstellung des Sozialbudget zur Verfügung steht. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und in den gesamten achtziger Jahren war die Sozialleistungsquote dagegen rückläufig. Ob es sich hier um eine Trendumkehr oder nur um eine vorübergehende Entwicklungsphase handelt, läßt sich gegenwärtig nicht eindeutig ausmachen.

Empirisch nachweisen läßt sich allerdings, daß in allen EG-Ländern die Sozialleistungsquoten an einem oberen "Grenzwert" verlaufen (Schaubild 8).

- 4) Vgl. hierzu: MUSGRAVE, R.: Über den "richtigen" Umfang des öffentlichen Sektors und die Überexpansionstheorie, in: Chancen und Grenzen des Sozialstaats, hrsg. von P. KOSLOWSKI u.a., Tübingen, (1983) S. 90ff.

Dabei nimmt Deutschland zusammen mit Frankreich und Belgien 1988 eine Spitzenposition ein. Nur die niederländische Quote liegt höher, die Quoten für Großbritannien und Italien liegen darunter. Die übrigen EG-Länder weichen mehr oder weniger stark nach unten ab und machen deutlich, daß von einem europäischen Sozialraum heute noch nicht gesprochen werden kann.

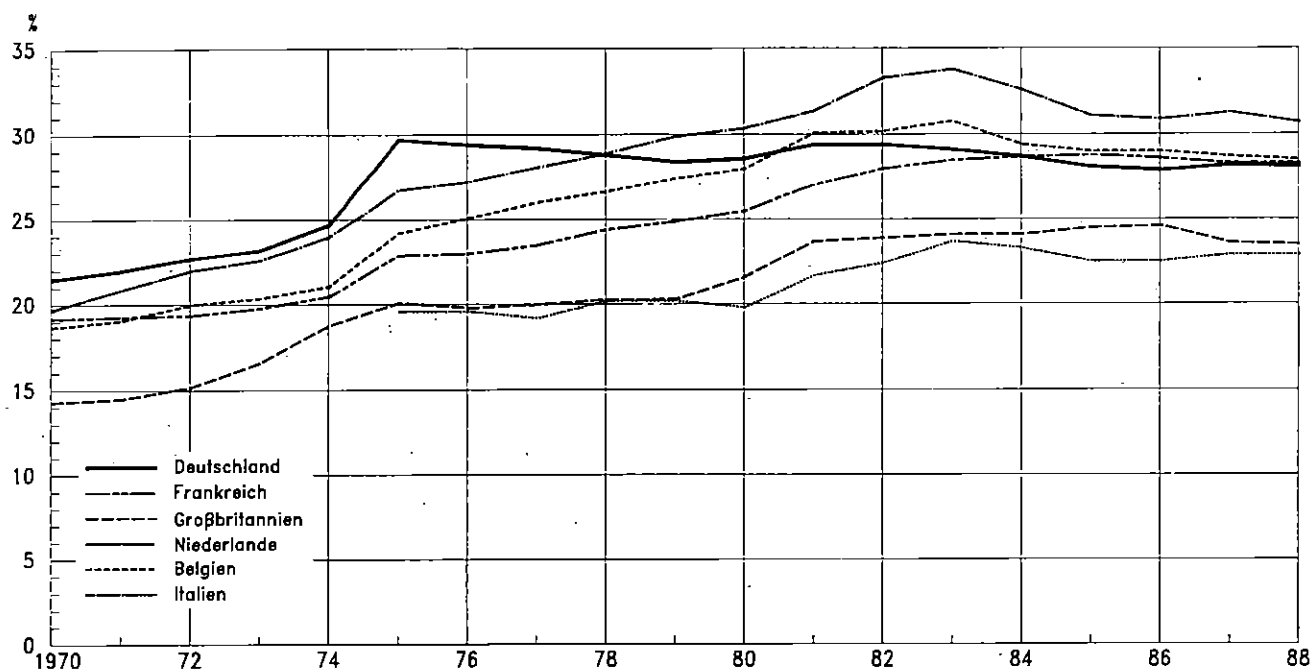
Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, einerseits Gründe zu finden, die für ein langfristiges Anwachsen der Sozialleistungsquote ausschlaggebend sind, andererseits den Wirkungsmechanismus offenzulegen, der für kurzfristigen Schwankungsverläufe und darüber hinaus begrenzte Phasen der Rückentwicklung von Sozialleistungsquoten verantwortlich ist.

Hypothesen zur Erklärung von Quotenverläufen im Sozialbereich

Während der sechziger Jahre wurde von der damaligen SOZIAL-ENQUETE-KOMMISSION die These von der Ausweitung der Staatstätigkeit speziell auf das Sozialbudget hin formuliert. Danach besteht aufgrund "automatischer Mechanismen" und politischer Daten ständig eine "Tendenz zur Ausweitung des Sozialbudgets", die zu einem überproportionalen

Schaubild 8

Sozialleistungsquoten^{*)} ausgewählter EG-Länder 1970 bis 1988



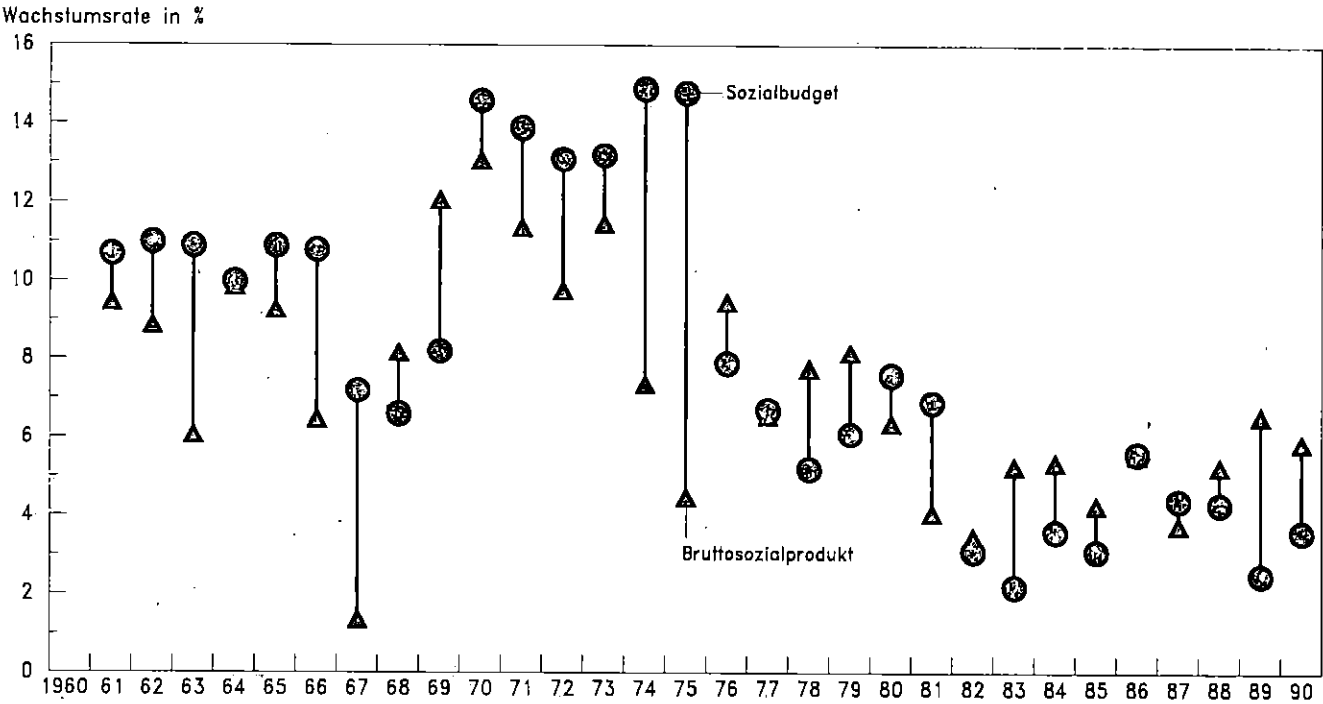
*) Sozialleistungsquoten in der Definition und Abgrenzung von EUROSTAT.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Wachstum im Vergleich zum Bruttosozialprodukt tendiert. Als ein wichtiger Einflußfaktor werden hier demographische Veränderungen im Bevölkerungsaufbau sowie in den Haushalts- und Familienstrukturen gesehen. Infolge demographischer Verwerfungen nimmt der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung merklich zu, der Anteil jüngerer Menschen sinkt dagegen ab. Viele Untersuchungen in der jüngsten Vergangenheit haben sich mit diesem Problemkreis befaßt, wobei auch immer wieder versucht wurde, die Auswirkungen auf die Ausgaben- und Einnahmensituation zu quantifizieren. Angesichts der hohen Bevölkerungszuwanderungen der achtziger Jahre sowie deren Bedeutung für den Sozialleistungsbereich scheint dieser Aspekt in den Hintergrund getreten zu sein. Die während der achtziger Jahre eingetretene Situation, die zweifellos eine Entspannung im Verlauf der Sozialleistungsquote erbracht hat und die scheinbar im Widerspruch zu den "automatischen Steigerungstendenzen der Sozialausgaben" steht, dürfte jedoch nur von vorübergehender Dauer sein.

Neben demographischen und politischen Faktoren griff die damals weit vorausschauende SOZIAL-ENQUETE-KOMMISSION auch ökonomische Bestimmungsgründe wie Arbeitslosigkeit, Einkommensent-

wicklung und Lebenshaltungskosten auf. Dabei wird im Falle der Arbeitslosigkeit auf die Kumulierung einer Reihe von betroffenen Sozialleistungen, wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld, aber auch vorzeitiges Altersruhegeld hingewiesen, die die Kosten der Arbeitslosigkeit weit über die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit hinaushebt. Zeiten höherer oder niedrigerer Arbeitslosigkeit ergeben sich im Kontext mit konjunkturellen Wechsellagen. Der Verlauf der Sozialleistungsquote läßt in diesem Zusammenhang starke konjunkturelle Momente erkennen. Dies ist nicht verwunderlich, denn in ausgeprägt rezessiven Wirtschaftsperioden sind einerseits mengenmäßig mehr Risiken abzudecken, andererseits bewegt sich die Größe des Bruttosozialprodukts tendenziell gegenläufig zu den Budgetgrößen. Die dabei auftretenden Wachstumsdifferenzen, die die jeweilige Höhe der Quote bestimmen, waren nicht nur Mitte der siebziger Jahren zugunsten der Budgetausgaben stark ausgeprägt, sondern bereits auch schon in den sechziger Jahren. Positiv zu den vorigen Dekaden sind im Hinblick auf die Ausprägungen der Wachstumsdifferenzen von sozialer Ausgabengröße und ökonomischer Leistungsgröße die achtziger Jahre zu beurteilen, was stabilisierend auf das Sozialleistungssystem eingewirkt hat (Schaubild 9). Die Daten machen darüber hinaus deutlich, daß

Schaubild 9
Wachstumsdifferenzen von Sozialbudget und Bruttosozialprodukt im Bundesgebiet 1960 bis 1990



es einen rein antizyklischen Verlauf der Sozialleistungsquote nie gegeben hat, da sie zusätzlich von anderen Faktoren überlagert waren.

Automatismen, die zu Steigerungen der Sozialausgaben führen, gehen nach den Vorstellungen der KOMMISSION nicht nur von ökonomischen Krisenerscheinungen, sondern - was noch wichtiger ist - von Wohlstandserscheinungen aus. In diesem Sinne sind die Einwirkungen der allgemeinen Einkommensentwicklung auf die Sozialleistungsquote nicht eindeutig. Zum einen wird traditionell davon ausgegangen, daß bei steigendem Einkommensniveau die Sozialleistungen sinken, zum anderen werden mit steigendem Einkommen und Lebensstandard höhere Erwartungen verbunden, die durch ein entsprechend höheres Sicherheitsbedürfnis abgedeckt werden müssen. In der Tat läßt sich auch eine positive Korrelation zwischen dem Wachstum der Sozialbudgetausgaben und dem des Bruttosozialprodukts nachweisen, in der allerdings Zeitverzögerungseffekte von einem bis fünf Jahren eine Rolle spielen (Schaubild 10 und 11).

In den Rahmen der ökonomischen Faktoren sind noch die Wirkungen von Preissteigerungen mit einzubeziehen, da inflationäre Prozesse über die Dynamisierung einer Reihe von Sozialleistungen sowie über diskretionäre Anpassungen an gestiegene Lebenshaltungskosten die nominalen Ausgabenbeträge für Sozialleistungen beeinflussen. Zudem weisen wichtige Teilbereiche des Sozialsystems - wie etwa die Gesundheitsleistungen - überproportionale Preisniveausteigerungen im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft auf. Daneben steht die These, daß in Zeiten hoher Preissteigerungsraten unter dem Eindruck drohender Vermögensverluste bei bestimmten Vermögensanlagen die Neigung zu individueller Vorsorge zugunsten kollektiver Sicherung aufgegeben wird, was die Zahl der potentiellen Empfänger öffentlicher Zahlungen erhöht.

Trendwende in der Sozialpolitik?

Das ausgangs der siebziger Jahre und mehr noch in den achtziger Jahren zu beobachtende Fallen der Sozialleistungsquote drängt die Frage auf, ob dieser Verlauf für absehbare Zeit anhält. Bei der Vielzahl der Einflußfaktoren fällt eine Antwort schwer. Es lassen sich jedoch einige Faktoren aufführen, die tendenziell einen Rückgang der Sozialleistungsquote begünstigen - insbesondere in Zeiten ökonomischen Wachstums. Wirtschafts- und Sozialpolitiker betonen immer öfter einen fallenden Grenznutzen des Mittel-

einsatzes in der Sozialpolitik, der einer weiteren Ausweitung des Sozialbudgets Grenzen setzt⁵. Als Beispiel wird das Sachleistungsprinzip im Gesundheitswesen genannt, das nicht selten zu Verschwendungen beim Mitteleinsatz führt und so fallenden Grenznutzen Vorschub leistet. Dies stärkt die Neigung, den Leistungsradius der Sozialausgaben zu verringern - wie dies etwa in den Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen und in der Rücknahme von Leistungen bei der Bundesausbildungsförderung für Schüler und Studenten zum Ausdruck kommt.

Das Absinken der Sozialleistungsquote wird auch durch vorsichtige Verlagerungen im Vorsorgeverhalten der Bevölkerung begünstigt, die darauf hinauslaufen, stärker die individuelle Komponente privater Vorsorge zu betonen. Der relative Rückgang der Leistungen im Bereich der Vermögensbildung, aber auch der Versicherungsumfang privater Versicherungsunternehmen im Gesundheitswesen, sind hierfür ein Beispiel. Ein Trend hin zu mehr individueller Sicherung könnte in Zukunft durch den zu erwartenden Anstieg des Pro-Kopf-Vermögens verstärkt werden⁶. Geldwertstabilität ist hierfür eine notwendige Voraussetzung.

Teil II:

Das institutionelle Sozialbudget von Baden-Württemberg 1988. Eine Strukturuntersuchung.

Die regionale Sicht

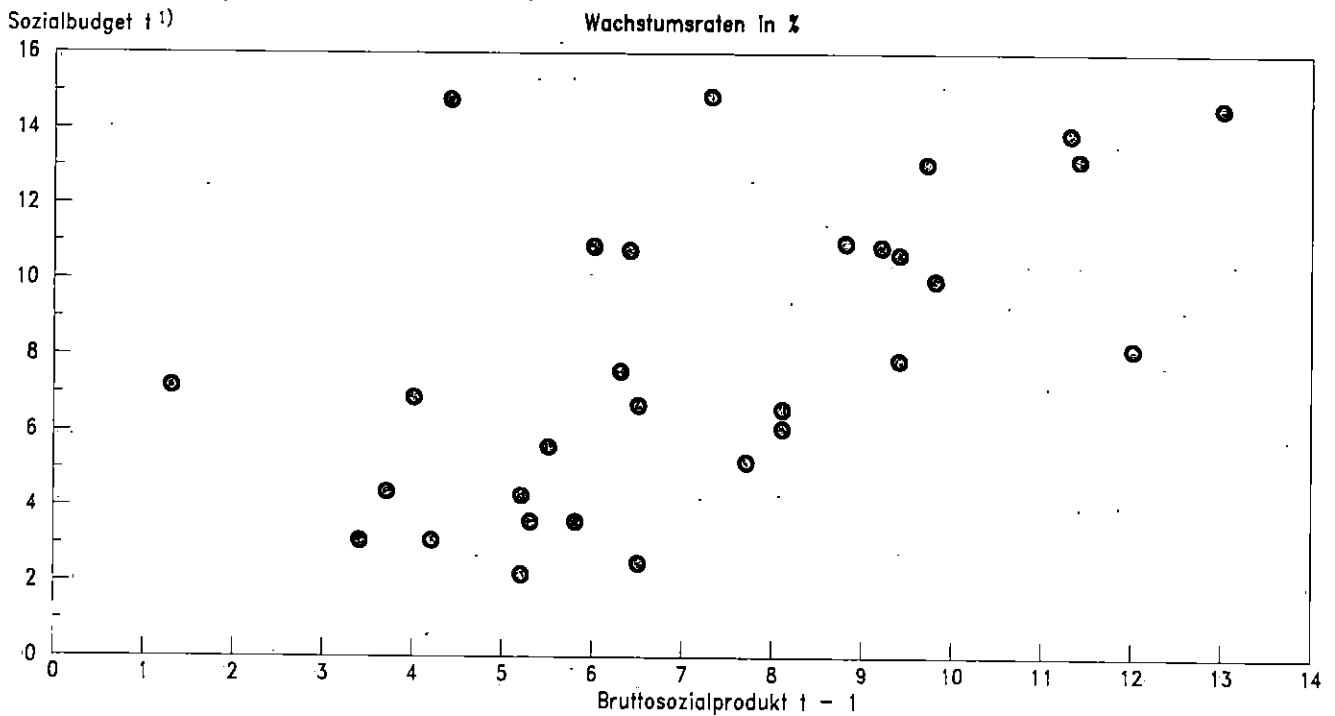
Auf ihrer Tagung im Oktober 1991 in Berlin haben die Minister und Senatoren für Arbeit und Soziales aller 16 Bundesländer die Entwicklung zu immer mehr Zentralismus in der Sozialversicherung einer kritischen Betrachtung unterzogen und im Grundsatz eine Stärkung der Länderzuständigkeit in diesem wichtigen Politikbereich gefordert. Zu diesem Pro-

5) Vgl. hierzu: BERTHOLD, N.: Institutionelle Innovation in der Sozialpolitik - Ein erfolgversprechender Weg zum Abbau wohlfahrtsstaatlicher Ineffizienzen?, in: Soziale und ökologische Ordnungspolitik, hrsg. von P. OBERENDER u.a.

6) Vgl. hierzu: MIEGEL, M.: Sicherheit im Alter - Plädoyer für die Weiterentwicklung des Rentensystems, Schriften des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Stuttgart, (1981) S. 162ff.

Schaubild 10

Wachstumszusammenhang von Sozialbudget und Bruttosozialprodukt im Bundesgebiet 1960 bis 1990

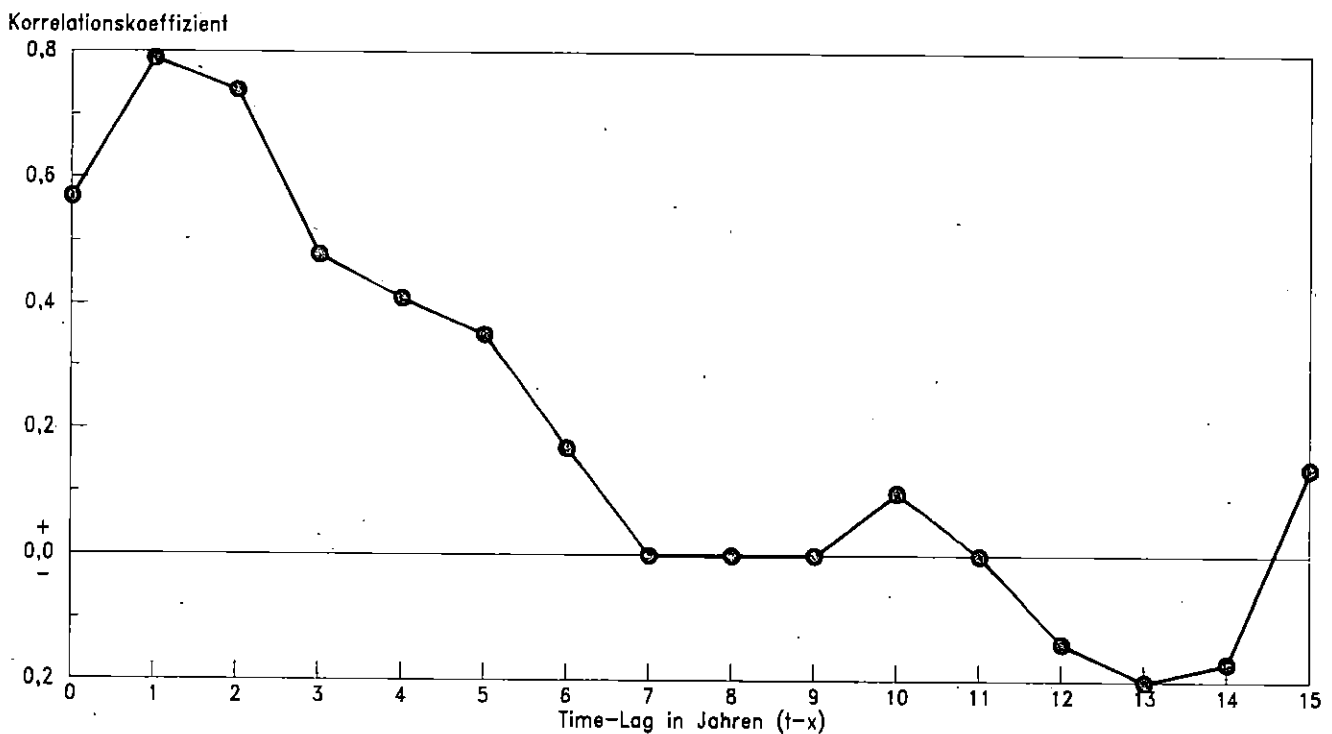


1) Jahre t : 1961 bis 1990.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

259 92

Schaubild 11

Zeitverzögerte Wirkungen des Bruttosozialprodukt auf das Sozialbudget im Bundesgebiet im Zeitraum 1960 bis 1990



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

261 92

blemkomplex wurde daher eigens eine Arbeitsgruppe auf Ministerebene eingerichtet mit dem Auftrag, durch Änderung des Organisationsrechtes darauf hinzuwirken, die dem Föderalismus entsprechenden Länderzuständigkeiten in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung wiederherzustellen. Bereits seit den siebziger Jahren wird von finanzwissenschaftlicher Seite auf die zunehmend ungleicher werdende Struktur der bundes- und landesunmittelbaren Sozialleistungsträger hingewiesen. Neue Aktualität hat diese Problematik vor dem Hintergrund der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und des europäischen Einigungsprozesses bekommen. Das Stichwort vom "Europa der Regionen" steht hier für ein neu erwachtes Interesse an effizienten föderalen Staatsstrukturen, in dessen Gefolge auch die Teile der Finanzverfassung, die sich mit den Beziehungen zwischen Bund und Ländern befassen, aus einer neuen Perspektive diskutiert werden.

Sozialbudgetberechnungen können zu dieser Diskussion wichtige Erkenntnisse über länderspezifische Besonderheiten beisteuern. Ohne ein länderspezifisches Sozialbudget lassen sich die regionalen Umverteilungswirkungen des Sozialleistungssystems von ihrer Höhe, ihrer Richtung und ihren Ursachen her nicht abschätzen⁷.

Baden-Württemberg ist bisher das einzige Bundesland, das ein Sozialbudget erstellt und veröffentlicht. Methodisch-konzeptionell stellt es einen regionalen Ausschnitt des Bundesbudgets für Baden-Württemberg dar und eröffnet damit die Möglichkeit eines Bund-Land-Vergleiches. Sozialbudgetanalysen für Baden-Württemberg wurden im Statistisch-prognostischen Bericht bereits in den Jahren 1973/74 und 1981/82 vorgelegt. Dieser Beitrag setzt die Tradition solcher Untersuchungen fort und stützt sich dabei auf eine methodisch überarbeitete, vollständig revidierte Datenbasis für das Jahr 1988⁸.

7) Vgl. hierzu: LINDER, P.: Die Bedeutung der Föderalebene für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse - Ein Beitrag zum Zusammenhang zwischen Sozial- und Regionalpolitik, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart (1987) S. 59ff.

8) LINDER, P./MÜLLER, K.: Die Implementierung von Sozialbudgetdaten auf PC, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Heft 12 (1990), S. 558ff.

Umfang der Sozialausgaben und der Finanzierungseinnahmen in Bund und Land

Die Gesamtheit aller im Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland 1988 erbrachten Sozialausgaben umfaßte nach dem Sozialbudgetergebnis des Bundes ein Leistungsvolumen von 662,1 Mrd. DM (Tabelle 1). Dies entspricht einer Pro-Kopf-Ausgabe von 10 728 DM. Den Leistungsausgaben standen auf der Finanzierungsseite Sozialerinnahmen in Höhe von 680,3 Mrd. DM gegenüber. Rechnerisch ergibt sich somit als Differenz von Budgeteinnahmen und Sozialausgaben ein positiver Finanzierungssaldo der Sozialen Sicherung von 18,2 Mrd. DM. Ein Finanzierungssaldo zeigt an, ob die Einnahmen zur Deckung der laufenden Ausgaben ausgereicht haben, ob ein Überschuß zu einer Vermögensaufstockung geführt hat oder aber Vermögensreserven in Anspruch genommen werden mußten. Als reine Saldierungsgröße von Einnahmen und Ausgaben gibt der Finanzierungssaldo keinen Aufschluß über Liquidität oder Vermögensverhältnisse der einzelnen Institutionen; dies kann nur in Verbindung mit der Vermögensrechnung der betreffenden Institution untersucht werden. Finanzierungssalden treten nur bei Sozialleistungsinstitutionen mit überwiegender Beitragsfinanzierung auf, sie sind daher insbesondere in den Zweigen der Sozialversicherung von Bedeutung.

Auf Baden-Württemberg entfällt ein Leistungsvolumen in der Größenordnung von 97,9 Mrd. DM oder ein Anteil von 14,8 % am Bundesbudget. Die Pro-Kopf-Ausgaben liegen mit 10 373 DM um etwa 3,3 % unter dem Bundeswert. Auf der Finanzierungsseite, die für Baden-Württemberg Budgeteinnahmen von 101,9 Mrd. DM ausweist, trägt das Land mit 15,0 % einen höheren Anteil am Bundesbudget als bei den Leistungsausgaben. Für das Land errechnet sich gleichfalls ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 4,0 Mrd. DM, was 22,0 % am bundesweiten Finanzierungssaldo entspricht. Dies bedeutet, daß die sozialen Institutionen in Baden-Württemberg in überdurchschnittlichem Umfang Vermögensbildung durch Rücklagen, Betriebsmittel usw. betrieben haben.

Gemessen am Bruttosozialprodukt wird bundesweit ein höheres Sozialleistungsvolumen umverteilt als in Baden-Württemberg. Die Sozialleistungsquote im Land liegt mit 27,6 % um 3,6 Prozentpunkte unter der des Bundes mit 31,2 %. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Baden-Württemberg an der Erwirtschaftung des Bruttosozialproduktes des Bun-

Tabelle 1

Institutionelles Sozialbudget Bund und Baden-Württemberg 1988 nach Institutionen, Leistungsarten und Funktionen

Institution Leistungsart Funktion	Bund		Baden-Württemberg		Anteil am Bund
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	%
Institutionen¹⁾					
Sozialbudget insgesamt	662 071	100,0	97 872	100,0	14,8
Allgemeines System	407 066	61,5	61 346	62,7	15,1
Rentenversicherung	194 893	29,4	32 125	32,8	16,5
Rentenversicherung der Arbeiter	104 764	15,8	20 947	21,4	20,0
Angestelltenversicherung	86 722	13,1	12 776	13,1	14,7
Knappschaftliche Rentenversicherung	15 928	2,4	354	0,4	2,2
Krankenversicherung	134 745	20,4	19 695	20,1	14,6
Unfallversicherung	12 541	1,9	2 105	2,2	16,8
Arbeitsförderung	48 862	7,4	4 928	5,0	10,1
Kindergeld	14 014	2,1	2 184	2,2	15,6
Erziehungsgeld	3 328	0,5	545	0,6	16,4
Sondersysteme	5 791	0,9	904	0,9	15,6
Altershilfe für Landwirte	4 030	0,6	616	0,6	15,3
Versorgungswerke	1 761	0,3	289	0,3	16,4
Beamtenrechtliches System	58 843	8,9	8 200	8,4	13,9
Pensionen	40 414	6,1	5 261	5,4	13,0
Familienzuschläge	9 399	1,4	1 622	1,7	17,3
Beihilfen	9 030	1,4	1 317	1,3	14,6
Arbeitgeberleistungen	60 271	9,1	9 301	9,5	15,4
Entgeltfortzahlung	30 240	4,6	4 512	4,6	14,9
Betriebliche Altersversorgung	15 490	2,3	2 747	2,8	17,7
Zusatzversorgung	9 641	1,5	1 322	1,4	13,7
Sonstige Arbeitgeberleistungen	4 900	0,7	721	0,7	14,7
Entschädigungen	16 820	2,5	2 379	2,4	14,1
Soziale Entschädigung (KOV)	13 343	2,0	1 972	2,0	14,8
Lastenausgleich	1 180	0,2	188	0,2	16,0
Wiedergutmachung	1 802	0,3	124	0,1	6,9
Sonstige Entschädigungen	495	0,1	94	0,1	19,0
Soziale Hilfen und Dienste	58 402	8,8	7 695	7,9	13,2
Sozialhilfe	29 120	4,4	3 509	3,6	12,1
Jugendhilfe	12 036	1,8	1 812	1,9	15,1
Ausbildungsförderung	502	0,1	66	0,1	13,1
Wohngeld	3 967	0,6	355	0,4	8,9
Öffentlicher Gesundheitsdienst	2 100	0,3	240	0,2	11,4
Vermögensbildung	10 677	1,6	1 713	1,8	16,0
Direkte Leistungen insgesamt	605 344	91,4	89 588	91,5	14,8
Indirekte Leistungen	56 727	8,6	8 284	8,5	14,6
Steuerliche Maßnahmen	50 747	7,7	8 148	8,3	16,1
Vergünstigungen im Wohnungswesen	5 980	0,9	137	0,1	2,3

1) Mit Verrechnungen.

Noch: Tabelle 1

Institutionelles Sozialbudget Bund und Baden-Württemberg 1988 nach Institutionen, Leistungsarten und Funktionen

Institution Leistungsart- Funktion	Bund		Baden-Württemberg		Anteil am Bund
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	%
Leistungsarten²⁾					
Einkommensleistungen	441 130	66,6	67 006	68,5	15,2
Barerstattungen	42 469	6,4	5 845	6,0	13,8
Waren und Dienstleistungen	142 551	21,5	20 625	21,1	14,5
Allgemeine Dienste und Leistungen	35 921	5,4	4 396	4,5	12,2
Zuschüsse	8 433	1,3	938	1,0	11,1
Maßnahmen	12 866	1,9	1 323	1,4	10,3
Innerer Dienst	14 622	2,2	2 135	2,2	14,6
Funktionen³⁾					
Ehe und Familie	85 542	12,9	13 765	14,1	16,1
Kinder/Jugendliche	51 465	7,8	8 249	8,4	16,0
Ehegatten	30 569	4,6	4 880	5,0	16,0
Mutterschaft	3 508	0,5	635	0,6	18,1
Gesundheit	222 489	33,6	32 560	33,3	14,6
Vorbeugung	13 634	2,1	2 058	2,1	15,1
Krankheit	160 692	24,3	23 839	24,4	14,8
Arbeitsunfall/Berufskrankheit	15 540	2,3	1 986	2,0	12,8
Invalidität (allgemein)	32 624	4,9	4 676	4,8	14,3
Beschäftigung	55 812	8,4	5 938	6,1	10,6
Berufliche Bildung	11 846	1,8	1 766	1,8	14,9
Mobilität	8 665	1,3	662	0,7	7,6
Arbeitslosigkeit	35 301	5,3	3 510	3,6	9,9
Alter und Hinterbliebene	261 688	39,5	41 171	42,1	15,7
Alter	249 042	37,6	39 320	40,2	15,8
Hinterbliebene	12 646	1,9	1 851	1,9	14,6
Übrige Funktionen	36 539	5,5	4 438	4,5	12,1
Folgen politischer Ereignisse	4 447	0,7	648	0,7	14,6
Wohnen	12 517	1,9	885	0,9	7,1
Sparen/Vermögensbildung	16 757	2,5	2 597	2,7	15,5
Allgemeine Lebenshilfen	2 818	0,4	309	0,3	11,0

2) Mit Verrechnungen. – 3) Ohne Verrechnungen.

des einen - gemessen am Bevölkerungsanteil des Landes von 15,3 % - überdurchschnittlichen Beitrag leistet (16,7 %). Entspräche die Sozialleistungsquote des Landes der des Bundes, so müßten statt der tatsächlichen 97,9 Mrd. DM etwa 110,7 Mrd. DM also 12,8 Mrd. DM mehr aufgebracht werden. Man kann daraus schließen, daß das Ausgabenvolumen im Land dank eines hohen Beschäftigungs- und Einkommensniveaus auf die Entwicklung der Sozialausgaben im Bundesgebiet dämpfend wirkt.

Der quantitative Beitrag der Teilsysteme und Institutionen der Budgetgliederung fallen sehr unterschiedlich aus. Die Institutionen des allgemeinen Systems der Sozialen Sicherung - Renten-, Kranken-, Unfallversicherung, Arbeitsförderung, Kindergeld und Erziehungsgeld - bilden mit 61,3 Mrd. DM Leistungsvolumen den Kernbereich der Sozialausgaben. Der Ausgabenumfang innerhalb des allgemeinen Systems wird ganz wesentlich von der Rentenversicherung (32,1 Mrd. DM) und der Krankenversi-

cherung (19,7 Mrd. DM) beeinflußt, die die zentralen Ausgabenblöcke darstellen. Bei den Institutionen des allgemeinen Systems liegen mit Ausnahme von Kindergeld (2,2 Mrd. DM) und Erziehungsgeld (0,5 Mrd. DM), die eigenständige familien- und sozialpolitische Zielsetzungen verfolgen und aus Haushaltsmitteln des Bundes finanziert werden, beitragsgebundene Systeme der Sozialversicherung vor. An Finanzierungseinnahmen weist das allgemeine System 62,5 Mrd. DM aus; der Finanzierungssaldo ist mit 1,1 Mrd. DM positiv.

Die Sondersysteme für bestimmte Berufsgruppen wie die Altershilfe für Landwirte und die berufsständischen Versorgungswerke beanspruchen mit 0,9 Mrd. DM Leistungsausgaben einen relativ geringen Anteil am Gesamtbudget. Die Leistungen der Altershilfe für Landwirte werden vorwiegend aus Bundesmitteln finanziert, die der Versorgungswerke aus Versichertenbeiträgen und Vermögenserträgen. Insgesamt verzeichnen die Sondersysteme mit Finanzierungseinnahmen von 1,3 Mrd. DM einen positiven Finanzierungssaldo (0,4 Mrd. DM).

Auf das beamtenrechtliche System mit Pensionen, Familienzuschlägen und Beihilfen entfallen Leistungen in Höhe von 8,2 Mrd. DM. Zur Finanzierung der Leistungen werden dem beamtenrechtlichen System Finanzierungsmittel in gleicher Höhe insbesondere durch Bund, Land und Gemeinden zur Verfügung gestellt. Ein Finanzierungssaldo existiert in diesem Bereich nicht.

Als Arbeitgeberleistungen gelten im Sozialbudget die Entgeltfortzahlung, die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung einschließlich der Zusatzversorgung sowie eine Reihe sozialer Maßnahmen der Arbeitgeber für Familie, Wohnung und Gesundheit. Mit 9,3 Mrd. DM, von denen allein 4,5 Mrd. DM auf die Entgeltfortzahlung entfallen, stellen die Arbeitgeber 9,5 % der Budgetleistungsausgaben zur Verfügung. Die Finanzierung der Arbeitgeberleistungen erfolgt vor allem durch tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge. Insgesamt weist das Arbeitgebersystem Finanzierungseinnahmen von 11,8 Mrd. DM auf, und damit einen positiven Finanzierungssaldo von 2,5 Mrd. DM.

Die Leistungen der Entschädigungssysteme werden auf der Grundlage des Versorgungsprinzipes erbracht und sind grundsätzlich nicht an Einkommensgrenzen gebunden. Zu den Entschädigungssystemen zählen insbesondere die Institutionen Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich und Wieder-

gutmachung. In diesem Systemteil betragen die Sozialausgaben 2,4 Mrd. DM, wovon allein 2,0 Mrd. DM das soziale Entschädigungsrecht beansprucht. Von dem Ausgabevolumen her gesehen kommt den Entschädigungssystemen quantitativ geringere Bedeutung zu. Zur Leistungsfinanzierung stehen Finanzmittel in leistungentsprechender Höhe zur Verfügung, so daß kein Finanzierungssaldo auftritt. Die Finanzmittel bestehen fast vollständig aus Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln der Gebietskörperschaften.

In der Institutionsgruppe Soziale Hilfen und Dienste, sind schwerpunktmäßig Institutionen nach dem Fürsorgeprinzip wie die Sozialhilfe (3,5 Mrd. DM), die Jugendhilfe (1,8 Mrd. DM), die Ausbildungsförderung⁹ (65,7 Mill. DM) und das Wohngeld (0,4 Mrd. DM) einschließlich der jeweiligen Verwaltungskosten enthalten, für deren Gewährung Einkommensgrenzen maßgeblich sind. Daneben sind auch Institutionen mit eigenem gesellschaftspolischem Ziel wie die Vermögensbildung (1,7 Mrd. DM) in dieser Leistungsgruppe zu finden, deren Gesamtaufwand 7,7 Mrd. DM beträgt. Die Finanzmittel, die in leistungentsprechender Höhe zur Verfügung stehen, werden überwiegend in Form von Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt.

Neben den bisher dargestellten direkten Leistungen erbringen die Gebietskörperschaften zusätzlich im Rahmen der Fiskal- und Tarifsyste^me indirekte Leistungen, die in einem Einnahmeverzicht bestehen. Hierzu gehören steuerliche Maßnahmen, wie sie vor allem durch das Ehegattensplitting gewährt werden, und Vergünstigungen im Wohnungswesen. Die indirekten Leistungen erreichen ein Volumen von 8,3 Mrd. DM, wovon allein 8,1 Mrd. DM auf steuerliche Maßnahmen entfallen. Die Finanzierung der indirekten Leistungen erfolgt in leistungentsprechender Höhe vollständig aus öffentlichen Zuweisungen.

In welcher Form werden Sozialleistungen erbracht? - die Leistungsarten

Aus der Grundstruktur des Sozialbudget-Erfassungskonzeptes ergibt sich die Nachweismöglichkeit der Sozialleistungen nach Leistungsar-

9) Da Darlehen nicht als Leistungen im Sinne des Sozialbudgets gelten, umfaßt die Ausbildungsförderung insbesondere nur Zuschüsse an Schüler in Höhe von 62,4 Mill. DM sowie Verwaltungskosten in Höhe von 3,3 Mill. DM.

ten, welche die Aktionssmodi sozialer Tätigkeit kennzeichnen. Zum weit überwiegenden Teil werden die Sozialausgaben in Form von Einkommensleistungen an die Leistungsempfänger erbracht. Mit 67,0 Mrd. DM entfallen 68,5 % der gesamten Sozialleistungen auf diese Leistungsart. Einkommensleistungen stellen sich als Geldleistungen (Barleistungen) mit Lohnersatzfunktion sowie als Minderbelastungen durch Steuer- oder Zinsermäßigungen dar. 5,8 Mrd. DM oder 6,0 % der Sozialleistungen bestehen aus Barerstattungen für von Anspruchsberechtigten gekaufte Waren und Dienstleistungen. Auf Waren und Dienstleistungen, die den Anspruchsberechtigten von Leistungsträgern oder Dritten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, entfallen 20,6 Mrd. DM oder 21,1 % der Sozialausgaben. Für die vorgenannten Leistungsarten ist kennzeichnend, daß sie einzelnen Personen konkret zurechenbar sind. Im Gegensatz hierzu handelt es sich bei den allgemeinen Diensten und Leistungen um Leistungen allgemeiner Art, die nicht unmittelbar bestimmten Personen zugerechnet werden können. Sie beanspruchen mit 4,3 Mrd. DM einen Budgetanteil von 4,5 %. Die allgemeinen Dienste und Leistungen sind intern nochmals untergliedert in Zuschüsse, Maßnahmen und Innerer Dienst. Die Zuschüsse stellen Leistungen der Sozialbudgetinstitutionen an nicht im Sozialbudget erfaßte Einrichtungen Dritter für deren Aufgaben dar, z.B. der freien Jugendhilfe. Unter Maßnahmen sind beratende, beaufsichtigende und betreuende Leistungen zu verstehen, die einzelnen Personen nicht unmittelbar zugeordnet werden können. Der Innere Dienst umfaßt schließlich alle Ausgaben, die zur Durchführung der Aufgaben der einzelnen Institutionen notwendig sind (Verwaltung).

Eine Betrachtung der landesspezifischen Anteile der einzelnen Leistungsarten an der Struktur der Leistungsarten des Bundesbudgets läßt erkennen, daß die Einkommensleistungen im Lande - gemessen an dem landesspezifischen Budgetanteil von 14,8 % - überdurchschnittlich ausfallen (15,2 %), während die anderen Leistungsarten unterdurchschnittliche Anteilswerte aufweisen. So vor allem die allgemeinen Dienste und Leistungen (12,2 %), gefolgt von den Barerstattungen (13,8 %) und den Waren- und Dienstleistungen (14,5 %).

Betrachtet man die Zusammensetzung der Leistungsarten in den einzelnen Institutionen, so zeigt sich ein differenziertes Bild (Tabelle 2). Die Einkommensleistungen spielen insbesondere in der Rentenversicherung (90,5 %), dem Kindergeld (96,5

%), dem Erziehungsgeld (99,2 %), in den Sondersystemen (89,4 %), dem beamtenrechtlichen System (82,7 %), den Arbeitgeberleistungen (94,9 %) und den indirekten Leistungen (100,0 %) eine dominierende Rolle. Demgegenüber treten in der am Sachleistungsprinzip orientierten Krankenversicherung typischerweise die Waren- und Dienstleistungen als charakteristische Leistungsart mit 85,9 % in den Vordergrund. In der Institution Jugendhilfe liegt mit 70,0 % gleichfalls das Leistungsschwergewicht bei Waren- und Dienstleistungen.

Für welche Zwecke werden Sozialleistungen erbracht? - die Leistungen nach Funktionen

Der Gliederung der Sozialleistungen nach Leistungsarten ist an ökonomischen Kategorien orientiert. Demgegenüber kommt dem Nachweis der Sozialleistungen nach Funktionen sozialpolitische Bedeutung zu. Unter Funktionen sind soziale Tatbestände, Risiken oder Bedürfnisse zu verstehen, deren Eintritt oder Vorhandensein die Anspruchsbeziehung auf Sozialleistungen auslöst. In dem funktionsorientierten Nachweis ist zum einen die Multifunktionalität der leistungserbringenden Institutionen sichtbar, und zum andern gibt das funktional gegliederte Sozialbudget durch Quantifizierung der Ausgabenseite der sozialen Tatbestände einen Einblick in deren Bedeutung. In der ziel- und zweckorientierten Funktionsgliederung finden insbesondere sozialstrukturelle Merkmale Berücksichtigung, so daß sie für eine funktional ausgerichtete Sozialpolitik die Qualität einer Entscheidungshilfe darstellt.

Alter und Hinterbliebene

Der Funktionsbereich Alter und Hinterbliebene, in dem die Leistungen der Alters- und Hinterbliebenensicherung zusammengefaßt sind, beansprucht mit 41,2 Mrd. DM den größten Posten im Sozialbudget. Allein 39,3 Mrd. sind Leistungen der Alterssicherung, während auf die Hinterbliebenenleistungen nur ein relativ kleiner Anteil von 1,9 Mrd. DM entfällt. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Leistungen an Witwen (Witwer), die das 60. (65.) Lebensjahr überschritten haben, nicht den Hinterbliebenen, sondern dem Alter zugerechnet werden. Bei den Leistungen für Alter und Hinterbliebene handelt es sich zum weit überwiegenden Teil (91,6 %) um Renten und Pensionen (Tabelle 3). Die Leistungen der Alters- und Hinterbliebenensicherung werden fast ausschließlich in Form von Einkommensleistungen erbracht (94,2 %). Unter den Insti-

Tabelle 2

Institutionelles Sozialbudget Baden-Württemberg 1988 nach Institutionen und Leistungsarten

Institution	Insgesamt	Ein- kommens- leistungen	Bar- erstat- tungen	Waren und Dienst- leistungen	Allge- meine Dienste und Lei- stungen zusammen	Davon			Verrech- nungen
						Zu- schüsse	Maß- nahmen	Innerer Dienst	
Millionen DM									
Sozialbudget insgesamt	97 872,2	67 006,4	5 845,1	20 624,8	4 395,9	938,4	1 322,6	2 135,0	—
Allgemeines System	61 345,9	36 917,0	3 733,5	17 932,3	2 565,3	335,2	744,8	1 485,4	197,8
Rentenversicherung	32 125,2	29 072,6	1 690,6	670,9	472,5	—	65,0	407,4	218,6
Rentenversicherung der Arbeiter	20 946,9	18 401,0	1 065,9	422,2	287,2	—	37,4	249,8	770,7
Angestelltenversicherung	12 776,1	10 357,6	600,1	247,4	181,9	—	26,7	155,3	1 389,2
Knappschaftliche Rentenversicherung	354,4	314,1	24,6	1,3	3,4	—	1,0	2,4	11,1
Krankenversicherung	19 694,9	1 327,6	410,1	16 925,4	924,9	—	252,3	672,7	106,9
Unfallversicherung	2 105,3	1 360,9	47,6	336,1	295,4	—	134,1	161,3	65,4
Arbeitsförderung	4 927,8	2 507,2	1 585,2	—	814,7	335,2	293,4	186,1	20,7
Kindergeld	2 183,6	2 108,1	—	—	53,5	—	—	53,5	22,0
Erziehungsgeld	544,9	540,6	—	—	4,4	—	—	4,4	—
Sondersysteme	904,0	807,8	23,5	46,7	24,2	—	1,9	22,3	1,8
Altershilfe für Landwirte	615,5	530,1	21,9	46,7	15,0	—	1,9	13,1	1,8
Versorgungswerke	288,5	277,7	1,6	—	9,2	—	—	9,2	—
Beamtenrechtliches System	8 200,2	6 781,7	1 339,8	—	78,7	—	19,8	58,8	—
Pensionen	5 260,5	5 174,4	34,0	—	52,1	—	16,0	36,1	—
Familienzuschläge	1 622,4	1 606,5	—	—	15,9	—	1,6	14,3	—
Beihilfen	1 317,2	0,7	1 305,8	—	10,7	—	2,2	8,5	—
Arbeitgeberleistungen	9 301,4	8 829,4	36,3	—	435,7	—	410,3	25,4	—
Entgeltfortzahlung	4 511,6	4 511,6	—	—	—	—	—	—	—
Betriebliche Altersversorgung	2 747,4	2 747,4	—	—	—	—	—	—	—
Zusatzversorgung	1 321,8	1 288,6	7,8	—	25,4	—	—	25,4	—
Sonstige Arbeitgeberleistungen	720,5	281,7	28,5	—	410,3	—	410,3	—	—
Entschädigungen	2 379,0	1 812,3	223,5	122,1	183,4	—	56,9	126,6	37,6
Soziale Entschädigung (KOV)	1 972,3	1 483,2	176,0	117,0	158,6	—	49,2	109,4	37,5
Lastenausgleich	188,5	139,2	26,7	4,1	18,4	—	6,8	11,6	0,1
Wiedergutmachung	124,1	120,7	—	1,1	2,3	—	0,9	1,4	—
Sonstige Entschädigungen	94,1	69,2	20,8	—	4,1	—	—	4,1	—
Soziale Hilfen und Dienste	7 694,6	3 574,0	488,5	2 523,6	1 108,5	603,2	88,8	416,5	—
Sozialhilfe	3 509,0	1 798,8	159,5	1 254,5	296,3	—	77,2	219,1	—
Jugendhilfe	1 812,4	—	—	1 269,1	543,3	543,3	—	—	—
Ausbildungsförderung	65,7	62,4	—	—	3,3	—	0,8	2,5	—
Wohngeld	354,8	—	329,0	—	25,8	—	7,9	17,9	—
Öffentlicher Gesundheitsdienst	239,9	—	—	—	239,9	59,9	2,9	177,1	—
Vermögensbildung	1 712,8	1 712,8	—	—	—	—	—	—	—
Direkte Leistungen insgesamt	89 587,9	58 722,1	5 845,1	20 624,8	4 395,9	938,4	1 322,6	2 135,0	—
Indirekte Leistungen	8 284,3	8 284,3	—	—	—	—	—	—	—
Steuerliche Maßnahmen	8 147,5	8 147,5	—	—	—	—	—	—	—
Vergünstigungen im Wohnungswesen	136,8	136,8	—	—	—	—	—	—	—

tutionen ist die Rentenversicherung mit 28,1 Mrd. DM oder einem Leistungsanteil von 68,2 % der bei weitem bedeutsamste Leistungserbringer für die Al-

ters- und Hinterbliebenensicherung (Tabelle 4). Weitere 11,6 % kommen aus den beamtenrechtlichen Pensionen. Der sogenannten zweiten Säule der

Tabelle 3

Ausgewählte Leistungen der Funktion Alter und Hinterbliebene in Baden-Württemberg 1988

Leistung	Alter und Hinterbliebene insgesamt	Alter	Hinterbliebene
Insgesamt in Mill. DM	41 171,1	39 319,7	1 851,4
in %	100,0	95,5	4,5
darunter in Mill. DM			
Versichertenrenten, Ruhegelder	26 671,0	26 671,0	—
Witwen-, Witwerrenten und -bezüge	9 666,6	8 410,6	1 256,0
Sonstige Renten und Bezüge	855,4	837,0	18,4
Renten und Bezüge an Gebietsfremde	512,2	475,2	36,9
Steuerliche Maßnahmen	418,6	418,6	—
Sterbegeld	344,2	—	344,2
Sozialversicherungsbeiträge	1 562,3	1 489,2	73,1

Altersvorsorge, die sich aus der Zusammenfassung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und der betrieblichen Altersversorgung ergibt, kommt ein Anteil von 9,0 % zu. Eine Abrundung erfährt das Leistungsspektrum der Funktion Alter und Hinterbliebene durch altersspezifische Leistungen vor allem nach dem Entschädigungsrecht, der Sozialhilfe und der Altershilfe für Landwirte.

Gesundheit

Die zweite große Funktionsgruppe bildet der Bereich Gesundheit, für den 32,6 Mrd. DM aufgewendet werden. In der Funktionsgruppe Gesundheit sind die Leistungen zur Verhütung von Krankheiten, die Leistungen bei Krankheit sowie bei Arbeitsunfällen/-Berufskrankheiten und bei allgemeiner Invalidität enthalten. Hieraus resultiert eine Unterteilung der Gesundheitsleistungen in die Funktionen Vorbeugung, Krankheit, Arbeitsunfall und Invalidität, von denen der Krankheit quantitativ die weitaus größte Bedeutung zukommt. Die hier enthaltenen Leistungen für kurative Maßnahmen, die in ambulanten und stationären Dienstleistungen bestehen, und für Rehabilitationsleistungen sowie für Geldleistungen bei Arbeitsunfähigkeit und Krankheit beanspruchen 23,8 Mrd. DM oder 73,2 % des gesamten Leistungsvolumens der Funktionsgruppe Gesundheit. Wesentlich geringere Beträge weisen die weiteren drei

Funktionen aus: 4,7 Mrd. DM die Funktion allgemeine Invalidität, die nicht eine Folge von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten oder von politischen Ereignissen ist, die Funktion Vorbeugung 2,1 Mrd. DM, in der Leistungen zur Verhütung von Krankheiten, von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zusammengefaßt sind, und die Funktion Arbeitsunfall/ Berufskrankheit 2,0 Mrd. DM. Bei den Gesundheitsleistungen erfolgt mit 18,9 Mrd. DM oder 58,0 % der Schwerpunkt der Leistungserbringung im Unterschied zum Funktionsbereich Alter und Hinterbliebene, in dem die Einkommensleistungen dominieren, in Form von Waren- und Dienstleistungen, die insbesondere die ärztlichen und zahnärztlichen Dienstleistungen im ambulanten und stationären Bereich sowie die Versorgung mit Arzneimitteln umfassen (Tabelle 5). Auf Einkommensleistungen, die im wesentlichen in Form von Entgeltzahlung, Kranken- und Übergangsgeld und Invaliditätsrenten erbracht werden, entfallen 10,0 Mrd. DM (30,7 %). Der Rest der funktionspezifischen Leistungsausgaben verteilt sich auf Barerstattungen (1,7 Mrd. DM oder 5,2 %), die hauptsächlich Beihilfen der öffentlichen und privaten Arbeitgeber im Krankheitsfall enthalten, und die allgemeinen Dienste und Leistungen (2,0 Mrd. DM oder 6,2 %) für im wesentlichen gesundheitliche Maßnahmen und Verwaltung. Die gesetzliche Krankenversicherung stellt den zentralen Leistungsträger der Gesundheitsleistungen dar; sie trägt 18,9 Mrd. DM oder 58,0 % der Ausgaben in diesem Funktionsbereich. Von den Arbeitgebern werden 5,0 Mrd. DM (15,4 %) getragen, wobei das Hauptgewicht der Arbeitgeber-Gesundheitsleistungen in Form von Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitsunfall liegt (4,2 Mrd. DM). Quantitativ bedeutsame Beiträge zu den Gesundheitsleistungen erbringen ferner die Rentenversicherung (3,0 Mrd. DM oder 9,2 %), deren funktionspezifischer Ausgabenschwerpunkt bei den Rehabilitationsmaßnahmen sowie den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten liegt, sowie die Sozialhilfe mit 2,1 Mrd. DM (6,5 %) und die Beihilfen im Rahmen des beamtenrechtlichen Systems mit 1,3 Mrd. DM (3,9 %).

Ehe und Familie

Auf den quantitativ drittgrößten Funktionsbereich der Sozialen Sicherung, die Funktion Ehe und Familie, entfallen 13,8 Mrd. DM. Die Funktionsgruppe umfaßt Leistungen an Kinder und Jugendliche (8,2 Mrd. DM), an Ehegatten (4,9 Mrd. DM) und bei Mutterschaft (0,6 Mrd. DM). Einbezogen in diese Funktionsgruppe

sind auch die entsprechenden Leistungen mit sozialer Wirkung aus dem beamtenrechtlichen System und dem Tarifvertragsrecht des öffentlichen Dienstes. Andererseits sind die Familienleistungen des Sozialbudgets relativ eng abgegrenzt. Als Familienleistungen gelten die Leistungen, die direkt und allein der Förderung und Unterstützung von Familien dienen. Gleichsam familienrelevante Leistungen, wie z.B. die Leistungen der Krankenversicherung für mitversicherte Familienangehörige oder der Ausbildungsförderung der Studenten sowie die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung sind anderen Funktionalbereichen zugeordnet. So

den sich weitere Familienleistungen beispielsweise bei den Funktionen Wohnen, Alter und Hinterbliebenen, Gesundheit oder berufliche Bildung. Zum größten Teil bestehen die Leistungen der Funktion Kinder und Jugendliche aus dem Kindergeld und den öffentlichen Jugendhilfeleistungen sowie den steuerlichen Kinderfreibeträgen, den Familienzuschlägen öffentlicher und privater Arbeitgeber und dem Bundes- und Landeserziehungsgeld (Tabelle 6). Die Funktion Ehegatten wird durch das steuerliche Ehegattensplitting und Familienzuschläge für Ehegatten zu Löhnen und Gehältern geprägt. Die Funktion Mutterschaft beinhaltet insbesondere Mutterschaftsgeld und Entgeltfortzahlung bei Mutterschaft. Die Leistungen in der Funktionsgruppe Ehe und Familie werden überwiegend in Form von Einkommensleistungen erbracht (84,4 %): Waren- und Dienstleistungen machen 10,7 % aus und 4,8 % entfallen auf allgemeine Dienste und Leistungen. Ein Großteil der Erbringung von Familienleistungen ist auf wenige Institutionen konzentriert. Den Hauptanteil erbringen die Steuerermäßigungen (43,3 %), das Kindergeld (15,7 %) und die Sozialen Hilfen und Dienste (15,6 %) vor allem mit den Jugendhilfeleistungen. Von weiterer Bedeutung sind noch die Familienzuschläge im Rahmen des beamtenrechtlichen Systems (11,8 %).

Beschäftigung

Den nächstgrößeren Ausgabenblock nimmt mit 5,9 Mrd. DM die Funktionsgruppe Beschäftigung ein. Die Leistungen im Funktionsbereich Beschäftigung unterteilen sich in drei Ausgabenbereiche, und zwar in die Funktionen berufliche Bildung (1,8 Mrd. DM), Mobilität (0,7 Mrd. DM) und Arbeitslosigkeit (3,5 Mrd. DM). Das Leistungsspektrum der beruflichen Bildung (Förderung der Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, sowie Berufsberatung) und die Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (Förderung der Arbeitsaufnahme, der

ganzzährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft und der Arbeitsplatzbeschaffung) weisen eher einen das Arbeitslosenrisiko mindernden Präventivcharakter auf, während die Leistungen der Arbeitslosigkeit bei Eintritt der Notlage einsetzen. Einen Überblick der ausgewählten Leistungen der Funktion Beschäftigung enthält Tabelle 7. Zum überwiegenden Teil werden die Leistungen im Funktionsbereich Beschäftigung als Einkommensleistungen (57,7 %) erbracht, 26,8 % sind Barerstattungen und 13,2 % entfallen auf die allgemeinen Dienste und Leistungen als Zuschüsse, Maßnahmen und für Verwaltung, während der Leistungsartenkategorie Waren und Dienstleistungen mit 2,3 % nur geringe Bedeutung zukommt. Aus institutioneller Sicht ist es vor allem die Arbeitsförderung, die auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes den weitaus größten Teil der Ausgaben für Beschäftigung erbringt (4,8 Mrd. DM oder 81,2 %). Weitere 6,8 % kommen von der Sozialhilfe und 6,5 % von der Rentenversicherung.

Vom gesamten Ausgabenvolumen des institutionellen Sozialbudgets verteilen sich bereits 95,5 % auf die bisher dargestellten Funktionsbereiche, so daß den verbleibenden Funktionen betragsmäßig nur noch eine untergeordnete Bedeutung zukommt.

Sparen und Vermögensbildung

Die Leistungen für die Funktion Sparen und Vermögensbildung erreichen eine Höhe von 2,6 Mrd. DM. Das funktionspezifische Leistungsspektrum beinhaltet Leistungen des Staates und der Arbeitgeber nach dem Wohnungsbauprämien-gesetz, dem Vermögensbildungsgesetz, dem Einkommensteuergesetz und dem Sparprämien-gesetz. Es sind vor allem Arbeitgeberleistungen im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes (1,3 Mrd. DM), und die Inanspruchnahme von steuerlichen Maßnahmen (0,9 Mrd. DM), und hier insbesondere die erhöhten Absetzungen von Wohngebäuden nach dem Einkommensteuergesetz, welche die funktionsinternen Leistungsschwerpunkte bilden (Tabelle 8). An der Leistungserbringung sind die Institution Vermögensbildung mit 1,7 Mrd. DM (66,0 %) und die Institution steuerliche Maßnahmen mit 0,9 Mrd. DM (34,0 %) beteiligt. Die Funktionsleistungen werden zu 100 % in Form von Einkommensleistungen erbracht.

Wohnen

In der Funktion Wohnen, die ein Ausgabenvolumen von 0,9 Mrd. DM aufweist, besteht ein Übergewicht der indirekten Leistungen (51,7 %) gegenüber den di-

Tabelle 4

Institutionelles Sozialbudget Baden-Württemberg 1988 nach Institutionen und Funktionen

Institution	Insgesamt	Ehe und Familie				Gesundheit		
		zusammen	Kinder und Jugend- liche	Ehegatten	Mutter- schaft	zusammen	Vorbeugung	Krankheit
	Millionen DM							
Sozialbudget insgesamt	97 872,2	13 765,1	8 249,5	4 880,4	635,3	32 559,6	2 058,3	23 839,2
Allgemeines System	61 148,1	3 457,1	3 081,4	—	375,7	23 090,6	1 199,9	18 589,9
Rentenversicherung	31 906,6	299,9	299,9	—	—	2 998,8	775,6	56,3
Rentenversicherung der Arbeiter	20 176,3	203,3	203,3	—	—	2 141,8	496,1	37,9
Angestelltenversicherung	11 387,0	94,2	94,2	—	—	820,6	277,8	18,2
Knappschaftliche Rentenversicherung	343,3	2,5	2,5	—	—	36,4	1,6	0,2
Krankenversicherung	19 588,0	375,7	—	—	375,7	18 877,9	317,8	18 533,6
Unfallversicherung	2 040,0	75,0	75,0	—	—	1 213,9	106,5	—
Arbeitsförderung	4 907,1	—	—	—	—	—	—	—
Kindergeld	2 161,6	2 161,6	2 161,6	—	—	—	—	—
Erziehungsgeld	544,9	544,9	544,9	—	—	—	—	—
Sondersysteme	902,2	100,7	14,4	86,4	—	88,8	46,6	4,1
Altershilfe für Landwirte	613,7	89,1	2,7	86,4	—	77,1	43,7	4,1
Versorgungswerke	288,5	11,7	11,7	—	—	11,7	2,9	—
Beamtenrechtliches System	8 200,2	1 671,9	920,1	735,7	16,2	1 733,7	29,3	1 177,7
Pensionen	5 260,5	33,3	33,3	—	—	453,3	—	—
Familienzuschläge	1 622,4	1 622,4	886,7	735,7	—	—	—	—
Beihilfen	1 317,2	16,2	—	—	16,2	1 280,4	29,3	1 177,7
Arbeitgeberleistungen	9 301,4	376,8	134,7	—	242,1	5 017,3	330,0	3 763,5
Entgeltfortzahlung	4 511,6	240,7	—	—	240,7	4 270,9	220,6	3 667,3
Betriebliche Altersversorgung	2 747,4	—	—	—	—	274,7	—	—
Zusatzversorgung	1 321,8	8,6	8,6	—	—	84,8	—	—
Sonstige Arbeitgeberleistungen	720,5	127,4	126,0	—	1,4	386,8	109,3	96,2
Entschädigungen	2 341,4	57,1	22,8	34,3	—	86,7	15,7	38,5
Soziale Entschädigung (KOV)	1 934,8	33,6	20,4	13,1	—	85,6	15,7	37,4
Lastenausgleich	188,4	9,9	—	9,9	—	—	—	—
Wiedergutmachung	124,1	—	—	—	—	1,1	—	1,1
Sonstige Entschädigungen	94,1	13,7	2,4	11,3	—	—	—	—
Soziale Hilfen und Dienste	7 694,6	2 140,6	2 139,4	—	1,3	2 351,2	412,3	214,2
Sozialhilfe	3 509,0	266,2	264,9	—	1,3	2 111,3	172,8	213,7
Jugendhilfe	1 812,4	1 812,4	1 812,4	—	—	—	—	—
Ausbildungsförderung	65,7	62,0	62,0	—	—	—	—	—
Wohngeld	354,8	—	—	—	—	—	—	—
Öffentlicher Gesundheitsdienst	239,9	—	—	—	—	239,9	239,5	0,4
Vermögensbildung	1 712,8	—	—	—	—	—	—	—
Direkte Leistungen insgesamt	89 587,9	7 804,3	6 312,7	856,4	635,3	32 368,3	2 033,8	23 787,8
Indirekte Leistungen	8 284,3	5 960,8	1 936,8	4 024,0	—	191,2	24,4	51,4
Steuerliche Maßnahmen	8 147,5	5 960,8	1 936,8	4 024,0	—	191,2	24,4	51,4
Vergünstigungen im Wohnungswesen	136,8	—	—	—	—	—	—	—

Gesundheit		Beschäftigung				Alter und Hinterbliebene			Folgen poli- tischer Ereig- nisse	Wohnen	Sparen und Ver- mögens- bildung	Allge- meine Lebens- hilfen
Arbeits- unfall	Invalidität (allge- mein)	zu- sammen	Berufliche Bildung	Mobilität	Arbeits- losigkeit	zu- sammen	Alter	Hinter- bliebene				
Millionen DM												
1 986,0	4 676,1	5 938,0	1 766,5	661,7	3 509,8	41 171,1	39 319,7	1 851,4	648,4	884,5	2 596,7	308,8
1 264,2	2 036,6	5 246,7	1 511,7	493,1	3 241,8	29 183,6	27 734,0	1 449,6	75,8	0,1	—	94,3
130,3	2 036,6	383,4	—	—	383,4	28 096,7	27 121,1	975,6	75,8	0	—	51,9
97,6	1 510,1	220,9	—	—	220,9	17 513,5	16 867,4	646,1	51,9	—	—	44,9
28,6	496,0	137,9	—	—	137,9	10 305,4	9 988,7	316,8	22,0	0	—	6,9
4,1	30,5	24,6	—	—	24,6	277,8	265,1	12,7	1,9	—	—	0,2
26,5	—	—	—	—	—	292,2	—	292,2	—	—	—	42,2
1 107,3	—	40,3	40,3	—	—	710,8	529,0	181,8	—	—	—	—
—	—	4 823,0	1 471,5	493,1	2 858,4	83,8	83,8	—	—	0,1	—	0,2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,8	36,3	—	—	—	—	687,2	640,5	46,7	0,7	—	—	24,7
1,3	27,9	—	—	—	—	425,0	389,2	35,8	—	—	—	22,5
0,4	8,4	—	—	—	—	262,2	251,3	10,9	0,7	—	—	2,2
95,8	430,9	—	—	—	—	4 793,8	4 474,6	319,2	—	—	—	0,7
22,4	430,9	—	—	—	—	4 773,9	4 474,6	299,3	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
73,4	—	—	—	—	—	19,9	—	19,9	—	—	—	0,7
624,3	299,6	—	—	—	—	3 852,4	3 821,2	31,2	3,6	50,6	—	0,7
383,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
54,9	219,8	—	—	—	—	2 472,7	2 472,7	—	—	—	—	—
5,1	79,8	—	—	—	—	1 224,0	1 192,8	31,2	3,6	—	—	0,7
181,3	—	—	—	—	—	155,7	155,7	—	—	50,6	—	—
—	32,6	1,9	1,9	—	—	1 603,8	1 599,1	4,7	522,4	21,2	1,0	47,2
—	32,6	1,9	1,9	—	—	1 321,3	1 317,5	3,8	492,2	0,2	—	—
—	—	—	—	—	—	146,7	145,8	1,0	9,6	—	—	22,2
—	—	—	—	—	—	123,0	123,0	—	0,1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	12,8	12,8	—	20,5	21,0	1,0	25,0
—	1 724,7	405,8	137,8	0	268,0	631,7	631,7	—	—	355,6	1 712,8	96,9
—	1 724,7	402,1	134,1	0	268,0	631,7	631,7	—	—	0,8	—	96,9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	3,7	3,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	354,8	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 712,8	—
1 986,0	4 560,7	5 654,4	1 651,4	493,2	3 509,8	40 752,5	38 901,1	1 851,4	602,5	427,5	1 713,8	264,5
—	115,4	283,6	115,1	168,5	—	418,6	418,6	—	45,9	457,0	882,9	44,2
—	115,4	283,6	115,1	168,5	—	418,6	418,6	—	45,9	320,2	882,9	44,2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	136,8	—	—

Tabelle 5

Ausgewählte Leistungen der Funktion Gesundheit in Baden-Württemberg 1988

Leistung	Gesundheit insgesamt	Vorbeugung	Krankheit	Arbeitsunfall	Invalidität (allgemein)
Insgesamt in Mill. DM	32 559,6	2 058,3	23 839,2	1 986,0	4 676,1
in %	100,0	6,3	73,2	6,1	14,4
darunter in Mill. DM					
Invaliditätsrenten	3 251,2	—	—	669,6	2 581,5
Kranken- und Übergangsgeld	1 419,7	137,5	1 174,5	107,7	—
Entgeltfortzahlung	4 270,9	220,6	3 667,3	383,0	—
Waren und Dienstleistungen	18 868,3	1 055,6	16 640,0	315,9	856,9
Steuerliche Maßnahmen	191,2	24,4	51,4	—	115,4

Tabelle 6

Ausgewählte Leistungen der Funktion Ehe und Familie in Baden-Württemberg 1988

Leistung	Ehe und Familie insgesamt	Kinder und Jugendliche	Ehegatten	Mutterschaft
Insgesamt in Mill. DM	13 765,1	8 249,5	4 880,4	635,3
in %	100,0	59,9	35,5	4,6
darunter in Mill. DM				
Mutterschaftsgeld	150,0	—	—	150,0
Entgeltfortzahlung bei Mutterschaft	240,7	—	—	240,7
Erziehungsgeld, Bund	540,6	540,6	—	—
Erziehungsgeld, Land	239,6	239,6	—	—
Kindergeld ¹⁾	2 121,1	2 121,1	—	—
Kinderfreibetrag nach EStG	1 444,7	1 444,7	—	—
Waisenrente	335,1	335,1	—	—
Familienzuschläge öffentlicher und privater Arbeitgeber	1 729,9	1 001,4	728,4	—
Ehegattensplitting nach EStG	3 916,7	—	3 916,7	—
Weitere Steuermaßnahmen ²⁾	527,2	492,2	35,0	—
Ausbildungsförderung ³⁾	62,0	62,0	—	—
Jugendhilfe	1 812,4	1 812,4	—	—
Ärztliche und Stationäre Behandlung	185,8	—	—	185,8

1) Einschließlich Kinderzuschläge, Kinderzuschüsse. – 2) Kinderkomponente § 7b EStG, Haushaltsfreibetrag § 32 (3) Nr. 2 EStG, Unterhalt bei Berufsausbildung § 33a (1) EStG, Unterhalt von Kindern anderer Elternteile § 33a (1a) EStG, Kinderbetreuungskosten § 33a (3) Nr. 1 EStG, Real-splitting EStG, Kinderfreibetrag nach VStG. – 3) Schülerausbildungsförderung (ohne Darlehen).

Tabelle 7

Ausgewählte Leistungen der Funktion Beschäftigung in Baden-Württemberg 1988

Leistung	Beschäftigung insgesamt	Berufliche Bildung	Mobilität	Arbeitslosigkeit
Insgesamt in Mill. DM	5 938,0	1 766,5	661,7	3 509,8
in %	100,0	29,7	11,1	59,1
darunter in Mill. DM				
Unterhalt bei beruflicher Bildung und Rehabilitation	657,7	657,7	—	—
Ausbildungsförderung ¹⁾	0,4	0,4	—	—
Schlechtwettergeld, Wintergeld, Kurzarbeitergeld	303,6	—	186,3	117,4
Arbeitslosengeld, -hilfe, Konkursausfallgeld	1 567,1	—	0	1 567,1
Steuerliche Maßnahmen	283,6	115,1	168,5	—
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Zuschüsse)	192,1	—	192,1	—
Altersruhegeld	366,4	—	—	366,4
Hilfe zum Lebensunterhalt				
einmalige Leistungen	44,4	—	—	44,4
laufende Leistungen	194,7	—	—	194,7
Deutsch-Sprachlehrgänge für Aussiedler usw.				
Sozialversicherungsbeiträge (Rentenversicherung, Krankenversicherung)	135,0	135,0	—	—
Kosten der berufsfördernden Bildungsmaßnahmen (Reha)	1 041,5	183,7	7,5	850,2
	372,0	372,0	—	—

1) Darlehen: 144,0 Millionen DM.

rekten Leistungen (48,3 %). Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Steuerermäßigungen im Wohnungsbereich (0,3 Mrd. DM), während die Vergünstigungen im Wohnungswesen, die Leistungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues, der Wohnungsfürsorge der öffentlichen Arbeitgeber und des Lastenausgleichfonds umfassen, bei denen es sich vor allem um Zinsermäßigungen sowie Zins- und Tilgungszuschüsse handelt, mit 0,1 Mrd. DM einen geringeren Leistungsbeitrag beisteuern (Tabelle 9). Als direkte Leistungen treten insbesondere das Wohngeld mit 0,3 Mrd. DM (40,1 %) hinzu und die sonstigen Arbeitgeberleistungen (5,7 %). Die Funktionsleistungen sind zum überwiegenden Teil Ein-

kommensleistungen (51,8 %), auf Barerstattungen entfallen 39,5 %, und die restlichen Leistungsanteile beanspruchen Maßnahmen und Verwaltung.

Folgen politischer Ereignisse

In der Funktion Folgen politischer Ereignisse sind vorrangig die Kriegsfolgelasten und Entschädigungen der Folgen nationsozialistischen Unrechts zusammengefaßt. Diese Institution weist ein Leistungsvolumen von 0,6 Mrd. DM auf. Der funktions-spezifische Ausgabenschwerpunkt wird vom Entschädigungssystem (80,6 %) geleistet, und hier insbesondere von der Kriegsopferversorgung (0,5 Mrd.

Tabelle 8

Leistungen der Funktion Sparen und Vermögensbildung in Baden-Württemberg 1988

Leistung	Sparen und Vermögensbildung
	Mill. DM
Insgesamt	2 596,7
davon	
Sparprämien	0,8
Wohnungsbauprämien	135,1
Arbeitnehmer-Sparzulage	288,8
Leistungen der Arbeitgeber	1 288,2
Steuerliche Maßnahmen ¹⁾	882,9

1) Steuerbegünstigtes Bausparen nach § 10 (1) Nr. 3 EStG, Erhöhte Absetzungen für Wohngebäude (§§ 7b und 54 EStG, von 1987 an § 10e EStG) sowie die Steuerbegünstigung nach den Vermögensbildungsgesetzen und nach § 19a EStG.

DM). Daneben trägt vor allem die Rentenversicherung einen Teil der Leistungen für die Folgen politischer Ereignisse mit (11,7 %). In dieser Funktion betragen die Einkommensleistungen 49,8 % die Barerstattungen 24,7 %, die Waren- und Dienstleistungen 13,0 % sowie die allgemeinen Dienste und Leistungen 12,4 %.

Tabelle 9

Ausgewählte Leistungen der Funktion Wohnen in Baden-Württemberg 1988

Leistung	Wohnen
	Mill. DM
Insgesamt	884,5
darunter	
Wohngeld	349,8
Steuerermäßigung	320,2
Zinsermäßigungen einschließlich Lastenausgleich	9,8
Zins- und Tilgungszuschüsse	126,7
Zuschüsse von Arbeitgebern	50,6

Allgemeine Lebenshilfen

Ein relativ heterogenes Leistungsspektrum weisen als letzte Funktion die allgemeinen Lebenshilfen auf, die Leistungen beinhaltet, die entweder aufgrund besonderer wirtschaftlicher oder sozialer Notlagen gewährt werden oder aber Leistungen darstellen, deren fachgerechte Zuordnung zu den bisherigen Funktionen nicht möglich ist. Die Funktionsausgaben betragen 0,3 Mrd. DM. Die Leistungsschwerpunkte liegen bei der Sozialhilfe (31,4 %), der Rentenversicherung (16,8 %) sowie dem Entschädigungssystem (15,3 %). Die Leistungen werden vornehmlich in Form von Einkommensleistungen erbracht (55,9 %). Andererseits erzielen aber auch die Barerstattungen (27,9 %) und die Waren- und Dienstleistungen (15,3 %) relativ hohe Anteilswerte.

Bund-Land-Vergleich der Sozialleistungsziffern

Ein spezifischer Informationswert kommt Sozialleistungsziffern zu, welche die Sozialleistungen zum demographischen Bereich in Beziehung setzen. Die Zurechnung der Leistungen der Sozialen Sicherung auf die Gesamtbevölkerung oder sozialpolitisch relevante Bevölkerungsteile gibt eine Vorstellung vom durchschnittlichen funktionspezifischen Leistungsniveau (Tabelle 10). Das Pro-Kopf-Sozialleistungsniveau in Baden-Württemberg beträgt 10 373 DM. Etwa ein Drittel der Pro-Kopf-Ausgaben entfallen für Gesundheitsleistungen (3 452 DM). Die Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche (pro Kopf der Bevölkerung unter 20 Jahren) weisen einen Durchschnittsbetrag von 3 968 DM auf. Im Funktionsbereich Beschäftigung fallen bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Pro-Kopf-Sozialleistungen in Höhe von 899 DM an. Zur Alterssicherung werden pro Kopf der Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren durchschnittlich 21 277 DM ausgegeben. Dieser landesspezifische Pro-Kopf-Betrag liegt damit um 10,3 % über dem entsprechenden Bundeswert, was damit zu begründen ist, daß die Durchschnittsrente in Baden-Württemberg höher liegt als im übrigen Bundesgebiet.

Mit Ausnahme der Sozialleistungsziffer für Kinder und Jugendliche, die in etwa dem Pro-Kopf-Niveau des Bundes entspricht, liegen ansonsten die Landeswerte der Sozialleistungsziffern unterhalb der Bundeswerte. Dies gilt im besonderen Maße für die Pro-Kopf-Sozialleistungen im Funktionsbereich Beschäftigung, die den Bundeswert um 30,6 % unterschreitet, worin sich wiederum die günstige Arbeitsmarktlage niederschlägt. Bei den Ausgaben für

Gesundheitsleistungen beträgt die Abweichung - 4,2 %. Dies scheint eine Folge des in Baden-Württemberg vergleichsweise jungen Bevölkerungsaufbaus zu sein.

In welcher Form werden die Mittel aufgebracht? - die Finanzierungsarten

Dem Block der Leistungsausgaben des Sozialbudgets steht die Finanzierungsseite gegenüber, die über das Finanzmittelaufkommen und dessen Herkunft informiert. Das gesamte Finanzmittelaufkommen für Zwecke der Sozialen Sicherung beläuft sich auf 101,9 Mrd. DM. Hierbei stellen die Sozialbeiträge und die Zuweisungen der Gebietskörperschaften die zentralen Kategorien des Finanzmittelaufkommens dar. Die Sozialbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber sind mit 68,9 Mrd. DM (67,6 %) am Mittelaufkommen beteiligt, auf die Zuweisungen entfallen 31,0 Mrd. DM (30,4 %), während die überwiegend aus Zinsen und anderen Vermögenserträgen bestehenden sonstigen Einnahmen mit 2,0 Mrd. DM (2,0 %) eine untergeordnete Bedeutung haben (Tabelle 11).

Bei den Sozialbeiträgen handelt es sich einerseits und zum größten Teil an Versicherungspflicht gebundene tatsächliche Beiträge zum System der gesetzlichen Sozialversicherung, die meist je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden und eine leistungsbegründete Wirkung haben, und andererseits um unterstellte Arbeitgeberbeiträge, die den Gegenwert für Leistungen darstellen, die die Arbeitnehmer unmittelbar von den öffentlichen und privaten Arbeitgebern aufgrund von gesetzlichen, vertraglichen oder freiwilligen Verpflichtungen erhalten, wie beispielsweise für die Entgeltfortzahlung, für Betriebsrenten sowie im öffentlichen Dienst für Beihilfen. Die unterstellten Beiträge stellen fiktive Zahlungen dar, soweit für gleichartige Leistungen ein beitragsorientiertes System existiert. Auf diese Weise werden verschiedene Sicherungssysteme, z.B. die Rentenversicherung und das beamtenrechtliche System, vergleichbar gemacht. Der Anteil der Beiträge der Versicherten am gesamten Finanzmittelaufkommen beläuft sich auf 28,7 Mrd. DM (28,2 %). Die tatsächlichen Beiträge der Arbeitgeber liegen mit 26,6 Mrd. DM (26,1 %) etwas niedriger, und die unterstellten Arbeitgeberbeiträge machen 13,5 Mrd. (13,3 %) aus. Die Dominanz der Beitragsfinanzierung der Sozialen Sicherung zeigt sich auch darin, daß selbst nach Ab-

Tabelle 10

Sozialleistungsziffern Bund und Baden-Württemberg 1988

Bezeichnung	Bund	Baden-Württemberg
	DM	
Pro-Kopf-Leistung insgesamt	10 728	10 373
Pro-Kopf-Sozialleistungen für Gesundheit	3 605	3 452
Pro-Kopf-Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche ¹⁾	3 959	3 968
Pro-Kopf-Sozialleistungen für Beschäftigung ²⁾	1 296	899
Pro-Kopf-Sozialleistungen für Alter ³⁾	19 287	21 277

1) Im Alter unter 20 Jahren. - 2) Im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. - 3) Im Alter von 60 und mehr Jahren.

zug der unterstellten Beiträge vom gesamten Beitragsaufkommen immer noch 53,3 % des gesamten Finanzmittelaufkommens beitragsfinanziert sind.

Eindeutige Schwerpunkte des Beitragsaufkommens bilden die beitragsgebundenen Institutionen der gesetzlichen Sozialversicherung. Die Rentenversicherung ist grundsätzlich als ein primär beitragsorientiertes Sicherungssystem zu betrachten, in dem der Anteil der Beiträge am Finanzmittelaufkommen 80,8 % ausmacht mit jedoch zum Teil beachtenswerten Abweichungen in den einzelnen Versicherungszweigen. Während die Arbeiterrentenversicherung ein Beitragsanteil von 68,5 % und die Angestelltenversicherung von 91,3 % aufweist, liegt der Beitragsanteil in der knappschaftlichen Rentenversicherung bei nur 16,6 % (Tabelle 12). Noch wesentlich stärker steht die Beitragsfinanzierung in der Krankenversicherung mit 96,7 % und bei der Arbeitsförderung mit 99,5 % im Vordergrund. Eine gleichfalls herausragende Bedeutung erreicht der Beitragsanteil in der Unfallversicherung (88,8 %). Beitragsorientierte Sozialleistungsinstitutionen außerhalb der gesetzlichen Sozialversicherung stellen die Versorgungswerke (70,4 %), das beamtenrechtliche System mit Pensionen und Beihilfen (51,7 %) und die Arbeitgeberleistungen (96,0 %) dar.

Die Beitragsfinanzierung findet eine Ergänzung in den Zuweisungen, bei denen zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Mitteln unterschieden wird. Den

Tabelle 11

Institutionelles Sozialbudget Bund und Baden-Württemberg 1988 nach Finanzierungsarten und Finanzierungsquellen

Finanzierungsart Finanzierungsquelle	Bund		Baden-Württemberg		Anteil am Bund
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	%
Finanzierungsarten¹⁾					
Finanzierung insgesamt	680 313	100,0	101 871	100,0	15,0
Sozialbeiträge	438 948	64,5	68 896	67,6	15,7
der versicherten	187 382	27,5	28 721	28,2	15,3
Arbeitnehmer	135 567	19,9	22 439	22,0	16,6
Selbständigen	7 409	1,1	1 171	1,1	15,8
Rentner	11 564	1,7	1 235	1,2	10,7
sonstigen Personen	11 262	1,7	1 709	1,7	15,2
Sozialversicherungsträger	21 580	3,2	2 167	2,1	10,0
der Arbeitgeber	251 566	37,0	40 175	39,4	16,0
tatsächliche Beiträge	161 417	23,7	26 631	26,1	16,5
unterstellte Beiträge	90 149	13,3	13 544	13,3	15,0
Zuweisungen	226 667	33,3	30 966	30,4	13,7
aus öffentlichen Mitteln	213 668	31,4	28 978	28,4	13,6
sonstige Zuweisungen	12 999	1,9	1 988	2,0	15,3
Sonstige Einnahmen	14 698	2,2	2 009	2,0	13,7
Finanzierungssaldo	18 242		3 999		
Finanzierungsquellen²⁾					
Unternehmen	213 286	31,4	33 697	33,1	15,8
Bund	135 255	19,9	18 038	17,7	13,3
Länder/Land	76 021	11,2	11 151	10,9	14,7
Gemeinden	54 770	8,1	8 072	7,9	14,7
Sozialversicherung	1 805	0,3	430	0,4	23,8
Private Organisationen	3 954	0,6	560	0,5	14,2
Private Haushalte	195 033	28,7	29 924	29,4	15,3
Übrige Welt	189	0,0	0	0	0,2

1) Mit Verrechnungen. – 2) Ohne Verrechnungen.

Zuweisungen aus nichtöffentlichen Mitteln, die zumeist aus Arbeitgeber-Verwaltungsleistungen bestehen, kommen dabei mit 2,0 Mrd. DM (2,0 %) im Verhältnis zum gesamten Finanzmittelaufkommen eine untergeordnete Bedeutung zu. Die Zuweisungen

aus öffentlichen Mitteln leisten hingegen mit 29,0 Mrd. DM einen beachtlichen Beitrag zum Finanzmittelaufkommen (28,4 %). Zuweisungsfinanzierte Institutionsbereiche bilden die Entschädigungssysteme mit ihren am Versorgungsprinzip orientierten Institu-

Tabelle 12

Institutionelles Sozialbudget Baden-Württemberg 1988 nach Institutionen und Finanzierungsarten

Institution	Insgesamt	Sozialbeiträge			Zuweisungen			Sonstige Ein- nahmen zu- sammen	Ver- rech- nungen
		zu- sammen	der Ver- sicherten	der Arbeit- geber	zu- sammen	aus öffent- lichen Mitteln	sonstige Zu- weisungen		
Millionen DM									
Sozialbudget insgesamt	101 870,7	68 895,6	28 720,8	40 174,8	30 966,1	28 977,6	1 988,5	2 009,0	—
Allgemeines System	62 472,6	52 694,3	27 991,9	24 702,5	9 051,1	9 050,7	0,4	693,8	33,3
Rentenversicherung	32 988,9	26 667,8	13 573,7	13 094,1	6 060,5	6 060,5	—	238,6	22,0
Rentenversicherung der Arbeiter	21 318,6	14 596,2	7 433,3	7 162,9	4 851,6	4 851,6	—	123,9	1 746,9
Angestelltenversicherung	13 149,0	12 013,1	6 116,5	5 896,7	1 001,3	1 001,3	—	114,3	20,3
Knappschaftliche Rentenversicherung	352,1	58,4	23,9	34,5	207,7	207,7	—	0,4	85,6
Krankenversicherung	19 566,3	18 924,9	11 647,3	7 277,6	182,0	181,6	0,4	267,4	192,0
Unfallversicherung	2 277,1	2 022,0	263,4	1 758,6	80,0	80,0	—	174,7	0,4
Arbeitsförderung	5 101,8	5 079,6	2 507,5	2 572,1	—	—	—	13,1	9,0
Kindergeld	2 183,6	—	—	—	2 183,6	2 183,6	—	—	—
Erziehungsgeld	544,9	—	—	—	544,9	544,9	—	—	—
Sondersysteme	1 321,8	664,1	617,7	46,4	446,1	446,1	—	211,6	—
Altershilfe für Landwirte	619,4	169,3	169,3	—	446,1	446,1	—	4,0	—
Versorgungswerke	702,4	494,8	448,4	46,4	—	—	—	207,6	—
Beamtenrechtliches System	8 200,2	4 241,0	—	4 241,0	3 752,0	3 027,7	724,3	2,7	204,5
Pensionen	5 260,5	2 954,8	—	2 954,8	2 180,5	1 815,5	365,0	0,4	124,8
Familienzuschläge	1 622,4	—	—	—	1 560,1	1 203,5	356,6	—	62,3
Beihilfen	1 317,2	1 286,2	—	1 286,2	11,4	8,6	2,8	2,3	17,3
Arbeitgeberleistungen	11 756,1	11 296,2	111,2	11 184,9	130,2	0,5	129,7	329,8	—
Entgeltfortzahlung	4 511,6	4 511,6	—	4 511,6	—	—	—	—	—
Betriebliche Altersversorgung	5 173,9	5 173,9	110,8	5 063,0	—	—	—	—	—
Zusatzversorgung	1 350,1	890,2	0,4	889,8	130,2	0,5	129,7	329,8	—
Sonstige Arbeitgeberleistungen	720,5	720,5	—	720,5	—	—	—	—	—
Entschädigungen	2 379,0	—	—	—	2 330,0	2 329,9	0,1	49,0	—
Soziale Entschädigung (KOV)	1 972,3	—	—	—	1 923,4	1 923,4	—	48,9	—
Lastenausgleich	188,5	—	—	—	188,3	188,2	0,1	0,2	—
Wiedergutmachung	124,1	—	—	—	124,1	124,1	—	—	—
Sonstige Entschädigungen	94,1	—	—	—	94,1	94,1	—	—	—
Soziale Hilfen und Dienste	7 694,7	—	—	—	6 972,4	5 838,5	1 134,0	722,1	0,1
Sozialhilfe	3 509,0	—	—	—	2 964,0	2 964,0	—	545,0	0,1
Jugendhilfe	1 812,4	—	—	—	1 643,4	1 643,4	—	169,0	—
Ausbildungsförderung	65,7	—	—	—	65,2	65,2	—	0,5	—
Wohngeld	354,8	—	—	—	354,8	354,8	—	—	—
Öffentlicher Gesundheitsdienst	239,9	—	—	—	232,2	232,2	—	7,7	—
Vermögensbildung	1 712,8	—	—	—	1 712,8	578,8	1 134,0	—	—
Direkte Leistungen insgesamt	93 586,4	68 895,6	28 720,8	40 174,8	22 681,8	20 693,3	1 988,5	2 009,0	—
Indirekte Leistungen	8 284,3	—	—	—	8 284,3	8 284,3	—	—	—
Steuerliche Maßnahmen	8 147,5	—	—	—	8 147,5	8 147,5	—	—	—
Vergünstigungen im Wohnungswesen	136,8	—	—	—	136,8	136,8	—	—	—

tionen (97,9 %), die Institutionsgruppe der Sozialen Dienste und Hilfen, deren Institutionen vorrangig am Fürsorgeprinzip ausgerichtet sind (90,6 %), sowie die jeweils zu 100 % durch Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln finanzierten indirekten Leistungen, das Kindergeld und das Erziehungsgeld. Als steuerfinanziert muß daneben auch das beamtenrechtliche System angesehen werden, das teilweise als durch unterstellte Beiträge finanziert erscheint. Darüber hinaus treten aber auch in dem primär beitragsorientierten Sozialleistungsbereich der Sozialversicherung umfangreiche Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln auf, so beispielsweise in der Rentenversicherung, in der die öffentlichen Zuweisungen einen Anteil von 18,4 % am Finanzmittelaufkommen der Rentenversicherung erreichen.

Vergleicht man die Finanzierungsstruktur des Bundes mit der von Baden-Württemberg, so sind nicht unerhebliche Abweichungen zu erkennen. Der Umfang der Beitragsfinanzierung fällt im Land höher aus (67,6 %) als im Bund (64,5 %), während umgekehrt die Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln im Land einen geringeren Anteil (28,4 %) aufweisen als im Bund (31,4 %). Dieser Unterschied in der Finanzierungsstruktur dürfte eine Folge der im Vergleich zum Bund günstigeren Beschäftigungs- und Einkommenssituation in Baden-Württemberg sein. Im Ergebnis führt dieser Strukturunterschied dazu, daß die Beitragszahler des Landes eine überdurchschnittliche Beitragsfinanzierung zum Bundesbudget erbringen und dadurch eine Entlastung bei den öffentlichen Zuweisungen durch die Gebietskörperschaften erfolgt. Besonders ins Gewicht fällt hier die Arbeitsförderung. Ihr Haushalt wird zwar auf der Ebene des Bundes geführt, eine isolierte Betrachtung der in Baden-Württemberg getätigten Einnahmen und Ausgaben zeigt jedoch, daß sie hier - im Gegensatz zum Bundesgebiet - keine öffentlichen Zuweisungen beansprucht, sondern sich nahezu ausschließlich durch Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber finanziert.

Wer erbringt die Finanzmittel? - die Finanzierungsquellen

Das Sozialbudget gibt mit der zweiten Gliederungsmöglichkeit der Finanzierungsseite Auskunft über die Finanzierungsquellen des Finanzmittelaufkommens, wobei die Untergliederung der Mittelherkunft an den am Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen orientiert ist.

Fast man die einzelnen Gebietskörperschaften zusammen, so erbringen Bund, Land und die Gemeinden gemeinsam ein Finanzierungsaufkommen von 37,3 Mrd. DM und einen Anteil an der Gesamtfinanzierung von 36,6 %, womit die Gebietskörperschaften den größten Beitrag zum Finanzierungsaufkommen leisten. Im einzelnen entfallen auf den Bund 18,0 Mrd. DM (17,7 %), das Land 11,2 Mrd. DM (10,9 %) und die Gemeinden 8,1 Mrd. DM (7,9 %). Die Haushalte der Gebietskörperschaften sind vor allem mit gesetzlichen Zuweisungen oder als Träger von Einrichtungen an der Finanzierung der Sozialleistungen beteiligt. Hinzu kommt die Finanzmittelaufbringung der Gebietskörperschaften in ihrer Funktion als Arbeitgeber oder Dienstherrn in Form von Arbeitgeber-Sozialbeiträgen für z.B. Sozialversicherungsbeiträge, Entgeltfortzahlung, Pensionen und Beihilfen. Ferner trägt die öffentliche Hand den durch indirekte Leistungen bewirkten Einnahmeausfall. Vom gesamten Finanzierungsaufkommen der Gebietskörperschaften sind 30,0 Mrd. DM (81,4 %) Zuweisungen und 7,1 Mrd. DM (19,0 %) Arbeitgeber-Sozialbeiträge (Tabelle 13). Der Bund trägt bei den Zuweisungen der Gebietskörperschaften mit 56,2 % den Hauptanteil, vor allem als Bundeszuschuß zur Rentenversicherung, zur Finanzierung des Kindergeldes und der sozialen Kriegsoferlasten sowie der indirekten Leistungen (Tabelle 13). Weitere 23,6 % der Zuweisungsmittel erbringt das Land, insbesondere im Rahmen der Finanzierung der Institutionsgruppe der Sozialen Hilfen und Dienste und der indirekten Leistungen. Die Gemeinden tragen einen Anteil von 20,2 % mit Finanzierungsschwerpunkt bei der Jugend- und Sozialhilfe. Ein anderes Verteilungsbild ergibt sich bei der Finanzierung der Arbeitgeber-Sozialbeiträge der Gebietskörperschaften. Hier trägt das Land mit 56,8 % das Hauptgewicht, gefolgt von den Gemeinden mit 27,1 % und dem Bund mit 16,1 %.

Den nächstgrößeren Anteil am Finanzierungsaufkommen tragen die Unternehmen mit 33,7 Mrd. DM (33,1 %). Hierbei handelt es sich nahezu ausschließlich um tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge (94,9 %). Die von den Unternehmen aufbrachten Finanzierungsmittel kommen vorrangig der Finanzierung der beitragsgebundenen Institutionen der gesetzlichen Sozialversicherung (21,9 Mrd. DM oder 65,1 %) und der Arbeitgeberleistungen (9,9 Mrd. DM oder 29,4 %) zugute.

Nach den Unternehmen stellen die privaten Haushalte mit 29,9 Mrd. DM und einem Finanzierungsanteil von 29,4 % die nächstgrößere Finanzierungs-

Tabelle 13

Sozialbudget Baden-Württemberg 1988 nach Institutionen, Finanzierungsarten und Finanzierungsquellen

Institution Finanzierungsart	Insgesamt	Unter- nehmen	Gebietskörperschaften				Sozial- versiche- rungen	Private Organisa- tionen	Private Haushalte	Übrige Welt
			zusammen	Bund	Land	Gemeinden				
Millionen DM										
Institutionen										
Finanzierung insgesamt	101 870,7	33 696,8	37 260,4	18 037,6	11 161,1	8 071,8	429,8	559,7	29 923,7	0,3
Allgemeines System	62 439,2	21 926,1	11 591,6	9 479,7	973,2	1 138,7	282,4	322,6	28 316,4	0,2
Rentenversicherung	32 986,9	11 540,7	7 441,4	6 251,5	544,8	645,1	68,7	117,0	13 799,0	0,1
Rentenversicherung der Arbeiter	19 571,7	6 852,3	5 158,0	4 922,8	72,1	163,1	8,5	28,5	7 524,4	—
Angestelltenversicherung	13 128,7	4 653,9	2 075,6	1 121,0	472,7	482,0	60,0	88,4	6 250,6	0,1
Knappschaftliche Rentenversicherung	286,6	34,4	207,7	207,7	—	—	0,3	—	24,1	0
Krankenversicherung	19 374,3	6 429,7	1 005,5	346,2	291,5	367,8	78,6	144,6	11 716,0	—
Unfallversicherung	2 276,7	1 741,6	141,2	107,9	32,5	0,8	109,2	11,0	273,6	0
Arbeitsförderung	5 092,8	2 214,1	275,8	50,0	100,9	125,0	25,0	50,0	2 527,8	—
Kindergeld	2 183,6	—	2 183,6	2 183,6	—	—	—	—	—	—
Erziehungsgeld	544,9	—	544,1	540,6	3,5	—	0,9	—	—	—
Sondersysteme	1 321,8	127,4	475,1	450,2	2,1	22,8	—	—	719,3	—
Altershilfe für Landwirte	619,4	4,0	446,1	446,1	—	—	—	—	169,3	—
Versorgungswerke	702,4	123,4	29,0	4,1	2,1	22,8	—	—	550,0	—
Beamtenrechtliches System	7 995,7	1 678,9	6 165,3	1 809,1	3 403,4	1 152,8	—	149,1	2,3	—
Pensionen	5 135,7	881,0	4 221,0	1 313,1	2 120,9	787,1	—	33,7	—	—
Familienzuschläge	1 560,1	353,2	1 117,0	192,2	835,8	288,9	—	89,9	—	—
Beihilfen	1 299,8	444,7	827,4	103,8	646,7	76,9	—	25,5	2,3	—
Arbeitgeberleistungen	11 756,1	9 904,8	1 508,3	367,8	669,6	470,9	81,0	81,0	181,0	—
Entgeltfortzahlung	4 511,6	3 474,0	879,8	157,9	473,7	248,1	67,7	67,7	22,6	—
Betriebliche Altersversorgung	5 173,9	5 063,0	—	—	—	—	—	—	110,8	—
Zusatzversorgung	1 350,1	647,3	628,6	209,9	195,9	222,8	13,3	13,3	47,6	—
Sonstige Arbeitgeberleistungen	720,5	720,5	—	—	—	—	—	—	—	—
Entschädigungen	2 379,0	0,1	2 329,8	1 942,2	366,9	20,7	—	—	49,0	0,1
Soziale Entschädigung (KOV)	1 972,3	—	1 923,3	1 729,5	193,9	—	—	—	48,9	0,1
Lastenausgleich	188,5	0,1	188,2	122,7	48,9	16,6	—	—	0,2	—
Wiedergutmachung	124,1	—	124,1	—	124,1	—	—	—	—	—
Sonstige Entschädigungen	94,1	—	94,1	90,0	—	4,1	—	—	—	—
Soziale Hilfen und Dienste	7 694,6	59,5	6 906,0	840,7	2 131,1	3 934,2	66,4	7,0	655,6	—
Sozialhilfe	3 509,0	52,0	2 964,0	96,2	847,9	2 019,8	—	—	493,0	—
Jugendhilfe	1 812,4	7,0	1 643,4	58,0	287,4	1 298,0	—	7,0	155,0	—
Ausbildungsförderung	65,7	—	65,2	40,3	24,9	—	—	—	0,5	—
Wohngeld	354,8	—	354,8	164,5	181,2	9,1	—	—	—	—
Öffentlicher Gesundheitsdienst	239,9	0,6	232,2	2,1	14,3	215,8	—	—	7,1	—
Vermögensbildung	1 712,8	—	1 646,4	479,8	775,3	391,5	66,4	—	—	—
Direkte Leistungen insgesamt	93 586,4	33 696,8	28 976,2	14 689,7	7 546,3	8 740,2	429,8	559,7	29 923,7	0,3
Indirekte Leistungen	8 284,3	—	8 284,3	3 347,9	3 604,7	1 331,8	—	—	—	—
Steuerliche Maßnahmen	8 147,5	—	8 147,5	3 338,0	3 477,9	1 331,8	—	—	—	—
Vergünstigungen im Wohnungswesen	136,8	—	136,8	9,9	126,9	—	—	—	—	—

Sozialbudget Baden-Württemberg 1988 nach Institutionen, Finanzierungsarten und Finanzierungsquellen

Institution Finanzierungsart	Insgesamt	Unter- nehmen	Gebietskörperschaften				Sozial- versiche- rungen	Private Organisa- tionen	Private Haushalte	Übrige Welt
			zusammen	Bund	Land	Gemeinden				
	Millionen DM									
Finanzierungsarten										
Sozialbeiträge der versicherten	28 720,8	2,2	8,1	2,2	5,9	-	-	-	28 710,5	-
Arbeitnehmer	22 439,0	-	-	-	-	-	-	-	22 439,0	-
Selbstständigen	1 171,0	2,2	2,2	2,2	-	-	-	-	1 166,6	-
Rentner	1 234,6	-	-	-	-	-	-	-	1 234,6	-
sonstigen Personen	1 709,0	-	5,9	-	5,9	-	-	-	1 703,1	-
Sozialversicherungsträger	2 167,2	-	-	-	-	-	-	-	2 167,2	-
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	40 174,8	31 980,3	7 094,3	1 145,0	4 029,2	1 920,2	355,3	462,5	282,4	-
tatsächliche Beiträge	26 631,3	22 757,6	2 990,3	592,9	1 127,7	1 269,7	287,6	335,9	259,8	-
unterstellte Beiträge	13 543,5	9 222,7	4 104,0	552,1	2 901,5	650,5	67,7	126,6	22,6	-
Zuweisungen	30 966,1	851,3	29 957,0	16 837,9	7 082,1	6 037,0	67,3	90,2	0	0,3
öffentliche Mittel	28 977,6	2,8	28 884,4	16 681,5	6 493,0	5 709,9	0,9	89,3	0	0,3
sönstige Zuweisungen	1 988,5	848,6	1 072,6	156,5	589,1	327,0	66,4	0,9	-	-
Sonstige Einnahmen	2 009,0	863,0	201,0	52,5	33,9	114,6	7,2	7,0	930,8	-

quelle im System der Sozialen Sicherung dar. Bei den privaten Haushalten dominieren die Sozialbeiträge der Versicherten (95,9 %). Das Mittelaufkommen der privaten Haushalte fließt fast vollständig in die Finanzierung der beitragsorientierten Sozialversicherungssysteme (28,3 Mrd. DM oder 94,6 %). Neben den vorgenannten drei Hauptfinanzierungsquellen der Sozialleistungen des Sozialbudgets spielen die anderen Quellen des Mittelaufkommens mit einem Anteil von unter 1,0 % eine untergeordnete Bedeutung.

Bei einer vergleichenden Gegenüberstellung der Struktur der Finanzierungsquellen von Bund und Land ist zu erkennen, daß auf der einen Seite sowohl die Unternehmen als auch die privaten Haushalte in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt einen höheren Anteil an der Finanzierung des Sozialbudgets aufweisen, während andererseits auf den Bund als Finanzierer von Sozialleistungen in Baden-Württemberg ein niedrigerer Anteilswert entfällt. Die Abweichung von der Bundesstruktur macht bei den Unternehmen 1,7 Prozentpunkte aus, bei den privaten Haushalten 0,7 Prozentpunkte und bei der Finanzierungsquelle Bund - 2,2 Prozentpunkte. Diese Zahlen korrespondieren dabei mit den Daten der Finanzierungsarten, die ein landesüberdurchschnittliches Beitrags-

aufkommen bzw. eine landesunterdurchschnittliche Steuerfinanzierung des Budgets ergeben haben. Der Nachweis nach Finanzierungsquellen macht deutlich, wer das überdurchschnittliche Beitragsaufkommen trägt, bzw. wer durch die unterdurchschnittliche Steuerfinanzierung in welcher Höhe entlastet wird. Legte man die Struktur der Finanzierungsquellen des Bundes auf das zur Finanzierung des Sozialbudgets in Baden-Württemberg erforderliche Finanzierungsaufkommen an, so würden im Land die Unternehmen 1,7 Mrd. DM und die privaten Haushalte 0,7 Mrd. DM weniger an Aufkommensleistung erbringen müssen, andererseits müßte der Bund 2,2 Mrd. DM mehr zur Finanzierung leisten. Es ist somit davon auszugehen, daß Baden-Württemberg nicht nur weniger Sozialleistungen in Anspruch nimmt, sondern auch mehr zur Finanzierung des Budgets beiträgt als andere Länder.

Ausblick

Das Niveau und die Struktur der erbrachten Sozialleistungen wird entscheidend von der Reichweite ihrer Definition bestimmt, die die sozialmotivierten Aktivitäten von benachbarten Politikfeldern abgrenzt. Wie dargestellt, knüpft das Bundesbudget, um zu einer Gesamtübersicht der erbrachten Sozialleistungen zu kommen, an einer institutionellen Erfassung an

und bleibt auf den sozialpolitischen Bereich im engeren Sinne der Sozialen Sicherung beschränkt. Aus der dem Sozialbudget der Bundesregierung zugrundeliegenden relativ engen Abgrenzung der Sozialpolitik, die den gesamten sozialinvestiven Bereich, der auf der Grundlage landesspezifischer Gesetzgebung und Haushaltsansätzen erbracht wird, nicht in die Betrachtung einbezieht, kommt das Hauptanliegen des Bundesbudgets in der Darstellung der Ausgaben und Einnahmen für die Soziale Sicherung zum Ausdruck, die organisatorisch-rechtlich schwerpunktmäßig in der Bundeskompetenz liegt. Insoweit hebt das Bundeskonzept, das im wesentlichen monetäre Umverteilungsmaßnahmen erfaßt, besonders auf Planungen und Belange des Bundes ab. Länder und Gemeinden als Finanzierer von Sozialleistungen finden nur dann Niederschlag, wenn sie im Auftrag von Bundesgesetzen tätig werden¹⁰.

Somit bleiben aus der Perspektive des Bundeskonzepts die vom Land und Gemeinden in eigener Kompetenz erbrachten Sozialleistungen, die zum einen aus der föderativen Aufgabenverteilung von Bund und Land resultieren und andererseits Ausdruck landesspezifischer Prioritätensetzung im Sozialbereich sind, weitgehend ausgeklammert oder nur unzureichend berücksichtigt. Die baden-württembergischen Sozialbudgetberechnungen tragen speziell dieser Situation Rechnung mit einer Ergänzung des institutionellen Sozialbudgets um ein landesspezifisches Budget, das die landesspezifischen Aufgabenbereiche im sozial- und gesellschaftspolitischen Raum erfaßt und dessen Ausgabenschwerpunkte nicht in den monetären Transferleistungen liegen, sondern beim sozialen Staatsverbrauch und den sozialen staatlichen Investitionen. Eine Gesamtdarstellung aller statistisch erfaßbaren öffentlichen Sozialleistungen ergibt sich schließlich aus der Zusammenfassung von institutionellem und landesspezifischem Budget zum integrierten Sozialbudget, dessen Reichweite nicht mehr nur das Aufgabenfeld der Sozialen Sicherung abdeckt, sondern das weit in den sozial- und gesellschaftspolitischen Raum hineinreicht.

Weitergehende Analysen zu diesem Themenbereich, insbesondere unter Einbeziehung von Aspekten über Strukturen und Entwicklungstendenzen von Ausgabeströmen für generationsspezifische Empfängergruppen und deren Verknüpfung mit Daten demographischer Modellrechnungen bleiben zukünftigen Untersuchungen vorbehalten.

Zusammenfassung

- Die komplexen Strukturen unseres Sozialleistungssystems werden im Sozialbudget nach einheitlichen Kriterien erfaßt und systematisch geordnet. Der politischen Praxis und für wissenschaftliche Zwecke stehen auf Bundesebene inzwischen Zeitreihen ab 1960 zur Verfügung.
- Auf der Finanzierungsseite kam es zu einer gravierenden Verschiebung hin zur Beitragsfinanzierung. Wurde 1960 noch gut die Hälfte der Sozialleistungen über Beiträge aufgebracht, galt dies 1990 bereits für knapp zwei Drittel. Diese Beitragsentwicklung war Voraussetzung für das Wachstum der Sozialausgaben.
- Komplementär zur Beitragsfinanzierung hat sich die Finanzierung von Sozialausgaben über Steuern anteilmäßig zurückgebildet. Nur in Zeiten konjunkturellen Rückgangs gab es vorübergehend eine relative Zunahme der öffentlichen Zuweisungen.
- Der zeitliche Zusammenhang zwischen der Ausweitung der Sozialleistungen und den Phasen des Wirtschaftswachstums ist evident. Besonders markant war die Phase weitreichender Reformbestrebungen zu Beginn der siebziger Jahre, die nach der wirtschaftlichen Rezession 1975 nicht fortgesetzt werden konnte. Mit 33,7 % hat die Sozialleistungsquote in diesem Jahr ihren Höchststand erreicht. Sie hat sich in der Folge - von konjunkturellen Schwankungen abgesehen - bis heute auf 29,4 % zurückgebildet.
- Durch unterschiedliches Wachstum einzelner Ausgabenbereiche hat sich in den vergangenen 30 Jahren die Ausgabenstruktur verändert. Höhere Budgetanteile haben besonders die großen Sozialversicherungssysteme gewonnen. Dynamisch entwickelt sich der Ausgabenbereich der Fürsorgesysteme. Soziale Hilfen und Dienste beanspruchen bei weiter steigender Tendenz einen Budgetanteil von über 9 %.

10) LINDER, P.: Konzept und Analyse eines integrierten Sozialbudgets für Baden-Württemberg, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart (1986) S. 69ff.

- Dagegen stehen institutionelle Ausgabenbereiche, die das Budget entlastet haben. Zu diesen zählen insbesondere alle Entschädigungsinstitutionen, die indirekten Leistungen (Steuerermäßigungen) und Zahlungen nach dem Beamtenrecht. Die Arbeitgeberleistungen haben ihren Budgetbeitrag konstant gehalten.
- Vor allem in den Bereichen Gesundheit, Beschäftigung und - abgeschwächt - auch Alter ist während des gesamten Beobachtungszeitraums eine "automatische Tendenz zur Ausweitung des Sozialsystems" festzustellen.
- Das baden-württembergische Sozialbudget zeigt im Bundesvergleich Besonderheiten auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Im Land ist die Beitragsfinanzierung bei einer Quote von 67,6 % stärker ausgeprägt als im Bund (64,5 %). Grund dafür ist die bessere Beschäftigungs- und Einkommenssituation im Südwesten. Ein nicht unerheblicher Teil des im Land erzielten Beitragsaufkommens wird somit über einen unsichtbaren Finanztransfer in anderen Ländern als Leistungen verausgabt.
- Die überdurchschnittlichen Beitragsaufkommen in Baden-Württemberg im nicht-staatlichen Sektor in Höhe von 2,4 Mrd. DM sind zu über 70 % von den Unternehmen und zu nahezu 30 % von den Haushalten aufgebracht. Auf der anderen Seite wird durch diesen Umverteilungsmechanismus vor allem der Bund mit 2,2 Mrd. DM entlastet.
- Für die Alterssicherung werden in Baden-Württemberg jährlich pro Kopf der Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren durchschnittlich 21 277 DM ausgegeben. Damit liegt der Wert um 10,3 % über dem Bundeswert, was auf höhere Durchschnittsrenten im Land hinweist. Deutlich darunter liegen im Land indes die Pro-Kopf-Ausgaben der Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren für den Bereich Beschäftigung mit jahresdurchschnittlich 899 DM im Vergleich zum Bund mit 1 296 DM; - der Bundeswert übersteigt hier den Landeswert um 30 %. Als vorherrschender Bestimmungsgrund ist hier die Arbeitsmarktlage und Beschäftigungssituation anzusehen. Bei den Pro-Kopf-Werten für Gesundheit liegt Baden-Württemberg mit 3 452 je Einwohner um 4 % unter dem entsprechenden Bundeswert, was vor allem mit dem vergleichsweise jungen Bevölkerungsaufbau zu erklären ist. Schließlich ergeben

sich in Bund und Land gleich hohe Sozialausgaben im Funktionalbereich "Kinder und Jugendliche" in Höhe von 3 950 DM.

Anhang 1

Zur Sozialquotenproblematik

Die Sozialleistungsquote gehört von ihrem Aufbau her zu den sogenannten unechten Quoten, wie sie häufig bei funktionalen Staatsquoten zu finden sind. Unechte Quote bedeutet in diesem Zusammenhang, daß der Zähler des Quotienten keine echte Teilmenge des Nenners darstellt, und so streng genommen Strukturaussagen nicht möglich sind. Echte Teilmengen des Sozialbudgets am Bruttosozialprodukt sind nach den Leistungsarten gegliedert lediglich die Sachleistungen, zu denen Barerstattungen, Waren und Dienstleistungen, sowie die Ausgaben für allgemeine Dienste und Leistungen zählen. Ausgenommen sind in jedem Fall die Einkommensleistungen, die als monetäre Transfers lediglich einen Anspruch auf das Bruttosozialprodukt begründen, es aber nicht unmittelbar in Anspruch nehmen. Transfereinkommen sind vielmehr Bestandteil des verfügbaren Einkommens privater Haushalte, das heißt einer gesamtwirtschaftlichen Größe nach Umverteilung der Primäreinkommen. Von daher wäre es folgerichtig, die Einkommensleistungen des Sozialbudgets auf dieses Einkommensaggregat zu beziehen, wobei diese echte Quote dann Strukturaussagen über den Anteil der Sozialeinkommen am monetären Nachfragepotential der privaten Haushalte nach Konsumgütern macht. Hierbei würden allerdings die bedeutenden Sachleistungen des Budgets und ihre Wirkungen aus der Quotenbetrachtung ausgespart werden.

Ein weiterer Vorschlag zielt darauf hin, nicht die Leistungsseite, sondern die Finanzierungsseite des Sozialbudgets an gesamtwirtschaftlichen Aggregaten zu messen. Hierbei wären die Einnahmen aus Beitrags- und Steuerfinanzierung ohne die unterstellten Beiträge der Arbeitgeber und die Kapitalerträge heranzuziehen und auf das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, also das Volkseinkommen, zu beziehen. Die Nettogröße im Nenner ergibt sich aus der Überlegung, daß das Sozialbudget keine Ausgaben für Sozialinvestitionen enthält und somit die in der Bruttogröße enthaltenen Abschreibungen im Nenner des Quotienten wieder zu einer unechten Quote führen würden. Die Bewertung des ökonomischen Aggregats zu Faktorkosten ist jedoch nur dann

sachlogisch zu vertreten, wenn man davon ausgeht, daß die Sozialleistungen nach dem Sozialbudget neben der Beitragsfinanzierung ausschließlich durch direkte Steuern finanziert werden. Dem Volkseinkommen käme nunmehr aus dieser Sicht eine sachlogische Verknüpfung mit dem Sozialbudget zu, die inhaltlich die "Belastung" der Faktoreinkommen durch die Finanzierung von Sozialausgaben wiedergibt. Auch bei dieser Vorgehensweise müßten gewisse Sozialleistungen des Budgets aus der Quotenbetrachtung ausgeschlossen werden, um eine genügende Schärfe im Hinblick auf eine echte Quote zu erzielen.

Unabhängig von der hier aufgezeigten Quotenproblematik wird in der Wissenschaft und in der politischen Praxis nach wie vor mit der Sozialleistungsquote, die die Sozialausgaben des Budgets am Bruttosozialprodukt mißt, argumentiert, was systembedingt voraussetzen würde, daß alle Transferleistungen, die in einer Wertschöpfungsperiode geleistet werden, auch vollständig für privaten Konsum verausgabt werden. Ausgehend von dieser Prämisse soll auch hier diese Quote empirisch weiter verfolgt und in ihrem zeitlichen Verlauf beschrieben werden.

Anhang 2

Zur Entwicklung von Staatsquoten - ein ideengeschichtlicher Überblick

Zur Erklärung säkularer Entwicklungen von Ausgabenquoten werden im allgemeinen finanzwirtschaftliche Hypothesen herangezogen, die ihren Ursprung in dem von A. WAGNER im 19. Jahrhundert formulierten "Gesetz der wachsenden öffentlichen, insbesondere der Staatsausgaben" haben. Die hier postulierte Gesetzmäßigkeit der Ausweitung öffentlicher Ausgaben steht in einem engen Zusammenhang mit dem expandierenden Aufgabengebiet des Sozialbereichs der vergangenen 30 Jahre. A. WAGNER stützt seine Prognose dabei insbesondere auf einen soziologisch begründeten Wandel vom traditionellen Macht- und Rechtsstaat zum Kultur- und Wohlfahrtsstaat. In den dreißiger Jahren hat A. BRECHT die Staatsausgabenentwicklung in Verbindung mit der zunehmenden Bevölkerungsdichte gesehen. Hier werden regionale Bevölkerungsmassierungen und die mit ihnen verbundenen agglomerativen Effekte als Hauptursache zunehmender öffentlicher Ausgaben angesehen. Dabei spielen die mit einer höheren Bevölkerungsdichte zunehmenden Probleme negativer externer Effekte eine spezielle Rolle. Eine ähnliche Vorstellung vertritt J. POPITZ, nach dem die öf-

fentlichen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung überproportional zu Bevölkerungsdichte wachsen. Gesetzmäßigkeiten dieser Art lassen sich offensichtlich speziell im Bereich der Sozialpolitik empirisch nachweisen, wenn man an die "Ausgabenexpansionen" etwa im Gesundheitsbereich oder bei der Sozialhilfe denkt.

Freilich geht dabei der Entwicklungsverlauf nicht immer kontinuierlich vonstatten, sondern vollzieht sich oft in Entwicklungssprüngen. Hierzu haben die englischen Finanzwissenschaftler A. T. PEACOCK und R. WISEMAN die These vertreten, daß sich die Ausweitung der Staatstätigkeit mit entsprechend steigender Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger insbesondere in Krisenzeiten einstellt, da hier der Hinnahmeeffekt der Bevölkerung am größten sei. PEACOCK und WISEMAN hatten hier vor allem Ausgabensteigerungen in Kriegszeiten im Auge, die als krisenbedingte Mehrausgaben nach Überwindung der Krise nicht mehr zurückgenommen werden. Für deutsche Verhältnisse lassen sich in diesem Zusammenhang die Kriegsfolgenlasten anführen, die trotz ihres relativen und absoluten Rückgangs nicht zu einem nennenswerten Dämpfungseffekt bei den Ausgabensteigerungen im Sozialbereich geführt haben. Die latente Gefahr dieses heute als "displacement effect" umschriebenen Bestimmungsfaktors, läßt sich nicht nur auf Kriegsereignisse beschränken, sondern auch auf andere politische Wechsellagen anwenden, wie zum Beispiel Wiedervereinigung, internationales Engagement, Zuwanderungen aus der Dritten Welt u.a.

Ein weiterer Erklärungsansatz von H. TIMM führt die Ausweitung der Sozialstaatstätigkeit auf zeitliche Verzögerungseffekte bei ökonomischen Anpassungsprozessen zurück. Als Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesse werden hierbei vor allem die Verlagerung von Nachfrage und Produktion vom sekundären in den tertiären Sektor gesehen, wobei sich dieser nach J. FOURASTIER beschriebene Prozeß mit erheblichen Zeitverzögerungen vollzieht. Es entfaltet sich im Gefolge dieser Umstrukturierung vermehrt eine Nachfrage nach superioren Leistungen des Dienstleistungssektors (Bildung, Gesundheit, Sicherheit), die einerseits erst durch Masseneinkommen finanziert werden kann und andererseits erst durch die Expansion des sekundären Sektors geweckt werden (Umwelt). Die Nachfragestrukturierung erreicht dabei insbesondere soziale Dienstleistungen, die naturgemäß eine niedrige Produktivität aufweisen.

2.2 Ausgewählte Strukturmerkmale der Frauenerwerbstätigkeit im Übergang zu den neunziger Jahren

Fragen zur Entwicklung und Struktur der Frauenerwerbstätigkeit haben in der frauen- und familienpolitischen Diskussion ebenso wie für sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen ihre Aktualität behalten. Auch im Hinblick auf den wachsenden Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften gewinnt das Thema in der wirtschaftspolitischen Diskussion zunehmend an Bedeutung. Als Hintergründe für die Bedeutung dieser Thematik sind in erster Linie anzuführen:

- die Gesellschaft hat mittlerweile akzeptiert, daß für Frauen eine (u.U. in bestimmten Lebensphasen unterschiedlich stark ausgeübte) Erwerbstätigkeit längst fester Bestandteil der Lebensplanung ist¹
- der Wandel im Ablauf der Lebensphasen jüngerer Frauengenerationen, besonders die heute deutlich kürzeren Erziehungszeiten und daran anschließend eine längere Lebensphase ohne Betreuungs- und Erziehungspflichten
- das rückläufige Erwerbspersonenpotential führt in Betrieben und Verwaltungen zu neuen Formen der Personal- und Sozialpolitik unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- die jüngeren Frauengenerationen sind schulisch und beruflich immer besser qualifiziert. Sie wollen sowohl Familie als auch beruflichen Erfolg. Die Familiengründung erfolgt zu Gunsten der Qualifizierung im Beruf immer später. Die Zahl der Frauen, die ihre Existenz durch eigene Erwerbstätigkeit sichern müssen oder wollen, steigt.

¹ Vgl. u.a. Betram, Hans; Bayer, Hiltrud: Berufsorientierung erwerbstätiger Mütter - Zum Struktur- und Einstellungswandel mütterlicher Berufstätigkeit. DJI-Forschungsbericht, München, 1984.

Diese Hintergründe sind in jüngerer Zeit vor allem auch in Verbindung mit Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit untersucht worden². Im folgenden sollen ergänzend zu weiteren vorliegenden Analysen verschiedener Aspekte der Frauenerwerbstätigkeit³ einige neuere Ergebnisse zu sozioökonomischen und -demographischen Strukturmerkmalen der Erwerbstätigkeit von Frauen in Baden-Württemberg vorgestellt werden. Dabei geht es in erster Linie um Fragen, inwieweit z.B. der familiäre Lebenshintergrund sowie schulische und berufliche Qualifikationen Art und Umfang der Frauenerwerbstätigkeit bestimmen. Bei der Analyse weiblicher Erwerbsstrukturen erweist es sich häufig als zweckmäßig, anstelle von Absolutzahlen Prozentverteilungen oder Erwerbstätigkeitsquoten zu verwenden, da erst durch die Bezugnahme auf verschiedene Gruppen (z.B. einzelne Altersgruppen, Mütter oder Frauen mit bestimmten Bildungsabschlüssen) Strukturmerkmale sichtbar werden. Bevor auf diese Inhalte im näheren eingegangen wird, sollen zum besseren Verständnis der heutigen Erwerbsstrukturen von Frauen zusammenfassend einige Ergebnisse zur bisherigen Entwicklung in den bildungsbezogenen Voraussetzungen einer Erwerbstätigkeit präsentiert werden.

² Vgl. z.B. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle: Mütter und Väter zwischen Erwerbsarbeit und Familie - ein Problem aufriß. Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart, 1990; Schwartz, Wolfgang; Schwarz, Thomas; Vogel, Claudia: Mütter und Väter zwischen Erwerbsarbeit und Familie: Probleme - Praxisbeispiele - Orientierungshilfen, Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Frauen Baden-Württemberg, Stuttgart 1991.

³ Hier sei insbesondere verwiesen auf: Beschäftigungschancen von Frauen im Strukturwandel; in: Statistisch-prognostischer Bericht 1988/89 Stuttgart 1989, S. 104-122; Die Situation der Frauen im Landesdienst; in: Statistisch-prognostischer Bericht 1990/91, Stuttgart, 1991, S. 103-114. Abele, Franz, Entwicklung und Struktur der Erwerbstätigkeit 1980 bis 1990; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1991.

Höherqualifizierung junger Frauen im Schulwesen schlägt nur teilweise auf Berufswahl durch

Für die Berufschancen von Frauen ist neben dem im Schulwesen erworbenen Abschluß besonders auch die spätere berufliche Qualifikation einschließlich Fort- und Weiterbildung von wesentlicher Bedeutung für das Niveau und den Umfang der Berufstätigkeit. In der Nachkriegszeit waren zunächst Abschlüsse, die oberhalb des Volks- (Haupt-)schulabschlusses lagen, bei jungen Frauen relativ selten. Im Laufe der ab Mitte der 60er Jahre einsetzenden Bildungsexpansion haben besonders die Mädchen ihre Chancen genutzt, so daß ihre Übergänge auf Realschulen und Gymnasien generell sehr stark gestiegen sind. Dies schlug sich dann mit zeitlicher Verzögerung auch in entsprechend höheren Anteilen an mittleren und höheren Abschlüssen nieder (Tabelle 1). So stieg der Anteil der Mädchen an den Realschulabschlüssen (einschl. der Mittleren Reife an Gymnasien) im Laufe der 70er Jahre von 52 % auf 55 %, bei der Hochschulreife nahm er von 38 % auf 45 % Prozent zu; beide Abschlußarten weisen zudem für den Zeitraum zwischen 1970 und 1980 enorme Veränderungsraten hinsichtlich der absoluten Zahlen aus (Realschulabschluß: + 147 %, Hochschulreife: 140 %), die nur zum Teil auf die stärkeren Altersjahrgänge zurückzuführen sind.

Tabelle 1

Anteil der weiblichen Abgänger an der Gesamtzahl der Schulabgänger in Baden-Württemberg 1970, 1980 und 1990 nach Abschlußarten

Abschlußart	Jahr		
	1970	1980	1990
	%		
Ohne Hauptschulabschluß ¹⁾	44	40	41
Mit Hauptschulabschluß ¹⁾	50	45	45
Mittlerer Abschluß:			
Realschulabschluß und gleichwertiger Abschluß ¹⁾	52	55	52
Fachschulreife ²⁾	.	61	51
Hochschulreife	38	45	47
davon:			
Allgemeinbildende Schulen	39	47	50
Berufliche Schulen	.	38	39

1) Nur Allgemeinbildende Schulen. - 2) Berufliche Schulen, ohne "9 + 3".

Zwischen 1980 und 1990 erreichten die jungen Frauen bei den Abiturprüfungen in allgemeinbildenden Gymnasien einen Anteil von 50 %. Junge Männer nutzen dagegen stärker als junge Frauen den Ausbau der beruflichen Gymnasien, um die Hochschulreife zu erreichen. Der Frauenanteil an den Hochschulprüfungen lag 1990 bei rund einem Drittel.

Die jungen Frauen verlassen also heute die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt mit einer formal höheren Qualifikation als die Jungen, doch treten sie immer noch etwas seltener in eine berufliche Ausbildung ein als junge Männer. In den anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) haben junge Frauen im vergangenen Jahrzehnt jedoch deutlich häufiger die Chancen zur weiteren beruflichen Qualifikation ergriffen als zuvor (vgl. Tabelle 2). Doch entspricht der Anteil dort noch nicht der Geschlechterproportion in den entsprechenden Altersjahrgängen der Bevölkerung. Dies liegt nur zum Teil an der vergleichsweise häufigen Wahl von Berufen im Gesundheitsbereich, deren Ausbildung formal betrachtet an Vollzeitschulen erfolgt. Obwohl die Mädchen an den Schulen (Berufe für das Gesundheitswesen und duales System) lediglich einen Anteil von 45,9 % gegenüber 48,9 % bei der 17- bis unter 20-jährigen Gesamtbevölkerung besitzen, sind sie an den Abschlußprüfungen der Berufsausbildung 1990 zu über 47 % beteiligt - was als klarer Hinweis auf deren höhere Erfolgsquote im dualen System zu werten ist.

Hinsichtlich Studiendauer und Prüfungserfolg weisen junge Frauen auch im Hochschulbereich durchschnittlich bessere Resultate auf. Gleichwohl liegt bei den Studienanfängern der Anteil der Abiturientinnen nach wie vor etwas niedriger als bei männlichen Absolventen der Gymnasien. Nach der Hochschulstatistik nahmen vom männlichen Abiturjahrgang 1980 in Baden-Württemberg bis einschließlich 1989 insgesamt 90 % ein Hochschulstudium in der BRD auf; bei den Abiturientinnen betrug dieser Anteil lediglich 78 %. Hinsichtlich des Abiturjahrgangs 1985 liegt die Studiemeigung mit bislang 80,8 % (männlich) bzw. 58,1 % (weiblich) noch stärker auseinander.

Bei dieser Betrachtungsweise wird die relativ häufige zeitliche Differenz zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und Studienbeginn ebenso berücksichtigt wie die Aufnahme des Studiums in einem anderen Bundesland. Bei der Prüfungsstatistik liegen ähnliche verlaufsbezogene Ergebnisse nicht vor, weshalb hier die Hochschulabsolventen und

-absolventinnen in Baden-Württemberg betrachtet werden. In den nachfolgenden Daten sind demnach solche Studierende bzw. Hochschulabsolventen und -absolventinnen in unserem Land enthalten, die die Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Baden-Württembergs erworben haben; andererseits fehlen diejenigen Landeskinder, die ihr Studium außerhalb Baden-Württembergs aufnehmen bzw. erfolgreich abschließen.

Der Anteil von Frauen an den erfolgreichen Hochschulabsolventen und -absolventinnen in Baden-Württemberg sank zwischen 1983 (dem ersten Jahr der geschlechtsspezifischen Differenzierungsmöglichkeit) und 1990 von 36 % auf 34 %. Umso bemerkenswerter ist es, daß in diesem Zeitraum der Frauenanteil an den abgelegten Promotionen von 22 % auf 27 % stieg. Als Vergleichszahl sei hier der Frauenanteil unter den Erstimmatrikulierten genannt: Er stieg zwischen 1980 und 1990 nur geringfügig von 37 % (Universitäten 36 %) auf knapp 39 %.

Während der Anteil der Frauen an den Habilitierten zu Beginn der achtziger Jahre nur knapp 4 % (1980) betrug, liegt er heute bei etwa 10 % (1990). Insofern ist das Potential für die künftige Besetzung von Professorenstellen durch Frauen wesentlich größer geworden. Der Frauenanteil an den Professorenstellen liegt heute bei 3 %.

Für das Bildungswesen als Ganzes gilt festzuhalten, daß sich die gute Beteiligung von Frauen im allgemeinbildenden Schulwesen noch nicht im entsprechenden Maße in den weiterführenden Bildungsgängen niederschlägt. Die Entwicklung bei Promotionen und Habilitationen von Frauen während der 80er Jahre zeigt aber bereits den Wandel deutlich an und es ist davon auszugehen, daß sich dieser Trend fortsetzt.

Unterschiedliche Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen verschiedener Bevölkerungsgruppen

Zwischen 1980 und 1990 ist der Anteil der Frauen unter den Erwerbstätigen von 39,5 % auf 40,9 % leicht angestiegen . Diese Entwicklung allein gibt allerdings noch keine Aufschlüsse über mögliche Veränderungen im Erwerbsverhalten von Frauen, da sie auch von demographischen Faktoren (z.B. Veränderungen in einzelnen Jahrgangsstärken) beeinflußt werden. Legt man die für Analysen des Erwerbsverhaltens besser geeigneten Erwerbstätig-

Tabelle 2
Anteil der weiblichen Auszubildenden in Baden-Württemberg seit 1977

Jahr ¹⁾	Auszubildende		
	insgesamt	darunter weiblich	
	Anzahl		%
1977	197 742	70 926	35,9
1980	260 190	99 850	38,4
1985	274 578	112 540	41,0
1989	234 732	103 775	44,2
1990	223 436	97 171	43,5
1991	216 814	92 741	42,8

1) Stichtag jeweils 31. Dezember.
Quelle: Berufsbildungsstatistik.

keitsquoten zu Grunde, so läßt sich rasch erkennen, daß die These von einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen (im Sinne einer steigenden Erwerbsneigung) nur zeitlich begrenzt und für bestimmte Gruppen von Frauen zutrifft.

Im längerfristigeren Vergleich - mit den Eckpunkten 1972, 1980, 1985 und 1990 - hat sich die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) insgesamt erst im Übergang zu den neunziger Jahren deutlich erhöht (vgl. Tab. 3). Während bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre etwa 52 % bis 54 % der 15- bis unter 65jährigen Frauen erwerbstätig waren, stieg ihre Erwerbsbeteiligung bis zum Jahre 1990 auf 59 %. Dies gilt jedoch nicht für alle Frauengruppen. In der Tendenz waren die Erwerbstätigkeitsquoten von alleinstehenden Frauen und Frauen ohne Kinder seit Beginn der siebziger Jahre leicht rückläufig, während sich demgegenüber die Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen und Frauen, die mit minderjährigen Kindern zusammenlebten, mit kleineren Abweichungen nach oben oder unten in einer Größenordnung von 50 % bewegte. Alle diese Gruppen weisen jedoch im Übergang zu den neunziger Jahren eine deutliche Zunahme ihrer Erwerbstätigkeitsquoten auf. Hinsichtlich der Entwicklung in den verschiedenen Altersgruppen zeigt Tabelle 3, daß vor allem die 25- bis unter 50-jährigen Frauen an dem allgemeinen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen zwischen 1985 und 1990 beteiligt waren. Dabei ist in der Altersgruppe der 40- bis unter 50jährigen Frauen ein auffallend starker Zuwachs der Erwerbstätigkeit zu beobachten. Da es sich unter

Tabelle 3

Erwerbstätigenquoten*) 15- bis unter 65jähriger Frauen in Baden-Württemberg 1972 bis 1990 nach Familienstand, Kindern und Altersgruppen

Merkmal	1972	1980	1985	1990
	%			
Insgesamt	53	54	52	59
und zwar				
verheiratet ¹⁾	48	52	49	54
alleinstehend ²⁾	63	59	55	65
ohne Kinder	60	57	54	62
mit Kindern ³⁾	47	51	49	55
im Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 20	59	40	35	34
20 – 25	72	72	69	73
25 – 30	58	64	61	68
30 – 35	54	59	59	64
35 – 40	55	60	61	67
40 – 45	57	61	61	71
45 – 50	57	59	59	69
50 – 55	54	54	54	60
55 – 60	43	45	42	46
60 – 65	21	15	13	14

*) Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.
 – 1) Verheiratet Zusammenlebende. – 2) Ledige, Verwitwete, Geschiedene und Verheiratete, aber Getrenntlebende. – 3) Kinder unter 18 Jahren.

den heute vorherrschenden Familienstrukturen hierbei um eine Lebensphase handelt, in der Kinder ganz überwiegend sich mindestens schon im Schulalter befinden, mag dies ein Indiz dafür sein, daß in der jüngeren Vergangenheit ein Teil der gestiegenen Frauenerwerbstätigkeit auf die Rückkehr von Frauen ins Erwerbsleben nach einer Familienphase zurückgeführt werden kann.

Im Übergang zu den neunziger Jahren ist es mehr und mehr – insbesondere jüngeren – Frauen gelungen, Situationen der Erwerbslosigkeit zu überwinden. Insgesamt hat sich die Zahl der (im Mikrozensus) als erwerbslos ausgewiesenen Frauen in der zweiten

Hälfte der achtziger Jahre von ca. 134 000 (1985) auf rund 97 000 (1990) verringert (vgl. Tab. 4). Das relative Ausmaß der Erwerbslosigkeit variiert dabei nur wenig nach dem Alter der Frauen, ihrem Familienstand oder nach dem Vorhandensein von Kindern. So waren 1990 von den verheirateten und den alleinstehenden Frauen jeweils rund 3 % erwerbslos; bei Müttern mit minderjährigen Kindern betrug die Erwerbslosigkeit etwa 4 %. Ähnliche Größenordnungen ergaben sich 1990 auch bei Frauen in verschiedenen Altersgruppen.

Ein Vergleich des Verlaufs der Erwerbsbeteiligung von Frauen einzelner Geburtsjahrgänge über ihre Lebensphasen hinweg zeigt zudem, daß ältere Frauenjahrgänge – z.B. die 1930/34 oder 1940/44 Geborenen – in jüngeren Jahren und für längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind als jüngere Jahrgänge – z.B. die 1950/54 oder 1960/64 Geborenen, soweit man diese bislang beobachten kann (vgl. Schaubild 1). Gleichwohl werden bei allen Frauenjahrgängen die lebensphasenspezifischen Momente der Erwerbsbeteiligung deutlich. Aus dem Verlauf der Erwerbstätigkeitsquoten lassen sich auch bei den jüngeren Geburtsjahrgängen – etwa nach dem 24. Lebensjahr beginnend – die weitgehend familienbedingten Erwerbsunterbrechungen ablesen; sie fallen allerdings nicht mehr so ausgeprägt aus wie bei älteren Frauenjahrgängen. Die jüngeren Jahrgänge treten zwar aufgrund der längeren und auch qualifizierteren Schul- und Berufsausbildung erst später ins Erwerbsleben ein, bleiben aber gerade auch in der mittleren Altersphase in jeweils stärkerem Maße erwerbstätig als vorangegangene Frauengenerationen.

Nach diesem Überblick über die zeitlichen Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung unterschiedlicher Gruppen von Frauen soll im weiteren auf einige aktuelle Strukturmerkmale der Frauenerwerbstätigkeit eingegangen werden. Im Vordergrund stehen dabei Merkmale zur Familiensituation, des Ausbildungsstandes, der beruflichen Tätigkeit und des zeitlichen Umfangs der Erwerbstätigkeit.

Deutlicher Einfluß der Familiensituation auf das Erwerbsverhalten von Frauen

1990 gab es in Baden-Württemberg rund 2,82 Mill. Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), in deren Haushalten entweder gar keine Kinder oder ein oder mehrere minderjährige Kinder lebten. Von diesen Frauen waren etwa 1,66 Mill. (59 %) in der zweiten

erwerbstätig und ca. 1,16 Mill. nicht erwerbstätig (vgl. Tab. 5). Dabei lag unter den erwerbstätigen Frauen der Anteil derjenigen ohne Kinder erfahrungsgemäß etwas höher (64 %) als der entsprechende Anteil bei nichterwerbstätigen Frauen (58 %). Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von verheirateten und alleinstehenden/alleinerziehenden Frauen zeigt sich, daß zwar Ehefrauen mit 53 % den größeren Anteil an den erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren stellen. Jedoch im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil in diesen Altersgruppen (67 %) waren verheiratete Frauen unter den Erwerbstätigen deutlich unterproportional vertreten, während Alleinstehende/ Alleinerziehende in dieser Hinsicht überproportional häufig (47 % unter den erwerbstätigen Frauen gegenüber 33 % als Bevölkerungsanteil) einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Wenn angesichts der künftigen demographischen Entwicklung die Frage nach einer größeren Ausschöpfung eines qualifizierten Erwerbspersonenpotentials ansteht, dürften insofern insbesondere nichterwerbstätige verheiratete Frauen verstärkt ins Blickfeld rücken. Gegenwärtig (1990) sind im Durchschnitt etwa 54 % der verheirateten Frauen erwerbstätig, aber bereits 65 % der Alleinstehenden und etwa 70 % der Alleinerziehenden im erwerbsfähigen Alter.

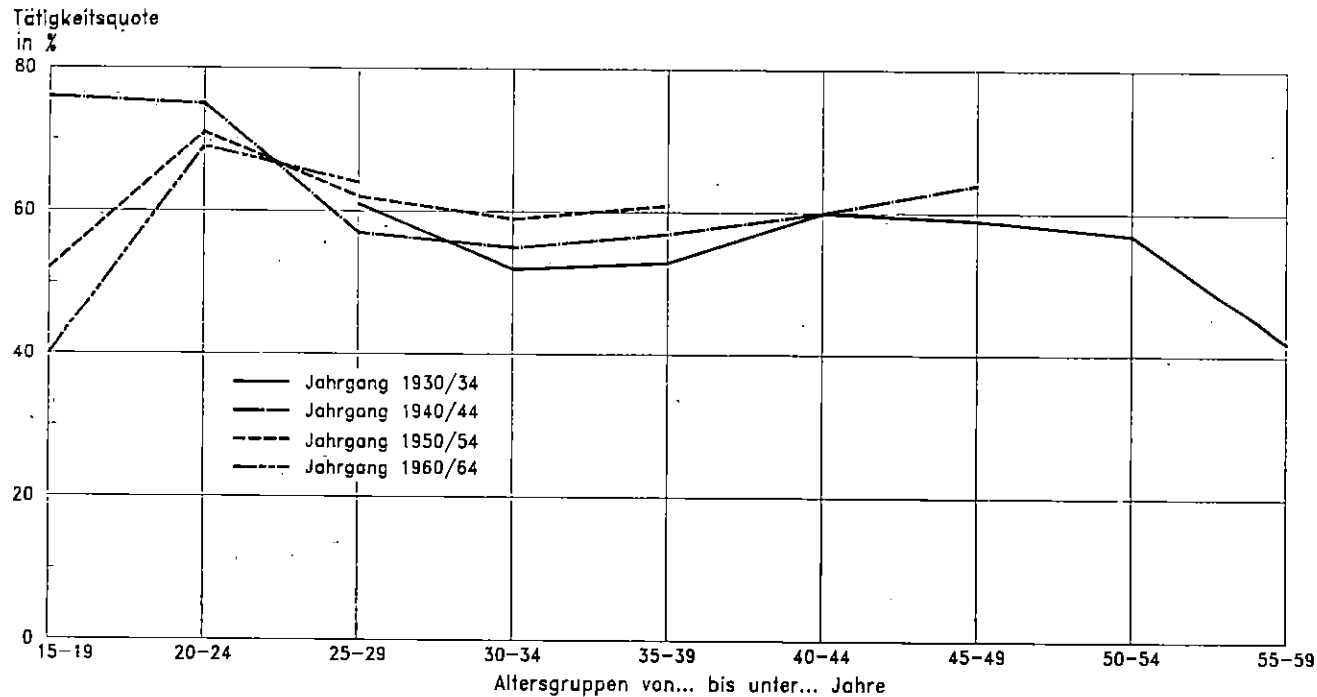
Tabelle 4
Erwerbslose Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg 1985, 1988 und 1990 nach Familienstand, Kindern und Altersgruppen

Merkmal	1985		1988		1990	
	1000	% ¹⁾	1000	% ¹⁾	1000	% ¹⁾
Insgesamt	134,4	4	118,9	4	97,1	3
und zwar						
verheiratet ²⁾	—	—	62,5	3	60,0	3
alleinstehend ³⁾	—	—	56,4	4	37,1	3
ohne Kinder	—	—	64,8	4	47,6	3
mit Kindern ⁴⁾	—	—	43,3	4	38,5	4
im Alter von ... bis unter ... Jahren						
15 — 25	42,1	5	23,6	3	15,4	2
25 — 35	35,0	5	33,1	5	28,7	4
35 — 45	28,2	5	24,2	4	17,9	3
45 — 55	20,0	3	24,9	4	22,5	3
55 — 65	9,1	2	13,1	2	12,5	2

1) Anteil der Erwerbslosen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.
— 2) Verheiratet Zusammenlebende. — 3) Ledige, Verwitwete, Geschiedene und Verheiratete, aber Getrenntlebende. — 4) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 1

Altersspezifische Erwerbstätigkeitsquoten *) von Frauen ausgewählter Geburtsjahrgänge in Baden-Württemberg



*) Anteil der Erwerbstätigen in den jeweiligen Altersgruppen.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 5

Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg im April 1990 nach Zahl der im Haushalt lebenden ledigen Kinder, Familienstand und Beteiligung am Erwerbsleben

Kinderzahl ¹⁾	Insgesamt			Verheiratete ²⁾			Alleinstehende/-erziehende ³⁾		
	zusammen	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	zusammen	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	zusammen	erwerbstätig	nicht erwerbstätig
	in 1000								
0	1 739,3	1 070,2	669,1	656,4	368,7	287,7	1 082,9	701,5	381,4
1	395,7	240,0	155,7	331,0	192,7	138,3	64,7	47,3	17,4
2	480,1	258,2	221,9	447,8	235,9	211,9	32,3	22,3	10,0
3 und mehr	206,8	93,4	113,4	195,8	87,3	108,5	11,0	(6,1)	(-)
Insgesamt	2 821,9	1 661,8	1 160,1	1 631,0	884,6	746,4	1 190,9	777,2	413,7

1) Kinderzahl 0: Frauen ohne im Haushalt lebende ledige Kinder, sonst Frauen mit 1, 2, 3 oder mehr im Haushalt lebenden Kindern unter 18 Jahren. – 2) Verheiratet zusammenlebend. – 3) Ledige, Verwitwete, Geschiedene und Verheiratete, aber Getrenntlebende.

Bei näherer Betrachtung kann ein solches Erwerbspotential freilich in erster Linie bei bislang nichterwerbstätigen Müttern zu finden sein, für die sich dann in besonderer Weise das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit stellt. Nach den gegenwärtigen Erwerbsstrukturen ergeben sich zwei Grundzusammenhänge im Rahmen der Müttererwerbstätigkeit:

- Mit zunehmender Kinderzahl sinkt die Erwerbsbeteiligung von Müttern minderjähriger Kinder, und zwar in allen Altersabschnitten.
- Mit steigendem Alter der Kinder nimmt die Müttererwerbstätigkeit zu.

Empirische Daten spiegeln recht eindrucksvoll wider, wie sich die Entscheidungen über die weitere Erwerbs- und/oder Familienkarriere, die vor allem von Frauen etwa im Alter zwischen 25 und 30 oder 35 Jahren zu treffen sind, auswirken (vgl. Tab. 6). Leben Frauen während der Altersphase zwischen dem 25. und 45. Lebensjahr ohne Kinder, so bleiben sie während dieser Zeit in relativ hohem Maße erwerbstätig. 1990 betrug ihre Erwerbsbeteiligung zwischen 85 % und 88 %; sie lag damit nur wenig niedriger als die gleichaltriger Männer (überwiegend rund 90 %). Haben demgegenüber Frauen während dieser Altersphase beispielsweise zwei minderjährige Kinder, liegt ihre Erwerbstätigkeitsquote deutlich niedriger als bei gleichaltrigen kinderlosen Frauen; 1990 betrug dieser Unterschied etwas weniger als 50 % bei 25- bis unter 30jährigen Frauen und etwa 25 % bei den 40- bis unter 45jährigen. Bei Vätern dagegen ist kein

familienbedingter Einschnitt in ihrer Erwerbsbeteiligung zu beobachten. Sie waren z.B. 1990 in diesen Lebensphasen mit ca. 93 % bis 98 % sogar noch etwas häufiger erwerbstätig als Männer ohne Kinder.

Geht man davon aus, daß auch künftig etwa drei Viertel aller Frauen Mutter werden, ist absehbar, daß sich das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für die Mehrzahl der Frauen und ihrer Partner auch weiterhin in mehr oder minder starker Form stellen wird, u.a. je nach Zahl und Alter ihrer Kinder. Gegenwärtig liegt die Erwerbsbeteiligung der 30- bis unter 35jährigen Frauen mit Kleinkindern (unter 3 Jahren) bei 38 %, derjenigen mit Kindern im Vorschulalter bei 44 %. Von den 30- bis unter 35jährigen Vätern von Klein- oder Vorschulkindern gehen im Vergleich dazu rund 97 % einer Erwerbstätigkeit nach.

Gleichwohl sind im Übergang zu den neunziger Jahren deutliche Veränderungen eingetreten, die auf Fortschritte in der Bewältigung dieses Konfliktfeldes hindeuten mögen. So betrug die Tätigkeitsquote von jungen verheirateten Frauen mit einem Kind im Vorschulalter 1988 noch 41 %, 1990 waren bereits 52 % dieser Frauen erwerbstätig. Auch bei jungen Müttern mit zwei Kindern unter 6 Jahren stieg die Erwerbsbeteiligung von 25 % (1988) auf knapp 39 % (1990) innerhalb kurzer Zeit in beträchtlichem Maße.

Da im Vergleich zum Anstieg der Müttererwerbstätigkeit der Anteil von Kindern erwerbstätiger Mütter, die einen Kindergarten besuchen, seit 1987 unverändert geblieben ist, muß daraus geschlossen werden, daß die selbstorganisierte Kinderbetreuung

Tabelle 6

Tätigkeitsquoten^{*)} von Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg im April 1990 nach ausgewählten Altersgruppen, Zahl und Alter der im Haushalt lebenden Kinder

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Zahl der Kinder ¹⁾				Alter der Kinder von ... bis unter ... Jahre				
		0	1	2	3 und mehr	unter 3	unter 6	6 – 15	15 – 18	unter 18
	%									
20 – 25	73	79	41	(.)	(.)	34	37	(.)	(.)	37
25 – 30	68	85	56	40	(27)	39	43	53	(.)	47
30 – 35	64	88	64	49	41	38	44	57	(72)	53
35 – 40	67	86	72	61	49	38	45	61	68	61
40 – 45	71	87	71	65	48	(.)	45	60	63	62
45 – 50	69	78	66	55	54	(.)	(.)	54	59	58
Insgesamt ²⁾	59	62	61	54	45	38	43	58	61	55

^{*)} Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Gruppe von Frauen.

¹⁾ Kinderzahl 0: Keine im Haushalt lebende ledige Kinder; sonstige Frauen mit 1,2,3 oder mehr Kindern unter 18 Jahren. – ²⁾ Gesamtdurchschnitt aller Altersgruppen von 15 bis unter 65 Jahren.

stark zugenommen hat. Hierunter sind alle Formen privater Regelungen zu verstehen: Betreuung durch den Partner bei versetzten Arbeitszeiten, Betreuung durch andere Familienmitglieder, Betreuung durch Bekannte oder Tagesmütter, u.a.. Das derzeit vorliegende Zahlenmaterial liefert dazu keine Information. Hinweise hierzu können erst von der nächsten Erhebung erwartet werden.

Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt mit dem Bildungsabschluß

Trotz der deutlich gestiegenen allgemeinbildenden und berufsbildenden Abschlüsse von Frauen setzen Frauen ihre Bildungsabschlüsse nach wie vor seltener in eine Erwerbstätigkeit um als Männer mit jeweils gleichen Abschlüssen. Hierbei spielen auch die Lebensplanungen hinsichtlich Familie und Erwerbstätigkeit eine gewichtige Rolle, die bei Frauen und Männern in den verschiedenen Lebensphasen unterschiedliche Akzente besitzen können. Die jüngsten vorliegenden Angaben aus dem Jahre 1989 zeigen für die 15- bis unter 65jährigen insgesamt (vgl. Tab. 7), daß

- bei einem Hauptschulabschluß 53 % der Frauen und 86 % der Männer,
- bei einem Realschulabschluß 66 % der Frauen und 88 % der Männer;

- bei einer Fachhochschul- oder Hochschulreife 59 % der Frauen und 77 % der Männer erwerbstätig waren. Aus diesen Relationen wird ersichtlich, daß der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen mit wachsendem schulischem Bildungsgrad abnimmt.

Weitere Unterschiede lassen sich im Verlauf der verschiedenen Altersphasen beobachten. Dabei kommt neben dem Bildungsabschluß wiederum der Einfluß der Familiensituation zum Ausdruck. So fällt zunächst der weitgehend familienbedingte Einschnitt in der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Haupt- oder Realschulabschluß ab der Altersphase zwischen 25 und 34 Jahren auf, während Männer mit gleichen Schulabschlüssen in der "Haupterwerbsphase" (25 bis unter 55 Jahre) in der Regel durchgängig erwerbstätig sind. Bei Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife dagegen wird ein solcher Einschnitt nicht sichtbar. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß bei den unter 25jährigen Abiturientinnen - ebenso wie bei den Abiturienten - die Erwerbsbeteiligung vor allem deswegen relativ niedrig ausfällt, weil ein beträchtlicher Teil von ihnen sich einem Hochschul- oder Fachhochschulstudium widmet. Allerdings bereits in der Altersphase von 25 bis unter 35 Jahren liegt die Erwerbsbeteiligung von Abiturientinnen überdurchschnittlich hoch und bleibt in den weiteren Altersabschnitten deutlich höher als die von Frauen mit anderen Schulabschlüssen.

Die Tätigkeitsquote der unter 25jährigen Abiturientinnen liegt mit 45 % höher als die der gleichaltrigen Abiturienten (39 %). Daraus läßt sich schließen, daß junge Frauen in geringerem Maße als junge Männer die Hochschulreife mit dem Ziel erwerben, anschließend ein Studium zu beginnen. Für junge Frauen ist die Hochschulreife auch eine allgemeine Bildungsgrundlage, an die sich dann eine Berufsausbildung im dualen System oder an einer Berufsfachschule anschließt. Daß sich die Studierneigung der Abiturientinnen in den jüngeren Generationen deutlich erhöht hat, zeigt sich daran, daß 1989 unter den 25- bis unter 35jährigen Frauen mit Abitur bereits 48 % zudem einen Hochschulabschluß aufweisen. Unter den Männern mit Abitur liegt dieser Anteil mit 51 % nur unwesentlich höher. Betrachtet man dagegen 1989 den Durchschnitt aller 15- bis unter 65jährigen Frauen mit Abitur, so haben 43 % einen Hochschulabschluß; bei den Männern liegt der Anteil aber bei 56 %.

Hinsichtlich der berufsbildenden Abschlüsse zeigt sich, daß mit wachsender Qualifikation die Erwerbsbeteiligung insgesamt sowohl bei Männern als auch bei Frauen ansteigt (Tab. 7). 1989 waren beispielsweise von den 15- bis unter 65jährigen Frauen (Männern) mit einer Lehr- oder Anlernausbildung 63 % (84 %) erwerbstätig, hingegen von denjenigen mit einer Hochschul- oder Fachhochschulausbildung 72 % (94 %). Dieses Strukturmerkmal ist bei den Frauen in fast allen Altersphasen zu beobachten, bei den Männern dagegen nur bei den 55- bis unter 65jährigen - hier allerdings besonders deutlich ausgeprägt. In den vorangehenden Altersgruppen weisen Männer bei allen qualifizierten beruflichen Abschlüssen eine Erwerbsbeteiligung vorwiegend zwischen 93 % und 98 % auf.

Im Vergleich der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern jeweils gleicher formaler Berufsqualifikation in den einzelnen Altersgruppen wird einmal mehr der

Tabelle 7

Tätigkeitsquoten*) von Frauen und Männern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg im April 1989 nach allgemein- und berufsbildendem Abschluß sowie nach Altersgruppen

Allgemeinbildender Abschluß	Insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			15 - 25		25 - 35		35 - 45		45 - 55		55 - 65	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Berufsbildender Abschluß	%											
Volks-, Hauptschule	53	86	72	89	57	94	61	95	59	93	26	58
Mittlere Reife ¹⁾	66	88	84	85	67	92	59	96	61	95	29	64
Abitur ²⁾	59	77	45	39	63	74	69	95	69	97	(40)	81
Ohne Angabe ³⁾ eines Abschlusses	89	85	(4)	(5)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	(79)	(.)	(.)
Lehre, Anlernausbildung ⁴⁾	63	84	87	92	63	93	63	96	63	93	28	57
Meister-, Technikerabschluß ⁵⁾	68	92	(85)	89	72	96	66	96	68	98	(.)	72
Hochschul-, Fachhochschulabschluß ⁶⁾	72	94	(92)	(85)	73	93	71	97	76	98	(51)	84
Kein Abschluß ⁷⁾	42	57	37	40	49	63	55	87	54	89	26	57
Insgesamt	54	80	56	59	61	87	62	95	60	94	27	62

*) Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

1) Einschließlich gleichwertiger Abschluß. - 2) Einschließlich Fachhochschulreife. - 3) Einschließlich Ohne Abschluß und Noch in Schulischer Ausbildung. - 4) Einschließlich Gleichwertiger Berufsfachschulabschluß und Abschluß eines beruflichen Praktikums. - 5) Einschließlich Gleichwertiger Fachschulabschluß. - 6) Einschließlich Fachhochschulabschluß. - 7) Einschließlich Ohne Angabe.

Einfluß der Familiensituation auf den Umfang der Erwerbsbeteiligung von Frauen ersichtlich. Bei den 15- bis unter 25jährigen⁴ erreichten 1989 die Erwerbstätigkeitsquoten bei Frauen und Männern gleichermaßen - sofern ein qualifizierter Berufsabschluß vorhanden war - eine Größenordnung von 85 % bis 92 %. Im weiteren Lebensverlauf sinkt die Erwerbsbeteiligung deutlich. Bei den 25- bis unter 35jährigen Frauen waren noch etwa 63 % (gegenüber zuvor 87 %) derjenigen mit einer Lehr- oder Anlernausbildung erwerbstätig, von den Akademikerinnen rund 73 % (im Vergleich zu etwa 92 % bei den unter 25jährigen). Insgesamt gesehen läßt sich somit hier ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der formalen beruflichen Qualifikation und der Erwerbsbeteiligung erkennen. Der weitgehend familienbedingte Einschnitt betrifft gleichwohl alle beruflichen Ausbildungsabschlüsse, fällt zum Ende der achtziger Jahre bei den Frauen mit einer Lehre oder Anlernausbildung etwas stärker aus als bei anderen qualifizierten Abschlüssen (vgl. Tab. 7).

Qualifikationsunterschiede zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen?

Die Beobachtung, daß mit steigendem beruflichem Ausbildungsabschluß die Erwerbsbeteiligung auch von Frauen tendenziell zunimmt, mag auf den ersten Blick darauf hindeuten, daß nichterwerbstätige Frauen deutlich niedrigere Qualifikationsstufen aufweisen als erwerbstätige. Diese Vermutung läßt sich jedoch in dieser Form nur recht vage bestätigen, wenn man erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen hinsichtlich ihrer Bildungsabschlüsse vergleicht. Danach zeigt sich, daß z.B. 1989 die Anteile derjenigen mit einer abgeschlossenen Lehre oder Anlernausbildung, bei erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen in den Altersgruppen zwischen 25 und 65 Jahren wenig voneinander abweichen (vgl. Tab. 8). Nur etwas deutlichere Unterschiede weisen beide Frauengruppen hinsichtlich ihrer Anteile von Akademikerinnen auf, die unter den gegenwärtig, erwerbstätigen Frauen häufiger vertreten sind. Allein die Anteile von Frauen, die (noch) keinen beruflichen Abschluß hatten, differieren zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen

Frauen in etwas stärkerem Maße. Dies ist freilich bei den 15- bis unter 25jährigen keinesfalls überraschend, da in dieser Altersphase eine berufliche Ausbildung häufig noch nicht abgeschlossen ist (z.B. ein Hochschulstudium). Bei den Frauen im Alter von 35 bis unter 45 Jahren jedoch hatten 28 % der erwerbstätigen unter ihnen keinen beruflichen Bildungsabschluß, aber immerhin 36 % der nichterwerbstätigen.

Insgesamt ergeben sich hinsichtlich der qualifizierten Berufsabschlüsse zwischen erwerbstätigen und z.Z. nichterwerbstätigen Frauen nur relativ schwach ausgeprägte Unterschiede zu Ungunsten letzterer. Dieses Gesamtbild läßt sich im übrigen auch im Hinblick auf die entsprechenden Differenzierungen nach dem allgemeinbildenden Schulabschluß erkennen. Daneben zeigt sich als generelles Strukturmerkmal beider Frauengruppen, daß - abgesehen von den unter 25jährigen, die sich z.T. noch in Ausbildung befinden - jüngere Frauen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse aufweisen als ältere. Auf der anderen Seite liegt der Anteil derjenigen ohne beruflichen Abschluß bei älteren Frauen deutlich höher als bei jüngeren.

Tätigkeitsmerkmale von Frauen und Männern

Vergleicht man die Tätigkeiten erwerbstätiger Frauen und Männer, so wird zunächst deutlich, daß 1989 ein großer Teil der 2,68 Mill. erwerbstätigen Männer (nämlich 47 %) mit direkt produktionsbezogenen Tätigkeiten wie z.B. Maschinen einrichten, Herstellen und Reparieren/Erneuern beschäftigt war, während andere Tätigkeitsmerkmale (verschiedenartige Bürotätigkeiten oder sonstige Dienstleistungen) mit überwiegend jeweils 7 % bis 9 % deutlich seltener vertreten waren (vgl. Tab. 9). Demgegenüber ergaben sich bei den Tätigkeitsfeldern der im Jahre 1989 insgesamt knapp 1,77 Mill. erwerbstätigen Frauen mehrere Schwerpunkte. Relativ am häufigsten (29 %) waren dies Schreib- und Verwaltungstätigkeiten im Büro gefolgt von verschiedenen anderen Dienstleistungen wie Lehr- und Beratungstätigkeiten, pflegerischen oder publizistischen Tätigkeiten (18 %). Weitere Schwerpunkte lagen in Produktionstätigkeiten (15 %) sowie in für den Bereich "Handel" typischen Tätigkeiten (u.a. Kaufen/Verkaufen, Kundenberatung, Werbung) mit 14 %.

Vergleichsweise selten sowohl innerhalb des gesamten Spektrums der Tätigkeitsfelder als auch in Relation zu den Männern waren Frauen mit Analyse-, Planungs-, Konstruktions- und Führungstätig-

4: In dieser Altersphase waren 1989 erst etwa 14 % der Frauen verheiratet und lediglich 9 % lebten in diesem Alter bereits mit Kindern zusammen.

Tabelle 8

Erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg im April 1989 nach allgemein- und berufsbildendem Abschluß sowie nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Allgemeinbildender Schulabschluß				Berufsbildender Abschluß			
		Volks- Haupt- schule	Mittlere Reife ¹⁾	Abitur ²⁾	ohne An- gabe eines Ab- schlusses ³⁾	Lehre, Anlern- ausbildung ⁴⁾	Meister-, Techniker- abschluß ⁵⁾	Fachhoch-, Hochschul- abschluß	Kein Ab- schluß ⁶⁾
	1000	%							
Erwerbstätige Frauen									
15 – 25	385,1	36	49	14	2	56	(2)	(.)	41
25 – 35	451,9	42	33	24	(.)	62	5	13	20
35 – 45	362,8	62	19	18	(.)	54	4	13	28
45 – 55	405,2	72	18	9	(.)	48	3	7	42
55 – 65	148,1	78	15	7	(.)	35	(.)	(4)	58
Insgesamt	1 751,7	55	29	16	1	53	4	8	34
Nichterwerbstätige Frauen									
15 – 25	247,7	19	14	24	43	13	(.)	(.)	86
25 – 35	284,2	51	27	22	(.)	56	3	8	33
35 – 45	225,0	64	22	13	(.)	51	(4)	9	36
45 – 55	273,8	75	17	6	(.)	43	(2)	(3)	52
55 – 65	391,0	82	14	4	(.)	34	(2)	(2)	63
Insgesamt	1 421,7	61	18	13	8	39	2	4	55

1) Einschließlich Gleichwertiger Abschluß. – 2) Einschließlich Fachhochschulreife. – 3) Einschließlich Ohne Abschluß und Noch in schulischer Ausbildung. – 4) Einschließlich Gleichwertiger Berufsfachschulabschluß und Abschluß eines beruflichen Praktikums. – 5) Einschließlich Gleichwertiger Fachschulabschluß. – 6) Einschließlich Ohne Angabe.

keiten beschäftigt; lediglich 6 % der erwerbstätigen Frauen wiesen 1989 derartige Tätigkeitsmerkmale auf, während dies bei den Männern 16 % waren.

Eine nach den formalen Berufsabschlüssen differenzierte Betrachtung zeigt im weiteren, daß Frauen und Männer ihre berufliche Qualifikation z.T. deutlich unterschiedlich in verschiedene Tätigkeitsfelder umgesetzt haben. Insbesondere höher qualifizierte Tätigkeiten (Analyse, Planung, Konstruktion, Leiten, Management) wurden 1989 bei jeweils gleichem Berufsabschluß unterschiedlich häufig von Frauen und Männern ausgeführt. So übten z.B. von den erwerbstätigen männlichen Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen 43 % derartige Tätigkeiten aus gegenüber nur 13 % bei den erwerbstätigen Akademikerinnen. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte lagen vornehmlich in den Bereichen Erziehen/Ausbilden, Pflegen, medizinisch Behandeln oder Publizieren.

Eine ähnliche - wenngleich nicht so krasse - Diskrepanz zeigt sich auch bei den Meister- und Technikerabschlüssen; bezogen auf die Koordinierungs-, Führungs- und Managementtätigkeiten führten lediglich 7 % der Frauen, aber 16 % der Männer mit dieser Qualifikation derartige Funktionen aus. Auch bei abgeschlossener Lehre oder Anlernausbildung liegen die Tätigkeitsmerkmale von Frauen und Männern bei deutlich unterschiedlichen Schwerpunkten. 38 % der so ausgebildeten Frauen waren 1989 mit Schreib-, Verwaltungs- oder Bildschirmarbeiten im Büro beschäftigt, weitere 18 % mit Kaufen/Verkaufen, Kundenberatung oder Werbung. In diesen beiden Tätigkeitsbereichen zusammen arbeiteten demgegenüber von den Männern mit abgeschlossener Lehre lediglich 18 %. Überwiegend - zu 53 % - übten Männer mit einem Lehrabschluß direkt produktionsbezogene Tätigkeiten (Maschineneinrichten, Herstellen, Reparieren) aus, die bei gleich-

Tabelle 9

Erwerbstätige Frauen und Männer in Baden-Württemberg im April 1989 nach beruflichem Ausbildungsabschluß und überwiegend ausgeübter Tätigkeit

Überwiegend ausgeübte Tätigkeit	Erwerbstätige Frauen insgesamt	Davon				Erwerbstätige Männer insgesamt	Davon			
		keinen Ab-schluß ¹⁾	Ab-schluß einer Lehre ²⁾	Meister-/Techniker ab-schluß ³⁾	Hochschul-ab-schluß ⁴⁾		keinen Ab-schluß ¹⁾	Ab-schluß einer Lehre ²⁾	Meister-/Techniker ab-schluß ³⁾	Hochschul-ab-schluß ⁴⁾
Insgesamt (in 1000)	1 765,4	609,8	941,1	66,3	148,2	2 681,6	546,5	1 437,4	310,7	387,0
davon (in %)										
Maschinen einrichten/einstellen	4	6	3	(.)	(.)	14	18	16	9	(2)
Gewinnen/Herstellen	15	28	9	(7)	(.)	25	39	27	22	(2)
Reparieren, Ausbessern, Restaurieren, Erneuern	1	(1)	1	(.)	(.)	8	8	10	12	(.)
Kaufen/Verkaufen, Kassieren; Vermitteln, Kunden beraten, Verhandeln, Werben	14	12	18	(8)	(4)	7	4	9	8	4
Schreibarbeiten/Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulieren/Berechnen, Buchen, Programmieren, Arbeiten am Terminal/Bildschirm	29	18	38	25	14	8	4	9	10	8
Analysieren, Forschen, Erproben, Prüfen, Messen, Planen, Konstruieren; Entwerfen/Gestalten, Zeichnen	4	3	3	(9)	7	7	2	4	12	22
Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen/Leiten (auch Personal), Management	2	(1)	3	(7)	(6)	9	2	7	16	21
Bewirten, Beherbergen; Reinigen/Abfall beseitigen, Bügeln; Packen, Verladen, Transportieren/Zustellen, Fahrzeug steuern, Sortieren/Ablegen	12	22	8	(.)	(.)	9	15	10	(2)	(.)
Sichern (Arbeitssicherheit, Werkschutz, Verkehrsregelung), Bewachen, Gesetze/Vorschriften anwenden/auslegen, Beurkunden	1	(.)	(1)	(.)	(3)	5	5	5	4	6
Erziehen/Lehren/Ausbilden; Beratend helfen; Pflegen/Versorgen, Medizinisch/Kosmetisch behandeln; Publizieren, Unterhalten, Vortragen, Informieren	18	9	16	36	63	8	3	3	5	33

1) Einschließlich Ohne Angabe. – 2) Einschließlich Anlernausbildung und Gleichwertiger Berufsfachschulabschluß sowie Berufliches Praktikum. – 3) Einschließlich Gleichwertiger Fachschulabschluß. – 4) Einschließlich Fachhochschulabschluß (ohne Ingenieurschulabschluß).

qualifizierten Frauen eher unterdurchschnittlich häufig vertreten waren.

Bei Erwerbstätigen ohne einen beruflichen Ausbildungsabschluß findet sich insoweit ein gemeinsames Strukturmerkmal bei Frauen und Männern, daß beide überdurchschnittlich häufig produktionsbezogene Tätigkeiten - und hier vor allem Herstellungstätigkeiten - oder Tätigkeiten wie Bewirten, Reinigen, Packen, Transportieren oder Sortieren ausübten. Insgesamt waren 1989 rund 348 000 Frauen und etwa 437 000 Männer ohne Berufsabschluß in diesen Bereichen beschäftigt.

Berücksichtigt man den erfahrungsgemäß hohen Frauenanteil im Bereich der geringfügigen und kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnisse (z.B. in der Reinigungsbranche, der Gastronomie oder dem

Einzelhandel), so läßt sich daraus das hier vorhandene große Arbeitspotential von Frauen ermessen. Soweit Erkenntnisse darüber aus den Mikrozensuserhebungen abgeleitet werden können - dies kann nur über Angaben zur wöchentlich geleisteten Arbeitszeit geschehen -, gab es 1990 insgesamt rund 145 000 Erwerbstätige, die weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiteten und ca. 229 000 Erwerbstätige, deren Wochenarbeitszeit unter 18 Stunden lag. Ganz überwiegend (zu rund 90 %) betraf dies in beiden Fällen Frauen.

Angesichts der während der vergangenen zwei Jahrzehnte gestiegenen Qualifikationsvoraussetzungen von Frauen läge die Vermutung nahe, daß jüngere Frauen häufiger auch höher qualifizierte Tätigkeiten ausüben als ältere. Hierfür lassen sich im Übergang zu den neunziger Jahren jedoch nur recht

schwache Anzeichen erkennen. Die Altersdifferenzierung der verschiedenen Tätigkeitsbereiche kann im Ergebnis mit einigen wenigen Punkten zusammengefaßt werden:

- bei Frauen im Alter von 45 bis unter 65 Jahren sind etwas häufiger als bei jüngeren Frauen Herstellungstätigkeiten sowie Dienstleistungstätigkeiten wie z.B. Bewirten, Reinigen, Packen, Transportieren oder Sortieren vertreten;
- von den unter 45jährigen Frauen übt ein etwas größerer Anteil als bei älteren Frauen Schreib-, Verwaltungs- oder Bildschirmarbeiten im Büro aus sowie Tätigkeiten in den Bereichen Erziehen/Ausbilden, Pflegen, medizinisch Behandeln oder Publizieren;
- Analyse-, Planungs-, Konstruktions-, Leitungs- oder Managementtätigkeiten, die allerdings im Spektrum aller Tätigkeitsfelder bereits relativ selten vertreten sind, kommen etwas häufiger z.B. bei 20- bis unter 30jährigen Frauen vor als bei 45- bis unter 60jährigen.

Insgesamt gesehen fallen die Unterschiede in diesem Zusammenhang freilich nicht so stark aus, daß daraus eindeutige Schlußfolgerungen gezogen werden könnten.

Hoher Frauenanteil bei Schreib-, Verwaltungs- und Bildschirmtätigkeit im Büro in allen Wirtschaftsbereichen

Wenngleich sich anhand der vorliegenden Angaben über die überwiegend ausgeübten Tätigkeiten "typische" Frauen- und Männertätigkeiten nur in Grenzen herausdifferenzieren lassen (da sie ursprünglich nicht für diesen Zweck zusammengestellt wurden), so kann ein Vergleich der Anteile, mit denen Frauen an den verschiedenen Tätigkeitsfeldern beteiligt sind, einige allgemeine Hinweise dazu geben. Für 1989 zeigen sich unter der genannten Einschränkung mehrere mehr oder minder stark ausgeprägte "Frauendomänen". Besonders hoch lag nach wie vor der Frauenanteil bei Schreib-, Verwaltungs- oder Bildschirmtätigkeiten im Büro (70 %) (vgl. Tab. 10). Auch in den Bereichen Erziehen/Ausbilden, Pflegen, medizinisch Behandeln oder Publizieren (62 %) sowie den für den "Handel" typischen Tätigkeiten wie Kaufen/Verkaufen, Kundenberatung oder Werbung (57 %) waren überwiegend Frauen tätig. Deutlich niedrigere Frauenanteile waren bei höher quali-

fizierten Tätigkeitsfeldern wie z.B. Analysieren, Planen, Konstruieren (25 %) oder Koordinieren, Führen, Management (16 %) zu beobachten.

Diese Strukturmerkmale ergeben sich weitgehend - soweit dies mit Hilfe der vorliegenden Angaben nachzeichnen läßt - auch in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Dennoch sind einige Besonderheiten zu erkennen.

Im Produzierenden Gewerbe (darunter ganz besonders im Baugewerbe), bei Handel und Verkehr oder Sonstigen Dienstleistungen ist im Bereich der Schreib-, Verwaltungs- oder Bildschirmarbeiten umfassenden Bürotätigkeiten der Frauenanteil besonders hoch. Kaufen/Verkaufen, Kundenberatung oder Werbung sind typische Tätigkeiten im Bereich "Handel und Verkehr" und werden hier überwiegend (65 %) von Frauen ausgeführt. In den übrigen Wirtschaftsbereichen überwiegt demgegenüber der Männeranteil bei diesen Tätigkeiten (vgl. Tab. 10). Diese Struktur ergibt sich ebenfalls bei Tätigkeiten wie Bewirten, Reinigen, Packen, Transportieren oder Sortieren: diese werden in erster Linie im Bereich "Sonstige Dienstleistungen" erbracht und dort vorwiegend von Frauen.

Zum Ende der achtziger Jahre haben sich Frauen über die Ausübung verantwortlicher Tätigkeiten hinaus auf den verschiedenen betrieblichen Hierarchiestufen (auch in Führungspositionen) behauptet. Gleichwohl überwiegt nach wie vor insbesondere bei höheren Führungspositionen der Anteil der Männer. So wurden 1989 z.B. rund 12 % der Abteilungsleitungs- und Prokuristenfunktionen bzw. 13 % der Direktions-, Geschäftsführungs- oder Betriebsleitungspositionen von Frauen wahrgenommen (vgl. Tab. 11). Bei den Fachkräften mit herausgehobener Qualifikation betrug der Frauenanteil demgegenüber bereits 27 %. Auf der anderen Seite waren Frauen - gemessen an ihrem Anteil an allen Erwerbstätigen (1989: rund 40 %) - überdurchschnittlich häufig als Bürokräfte oder angeleitete Arbeiterinnen beschäftigt, aber auch als Sachbearbeiterinnen oder Vorarbeiterinnen.

Bei einer tiefergehenden Betrachtung der Frauenanteile in einzelnen Berufsfeldern, wie sie sich mit Hilfe der Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik abbilden lassen, zeigt sich heute ein nur wenig gegenüber dem Beginn der achtziger Jahre gewandeltes Strukturbild. So ist der Frauenanteil in den Fertigungsberufen im Vergleich von 1980 zu 1991 leicht von 25 % auf 22 % gesunken. Unter den einzelnen

Tabelle 10

Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in Baden-Württemberg im April 1989 nach Wirtschaftsbereichen/-abteilungen und überwiegend ausgeübter Tätigkeit

Überwiegend ausgeübte Tätigkeit	Frauen- anteil insgesamt	Davon in den Bereichen/Abteilungen						
		Land- und Forstwirt- schaft	Produ- zierendes Gewerbe zu- sammen	darunter		Handel und Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen zu- sammen	darunter Gebiets- körper- schaften
				Verarbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe			
%								
Maschinen einrichten/einstellen	16	(.)	15	16	(.)	(16)	(19)	(.)
Gewinnen/Herstellen	28	42	24	30	(.)	32	37	(.)
Reparieren, Ausbessern, Restaurieren, Erneuern	8	(.)	6	8	(.)	(12)	(13)	(.)
Kaufen/Verkaufen, Kassieren; Vermitteln, Kunden beraten, Verhandeln, Werben	57	(.)	43	44	(.)	65	49	(.)
Schreibarbeiten/Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulieren/Berechnen, Buchen, Programmieren, Arbeiten am Terminal/Bildschirm	70	(.)	67	66	78	70	72	66
Analysieren, Forschen, Erproben, Prüfen, Messen, Planen, Konstruieren; Entwerfen/Gestalten, Zeichnen	25	(.)	23	24	(.)	(32)	26	(17)
Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen/ Leiten (auch Personal), Management	16	(.)	10	11	(.)	(22)	21	(12)
Bewirten, Beherbergen; Reinigen/Abfall beseitigen, Bügeln, Packen, Verladen, Transportieren/ Zustellen, Fahrzeug steuern, Sortieren/Ablegen	48	(.)	38	41	(.)	25	66	53
Sichern (Arbeitssicherheit, Werkschutz, Verkehrs- regelung), Bewachen, Gesetze/Vorschriften an- wenden/auslegen, Beurkunden	9	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	9	(6)
Erziehen/Lehren/Ausbilden; Beratend helfen; Pflegen/Versorgen, Medizinisch/Kosmetisch be- handeln; Publizieren, Unterhalten, Vortragen, Informieren	62	(.)	(40)	(41)	(.)	65	62	57
Insgesamt	40	43	27	30	12	49	52	34

Berufsgruppen sind von dieser Entwicklung vor allem Montier- und Metallberufe, Textil- und Bekleidungsberufe sowie die Tätigkeiten als Hilfsarbeiterinnen betroffen. Bei letzteren sank der Frauenanteil von 40 % (1980) auf 36 % (1991).

Auf der anderen Seite sind heute Frauen in einer Reihe von Dienstleistungsberufen stärker vertreten als vor einem Jahrzehnt. Bei den Bank- und Versicherungskaufleuten z.B. beträgt der Frauenanteil gegenwärtig etwa 50 % (im Vergleich 46 % Mitte 1980). Unverändert hoch geblieben ist der Anteil von Frauen unter den in Gesundheitsberufen Tätigen; 85 % der hier Beschäftigten insgesamt waren zum Ende des ersten Quartals 1991 Frauen. Gleichwohl belief sich der Frauenanteil unter Ärzten und Apothekern lediglich auf knapp 43 %. Nach wie vor hoch liegt heute ebenfalls der Anteil von Frauen an den in allgemeinen Dienstleistungsberufen, darunter z.B. Reinigungsberufe, Beschäftigten (83 %). Insgesamt

spiegelt sich auch im Bereich der Frauenerwerbstätigkeit die allgemeine Tendenz der Zunahme auch von zukunftsorientierten Dienstleistungsberufen wieder.

Unterschiedliche Formen und Verbreitung von Teilzeiterwerbstätigkeit

Legt man die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zugrunde, so hat sich in Baden-Württemberg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten insgesamt im vergangenen Jahrzehnt nur wenig erhöht (31.3.1980: 8 %; 31.3.1991: 11 %). Bei den weiblichen Beschäftigten freilich ist diese Entwicklung deutlich stärker ausgeprägt. Während zum Ende des ersten Quartals 1980 rund 19 % der versicherungspflichtig beschäftigten Frauen teilzeit arbeiteten, waren es am 31.03.1991 rund 24 %. Demgegenüber bleibt Teilzeitarbeit bei sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männern nach wie vor

Tabelle 11

Erwerbstätige Frauen und Männer im Alter von 15 und mehr Jahren in Baden-Württemberg im April 1989 nach der Stellung im Betrieb

Stellung im Betrieb	Frauen	Männer	Frauen-anteil ¹⁾
Erwerbstätige insgesamt (in 1000)	1 765,4	2 881,6	X
davon (in %)			
Auszubildende	4	3	50
Selbständige	6	12	25
Bürokräft, angelernte/r Arbeiter/in	44	26	53
Bearbeiter/in, Verkäufer/in, Facharbeiter/in	23	27	36
Sachbearbeiter/in, Vorarbeiter/in	14	10	48
Herausgehobene qualifizierte Fachkraft, Meister/in	8	14	27
Sachgebietsleiter/in	1	3	16
Abteilungsleiter/in, Prokurist/in	1	3	12
Direktor/in, Geschäftsführer/in, Betriebsleiter/in		3	13

1) Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen jeweils gleicher Stellung im Betrieb.

die Ausnahme. Zwischen 1980 und 1991 entwickelte sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten unter ihnen von 0,9 % auf 1,4 %. Hierbei bleiben allerdings Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige ebenso unberücksichtigt wie die geringfügigen und kurzfristigen Beschäftigten, die keiner Versicherungspflicht unterliegen.

Da die Mikrozensusserhebungen auch diese Fälle umfassen, ergeben sich zwischen ihren Ergebnissen zu den Arbeitszeitstrukturen und denen der Beschäftigtenstatistik erwartungsgemäß Unterschiede. Im folgenden soll auf die in dieser Hinsicht umfassenderen Ergebnisse des Mikrozensus Bezug genommen werden.

Danach arbeitete im Übergang zu den neunziger Jahren von allen erwerbstätigen Frauen etwa ein Drittel normalerweise weniger als 36 Stunden in der Woche. Grenzt man mit dieser Wochenarbeitszeit den Bereich der Teilzeitarbeit ab, so verbergen sich dahinter verschiedene Formen der Teilzeiterwerbs-

tätigkeit. Aus den Angaben für 1989 läßt sich erkennen, daß im Durchschnitt im Teilzeitbereich eine Wochenarbeitszeit in der Spanne von 18 bis einschließlich 35 Stunden überwiegt (vgl. Tab. 12). Weniger als 18 Stunden in der Woche waren lediglich rund 8 % der erwerbstätigen Frauen beschäftigt, und zwar in überdurchschnittlichem Maße Fachhoch- und Hochschulabsolventinnen (13 %) sowie mithelfende Familienangehörige (21 %).

Hinsichtlich der Verteilung von Teilzeit-/Vollzeiterwerbstätigkeit bei Frauen unterschiedlicher berufsbildender Abschlüsse zeigt sich, daß mit zunehmender beruflicher Qualifikation die Verbreitung von Teilzeiterwerbstätigkeit zunächst tendenziell abnimmt. Ohne beruflichen Abschluß erwerbstätige Frauen arbeiteten 1989 zu 35 % weniger als 36 Stunden in der Woche, Frauen mit einem Meister- oder Technikerabschluß lediglich zu 27 %. Demgegenüber wiesen allerdings Akademikerinnen mit 44 % deutlich überdurchschnittlich häufig eine Teilzeiterwerbstätigkeit auf. Unter den abhängig Beschäftigten arbeiteten vor allem Beamtinnen Teilzeit (42 %). Nur etwas seltener waren Arbeiterinnen (37 %) bis einschließlich 35 Stunden in der Woche erwerbstätig, während dies auf 34 % der Angestellten zutraf. Insgesamt ist an dieser Stelle festzuhalten, daß erwerbstätige Frauen je nach Qualifikation und Stellung im Beruf unterschiedlich häufig und zeitlich verschieden ausgestaltete Formen der Teilzeitarbeit wahrnehmen, ohne daß sich hierbei ein einheitliches Muster herausprägt. Auf der anderen Seite stellt allerdings die Vollzeiterwerbstätigkeit auch bei Frauen die dominierende Form der Erwerbsarbeit dar. Gegenwärtig sind zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen 36 und mehr Stunden in der Woche beschäftigt.

Dieses Bild der Frauenerwerbstätigkeit ergibt sich in ähnlicher Weise, betrachtet man die Wochenarbeitszeit der in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen erwerbstätigen Frauen. Besonders stark ausgeprägt ist der Teilzeitbereich bei den 1989 knapp 40 000 bei Organisationen ohne Erwerbscharakter (z.B., Kirchen oder Verbände) beschäftigten Frauen, von denen etwa die Hälfte weniger als 36 Stunden in der Woche arbeitete (vgl. Tab. 13). Auch im Baugewerbe, das allerdings lediglich einen Frauenanteil an seinen Beschäftigten von rund 12 % aufweist, war der Anteil der teilzeit erwerbstätigen Frauen mit 42 % überdurchschnittlich hoch. Demgegenüber lag der Anteil teilzeit arbeitender Frauen unter den fast 534 000 weiblichen Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe mit 26 % vergleichsweise niedrig, des-

Tabelle 12

Erwerbstätige Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren in Baden-Württemberg im April 1989 nach allgemein- und berufsbildendem Abschluß, Stellung im Beruf sowie normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit

Merkmal	Insgesamt	Davon mit einer Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden			
		1 – 17	18 – 35	36 – 38	39 und mehr
	1000	%			
Allgemeinbildender Schulabschluß					
Volks-, Hauptschule	967,0	9	30	20	41
Mittlere Reife ¹⁾	506,7	6	19	21	54
Abitur ²⁾	273,8	9	23	17	51
Ohne Angabe eines Abschlusses ³⁾	17,9	(.)	(.)	(.)	(55)
Berufsbildender Abschluß					
Lehre, Anlernausbildung ⁴⁾	941,1	7	25	21	47
Meister-, Technikerabschluß ⁵⁾	66,3	(7)	20	18	55
Fachhoch-, Hochschulabschluß	148,2	13	31	9	47
Kein Abschluß ⁶⁾	609,8	8	27	21	44
Stellung im Beruf					
Selbständige	102,0	12	21	(.)	63
Mithelfende Familienangehörige	65,7	21	32	(.)	46
Beamtinnen	72,6	(10)	32	(.)	52
Angestellte	890,7	7	27	20	46
Arbeiterinnen	515,9	9	28	27	35
Auszubildende	118,5	(.)	(.)	26	74
Insgesamt	1 765,4	8	26	20	46

1) Einschließlich Gleichwertiger Abschluß. – 2) Einschließlich Fachhochschulreife. – 3) Einschließlich Ohne Abschluß und noch in schulischer Ausbildung. – 4) Einschließlich Gleichwertiger Berufsfachschulabschluß und Abschluß eines beruflichen Praktikums. – 5) Einschließlich Gleichwertiger Fachschulabschluß. – 6) Einschließlich Ohne Angabe.

gleichen unter den 71 400 bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe tätigen Frauen (27 %). Insofern weisen die verschiedenen Wirtschaftsabteilungen eine deutlich unterschiedliche Verbreitung von Teilzeitarbeit unter den dort erwerbstätigen Frauen auf. Bei tieferer Differenzierung dieser Wirtschaftsabteilungen nach speziellen Unterabteilungen, wie sie in der Beschäftigtenstatistik ausgewiesen werden, lassen sich ebenfalls Unterschiede in der Verbreitung von Teilzeiterwerbstätigkeit bei Frauen erkennen. Als Beispiel sei hier lediglich der Bereich "Dienstleistungen" genannt. Hier waren am 31.03.1991 von den im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe versicherungspflichtig beschäf-

tigten Frauen 18 % teilzeit erwerbstätig, aber immerhin 38 % der in Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik weiblichen Beschäftigten. Erfahrungsgemäß sind jedoch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe Anstellungen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen weit verbreitet.

Zwei Drittel der erwerbstätigen Mütter mit mehreren Kindern teilzeitbeschäftigt

Während die Verteilung der verschiedenen Formen von Teilzeit- und Vollzeiterwerbstätigkeit recht unterschiedlich nach Ausbildungsabschlüssen, Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen variiert, zeigt sich

Tabelle 13

Erwerbstätige Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren in Baden-Württemberg im April 1989 nach Wirtschaftsabteilungen und normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit

Wirtschaftsabteilung	Erwerbs- tätige insgesamt	Darunter Frauen	Davon mit einer Wochenarbeits- zeit von ... bis ... Stunden			
			1 – 17	18 – 35	36 – 38	39 und mehr
	1000		%			
Land- und Forstwirtschaft	142,5	61,8	(12)	27	(.)	60
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	37,7	(6,9)	(.)	(.)	(.)	(.)
Verarbeitendes Gewerbe	1 761,2	533,9	(4)	22	38	35
Baugewerbe	300,8	34,7	(13)	29	(.)	48
Handel	474,9	275,4	8	31	21	41
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	189,8	50,1	(11)	26	(9)	54
Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	153,3	71,4	(9)	18	20	54
Dienstleistungen	948,2	566,9	10	26	9	55
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	69,6	39,8	(19)	31	(.)	42
Gebietskörperschaften, Sozialver- sicherung	369,0	124,5	(7)	29	10	54
Insgesamt	4 447,0	1 765,4	8	26	20	46

im Hinblick auf die Familiensituation - soweit sie sich aus dem Vorhandensein von minderjährigen Kindern ergibt - ein klareres Bild. Sofern erwerbstätige Frauen ohne Kinder im Haushalt leben, stellt eine Vollzeitenerwerbstätigkeit wie bei erwerbstätigen Männern den Regelfall dar. 1990 arbeiteten 81 % der rund 1,08 Mill. erwerbstätigen Frauen ohne Kinder 36 und mehr Stunden in der Woche; von den erwerbstätigen Männern waren es sogar 96 %. Mit steigender Kinderzahl wächst insbesondere der Anteil von Frauen, die eine Wochenarbeitszeit von weniger als 18 Stunden leisten (vgl. Tab. 14). Von den erwerbstätigen Müttern zweier minderjähriger Kinder nahmen 1990 etwa 23 % diese Form der Teilzeitarbeit wahr; weitere 43 % arbeiteten normalerweise 18 bis 35 Stunden in der Woche.

Generell zeigt sich, daß die überwiegende Form der Erwerbstätigkeit bei Müttern mit minderjährigen Kindern eine Teilzeitbeschäftigung darstellt. 60 % von ihnen gingen 1990 einer Erwerbsarbeit von weniger als 36 Stunden in der Woche nach. Dabei handelte

es sich deutlich häufiger um Tätigkeiten mit einer Wochenarbeitszeit von 18 bis 35 Stunden (41 %) als um solche mit kürzerer Arbeitszeit (19 %). Je älter die Kinder sind, desto mehr weichen erwerbstätige Mütter ihre Arbeitszeiten aus, allerdings vornehmlich im Bereich einer Teilzeiterwerbstätigkeit. Erwerbstätige Väter hingegen nehmen die verschiedenen Formen von Teilzeitarbeit nur selten wahr. Im Jahre 1990 arbeiteten lediglich 2 % der Väter minderjähriger Kinder weniger als 36 Stunden in der Woche.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die Mehrzahl der Mütter minderjähriger Kinder - nämlich 55 % (knapp 592 000 Mütter) - heute Familie und Erwerbsarbeit gleichzeitig vereinbaren. Die Abstimmungsprobleme zwischen beiden Lebensbereichen werden offenbar überwiegend (von 60 % der erwerbstätigen Mütter) durch Wahrnehmung einer Teilzeittätigkeit zumindest entschärft. Aber immerhin 40 % der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren - das waren 1990 etwa 237 000 Frauen -

vereinbaren Familien- und Erwerbstätigkeit jeweils als "Vollzeitarbeitsplätze". An dieser Stelle kann nicht im einzelnen der Frage nach den näheren Umständen, die zu dieser Lebenssituation geführt haben, nachgegangen werden. Neue Formen des Zusammenlebens und eine eher partnerschaftliche Rollenaufteilung zwischen Lebenspartnern mit größeren Unterstützungsleistungen seitens der Männer können für die Bewältigung dieses Konfliktfeldes eine wichtige Rolle spielen. Hinsichtlich der Vereinbarungsproblematik ist jedoch anzumerken, daß selbst bei einer Teilzeitbeschäftigung mit einem täglichen Zeitaufwand von etwa 3,5 Stunden die gesamte Arbeitszeitbelastung einer verheirateten Mutter mit zwei minderjährigen Kindern durch Familie und Erwerbsarbeit täglich etwa 1,5 Stunden höher liegt als bei einer nichterwerbstätigen Mutter mit vergleichbarem Familienhintergrund⁵.

Inwieweit ein anderes Lösungsmodell zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit - nämlich das zeitliche Nacheinander von Erwerbs- und Familienphasen - als Strukturmerkmal der Frauenerwerbstätigkeit verbreitet ist, läßt sich auf der Basis der vorliegenden Angaben nicht eindeutig bestimmen. Aus den Mikrozensusergebnissen ergibt sich zwar, daß 1990 etwa 6 % der 25- bis unter 55jährigen Frauen noch nie erwerbstätig waren und weitere 28 % gegenwärtig nicht, aber früher einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren. Jedoch liegen keine konkreten neueren Informationen darüber vor, wie viele Frauen ihre Erwerbstätigkeit familienbedingt unterbrochen oder beendet haben, wie viele wieder nach der Familienphase ins Erwerbsleben zurückgekehrt sind und welche Lebenssituationen hier vorzufinden sind⁶.

Alleinerziehende Frauen im Konfliktfeld von Familie und Erwerbsarbeit

Ganz spezifische Problemlagen ergeben sich für alleinerziehende Mütter und Väter aus der Konkurrenz der Lebensbereiche Familie und Arbeitswelt.

5 Vgl. auch Kössler, Richard: Die Zeitverwendung in ausgewählten privaten Haushalten 1988; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/1990.

6 Ergebnisse vom Beginn der achtziger Jahre zeigen, daß rund 39 % der Frauen mit seinerzeit unter 15jährigen Kindern nach einer - unterschiedlich langen - Familienphase wieder ins Erwerbsleben eingestiegen sind.

Tabelle 14
Erwerbstätige Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren in Baden-Württemberg im April 1990 nach Zahl und Alter der im Haushalt lebenden Kinder sowie nach normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit

Zahl der Kinder ¹⁾ Alter der Kinder	Insgesamt	davon mit einer Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden			
		1 - 17	18 - 35	36 - 38	39 u.m.
	1000	%			
0	1 084,6	5	14	41	40
1	321,9	14	40	22	23
2	212,0	23	43	14	20
3 und mehr	57,9	29	38	11	23
Zusammen	1 676,5	10	23	33	33
unter 6 Jahren	212,1	22	38	19	21
6 bis unter 15	357,9	21	42	16	22
15 bis unter 18	165,9	16	42	19	24
unter 18 Jahren	591,9	19	41	18	22

1) Kinderzahl 0: keine im Haushalt lebende ledige Kinder; Kinderzahl 1, 2, 3 und mehr: nur Kinder unter 18 Jahren.

Auch wenn diese Mütter und Väter nicht alle unbedingt alleinstehend sind - weil sie u.U. nichtverheiratet mit einem Partner zusammenleben⁷ -, stellt sich für sie das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit meistens in sehr viel existenziellerer Form als für Ehepaarfamilien. 1990 lebten in Baden-Württemberg rund 125 400 Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern. Wenngleich die Zahl der alleinerziehenden Väter während der achtziger Jahre zeitweise leicht angestiegen ist⁸, stellen nach wie vor Mütter mit 87 % den ganz überwiegenden Teil der Alleinerziehenden und prägen damit auch weitestgehend die Lebenssituation der Ein-Eltern-Familien.

7 Von den geschiedenen "Alleinerziehenden" lebten 1989 schätzungsweise 11 % mit einem Partner zusammen. Vgl. hierzu auch Wingen, Max, Scheidungsweisen im Spiegel der amtlichen Statistik. "Materialien und Berichte" der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Heft 23, Stuttgart, 1991.

8 Weitere Information zur Entwicklung der Ein-Eltern-Familien vgl. auch Statistisch-prognostischer Bericht 1990/91: Entwicklung der Ein-, Zwei- und Mehrpersonenhaushalte, Stuttgart, 1991, S. 115-144, insbes. S. 127-132.

Bei etwas mehr als der Hälfte der 109 200 alleinerziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern (56 %) lag 1990 der Grund dieser Lebenssituation in einer vorangegangenen Ehescheidung (43 %) oder einer Verwitwung (13 %). Fast 16 % lebten in einer dauerhaften Trennung von ihrem Ehepartner und rund 28 % waren ledige Mütter (vgl. Tab. 15). Die Zahl der zu betreuenden minderjährigen Kinder variiert zwar je nach Familienstand und Alter der alleinerziehenden Mütter, im Durchschnitt jedoch handelt es sich überwiegend (1990: 71 %) um Familien mit einem Kind unter 18 Jahren. Insgesamt lebten zu Beginn der neunziger Jahre rund 149 200 minderjährige Kinder mit einer alleinerziehenden Mutter. Aus der Altersgliederung der alleinerziehenden Frauen wird darüber hinaus deutlich, daß die Hälfte von ihnen 1990 jünger als 35 Jahre alt war.

Tabelle 15

Alleinerziehende Frauen in Baden-Württemberg im April 1990 nach Familienstand, Erwerbsbeteiligung, Altersgruppen und Zahl der minderjährigen Kinder

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt	Davon mit ... Kind(ern)		Kinder ¹⁾ insgesamt
		1	2 und mehr	
	1000	%		1000
Ledig	30,8	86	(14)	35,8
Verheiratet				
Getrennt lebend	17,2	57	43	27,2
Verwitwet	14,7	68	(32)	21,3
Geschieden \	46,5	66	34	64,9
Erwerbstätige	75,7	74	26	99,1
Erwerbslose	(7,3)	(81)	(19)	(8,9)
Nichterwerbs- personen	25,9	59	41	41,0
Unter 25	(9,5)	(86)	(14)	10,9
25 – 30	21,4	74	26	28,2
30 – 35	23,7	62	38	35,3
35 – 40	22,4	48	52	35,1
40 – 45	12,7	(51)	(49)	17,2
45 – 55	16,0	(47)	(53)	19,0
55 und mehr	(.)	(.)	(.)	(.)
Insgesamt ²⁾	109,2	71	29	149,2

1) Nur minderjährige Kinder. – 2) Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

Da materielle Zwänge Alleinerziehenden oft keine Wahlmöglichkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit lassen, kommt für sie als Lösungsmodell in diesem Konfliktfeld weitgehend nur das zeitgleiche Nebeneinander von Familien- und Erwerbstätigkeit in Betracht. Darauf weisen auch die im Vergleich zu verheirateten Müttern deutlich höheren Erwerbstätigkeitsquoten hin. So lag die Erwerbsbeteiligung z.B. alleinerziehender Frauen mit einem minderjährigen Kind 1990 mit 72 % um etwa ein Viertel höher als bei verheirateten Müttern gleicher Kinderzahl (58 %). Besonders ausgeprägt ist diese unterschiedliche Erwerbsbeteiligung bei den jeweils unter 35jährigen Müttern (vgl. Tab. 16).

Interessante Einblicke in die unterschiedlichen Strukturen der Erwerbsbeteiligung bei alleinerziehenden Frauen und Ehepaarfamilien vermittelt die folgende Übersicht für das Jahr 1990.

Von den 976 300 Ehepaaren mit minderjährigen Kindern waren

- bei 498 000 Familien (51 %) beide Ehepartner erwerbstätig,
- bei 460 100 Familien nur der Ehemann (47 %),
- bei 17 800 Familien nur die Ehefrau (2 %),
- bei 25 700 Familien beide Ehepartner nicht-erwerbstätig (3 %).

Hieraus wird u.a. deutlich, daß die Hälfte der Ehepaarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren die generelle Option - die in dieser Form für Alleinerziehende nicht gegeben ist -, daß zwei Partner für die materielle Sicherung der Familie sorgen können, auch wahrnehmen. Dementsprechend liegt bei alleinerziehenden Frauen der Anteil derjenigen, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder überwiegend durch staatliche oder private Transferzuzahlungen bestreiten, deutlich höher als bei Ehepaarfamilien. So waren 1989 schätzungsweise fast ein Viertel der alleinerziehenden Mütter und etwa fünf Prozent der alleinerziehenden Väter mit Kindern unter 15 Jahren in Baden-Württemberg im Rahmen der Sozialhilfe auf eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen; bei den Ehepaaren mit Kindern gleichen Alters betraf dies etwa ein Prozent.

Alleinerziehende erwerbstätige Mütter überwiegend vollzeit beschäftigt

Während verheiratete Mütter vorwiegend eine zeitlich eingeschränkte Erwerbstätigkeit ausüben (können), benötigen alleinerziehende Frauen häufig

eine Vollzeittätigkeit zur Sicherung des Lebensunterhalts. So arbeiteten 1990 rund 56 % der erwerbstätigen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern 36 und mehr Stunden in der Woche. Demgegenüber waren dies unter den erwerbstätigen Ehefrauen lediglich 38 % (vgl. Tab. 17). Die Tendenz zur zeitlichen Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit bei nichtverheirateten Müttern zeigt sich auch darin, daß innerhalb des Teilzeitbereichs der Anteil derjenigen von ihnen, die wöchentlich weniger als 18 Stunden erwerbstätig sind, deutlich niedriger liegt als bei erwerbstätigen verheirateten Müttern.

Geht man davon aus, daß die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit größere Probleme aufwirft, solange sich Kinder in einem Alter befinden, in dem sie intensiverer Betreuung bedürfen - etwa im Vorschulalter -, so befinden sich aufgrund der Arbeitszeitgestaltung auch hier Alleinerziehende in schwierigeren Lebenssituationen. Dies läßt sich nicht nur aus der deutlich höheren Erwerbsbeteiligung der nichtverheirateten Mütter mit unter 6jährigen Kindern (54 % gegenüber 42 % bei verheirateten Müttern) ableiten, sondern auch aus der stärkeren Verbreitung von Vollzeittätigkeiten (53 % gegenüber 39 %). Obwohl jeweils rund 80 % der 3- bis unter 6jährigen Kinder beider Gruppen von erwerbstätigen Müttern einen Kindergarten besuchen, bleibt für die Alleinerziehenden in größerem Umfang das Problem bestehen, eine ganztägige Kinderbetreuung zu finden.

Besondere Einkommensproblematik alleinerziehender Mütter

Die im Vergleich zu verheirateten Müttern höhere Erwerbsbeteiligung mit gleichzeitig längeren Wochenarbeitszeiten bei alleinerziehenden Frauen spiegelt sich in der Höhe der jeweiligen monatlichen Nettoeinkommen wieder. 1990 verfügten 63 % der Ehefrauen über ein eigenes Nettoeinkommen von weniger als 1 200 DM in Monat. Etwa ebenso hoch (62 %) lag der Anteil unter den alleinerziehenden Frauen, denen monatlich ein Nettoeinkommen von bis zu 1 800 DM zur Verfügung stand. Gleichwohl lag bei rund einem Drittel der nichtverheirateten Mütter minderjähriger Kinder - das betraf knapp 31 700 Frauen - das monatliche Nettoeinkommen bei unter 1 200 DM. Auf der anderen Seite gab es unter beiden Gruppen von Müttern anteilmäßig nur wenige, die mehr als 2 500 DM netto im Monat verdienten (vgl. Tab. 18).

Tabelle 16

Tätigkeitsquoten^{*)} von alleinerziehenden und verheirateten Müttern mit minderjährigen Kindern in Baden-Württemberg im April 1990 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Allein- erziehende insgesamt	Darunter mit 1 Kind	Ver- heiratete Mütter insgesamt	Darunter mit 1 Kind
	%			
20 – 25	47	(52)	35	39
25 – 30	64	69	45	53
30 – 35	73	77	51	62
35 – 40	76	81	60	71
40 – 45	83	89	60	68
45 – 50	78	92	56	61
50 – 55	(69)	(.)	53	50
Insgesamt ¹⁾	69	72	53	58

^{*)} Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Gruppe von Müttern.

¹⁾ Durchschnitt aller Altersgruppen von 15 bis unter 65 Jahre

Die Einkommenssituation von Ehepaarfamilien mit minderjährigen Kindern wird mit relativ wenigen Ausnahmen durch die Einkommen der Ehemänner bestimmt. Vergleicht man daher deren Einkommen mit denen alleinerziehender Mütter, so wird die Schärfe materieller Problemlagen der meisten nichtverheirateten Mütter besonders offensichtlich. So verfügten 1990 rund 44 % der verheirateten Väter mit Kindern unter 18 Jahren über ein monatliches Nettoeinkommen von 3 000 DM und mehr; bei alleinerziehenden Müttern waren dies nur etwa 6 %. Die Hälfte der Ehemänner und Väter besaß ein eigenes Nettoeinkommen von weniger als 2 140 DM im Monat, die andere Hälfte von mehr als diesem Betrag. Bei den alleinerziehenden Müttern lag eine solche Einkommensgrenze bei etwa 1 560 DM. Freilich ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß in Ehepaarfamilien durchschnittlich eine größere Zahl von Familienmitgliedern zu versorgen sind als in Ein-Eltern-Familien. Jedoch auch anhand der Abstufung der Pro-Kopf-Einkommen in beiden Familientypen kommt die ungünstigere Einkommenssituation Alleinerziehender zum Ausdruck.

Tabelle 17

Erwerbstätige Ehefrauen und alleinstehende/alleinerziehende Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren in Baden-Württemberg im April 1990 nach Zahl und Alter der im Haushalt lebenden Kinder sowie nach normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit

Zahl der Kinder ¹⁾ Alter der Kinder	Verheiratete Frauen					Alleinstehende/Alleinerziehende Frauen				
	Zusammen	davon mit einer Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden				Zusammen	davon mit einer Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden			
		1 – 17	18 – 35	36 – 38	39 u.m.		1 – 17	18 – 35	36 – 38	39 u.m.
	1000	%				1000	%			
0	613,2	6	17	39	38	471,4	4	10	45	41
1	266,1	16	42	20	22	55,7	(.)	32	32	28
2	195,1	24	43	14	19	16,9	(.)	47	20	23
3 und mehr	54,9	28	38	11	24	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)
Zusammen	1 129,3	12	28	29	30	547,1	5	13	43	39
unter 6 Jahren	189,9	24	38	18	21	22,1	(.)	(35)	(29)	(24)
6 bis unter 15	313,7	23	42	15	21	44,2	(.)	38	27	27
15 bis unter 18	146,4	17	42	17	23	19,5	(.)	(35)	(30)	(28)
unter 18 Jahren	516,1	21	42	17	21	75,7	(9)	36	29	27

1) Kinderzahl 0: Keine im Haushalt lebende ledige Kinder; Kinderzahl 1, 2, 3 und mehr: nur Kinder unter 18 Jahren.

Frauen im öffentlichen Dienst

Der gesamte öffentliche Dienst in Baden-Württemberg bot 1990 knapp 328 000 Frauen eine Beschäftigung (vgl. Tab. 19). Der größte Teil von ihnen (141 100) arbeitete im kommunalen Bereich (Gemeinden, Landkreise, Landeswohlfahrtsverbände, Zweckverbände und Gemeindeverwaltungsverbände). Das Land war Arbeitgeber für 116 300 Frauen; im mittelbaren Landesdienst, d.h. bei den

Sozialversicherungsträgern unter Aufsicht des Landes waren weitere 11 000 Frauen beschäftigt. Darüber hinaus waren von den Bundesbediensteten in Baden-Württemberg 51 600 Frauen. Insgesamt gesehen wies damit der öffentliche Dienst einen Frauenanteil von rund 51 % aller dort Beschäftigten auf. Es bestanden jedoch erhebliche Unterschiede nach Arbeitgebern, Aufgabenbereichen, Beschäftigungsverhältnissen, Laufbahnen und Alter der Beschäftigten.

Tabelle 18

Einkommenschichtung von Alleinerziehenden und Ehegatten mit minderjährigen Kindern in Baden-Württemberg im April 1990

Alleinerziehende Ehegatten	Insgesamt	Darunter mit Angabe eines monatlichen Nettoeinkommens von ... bis unter ... DM						Landwirte, mit- helfende Familien- angehörige, kein Ein- kommen, ohne Angabe
		zusammen	unter 1 200	1 200 — 1 800	1 800 — 2 500	2 500 — 3 000	3 000 und mehr	
	1000	%						1000
Alleinerziehende insgesamt	125,4	115,0	29	28	28	(7)	(8)	10,3
darunter Frauen	109,2	99,0	32	30	27	(5)	(6)	9,3
Ehefrauen	976,3	505,7	63	18	13	2	3	470,6
Ehemänner	976,3	909,2	3	4	30	19	44	67,1

Im kommunalen Bereich lagen die Schwerpunkte der Frauenbeschäftigung in den Krankenhäusern (47 700) - die zugleich mit etwa 78 % einen sehr hohen Frauenanteil aufwiesen - in der allgemeinen Verwaltung (24 500) und im Sozialbereich (24 000). Rund die Hälfte der Frauen im Landesdienst arbeitete im Bildungssektor (60 200), jede Vierte in der allgemeinen Verwaltung (29 400) und jede Sechste (18 200) in den staatlichen Krankenhäusern. Unter den Frauen im Bundesdienst waren drei Fünftel bei der Deutschen Bundespost (30 900) beschäftigt, ein weiteres Fünftel im mittelbaren Bundesdienst, d.h. bei der Bundesanstalt für Arbeit und den anderen Sozialversicherungsträgern (10 300). Die übrigen weiblichen Bundesbediensteten standen bei Bundesbehörden und Gerichten (15 %) sowie - zu einem sehr niedrigen Teil - bei der Deutschen Bundesbahn (5 %) im Dienst. Von allen Frauen im öffentlichen Dienst gingen 196 600 (60 %) einer Vollzeitbeschäftigung nach. Sie stellten damit aber lediglich ein Drittel aller Vollzeitbediensteten. 131 000 Frauen (40 %) hatten eine Teilzeitbeschäftigung. Sie repräsentierten allerdings fast 90 % aller Teilzeitbeschäftigten.

Der größte öffentliche Arbeitgeber in Baden-Württemberg ist das Land. 1990 waren von seinen 268 800 Bediensteten rund 43 % Frauen. Weit aus größer ist der Frauenanteil bei der Vielzahl der kommunalen Arbeitgeber; bei den insgesamt 240 100 Beschäftigten in diesem Bereich betrug er fast 59 %. Im Bundesdienst waren dagegen nur 32 % der 159 400 Bediensteten Frauen; das hat seinen Grund in erster Linie in dem geringen Frauenanteil bei der Deutschen Bundesbahn.

Neben diesen groben Strukturen können Aussagen auch zum Beschäftigungsniveau - abgelesen an der Einstufung in bestimmte Gehaltsgruppen - und zum Alter gemacht werden. Schwerpunkte der Frauenbeschäftigung beim Landespersonal und den Kommunalbediensteten waren bei den Beamten die Tätigkeiten des gehobenen Dienstes (44,5 % Frauen), bei den Angestellten die Tätigkeiten des mittleren Dienstes, (77,8 %). Im höheren Dienst, also dem Dienst, der in der Regel ein Universitätsstudium voraussetzt, betrug der Frauenanteil bei den Beamten 21,0 % bei den Angestellten 26,4 %. Bei den Aufstiegsämtern der Sonderlaufbahn für Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen - (nämlich dem höheren Dienst vergleichbare Einstufungen) - lag der Frauenanteil mit

41,6 % deutlich höher, als er es sonst in den Spitzenämtern des gehobenen Dienstes (A 13S = 3,8 %) war.

Bei den Beschäftigten im unmittelbaren Bundesdienst (Behörden, Gerichte, Deutsche Bundesbahn und Bundespost) hatten die Frauen nur einen Anteil von 8,6 % im höheren und von 15,2 % im gehobenen Dienst.

Während nur etwas mehr als ein Viertel (28,6 %) der Männer im Landes- und Kommunaldienst jünger als 35 Jahre waren, zählten 42,3 % der weiblichen Beschäftigten zu dieser Altersgruppe. Wegen des großen Anteils der Frauen an den Auszubildenden - 54,0 % im Landesdienst, 78,3 % bei Gemeinden und Gemeindeverbänden - und aufgrund der Konzentration der Frauenbeschäftigung in den mittleren und gehobenen Laufbahnen, bei denen der Einstieg in den Beruf früher erfolgt, standen in der Gruppe der unter 35jährigen 1 525 weibliche 1 000 männlichen Beschäftigten gegenüber. In den mittleren Altersgruppen der 35- bis unter 45jährigen und der 45- bis unter 55jährigen war die Relation 968 : 1000 bzw. 846 : 1000 schon deutlich geringer, von den 55jährigen und älteren Beschäftigten stellten die Frauen nur noch rund ein Drittel (594 : 1000).

Zusammenfassung

- Junge Frauen verlassen heute die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt mit einer höheren formalen Qualifikation als junge Männer. Dennoch treten sie immer noch etwas seltener als junge Männer in eine berufliche Ausbildung ein.
- Die Erwerbsbeteiligung von Frauen weist erst zum Ende der achtziger einen durchgreifenden Anstieg auf, und zwar sowohl bei Verheirateten und Alleinstehenden als auch bei Müttern mit minderjährigen Kindern und Frauen, in deren Haushalte keine Kinder lebten. Besonders deutlich fällt der Anstieg der Erwerbstätigkeit bei den 40- bis unter 50jährigen Frauen aus. Dies mag ein Indiz für eine verstärkte Rückkehr von Frauen ins Erwerbsleben nach einer Familienphase sein. Im Generationenvergleich zeigt sich zudem, daß jüngere Frauenjahrgänge (z.B.

Tabelle 19
Frauen im Öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg am 30. Juni 1990

Beschäftigungsbereich	Personal insgesamt			Und zwar					
				Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte			
				Frauen	% ³⁾	T1 ¹⁾		T2 ¹⁾	
	insgesamt	Frauen	% ³⁾			Frauen	% ³⁾	Frauen	% ³⁾
Öffentlicher Dienst	531 156	270 098	50,9	159 893	39,3	88 944	90,5	21 261	81,3
Land	268 774	116 286	43,3	65 662	31,2	47 353	87,0	3 271	86,3
Verwaltung	235 064	96 244	41,2	51 651	28,2	42 503	86,6	2 790	88,6
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	6 707	1 124	16,8	464	8,0	401	71,2	259	73,6
Krankenhäuser ⁴⁾	27 003	18 218	67,5	13 547	61,8	4 449	92,7	222	76,0
Gemeinden/Gv.	240 132	141 133	58,8	84 610	47,7	39 262	94,8	17 261	80,5
Verwaltung	163 202	89 478	54,8	47 610	41,0	26 654	94,4	15 214	81,1
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	15 867	3 950	24,9	2 219	16,8	1 052	73,9	679	56,2
Krankenhäuser ⁴⁾	61 063	47 705	78,1	34 781	72,7	11 556	98,1	1 368	93,8
Kommunale Zweckverbände	4 431	1 637	36,9	833	24,5	469	89,7	335	66,2
Mittelbarer öffentlicher Dienst	17 819	11 042	62,0	8 788	56,8	1 860	97,6	394	91,6
Nachrichtlich:									
Rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen ⁵⁾	33 351	5 930	17,8	4 578	14,4	1 099	86,5	253	86,9
Rechtlich selbständige Krankenhäuser	5 257
Bundesdienst	159 446	51 592	32,4	32 090	23,1	16 101	96,3	3 401	96,3
Bundesbehörden, -gerichte	25 340	7 885	31,1	5 918	25,4	1 849	96,6	118	96,7
Deutsche Bundesbahn	34 828	2 541	7,3	2 079	6,1	417	91,6	45	95,7
Deutsche Bundespost	80 725	30 872	38,2	16 431	25,0	11 484	95,9	2 957	96,1
Mittelbarer Bundesdienst	18 553	10 294	55,5	7 662	48,2	2 351	99,1	281	98,6
Öffentlicher Dienst im weiteren Sinn	729 210	327 620 ⁶⁾	44,9	196 561 ⁶⁾	33,8	106 144 ⁶⁾	90,5	24 915 ⁶⁾	82,7

1) T1 = Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte, T2 = Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeiten jeweiligen Beschäftigtengruppen. – 4) Mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 5) Der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehrshäusern.

- 1950/54 Geborene) zwar später ins Erwerbsleben einsteigen als ältere Jahrgänge (z.B. 1930/34 Geborene), aber über die verschiedenen Lebensphasen ein höheres Niveau der Erwerbsbeteiligung aufrecht erhalten.

Die Familiensituation von Frauen beeinflusst nach wie vor deutlich Umfang und Verlauf ihrer Erwerbsbeteiligung. Von den verheirateten Frauen im erwerbsfähigen Alter waren 1990 etwa 54 % erwerbstätig, von den gleichaltrigen Alleinstehenden rund 65 % und etwa 70 % von den Alleinerziehenden. Bleiben Frauen kinderlos, so sind sie während der Altersphase zwischen dem 25. und 45. Lebensjahr mit 85 % bis 88 % nur wenig seltener erwerbstätig als Männer. Leben demgegenüber Frauen in diesen Altersabschnitten mit minderjährigen Kindern, liegt ihre Erwerbsbeteiligung z.T. nur halb so hoch. Bei Männern läßt sich kein familienbedingter Einschnitt in ihrer Erwerbsbeteiligung erkennen.
- Trotz der gestiegenen Bildungsabschlüsse von Frauen gehen sie - bei jeweils gleichem Abschluß - deutlich seltener einer Erwerbstätigkeit nach als Männer. Dieser Unterschied verringert sich mit zunehmendem schulischen Bildungsabschluß. Hinsichtlich der berufsbildenden Abschlüsse zeigt sich, daß mit wachsender Qualifikation die Erwerbsbeteiligung bei Männern und Frauen ansteigt. Gleichwohl ist bei Frauen jeglicher Qualifikation ein weitgehend familienbedingter Einschnitt zu beobachten, der zum Ende der achtziger Jahre bei Frauen mit einem Lehrabschluß etwas stärker ausfällt als bei anderen qualifizierten Berufsabschlüssen.

Und zwar							
Beamtinnen Richterinnen		Angestellte ²⁾		Arbeiterinnen		Auszubildende	
Frauen	% ³⁾	Frauen	% ³⁾	Frauen	% ³⁾	Frauen	% ³⁾
62 171	33,1	156 856	67,0	51 071	46,6	20 625	64,4
55 536	33,9	50 915	63,5	9 835	39,7	9 506	54,0
55 240	34,4	35 456	60,7	6 248	38,7	7 916	53,4
34	1,8	524	64,3	566	14,0	48	7,6
262	17,5	14 935	71,4	3 021	65,9	1 542	72,4
6 205	28,1	95 334	69,9	39 594	48,5	10 290	78,3
6 078	28,5	54 802	66,8	28 598	47,8	4 926	78,9
38	9,0	1 864	38,7	2 048	19,3	135	25,4
89	25,2	38 668	78,1	8 948	79,7	5 229	82,2
64	15,5	1 024	43,2	549	33,3	73	64,6
366	27,8	9 583	63,7	1 093	74,7	756	64,7
—	—	4 324	28,5	1 606	8,8	303	22,6
—	—	—	—	—	—	—	—
13 390	17,7	21 345	65,3	16 857	33,0	3 106	35,7
963	11,2	4 891	61,8	2 031	23,0	430	58,9
861	4,3	504	64,0	1 176	8,5	419	24,3
10 930	24,4	7 302	83,2	12 640	46,5	1 746	32,8
636	30,3	8 648	57,0	1 010	79,6	511	55,4
75 561 ⁶⁾	28,7	182 525 ⁶⁾	63,8	69 534 ⁶⁾	38,7	24 034	56,5

zeit. – 2) Einschließlich DO-Angestellte. – 3) Anteil der Frauen an
– 6) Ohne weibliche Beschäftigte in rechtlich selbständigen Kranken-

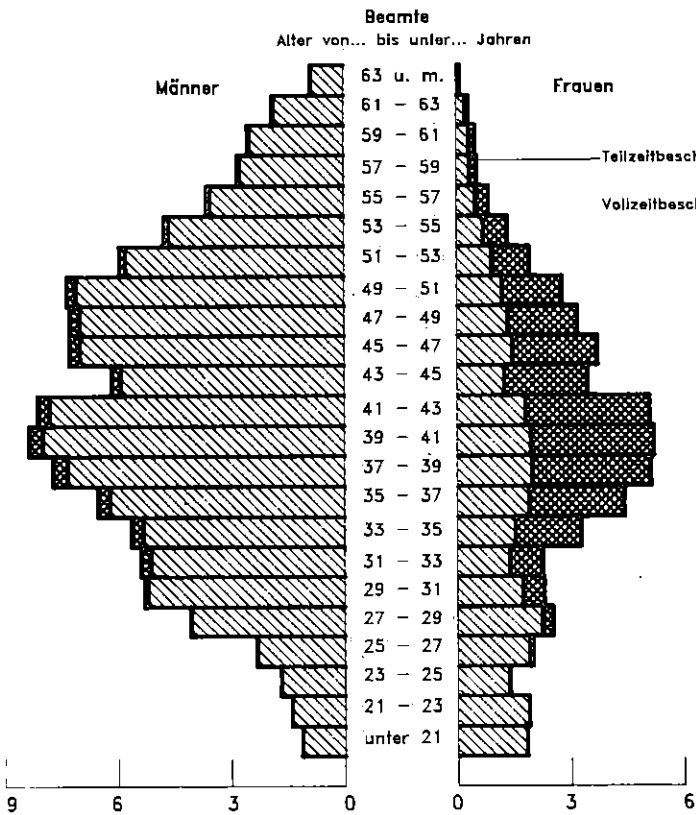
- Unter den verschiedenartigen Tätigkeitsmerkmalen liegt nach wie vor bei Männern der Schwerpunkt bei Tätigkeiten wie "Maschinen einrichten, Herstellen, Reparieren/Erneuern". 47 % der 2,68 Mill. erwerbstätigen Männer waren 1989 in diesen Bereichen tätig. Haupttätigkeitsbereiche bei den 1,77 Mill. erwerbstätigen Frauen lagen in Schreib- und Verwaltungstätigkeiten im Büro (29 %), verschiedenen anderen Dienstleistungen wie z.B. Lehr- und Beratungstätigkeiten, pflegerische oder publizistische Tätigkeiten (18 %), aber auch in Produktionstätigkeiten (15 %) und in Tätigkeiten, die für den Bereich "Handel" typisch sind (14 %).
- In den verschiedenen Wirtschaftsbereichen - vom Produzierenden Gewerbe bis zu den Dienstleistungen - liegt der Frauenanteil bei

Schreib-, Verwaltungs- oder Bildschirmtätigkeiten besonders hoch. Die Berufsstruktur abhängig beschäftigter Frauen hat sich im Laufe der achtziger Jahre nur wenig geändert. Zwar ist der Frauenanteil bei den verschiedenen Fertigungsberufen - insbesondere im Textilbereich - leicht zurückgegangen, während bei einer Reihe von Dienstleistungsberufen heute relativ mehr Frauen vertreten sind als zu Beginn der achtziger Jahre. Über die Ausübung verantwortlicher Tätigkeiten hinaus haben sich Frauen zum Ende der achtziger Jahre auf den verschiedenen betrieblichen Hierarchiestufen behauptet. Gleichwohl überwiegt nach wie vor insbesondere bei höheren Führungspositionen der Anteil der Männer.

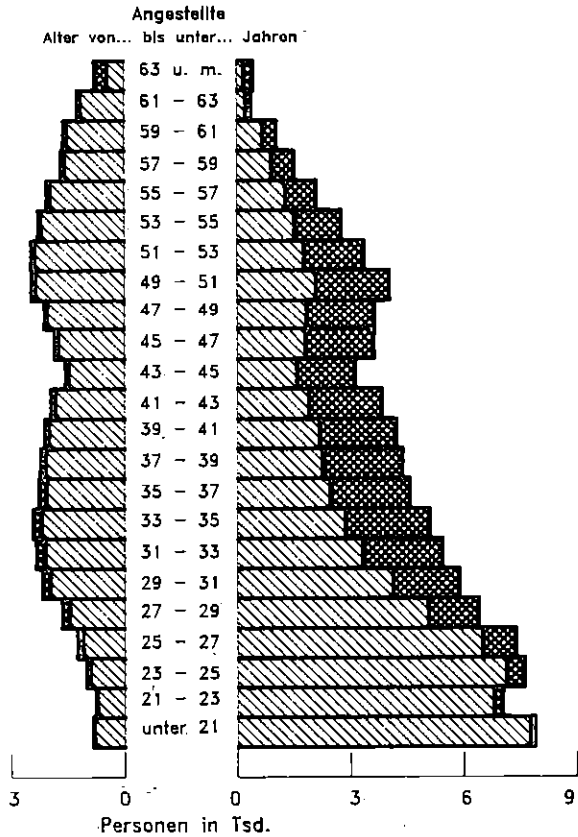
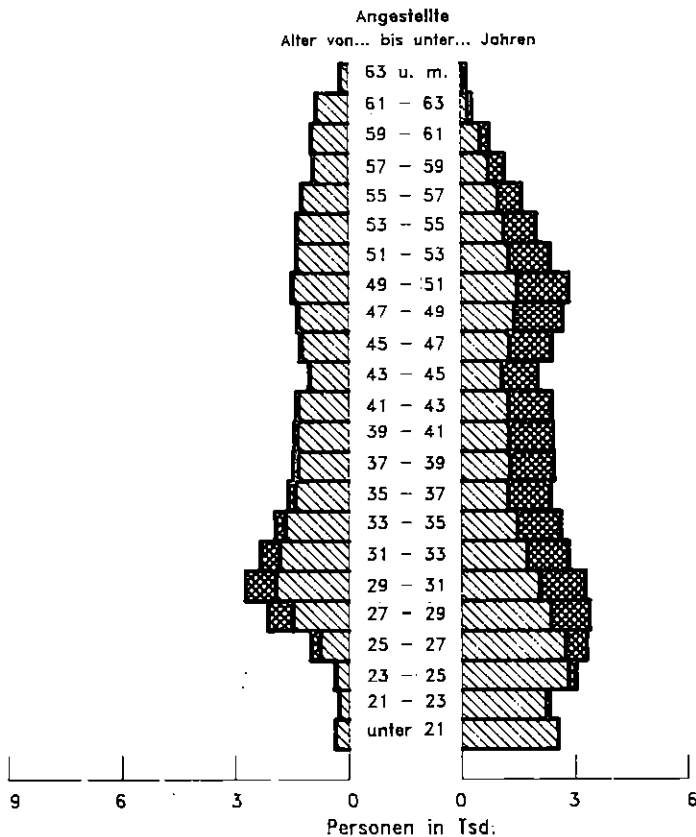
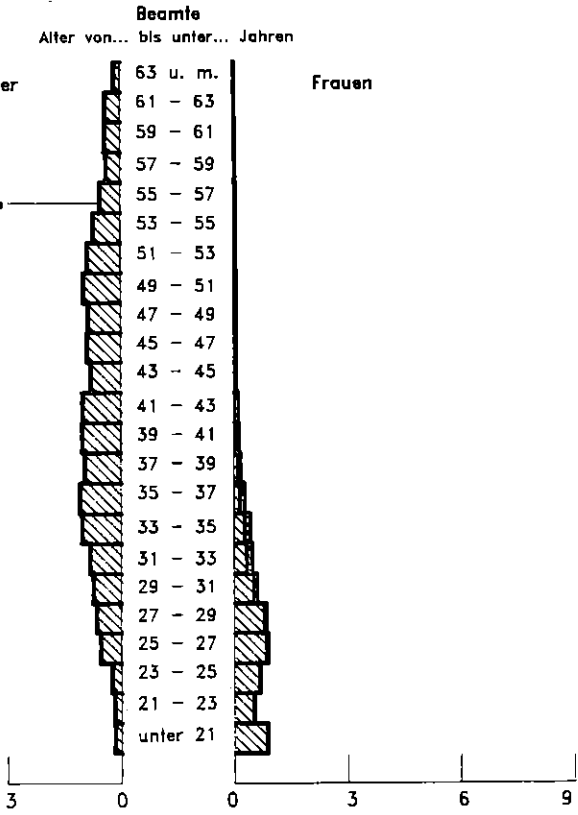
- Nach den Ergebnissen des Mikrozensus war 1989 rund ein Drittel der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt (Wochenarbeitszeit von weniger als 36 Stunden). Die überwiegende Form der Teilzeitarbeit bestand aus einer Wochenarbeitszeit von 18 bis einschließlich 35 Stunden. Je nach formaler Qualifikation und Stellung im Beruf nehmen Frauen unterschiedliche Formen der Teilzeitarbeit wahr.
- Der familiäre Lebenshintergrund prägt den zeitlichen Umfang der Erwerbsbeteiligung von Frauen in besonderem Maße. Sofern keine Kinder vorhanden sind, bildet eine Vollzeiterwerbstätigkeit den Regelfall (81 % der erwerbstätigen Frauen ohne Kinder arbeiteten 1990 in der Woche 36 und mehr Stunden). Erwerbstätige Mütter von minderjährigen Kindern sind demgegenüber vorwiegend (60 %) teilzeitbeschäftigt - und hier vor allem mit einer Wochenarbeitszeit von 18 bis 35 Stunden.
- Heute vereinbaren rund 55 % der Mütter minderjähriger Kinder Familien- und Erwerbstätigkeit gleichzeitig. Überwiegend geschieht dies im Rahmen einer Teilzeittätigkeit. Aber immerhin 40 % der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren - das waren 1990 rund 237 000 Frauen - vereinbaren Familie und Erwerbstätigkeit jeweils als "Vollzeitarbeitsplätze".
- Da materielle Zwänge Alleinerziehenden oft keine Wahlmöglichkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit lassen, sind alleinerziehende Frauen nicht nur deutlich häufiger überhaupt erwerbstätig als verheiratete

Bedienstete in Baden-Württemberg am 30. Juni 1990 nach Altersgruppen und Dienstverhältnis

a) Landesbedienstete



b) Bedienstete der Gemeinden/Gv.



Mütter, sondern sie üben auch in deutlich stärkerem Maße Vollzeittätigkeiten aus (1990: 56 % im Vergleich zu 38 % bei verheirateten Müttern).

- Im gesamten öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg waren 1990 rund 328 000 Frauen beschäftigt. Damit lag der Frauenanteil an allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei

51 %. Schwerpunkte der Frauenbeschäftigung beim Landespersonal und den Kommunalbediensteten waren bei den Beamten die Tätigkeiten des gehobenen Dienstes (Frauenanteil knapp 45 %), bei den Angestellten die Tätigkeiten des mittleren Dienstes (Frauenanteil fast 78 %). Im höheren Dienst betrug der Frauenanteil 21 % bei den Beamten und rund 26 % bei den Angestellten.

3. Umwelt

Umweltschutzinvestitionen in Baden-Württemberg

In den zurückliegenden Jahren hat sich zunehmend die Einsicht durchgesetzt, daß umweltschützenden Maßnahmen hohe Priorität beizumessen ist. Es wurde dabei klar, daß der Umweltschutz auch als integriertes wirtschaftspolitisches Ziel begriffen werden muß, um durch die Vermeidung und Beseitigung von Schäden aus menschlichen Eingriffen zur nachhaltigen Sicherung einer lebenswerten Umwelt für die Menschen zu gelangen. Die neu formulierte Forderung nach Umweltstabilität soll ausdrücken, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen auch darauf hin zu überprüfen sind, ob sie umweltverträglich sind.

Umgekehrt wird in der Diskussion umweltpolitischer Maßnahmen immer auch darauf verwiesen, daß die ökonomischen Auswirkungen der Umweltpolitik zu berücksichtigen sind. Gerade dieser Aspekt der finanziellen Belastung durch Umweltschutzanstrengungen hat gegenwärtig besonderen Nachdruck erfahren.

Ein besonderes Problem bei der Diskussion um die Forderung nach mehr Umweltschutz ist die Messung der Zielerreichung in der Umweltpolitik. Notwendig erscheint die umfassende Verknüpfung von Umweltschutzmaßnahmen und dadurch erzielten Entlastungseffekten für die Umwelt mit den damit verbundenen finanziellen Belastungen einerseits und Kostenersparnissen andererseits. Aufgeworfen ist damit auch die Frage nach dem Umfang der Umweltschäden sowie deren Folgekosten. Letztlich geht es um die Frage der Berücksichtigung der Umweltproblematik im Rahmen von Wohlstandsuntersuchungen. Diesem Anliegen näherzukommen, dienen unter anderem die seit einiger Zeit forcierten Überlegungen zur Entwicklung umweltökonomischer Gesamtrechnungen bzw. von Satellitensystemen "Umwelt" zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Grundlegende Schritte zur Entwicklung derartiger Systeme bestehen in der Behandlung von zwei großen Fragekomplexen:

- Notwendige und realisierte Umweltschutzaktivitäten der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, Höhe und Struktur der damit verbundenen Ausgaben und deren einzel- sowie gesamtwirtschaftliche Auswirkungen;
- Abgegebene Emissionen, die Entwicklung der Immissionssituation sowie Zusammenhänge zwischen Produktion, Umweltschutzmaßnahmen und Emissionen bzw. Umweltqualität einschließlich Ressourcenverbrauch.

Für einige dieser Fragen sollen im folgenden bislang verfügbare Daten dargestellt werden, wofür zunächst einige inhaltliche Abgrenzungen und Definitionen erforderlich sind.

Als hauptsächliche Maßnahmenbereiche des Umweltschutzes werden die Abfallentsorgung, der Gewässerschutz, die Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung einbezogen. Die Bereiche Boden- und Strahlenschutz sowie Naturschutz und Landschaftspflege können wegen der mangelnden Datenlage nur unvollständig behandelt werden. Schwierigkeiten bestehen bei der Erfassung von Maßnahmen, die zwar dem Umweltschutz dienen, aber den Umweltbereichen nicht zuordenbar sind, wie beispielsweise einem Teil der Aktivitäten in Verwaltung und Forschung.

Eine weitere inhaltliche Abgrenzung bezieht sich auf den Anlaß der Maßnahmen. Neben solchen die ausschließlich oder zumindest überwiegend dem Umweltschutz dienen, gibt es viele Maßnahmen, denen außer dem Umweltschutz vor allem auch andere Zielsetzungen zugrunde liegen. Die entsprechenden Ausgaben, z.B. für den Bau von Umgehungsstraßen oder für Maßnahmen der Energieeinsparung können nicht in die Betrachtung der Umwelt-

schutzanstrengungen¹ einbezogen werden, auch wenn damit positive Effekte in Form reduzierter Schadstoffemissionen verbunden sein mögen. Diese oft als "integriert" bezeichneten Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Emissionen der Wirtschaftsbereiche bzw. privaten Haushalten finden jedoch ihren Niederschlag in der Betrachtung der Emissions- bzw. Immissionsseite. Insofern ist die Zuordnung der Emissionen zu den direkten ökonomischen Verursachern unverzichtbar, um die Einflüsse der Umweltschutzmaßnahmen der Wirtschaftssubjekte und darüber hinaus den Einfluß des wirtschaftlichen Strukturwandels auf die Emissionsseite wiederzuspiegeln. Bei der Verknüpfung von Maßnahmen und Emissionsseite ist zu beachten, daß die Emissionen auch durch Änderungen der Verhaltensweisen beeinflusst werden können, die nicht mit Ausgaben für Umweltschutzzwecke verbunden sind (z.B. eingeschränkte Nutzung von Kraftfahrzeugen oder Produktionsverlagerungen).

Bei den Ausgaben für Umweltschutzmaßnahmen und deren einzel- oder gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen stehen je nach Fragestellung die Investitionsausgaben der Wirtschaftsbereiche und die laufenden Betriebskosten durch bestehende Einrichtungen oder - bei Fragen der Kostenbelastung beispielsweise - die laufenden Aufwendungen (Abschreibungen plus laufende Ausgaben) im Blickfeld. Die laufenden Ausgaben umfassen dabei auch die Gebühren und Entgelte für die Inanspruchnahme externer Umweltschutzleistungen, so daß bei einer Gesamtbetrachtung der Leistungsaustausch zwischen Wirtschaftsbereichen zu berücksichtigen ist, um Doppelzählungen und damit Verzerrungen zu vermeiden.

Diese Gefahr besteht bei der Betrachtung der Investitionsleistungen nicht, die, obgleich sie nur einen Teil der finanziellen Aufwendungen umfassen, ein geeignetes Maß für die Anstrengungen zum Schutz der Umwelt darstellen und zugleich Träger, Zeitpunkt und Art der ergriffenen Maßnahmen kennzeichnen.

Die Investitionen für Umweltschutz durch die öffentliche Hand und Betriebe des Produzierenden Gewerbes werden seit 1975 in vergleichbarer Abgrenzung

nachgewiesen. Bei den erfaßten Investitionsbeträgen handelt es sich um Maßnahmen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen bzw. um solche, für die der auf den Umweltschutz entfallene Teil beziffert werden konnte. Andere Maßnahmen, die hauptsächlich anderen Zwecken dienten, zugleich aber auch mit Umweltentlastungen verbunden waren, sind hierbei zumindest überwiegend nicht enthalten. Dies gilt sowohl für Aktivitäten im Produzierenden Gewerbe (z.B. Produktionsumstellungen in der Oberflächenbehandlung, Wassersparmaßnahmen), als auch für Leistungen der öffentlichen Hand (insbesondere Lärmschutzmaßnahmen). Bei den produktbezogenen Umweltschutzinvestitionen sind nur solche einbezogen, die auf gesetzliche Vorschriften zurückgehen. Insofern stellen die erfaßten Beträge auch eine untere Grenze für die erbrachten Umweltschutzinvestitionen dar.

Seit 1975 über 30 Mrd. DM an Umweltschutzinvestitionen

Der Betrag, der von 1975 bis einschließlich 1990 entsprechend dieser Abgrenzung durchgeführten Umweltschutzinvestitionen beläuft sich in jeweiligen Preisen auf über 30 Mrd. DM.

Etwa 20 Mrd. DM oder knapp zwei Drittel davon wurden durch die öffentliche Hand investiert; auf das Produzierende Gewerbe entfällt ein Volumen von 8,8 Mrd. DM. Andere Wirtschaftsbereiche haben zusammen mindestens eine halbe Mrd. DM investiert. Diese Minimalabschätzung ergibt sich aus den Unterlagen über die nach § 7d Einkommenssteuergesetz begünstigten Umweltschutzinvestitionen.

Auch die privaten Haushalte haben in den zurückliegenden Jahren als Nutzer langlebiger Gebrauchsgüter zunehmend direkte finanzielle Leistungen zum Umweltschutz erbracht. Allerdings liegen für diesen Sektor keine systematischen Angaben über die auf Umweltschutzaggregate entfallenden Anschaffungspreise vor. Aber allein beim Erwerb katalysatorbestückter PKW's wurden in den Jahren seit 1985 durch die Privathaushalte schätzungsweise über eine Mrd. DM aufgebracht. Ein beträchtlicher Teil davon wurde allerdings durch steuerliche Vergünstigungen ausgeglichen. Weitere Maßnahmenbereiche, die den Haushaltssektor stark betreffen, sind die Erneuerung von Heizungskesseln und -brennern sowie die Wärmedämmung.

1 Die Ziele der Energieeinsparung und Umweltentlastung sind allerdings zunehmend eng miteinander verknüpft zu sehen, wenn man etwa die notwendige Reduzierung der CO₂-Emissionen betrachtet.

Tabelle 1

Umweltschutzinvestitionen der öffentlichen Hand, des Produzierenden Gewerbes und der übrigen Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg 1975 bis 1990

Bereich	Umweltschutz- investitionen insgesamt	Davon für			
		Abfall- entsorgung	Gewässer- schutz	Lärm- bekämpfung	Luft- reinhaltung
	Mill. DM				
Öffentliche Hand					
Gemeinden und Kreise ¹⁾	19 678,9	1 330,9	18 348,0	> 78,0	.
Land	> 352,0 ²⁾	.	.	> 232,0	.
Produzierendes Gewerbe	8 826,2	736,4	2 981,9	399,4	4 708,6
Übrige Wirtschaftsbereiche ³⁾	500,0 ²⁾

1) Einschließlich Zweckverbände. – 2) Aufteilung nach Umweltschutzbereichen nicht vollständig möglich. – 3) Land- und Forstwirtschaft, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung und Dienstleistungen.

Die Umsetzung und Durchführung der öffentlichen Umweltschutzmaßnahmen obliegt hauptsächlich den Gemeinden, Landkreisen und Zweckverbänden. Das Land leistet dafür vor allem Finanzhilfen.

Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen der Gemeinden und Kreise betrug im Betrachtungszeitraum rund 20 %. Wie bereits ausgeführt, dürfte sowohl der absolute Betrag der Umweltschutzinvestitionen als auch der Anteil am Gesamtinvestitionsvolumen tatsächlich noch höher liegen, da die Zweckzuordnung der Investitionen teilweise nicht eindeutig erfolgen kann. Untererfassungen können auch darin begründet sein, daß in den letzten Jahren Aufgaben der Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung vermehrt von eigenständigen Gesellschaften, Eigenbetrieben bzw. Zweckverbänden wahrgenommen werden. Deren Investitionen werden zwar in der Bilanzstatistik erfaßt, aus der liegen jedoch für den Betrachtungszeitraum keine vollständigen Angaben vor.

Auch die direkten Investitionen des Landes für Umweltschutzmaßnahmen dürften höher liegen als die ermittelbaren rund 352 Mill. DM. Wegen der Verteilung auf verschiedene Ressorts und der oft nicht gesonderten Darstellung, lassen sich aber die Umweltschutzinvestitionen des Landes nicht vollständig angeben.

Gewässerschutz bestimmend für die Höhe der öffentlichen Umweltschutzinvestitionen

Eindeutiger Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen durch die öffentliche Hand war im Betrachtungszeitraum der Gewässerschutz. Der wesentliche Teil floß dabei dem Schutz der Oberflächengewässer durch Abwasserreinigungsmaßnahmen zu. Rund 93 % der insgesamt fast 20 Mrd. DM wurden in deren Ausbau investiert. Der Betrag für die Abfallentsorgung, für die in erster Linie die Kreise verantwortlich sind, hat in den betrachteten 16 Jahren rund 7 % der öffentlichen Investitionen ausgemacht, wobei in den letzten Jahren ein Anstieg des Anteils festzustellen ist. Dies gilt auch für die Investitionen des Landes in den Ausbau der Meßnetze für Grundwasser und Oberflächengewässer sowie zur Kontrolle der Luftimmissionen. Dennoch machen beide Bereiche über den Betrachtungszeitraum aggregiert einen sehr geringen Teil der Umweltschutzinvestitionen aus (unter 1 %). Daneben investierte die öffentliche Hand auch für den Lärmschutz. Die verfügbaren Angaben über vorsorgenden bzw. sanierenden Lärmschutz durch Land und Kommunen belaufen sich auf ca. 300 Millionen DM. Die Angaben sind jedoch nicht vollständig, zumal Lärmschutz vor allem integriert in straßen- und städtebauliche Maßnahmen betrieben wird.

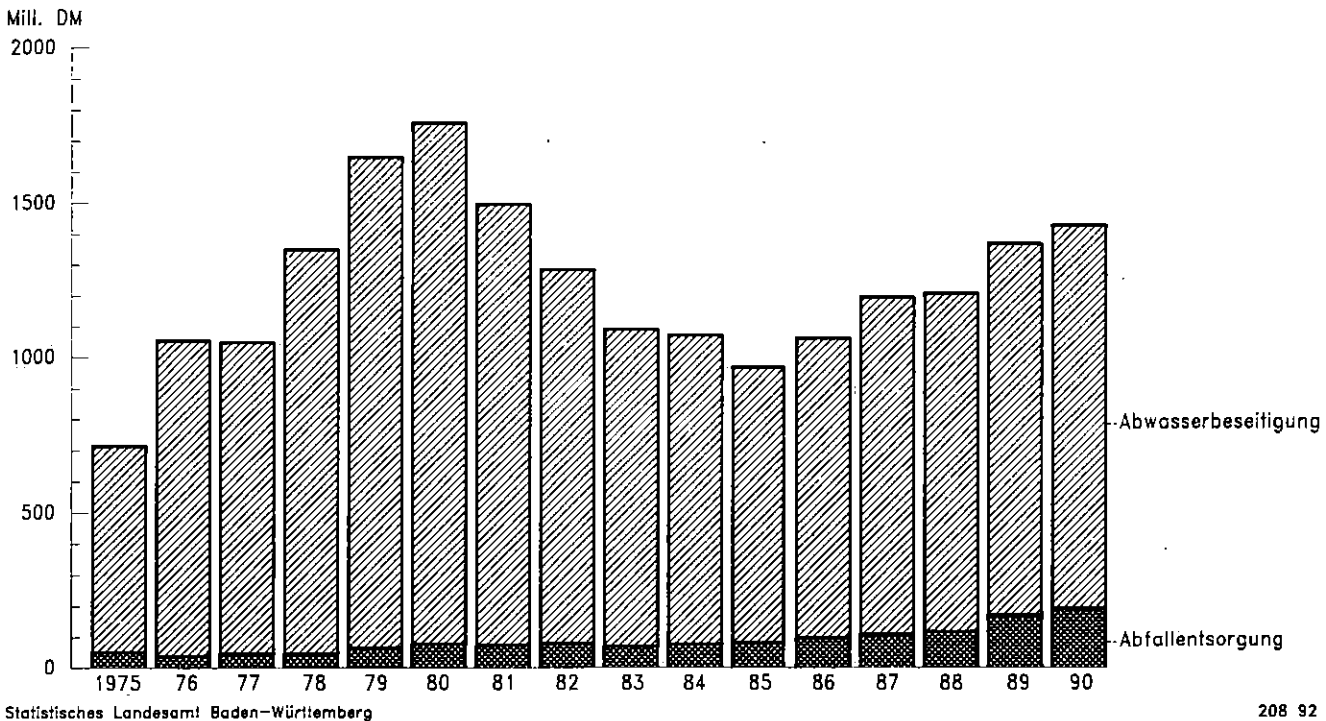
Die Entwicklung der öffentlichen Umweltschutzinvestitionen insgesamt ist demnach eindeutig durch den Gewässerschutz geprägt. Dessen Ausbau war ab Mitte der 70er Jahre erheblich forciert worden und führte 1980 zu einem absoluten Spitzenwert der Investitionen in Höhe von 1,7 Mrd. DM. Danach folgte bis Mitte der 80er Jahre ein spürbarer Rückgang. Der Grund dafür dürfte auch im damaligen Konjunktur-einbruch und damit geringeren öffentlichen Finanzmitteln zu sehen sein. Andererseits war zwischenzeitlich ein hoher Standard in der öffentlichen Abwasserbeseitigung erreicht, so daß der dringende Bedarf an Investitionen vor allem in den Bau von Kläranlagen und Kanalisationen gedeckt schien. Immerhin waren Mitte der 80er Jahre rund 94 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg an die öffentliche Sammelkanalisation und rund 90 % an biologische Kläranlagen angeschlossen. Aufgrund neuer Anforderungen an die Kläranlagenleistungen sowie zur weiteren Steigerung der Anschlußgrade an Kläranlagen, ist in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wieder ein spürbarer Anstieg der Investitionen in diesen Umweltschutzbereich zu beobachten.

Die Konzentration der öffentlichen Mittel auf die Sanierung der Oberflächengewässer läßt sich auch an der Entwicklung auf der Emissionsseite verfolgen. Mit der Steigerung der Anschlußwerte an Kanalisation und biologische Kläranlagen, mit der Verbesserung der Klärwerksausstattungen und dem Ausbau der Regenentlastungsbauwerke gingen auch die Schmutzbelastungswerte der in die Oberflächengewässer abgeleiteten Abwassermengen deutlich zurück. So sank der BSB5-Wert, der für den biologischen Sauerstoffbedarf der abgeleiteten Abwässer steht, von über 70 mg pro Liter im Jahr 1975 auf noch 14 mg pro Liter im Jahr 1989. Auch erste Erfolge bei der Elimination von Nährstoffen zur Vermeidung der Gewässerüberdüngung sind belegbar.

Trotz des erreichten hohen Standards in der Abwasserentsorgung verbleiben noch Anforderungen, die auch zukünftig hohe Investitionen in die Abwasserbeseitigung notwendig machen. Insbesondere die neuen Richtlinien bezüglich der Nährstoffelimination dürften sich hier auswirken. Die weitere Reduzierung der Belastung mit anorganischen Stoffen verlangt

Schaubild 1

Umweltschutzinvestitionen der öffentlichen Hand in Baden-Württemberg 1975 bis 1990
in Preisen von 1980 nach Umweltschutzbereichen



wohl vor allem Maßnahmen an den Quellen im gewerblichen und häuslichen Bereich. Weiteren Investitionsbedarf im öffentlichen Bereich dürften die Forderungen aus der Sicht des Grundwasserschutzes mit sich bringen, die vor allem eine Überprüfung und ggf. Sanierung der Kanalnetze notwendig machen.

Die Investitionen in die Abfallentsorgung sind nach relativ niedrigen Beträgen in den 70er Jahren seit Anfang 1980 fast kontinuierlich angestiegen und haben 1990 ein Volumen von 190 Mill. DM erreicht. Ausschlaggebend für diese Steigerung ist jedoch nicht der Neubau von Abfallentsorgungsanlagen, denn seit 1983 sind keine neuen Deponien oder höherwertigen Entsorgungsanlagen errichtet worden. Die Investitionsmittel wurden vor allem für die Verbesserung der Ausstattung bestehender Anlagen sowie zum Ausbau der getrennten Erfassung von verwertbaren Altstoffen bzw. von Problemabfällen aufgewendet. Für die nächsten Jahre ist mit einem verstärkten Anstieg der Investitionen in die Abfallentsorgung zu rechnen, da dringend benötigte Abfallentsorgungsanlagen zu errichten sind sowie bestehende Anlagen weiter nachgerüstet werden müssen. Entsprechende Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten sind bei einer Reihe von Anlagen, beispielsweise in Stuttgart oder Mannheim, bereits angelaufen.

Gewässerschutz in Baden-Württemberg früher vorangetrieben als in anderen Bundesländern

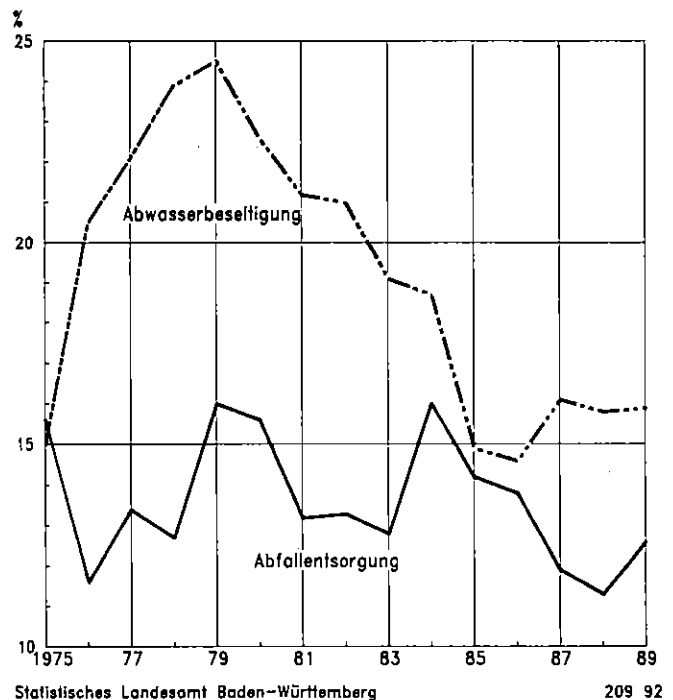
Für die Einschätzung der öffentlichen Umwelt-schutzmaßnahmen im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung ist auch die Gegenüberstellung mit den entsprechenden Zahlen für das gesamte Bundesgebiet hilfreich. Bei der Abfallentsorgung errechnet sich dabei ein etwa gleichbleibender Anteil von ca. 14 % über den Betrachtungszeitraum.

In der Abwasserbeseitigung dagegen sind beträchtliche Unterschiede in der zeitlichen Verteilung der Maßnahmen festzustellen. Während bis Anfang der 80er Jahre der Anteil des Landes an den bundesweiten Gewässerschutzmaßnahmen deutlich über 20 % lag, ist er in den 80er Jahren auf zwischen 15 und 16 % zurückgegangen. Dies macht deutlich, daß der Ausbau der öffentlichen Abwasserbeseitigungs-einrichtungen im Land früher vorangetrieben wurde, als in anderen Bundesländern (vgl. Tabelle 2). Diese Einschätzung belegt eine Reihe abwasserbezogener Vergleichsdaten. Insbesondere der Anschlußgrad an

Schaubild 2

Investitionen der öffentlichen Hand für Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung 1975 bis 1989

–Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet–



die öffentliche Kanalisation und an biologische Kläranlagen ist in Baden-Württemberg schneller auf ein hohes Niveau gestiegen, das bezogen auf das Jahr 1989 die Spitzenstellung unter den Bundesländern darstellt. Auch die Belastungskennziffern für die abgeleiteten Abwässer liegen im Land günstiger als bundesweit.

Weitere Entwicklungs- und Strukturunterschiede zwischen Land und Bund werden sichtbar, wenn man die laufenden Ausgaben in die Betrachtung mit einbezieht. So ist besonders auffällig, daß in der Abfallentsorgung die laufenden Aufwendungen in Baden-Württemberg einen deutlich höheren Anteil ausmachen als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Ursache dürften die in Baden-Württemberg stärker in Anspruch genommenen privaten Entsorgungsleistungen sein. In der Abwasserbeseitigung deuten die Relationen auf den höheren Ausbaustand der Kläranlagen hin. In beiden Bereichen sowohl der Abfallentsorgung als auch der Abwasserbeseitigung fällt auf, daß der Anteil der Sachkosten in Baden-Württemberg deutlich höher liegt als im Bundesgebiet. Wesentliche Erklärungsfaktoren dürften wiederum die erhöhte Inanspruchnahme von Fremdleistungen in der Abfallentsorgung bzw. der

Tabelle 2

Öffentliche Abwasserbeseitigung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1975 bis 1989

Jahr	Anschlußgrad der Wohnbevölkerung						Restbelastung des Abwassers im Land		Volumen der Regenwasserbehandlungsanlagen im Land
	an die Sammelkanalisation		an biologische Kläranlagen		an Kläranlagen mit weitergehender Beahandlung		Biochemischer Sauerstoffbedarf (BSB ₅)	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet			
							%		
1975	93,5	86,0	62,0	56,4	.	.	72	.	.
1979	96,5	88,7	84,6	69,1	.	5,0	30	.	.
1983	97,2	90,7	93,5	76,5	5,9	6,7	17	44	1,42
1987	98,0	92,5	96,5	84,9	32,8	27,2	14	35	1,88
1989	14	39	2,11

weiter vorangetriebene Ausbaustand sowie die aufwendige Klärschlamm Entsorgung bei der Abwasserbeseitigung sein.

8,8 Mrd. DM Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe

Die Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Produzierenden Gewerbes beliefen sich im Zeitraum 1975 bis 1990 auf über 8,8 Mrd. DM. Dabei handelt es sich wie oben beschrieben vor allem um nachgeschaltete Maßnahmen, die meist ausschließlich dem Umweltschutz dienen. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen des selben Zeitraums betrug 3,8 %. Die öffentliche Hand leistete hierzu Finanzhilfen. Zu nennen sind darunter in erster Linie die steuerlichen Hilfen des Bundes durch Gewährung erhöhter Abschreibungen nach § 7 d Einkommensteuergesetz sowie die unmittelbar wirksamen Zinsverbilligungen der Landeskreditbank auf Darlehen zur Mittstands-förderung nach dem Umweltschutzprogramm des Landes Baden-Württemberg. Allein die über steuerbegünstigte Abschreibungen getätigten Umweltschutzinvestitionen beliefen sich im Zeitraum von 1975 bis 1990 auf ein Volumen von rund 5,8 Mrd. DM.

Der überwiegende Teil der gewerblichen Umweltschutzinvestitionen konzentriert sich auf das Verarbeitende Gewerbe (5,8 Mrd. DM). Der Anteil an den Gesamtinvestitionen beträgt hier im Durchschnitt der 16 Jahre 3,3 %. Fast genau doppelt so hoch ist der Anteil der Umweltschutzinvestitionen im Bereich der Energieversorgung, auf den mit über 2,9 Mrd. DM der zweite große Anteil der gewerblichen Umweltschutzinvestition entfällt. Im Baugewerbe

wurden im Betrachtungszeitraum rund 0,1 Mrd. DM für Umweltschutzmaßnahmen aufgewendet, bei einem Anteil von 0,9 % an den Gesamtinvestitionen. Der Bergbau, der in Baden-Württemberg nur relativ geringe Strukturanteile hat, investierte mit rund 10 Mill. DM 2,9 % seiner Gesamtinvestitionen für Umweltschutz.

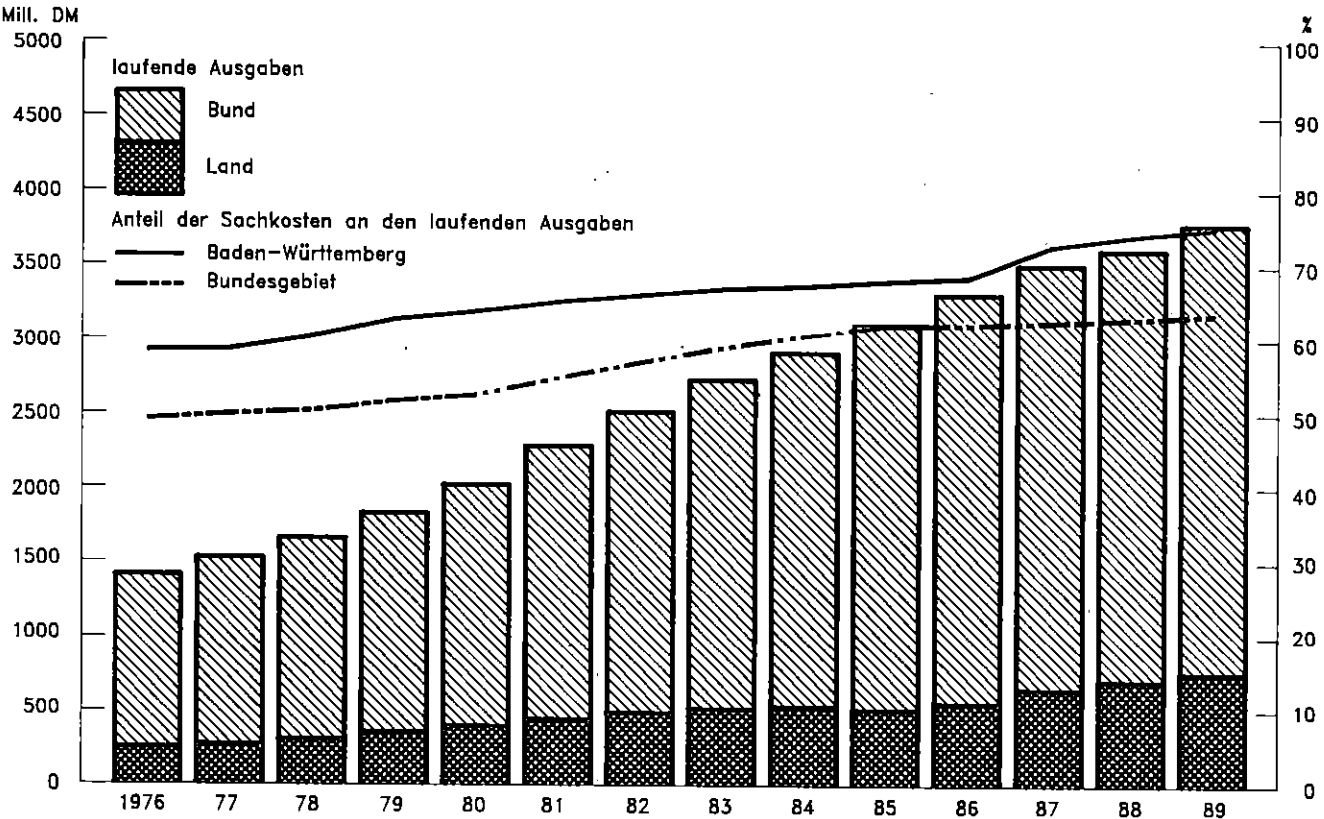
Der zeitliche Verlauf der gewerblichen Umweltschutzinvestition ist stark durch die Terminierung umweltpolitischer Maßnahmen beeinflusst, von denen die vielfältigen Produktionsbereiche sehr unterschiedlich betroffen sind. Dementsprechend ist die Verteilung der Umweltschutzinvestitionen auf die Maßnahmenbereiche in den Wirtschaftsbereichen ganz verschieden und auch die zeitliche Entwicklung weist zum Teil beträchtliche Variationen auf.

Im Bergbau sind die Maßnahmen von nur einzelnen Betrieben geprägt. Der Maßnahmenswerpunkt wechselte Mitte der 80er Jahre vom Gewässerschutz zur Abfallbeseitigung. Beim Baugewerbe lag der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen - im folgenden auch kurz Umweltschutzquote genannt - Mitte der 70er Jahre über dem Durchschnitt von 0,9 %, während in den letzten 5 Jahren deutlich unterdurchschnittliche Quoten erreicht wurden. Die Umweltschutzinvestitionen konzentrierten sich Anfang der 80er Jahre auf die Lärmbekämpfung und Maßnahmen der Luftreinhaltung, während seit Mitte der 80er Jahre die Abfallbeseitigung zunehmendes Gewicht erhielt. Ein wichtiger Zukunftsbereich dürfte hier im Aufbau von Recyclinganlagen für die Nutzung von Bauschutt etc. liegen, wofür beträchtliche Investitionen zu erwarten sind.

Schaubild 3

Laufende Ausgaben der öffentlichen Hand in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1976 bis 1989

a) Abwasserbeseitigung



b) Abfallentsorgung

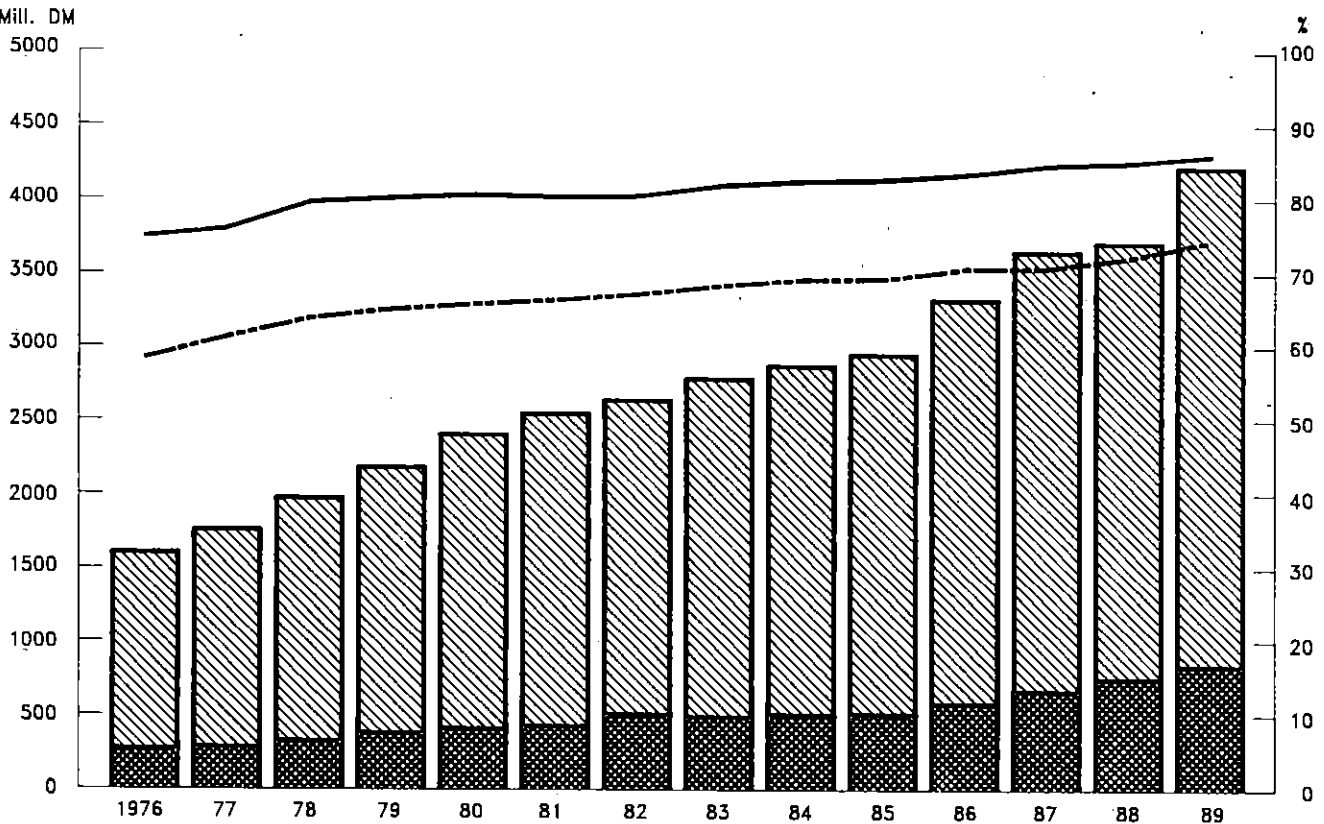


Tabelle 3
Umweltschutzzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe Baden-Württembergs 1975 bis 1990

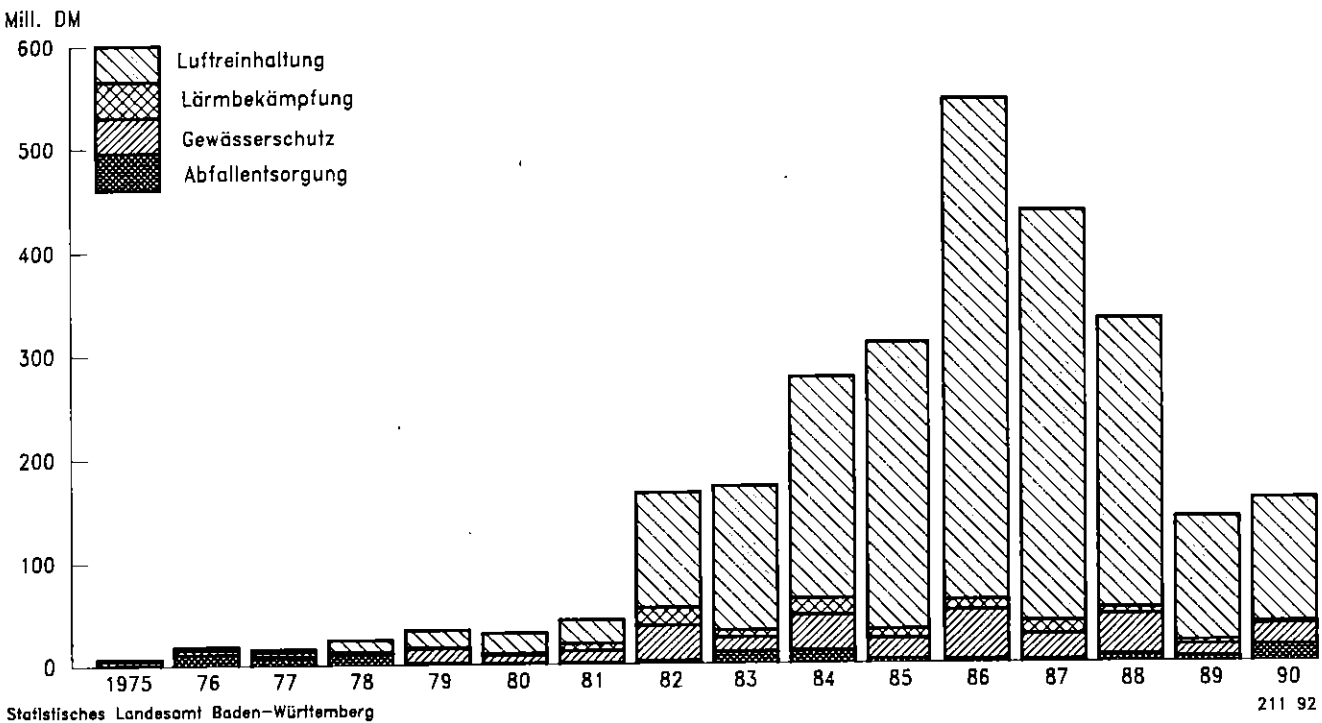
Wirtschaftsbereich	Investitionen ins- gesamt	Umwelt- schutz- investi- tionen (UI)	Anteil der UI an den Gesamt- investi- tionen	Davon im Bereich							
				Abfall- entsorgung		Gewässer- schutz		Lärm- bekämpfung		Luft- reinhaltung	
				Mill. DM	% von Spalte 1	Mill. DM	% von Spalte 2	Mill. DM	% von Spalte 2	Mill. DM	% von Spalte 2
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	44 995,8	2 948,8	6,6	94,2	3,2	346,1	11,7	113,7	3,9	2 394,9	81,2
Bergbau	333,7	9,6	2,9	2,1	22,1	6,5	67,9	0,2	1,6	0,8	8,4
Verarbeitendes Gewerbe	175 918,5	5 767,7	3,3	612,4	10,6	2 619,5	45,4	256,2	4,4	2 279,6	39,5
Baugewerbe	11 310,3	100,1	0,9	27,7	27,7	9,8	9,8	29,4	29,3	33,2	33,2
Produzierendes Gewerbe insgesamt	232 558,3	8 826,2	3,8	736,4	8,3	2 981,9	33,8	399,4	4,5	4 708,6	53,4

**Ausstattung der Wärmekraftwerke mit Abgasreini-
gungsanlagen weitgehend abgeschlossen**

Im Energiesektor haben die Umweltschutzzinvestitionen aufgrund der umfangreichen Luftreinhaltemaßnahmen in Form von Anlagen zur Abgasreinigung

einen geradezu explosionsartigen Anstieg erfahren. Bei einem um 1 % schwankenden Anteil an den Gesamtinvestitionen wechselten bis einschließlich 1981 die Maßnahmen zwischen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz und Luftreinhaltung. Ab 1982 stiegen dann die Umweltschutzzinvestitionen durch Se-

Schaubild 4.
Umweltschutzzinvestitionen im Energiebereich in Baden-Württemberg 1975 bis 1990 in Preisen von 1980 nach Umweltschutzbereichen



kundärmaßnahmen zur Reduzierung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen sprunghaft bis auf 580 Mill. DM im Jahr 1986 an und erreichten in diesem Jahr einen Anteil an den Gesamtinvestitionen von 15,7 %. In den letzten Jahren ging der Betrag dann wieder auf jeweils rund 187 Mill. DM bei einem Anteil um 6 % zurück, da offenbar die Nachrüstung der Kraftwerke mit Entschwefelungs- bzw. Entstickungsanlagen vorläufig abgeschlossen ist. Der Erfolg dieser Anstrengungen, die durch Kraftwerkstilllegungen sowie integrierte Maßnahmen in Form der Umstellung auf Wirbelschichtfeuerung ergänzt wurden, läßt sich an der Entwicklung der Kraftwerksemissionen eindrucksvoll ablesen. Von 1982, dem Beginn erster Maßnahmen, bis 1990, dem vorläufigen Abschluß der Nachrüstungsmaßnahmen gingen, nach Berechnungen auf der Basis der kontinuierlichen Abgas-Messungen durch die Kraftwerke, die SO₂-Emissionen um ca. 80 % und die der NO_x-Emissionen um ca. 70 % zurück.

Umweltschutzmaßnahmen im Verarbeitenden Gewerbe geprägt von umweltpolitischen Schwerpunkten und Konjunkturverlauf

Anders als im Energiebereich ist die Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe durch verschiedene Umweltschutzvorschriften sowie eine Reihe weiterer Einflüsse geprägt.

Hinter dem durchschnittlichen Anteil von 3,3 % an den Gesamtinvestitionen und der Gesamtverteilung auf die vier Umweltschutzbereiche, stehen erhebliche Abweichungen in der zeitlichen Entwicklung, die durch wechselnde umweltpolitische Maßnahmenschwerpunkte, unterschiedliche Betroffenheit der zugehörigen Branchen sowie deutliche konjunkturelle Einflüsse geprägt sind. Von grundlegender Bedeutung ist dabei schließlich auch die Branchen- und Betriebsgrößenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs.

Die Gesamtentwicklung der Umweltschutzinvestitionen wird neben der Umweltschutzquote auch anschaulich am Anteil der Betriebe, die in Umweltschutzmaßnahmen investiert haben. Beide Größen gingen von einem relativ hohen Niveau im Jahr 1975 bis Anfang der 80er Jahre spürbar zurück. Mit der Verabschiedung einer Reihe von Umweltschutzgesetzen und -verordnungen in der ersten Hälfte der 70er Jahre war ein hoher Bedarf an Umweltschutzeinrichtungen entstanden. Durch den zusätzlichen Anreiz der bis Mitte 1975 von der Bundesre-

gierung gewährten Investitionszulage haben offenbar viele Betriebe ohnedies notwendig gewordene Umweltschutzinvestitionen in diesem Jahr durchgeführt. Der starke Rückgang 1976 dürfte vor allem darauf zurückgehen, daß Investitionen in das Jahr 1975 vorgezogen worden waren.

Vergleichbare Voraussetzungen wie im Rezessionsjahr 1975 fehlten dagegen Anfang der 80er Jahre, so daß sich der allgemeine Konjunktur- und Investitionseinbruch 1982 auch auf die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen deutlich ausgewirkt hat.

Diese Entwicklung der Betriebszahl deutet auch darauf hin, daß zumindest in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes eine gewisse Sättigung in der Ausstattung mit dringend notwendigen Umweltschutzeinrichtungen eingetreten war, zumal im betrachteten Zeitraum keine grundsätzlich neuen Umweltschutzanforderungen an die Betriebe gestellt wurden. Ab 1984 stieg dann der Anteil der investierenden Betriebe wieder deutlich an.

Die absoluten Beträge der Umweltschutzinvestitionen wie auch ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen war bis 1985 erheblichen Schwankungen unterworfen, die von einer Reihe branchen- und betriebspezifischer Sondermaßnahmen verursacht wurden. Seit 1986 sind beide, Investitionsbetrag und Umweltschutzquote deutlich angestiegen, wobei sich offenbar sowohl der konjunkturelle Aufschwung wie auch neue Umweltschutzaufgaben niederschlugen. Die besonders deutliche Steigerung im Jahr 1990 schließlich dürfte wohl teilweise auch dadurch zu erklären sein, daß Investitionen vorgezogen wurden, um noch die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7d Einkommensteuergesetz nutzen zu können. Diese entfallen ab 1991.

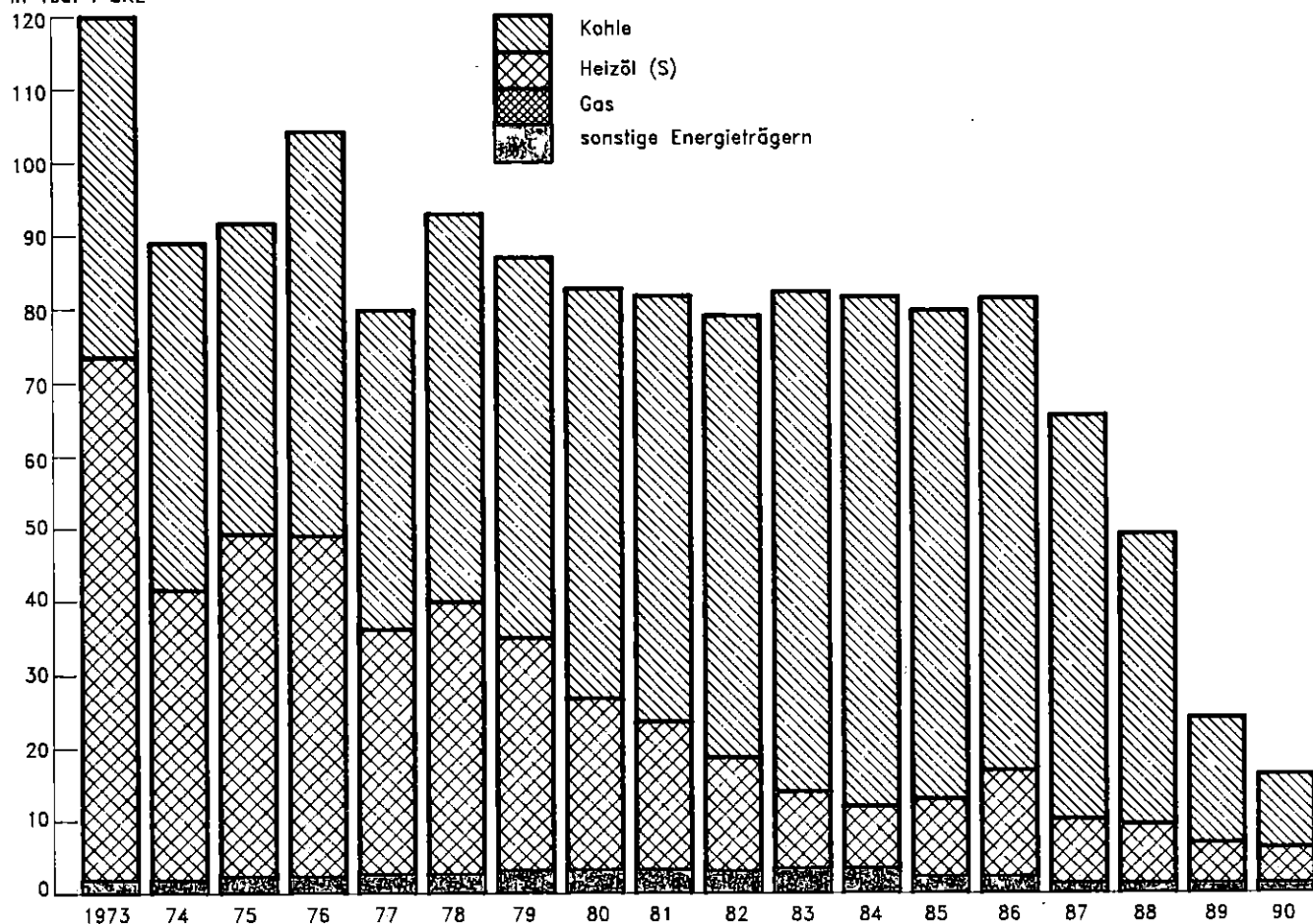
Gewässerschutz- und Luftreinhaltemaßnahmen bislang dominierend

Der Hauptinvestitionsbereich im Verarbeitenden Gewerbe war im Betrachtungszeitraum der Gewässerschutz, auf den mit 2,6 Mrd. DM immerhin 45,4 % der Umweltschutzinvestition entfallen. Bis Anfang der 80er Jahre lag hier der eindeutige Schwerpunkt. Die Ausnahme des Jahres 1978 erklärt sich durch außerordentlich hohe gesetzlich geforderte produktbezogene Investitionen in der Mineralölverarbeitung zur Verminderung des Schwefelgehaltes von Heizöl. Ab 1983 nehmen, initiiert durch die Vorbereitung gesetzlicher Regelungen (Großfeuerungsanlagenverordnung, TA-Luft), die Luftreinhaltemaß-

Emissionen der Wärmekraftwerke Baden-Württembergs 1973 bis 1990

a) Schwefeldioxid-(SO₂)-Emissionen

in Tsd. t SKE



b) Stickoxid-(NO_x)-Emissionen

in Tsd. t SKE

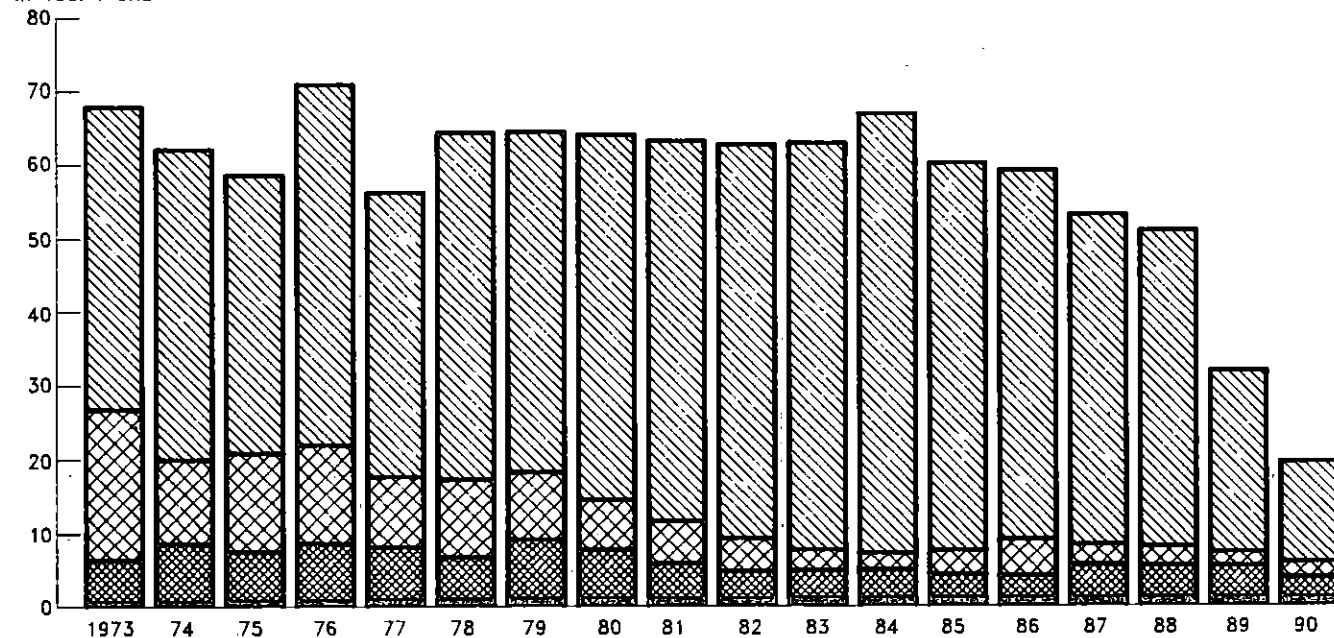
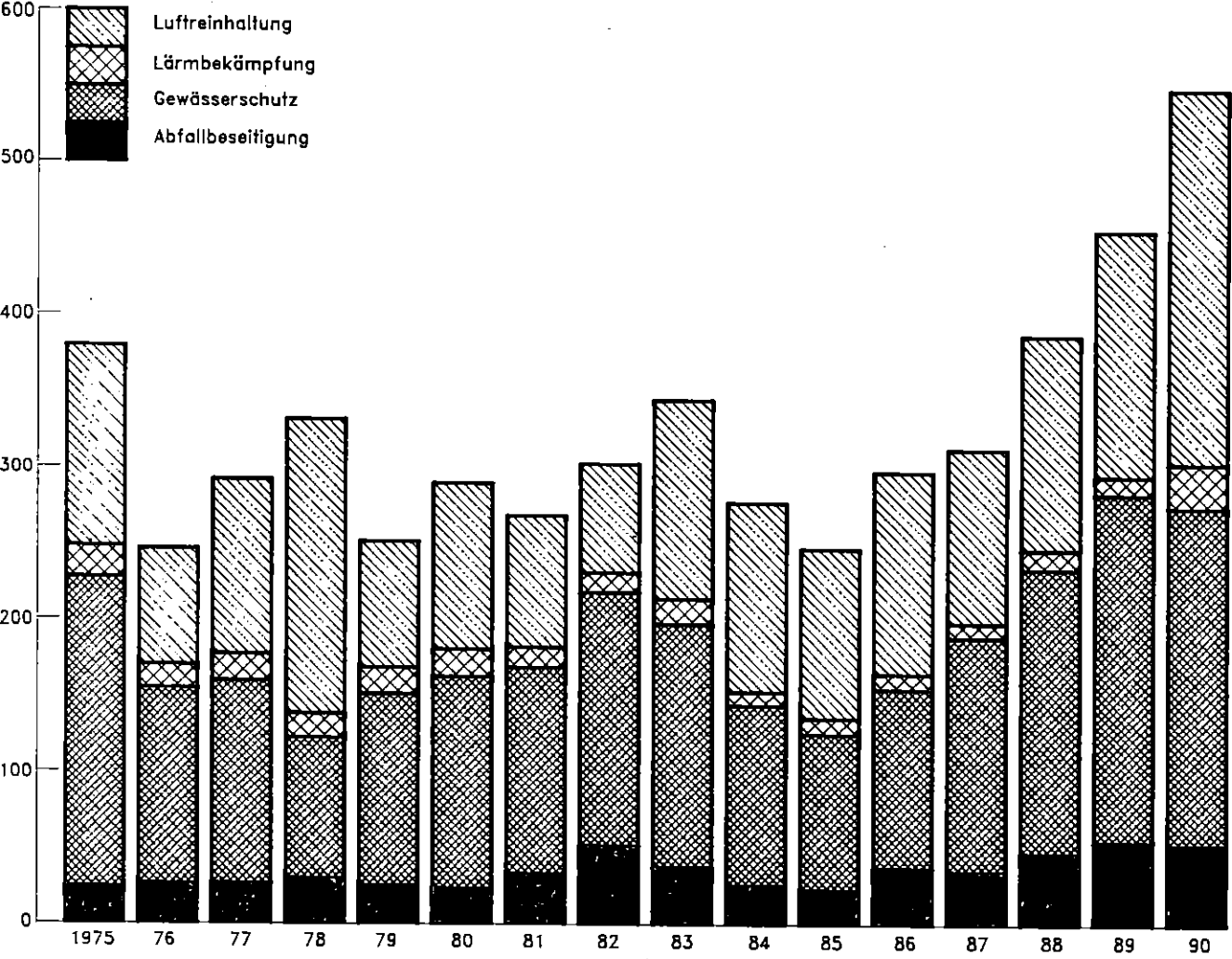


Schaubild 6

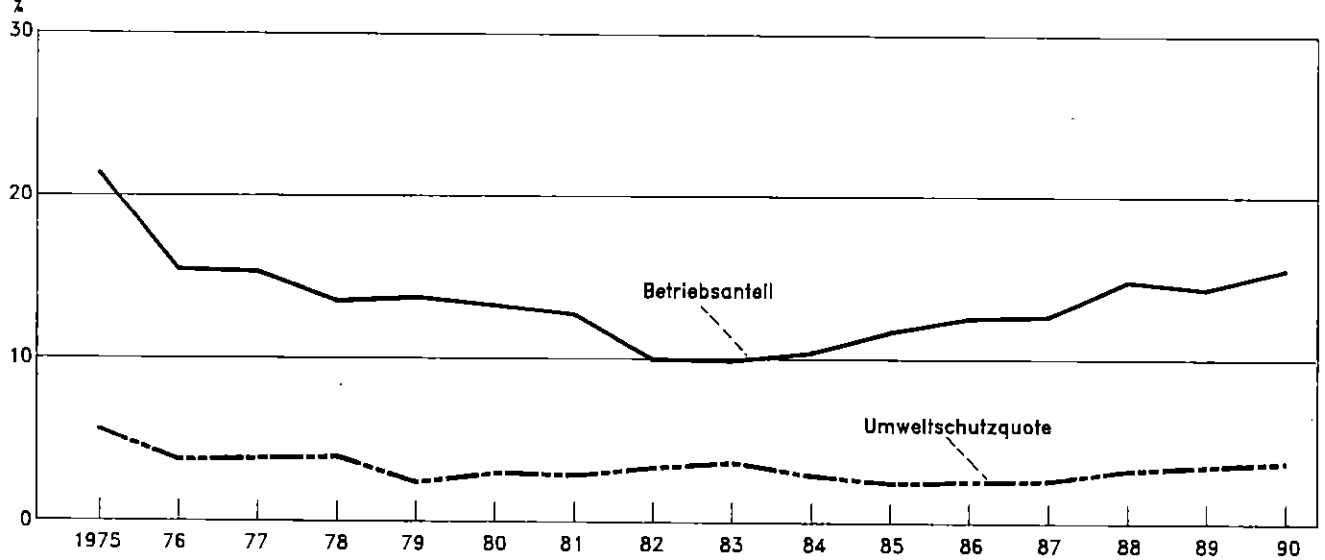
Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1975 bis 1990

a) nach Umweltschutzbereichen

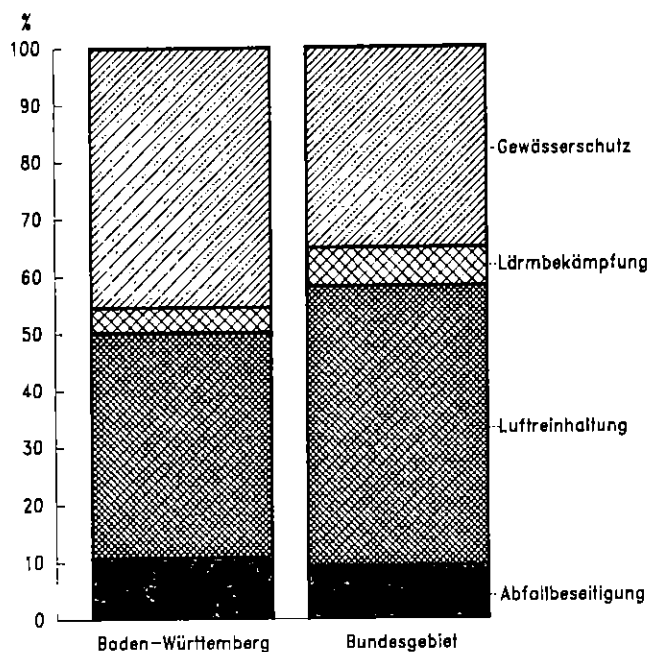
Mill. DM



b) Anteil an den Gesamtinvestitionen sowie Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an den Betrieben mit Investitionen insgesamt



Umweltschutzzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs und des Bundesgebiets 1975 bis 1990 nach Umweltschutzbereichen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

214 92

nahmen breiteren Raum ein. Dabei ist das Spektrum der Maßnahmen wesentlich größer als im Energiesektor, so daß auch in den nächsten Jahren mit hohen Investitionen in diesem Bereich zu rechnen ist. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die demnächst auslaufenden Nachrüstfristen für bestehende Produktionsanlagen. Eine herausragende terminliche Bedeutung hat dabei das Jahr 1994.

Für Lärmschutzmaßnahmen wurden über den gesamten Betrachtungszeitraum jährlich fast konstante Beträge aufgewendet, so daß der Anteil kontinuierlich zurückging. Im Jahr 1990 hat eine Sondermaßnahme zu einem Sprung auf das Ausgangsniveau von 1975 geführt. Da das Verarbeitende Gewerbe nach dem subjektiven Urteil von Lärmbetroffenen als nicht hervortretende Lärmquelle eingestuft wird, ist auch nicht mit einer nachhaltigen Erhöhung der industriellen Lärmschutzinvestitionen zu rechnen.

Ganz anders ist der Verlauf bei den Maßnahmen der Abfallentsorgung. Hier sind die jährlichen Beträge deutlich angestiegen und es wird - sieht man von einzelnen Großinvestoren Anfang der 80er Jahre ab - auch eine steigende Tendenz beim Anteil an den gesamten Umweltschutzzinvestitionen deutlich. Das Verarbeitende Gewerbe nimmt zwar weitgehend Ab-

fallentsorgungsleistungen von öffentlichen oder privaten Unternehmen in Anspruch - dies erklärt auch den vergleichsweise geringen Investitionsanteil dieses zentralen Umweltschutzbereiches -, dennoch ist zukünftig mit einer weiteren Ausweitung der Investitionen auf dem Felde der Abfallentsorgung zu rechnen. Dabei könnten vor allem integrierte Umweltschutzmaßnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen bzw. Reststoffen notwendig werden.

Starke Konzentration der Umweltschutzzinvestitionen auf wenige Branchen

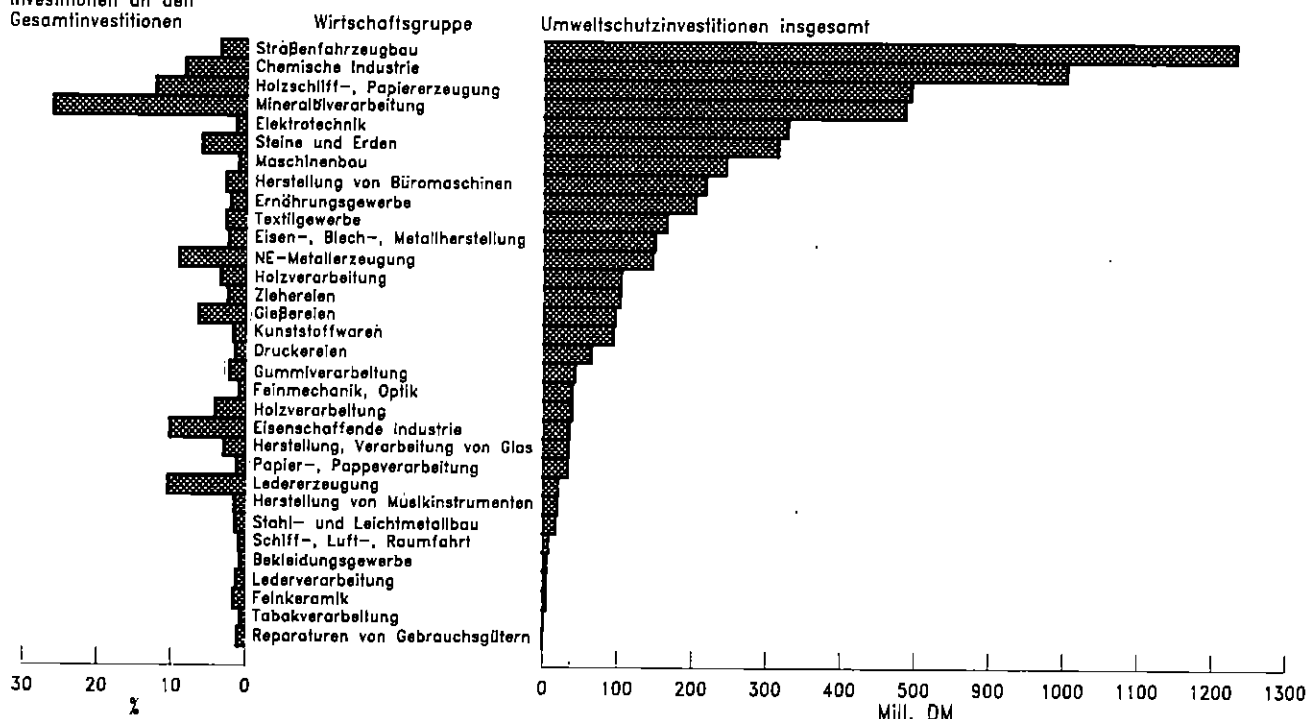
Sowohl die Höhe der gewerblichen Umweltschutzzinvestitionen als auch deren Verteilung auf die Umweltschutzbereiche sind selbstverständlich stark durch die Branchenstruktur und Betriebsgrößenverteilung beeinflusst. Die Branchenstruktur ist wegen der unterschiedlichen Umweltrelevanz der Produktionszweige, die Betriebsgrößenstruktur wegen des vom Produktionsumfang abhängigen Bedarfs an betriebseigenen Entsorgungs- und Emissionsminderungseinrichtungen von hoher Relevanz.

Tatsächlich ist die Konzentration der Umweltschutzzinvestitionen auf die Branchen außerordentlich stark ausgeprägt. Nur 4 davon, nämlich der Fahrzeugbau, die Chemische Industrie, die Zellstoff-, Papierherstellung und die Mineralölverarbeitung machen 55,8 % der gesamten Umweltinvestitionen im Betrachtungszeitraum aber lediglich 30,2 % der Gesamtinvestitionen oder sogar nur 25 % der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe aus. Ein hoher, absoluter Betrag an Umweltschutzzinvestitionen ist allerdings nicht immer mit einem auch hohen Anteil an den Gesamtinvestitionen gleichzusetzen. Dementsprechend unterschiedlich sind die Umweltschutzquoten in den genannten 4 Branchen. Dabei nimmt die Mineralölverarbeitung eine Sonderstellung ein. Dort wurden in erheblichen Umfang gesetzlich geforderte produktbezogene Maßnahmen zur Reduzierung des Blei- und Schwefelgehaltes in Mineralölprodukten getroffen. So erklärt sich der außerordentlich hohe Anteil von 26,1 % an den Gesamtinvestitionen. Unter den übrigen Branchen weist die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung mit 12,3 % den höchsten Anteil auf. In der Chemischen Industrie waren es 7,8 %, während im Fahrzeugbau, der Branche mit den betragsmäßig höchsten Umweltschutzzinvestitionen im Betrachtungszeitraum, der Anteil bei 3,7 % relativ knapp über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewer-

Schaubild 8

Umweltschutzzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg 1975 bis 1990

Anteil der Umweltschutz-
investitionen an den
Gesamtinvestitionen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

215 92

bes liegt. Für den Fahrzeugbau als Branche des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes ist dies allerdings besonders bemerkenswert, denn überdurchschnittliche Umweltschutzquoten sind sonst nur in den emissionsträchtigeren Branchen des Grundstoff- und Produktionsgüterproduzierenden Gewerbes wie der Eisenschaffenden Industrie (9,0 %), der NE-Metallindustrie (7,8 %), den Gießereien (6,9 %) und der Industrie der Steine und Erden (5,4 %) zu verzeichnen.

Auch innerhalb der Branchen sind je nach Produktionsbreite große Unterschiede beim Anteil der Umweltschutzinvestitionen an der Gesamtinvestitionen festzustellen. Diese werden größtenteils schon bei Differenzierung nach Wirtschaftszweigen sichtbar. So sind es bei der Chemischen Industrie vor allem die Erzeuger chemischer Grundstoffe (17,1 %), bei der Industrie der Steine und Erden die Zementhersteller (16,4 %), und in der NE-Metallindustrie die Hütten (15 %) und Umschmelzwerke (34,5 %), die besonders hohe Quoten aufweisen. Mitunter sind es allerdings auch wenige oder einzelne Betriebe in den Branchen, auf die sich die Umweltschutzinvestitionen konzentrieren.

Vor allem Großbetriebe investieren in eigene Umweltschutzanlagen

Die Umweltschutzinvestitionen sind nicht nur branchenweise, sondern auch stark auf Großbetriebe konzentriert. Im Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe machen die Großbetriebe, d.h. solche mit 500 und mehr Beschäftigten, etwa 70 % der Umweltschutzinvestitionen in den Jahren 1986 bis 1990 aus. Im Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe entfallen sogar über 80 % auf Großbetriebe. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, mit einer ausgeprägten mittelständischen Struktur, sind es nur 35 % bzw. 10 %.

Bei den größeren Betrieben liegt auch der Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen wesentlich höher als bei kleinen und mittleren Betrieben und während viele Großbetriebe wiederholt, das heißt fast jährlich in Umweltschutzmaßnahmen investieren, treten kleinere Betriebe wenn überhaupt eher sporadisch als Investoren in eigene Umweltschutzanlagen auf. Dies zeigt der branchenweise Vergleich der Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen

Tabelle 4

**Umweltschutzzinvestitionen in Baden-Württemberg 1980 bis 1984 und 1986 bis 1990 nach Wirtschaftshauptgruppen, ausgewählten Wirtschaftsgruppen und -zweigen sowie Beschäftigten-
größenklassen**

Wirtschaftshauptgruppe Wirtschaftsgruppe/-zweige Beschäftigtengrößenklasse von ... bis unter ... Beschäftigte	Betriebe mit Umweltschutzzinvestitionen				Umweltschutzzinvestitionen (UI)			
	Zeitraum 1980 - 1984		Zeitraum 1986 - 1990		Zeitraum 1980 - 1984	Zeitraum 1986 - 1990		
	Betriebe mit UI	Anteil an den Betrieben mit Investitionen	Betriebe mit UI	Anteil an den Betrieben mit Investitionen	insgesamt	insgesamt	Anteil der UI an den Gesamt- investitionen	UI je Be- schäftigten
	Anzahl	%	Anzahl	%	Millionen DM		%	DM
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	509	38,0	553	43,2	671,8	1 208,6	9,4	9 204
davon								
unter 50	208	25,7	224	29,3	33,3	39,5	3,2	6 628
50 - 100	101	43,3	103	53,6	24,9	60,4	6,7	8 107
100 - 200	81	57,9	86	59,3	38,3	73,8	6,4	5 991
200 - 500	67	67,7	82	70,7	245,7	190,7	8,3	7 646
500 und mehr	52	86,7	58	93,5	331,5	844,2	11,7	10 468
darunter								
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	179	32,7	175	35,0	104,3	121,5	6,2	10 799
davon								
unter 50	114	27,7	110	29,6	17,6	23,8	3,2	10 185
50 - 100	32	36,0	41	51,9	10,7	32,9	7,6	10 871
100 - 200	16	55,2	13	39,4	6,5	16,3	6,1	8 569
200 - 500	14	87,5	9	64,3	57,5	46,3	10,8	17 348
500 und mehr	3	100,0	2	100,0	12,1	2,1	3,3	1 615
Chemische Industrie	131	44,6	164	55,0	249,7	565,8	10,2	9 402
davon								
unter 50	30	25,6	41	34,7	5,0	7,0	3,9	5 395
50 - 100	26	41,3	27	61,4	4,6	7,6	4,3	4 044
100 - 200	26	54,2	34	64,2	12,0	39,3	7,7	8 265
200 - 500	22	62,9	32	62,7	25,9	57,9	5,6	5 728
500 und mehr	27	87,1	30	93,8	202,2	453,9	12,4	10 776
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 051	23,3	1 481	29,6	738,0	1 041,8	2,0	1 655
davon								
unter 50	285	13,6	405	18,2	17,1	25,3	1,3	1 904
50 - 100	187	19,3	308	27,1	17,1	42,9	1,5	1 959
100 - 200	187	28,2	256	36,0	24,9	61,8	1,6	1 688
200 - 500	202	42,0	285	49,1	62,8	95,2	1,4	1 045
500 und mehr	190	63,8	227	65,4	616,0	816,6	2,3	1 749
darunter								
Maschinenbau	332	22,4	505	29,4	48,3	124,3	1,0	844
davon								
unter 50	71	11,6	122	17,5	2,4	6,1	0,9	1 442
50 - 100	71	21,1	108	26,3	4,7	10,0	0,9	1 299
100 - 200	64	24,7	99	35,6	5,8	13,4	0,9	936
200 - 500	64	37,0	107	49,3	9,4	24,4	1,1	714
500 und mehr	62	61,4	69	58,0	26,1	70,4	1,1	810
Fahrzeugbau	137	23,1	179	31,8	477,4	486,7	3,3	2 400
davon								
unter 50	41	12,5	58	19,3	1,9	2,4	0,7	1 298
50 - 100	19	15,7	34	32,1	1,6	6,1	1,9	2 593
100 - 200	12	24,0	21	35,0	4,2	3,9	1,2	1 311
200 - 500	28	56,0	27	54,0	8,7	15,6	1,9	1 639
500 und mehr	37	88,1	39	83,0	461,0	458,7	3,5	2 465
Elektrotechnik	185	22,2	258	26,0	52,0	197,6	1,7	727
davon								
unter 50	28	9,5	43	11,9	1,1	2,4	1,0	1 733
50 - 100	26	14,4	38	17,1	3,2	5,5	1,3	2 007
100 - 200	34	25,4	42	27,8	4,4	12,9	1,7	2 060
200 - 500	41	32,8	71	47,0	11,0	20,7	1,2	916
500 und mehr	56	58,3	64	58,2	32,2	156,2	1,8	1 304
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	625	18,6	669	21,3	147,3	237,2	2,1	2 107
davon								
unter 50	208	11,4	235	14,2	13,3	21,8	1,7	2 852
50 - 100	130	16,4	156	21,0	12,3	25,5	1,5	2 364
100 - 200	118	27,8	124	29,5	17,5	37,2	1,6	2 055
200 - 500	128	50,2	111	43,4	48,1	69,5	2,1	2 069
500 und mehr	41	64,1	43	62,3	56,2	83,2	2,9	1 959
darunter								
Textilgewerbe	131	17,3	112	18,7	43,0	61,7	2,6	2 317
davon								
unter 50	24	6,7	24	8,7	1,2	5,9	4,0	8 149
50 - 100	21	11,1	21	14,8	2,7	5,4	1,9	3 792
100 - 200	30	25,9	30	27,8	6,2	11,6	2,1	2 605
200 - 500	38	55,9	25	45,5	15,9	18,4	2,5	2 203
500 und mehr	18	78,3	12	66,7	17,1	20,5	3,1	1 751
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	170	25,3	140	20,0	58,9	62,3	1,6	2 838
davon								
unter 50	58	15,6	52	13,9	11,1	10,2	2,0	6 343
50 - 100	36	24,0	33	20,5	8,2	4,9	0,7	1 992
100 - 200	42	44,7	24	25,5	12,6	7,0	0,9	2 160
200 - 500	26	55,3	24	40,7	17,6	35,4	2,6	4 810
500 und mehr	8	80,0	7	63,6	9,4	4,8	0,7	659

in den einzelnen Jahren mit den entsprechenden Betriebszahlen für 5-Jahreszeiträume. Während unter den Großbetrieben in den 5-Jahreszeiträumen fast alle wenigsten einmal Umweltschutzinvestitionen durchführten, liegt der Anteil bei den kleineren Betrieben je nach Branche zwischen 10 und 25 %.

Andererseits ist für den Grundstoff- und Produktionsgüterbereich und vor allem den Investitionsgüterbereich festzustellen, daß in den letzten 5 Jahren verglichen mit der ersten Hälfte der 80er Jahre deutlich mehr Klein- und Mittelbetriebe in den Umweltschutz investiert haben. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe allerdings ist sowohl die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen als auch der Investitionsbetrag zuletzt zurückgegangen.

Wenngleich also insgesamt kleinere Betriebe seltener und meist auch in geringeren Anteilen in eigene Umweltschutzeinrichtungen investierten, ist andererseits festzuhalten, daß bei kleineren Betrieben,

die Umweltschutzinvestitionen durchgeführt haben, die Beträge je Beschäftigten oder bezogen auf den Umsatz höher liegen als bei größeren Betrieben.

Umweltschutzinvestitionen bewirkten Verringerung von Emissionen

Die sehr unterschiedliche Bedeutung der Umweltschutzinvestitionen in den Wirtschaftsbereichen und Branchen des Verarbeitenden Gewerbes steht in engem Zusammenhang mit der Umweltrelevanz der Produktionsverhältnisse und zeigt sich damit auch an den für diese charakteristischen, umweltrelevanten Inputfaktoren bzw. Emissionen. Auf der Inputseite stehen Angaben über den Energie- und Wasserbedarf zur Verfügung. Auf der Emissionsseite können ausgewählte Größen der Abwasserentsorgung, abgegebener Luftemissionen und entsorgter Abfallmengen herangezogen werden.

Tabelle 5
Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1989 nach Wirtschaftshauptgruppen und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftshauptgruppe — Beschäftigtengrößenklasse von ... bis unter ... Beschäftigten	Betriebe				Anteil der Betriebe mit UI an den Betrieben insgesamt		Betriebe insgesamt Landesanteil am Bundesgebiet (ält)		
	insgesamt	mit Umwelt- schutzinves- titionen (UI)	insgesamt	mit Umwelt- schutzinves- titionen (UI)					
					Bundesgebiet			Baden-Württemberg	
					Anzahl			%	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe davon	6 898	1 730	1 148	272	25,1	23,7	16,6		
unter 50	3 744	450	645	80	12,0	12,4	17,2		
50 – 100	1 223	309	195	50	25,3	25,6	15,9		
100 – 200	789	266	139	41	33,7	29,5	17,6		
200 – 500	657	342	108	52	52,1	48,1	16,4		
500 und mehr	485	363	61	49	74,8	80,3	12,6		
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe davon	19 498	2 471	4 687	640	12,7	13,7	24,0		
unter 50	8 841	604	2 055	160	6,8	7,8	23,2		
50 – 100	4 460	452	1 048	107	10,1	10,2	23,5		
100 – 200	2 793	357	704	91	12,8	12,9	25,2		
200 – 500	2 035	463	550	135	22,8	24,5	27,0		
500 und mehr	1 369	595	330	147	43,5	44,5	24,1		
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe davon	12 811	1 222	2 891	247	9,5	8,5	22,6		
unter 50	6 340	359	1 469	77	5,7	5,2	23,2		
50 – 100	3 064	215	714	50	7,0	7,0	23,3		
100 – 200	1 839	235	405	47	12,8	11,6	22,0		
200 – 500	1 206	262	237	50	21,7	21,1	19,7		
500 und mehr	362	151	66	23	41,7	34,8	18,2		
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe davon	4 351	515	641	53	11,8	8,3	14,7		
unter 50	2 180	160	334	16	7,3	4,8	15,3		
50 – 100	999	104	147	7	10,4	4,8	14,7		
100 – 200	647	116	99	16	17,9	16,2	15,3		
200 – 500	382	89	49	10	23,3	20,4	12,8		
500 und mehr	143	46	12	4	32,2	33,3	8,4		

Im wesentlichen gilt, daß die Branchen mit hohen Umweltschutzquoten zum größten Teil auch durch überdurchschnittliche Energie- und/oder Wasserbedarfsmengen gekennzeichnet sind. So wird die Rangfolge der Branchen beim Energiebedarf deutlich angeführt von der Zellstoff-, Papiererzeugung, gefolgt von der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden und der NE-Metallindustrie. Deutlich über dem Durchschnitt liegen weiter die Chemische Industrie, die Mineralölverarbeitung und die Gießereien. Der Fahrzeugbau weist unter den Branchen des Investitionsgütergewerbes den höchsten spezifischen Energiebedarf auf, liegt damit allerdings hier deutlich unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

Auch beim Wasserbedarf steht die Papiererzeugung, hier gefolgt von der Chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung an der Spitze. Überdurchschnittliche Bedarfsmengen weisen auch das Textil- und Ernährungsgewerbe auf, wobei es gerade die ausgewählten Wirtschaftszweige mit hohen Umweltschutzinvestitionen sind, bei denen auch ein hoher Wasserbedarf besteht. Der hohe Wert der Industrie der Steine und Erden resultiert in erster Linie aus den speziellen Produktionsverhältnissen der Sand- und Kiesgewinnung. Die Zementhersteller haben dagegen einen vergleichsweise geringen Wasserbedarf.

Tabelle 6

Abwasserbeseitigung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1987

Wirtschafts- hauptgruppe	Betriebe insgesamt	Betriebe mit Indirekteinleitung		Betriebe mit Direkteinleitung von Produktions- abwasser (soweit produktions- spezifisch belastet)
		ohne Vorbe- handlung	mit Vorbe- handlung ¹⁾	
	Anzahl			
Grundstoff- und Pro- duktionsgütergewerbe	1 598	1 498	142	64
Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	4 189	4 163	661	16
Verbrauchsgüter produ- zierendes Gewerbe	2 890	2 861	207	11
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	614	599	82	10
Verarbeitendes Ge- werbe insgesamt	9 302	9 143	1 102	118

1) In betriebseigenen Anlagen.

Eng mit der Energie- und Wasserintensität der Produktion hängt demnach die Notwendigkeit von Umweltschutzmaßnahmen, also auch von Umweltschutzinvestitionen, zusammen.

Direkten Einfluß auf die Abwasserentsorgungsseite der Produktion haben die Investitionen für Gewässerschutzmaßnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die industriellen Abwässer zu einem erheblichen Teil in kommunale Kläranlagen abgeleitet und dort gereinigt werden. Daneben betreiben eine Reihe von Betrieben eigene Abwasserbehandlungsanlagen von denen aus das Abwasser direkt in Oberflächengewässer abgeleitet wird. Von den ca. 10 000 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes leiten 9 170 Betriebe ihre Abwässer in öffentliche Kläranlagen ab. Darunter behandeln rd. 1 100 Betriebe die Abwässer teilweise vor der Ableitung in eigenen Anlagen. 116 Betriebe leiten Abwässer direkt in Oberflächengewässer ab. Die Gewässerschutzinvestitionen richten sich einerseits auf die Vorbehandlung von Abwässern, die in öffentliche Kläranlagen abgeleitet werden, zu weitaus größeren Teilen aber auf Abwasserbehandlungsanlagen für direkt abgeleitete Abwässer. In beiden Bereichen haben die Maßnahmen seit 1975 spürbare Erfolge in der Entlastung der Abwässer bewirkt. Die Belastung der Abwässer, die den öffentlichen Kläranlagen zugeleitet wurden, konnte durch verstärkte Vorbehandlung deutlich vermindert werden. Vor allem aber bei den direkt abgeleiteten Abwässern wurde die Schadstofffracht eindrucksvoll reduziert. Von 1975 bis 1987 ging die CSB-Fracht der direkt eingeleiteten Produktionsabwässer von über 217 000 t auf knapp 61 000 t zurück, und die Hauptminderung wurde in den Schwerpunktbereichen der Zellstoff- und Papiererzeugung sowie der Chemischen Industrie erreicht.

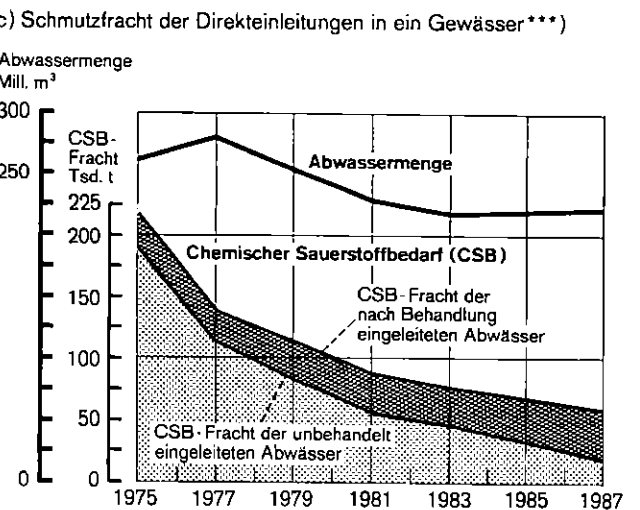
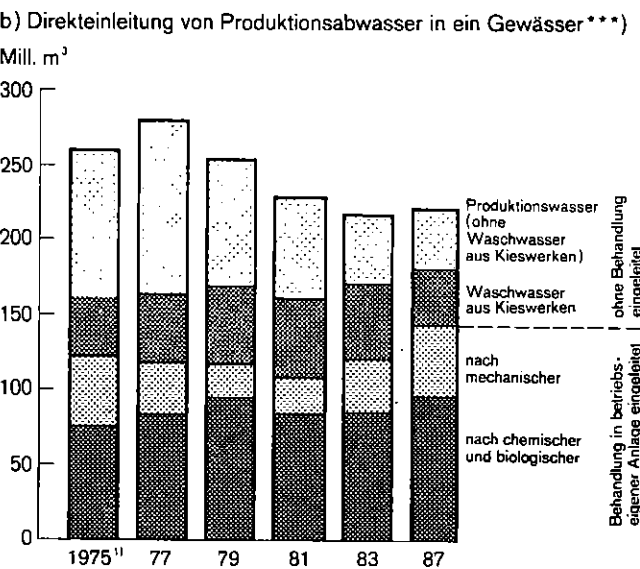
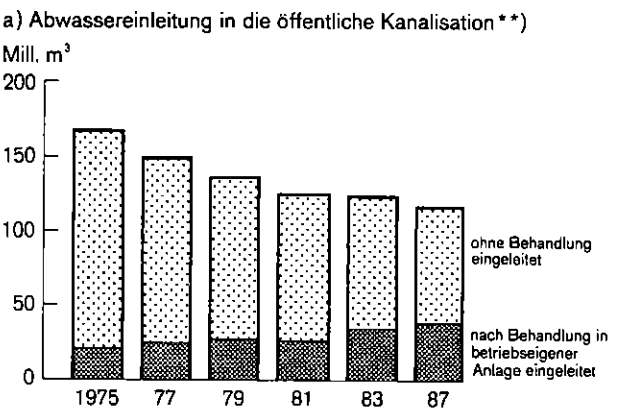
Obwohl sich im Bereich der Abwasserentsorgung noch ein relativ direkter Zusammenhang zwischen Gewässerschutzinvestitionen und Abwasserbelastung konstruieren läßt, gilt hier und erst recht im allgemeinen, daß die ausgewiesenen Umweltschutzinvestitionen nur einen, wenn auch wichtigen Teil der Maßnahmen repräsentieren, die eine direkte oder indirekte Reduzierung der Umweltbelastung durch das Produzierende Gewerbe bewirkt haben. Hinzu kommen in nicht bezifferbarem Umfang sogenannte produktionsintegrierte Umweltschutzmaßnahmen. Im Abwasserbereich sind vor allem wassersparende Galvaniktechniken, Umstellungen bei Lackierverfahren, der Ersatz von Ätz-Techniken in der Druckindustrie sowie Rezeptur- und Verfahrensmodifikationen in der Chemischen Industrie oder

der Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung anzuführen. Allgemein hat die Einführung wassersparender Technologien, beispielsweise der intensivierte Einsatz der Kreislaufführung des Wassers auch zu einer Verringerung der Abwassermenge geführt. So nahm die Zahl der Betriebe mit Kreislaufwassernutzung schon in den siebziger und Anfang der 80er Jahre erheblich zu. Dabei waren es vor allem Großbetriebe, die ihren Wasserbedarf am stärksten reduziert haben. Kleinere und mittlere Betriebe ziehen hier teilweise nur zögerlich nach.

Diese leiten ihre Abwässer hauptsächlich in die öffentliche Kanalisation. In verstärkten Bemühungen um die Rückgewinnung von Wertstoffen aus dem Produktionsabwasser dürfte dort ein nicht unerhebliches Potential zukünftiger integrierter Gewässerschutzmaßnahmen liegen, durch die sich auch positive Auswirkungen auf die öffentliche Abwasserbeseitigung ergeben würden. Wesentliche Handhabe dafür bietet die Abwasser-Rahmen-Verordnung.

Ein Teil der Wassereinsparungen ergab sich als Zusatzeffekt in Form geringeren Kühlwasserbedarfs durch Energiesparmaßnahmen, die wiederum indirekt wesentlich zur Verminderung der industriellen Luftemissionen beigetragen haben. So konnte der durchschnittliche produktionsspezifische Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe um 22 % vermindert werden (Tabelle 7). Hinzu kommen umfangreiche Umstellungsmaßnahmen auf schadstoffärmere Energieträger. Vor allem durch diese Spar- und Substitutionsmaßnahmen gingen die industriellen SO₂-Emissionen bezogen auf den Zeitraum 1979 bis 1989 um immerhin 53 % zurück. Auch bei den NO_x-Emissionen ist in den meisten Branchen seit 1979 ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. Zur Vermeidung von VOC-Emissionen (leicht flüchtigen Kohlenwasserstoffen) wurden in einer Reihe von Branchen, z.B. beim Fahrzeugbau und in der Chemischen Industrie, erste vor allem integrierte Maßnahmen realisiert. Dabei handelt es sich beispielsweise um den Ersatz lösemittelhaltiger Produktionsstoffe und damit verbundene Verfahrensumstellungen. Allerdings gilt insbesondere auch hier, daß entsprechende Maßnahmen zunächst vor allem durch Großbetriebe mit hoher Investitionskraft realisiert wurden. Eine Kommission² erarbeitet

Schaubild 9
Abwasserbeseitigung im Verarbeitenden Gewerbe^{*)} Baden-Württemberg 1975 bis 1987



2 VOC-Landeskommission Baden-Württemberg "Konzeption zur Minderung der VOC-Emissionen in Baden-Württemberg".

^{*)} Einschließlich Bergbau. - ^{**)} Belegschafts-, Produktionsabwasser, Kesselspeise- und Kühlwasser. - ^{***)} Einschließlich in den Untergrund eingeleitet. - 1) Kein Nachweis der Teilmengen.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 237 92

Tabelle 7

Ausgewählte Input- und Emissionsgrößen in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgruppe	Energieverbrauch ¹⁾ je Mill. DM Nettoproduktionswert ²⁾		Wasserbedarf ³⁾ je Mill. DM Nettoproduktionswert ²⁾		Emissionen 1989 an...		Entsorgte ⁴⁾ Sonder- abfallmenge ⁵⁾ je 100 Be- schäftigte
	1980	1990	1979	1987	Schwefel- dioxid (SO ₂)	Stickoxid (NO _x)	
	t SKE		1000 m ³		t		
Mineralölverarbeitung	12 223	4 660	1 273,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	730,5	580,1	40,9	42,4	1 585	9 110	61,3
Eisenschaffende Industrie	1	142	15,1
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeug- werke	705	340	396,4
Gießerei	246,1	203,3	6,1	5,2	996	384	50,2
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung	95,8	71,6	5,1	3,6	164	143	64,8
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienen- fahrzeugbau	63,6	63,9	0,7	0,7	65	103	27,9
Maschinenbau	57,9	42,6	3,0	1,9	1 308	810	17,5
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz usw.	96,2	71,6	3,3	1,8	471	1 011	48,9
Schiff-, Luft- und Raumfahrzeugbau	13	10	7,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushalts- geräten	45,6	33,0	1,9	1,1	746	447	14,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	45,7	36,3	1,8	1,3	90	80	32,2
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	68,9	61,4	3,8	2,6	285	220	23,0
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhalter usw.	49,8	33,3	1,6	1,5	47	57	8,0
Chemische Industrie	249,4	220,8	55,4	46,6	5 702	3 294	193,8
Herstellung von Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	58,0	37,1	1,3	0,9	32	54	11,9
Feinkeramik	388,4	253,4	4,3	1,9	6	41	17,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	329,2	303,7	6,3	4,8	884	912	140,3
Holzbearbeitung	196,1	133,1	7,8	3,9	233	1 201	7,4
Holzverarbeitung	48,8	52,4	1,3	1,6	182	1 168	11,8
Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappe- erzeugung	1 174,0	1 039,6	311,7	188,8	18 352	7 212	7,1
Papier- und Pappeverarbeitung	95,2	65,7	2,9	1,5	272	205	9,5
Druckerei und Vervielfältigung	53,9	52,6	2,1	1,2	88	95	10,6
Herstellung von Kunststoffwaren	95,3	88,1	4,2	3,1	695	468	18,9
Gummiverarbeitung	282,4	213,8	21,2	14,5	760	681	5,8
Ledererzeugung	303,9	151,5	20,4	10,9	132	70	347,5
Lederverarbeitung	49,2	51,4	0,6	0,8	36	18	6,0
Textilgewerbe	180,2	161,0	17,1	11,7	2 377	1 277	10,6
Bekleidungsgewerbe	43,2	49,2	1,3	1,3	58	36	11,8
Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte)	—	—	—	—	0	0	—
Ernährungsgewerbe	156,9	125,0	13,4	9,8	1 528	1 007	6,5
Tabakverarbeitung	42,8	197,6	0,8	2,4	12	11	5,5
Insgesamt	146,4	114,8	15,1	10,9	50 048	35 267	43,0

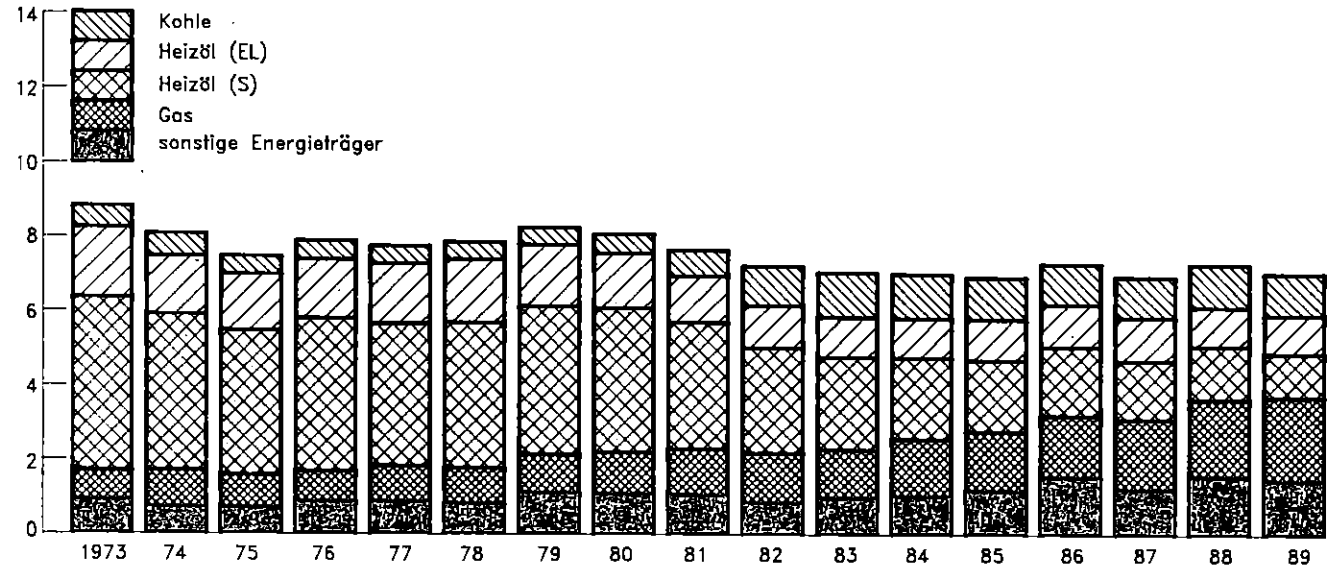
1) An fossilen Energieträgern und Strom. – 2) Abgeschätzt anhand der Zeitreihe des Nettoproduktionsindex (Basis 1980). – 3) An Produktions-, Kühlwasser und sonstiges Wasser. – 4) In außerbetrieblichen Entsorgungsanlagen. – 5) Abgrenzung nach der Abfallbestimmungsverordnung vom 3.4.1990.

Schaubild 10

Energieverbrauch sowie SO₂ – und NO_x –Emissionen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1973 bis 1989

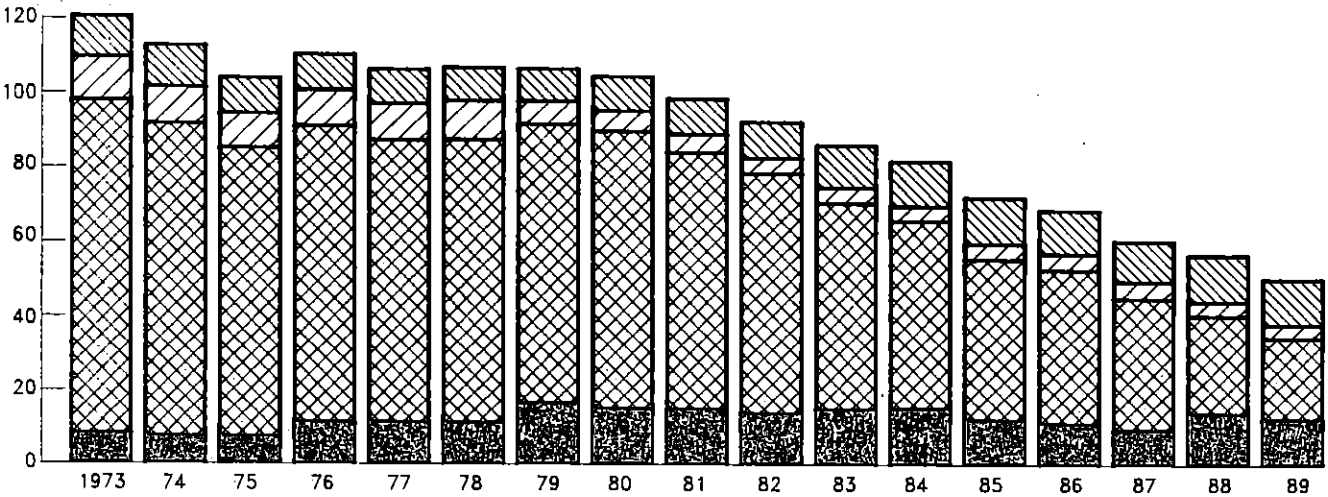
a) Energieverbrauch

in Mill. t SKÉ



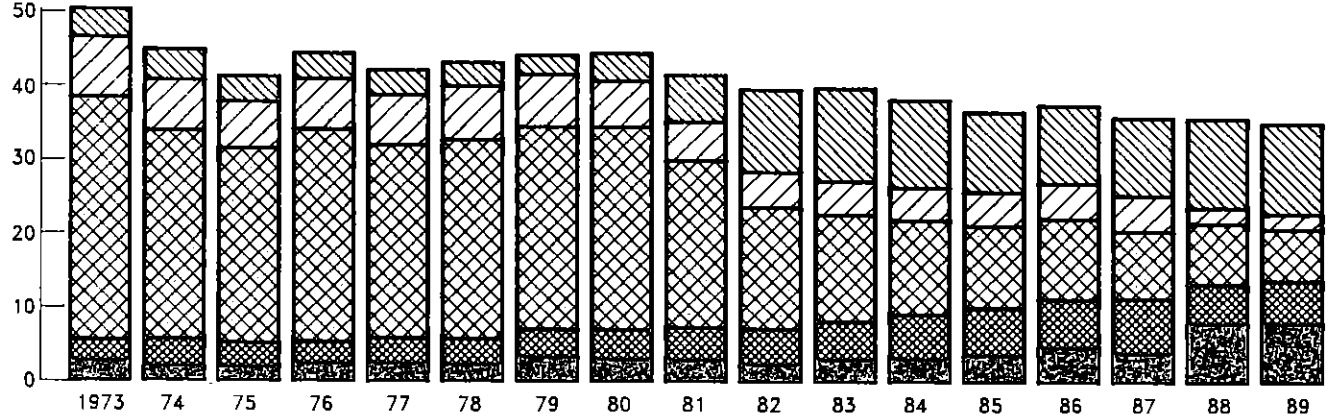
b) Schwefeldioxid-Emissionen

In Tsd. t



c) Stickoxid-Emissionen

In Tsd. t

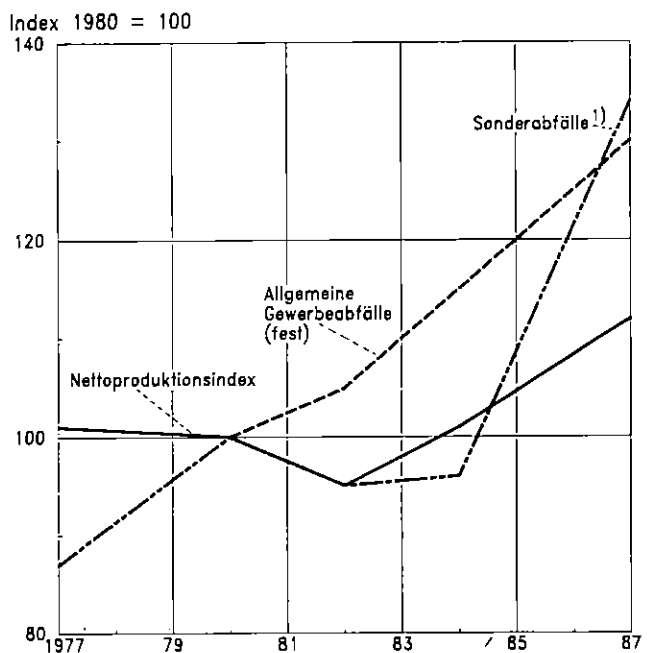


derzeit eine umfassende Darstellung möglicher VOC-Minderungsmaßnahmen insbesondere auch bezogen auf die Produktionsverhältnisse von Klein- und Mittelbetrieben.

Zur verstärkten Hinwendung auf produktionsintegrierte Umweltschutzmaßnahmen zwingen die dramatischen Engpässe in der Abfallentsorgung. Die bisherigen Umweltschutzmaßnahmen haben hier keine Verbesserung erbracht. Im Gegenteil, nicht zuletzt durch die bislang überwiegende Anwendung von End-of-Pipe-Verfahren zur Emissionsminderung im Abwasser- und Luftbereich haben die zu entsorgenden Abfallmengen im Betrachtungszeitraum sogar zugenommen (Schaubild 11). Die nach Branchen differenzierte Darstellung der Abfallmengen zeigt auch hier eine relativ starke Konzentration auf wenige Branchen, wobei wiederum die Chemische Industrie, der Fahrzeugbau, die NE-Metallindustrie und die Mineralölverarbeitung hervortreten. Mit hohen absoluten Mengen sind auch der Maschinenbau und die Elektrotechnik belastet. Die spezifische Abfallmenge, bezogen auf die Beschäftigtenzahl, fällt vor allem in einigen verbrauchsgüterproduzierenden Branchen, wie der Glasherstellung, der Kunststoffwarenherstellung sowie in der Ledererzeugung auf.

Schaubild 11

Gewerbe- und Sonderabfälle sowie
Nettoproduktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe
in Baden-Württemberg 1977 bis 1987



1) Gesamtaufkommen einschließlich Abgabe zur Wiederverwertung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

218 92

Vergleich Bundesgebiet-Land

Wie für den Bereich der öffentlichen Hand ist auch bei der Einschätzung der gewerblichen Umweltschutzleistungen eine Gegenüberstellung mit dem gesamten Bundesgebiet hilfreich. Vergleichsdaten liegen für den Bezugszeitraum 1975 bis 1989 vor. In diesen 15 Jahren wurden im Produzierenden Gewerbe bundesweit 62,9 Mrd. DM Umweltschutzinvestitionen getätigt. Der Anteil Baden-Württembergs liegt damit bei rund 14 %. Die Umweltschutzquote liegt im Betrachtungszeitraum im Bundesgebiet bei 5,4 % und damit deutlich höher als die 3,8 % in Baden-Württemberg. Auch die Aufteilung auf die Umweltschutzbereiche differiert nach dieser Globalbetrachtung erheblich. Die Gliederung nach den vier Hauptbereichen des Produzierenden Gewerbes zeigt jedoch bereits, daß ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die Unterschiede in der abweichenden Wirtschaftsstruktur des Landes gegenüber dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die auf dieser Aggregationsebene verbleibenden, zum Teil noch beträchtlichen Abweichungen bedürfen differenzierter Erklärung.

Der wesentlich geringere Anteil der Umweltschutzinvestitionen im Energiebereich ist hauptsächlich auf die größere Bedeutung der Kernenergie an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg zurückzuführen. Die Umweltschutzinvestitionen konzentrierten sich hauptsächlich auf die Nachrüstung der Kohlekraftwerke, die bundesweit einen deutlich höheren Anteil an der Stromerzeugung haben als in Baden-Württemberg. Bezogen auf die Feuerungswärmeleistung elektrisch in Kohlekraftwerken wurden in Baden-Württemberg im Zeitraum 1982 - 1989 deutlich überdurchschnittliche Umweltschutzinvestitionen durchgeführt. Auch wurde im Land die Nachrüstung 1989 weitgehend abgeschlossen, während bundesweit noch eine Reihe von Projekten bis 1991 hineinreichen.

Beim Bergbau sind in Baden-Württemberg nur einige Salzbergwerke von Bedeutung, während auf das Bundesgebiet bezogen der Kohlebergbau mit zahlreichen großtechnischen Verarbeitungseinrichtungen wie Kokereien und Brikettieranlagen dominieren. Vor allem dort wurden hohe Umweltschutzinvestitionen hauptsächlich zur Luftreinhaltung fällig. Die Salzbergwerke in Baden-Württemberg haben überwiegend in Gewässerschutzanlagen investiert.

Beim Baugewerbe sind kaum nennenswerte Unterschiede zwischen Bundesdurchschnitt und Land festzustellen. Auch die Aufteilung der Investitionen auf die Umweltschutzbereiche ist in Baden-Württemberg nahezu kongruent zu der im gesamten Bundesgebiet.

Komplizierter und vielfältiger sind die Zusammenhänge und Erklärungsansätze beim Verarbeitenden Gewerbe. Ausschlaggebend sind dabei auch hier Strukturunterschiede, die sich etwa am Beschäftigtenanteil der einzelnen Branchen am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ablesen lassen. In Baden-Württemberg haben die Wirtschaftsgruppen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, die allgemein geringere Umweltschutzinvestitionen aufweisen, überdurchschnittliche Anteile, während z.B. die Chemische- und Eisenschaffende Industrie mit deutlich überdurchschnittlichen Umweltschutzinvestitionen in Baden-Württemberg deutlich unterrepräsentiert sind. Hinzu kommt, daß besonders umweltrelevante Produktionsbereiche innerhalb der Branchen in Baden-Württemberg geringere Bedeutung haben als im Bundesdurchschnitt. Dies gilt vor allem für die

- Schwermetallerzeugung im Bereich der NE-Metallindustrie
- Eisen-, Stahl- und Tempergießereien bei den Gießereien
- Chemische Grundstoffindustrie in der Chemischen Industrie
- Holzbearbeitung im Vergleich zu den Sägewerken
- Textilveredelung im Bereich des Textilgewerbes
- sowie die Brauereien und Zuckerfabriken im Ernährungsgewerbe.

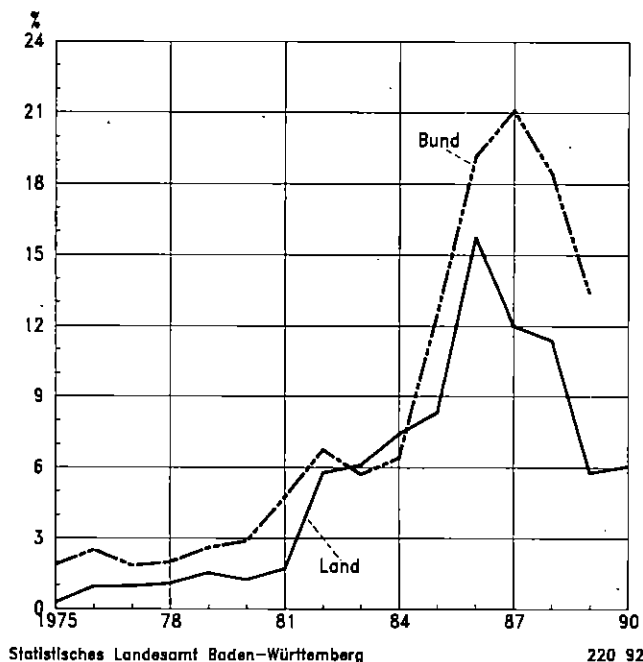
Die differenzierte Gegenüberstellung der Umweltschutzquoten nach Branchen bzw. Wirtschaftszweigen zeigt, daß in einer Reihe von Branchen in Baden-Württemberg die Umweltschutzinvestitionen sogar größere Anteile ausmachen als dies im Bundesgebiet der Fall ist.

Belastung durch Umweltschutzmaßnahmen auch durch laufende Ausgaben

Bei der Frage nach den einzelwirtschaftlichen Auswirkungen der Umweltschutzmaßnahmen sind neben den Investitionen auch die laufenden Ausgaben durch Betriebskosten und Entgelte für fremde Entsorgungsleistungen sowie emissions- bzw. ressourcenverbrauchsbezogene Abgaben mit einzubeziehen. Für die laufenden Ausgaben liegen gegenwärtig

Schaubild 12

Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im Energiebereich in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1975 bis 1990



keine systematisch erfaßten Daten vor. Anhaltspunkte können jedoch aus bundesgebietsbezogenen Abschätzungen abgeleitet werden.

Das Statistische Bundesamt hat für das Produzierende Gewerbe bezogen auf das Jahr 1988 laufende Umweltschutzausgaben in Höhe von 9,74 Mrd. DM geschätzt, von denen etwa 2,5 Mrd. DM auf den Energiebereich und gut 6,7 Mrd. DM auf das Verarbeitende Gewerbe entfallen. Damit beliefen sich die laufenden Ausgaben im Energiebereich auf das rd. 0,7fache, im Verarbeitenden Gewerbe dagegen auf das rd. 1,8fache der Umweltschutzinvestitionen im selben Jahr.

Der Anteil der baden-württembergischen Umweltschutzinvestitionen beträgt in beiden Bereichen jeweils rund 14 % am Bundeswert bezogen auf den Zeitraum 1975 - 1988. Jedoch bestehen offenbar überdurchschnittliche Aufwendungen für externe Leistungen wegen spezieller Verhältnisse in Baden-Württemberg. Damit erscheint eine untere Grenze für die laufenden Ausgaben in Baden-Württemberg abschätzbar. Demnach fielen im Energiebereich Baden-Württembergs 1988 rund 0,3 Mrd. DM und im Verarbeitenden Gewerbe rund 1,2 Mrd. DM an lau-

Tabelle 8

Beschäftigten- und Investitionsanteile sowie Umweltschutzquoten im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs und im Bundesgebiet (alt) 1990 bzw. 1975 bis 1989 nach Wirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgruppe/ -hauptgruppe	Beschäftigtenanteil am Verarbeitenden Gewerbe 1990		Investitionsanteil 1975 bis 1989		Anteil der Umweltschutz- investitionen an den Gesamt- investitionen 1975 bis 1989	
	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet
	%					
Mineralölverarbeitung	0,1	0,3	1,1	1,7	25,5	18,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1,5	2,1	3,1	3,5	6,1	5,6
Eisenschaffende Industrie	0,1	2,5	0,2	4,4	7,7	10,4
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	0,7	1,0	0,9	1,4	8,4	11,2
Gießerei	1,2	1,4	0,8	1,1	4,8	7,2
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung	2,6	2,7	2,4	2,3	2,5	2,9
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	1,5	2,6	0,7	1,2	1,2	1,4
Maschinenbau	19,0	14,9	13,8	9,5	0,9	1,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz usw.	15,5	12,3	19,9	15,0	3,5	2,8
Schiff-, Luft- und Raumfahrzeugbau	0,5	1,5	0,5	1,3	0,9	1,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	17,3	14,3	14,0	10,7	1,2	1,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	3,4	2,0	2,5	1,4	0,9	0,8
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	4,7	4,6	3,6	3,1	2,2	2,7
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhalter usw.	1,4	0,8	0,8	0,2	1,2	3,2
Chemische Industrie	4,7	8,2	7,0	13,3	7,9	10,8
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	1,8	1,1	4,4	2,1	2,9	1,7
Feinkeramik	0,2	0,7	0,2	0,4	1,6	3,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	0,5	1,0	0,7	1,2	2,6	3,8
Holzbearbeitung	0,6	0,6	0,5	0,6	4,5	6,5
Holzverarbeitung	2,8	2,9	1,8	1,7	3,3	3,3
Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung	0,9	0,7	2,3	1,8	12,6	9,7
Papier- und Pappeverarbeitung	1,4	1,6	1,6	1,7	1,1	2,0
Druckerei und Vervielfältigung	2,3	2,5	2,7	2,7	1,4	1,6
Herstellung von Kunststoffwaren	3,8	4,0	3,2	3,2	1,4	1,9
Gummiverarbeitung	1,2	1,4	1,2	1,2	1,9	1,9
Ledererzeugung	0,1	0,1	0,1	0,1	10,8	13,5
Lederverarbeitung	0,5	0,6	0,2	0,1	1,3	2,0
Textilgewerbe	4,1	2,9	3,6	2,6	2,7	2,5
Bekleidungsgewerbe	1,5	2,3	0,5	0,7	0,7	0,5
Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte)	0	0	0	0	1,1	0
Ernährungsgewerbe	4,0	6,4	5,6	9,0	2,1	3,2
Tabakverarbeitung	0,1	0,2	0,1	0,5	0,6	2,0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	3,2	4,4
davon						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,2	18,9	17,5	29,8	8,6	9,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	66,1	55,4	61,6	45,7	2,1	1,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe (ohne 53, 55 und 59)	18,7	19,2	15,2	15,0	2,0	2,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	4,0	6,6	5,7	9,5	2,1	3,1

fenden Ausgaben an. Eine Abschätzung für die Branchen kann nur mit erheblichen Einschränkungen erfolgen, da sich die Ausgabenanteile auf Bundesebene nicht ohne weiteres auf Baden-Württemberg übertragen lassen. Ergänzende Hinweise liefert eine Untersuchung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg im Jahr 1984 in den Regionen Mittlerer Oberrhein und Unterer Neckar, nach der in der Chemischen Industrie, in der Papiererzeugung und in der Mineralölverarbeitung weit überdurchschnittliche laufende Ausgaben anfallen.

Hinweise auf die potentielle Belastung der Betriebe durch bestehende bzw. geplante oder diskutierte Abgaberegulungen (Abwasserabgabe, Wasserpfeffrig, Sonderabfallabgabe, CO₂-Abgabe) lassen sich aus den spezifischen Verbrauchs- bzw. Emissionswerten ableiten. Es zeigt sich, daß nicht nur Branchen bzw. Betriebe mit hohen Umweltschutzinvestitionen und in der Folge entstehenden Betriebskosten durch solche Abgaben betroffen sind bzw. wären. Auch auf andere Branchen mit geringen Strukturanteilen sowie kleine und mittlere Betriebe, die in überdurchschnittlichem Maße Entsorgungsleistungen in Anspruch nehmen, ist hier das Augenmerk zu richten; zumal diese auch durch die in letzter Zeit steigenden Aufwendungen für Entsorgungsdienste belastet sind.

Baden-württembergische Unternehmen überdurchschnittlich an umweltschutzbezogener Produktion beteiligt

Der Belastung der Wirtschaft durch die Kosten von Umweltschutzmaßnahmen, die sich aus den Abschreibungen auf Umweltschutzeinrichtungen und laufenden Ausgaben zusammensetzen, stehen jedoch auch eine Reihe positiver wirtschaftlicher Effekte gegenüber. Dabei sind in erster Linie die durch Umweltentlastungen bewirkten Kosteneinsparungen zu nennen. Diese lassen sich gegenwärtig zwar nur sehr bruchstückhaft beziffern, werden aber auf ein Mehrfaches der Umweltschutzaufwendungen geschätzt. Daneben bewirken die Umweltschutzanstrengungen auch direkte positive wirtschaftliche Impulse für das Produktions- und Dienstleistungsgewerbe. In Verbindung mit den Umweltschutzmaßnahmen hat sich ein bedeutsamer Markt für Umweltschutzgüter und -dienstleistungen herausgebildet. Über dessen Volumen liegen allerdings zur Zeit keine vollständigen Angaben vor. Das Statistische

Bundesamt³ hat für den Bereich der Güterproduktion auf der Basis der Produktionsstatistik sowie zusätzlicher Informationen über Unternehmen, die sich als Produzenten von Umweltschutzgütern erwiesen haben, eine Abschätzung der umweltschutzbezogenen Güterproduktion durchgeführt. Danach wurden 1988 von 823 Unternehmen bundesweit rund 23,9 Mrd. DM an Umweltschutzgütern für den Absatz produziert. Dies entspricht rund 11 % der gesamten Absatzproduktion derselben Unternehmen. Der Anteil baden-württembergischer Betriebe an den produzierten Umweltschutzgütern wird vom Statistischen Bundesamt mit 23,7 % angegeben. Damit hat Baden-Württemberg den höchsten Anteil an der Umweltschutzgüterproduktion im Bundesgebiet. Stellt man diesen Anteil an der umweltschutzbezogenen Produktion dem Anteil Baden-Württembergs an den Umweltschutzinvestitionen im Zeitraum 1975 bis 1989 gegenüber, so zeigt sich ein deutliches Übergewicht zugunsten des Produktionsanteils und damit für B.-W. ein besonders hoher Markterfolg beim Absatz von Umweltschutztechniken.

Auch wenn die zitierten Abschätzungen mit einigen Unsicherheiten behaftet sind, die vor allem mit der Abgrenzung der einbezogenen Güter zusammenhängen - insbesondere multifunktionale Produkte konnten nur unzureichend Berücksichtigung finden -, so bleibt doch festzuhalten, daß auf die produzierende Wirtschaft in Baden-Württemberg vergleichsweise starke positive Effekte vom Umweltschutz ausgehen.

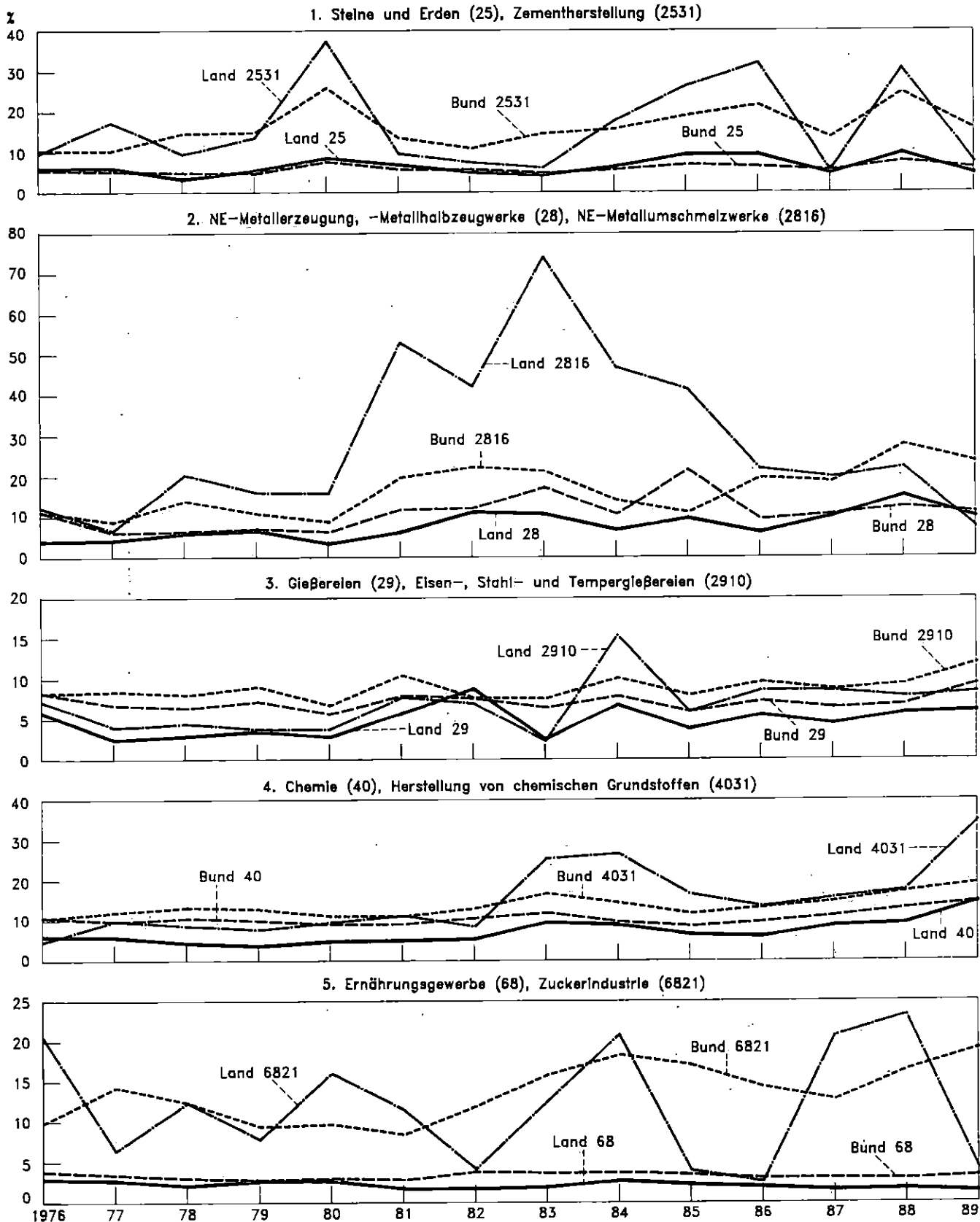
Für umweltschutzbezogene Dienstleistungen sind keine Abschätzungen bekannt. Aus einzelnen Unternehmensverzeichnissen von Industrie- und Handelskammern⁴ bzw. dem TÜV-Südwest läßt sich aber ablesen, daß auch dieser Sektor zwischenzeitlich einen erheblichen Umfang angenommen hat. Untersuchungen des IfO-Instituts gehen weiter davon aus, daß der Dienstleistungsbereich stärker binnenmarktorientiert ist als dies für den Produktionsbereich gilt, so daß die durch Umweltschutzmaßnahmen im Land nachgefragten Dienstleistungen auch vor allem baden-württembergischen Unternehmen zugute kommen dürften.

3 Statistisches Bundesamt, Schätzung des Produktionsvolumens von Umweltschutzgütern 1983 - 1988, Wiesbaden, April 1990

4 IHK-Südlicher Oberrhein, Umweltschutzmarkt Südlicher Oberrhein, Freiburg

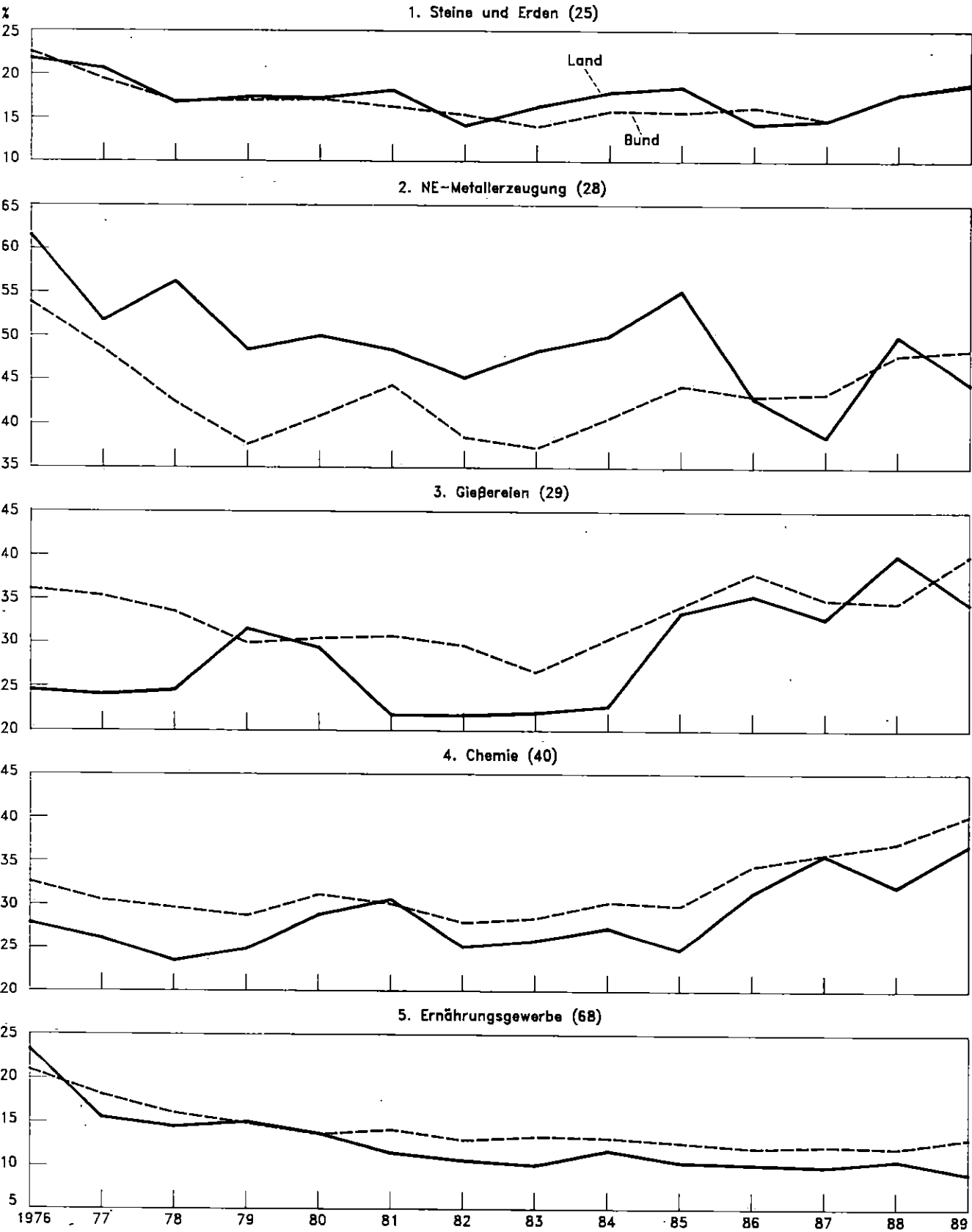
Umweltschutzinvestitionen in ausgewählten Wirtschaftsgruppen und -zweigen Baden-Württembergs und des Bundesgebiets 1976 bis 1989

a) Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen



Umweltschutzinvestitionen in ausgewählten Wirtschaftsgruppen und -zweigen
Baden-Württembergs und des Bundesgebiets 1976 bis 1989

b) Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an den Betrieben mit Investitionen



Umweltschutzmaßnahmen bewirkten Verringerung von Immissionsbelastungen

Die vielfältigen und umfangreichen Umweltschutzmaßnahmen der öffentlichen Hand, des Produzierenden Gewerbes sowie anderer Wirtschaftsbereiche sind letztlich an der Entwicklung des Zustands von Oberflächengewässern und Grundwasser, an den Luftimmissionen einschließlich der Auswirkungen auf Klima- und Ozonschicht sowie der Bodenbelastung zu messen. Die systematische Beobachtung der Güte von Wasser, Luft und Boden ist sehr aufwendig und komplex, so daß sie selbst auch hohe wissenschaftliche, technische und finanzielle Anforderungen stellt. Sie ist auf den verschiedenen Feldern unterschiedlich weit vorangetrieben und naturgemäß liegen dort die umfangreichsten Erkenntnisse vor, wo in den zurückliegenden Jahren auch besondere Umweltschutzanstrengungen konzentriert waren sowie ein relativ direkter Bezug zwischen Emissions- und Immissionsseite gegeben ist. Dies gilt beispielsweise für die Belastung bzw. die Güte der Oberflächengewässer. Die erheblichen Anstrengungen durch die öffentliche Hand und Gewerbebetriebe haben bewirkt, daß 1991 nur noch 29 % der untersuchten Gewässer einen unbefriedi-

genden Zustand aufwiesen. Im Jahr 1974 waren es noch rund 60 % der untersuchten Gewässer, die entsprechend eingestuft und vordringlich sanierungsbedürftig waren. Auch unter den 29 % der noch unbefriedigenden Gewässerstrecken ist der überwiegende Teil in der Übergangsstufe zur mäßigen Verschmutzung. Nur 7 % mußten noch als stark und 1 % als sehr stark eingestuft werden. Für eine nochmalige deutliche Verbesserung der Gewässergüte ist der weitere Ausbau der Regenwasserbehandlung, der weitergehenden Reinigungsstufen in den Kläranlagen sowie vor allem auch die Entlastung der Abwässer an der Quelle bei den gewerblichen Indirekteinleitern sowie den Haushalten voranzutreiben.

Auch bei den Luftimmissionen an Schwefeldioxid und Stickoxiden ist die Verbindung zu den Umweltschutzmaßnahmen relativ deutlich. Die Meßreihen der über 60 Vielkomponenten-Meßstationen im Land zeigen einen deutlichen Rückgang der SO₂-Werte. Bei den Stickoxiden ist jedoch nur eine allenfalls schwach abwärtsgerichtete Tendenz zu erkennen, da hier offenbar die deutlichen Verringerungen der Emissionen bei Kraftwerken und Industrie durch erhebliche Zunahmen der Verkehrsemissionen neutralisiert wurden.

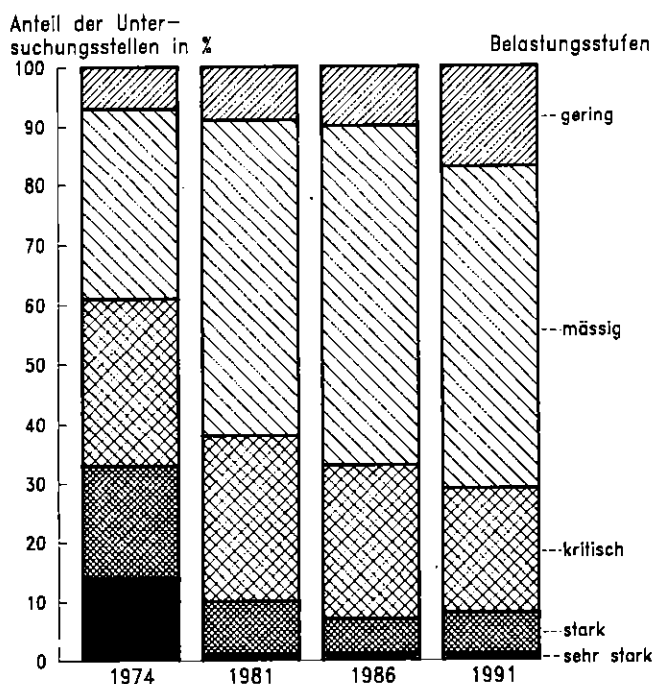
Beim Ozon, für dessen Entstehung neben den Stickoxiden vor allem die VOC-Emissionen (leicht flüchtige Kohlenwasserstoffe) verantwortlich gemacht werden, ist im Mittel ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen. Zur Reduzierung der VOC-Emissionen wurden bislang noch vergleichsweise geringe Anstrengungen unternommen. Betroffen ist hierbei wiederum sehr stark der Verkehrsbereich, aber auch die Industrie und die Haushalte als vielseitige Nutzer solcher Stoffe.

Ein anderes Maßnahmenfeld das die Luftreinhaltung berührt, liegt in der Energieeinsparung zur wirksamen Begrenzung und Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Viel komplizierter sind die Zusammenhänge beim Grundwasser- und Bodenschutz. Die Belastungsursachen sind hier äußerst vielfältig und wechselseitig verknüpft. Auch die Beobachtungsinstrumente sind in diesen Bereichen teilweise noch im Aufbau, so daß nur sporadisch Vergleichsdaten vorliegen. Diese signalisieren aber, daß in beiden Bereichen Maßnahmen erforderlich sind. Die notwendigen Anstrengungen zum Schutz von Boden und Grundwasser berühren dabei alle Wirtschaftsbereiche und Emissionsquellen, insbesondere auch die Abwasser-

Schaubild 14

Belastungssituation der Gewässer in Baden-Württemberg 1974 bis 1991



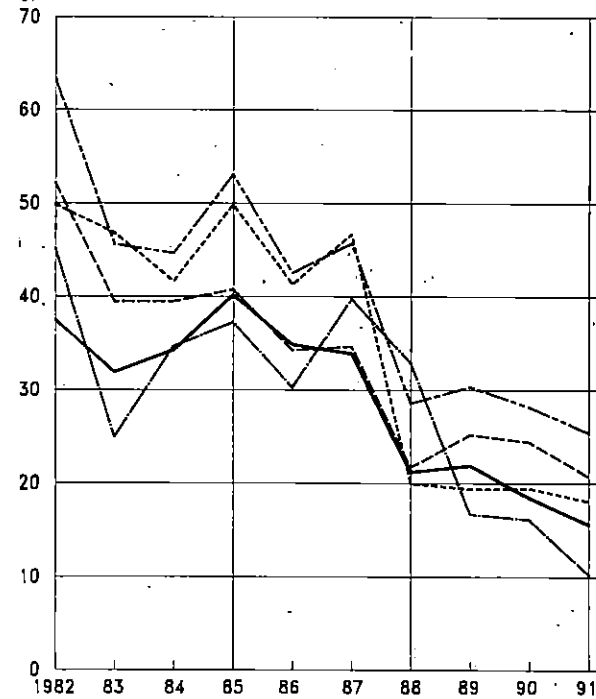
Quelle: Landesanstalt für Umweltschutz, Karlsruhe.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

221 92

Immissionskonzentrationen in ausgewählten Gebieten Baden-Württembergs 1982 bis 1991

a) Schwefeldioxid (SO₂)-Immissionen

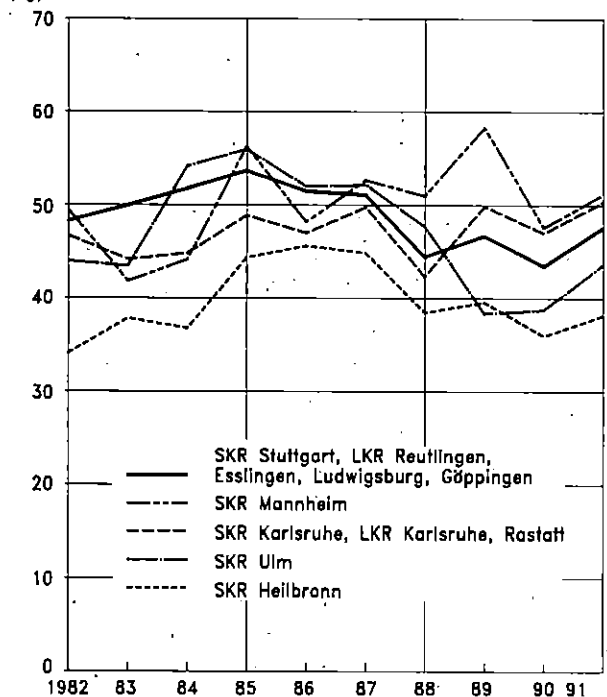
µg/m³



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

b) Stickstoffdioxid (NO₂)-Immissionen

µg/m³



222 92

und Abfallentsorgung, das weite Feld der Luftreinhaltmaßnahmen bis hin zu einer ökologisch ausgerichteten Bodennutzung.

Hier wird außerdem besonders sichtbar, daß für einen wirksamen Schutz der Umwelt, dessen Vernetzung mit anderen Politik- und Tätigkeitsbereichen wie gewerblicher Produktion, Energie, Verkehr, Landwirtschaft und allgemeinem Verbrauchsverhalten notwendig ist.

Zusammenfassung

- Im Zeitraum von 1975 bis 1990 wurden durch die öffentliche Hand und Betriebe des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg über 30 Mrd. DM an Umweltschutzinvestitionen durchgeführt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um nachgeschaltete Umweltschutzmaßnahmen. Solche Maßnahmen, die hauptsächlich anderen Zwecken dienten, zugleich aber auch mit Umweltentlastungen verbunden waren, sind nur soweit enthalten, wie der auf den Umweltschutz entfal-

lene Teil des Investitionsbetrages beziffert werden konnte. Produktbezogene Maßnahmen sind nur erfaßt, wenn diese auf gesetzliche Vorschriften zurückgehen.

- Hauptträger der öffentlichen Umweltschutzmaßnahmen sind die Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände. Das Land leistet neben direkten Investitionen in den Ausbau der verschiedenen Umweltmeßnetze vor allem Finanzhilfen für die Maßnahmen der Kommunen. Bei den Gemeinden und Kreisen machten die Umweltschutzinvestitionen rund 20 Prozent des gesamten Investitionsvolumens aus.
- Die bisherigen öffentlichen Umweltschutzmaßnahmen konzentrierten sich eindeutig auf den Schutz der Oberflächengewässer durch den Ausbau der Abwasserreinigungsmaßnahmen. Auf sie entfielen rund 93 % der öffentlichen Umweltschutzinvestitionen. Die Abfallentsorgung machte rund 5 % aus. Die Anteile von Lärmschutzmaßnahmen sowie anderer Bereiche sind vergleichsweise sehr gering.

- Die Anstrengungen zur Sanierung der Oberflächengewässer haben zu einer deutlichen Verringerung der Schmutzbelastung bei den abgeleiteten Abwassermengen geführt. Der durchschnittliche Wert für die organische Belastung ging von 1975 bis 1989 auf weniger als ein Fünftel zurück.
- Trotz des erreichten hohen Standards in der öffentlichen Abwasserentsorgung sind auch zukünftig große Anstrengungen erforderlich. Insbesondere die Richtlinien für die Nährstoffelimination sowie die Forderungen aus der Sicht des Grundwasserschutzes, die insbesondere eine Sanierung der Kanalnetze bedeuten, verursachen hohen Investitionsbedarf. Eine weitere Reduzierung der anorganischen Belastung muß wohl vor allem an den Abwasserquellen, d.h. den Gewerbebetrieben und Haushalten, ansetzen.
- Die Investitionen in die Abfallentsorgung sind kontinuierlich jedoch nur relativ schwach angestiegen. Der Grund dafür liegt darin, daß seit 1983 keine neuen Entsorgungsanlagen errichtet wurden.
- Die Gewässerschutzmaßnahmen wurden in Baden-Württemberg früher vorangetrieben als in den anderen Bundesländern. Gemessen an Stand und Leistung der Abwasserreinigungsanlagen hält dadurch Baden-Württemberg die Spitzenstellung im Bundesgebiet.
- Die Betriebe des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg haben von 1975 bis 1990 über 8,8 Mrd. DM in Umweltschutzmaßnahmen investiert. Dies entspricht 3,8 % der gesamten Investitionen im selben Zeitraum. Dabei handelt es sich hauptsächlich um nachgeschaltete Maßnahmen zur Emissionsbehandlung bzw. -reduzierung. Integrierte Umweltschutzmaßnahmen sind soweit enthalten, wie der Umweltschutzanteil am Investitionsbetrag beziffert werden konnte.
- Auf die öffentlichen Wärmekraftwerke konzentrieren sich 2,9 Mrd. DM an Umweltschutzinvestitionen, die hauptsächlich für Sekundärmaßnahmen zur Reduzierung der Schwefeldioxyd- und Stickoxydemissionen aufgewendet wurden. Durch diese Anstrengungen wurden die SO_2 -Emissionen um 80 % und die NO_x -Emissionen um 70 % vermindert.
- Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg haben 5,8 Mrd. DM und damit 3,3 % ihre Gesamtinvestitionen im Zeitraum von 1975 bis 1990 für Umweltschutzeinrichtungen aufgewendet. Die Entwicklung sowie die Maßnahmenschwerpunkte sind hier durch verschiedene umweltschutzpolitische Schwerpunkte sowie den Konjunkturverlauf geprägt. Vor allem seit 1986 stiegen der absolute Betrag an Umweltschutzinvestitionen, der Anteil an den Gesamtinvestitionen sowie die Anzahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen deutlich an.
- Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe war bislang der Gewässerschutz mit einem Anteil von 45,4 %. Seit 1983 nehmen, initiiert durch Großfeuerungsanlagenverordnung und TA-Luft, die Luftreinhaltemaßnahmen stark zu.
- Die Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe sind stark auf wenige Branchen konzentriert. Sowohl absolut als auch gemessen am Anteil an den Gesamtinvestitionen sind die Chemische Industrie, die Mineralölverarbeitung und die Zellstoff-, Papiererzeugung hervorzuheben. Der Fahrzeugbau hat den absolut höchsten Betrag an Umweltschutzinvestitionen, die Umweltschutzquote liegt dort allerdings nur knapp über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Dagegen hat eine Reihe von Branchen mit geringerem wirtschaftlichem Gewicht in Baden-Württemberg ebenfalls deutlich überdurchschnittliche Umweltschutzquoten. Bei diesen handelt es sich hauptsächlich um Produktionsbereiche im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe.
- Die Betriebsgröße, d.h. der Produktionsumfang, hat erheblichen Einfluß auf den Bedarf an eigenen Umweltschutzeinrichtungen. Großbetriebe machen deshalb den Hauptteil der Umweltschutzinvestitionen aus. In den letzten Jahren ist allerdings vor allem im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich sowie im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe eine deutliche Zunahme der Häufigkeit von Umweltschutzinvestitionen unter den Klein- und Mittelbetrieben festzustellen.

- Die Branchen mit hohen Umweltschutzquoten sind größtenteils auch durch überdurchschnittliche Energie- und/oder Wasserbedarfsmengen gekennzeichnet. Bei beiden Inputgrößen der Produktion wurden jedoch im Betrachtungszeitraum deutliche Einsparungen erzielt. Die dazu getroffenen Maßnahmen sind allerdings nur teilweise den Umweltschutzinvestitionen zugeordnet.
- Positive Effekte der Umweltschutzinvestitionen sind vor allem bei der Abwasserentsorgung des Verarbeitenden Gewerbes ablesbar. Diese basiert zum einen auf der Ableitung der Abwässer in öffentliche Kläranlagen, zum anderen jedoch auch auf betriebseigenen Anlagen zur Abwasserbehandlung aus denen dann das Abwasser meist in Kläranlagen, z.T. jedoch auch direkt in Oberflächengewässer abgeleitet wird. Bei den zuletzt genannten direkt abgeleiteten Abwässern konnte von 1975 bis 1987 eine Reduzierung der CSB-Fracht von 217 000 t auf noch knapp 61 000 t erzielt werden. Bei den Indirekteinleitern, d.h. den Betrieben die ihre Abwässer in die öffentliche Kanalisation ableiten, und dort vor allem bei den kleineren und mittleren Betrieben besteht offenbar noch ein erhebliches Vermeidungspotential.
- Der Anteil Baden-Württembergs an den von 1975 bis 1989 durchgeführten gewerblichen Umweltschutzinvestitionen im Bundesgebiet liegt bei rund 14 %. Die Umweltschutzquote liegt im Bundesdurchschnitt bei 5,4 %, in Baden-Württemberg bei 3,8 %. Der Grund für die kleinere Quote in Baden-Württemberg besteht in der abweichenden Struktur des Produzierenden Gewerbes, wobei vor allem die in Baden-Württemberg wesentlich geringere Bedeutung von Kohlekraftwerken sowie des Kohlebergbaus hervorzuheben sind. Auch im Verarbeitenden Gewerbe sind die Branchen mit hohem Bedarf von Umweltschutzinvestitionen in Baden-Württemberg größtenteils nur unterrepräsentiert. Die branchenweise differenzierte Gegenüberstellung zeigt, daß in Baden-Württemberg häufig der Anteil der Umweltschutzinvestitionen sogar höher liegt als im Bundesdurchschnitt.
- Die laufenden Ausgaben für den Umweltschutz können ausgehend von Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für den Energiebereich mit 0,4 Mrd. DM, für das Verarbeitende Gewerbe mit ca. 1,2 Mrd. DM im Jahr 1988 nach unten abgeschätzt werden. Damit betragen die laufenden Ausgaben etwa das Doppelte der derzeitigen jährlichen Umweltschutzinvestitionen.
- Die Belastung durch Umweltschutzausgaben ist nicht ausschließlich an Investitionen in eigene Anlagen und daraus resultierenden Betriebskosten geknüpft. Auch Branchen mit geringerem Investitionsanteil und kleine bzw. mittlere Betriebe, die in überdurchschnittlichem Umfang Entsorgungsleistungen in Anspruch nehmen, sind durch die daran geknüpften in letzter Zeit steigenden Ausgaben betroffen.
- Die Umweltschutzmaßnahmen aller Sektoren, öffentliche Hand, Gewerbe und Haushalte sind letztlich an der Immissionbelastung von Wasser, Luft und Boden zu messen. Die Maßnahmen in den zurückliegenden Jahren haben sich hauptsächlich auf den Gewässerschutz und ausgewählte Luftimmissionen konzentriert. Dort sind auch deutliche Entlastungen festzustellen. Die Güte der baden-württembergischen Oberflächengewässer war 1991 nur noch bei 29 % der Untersuchungsstrecken unbefriedigend. 1974 waren es immerhin noch 60 %. Bei den SO_2 -Emissionen ist eine erhebliche Abnahme in den letzten Jahren eingetreten. Die Stickoxyd-emissionen hingegen sind nahezu konstant geblieben, da die Reduzierung der entsprechenden Emissionen im gewerblichen Bereich durch erhöhte Verkehrsemissionen ausgeglichen wurden.
- Die steigende bodennahe Ozonbelastung, für die neben Stickoxyden vor allem die VOC-Emissionen verantwortlich gemacht werden, zeigen deutlich, daß im Luftbereich weiter große Anstrengungen erforderlich sind. Dies gilt verstärkt für die Reduktion der klimawirksamen Gase, vor allem des CO_2 , sowie ozonschichtschädigende Substanzen, wie die FCKW's.
- Der Schutz von Boden- und Grundwasser, der vielfältige und wechselseitig verknüpfte Belastungsursachen berücksichtigen muß, steht noch vergleichsweise am Anfang der Bemühungen. Baden-Württemberg hat 1991 mit dem Bodenschutzgesetz als erstes Bundesland die Voraussetzung für einen umfassenden, vorsorgenden Bodenschutz geschaffen. Die erforderlichen An-

strengungen betreffen hier nicht nur die öffentliche Hand und das Produzierende Gewerbe, sondern darüber hinaus alle Wirtschaftsbereiche, auch die Landwirtschaft sowie die Haushalte.

- Die baden-württembergische Wirtschaft ist überdurchschnittlich an der durch Umweltschutz-

maßnahmen bedingten Produktion von Waren und Dienstleistungen beteiligt. Nach einer Abschätzung des Statistischen Bundesamts entfielen 1988 immerhin 23,7 % und damit bundesweit der höchste Anteil der umweltschutzbezogenen Güterproduktion im Bundesgebiet (23,7 Mrd. DM) auf baden-württembergische Betriebe.

Anhang

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiter beteiligt:

Dipl.-Volkswirt Roland Brecht

Dipl.-Wirtschafts-Ingenieur Dr. Helmut Büringer

Dipl.-Volkswirt Reinhard Burkard

Dipl.-Volkswirt Ivar Cornelius

Dipl.-Kaufmann Uwe Götz

Dipl.-Geogr. Jürgen Kotter

Dipl.-Volkswirt Dr. Peter Linder

Methodische Erläuterungen

Der Begriff Direktinvestition erstreckt sich auf die Gründung und den Erwerb von Unternehmen, den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen sowie auf die Errichtung und den Erwerb von Zweigniederlassungen und Betriebsstätten jeweils von Gebietsansässigen im Ausland bzw. von Gebietsfremden im Inland. Bei Tochterunternehmen und Unternehmensbeteiligungen umfassen die Direktinvestitionen den Anteil am Nominalkapital und an den Rücklagen des ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Gebietsansässigen (bzw. Gebietsfremden) zuzurechnen ist. Hinzu kommen die vom Anteilseigner dem Tochterunternehmen gewährten Kredite. Direktinvestitionen unterscheiden sich von reinen Finanzanlagen (Portfolioinvestitionen) vor allem dadurch, daß über die aufgebauten Vermögensbestände zumindest Einfluß auf die Geschäftspolitik des betreffenden Unternehmens genommen werden soll. Als Untergrenze für eine Direktinvestition wird deshalb eine Mindestbeteiligung von mehr als 20 % des Nominalkapitals oder der Stimmrechte angesehen¹. Nach Ländern oder Branchen untergliederte Direktinvestitionsdaten liefern die Bestandsstatistik (Vermögensbestände jeweils zum Jahresende) und die Transaktionsstatistik (jährliche Kapitalströme) der Deutschen Bundesbank.

Wenn ein ausländisches (bzw. inländisches) Unternehmen, an dem ein inländischer (bzw. ausländischer) Investor beteiligt ist (unmittelbare Direktinvestition), selbst weitere Beteiligungen an ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmen unterhält (Enkelgesellschaften), dann werden diese Beteiligungen sowie weitere Beteiligungen im Besitz der Enkelgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen als mittelbare Direktinvestitionen bezeichnet². In diesem Zusammenhang sind vor allem die

Holdinggesellschaften, die oftmals Beteiligungen in einer Vielzahl von Ländern und Branchen verwalten, zu erwähnen. Um die endgültige Höhe sowie die endgültige Länder- und Branchenstruktur der Direktinvestitionen besser zu erfassen, werden deshalb die unmittelbaren Direktinvestitionen in und die mittelbaren Direktinvestitionen von abhängigen Holdinggesellschaften im Ausland verrechnet. Eine Holdinggesellschaft gilt dann als abhängig, wenn der Anteilsbesitz 50 % übersteigt. Bei dieser Rechnung wird zunächst der Bestand an unmittelbaren Direktinvestitionen in den abhängigen Holdinggesellschaften von der Summe des unmittelbaren Direktinvestitionsvermögens abgezogen. Dann wird der Beteiligungsbesitz dieser Holdinggesellschaften als mittelbares Vermögen mit den übrigen unmittelbaren Direktinvestitionen zusammengefaßt. Diese Summe ist regelmäßig höher als die Summe der unmittelbaren Bestände allein, weil die Holdinggesellschaften häufig nicht nur das von ihren Mutterunternehmen erhaltene Kapital weitergeben, sondern darüber hinaus noch ausländische Mittel in Form von Krediten aufnehmen und diese dann zusätzlich für die Finanzierung von Beteiligungsobjekten verwenden.

Entsprechende konsolidierte Ergebnisse werden jedoch nur für baden-württembergische Direktinvestitionen im Ausland ausgewiesen, die damit sowohl in der Abgrenzung nach unmittelbaren als auch nach unmittelbaren und mittelbaren Vermögensbeständen vorliegen. Für ausländische Direktinvestitionen im Inland gilt, daß die ausgewiesenen unmittelbaren Bestände den Bilanzwert mittelbarer Kapitalbeteiligungen näherungsweise enthalten.

Die baden-württembergischen Daten beziehen sich auf Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. Dies gilt sowohl für die heimischen Kapitalbestände im Ausland als auch für die ausländischen Investitionsobjekte im Inland. Wenn eine ausländische Tochtergesellschaft in Baden-Württemberg Zweigniederlassungen und/oder Enkelgesellschaften in anderen Bundesländern unterhält, dann werden die entsprechenden Vermögenswerte dem Sitzland der Tochtergesellschaft - also in diesem Fall Baden-Württemberg - zugeordnet. Daraus ergeben sich gewisse Unschärfen bei der gesonderten Betrachtung der Kapitalverflechtung eines Bundeslandes, wenngleich zumindest der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit - sowohl der heimischen Investoren als auch der ausländischen Tochtergesellschaften - in der Regel im Bundesland des Unternehmenssitzes liegen dürfte.

¹ Diese Untergrenze lag in den Jahren bis einschließlich 1988 bei 25 %. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank wurden die Meldeergebnisse im Zuge dieser Veränderung jedoch nicht merklich beeinflusst. Auf jeweils beiden Vermögensseiten habe der dadurch verursachte Bestandszuwachs bundesweit lediglich 0,5 Mrd. DM betragen. Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1991, S. 28.

² Zur ausführlichen Definition sowohl der unmittelbaren als auch der mittelbaren Direktinvestitionen siehe: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1979, S. 38ff.

Zu II/1.1

Im vorliegenden Beitrag werden über die absoluten Direktinvestitionsbestände hinaus auch Kenngrößen der betreffenden Unternehmen/Zweigniederlassungen (Investitionsobjekte) dargestellt. Die in diesem Zusammenhang herangezogenen Beschäftigten- und Umsatzzahlen der Investitionsobjekte gehen auch dann vollständig in die Berechnung ein, wenn die betreffende Kapitalbeteiligung geringer ist als 100 %. Für den Fall, daß eine ausländische Tochtergesellschaft (unmittelbare Direktinvestition) in Baden-Württemberg eine rechtlich selbständige Enkelgesellschaft (mittelbare Direktinvestition) in einem anderen Bundesland besitzt, unterscheiden sich die Darstellungsarten bei Direktinvestitionen und Beschäftigten. Beim Direktinvestitionsbestand wird - wie erwähnt - der Vermögenswert der Enkelgesellschaft demjenigen Bundesland zugeschlagen, in dem die Tochtergesellschaft ihren Sitz hat. Demgegenüber werden die Beschäftigten der Enkelgesellschaft, unabhängig vom Sitz der Tochtergesellschaft, dem Sitzland der Enkelgesellschaft zugeordnet. Die Darstellung der Beschäftigten in inländischen Unternehmen mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung für ein

Bundesland ist deshalb prinzipiell etwas trennschärfer als die Darstellung der jeweiligen Kapitalbestände.

Die Bestandsstatistik und die Transaktionsstatistik sind Erhebungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Methoden, deren Ergebnisse nicht unmittelbar vergleichbar sind. Insbesondere kann von den jährlichen Transaktionswerten nicht ohne weiteres eine entsprechende Bestandsentwicklung abgeleitet werden. Auch in der Transaktionsstatistik gilt zwar - erstmals angewendet für das Jahr 1990 - die Erfassungsuntergrenze von mehr als 20 % der Unternehmensanteile beim Beteiligungserwerb und bei der Kapitalzuführung. Unterschiede bestehen jedoch in der Berücksichtigung der reinvestierten Gewinne/Verluste (in der Transaktionsstatistik nicht enthalten) sowie in der Erfassung der Kreditbeziehungen zwischen Anteilseigner und Tochterunternehmen (in der Transaktionsstatistik nur Kredite mit einer vereinbarten Laufzeit von mehr als 12 Monaten). Die Transaktionswerte entsprechen im übrigen der Abgrenzung nach unmittelbaren Direktinvestitionen in der Bestandsstatistik.

Anhangtabelle 1

Bilanz der Direktinvestitionsverflechtung Baden-Württembergs 1979, 1986 und 1990 nach Ländern
 – Bestände jeweils zum Jahresende –

Ländergruppe/Land	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen							
	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo ¹⁾			nachrichtlich: Saldo ¹⁾ des Bundesgebiets		
			1990	1986	1979	1990	1986	1979
Mill. DM								
Industrialisierte westliche Länder	24 359	22 049	+ 2 310	– 1 070	– 4 907	+ 60 704	+ 27 111	– 16 181
davon								
EG-Länder ²⁾	11 844	5 740	+ 6 104	+ 2 292	+ 767	+ 53 402	+ 23 036	+ 2 063
davon								
Belgien	1 244	64	+ 1 180	+ 376	+ 47	+ 10 591	+ 4 397	+ 1 408
Dänemark	77	83	– 6	– 12	– 4	– 371	+ 58	+ 89
Frankreich	2 862	1 375	+ 1 487	+ 721	+ 545	+ 6 794	+ 5 658	+ 1 928
Griechenland	70	+ 731	+ 541	+ 328
Großbritannien	2 261	517	+ 1 744	– 697	– 252	+ 7 920	– 2 307	– 3 491
Irland	282	4	+ 278	+ 36	.	+ 5 512	+ 529	+ 245
Italien	1 071	1 046	+ 25	+ 56	+ 48	+ 4 898	+ 3 487	+ 725
Luxemburg	113	74	+ 39	+ 37	+ 81	+ 7 557	+ 6 583	+ 2 579
Niederlande	2 301	2 495	– 194	+ 1 028	– 198	– 1 495	– 1 095	– 4 212
Portugal	149	.	.	.	+ 25	+ 1 153	+ 478	+ 229
Spanien	1 414	79	+ 1 335	+ 622	+ 434	+ 10 112	+ 4 707	+ 2 235
Übrige industrialisierte westliche Länder	12 515	16 309	– 3 794	– 3 362	– 5 674	+ 7 302	+ 4 075	– 18 244
darunter								
Japan	711	136	+ 575	+ 201	+ 80	– 6 697	– 4 030	– 1 107
Kanada	405	9	+ 396	+ 222	+ 168	+ 5 255	+ 3 686	+ 1 585
Österreich	941	337	+ 604	+ 499	+ 254	+ 4 697	+ 3 227	+ 1 720
Schweden	99	194	– 95	– 92	– 175	– 6 050	– 1 356	– 1 055
Schweiz	3 064	7 120	– 4 056	– 3 489	– 2 804	– 6 093	– 3 200	– 3 388
USA	6 660	8 333	– 1 673	– 1 242	– 3 357	+ 11 987	+ 2 812	– 17 477
Entwicklungsländer insgesamt	2 643	577	+ 2 066	+ 2 047	+ 1 440	+ 13 265	+ 14 457	+ 8 234
davon								
OPEC-Länder	115	20	+ 95	+ 165	+ 268	+ 799	+ 1 090	+ 1 037
übrige Entwicklungs-länder	2 528	557	+ 1 971	+ 1 882	+ 1 172	+ 12 466	+ 13 367	+ 7 197
darunter								
Brasilien	1 383	4	+ 1 379	+ 1 577	.	+ 5 008	+ 6 841	+ 3 948
Staatshandelsländer	123	20	+ 103	.	– 16	– 360	– 564	– 260
Regional nicht aufteilbar ³⁾	–	553	– 553	.	– 238	– 2 335	– 850	– 902
Insgesamt	27 125	23 199	+ 3 926	+ 780	– 3 721	+ 71 274	+ 40 154	– 9 109

1) Differenz zwischen inländischen Beständen im Ausland und ausländischen Beständen im Inland. – 2) Aktueller Gebietsstand. – 3) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochtergesellschaften an Einzelgesellschaften.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Anhangtabelle 2

Kenngrößen der Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer bundesdeutscher Kapitalbeteiligung 1990 nach Anlageländern

Ländergruppe/ Land	Anzahl der Unternehmen ¹⁾		Beschäftigte		Jahresumsatz ²⁾	
	insgesamt	Anteil Baden- Württembergs am Bundes- gebiet	1000	Anteil Baden- Württembergs am Bundes- gebiet	Mrd. DM	Anteil Baden- Württembergs am Bundes- gebiet
		%		%		%
Industrialisierte westliche Länder	16 747	20,3	1 700	14,5	675,3	14,7
davon						
EG-Länder ³⁾	8 780	19,3	824	14,0	353,6	13,6
davon						
Belgien	721	16,0	88	6,8	41,0	9,5
Dänemark	273	14,7	16	6,3	6,0	10,0
Frankreich	2 293	26,1	215	21,9	98,8	19,5
Griechenland	147	17,0	16	18,8	2,9	10,3
Großbritannien	1 516	17,6	139	9,4	65,9	10,6
Irland	232	13,8	11	9,1	3,1	3,2
Italien	943	20,0	85	10,6	45,3	15,0
Luxemburg	206	10,2	9	0,0	3,0	0,0
Niederlande	1 226	14,6	73	11,0	39,0	8,7
Portugal	175	16,6	33	12,1	3,8	13,2
Spanien	1 048	19,1	139	15,8	44,8	13,6
Übrige industrialisierte westliche Länder	7 967	21,4	876	15,1	321,7	15,9
darunter						
Japan	309	21,0	31	29,0	23,0	29,6
Kanada	617	16,2	35	11,4	14,6	11,6
Österreich	1 593	21,3	144	15,3	45,4	12,1
Schweden	292	21,9	32	6,3	12,9	7,8
Schweiz	1 629	29,3	54	27,8	32,4	22,2
USA	2 517	19,4	463	13,0	167,4	14,5
Entwicklungsländer						
insgesamt	2 443	13,9	600	21,7	68,5	16,2
davon						
OPEC-Länder	241	8,7	35	28,6	5,2	15,4
übrige Entwicklungs- länder	2 202	14,5	565	21,2	63,3	16,3
darunter						
Brasilien	470	21,9	273	25,3	28,6	23,4
Staatshandelsländer	162	23,5	28	25,0	2,2	22,7
Insgesamt	19 352	19,5	2 328	16,5	746,0	14,9

1) Ohne abhängige Holdinggesellschaften. – 2) Ohne Kreditinstitute. – 3) Aktueller Gebietsstand.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Anhangtabelle 3

Kenngrößen der Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung 1986 und 1990 nach Branchen

Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts	Anzahl der Unternehmen			Beschäftigte			Jahresumsatz ¹⁾	
	1990		1986	1990		1986	1990	1986
	insgesamt	%	insgesamt	1000	%	1000	Mrd. DM	
Verarbeitendes Gewerbe	1 226	32,5	938	298	77,6	220	52,8	31,9
darunter								
– Chemische Industrie	58	1,5	38	4	1,0	3	1,0	0,7
– Mineralölverarbeitung	7	0,2	.	0	0	.	0,1	.
– Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	62	1,6	42	9	2,3	3	1,6	0,6
– Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Fein- keramik und Glasgewerbe	41	1,1	31	5	1,3	5	1,6	1,4
– Eisen- und Stahlerzeugung ²⁾	43	1,1	31	4	1,0	4	0,4	0,3
– Maschinenbau	309	8,2	233	43	11,2	32	8,1	4,7
– Straßenfahrzeugbau	127	3,4	124	103	26,8	95	20,0	15,4
– Elektrotechnik	177	4,7	124	67	17,4	39	9,8	4,3
– Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM- Waren usw. ³⁾	130	3,4	119	14	3,6	9	2,0	1,1
– Ernährungsgewerbe	29	0,8	15	2	0,5	1	1,5	0,2
Baugewerbe	33	0,9	30	7	1,8	9	0,9	1,1
Handel	1 982	52,5	1 546	70	18,2	54	52,6	38,6
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	44	1,2	40	2	0,5	1	0,5	0,3
Kreditinstitute	17	0,5	8	0	0	0	–	–
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	95	2,5	81	0	0	0	0,1	0
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	347	9,2	271	6	1,6	5	3,9	1,0
Restliche Wirtschaftszweige	31	0,8	42	1	0,3	1	0,1	0,1
Insgesamt	3 775	100	2 956	384	100	290	110,9	73,0

1) Ohne Kreditinstitute. – 2) Einschließlich Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. – 3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 4) Einschließlich Finanzierungs-
institutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

Anhangtabelle 4

Kenngrößen der Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer Kapitalbeteiligung aus dem Bundesgebiet 1990

Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts	Anzahl der Unternehmen		Beschäftigte		Jahres- umsatz ¹⁾	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet		
						Anzahl der Unternehmen	Beschäftigte	Jahres- umsatz
	insgesamt	%	1000	%	Mrd. DM	%		
Verarbeitendes Gewerbe	5 729	29,6	1 638	70,4	362,2	21,4	18,2	14,6
darunter								
– Chemische Industrie	1 124	5,8	343	14,7	110,7	5,2	1,2	0,9
– Mineralölverarbeitung	23	0,1	1	0,0	0,5	30,4	0,0	20,0
– Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	341	1,8	65	2,8	12,9	18,2	13,8	12,4
– Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Fein- keramik und Glasgewerbe	282	1,5	40	1,7	8,4	14,5	12,5	19,0
– Eisen- und Stahlerzeugung ²⁾	244	1,3	65	2,8	10,4	17,6	6,2	3,8
– Maschinenbau	1 023	5,3	172	7,4	31,8	30,2	25,0	25,5
– Straßenfahrzeugbau	333	1,7	333	14,3	74,5	38,1	30,9	26,8
– Elektrotechnik	775	4,0	354	15,2	60,5	22,8	18,9	16,2
– Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM- Waren usw. ³⁾	498	2,6	62	2,7	10,8	26,1	22,6	18,5
– Ernährungsgewerbe	209	1,1	29	1,2	7,6	13,9	6,9	19,7
Baugewerbe	306	1,6	45	1,9	8,5	10,8	15,6	10,6
Handel	8 191	42,3	450	19,3	291,4	24,2	15,6	18,1
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	878	4,5	40	1,7	19,7	5,0	5,0	2,5
Kreditinstitute	348	1,8	23	1,0	–	4,9	0,0	–
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	674	3,5	3	0,1	1,6	14,1	0,0	6,3
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	2 789	14,4	113	4,9	56,1	12,4	5,3	7,0
Restliche Wirtschaftszweige	437	2,3	16	0,7	6,5	7,1	6,3	1,5
Insgesamt	19 352	100	2 328	100	746,0	19,5	16,5	14,9

1) Ohne Kreditinstitute. – 2) Einschließlich Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. –

3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 4) Einschließlich Finanzierungs-
institutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Anhangtabelle 5

Kenngrößen der Unternehmen in Baden-Württemberg mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung 1986 und 1990 nach Branchen

Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	Anzahl der Unternehmen			Beschäftigte			Jahresumsatz ¹⁾	
	1990		1986	1990		1986	1990	1986
	insgesamt	%	insgesamt	1000	%	1000	Mrd. DM	
Verarbeitendes Gewerbe	688	33,9	573	298	86,4	293	86,4	75,5
darunter								
– Chemische Industrie	76	3,7	65	34	9,9	30	12,9	10,4
– Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	42	2,1	39	22	6,4	18	4,6	3,7
– Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Fein- keramik und Glasgewerbe	28	1,4	18	4	1,2	2	1,1	0,5
– Eisen- und Stahlerzeugung ²⁾	20	1,0	20	4	1,2	2	1,3	0,4
– Maschinenbau	147	7,2	132	49	14,2	45	10,8	8,8
– Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	5	0,2	7	38	11,0	34	17,4	14,0
– Straßenfahrzeugbau	13	0,6	14	12	3,5	12	3,7	2,9
– Elektrotechnik	117	5,8	76	67	19,4	87	13,9	18,6
– Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM- Waren usw. ³⁾	89	4,4	73	22	6,4	20	5,2	4,1
– Ernährungsgewerbe	29	1,4	1,9	8	2,3	8	3,6	3,2
Baugewerbe	22	1,1	16	2	0,6	7	0,3	1,2
Handel	785	38,6	630	26	7,5	17	20,9	13,9
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	55	2,7	42	2	0,6	2	1,2	0,8
Kreditinstitute	.	.	3	.	.	0	–	–
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	172	8,5	106	1	0,3	1	0,4	1,3
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	293	14,4	201	14	4,1	9	4,2	2,7
Restliche Wirtschaftszweige	17	0,8	8	2	0,6	1	0,4	0,3
Insgesamt	2 032	100	1 579	345	100	330	113,8	95,7

1) Ohne Kreditinstitute. – 2) Einschließlich Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. –

3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 4) Einschließlich Finanzierungs-
institutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

Anhangtabelle 6

Kenngrößen der Unternehmen im Bundesgebiet mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung 1990 nach Branchen

Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	Anzahl der Unternehmen		Beschäftigte		Jahres- umsatz ¹⁾	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet		
	insgesamt	%	1000	%		Mrd. DM	Anzahl der Unternehmen	Beschäftigte
					%			
Verarbeitendes Gewerbe	2 853	24,1	1 349	72,3	462,2	24,1	22,1	18,7
darunter								
– Chemische Industrie	385	3,3	309	16,6	76,3	19,7	11,0	16,9
– Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	200	1,7	81	4,3	19,5	21,0	27,2	23,6
– Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Fein- keramik und Glasgewerbe	148	1,3	47	2,5	10,6	18,9	8,5	10,4
– Eisen- und Stahlerzeugung ²⁾	107	0,9	59	3,2	16,5	18,7	6,8	7,9
– Maschinenbau	545	4,6	150	8,0	34,2	27,0	32,7	31,6
– Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	34	0,3	49	2,6	21,8	14,7	77,6	79,8
– Straßenfahrzeugbau	57	0,5	156	8,4	55,8	22,8	7,7	6,6
– Elektrotechnik	392	3,3	195	10,5	49,4	29,8	34,4	28,1
– Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM- Waren usw. ³⁾	294	2,5	86	4,6	18,2	30,3	25,6	28,6
– Ernährungsgewerbe	211	1,8	70	3,8	39,2	13,7	11,4	9,2
Baugewerbe	150	1,3	25	1,3	4,2	14,7	8,0	7,1
Handel	5 093	43,1	260	13,9	252,8	15,4	10,0	8,3
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	505	4,3	33	1,8	15,7	10,9	6,1	7,6
Kreditinstitute	187	1,6	22	1,2	–	–	–	–
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	1 076	9,1	12	0,6	5,3	16,0	8,3	7,5
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	1 885	15,9	160	8,6	59,2	15,5	8,8	7,1
Restliche Wirtschaftszweige	72	0,6	4	0,2	3,7	23,6	50,0	10,8
Insgesamt	11 821	100	1 865	100	803,1	17,2	18,5	14,2

1) Ohne Kreditinstitute. – 2) Einschließlich Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. –

3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 4) Einschließlich Finanzierungs-
institutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Anhangtabelle 7

Baden-württembergische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Baden-Württemberg 1991 nach Ländern

– Transaktionen –

Ländergruppe/ Land	Direktinvestitionen im Jahr 1991							
	im Ausland				aus dem Ausland			
	Neuanlagen		Rückflüsse	Netto ¹⁾	Neuanlagen		Rückflüsse	Netto ¹⁾
	Mill. DM	%	Mill. DM		Mill. DM	%	Mill. DM	
Industrialisierte westliche Länder	4 914,2	93,5	610,3	+ 4 303,8	2 013,9	99,4	3 217,9	– 1 204,0
davon								
EG-Länder	3 591,9	68,3	354,3	+ 3 237,6	684,6	33,8	256,7	+ 427,9
davon								
Belgien/Luxemburg	487,2	9,3	155,1	+ 332,1	76,8	3,8	29,5	+ 47,2
Dänemark	33,9	0,6	7,4	+ 26,5	7,8	0,4	5,9	+ 1,9
Frankreich	1 901,8	36,2	63,1	+ 1 838,7	131,6	6,5	34,2	+ 97,4
Griechenland	11,8	0,2	4,5	+ 7,3	-	-	-	-
Großbritannien	360,9	6,9	20,9	+ 340,0	71,7	3,5	26,8	+ 44,9
Irland	398,3	7,6	-	-	-	-	-	-
Italien	67,0	1,3	71,5	– 4,5	217,1	10,7	43,0	+ 174,1
Niederlande	165,4	3,1	21,3	+ 144,1	179,1	8,8	116,6	+ 62,6
Portugal	25,0	0,5	-	-	-	-	-	-
Spanien	140,6	2,7	4,9	+ 135,7	-	-	-	-
Übrige industrialisierte westliche Länder	1 322,3	25,2	256,0	+ 1 066,3	1 329,4	65,6	2 961,2	– 1 631,9
darunter								
Australien	47,9	0,9	1,3	+ 46,6	-	-	-	-
Japan	153,3	2,9	-	-	13,4	0,7	-	-
Österreich	447,6	8,5	25,2	+ 422,3	15,7	0,8	6,9	+ 8,8
Schweden	36,8	0,7	-	-	32,5	1,6	57,6	– 25,1
Schweiz	103,8	2,0	38,9	+ 64,9	403,8	19,9	554,9	– 151,1
Südafrika	39,4	0,7	4,2	+ 35,3	-	-	-	-
USA	405,9	7,7	164,5	+ 241,4	802,1	39,6	2 330,3	– 1 528,2
Entwicklungsländer insgesamt	280,6	5,3	27,3	+ 253,2	10,7	0,5	2,8	+ 7,9
davon								
OPEC-Länder	2,8	0,1	4,2	– 1,4	0,3	0,0	1,5	– 1,2
Übrige Entwicklungsländer	277,8	5,3	23,2	+ 254,6	10,4	0,5	1,3	+ 9,1
darunter								
Brasilien	30,9	0,6	13,3	+ 17,6	-	-	-	-
Hongkong/Singapur/ Südkorea/Taiwan	183,0	3,5	-	-	-	-	-	-
Staatshandelsländer	62,6	1,2	0,4	+ 62,2	0,5	0,0	0,2	+ 0,3
darunter								
Tschechoslowakei	16,9	0,3	-	+ 16,9	-	-	-	-
Ungarn	40,3	0,8	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5 257,4	100	638,1	+ 4 619,2	2 025,2	100	3 221,0	– 1 195,8

1) Differenz zwischen Bruttoinvestitionen (Neuanlagen) und Rückflüssen (Liquidationen).

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Ergebnisse einer Unternehmensbefragung des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Instituts der deutschen Wirtschaft im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojekts "Deutsche Direktinvestitionen im Ausland"
– Abschluß der Umfrage im Oktober 1989 –

a) Form der Auslandsinvestitionen
– Prozentanteile –

Zweigniederlassung ¹⁾	16,3
Beteiligung bis 50 Prozent	14,1
über 50 Prozent	13,5
100 Prozent	16,7
Neugründung	27,6
Übernahme	11,7

1) Rechtlich unselbständige Auslandstöchter.

b) Funktionsschwerpunkt der Auslandsinvestitionen
– Prozentanteile an den Nennungen –

Funktion	Insgesamt	Großunternehmen ¹⁾	Kleine und mittlere Unternehmen	Außenhandelsintensitätsgruppen ²⁾			
				1	2	3	4
Produktion	32,6	33,9	30,2	29,2	32,1	32,2	33,6
Vertrieb und Marketing	39,5	37,5	43,3	43,7	35,7	40,6	38,9
Kundendienst	15,3	15,9	14,1	6,2	17,9	14,7	16,4
Beschaffung	3,6	3,0	4,6	8,3	3,6	3,8	2,7
Forschung	2,4	2,5	2,3	6,2	2,4	1,9	2,5
Organisation	2,1	2,3	1,6	2,1	3,6	2,4	1,4
Logistik	4,5	4,8	3,9	4,2	4,8	4,4	4,6

1) Über 100 Mill. DM Umsatz und über 500 Beschäftigte. – 2) Gruppe 1: Exportquote unter 5%, Gruppe 2: Exportquote 5 bis 15%, Gruppe 3: Exportquote 15 bis 45%, Gruppe 4: Exportquote über 45%.

c) Rangordnung der Motive von Auslandsinvestitionen

Rang	Motiv	Bedeutungsgrad ¹⁾
1	Erschließung neuer Märkte	3,39
2	Sicherung bestehender Märkte	3,03
3	Größe und Dynamik des Auslandsmarktes	2,68
4	Marktpflege (Service, Wartung etc.)	2,51
5	Vorbereitung auf den Gemeinsamen Markt	2,17
6	Niedrigere Arbeitskosten	1,78
7	Vorteil des Standorts als Exportbasis	1,69
8	Niedrigere Steuerbelastung	1,60
9	Überwindung von Importbarrieren	1,57
10	Höhere Renditen	1,41
11	Minderung des Wechselkursrisikos	1,22
12	Bessere Einkaufs- und Beschaffungsmöglichk.	1,20
13	Weniger administrative Hindernisse	1,16
14	Höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes	1,12
15	Zugang zu öffentlichen Aufträgen	1,01
16	Höhere Produktivität	0,94
17	Staatliche Investitionsförderung	0,87
18	Vorsprung bei Technologie und Forschung	0,45
19	Bessere Infrastrukturausstattung	0,45
20	Bessere Qualifikation der Arbeitskräfte	0,38

1) Gewogenes Mittel der Bedeutungsstufen. Dabei wurden die Antworten „sehr große Bedeutung“ mit 4, „große Bedeutung“ mit 3, „geringe Bedeutung“ mit 1 und „keine Bedeutung“ mit 0 bewertet. Die Anzahl der jeweiligen Antworten bildeten die Gewichte.

d) Motive von Auslandsinvestitionen, die an Bedeutung gewinnen

Rang	Motiv	Be- deutungs- grad ¹⁾
1	Erschließung neuer Märkte	0,730
2	Sicherung bestehender Märkte	0,542
3	Marktpflege	0,276
4	Größe und Dynamik des Auslandsmarktes	0,263
5	Vorbereitung auf den Gemeinsamen Markt	0,236
6	Niedrigere Arbeitskosten	0,225
7	Vorteil des Standorts als Exportbasis	0,152
8	Niedrigere Steuerbelastung	0,142
9	Bessere Einkaufs- und Beschaffungsmöglichk.	0,092
10	Höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes	0,082
11	Überwindung von Importbarrieren	0,079
12	Weniger administrative Hemmnisse	0,058
13	Höhere Renditen	0,052
14	Minderung des Wechselkursrisikos	0,038
15	Zugang zu öffentlichen Aufträgen	0,033
16	Höhere Produktivität	0,028
17	Vorsprung bei Technologie u. Forschung	0,020
18	Staatliche Investitionsförderung	0,018
19	Bessere Qualifikation der Arbeitskräfte	0,014
20	Bessere Infrastrukturausstattung	0,009

1) Methode: Fünf Antworten waren möglich. Sie wurden wie folgt bewertet:

1. plazierte Antwort = 5
2. plazierte Antwort = 4
3. plazierte Antwort = 3
4. plazierte Antwort = 2
5. plazierte Antwort = 1

Diese Werte wurden mit der Anzahl der je Motiv und Platzierung gezählten Antworten gewichtet und durch die Anzahl sämtlicher Antworten dividiert.

e) Länder und Regionen mit steigender Attraktivität für deutsche Auslandsinvestoren
– Saldo zwischen positiven und negativen Meldungen –

Rang	Land/Region	Saldo
1	Spanien	303
2	Frankreich	280
3	Großbritannien	232
4	USA	198
5	Italien	183
6	Portugal	163
7	Tiger ¹⁾	118
8	Niederlande	102
9	Japan	100
10	Kanada	89
11	Österreich	74
12	Belgien	48
13	Schweiz	45
14	Griechenland	41
15	Schweden	21
16	Luxemburg	16
17	Irland	7
18	Dänemark	– 5
19	Afrika (ohne Südafrika)	– 17
20	Norwegen	– 21
21	Nah- und Mittelost	– 27
22	Lateinamerika	– 40
23	Südafrika	– 42

1) Südkorea, Taiwan, Singapur, Honkong.

Anhangtabelle 1

Struktur und Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Baden-Württemberg 1973 bis 1990 nach Energieträgern

Energieträger	1973	1974	1975	1976	1978	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mill. t SKE															
Mineralöle ¹⁾	30,23	25,89	26,06	27,32	28,47	29,66	26,82	22,86	21,98	22,88	24,53	23,33	23,01	21,29	22,35
Steinkohlen	3,94	4,20	3,49	4,05	3,82	3,88	4,08	4,83	5,67	5,45	6,25	6,32	6,77	5,99	6,34
Braunkohlen	0,44	0,42	0,32	0,28	0,25	0,29	0,32	0,33	0,28	0,27	0,28	0,26	0,22	0,19	0,18
Erdgas und Erdölgas	2,74	3,23	3,19	3,46	3,56	4,19	4,14	3,92	4,68	4,88	4,90	5,62	5,73	6,12	6,27
Kernenergie	0,92	1,00	1,03	1,55	2,65	2,82	3,40	4,75	5,14	8,38	7,58	8,13	8,10	10,70	10,31
Nettostrombezüge	2,78	3,55	3,94	2,94	3,83	4,15	4,25	3,86	4,15	2,24	1,73	1,62	1,51	0,69	0,92
Wasserkraft	1,09	1,22	1,24	0,99	1,43	1,43	1,46	1,59	1,43	1,26	1,39	1,44	1,44	1,24	1,26
Sonstige Energieträger ²⁾	0,30	0,35	0,31	0,34	0,38	0,41	0,51	0,51	0,58	0,59	0,60	0,59	0,59	0,60	0,65
Insgesamt	42,44	39,86	39,57	40,94	44,37	46,83	44,98	42,63	43,90	45,94	47,26	47,31	47,37	46,82	48,28
Anteile in %															
Mineralöle ¹⁾	71,2	65,0	65,9	66,7	64,2	63,4	59,5	53,7	50,1	49,7	51,8	49,3	48,6	45,5	46,3
Steinkohlen	9,3	10,5	8,8	9,9	8,6	8,3	9,0	11,4	12,9	11,8	13,3	13,4	14,3	12,8	13,1
Braunkohlen	1,0	1,1	0,8	0,7	0,6	0,6	0,8	0,8	0,7	0,6	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4
Erdgas und Erdölgas	6,5	8,1	8,1	8,5	8,0	8,8	9,2	9,2	10,7	10,6	10,4	11,9	12,1	13,1	13,0
Kernenergie	2,2	2,5	2,6	3,8	6,0	6,0	7,6	11,1	11,7	18,2	16,0	17,2	17,1	22,9	21,4
Nettostrombezüge	6,6	8,9	10,0	7,2	8,6	8,9	9,4	9,0	9,5	4,9	3,7	3,4	3,2	1,5	1,9
Wasserkraft	2,6	3,1	3,1	2,4	3,2	3,1	3,2	3,7	3,3	2,8	2,9	3,0	3,0	2,6	2,6
Sonstige Energieträger ²⁾	0,7	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,2	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,3	1,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
Mineralöle ¹⁾	X	- 14,4	+ 0,7	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,2	- 9,6	- 8,2	- 0,8	+ 4,1	+ 7,2	- 4,9	- 1,4	- 7,5	+ 5,0
Steinkohlen	X	+ 6,6	- 16,9	+ 16,0	- 15,1	+ 1,6	+ 5,2	+ 8,1	+ 7,8	- 3,9	+ 14,7	+ 1,1	+ 7,1	- 11,5	+ 5,8
Braunkohlen	X	- 4,5	- 23,8	- 12,5	- 3,8	+ 16,0	+ 10,3	0,0	- 12,5	- 3,6	+ 3,7	- 7,1	- 15,4	- 13,6	- 5,3
Erdgas und Erdölgas	X	+ 17,9	- 1,2	+ 8,5	+ 1,4	+ 17,7	- 1,2	+ 0,5	+ 12,8	+ 4,3	+ 0,4	+ 14,7	+ 2,0	+ 8,8	+ 2,5
Kernenergie	X	+ 8,7	+ 3,0	+ 50,5	+ 2,7	+ 6,4	+ 20,6	+ 39,3	+ 7,5	+ 63,0	- 9,5	+ 7,3	- 0,4	+ 32,1	- 3,6
Nettostrombezüge	X	+ 27,7	+ 11,0	- 25,4	+ 6,4	+ 8,4	+ 2,4	- 19,1	- 1,4	- 46,0	- 22,8	- 6,4	- 6,8	- 54,3	+ 33,3
Wasserkraft	X	+ 11,9	+ 1,6	- 20,2	+ 5,9	0,0	+ 2,1	+ 3,9	- 2,1	- 11,9	+ 10,3	+ 3,6	0,0	- 13,9	+ 1,6
Sonstige Energieträger ²⁾	X	+ 16,7	- 11,4	- 9,7	+ 5,6	+ 7,9	+ 24,4	+ 4,1	+ 7,4	+ 1,7	+ 1,7	- 1,7	0,0	+ 1,7	+ 8,3
Insgesamt	X	- 6,1	- 0,7	+ 3,5	+ 5,1	+ 5,5	- 4,0	- 2,6	+ 3,2	+ 4,6	+ 2,9	+ 0,1	+ 0,1	- 1,2	+ 3,1

1) Einschließlich Flüssiggas und Raffineriegas. - 2) Brennholz, Müll, Klargas.

Anhangtabelle 2

Struktur und Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland 1973 bis 1990 nach Energieträgern

Energieträger	1973	1974	1975	1976	1978	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mill. t SKE															
Mineralöle ¹⁾	208,9	188,3	181,0	195,9	203,3	206,8	185,7	159,8	158,0	159,4	167,6	163,3	163,5	153,2	160,6
Steinkohlen	84,2	82,7	66,5	70,7	69,2	75,8	77,1	76,7	79,3	79,4	77,7	75,6	74,7	73,4	74,0
Braunkohlen	33,1	35,2	34,4	37,6	35,9	38,1	39,2	38,4	38,3	36,1	33,1	31,2	31,6	32,5	32,1
Erdgas und Erdölgas	38,0	46,0	48,7	51,4	59,8	65,3	63,6	54,3	58,8	58,8	58,4	64,4	62,4	65,6	68,6
Kernenergie	4,0	4,1	7,1	7,9	11,8	13,9	14,3	20,9	30,4	41,1	38,7	42,1	46,9	48,2	47,2
Nettostrombezüge	3,5	2,0	2,6	0,3	1,0	0,2	1,9	2,2	1,3	0,8	1,7	1,2	0,1	0,1	0,3
Wasserkraft	4,7	5,5	5,2	4,1	5,6	5,6	5,7	5,9	5,5	5,1	5,4	5,9	5,9	5,3	5,1
Sonstige Energieträger ²⁾	2,3	2,3	2,2	2,4	2,4	2,5	2,7	3,3	4,3	4,4	4,2	4,3	4,7	4,7	4,9
Insgesamt	378,5	365,9	347,7	370,3	389,0	400,2	390,2	361,5	376,1	385,0	386,9	388,0	389,8	382,8	392,2
Anteile in %															
Mineralöle ¹⁾	55,2	51,5	52,1	52,9	52,3	50,7	47,6	44,2	42,0	41,4	43,3	42,1	41,9	40,0	40,9
Steinkohlen	22,2	22,6	19,1	19,1	17,8	18,7	19,8	21,2	21,1	20,6	20,1	19,5	19,2	19,2	18,9
Braunkohlen	8,7	9,6	9,9	10,2	9,2	9,3	10,0	10,6	10,2	9,4	8,6	8,0	8,1	8,5	8,2
Erdgas und Erdölgas	10,0	12,6	14,0	13,9	15,4	16,0	16,3	15,0	15,6	15,3	15,1	16,6	16,0	17,1	17,5
Kernenergie	1,1	1,1	2,0	2,1	3,0	3,4	3,7	5,8	8,1	10,7	10,0	10,9	12,0	12,6	12,0
Nettostrombezüge	0,9	0,5	0,7	0,1	0,3	0,0	0,5	0,6	0,3	0,2	0,4	0,3	0,0	0,0	0,1
Wasserkraft	1,2	1,5	1,5	1,1	1,4	1,4	1,5	1,6	1,5	1,3	1,4	1,5	1,5	1,4	1,3
Sonstige Energieträger ²⁾	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,9	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
Mineralöle ¹⁾	X	- 9,9	- 3,9	+ 8,2	+ 4,8	+ 1,7	- 10,2	- 4,6	- 0,3	+ 0,9	+ 5,1	- 2,6	+ 0,1	- 6,3	+ 4,8
Steinkohlen	X	- 1,8	- 19,6	- 6,3	+ 3,3	+ 9,5	+ 1,7	- 1,9	+ 2,1	+ 0,1	- 2,1	- 2,7	- 1,2	- 1,7	+ 0,8
Braunkohlen	X	+ 6,3	- 2,3	+ 9,3	+ 2,3	+ 6,1	+ 2,9	- 3,5	0,0	- 5,7	- 8,3	- 5,7	+ 1,3	+ 2,8	- 1,2
Erdgas und Erdölgas	X	+ 21,1	+ 5,9	+ 5,5	+ 8,9	+ 9,2	- 2,6	- 8,4	+ 5,2	0,0	- 0,7	+ 10,3	- 3,1	+ 5,1	+ 4,6
Kernenergie	X	+ 2,5	+ 73,2	+ 11,3	0,0	+ 17,8	+ 2,9	+ 18,1	+ 40,7	+ 35,2	- 5,8	+ 8,8	+ 11,4	+ 2,8	- 2,1
Nettostrombezüge	X	- 42,9	+ 30,0	- 88,5	- 50,0	- 80,0	.	- 15,4	- 61,8	- 38,5	.	- 29,4	- 91,7	0,0	.
Wasserkraft	X	+ 17,0	- 5,5	- 21,2	+ 5,7	0,0	+ 1,8	- 1,7	- 1,8	- 7,3	+ 5,9	+ 9,3	0,0	- 10,2	- 3,8
Sonstige Energieträger ²⁾	X	0,0	- 4,3	+ 9,1	+ 4,3	+ 4,2	+ 8,0	+ 6,5	+ 16,2	+ 2,3	- 4,5	+ 2,4	+ 9,3	0,0	+ 4,3
Insgesamt	X	- 3,3	- 5,0	+ 6,5	+ 4,5	+ 4,9	- 4,4	- 3,4	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	- 1,8	+ 2,5

1) Einschließlich Flüssiggas und Raffineriegas. - 2) Brennholz, Brennstoff, Müll, Klärschlamm, Grubengas, Kokereigas, Stadtgas, Gichtgas, Klärgas.

Anhangtabelle 3

Investitionen in der Energieversorgung Baden-Württembergs 1979 bis 1990 nach Versorgungsbereichen*) und Anlagearten

Versorgungsbereich Anlageart	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mill. DM										
Baden-Württemberg										
Elektrizitätsversorgung										
Investitionen insgesamt	1 282,6	1 487,4	2 134,7	2 967,7	2 837,1	2 439,8	2 565,5	2 117,9	1 547,4	1 642,6
Erzeugungsanlagen	417,1	516,3	1 219,9	1 963,5	1 969,0	1 414,8	1 496,2	968,3	438,5	503,3
Anlagen zur Fortleitung und Verteilung	743,2	792,6	735,9	796,6	717,3	866,8	874,7	888,9	857,8	858,4
Sonstige Anlagen	122,4	178,6	178,8	207,7	150,7	158,1	194,7	260,7	251,1	280,9
Gasversorgung										
Investitionen insgesamt	174,4	289,9	251,0	347,7	476,9	470,7	491,9	478,7	476,6	550,1
Anlagen zur Erzeugung und Gewinnung	1,1	1,6	0,7	0,6	0,3	1,2	1,4	1,3	1,9	0,5
Anlagen zur Speicherung	1,6	2,6	6,3	3,2	6,1	3,6	10,5	10,3	17,4	13,7
Anlagen zur Fortleitung und Verteilung	140,8	265,0	215,4	312,2	430,7	421,8	432,9	430,1	414,2	498,0
Sonstige Anlagen	30,9	20,7	28,6	31,6	39,8	44,1	47,1	37,1	43,1	37,8
Fernwärmeversorgung										
Investitionen insgesamt	102,7	165,2	166,6	149,1	157,7	204,7	224,2	184,8	175,0	183,6
Erzeugungsanlagen	40,0	63,6	30,2	33,9	35,0	62,9	58,0	76,4	71,8	81,7
Anlagen zur Fortleitung und Verteilung	59,6	95,3	123,2	97,4	110,2	125,8	149,4	101,6	90,1	93,5
Sonstige Anlagen	3,1	6,3	13,3	17,7	12,5	16,1	16,7	6,9	13,1	8,5
Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung										
Investitionen insgesamt	1 559,7	1 942,5	2 552,3	3 464,5	3 471,7	3 115,2	3 281,6	2 781,5	2 199,0	2 376,3
Anlagen zur Erzeugung und Gewinnung	458,1	581,5	1 250,9	1 998,1	2 004,3	1 478,9	1 555,6	1 046,0	512,3	585,5
Anlagen zur Speicherung	1,6	2,6	6,3	3,2	6,1	3,6	10,5	10,3	17,4	13,7
Anlagen zur Fortleitung und Verteilung	943,6	1 152,9	1 074,5	1 206,2	1 258,3	1 414,4	1 457,0	1 420,6	1 362,1	1 449,9
Sonstige Anlagen	156,4	205,5	220,7	257,0	203,0	218,3	258,4	304,6	307,3	327,2
Bundesgebiet										
Elektrizitätsversorgung	7 789,9	8 824,6	13 116,1	14 707,7	13 500,1	13 477,7	13 188,1	12 563,0	11 198,2	10 802,4
Gasversorgung	2 267,0	2 935,9	2 287,1	2 396,8	2 780,4	3 009,2	2 841,7	3 007,0	3 221,1	3 564,9
Fernwärmeversorgung	543,7	835,1	814,7	759,4	945,9	1 341,6	1 263,7	1 285,7	1 368,2	1 405,7
Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung	10 600,5	12 595,6	16 218,0	17 864,0	17 226,4	17 828,5	17 273,5	16 855,6	15 787,5	15 773,0
Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet in %										
Elektrizitätsversorgung	16,5	16,9	16,3	20,2	21,0	18,1	19,5	16,9	13,8	15,2
Gasversorgung	7,7	9,9	11,0	14,5	17,2	15,6	17,3	15,9	14,8	15,4
Fernwärmeversorgung	18,9	19,8	20,4	19,6	16,7	15,3	17,7	14,4	12,8	13,1
Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung	14,7	15,4	15,7	19,4	20,2	17,5	19,0	16,5	13,9	15,1

*) Angaben für fachliche Unternehmensteile.

Anhangtabelle 4

Struktur und Entwicklung des Endenergieverbrauchs in Baden-Württemberg 1973 bis 1990 nach Energieträgern

Energieträger	1973	1974	1975	1976	1978	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mill. t SKE															
Mineralöle ¹⁾	22,77	20,30	20,57	22,00	23,53	24,50	22,33	19,19	19,17	19,86	21,39	20,38	20,19	18,73	19,27
Steinkohlen	1,11	1,28	0,89	0,73	0,62	0,75	0,68	1,15	1,13	1,04	0,84	0,85	0,82	0,78	0,76
Braunkohlen	0,44	0,42	0,32	0,28	0,25	0,29	0,32	0,33	0,28	0,27	0,28	0,26	0,22	0,19	0,18
Erdgas und Erdölgas	1,54	1,85	1,93	2,04	2,36	2,58	2,87	3,00	3,71	4,00	4,03	4,54	4,61	4,98	5,14
Brennholz	0,16	0,20	0,17	0,17	0,19	0,21	0,28	0,30	0,27	0,28	0,30	0,28	0,27	0,26	0,28
Strom	3,91	3,96	3,96	4,28	4,73	5,00	5,09	5,20	5,85	5,85	6,01	6,22	6,31	6,51	6,71
Fernwärme	0,52	0,50	0,56	0,58	0,69	0,69	0,67	0,87	0,80	0,88	0,90	0,99	0,91	0,96	0,97
Sonstige Energieträger ²⁾	0,12	0,06	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,04	0,02	0,02	0,02	-	-	-	-
Insgesamt	30,56	28,57	28,45	30,13	32,41	34,06	32,29	29,88	31,03	32,19	33,76	33,52	33,34	32,40	33,31
Anteile in %															
Mineralöle ¹⁾	74,5	71,1	72,3	73,0	72,6	71,9	69,2	64,2	61,8	61,7	63,4	60,8	60,6	57,8	57,9
Steinkohlen	3,6	4,5	3,1	2,4	1,9	2,2	2,1	3,8	3,7	3,2	2,5	2,5	2,5	2,4	2,3
Braunkohlen	1,4	1,5	1,1	0,9	0,8	0,9	1,0	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	0,6	0,5
Erdgas und Erdölgas	5,0	6,5	6,8	6,8	7,3	7,6	8,9	10,0	12,0	12,4	11,9	13,5	13,8	15,4	15,4
Brennholz	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,9	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Strom	12,8	13,9	13,9	14,2	14,6	14,7	15,8	17,4	18,2	18,2	17,8	18,6	18,9	20,1	20,1
Fernwärme	1,7	1,8	2,0	1,9	2,1	2,0	2,1	2,2	2,6	2,7	2,7	3,0	2,7	3,0	2,9
Sonstige Energieträger ²⁾	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	-	-	-	-
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
Mineralöle ¹⁾	X	- 10,8	+ 1,3	+ 7,0	+ 6,6	+ 4,1	- 8,9	- 6,1	+ 2,3	+ 3,6	+ 7,7	- 4,7	- 0,9	- 7,2	+ 2,9
Steinkohlen	X	+ 15,3	- 30,5	- 18,0	- 4,6	+ 21,0	- 9,3	+ 43,8	- 5,0	- 8,0	- 19,2	+ 1,2	- 3,5	- 4,9	- 2,6
Braunkohlen	X	- 4,5	- 23,8	- 12,5	- 3,8	+ 18,0	+ 10,3	0,0	- 12,5	- 3,6	+ 3,7	- 7,1	- 15,4	- 13,6	- 5,3
Erdgas und Erdölgas	X	+ 20,1	+ 4,3	+ 5,7	+ 8,3	+ 9,3	+ 11,2	+ 0,3	+ 14,9	+ 7,8	+ 0,8	+ 12,7	+ 1,5	+ 8,0	+ 3,2
Brennholz	X	+ 25,0	- 15,0	0,0	+ 5,6	+ 10,5	+ 33,3	+ 7,1	0,0	+ 3,7	+ 7,1	- 6,7	- 3,6	- 3,7	+ 7,7
Strom	X	+ 1,3	0,0	+ 8,1	+ 5,3	+ 5,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 4,2	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,2	+ 3,1
Fernwärme	X	- 3,8	+ 12,0	+ 3,6	+ 15,0	0,0	- 2,9	0,0	+ 2,6	+ 10,0	+ 2,3	+ 10,0	- 8,1	+ 5,5	+ 1,0
Sonstige Energieträger ²⁾	X	- 50,0	- 16,7	0,0	0,0	0,0	0,0	- 20,0	- 50,0	0,0	0,0	-	-	-	-
Insgesamt	X	- 6,5	- 0,4	+ 5,9	+ 6,3	+ 5,1	- 5,2	- 2,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 4,9	- 0,7	- 0,5	- 2,8	+ 2,8

1) Einschließlich Flüssiggas und Raffineriegas. - 2) Stadtgas, Klargas.

Anhangtabelle 5

**Struktur und Entwicklung des Endenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland
1973 bis 1990 nach Energieträgern**

Energieträger	1973	1974	1975	1976	1978	1979	1980	1982	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mill. t SKE															
Mineralöle ¹⁾	153,1	137,6	137,4	146,1	152,2	153,5	139,8	122,2	123,0	125,6	135,0	130,8	129,3	119,8	126,1
Steinkohlen	26,1	28,5	22,4	21,7	19,1	21,5	22,1	21,0	22,0	22,1	19,3	17,8	18,0	17,8	16,6
Braunkohlen	4,8	4,8	3,8	3,5	3,5	4,3	4,6	4,5	4,6	4,6	4,0	3,7	3,4	3,4	3,4
Erdgas und Erdölgas	23,7	25,6	26,1	30,1	34,8	37,9	38,5	37,0	41,8	43,7	43,3	47,1	45,3	46,8	48,6
Brennholz	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,5	0,8	1,2	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3
Strom	30,6	31,8	31,1	33,8	36,2	37,9	38,1	38,0	40,8	42,0	42,4	43,4	44,0	45,0	45,7
Fernwärme	4,7	4,4	4,5	4,9	5,4	5,7	5,6	5,5	6,1	6,5	6,4	6,9	6,3	6,2	6,3
Sonstige Energieträger ²⁾	10,5	10,5	8,4	8,5	8,0	8,3	7,8	6,1	6,1	6,3	5,4	5,7	6,2	6,0	5,4
Insgesamt	253,9	243,6	234,0	246,9	259,5	269,3	256,9	235,0	245,5	252,1	257,1	256,7	253,8	246,5	253,5
Anteile in %															
Mineralöle ¹⁾	60,3	56,5	58,7	58,7	58,7	57,0	54,4	52,0	50,1	49,8	52,5	51,0	50,9	48,6	49,7
Steinkohlen	10,3	11,7	9,6	8,7	7,4	8,0	8,6	8,9	9,0	8,8	7,5	6,9	7,1	7,2	6,5
Braunkohlen	1,9	2,0	1,6	1,4	1,3	1,6	1,8	1,9	1,9	1,8	1,6	1,4	1,3	1,4	1,3
Erdgas und Erdölgas	9,3	10,5	11,2	12,1	13,4	14,0	15,0	15,7	17,0	17,3	16,8	18,3	17,8	19,0	19,2
Brennholz	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Strom	12,1	13,1	13,3	13,5	13,9	14,1	14,8	16,2	16,6	16,7	16,5	16,9	17,3	18,3	18,0
Fernwärme	1,9	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,3	2,5	2,6	2,5	2,7	2,5	2,5	2,5
Sonstige Energieträger ²⁾	4,1	4,3	3,6	3,4	3,1	3,1	3,0	2,6	2,5	2,5	2,1	2,2	2,4	2,4	2,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
Mineralöle ¹⁾	X	- 10,6	- 0,1	+ 6,3	+ 5,1	+ 0,9	- 8,9	- 4,8	+ 1,1	+ 2,1	+ 7,5	- 3,1	- 1,1	- 7,3	+ 5,3
Steinkohlen	X	+ 9,2	- 21,4	- 3,1	- 4,5	+ 12,6	+ 2,8	- 5,0	+ 8,4	+ 0,5	- 12,7	- 7,8	+ 1,1	- 1,1	- 6,7
Braunkohlen	X	0,0	- 20,8	- 7,9	0,0	+ 22,9	+ 7,0	- 6,3	+ 4,5	0,0	- 13,0	- 7,5	- 8,1	0,0	0,0
Erdgas und Erdölgas	X	+ 8,0	+ 2,0	+ 15,3	+ 3,6	+ 8,6	+ 1,9	- 5,9	+ 9,4	+ 4,5	- 0,9	+ 8,8	- 3,8	+ 3,3	+ 3,8
Brennholz	X	- 20,0	0,0	- 25,0	0,0	0,0	+ 66,7	+ 14,3	+ 50,0	+ 8,3	0,0	+ 7,7	- 7,1	0,0	0,0
Strom	X	+ 3,9	- 2,2	+ 8,0	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,5	- 1,0	+ 4,6	+ 2,9	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,6
Fernwärme	X	- 6,4	+ 2,3	+ 8,9	+ 10,2	+ 5,6	- 1,8	- 1,8	+ 7,0	+ 6,6	- 1,5	+ 7,8	- 8,7	- 1,6	+ 1,6
Sonstige Energieträger ²⁾	X	0,0	- 20,0	+ 1,2	+ 2,6	+ 3,8	- 6,0	- 14,1	+ 3,4	+ 3,3	- 14,3	+ 5,6	+ 8,8	- 3,2	- 10,0
Insgesamt	X	- 4,1	- 3,9	+ 6,4	+ 4,1	+ 3,8	- 4,6	- 4,6	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,0	- 0,2	- 1,1	- 2,9	+ 2,8

1) Einschließlich Flüssiggas und Raffineriegas. - 2) Brennstoff, Kokereigas, Stadtgas, Gichtgas, Grubengas.

- Zeichenerklärung:**
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden (genau null)
 - Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - ... Angabe fällt später an
 - / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
 - () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann